

komme, komme man aber auch wirtschaftlich nicht weiter. Präsident Herzog antwortete, er rate, mit der Wirtschaft anzufangen. Auf der Westbank gebe es praktisch schon ein Kondominium. Er verweist auf die Gründung einer jordanischen Bank. Präsident Herzog riet Ihnen, wirtschaftlich zu helfen. In Israel glaube man, es könne auf der Westbank sehr viel mehr getan werden. Israel habe ein Projekt, wo es den Ägyptern im Delta helfe, eine israelische Solarenergieanlage gehe an Ägypten. Peres habe hier einen zentralen Punkt angesprochen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland helfen und dieses Projekt fördern könne, würde man dies in Israel willkommen heißen. Sie erwiderten, es sei Ihre Position, daß sich mit Mubarak, Hussein und Peres etwas machen lassen müsse. Sie müßten mit dem amerikanischen Präsidenten darüber sprechen. Auf Ihre Frage nach Syrien antwortete Präsident Herzog, die Lage dort sei sehr schwierig zu beurteilen. Syrien werde von einer religiösen Sekte beherrscht. Die wirtschaftliche Lage sei schwierig. Assad werde nach Moskau gehen, dem er 10 Mrd. Dollar schulde. Schwierigkeiten habe er jetzt auch mit dem Iran. Wenn König Hussein zu Assad gefahren sei<sup>24</sup>, so habe er dies getan, um eine Versicherungs-Police abzuschließen.

Sie äußerten zum Abschluß, daß es nicht schlecht wäre, wenn Herr Peres wieder einmal vorbeikäme.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71**

100

### **Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan**

**Geheim**

7. April 1987<sup>1</sup>

Lieber Ron,

das enge Vertrauen, das wir in der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, und die Überzeugung, daß angesichts des Verhandlungsstandes in Genf<sup>2</sup> und des West-Ost-Verhältnisses insgesamt ein Abkommen über Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite in Sicht ist, veranlaßt mich, Ihnen erneut zu schreiben und auch im Hinblick auf den wich-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 505*

Konzeption von MP Peres offiziell positiv aufgenommen. Wie MP Peres sprechen sie sich dafür aus, daß ein europäisches Land die Führung und Koordination übernimmt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141113.

<sup>24</sup> König Hussein hielt sich am 10./11. Februar 1987 in Syrien auf.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 23. Juni 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

tigen Besuch von Außenminister Shultz in Moskau<sup>3</sup> die Haltung der Bundesregierung zu einigen Fragen, die im Zusammenhang mit der Mittelstreckenproblematik stehen, nochmals darzulegen.

Die Bundesregierung tritt seit Beginn der INF-Verhandlungen konsequent für die weltweite Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite ein. Die beiderseitige Eliminierung der LRINF-Flugkörper in Europa, wie sie zur Zeit in Genf verhandelt wird, wäre ein entscheidender Schritt zu diesem Ziel. Die amerikanischen Bemühungen, die globale LRINF-Null-Lösung in einem Abkommen zu verwirklichen, finden unsere volle Unterstützung.

Im Hinblick auf Mittelstreckenflugkörper unterhalb der Reichweite von 1000 km befürwortet die Bundesregierung Folgeverhandlungen mit dem Ziel, alle diese Systeme auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Sie erwartet deshalb, daß sich die Verhandlungspartner konkret und verbindlich verpflichten, sofortige Folgeverhandlungen, d. h. längstens in sechs Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens, über Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite aufzunehmen.

Wir teilen grundsätzlich die Bündnisposition, daß bereits ein Abkommen, in dessen Mittelpunkt die LRINF-Flugkörper stehen, begleitende Beschränkungen („concurrent constraints“) für SRINF-Flugkörper enthalten sollte.

Sollte die Sowjetunion während des Moskau-Besuchs Ihres Außenministers eine Null-Lösung für SRINF-Systeme im Reichweitenband von 500 bis 1000 km vorschlagen, so würden wir es für richtig halten, daß Außenminister Shultz – wie er in seinem Schreiben an Außenminister Genscher am 6. April 1987<sup>4</sup> dargelegt hat – einen solchen Vorschlag weder akzeptiert noch zurückweist (neither to accept it nor to reject it), sondern dazu klärende Fragen stellt. Nach diesem Besuch sollte hierüber im Bündnis vertieft diskutiert werden.

Eine Null-Lösung für SRINF-Flugkörper in der Reichweite zwischen 500 und 1000 km hätte erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Zentral-europa. Für uns sind daher eingehende Bündniskonsultationen von entscheidender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Gedanken aus meinem Gespräch mit Botschafter Burt am 3. April 1987<sup>5</sup> wiederholen: Wenn wir eine Auseinandersetzung mit einem eventuellen sowjetischen Vorschlag für eine SRINF-Null-Lösung im Zusammenhang mit einem LRINF-Abkommen vermeiden wollen, könnte ein Verzicht auf constraints eine mögliche Alternative sein.

Mit freundlichen Grüßen  
Helmut Kohl

**VS-Bd. 14159 (010)**

<sup>3</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

<sup>4</sup> Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 14159 (010).

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl unterrichtete den amerikanischen Botschafter Burt am 3. April 1987 über die Position der Bundesregierung zu INF. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 3. April 1987 an Bundesminister Genscher; VS-Bd. 14159 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

## 101

**Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 523**  
**Citissime**

**Aufgabe: 8. April 1987, 18.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 8. April 1987, 19.04 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 37

Betr.: KRK;

hier: Stand der 23er-Gespräche nach den sieben Treffen der ersten Runde

1) Die am 17.2. auf westliche Initiative begonnenen Gespräche der 23 Teilnehmerstaaten von NATO und WP zur Erarbeitung eines Mandats über KRK haben in einigen Sach- und Prozedurfragen bereits zu ersten Annäherungen geführt.<sup>2</sup> Die Gespräche, die jedesmal in einer anderen Botschaft stattfinden, wurden in einer sehr sachlichen Atmosphäre geführt. Unterschiedliche Auffassungen, z. B. zum Ungleichgewicht in Europa, wurden ohne Polemik erörtert.

Während zu Beginn der Gespräche der Westen klar die Initiative hatte, zeigte sich zuletzt der Osten aktiver, dessen Positionen zur Substanz künftiger Verhandlungen z.T. weiter entwickelt sind als die der NATO. Als ungünstig erwies sich die innerwestliche Auseinandersetzung über die Verknüpfung von KRK und KSZE.<sup>3</sup>

**2) Annäherungen**

Beide Seiten stellten im Lauf der sieben Begegnungen informell fest, daß es in einzelnen Sach- und Prozedurfragen Übereinstimmungen bzw. Annäherungen gibt:

- Schon in den ersten zwei Sitzungen konnten wichtige Verfahrensfragen einvernehmlich geregelt werden, so die Festlegung regelmäßiger Treffen unter wechselndem Vorsitz (gemäß dem französischen Alphabet) jeweils am Montag in verschiedenen Botschaften.
- Es bestand weitgehend Einvernehmen, daß sich künftige Verhandlungen auf die Land- und Luftstreitkräfte der teilnehmenden 23 Staaten in Europa konzentrieren sollen. Auch der WP stellte keine Forderung auf Einbeziehung der Seestreitkräfte.
- Das vom Westen verfolgte Ziel, Herstellung eines stabilen gesicherten Streitkräfteniveaus für ganz Europa sowie die Beseitigung der Fähigkeit zur Durchführung von Überraschungsangriffen, wurde nicht abgelehnt, jedoch soll es gemäß östlicher Auffassung durch Reduzierungen beider Seiten erreicht werden.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Schon am 11. April 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Beginn der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 44.

<sup>3</sup> Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

- Der Osten bejahte zumindest verbal die Forderung, Disparitäten abzubauen, wo immer sie bestehen. (Er sieht jedoch Ungleichgewichte weitaus geringer als der Westen und in Teilbereichen auch zugunsten der NATO.)
- Die Notwendigkeit effektiver Verifikationen bis zu Vor-Ort-Inspektionen wurde akzeptiert.
- Weitgehend ähnliche Auffassungen hinsichtlich der Struktur (nicht Substanz) eines Mandats (Ziele, Gegenstand, Prinzipien, Anwendungsgebiet, Verifikation, Teilnehmer).
- Allgemeine Prinzipien wie die Notwendigkeit, Schritt für Schritt vorzugehen und die Sicherheit aller Beteiligten auf jeder Stufe des Verhandlungsprozesses zu gewährleisten, werden bejaht.

3) Unterschiedliche Auffassungen bestehen sowohl in der Prozedur als auch in der Substanz:

- WP drängt auf baldigen Beginn der Textarbeit an einem Mandat, während der Westen wegen der Haltung von F dies bisher verzögert.<sup>4</sup>
  - WP hält wohl – auch aus Gründen der Propaganda – an Forderung fest, KRK-Verhandlungen müssten im Rahmen der KSZE unter Teilnahme der N+N stattfinden.<sup>5</sup> (Plädoyer für Teilnahme der N+N an Mandatsgesprächen klingt wie Pflichtübung.)
  - WP dringt auf gleichberechtigte Anerkennung des Russischen als Arbeitssprache bei Mandatsgesprächen.
- (Beide Forderungen werden jedoch nicht zu Bedingungen für die Fortführung der Gespräche erhoben.)
- WP geht von annäherndem Gleichgewicht zwischen West und Ost aus und will allenfalls eine Reduzierung der Disparitäten, wo immer sie bestehen. (Er wehrt sich mit Nachdruck gegen westliche These eines massiven konventionellen Übergewichts des WP.)
  - Östliche Seite denkt vorrangig an prozentuale Reduzierungen beider Seiten, während der Westen bisher noch keine klare Position hat, ob er auch Reduzierungen der eigenen Streitkräfte in Betracht zieht und ggfs. in welcher Form.

4) Zusammenarbeit der NATO-Staaten

a) NATO-Caucus in Wien arbeitet auf der Grundlage der HLTF-Grundsatzpapiere. Da diese noch nicht für alle Sach- und Prozedurfragen Lösungen enthalten

<sup>4</sup> Referat 221 führte am 16. April 1987 aus: „Meinungsverschiedenheiten zwischen F und den USA erschweren und verzögern [...] immer wieder die Vorbereitungen auf die KRK- und die weiteren KVAE-Verhandlungen. Zuletzt war es insbesondere französische Intransigenz, die zu einer noch nicht überstandenen Zerreißprobe geführt hat. Die französische Haltung ist [...] unter dem Aspekt zu sehen, daß F zu der Substanz von KRK-Verhandlungen offenbar noch keine präzisen Vorstellungen hat. Insbesondere ist offen, ob F sein Potential überhaupt auf westlicher Seite anrechnen lassen will, ob Reduzierungen für F in Frage kommen und ob F bereit wäre, etwaigen kollektiven Verpflichtungen des Westens zuzustimmen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 130152.

<sup>5</sup> Referat 221 notierte am 16. April 1987: „Der Osten plädiert, wie erwartet, gegen den Ausschluß der Neutralen und Ungebundenen. Es ist jedoch offenkundig, daß seine Haltung nur taktisch begründet ist. Er nutzt die westlichen Meinungsverschiedenheiten (zwischen F und USA) und versucht, sich als Sachwalter der Interessen der N+N aufzuspielen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 130152.

ten, muß in Wien versucht werden, im Interesse der Allianzkohäsion Kompromisse zu erarbeiten.<sup>6</sup>

NATO-Caucus beginnt erst nach und nach, Zusammenhalt zu entwickeln. Unterschiedliche Herkunft der DL (z.T. aus KSZE oder MBFR, z.T. nur an Montagen aus den Hauptstädten anreisend) erschwert Abstimmungsprozeß über Vorgehen im 23-Rahmen.

Als Belastung für westliche Verhandlungsführung erwiesen sich vor allem folgende Probleme:

- Ungewißheit,
  - ob und wann Paris bereit sein wird, grünes Licht für Mandatsverhandlungen zu geben;
  - ob F überhaupt an KRK-Verhandlungen der „23“, d. h. faktisch zwischen den zwei Bündnissen, teilnehmen will;
  - ob US und F sich auf eine sinnvolle Verknüpfung von KRK und KSZE einigen können;
- Frage,
  - ob, wie F es fordert, KRK-Mandat im KSZE-Schlußdokument aufgenommen werden kann;
  - ob KVAE 1b und KRK am gleichen Ort und zu gleicher Zeit stattfinden können.
- Unklarheit, welche Bedeutung „Reduzierungen“ im westlichen Stabilitätskonzept haben, d. h., ist auch die NATO ggf. bereit, wenn auch im geringen Umfang, zu reduzieren?

#### b) Unsere Delegation

Wir haben uns bemüht, in zahlreichen Einzelgesprächen in den Allianzberatungen sowie im 23-Rahmen für eine konstruktive, auf die jetzt anstehenden Sachfragen konzentrierte Verhandlung zu plädieren. Durch enge Kontakte zu den Delegationen von F und US haben wir versucht, die ständig auftauchenden Meinungsverschiedenheiten zum weiteren Vorgehen zu entschärfen.

In den 23-Gesprächen gehörten wir zu den wichtigsten westlichen Wortführern.

#### 5) Auftreten der WP-Staaten

a) Die Vertreter des WP zeigen sich – anders als zu Beginn der KVAE in Stockholm<sup>7</sup> – sachlich und konstruktiv. Sie bemühen sich, ihre Position auf der Grund-

<sup>6</sup> Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), informierte am 9. April 1987 über eine Sitzung des NATO-Caucus am Vortag: „Caucus diskutierte auf der Grundlage eines britischen und eines US-Papiers Frage des ‚Berichts‘ des Caucus an die HLTF gemäß §21 HLTF-Bericht. Während US eine Präferenz für einen regulären Bericht – des Caucus – zu erkennen geben, vertrat F die Auffassung, daß Delegationen jeweils national ihre HLTF-Kollegen unterrichten sollten. Unser Vorschlag fand Zustimmung, ein Papier (Check-List) abzustimmen, das von Caucus-Mitgliedern, die ggf. an HLTF-Sitzung teilnehmen werden, als Grundlage für ihren Vortrag dienen könnte [...]. Mehrere Partner drängten darauf, daß Frage der Unterrichtung des Caucus von HLTF grundsätzlich geklärt werden müsse. Aus hiesiger Sicht sollte Lösung ähnlich wie bei KVAE gefunden werden. Tagesvorsitzender oder anderes Caucus-Mitglied informiert HLTF auf Grundlage der Meinungsbildung des Caucus (kein im Detail abgestimmter Bericht).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 526; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

lage des Budapester Appells<sup>8</sup> und des Moskauer WP-Kommuniqués<sup>9</sup> sachlich zu präsentieren. Die zahlreichen Fragen des WP in den letzten Sitzungen dienten der Erkundung westlicher Absichten, z.T. auch, um westliche Schwachstellen bloßzulegen.

Wie zu erwarten, spielt die SU die Hauptrolle, läßt aber auch den anderen östlichen DL gewissen Spielraum: So brachten die DL der DDR<sup>10</sup>, Polens<sup>11</sup> und ČSSR<sup>12</sup> interessante Substanzbeiträge ein. H zeichnete sich durch faire und ausgleichende Beiträge aus. In Gesprächen am Rande machen Osteuropäer ihr großes Interesse an einem Erfolg der 23er-Gespräche deutlich.

#### b) Östliche Substanzvorstellungen

WP schlägt Verhandlung über nachstehende Streitkräfte vor:

- Konventionelle Landstreitkräfte, d.h. Kampf- und Kampfunterstützungs- und logistische Truppen, soweit sie in Verbänden und Einheiten organisiert sind, einschließlich der Luftlande- und amphibischen Truppen.

Diese Beschreibung schließt einen erheblichen Teil der Landstreitkräfte aus. Insofern ist hier eine deutliche Änderung gegenüber den bei MBFR verwendeten Zählkriterien erkennbar. Dies kann sich zum Nachteil für den Westen auswirken, insbesondere im Hinblick auf Umgehungsmöglichkeiten.

- Für den Bereich der Luftstreitkräfte möchte der Osten nur Jagdbomber und implicite auch Aufklärungsflugzeuge einschließen. Alle anderen Elemente laut der östlichen Definition „Luftverteidigungsflugzeuge und Transportflugzeuge“ sollen ausgeschlossen werden. Dieser Ansatz dürfte für den Westen nicht akzeptabel sein, da er einer Umgehung Tür und Tor öffnen würde und auch die für Luftangriff verwendbaren Teile der sowjetischen Heimat-Luftverteidigung und der Jagdfighterkräfte der Frontluftarmeen ausschließen würde.
- Der Warschauer Pakt fordert die Einbeziehung sog. organischer Atomwaffenträger in Reduzierungen, soweit solche Systeme nicht in anderen Verhandlungen behandelt werden. Konkret meint die Sowjetunion damit die Berücksichtigung nuklearfähiger Artillerie auf Divisions- bzw. Korps Ebene sowie der Raketen systeme auf Divisions-, Korps- und Armee-Ebene und analoger Systeme der Luftstreitkräfte.

Es besteht Übereinstimmung in der Allianz, daß gemäß den Festlegungen im HLTF-Bericht<sup>13</sup> nicht über nukleare Systeme verhandelt werden soll. Es muß allerdings in der Allianz noch geklärt werden, was mit nuklearfähigen

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 510*

<sup>7</sup> Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungs-runden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625-638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

<sup>8</sup> Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25. März 1987 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 263-265.

<sup>10</sup> Peter Steglich.

<sup>11</sup> Slawomir Dąbrowa.

<sup>12</sup> Milan Kadnár.

<sup>13</sup> Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 347.

Systemen geschehen soll, die organisch zu Verbänden gehören, die als Ergebnis von Reduzierungen aufgelöst werden.

- Aus Gesprächen am Rande hat die Delegation den Eindruck gewonnen, daß der Warschauer Pakt nicht auf der Einbeziehung nuklearfähiger Systeme bestehen wird. Die Frage, welcher Teil der Luftstreitkräfte in ein Abkommen einzubeziehen ist, bedarf h. E. während der Mandatsverhandlungen voraussichtlich noch nicht der Klärung, da die Formel über einzubeziehende Streitkräfte-Elemente vermutlich „konventionelle Land- und Luftstreitkräfte“ lauten wird.

In den eigentlichen Verhandlungen wird die Definition der einzubeziehenden Streitkräfte-Elemente allerdings eine bedeutende Rolle spielen.

#### 6) Haltung der N+N zu den „23-Gesprächen“

N+N haben sich nicht auf eine gemeinsame Position zu den 23-Gesprächen einigen können. Die meisten N+N respektieren – wenn auch mit Sorge – die Entwicklung dieser Gespräche. Sie fürchten letztlich eine Schwächung des KSZE-Prozesses selbst dann, wenn gemäß französischer Forderung die 23-KRK-Verhandlung in den KSZE-Prozeß integriert würde.

Damit würden die nicht zugelassenen N+N KSZE-Teilnehmer zweiter Klasse. Es dürfte h. E. im westlichen Interesse liegen, möglichst viele „links“ zwischen KRK und KSZE durchzusetzen.

#### 7) Ausblick

Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO in der Brüsseler Erklärung zu Mandatsgesprächen über KRK<sup>14</sup> bereit erklärt hat, sollten die westlichen Verhandlungsführer von der HLTF ermächtigt werden, in der zweiten Runde ab 11. Mai in eine wirkliche Mandatsverhandlung einzutreten.

Dabei ist h. E. die französische Sorge unberechtigt, daß die Verhandlungen in den fünf Wochen bis zur NATO-Frühjahrskonferenz in Reykjavik<sup>15</sup> so schnell voranschreiten könnten, daß den Ministern nur die Wahl zwischen einem „Ja“ und einem „Nein“ zu dem vereinbarten Mandatstext bliebe.

Es gilt, gemeinsam mit anderen Partnern, vor allem mit UK, auch auf politischer Ebene auf F und US Einfluß zu nehmen, um eine überzeugendere Verhandlungsführung in Wien zu ermöglichen:

Der Westen kann – vor allem wenn ein KRK-Mandat in ein WFT<sup>16</sup>-Ergebnis einmünden und damit auch das Gesamtergebnis in unserem Sinne beeinflussen soll – die Mandatsverhandlungen nicht künstlich verzögern.

Es bedarf daher baldiger Klärung in Brüssel, wie umfangreich und präzise ein künftiges Mandat sein soll und wie die „links“ zwischen KSZE und KRK gestaltet werden können. Auch könnten Fortschritte bei der Erarbeitung von Substanzpositionen für künftige Verhandlungen über KRK und VSBM es einigen Partnern erleichtern, ernsthaften Mandatsverhandlungen zuzustimmen.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>15</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>16</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 106.

Sollte die NATO-Frühjahrskonferenz grünes Licht für den Abschluß der Verhandlungen geben, könnte h.E. ein befriedigendes Mandat auf der Grundlage des HLTF-Papiers in ein bis zwei Monaten vereinbart werden.

Citron

**Referat 221, Bd. 130152**

**102**

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-3036/87 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1684**

**Aufgabe: 8. April 1987, 19.55 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 9. April 1987, 02.17 Uhr**

Betr.: Shultz-Reise nach Moskau<sup>2</sup>;  
 hier: Rüstungskontrollthemen

Zur Unterrichtung

Gespräche im State Department und bei ACDA bestätigen, daß Rüstungskontrolle zentrales Thema bei dem Moskau-Besuch von AM Shultz sein wird. Shultz hat bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhalten, hier substantielle neue Vorschläge zu machen.

1) In bisher drei Gesprächen mit Reagan und Weinberger ist es Shultz nicht gelungen, die amerikanische Haltung in den drei Bereichen der Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> weiterzuentwickeln. Bei der konventionellen Rüstungskontrolle erlaubt ihm das Fehlen einer Bündnisposition<sup>4</sup> keine substantiellen Gespräche.

a) Bei den strategischen Waffen hat Weinberger abgelehnt, die amerikanische Forderung nach einem Verbot mobiler Systeme aufzugeben. Damit sind auch die Chancen eines sowjetischen Eingehens auf die Diskussion über Untergrenzen gering. Shultz hat bisher auch keinen Spielraum, bei Untergrenzen amerikanisches Entgegenkommen zu signalisieren. Weinberger hat nicht einmal zugestimmt, daß Shultz die Bereitschaft andeutet, bei ICBM die Untergrenze von 3300 auf 3600 Gefechtsköpfe zu erhöhen.

Zusätzliche Probleme schaffen die Bedenken der Stabschefs (JCS) bei dem Reduzierungszeitraum für strategische ballistische Raketen. Sie glauben neuerdings, daß fünf Jahre zu kurz sind für eine Reduzierung von 50 Prozent.

b) Bei den Defensivwaffen hatten die Genfer Delegationsleiter Kampelman und Lehman versucht, zur Vorbereitung des Moskau-Besuchs die Zustimmung

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. April 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 115.

<sup>3</sup> Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

<sup>4</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Wien vgl. Dok. 101.

Reagans zu einem Brief an Gorbatschow zu erreichen, in dem ein Verzicht auf Kündigung des ABM-Vertrags für siebeneinhalb Jahre sowie die Bereitschaft zur Diskussion über die nach dem ABM-Vertrag erlaubten Aktivitäten<sup>5</sup> angeboten werden sollten. Das hat Reagan ablehnt.

Nach dem jetzigen Stand der Beratungen kann Shultz lediglich einen Verzicht auf Stationierung von SDI-Systemen oder Teilsystemen für fünf Jahre anbieten.

c) Bei INF ist Shultz nach unserer Zustimmung (BK-Brief<sup>6</sup>) jetzt in der Lage, die Aufnahme von SRINF-Beschränkungen in ein Abkommen zu erörtern. Amerikanische Konzessionen kann er hier jedoch nicht anbieten. Er ist auch nicht in der Lage, Bewegung bei einem möglichen sowjetischen Angebot für eine Null-Lösung bei SRINF anzudeuten.

d) Der neue sowjetische Vorschlag, bei nuklearen Teststopps zunächst über eine Begrenzung von Tests zu sprechen, wird vom State Department begrüßt. Pentagon und JCS haben jedoch für Gespräche eine Reihe von Bedingungen genannt. (Tagesordnung muß festgelegt werden; sie muß Aussagen zur Verifikation enthalten; zwischen USA und SU muß Übereinstimmung über Reduzierung offensiver Systeme erzielt sein, die eine parallele Reduzierung vorsieht.)

2) Die restriktive Haltung der Administration läßt befürchten, daß die Moskau-Reise eher Frustration als Fortschritt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bringen wird. Unter diesen Umständen ist fraglich, ob die sowjetische Seite einem Gipfel in den USA zustimmen wird, auf den man hier hofft, den man aber selbst nicht ansprechen möchte.

3) Die Haltung der Administration ist auch aus hiesiger Sicht schwer verständlich. Sie dürfte Reagan seinem erklärten Ziel eines substantiellen Rüstungskontrollabkommens nicht näher bringen. Ein INF-Abkommen bleibt zwar weiter möglich. Die Verhandlungen dürften durch die Gespräche in Moskau jedoch kaum vorangebracht werden.

Der Zeitdruck durch den Ablauf der Amtszeit von Reagan<sup>7</sup> dürfte zwar auch auf sowjetischer Seite empfunden werden, verschafft aber der Administration keinen Vorteil.

Ein weitgehend ergebnisloser Besuch dürfte im Kongreß die Bemühungen verstärken, die Administration mehr als bisher auf bestimmte rüstungskontrollpolitische Ziele festzulegen. Wenn die unmittelbaren Auswirkungen auch gering bleiben, sind die negativen Folgen jedoch unübersehbar. Die amerikanische Verhandlungsposition in Genf wird beeinträchtigt. Außerdem könnte der Kongreß auch versuchen, im Rahmen des Haushalts bestimmte Ziele einseitig durchzusetzen (Kürzung oder Streichung von Mitteln für Nukleartests, Kürzung der Mittel für strategische Waffen und die SDI-Finanzierung). Hiervon würde in erster Linie das Pentagon betroffen. Letztlich würde aber auch Reagans Programm einer Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung erfolgreicher Rüstungskontrollverhandlungen darunter leiden.

Erklärlich ist die Haltung nur, wenn man davon ausgeht, daß Weinberger jetzt mehr an einer politischen Festlegung künftiger Administrationen als an einer

<sup>5</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

<sup>7</sup> Die Amtszeit von Präsident Reagan endete am 20. Januar 1989.

Erhöhung der Mittel zum Ausbau der Verteidigung interessiert ist. Möglicherweise sieht Weinberger hier auch eine Chance, schon jetzt eine Agenda für den Wahlkampf vorzubereiten (bei Haushaltskürzungen Vorwurf an die Demokraten, die nationale Sicherheit nicht ernst genug zu nehmen, Beeinträchtigung amerikanischer und Bündnisinteressen durch Kongreßbeschlüsse zur Festlegung der Administration, Schwächung der amerikanischen Verhandlungsposition). Shultz wird sich in einem weiteren Gespräch mit Reagan um mehr Flexibilität bemühen. Seine Position ist jedoch, wie auch im State Department eingeräumt wird, nicht sehr stark.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 13033 (204)**

## 103

### **Konferenz des Bundesministers Genscher mit Botschaftern in zentralamerikanischen Staaten in San José**

**9. April 1987<sup>1</sup>**

Teilnehmer der Konferenz: BM Genscher<sup>2</sup>, Bo<sup>3</sup> Dr. Bensch, Bo Dr. Schober, Bo Dr. Rusnak, Bo Heymer, Bo Nestroy, RL 010<sup>4</sup>, RL 013<sup>5</sup>, RL 331<sup>6</sup>, RL 601<sup>7</sup>, LR Breth (Protokollführer).

*BM* eröffnete die Konferenz und bat die anwesenden Botschafter, zur politischen Situation in ihren jeweiligen Gastländern zu berichten, insbesondere zur Haltung der Regierungen zum Arias-Plan<sup>8</sup>.

*Bo Heymer* führte aus, daß Regierung El Salvadors den Arias-Plan als Initiative, die aus der Region kommt, grundsätzlich begrüße, auch deshalb, weil gegen Contadora<sup>9</sup> inzwischen Vorbehalte bestünden; dies vor allem wegen des starken

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Breth, z. Z. San José, am 13. April 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu auch Dok. 110.

<sup>3</sup> Botschafter.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Peter von Jagow.

<sup>7</sup> Werner Kilian.

<sup>8</sup> Vgl. das Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) am 15. Februar 1987 in San José; Dok. 37, Anm. 27.

<sup>9</sup> Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 35, Anm. 4.

Referat 331 notierte am 15. Mai 1987: „Seit dem gescheiterten Treffen der Acht (Contadora-Gruppe + Unterstützergruppe – ARG, BRA, PER, URU) mit den Fünf (ZA) auf Außenministerebene [im] Juni 1986 stagniert der Contadora-Prozeß. Die Reise der „Rio-Gruppe“ (Contadora + Unterstützer + VN-GS und OAS-GS) im Januar 1987 durch ZA brachte keine neuen Ergebnisse“. Allerdings seien die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt (San José III) sowie der Vierergriffel vom 15. Februar 1987 in San José als „Wiederbelebung des regionalen Friedensprozesses im weiteren Contadora-Zusammenhang“ zu sehen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

Einflusses von Mexiko. Positiv sei vor allem am Arias-Plan, daß demokratische Verhältnisse in den ZA-Staaten als Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung der Probleme der Region genannt würden.

Allerdings sei der Plan zu sehr aus der Blickrichtung Costa Ricas konzipiert, die Situation El Salvadors sei zu wenig berücksichtigt. Dies gelte für die vorgesehene Reihenfolge der Schritte für den Friedensprozeß. Ein Waffenstillstand als erster Schritt würde der Guerilla in El Salvador die Möglichkeit geben, sich zu regenerieren. Auch eine Amnestie für Guerilleros sollte nicht am Anfang des Friedensprozesses stehen. Bo Heymer berichtete außerdem über die jüngsten diplomatischen Aktivitäten der salvadorenischen Regierung (Reise Präsident Duartes nach Guatemala<sup>10</sup>). Duarte versuche, durch seine Aktivitäten einer Spaltung der vier zentralamerikanischen Demokratien durch den Arias-Plan entgegenzuwirken.

Auf die Frage des *BM* zur Haltung der US-Regierung zum Arias-Plan führte Bo Heymer aus, die amerikanischen Vorbehalte deckten sich weitgehend mit denen El Salvadors. Die Amerikaner seien der Auffassung, die ZA-Staaten müßten ihre Haltung zum Arias-Plan unter sich abklären. Die US-Regierung erwarte vom bevorstehenden Gipfel in Esquipulas<sup>11</sup> keine großen Ergebnisse, sähe aber das vorgeschlagene ZA-Parlament<sup>12</sup> als wertvolles Gesprächsforum an. Auch die USA sähen die Gefahr, daß die ZA-Demokratie durch den Arias-Plan gespalten würde.

Bo Bensch berichtete, der guatemaltekische Präsident Cerezo habe ihn am 7.4.1987 empfangen und dabei etwa folgendes gesagt<sup>13</sup>: Die zwölf EG-Staaten sollten den Gipfel von Esquipulas politisch unterstützen. Der Arias-Plan sei so nicht akzeptabel. Drei Punkte seien aus guatemaltekischer Sicht wichtig:

- 1) das ZA-Parlament;
- 2) die Unterstützung der Schwesterparteien in den ZA-Demokratien für die Oppositionsparteien in Nicaragua;
- 3) ein Abkommen, das die Beendigung der Unterstützung aller subversiven Gruppen zum Inhalt habe (sowohl der Contras in Nicaragua als auch der Guerilla in anderen Staaten).

Er könne natürlich nicht das Ende der US-Hilfe für die Contras<sup>14</sup> versprechen, aber ein derartiges Abkommen würde subversive Abkommen generell ächten und möglicherweise Auftrieb für die Vertreter der Nicht-Militanten im US-Kongreß bedeuten.

Bei seinem kürzlich stattgefundenen Besuch in Nicaragua habe Cerezo mit Präsident Ortega ein offenes Gespräch geführt.<sup>15</sup> Ortega habe geäußert, Nicaragua

<sup>10</sup> Präsident Duarte hielt sich am 6./7. April 1987 in Guatemala auf.

<sup>11</sup> Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt („Esquipulas II“) vgl. Dok. 228.

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen des Präsidenten Cerezo („Esquipulas I“) vgl. Dok. 35, Anm. 6.

<sup>13</sup> Vgl. zum folgenden auch die Aufzeichnung des Botschafters Bensch, Guatemala-Stadt, vom 7. April 1987; Unterabteilung 33, Bd. 146523.

<sup>14</sup> Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 57, Anm. 5.

Zur Hilfe der USA für die Contras in Nicaragua vgl. Dok. 66, Anm. 40.

<sup>15</sup> Präsident Cerezo besuchte Nicaragua am 29. März 1987.

sei wirtschaftlich am Ende und zu Konzessionen, nicht aber zur Kapitulation bereit.

*BM* erwähnte zur Frage der US-Haltung zum Friedensprozeß in ZA einen Vorfall aus dem Jahre 1984. Bei seinem Besuch habe der damalige Präsident Monge ihm erzählt, die US-Regierung habe ihn schriftlich massiv gedrängt, einen zu dieser Zeit aktuellen Friedensplan der Contadora-Staaten abzulehnen.<sup>16</sup>

*Bo Schober* teilte zur honduranischen Haltung mit, Präsident Arias habe ihm gesagt, Nicaragua könne den Arias-Plan wohl leicht annehmen. Honduras selbst habe technische Mängel am Plan ausgemacht. So sollte unbedingt die bewaffnete Opposition in die Verhandlungen einbezogen werden. Ein Waffenstillstand könne jedenfalls nicht als erster Schritt dekretiert werden, schon deshalb, weil es keinen Kriegszustand gebe. Die übrigen honduranischen Bedenken seien ausräumbar.

Der Außenminister<sup>17</sup> habe gesagt, das Verhältnis des Arias-Plans zum Contadora-Prozeß sollte zunächst geklärt werden, und die bereits durch Contadora erzielten Ergebnisse sollten in den Arias-Plan aufgenommen werden. Nach Auffassung von Präsident Azcona sollten die ZA-Staaten die Befriedung der Region selbst in die Hand nehmen.

*Bo Rusnak* erläuterte, die Haltung Nicaraguas zum Arias-Plan sei zunächst eher ablehnend gewesen; der Plan sei als Machenschaft der USA angesehen worden. Dann habe sich die Haltung etwas aufgelockert. Beim Besuch Präsident Cerezos (Guatemala) habe Präsident Ortega Esquipulas als gute Sache bezeichnet; vor Esquipulas wolle Nicaragua keine abschließende Haltung zum Arias-Plan definieren.

Aus nicaraguanischer Sicht zeige der Plan folgende positive Ansätze:

- 1) die Regelungen über Abrüstung;
- 2) der Plan gehe davon aus, daß die Sandinisten legal an der Macht seien;
- 3) Bestimmungen über Amnestie: Sie bestehe nämlich schon, Nachteile des Plans seien, daß er keine Implementierungsvorschriften enthalte, daß Regelungen für eine Grenzüberwachungskommission fehlten und daß die USA nicht erwähnt seien, ohne die eine dauerhafte Lösung nicht möglich sei.

Der Arias-Plan solle im Rahmen des Contadora-Prozesses geprüft werden. Aus europäischer Sicht gebe es zwei Gründe, den Plan zu unterstützen:

- 1) weil die Sandinisten ihn (wegen der Bestimmungen über die Sicherheit) nicht ablehnen könnten;
- 2) weil die innere Opposition in Nicaragua sich an den Plan anhängen werde. Das Neun-Punkte-Programm der sieben nicaraguanischen Oppositionsparteien<sup>18</sup> decke sich weitgehendst mit dem Arias-Plan.

<sup>16</sup> Präsident Monge hielt sich vom 4. bis 6. Juni 1984 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 4. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 158.

<sup>17</sup> Carlos López Contreras.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Neun-Punkte-Programms von sieben nicaraguanischen Oppositionsparteien vom 5. Februar 1987 mit dem Titel „Propuesta Para Un Compromiso Nacional En Favor De La Paz, La Democracia Y El Desarrollo Independiente De Nicaragua“ vgl. Referat 331, Bd. 136361.

Die Botschaft in Managua notierte dazu am 25. Februar 1987: „Der jüngste Versuch einer ideologisch sehr differenzierten Gruppe von sieben Oppositionsparteien, zur Lösung der nicaraguanischen Krise

Bo *Nestroy* ging auf die Geschichte des Plans ein. Urheber sei Außenminister Madrigal gewesen, der den Plan in die Regierungserklärung von Präsident Arias von Mai 1986 einbauen wollte. Ziel sei gewesen, die Sandinisten aus ihrer durch den Contadora-Prozeß geschaffenen günstigen Situation herauszubringen. Der dann Ende 1986 ausgearbeitete Entwurf des Plans sei konfus gewesen und habe unrealistisch kurze Fristen für wichtige Schritte vorgesehen. Das Ziel sei eine härtere Haltung gegen Nicaragua gewesen mit dem Ziel, die Sandinisten in die Ecke zu treiben. Entweder sollten sie den Plan annehmen oder als intransigent demaskiert werden. Nach Meinung des Botschafters handelte es sich um eine koordinierte Aktion mit Washington, um gemeinsam mehr Druck auf die Nicaraguaner auszuüben. Die öffentliche Meinung in Costa Rica unterstützte eine härtere Haltung gegenüber Nicaragua.

Nach Auffassung Madrigals sei durch die Schwäche der US-Regierung infolge der Ergebnisse der letzten Kongreßwahlen<sup>19</sup> und „Iran-Contragate“ auch der Plan geschwächt worden. Präsident Arias habe in dann präsentierter Fassung Versöhnung in den Vordergrund gestellt und Contras aus Verhandlungsprozeß ausgeschlossen (diese müßten jetzt die Waffen niederlegen). Grund für die Haltung Costa Ricas sei auch, daß es wirtschaftlich unter den Spannungen in ZA leide (Flüchtlingszustrom, Probleme des Handelsaustausches).

Auf die Frage des *BM* nach der Haltung der costaricanischen Opposition zum Arias-Plan sagte Bo *Nestroy*, die Opposition (Calderón) unterstütze ihn<sup>20</sup>. Der Plan habe das Ansehen von Präsident Arias stark erhöht, er stehe jetzt in Costa Rica als internationaler Staatsmann da.

Nicht genügend bedacht worden sei, daß der Plan die vier ZA-Demokratien spalten könne. Im Grunde habe es allerdings nie einen Viererblock gegeben, sondern die Tegucigalpa-Gruppe (Costa Rica, Honduras, El Salvador)<sup>21</sup> und Guatemala.

AM Madrigal sehe die Gefahr, daß Nicaragua den Plan an sich reiße und die vier Demokratien trenne, indem es einzelne Staaten in gewissen Punkten zu sich herüberziehe. Das wolle Costa Rica auf keinen Fall mitmachen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 517*

durch ein weiteres Angebot eines nationalen Dialogs beizutragen, besteht in dem Neun-Punkte-Vorschlag eines „nationalen Übereinkommens“, der u.a. Waffenstillstand, Inkraftsetzung aller Grundrechte, Amnestie, Zeitplan für Wahlen, permanenten nationalen Dialog vorsieht. Der Vorschlag, der das bisher für Sandinisten akzeptabelste Gesprächsangebot der Opposition darstellt, wurde 9./10.2. 1987 von Oppositionsvertretern auch den Teilnehmern des San-José-III-Treffens in Guatemala vorgestellt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 69; Referat 331, Bd. 136357.

<sup>19</sup> Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „unterstütze“.

<sup>21</sup> Die Tegucigalpa-Gruppe legte am 20. Oktober 1984 in Tegucigalpa (Honduras) auf Basis eines gemeinsamen Abkommens einen Gegenentwurf zu der von Nicaragua unterstützten Fassung der Contadora-Akte vom 7. September 1984 vor. Referat 331 hielt am 5. Januar 1987 fest: „Im Frühjahr 1986 unternahmen die Contadora-Staaten verstärkte Anstrengungen, Einigung auf eine vierte Version der C-Akte zustande zu bringen. Es gelang jedoch nicht, die Differenzen in drei wichtigen Punkten zu überwinden (internationale Manöver, Rüstungsbegrenzung, Verifikation). Der Versuch der C-Staaten, die Unterstützung der Akte am 6. Juni in Panama ohne Einigung auf diese Punkte zu erreichen, scheiterte. Costa Rica, Honduras und El Salvador (‘Tegucigalpa-Gruppe’) ließen sich auf die Perspektive einer späteren Einigung zu diesen Punkten nicht ein und lehnten die Unterzeichnung der Akte ab, während Nicaragua, das die Akte vorher abgelehnt hatte, dazu nunmehr bereit war.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

Der *BM* erwähnte in diesem Zusammenhang, der uruguayische Außenminister Iglesias habe ihn bei einem Treffen am 28.3.1987<sup>22</sup> beschworen, sich positiv zum Arias-Plan zu stellen.<sup>23</sup> Dieser sei eine Konkretisierung des Contadora-Prozesses und kein Gegensatz.

Costa Rica spiele in ZA eine positive Rolle und habe eigenes Profil gewonnen. Man müsse akzeptieren, daß ein derartiger Plan am Ende nie so aussehe wie am Anfang und Veränderungen unterliege. Er habe sich in Caracas bereits zu dem Plan geäußert.<sup>24</sup> *BM* zitierte dann aus dem Entwurf seiner Rede im Parlament die vorgesehenen Passagen über den Arias-Plan.<sup>25</sup> *BM* bat dann um weitere Meinungsäußerungen zur amerikanischen Haltung.

Bo *Schober* berichtete, der spanische Botschafter in Honduras<sup>26</sup> habe ihm gegenüber die Auffassung vertreten, der Arias-Plan sei vermutlich mit führenden US-Politikern (insbesondere Senator Dodd) abgestimmt worden. In der US-Administration gebe es allerdings verschiedene Auffassungen über das weitere Vorgehen in ZA. Während Sonderbotschafter Habib für weitere Verhandlungen eintrete, sei Abrams eher der Auffassung, Verhandlungen hätten keinen Sinn. Washington habe sich in dieser Frage noch nicht entschieden.

*RL 331* wies darauf hin, daß Habib gegenwärtig durch verschiedene Länder der Region reise und sondiere.

Auf die Nachfrage des *BM*, ob Habib in seiner Position offener einzuschätzen sei, antworteten Bo *Schober* und Bo *Nestroy*, dies sei eindeutig der Fall.

Der *BM* erkundigte sich nach den weiteren Aktivitäten der Contadora und der Unterstützungsgruppe; *RL 010* teilte daraufhin den nächsten Tagungstermin mit.<sup>27</sup>

Der *BM* bat dann alle Botschafter, eine Einschätzung der innenpolitischen Situation in ihren Gastländern zu geben.

Bo *Heymer* führte für El Salvador aus, die Lage sei sehr kritisch, besonders wirtschaftlich; die fallenden Kaffeepreise und die Ausgaben für den Bürgerkrieg<sup>28</sup> (Unterhaltung einer 53 000-Mann-Armee) seien kaum noch zu verkraften. Die

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „29.3.1987“.

<sup>23</sup> Bundesminister Genscher traf am 28. März 1987 am Flughafen in Frankfurt am Main mit dem uruguayischen Außenminister Iglesias zusammen.

<sup>24</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela auf. Bei einem am 8. April 1987 vom venezolanischen Außenminister Consalvi in Caracas gegebenen Mittagessen führte Genscher zum Arias-Plan aus, dieser habe „das Verdienst, das bisher nur allgemein definierte Ziel der pluralistischen Demokratie zu konkretisieren. Mit dem Parteienpluralismus, dem gleichen Zugang zu Medien, neuen Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in allen fünf zentralamerikanischen Staaten nennt er beim Namen, was auch für die sicherheitspolitische Vertrauensbildung in der Region unerlässlich ist. [...] Wir werden von Europa aus alles daransetzen, diesen Prozeß zu unterstützen und zu fördern.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 302.

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher hielt am 9. April 1987 eine Rede im Parlament in San José. Für den Wortlaut seiner Ausführungen zum Arias-Plan vgl. BULLETIN 1987, S. 304.

<sup>26</sup> Fernando González-Camino.

<sup>27</sup> Referat 331 führte am 15. Mai 1987 aus: „Die Contadora- und Unterstützungsgruppe hat auf ihrem Außenministertreffen in Buenos Aires (13.4.1987) festgestellt, daß der Plan ein Bestandteil des Contadora-Prozesses sei, und hat ihre Bereitschaft erklärt, den Erfolg des ZA-Gipfels in Esquipulas im Juni, auf dem der Plan erörtert werden soll, durch einen Prozeß der Konsultation und Information zu fördern.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146575.

<sup>28</sup> Zum Bürgerkrieg in El Salvador vgl. Dok. 161.

erhöhten Ausgaben könnten wohl nur durch die Notenpresse finanziert werden. Folgen werden die Beschleunigung der Inflation und ein weiteres Absinken der Reallöhne sein. Präsident Duarte stehe unter amerikanischem Druck, eine zweite Abwertung vorzunehmen. Die Rechte im Lande wolle ihn desavouieren.

Duarte stünden noch zwei Jahre Amtszeit zur Verfügung.<sup>29</sup> Zwar unterstützten ihn die USA grundsätzlich, eine Friedenslösung mit der Guerilla sei allerdings in seiner Amtszeit nicht mehr möglich. Auf die Frage des *BM*, ob ein Nachfolger für Duarte in Sicht sei, antwortete Bo *Heymer*, es gebe drei Kandidaten:

- Chávez Mena, den Duarte favorisiere und der Chancen habe, aber wenig Rückhalt in der christdemokratischen Partei;
- Morales Ehrlich;
- ein unabhängiger Kandidat.

Der Kandidat der regierenden christdemokratischen Partei braucht in der Partei eine 2/3-Mehrheit für die Nominierung.

Präsident Duarte könne in der ihm verbleibenden Zeit allenfalls noch die Basis zur Lösung der Probleme des Landes für einen Nachfolger schaffen. Die Guerilla habe kein Interesse am Dialog mit Duarte.

Der Präsident sei ein offener Mensch, der auf die Bevölkerung zugehe und Charisma ausstrahle. Allerdings leide er darunter, daß er den Menschen nicht das geben könne, was sie brauchten und erhofften.

Der *BM* fragte, wie Duarte praktisch vorgehe.

Bo *Heymer* erläuterte, der Präsident spreche mit den Menschen vom Lande, wolle ihnen konkrete Hilfen geben. Er sei nahe bei den Menschen und finde bei seinen Auftritten Widerhall. Auch er wisse, daß die USA ihn nicht aus altruistischen Motiven unterstützten, sondern primär aus strategischen Gründen. Mit Europa sei dies anders.

Der *BM* führte aus, er halte es für richtig, El Salvador zu unterstützen, und fragte, wie das Land wohl 1990 aussehen werde.

Bo *Heymer* meinte, das herrschende System werde aufgrund der amerikanischen Unterstützung wohl auch dann noch bestehen. In diesem Jahr hätten die USA 770 Mio. US-Dollar in das Land gepumpt. Der *BM* fragte, ob es „die Militärs“ in El Salvador gebe.

Bo *Heymer* antwortete, das Militär sei als ein Block anzusehen. Früher (vor 1979) habe es die Interessen der einheimischen Oligarchie geschützt, seit dem Putsch<sup>30</sup> sei dies anders. Die Oligarchie alter Prägung gebe es nicht mehr. Ersatzpartner der Armee seien von dort erhalten.<sup>31</sup> Die USA vermittelten die Politik der Regierung an die Militärs. Das Militär habe keinen Anlaß zum Putsch; für Ausrüstung sorgten die Amerikaner, die Privilegien der Offiziere seien gewährleistet.

Bo *Bensch* führte zur Situation in Guatemala aus, zu Präsident Cerezo gebe es keine Alternative; die Oppositionsparteien seien nur Wahlvereine. Die regierenden Christdemokraten organisierten sich wie die PRI<sup>32</sup> in Mexiko als Regie-

29 Die Amtszeit von Präsident Duarte endete am 1. Juni 1989.

30 Zum Sturz des Präsidenten Romero am 15. Oktober 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 298.

31 So in der Vorlage.

32 Partido Revolucionario Institucional.

rungspartei auf Dauer. Das Militär sei loyal zur Regierung. Präsident Cerezo respektiere die Prärogativen des Militärs und mische sich auch nicht in die Methoden der Guerillabekämpfung ein.

Der *BM* fragte, wie der Besuch des Bundespräsidenten in Guatemala aufgenommen worden sei.<sup>33</sup>

Bo *Bensch* berichtete, die Aufnahme sei ausgezeichnet gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland werde derzeit in Guatemala als Nr. 1 angesehen. Die deutschen FZ-Zusagen seit dem Amtsantritt von Cerezo<sup>34</sup> belieben sich immerhin auf 143 Mio. DM (im Vergleich zu 180 Mio. US-Dollar der USA).

Die Guatimalteken seien im Verhältnis zu den USA der Ansicht, diese müßten lernen, mit den zentralamerikanischen Staaten zu sprechen wie mit Partnern, so wie sie es auch im Verhältnis zu Südamerika gelernt hätten.

Guatemala sei derzeit Drehscheibe der internationalen Politik, Beispiele seien die San-José-III-Konferenz im Februar 1987<sup>35</sup>, der Besuch des Bundespräsidenten, der Besuch de la Madrids<sup>36</sup> und weiterer mexikanischer Minister.

Der Rückhalt für die Bundesrepublik Deutschland sei gut, auch durch eine starke deutsche Kolonie.

Guatemala sehe sich zumal durch seine Bevölkerungsstärke (ca. 9 Mio. Einwohner) als der wichtigste Staat ZAs.

Bo *Schober* führte über die Situation in Honduras aus, die wirtschaftliche Situation sei schlecht infolge der gefallenen Kaffeepreise und der Entwicklungen im Zuckerexport. Innenpolitisch sei die tiefe Spaltung der regierenden liberalen Partei hervorzuheben. Da der Präsident nach der Verfassung nicht wiedergewählt werden könne, setze der Vowahlkampf für den Nachfolger schon ca. drei Jahre vor der Wahl ein. Der mögliche neue Mann Callejas sei als dynamisch anzusehen. Der gegenwärtige Präsident Azcona sitze fest im Sattel. Er gelte als unbestechlich und motiviere die Verwaltung. Ein Rückgang der Korruption sei spürbar.

Der *BM* erkundigte sich nach der Präsenz der USA in Honduras.

Bo *Schober* erklärte, nach seiner Einschätzung würden sich die USA auf lange Sicht nicht aus Honduras zurückziehen. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den USA sei im ganzen auch nicht schlecht. Die vereinzelten Proteste mit „Anti-Gringo“-Parolen kämen überwiegend von linken Splittergruppen und Studenten.

In Kürze ständen Manöver mit amerikanischen Einheiten bevor, bei denen auch modernstes Gerät (z. B. AWACS-Flugzeuge) zur Erprobung käme.

Die Aktivitäten der Contras von honduranischem Gebiet aus ließen nach, allerdings liefen die Nachschubwege weiterhin über das nationale Territorium.

Dagegen werde Regierung nichts unternehmen.

<sup>33</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Guatemala vom 25. bis 29. März 1987.

<sup>34</sup> Präsident Cerezo trat am 14. Januar 1986 sein Amt an.

<sup>35</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

<sup>36</sup> Präsident de la Madrid hielt sich vom 8. bis 10. April 1987 in Guatemala auf.

Präsident Azcona gehe davon aus, daß die USA die Contras wohl weiterhin unterstützen müßten.

Bei der finanziellen Zusammenarbeit sei die Tendenz steigend. Der BMZ habe eine Steigerung von 20 auf 30 Mio. DM vorgesehen.

Bo *Nestroy* erläuterte dann die Daten zur finanziellen Zusammenarbeit mit Costa Rica. Für 1987 seien 22 Mio. DM zugesagt. Wegen des Vorbehalts der parlamentarischen Zustimmung zu Krediten hätten FZ-Mittel bisher nicht abfließen können. Dies gelte besonders deshalb, weil bei finanzrelevanten Gesetzen eine 2/3-Mehrheit im Parlament notwendig sei. Die Regierung sei in diesem Falle gezwungen, die Zustimmung der Oppositionspartei im Wege von Verhandlungen zu erreichen.

Bo *Rusnak* erklärte zur Situation in Nicaragua, die Sandinisten hätten in den letzten Monaten außenpolitisch erfolgreich agiert. Sie hätten es verstanden, die USA als den Bösewicht der Region darzustellen (Erfolge bei Abstimmungen in der UNO<sup>37</sup>, Auftreten Präsident Ortegas auf der Konferenz der Blockfreien<sup>38</sup>, Besuch Pérez de Cuellar in NIC, Besuch OAS-Vertreter, IPU<sup>39</sup>-Tagung in Nicaragua<sup>40</sup>). Evtl. solle 1989 sogar die Konferenz der Blockfreien in Managua stattfinden.<sup>41</sup>

Auch bezüglich Contadora sei die nicaraguanische Regierung erfolgreich gewesen. Die Sandinisten hätten es geschafft, daß Contadora fast nur noch aus Konsultationen für den Ernstfall bestehe; im übrigen sei der Status quo festgeschrieben. Innen- und wirtschaftspolitisch stehe das Regime vor unlösbaren Problemen. Dennoch komme es nur zu kleineren Demonstrationen. Wirtschaftlich sei das Land zahlungsfähig, die Arbeitslosigkeit (insbesondere die versteckte) hoch. Auf die Frage des *BM* nach dem Anteil der Privatwirtschaft am Wirtschaftsgeschehen antwortete Bo *Rusnak*, offiziell angegeben würde ein Anteil von 50–60%, es käme aber sehr auf die Definition für den privatwirtschaftlichen Sektor an.

*BM* fragte, woher Nicaragua seine Ausrüstungen beziehe.

<sup>37</sup> Referat 331 vermerkte am 3. Februar 1987: „NIC hatte USA im April 1984 vor dem IGH ‚wegen militärischer und paramilitärischer Aktivitäten in und gegen Nicaragua‘ verklagt. [...] Der IGH ist in seiner Entscheidung vom 27.6.1986 dem NIC-Klagebegehren weitgehend gefolgt. Er hat insbesondere entschieden: mit elf gegen vier Stimmen, daß Gerichtsbarkeit gegeben sei; mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA sich nicht auf Selbstverteidigungsrecht berufen könnten; mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA insbesondere durch Unterstützung der Contras völkerrechtsrechtliches Gewaltverbot verletzt hätten“ und „mit zwölf gegen drei Stimmen, daß USA durch gewaltsame Attacken gegen nic[araguanisches] Territorium völkerrechtsrechtliches Gewaltverbot verletzt hätten“. Ferner seien die USA mit zwölf gegen drei Stimmen dazu verpflichtet worden, die genannten Rechtsverletzungen einzustellen und Reparationszahlungen an Nicaragua zu leisten. Vgl. die Aufzeichnung; Referat 331, Bd. 136375.

Am 3. November 1986 bestätigte die VN-Generalversammlung mit Resolution Nr. 41/31 das Urteil des IGH. Für den Wortlaut vgl. *RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG*, 41. Tagung, S. 23.

<sup>38</sup> Die achte Gipfelkonferenz der Bewegung der blockfreien Staaten fand vom 1. September bis 7. September 1986 in Harare statt. Botschafter *Rusnak*, Managua, berichtete am 10. September 1986, daß laut nicaraguanischen Presseberichten „die Solidarisierung aller blockfreien Länder mit der nic[araguanischen] Sache überwältigend gewesen sei und daß die US-Politik in Zentralamerika und vor allem in Nicaragua eine Abfuhr erhalten habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 331, Bd. 136373.

<sup>39</sup> Korrigiert aus: „IPV“.

<sup>40</sup> Die 77. Tagung der Interparlamentarischen Union fand vom 27. April bis 2. Mai 1987 in Managua statt.

<sup>41</sup> Die neunte Gipfelkonferenz der Bewegung der blockfreien Staaten fand vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad statt.

Bo *Rusnak* sagte, aus Ostblockstaaten, aber auch aus Staaten wie Schweden, Niederlande und Frankreich.

*BM* fragte nach dem Engagement von Kuba in Nicaragua.

Bo *Rusnak* meinte, Kuba habe etwa 5–6000 Berater und Experten in Nicaragua in verschiedenen Bereichen (z. B. Ausbildung).

*BM* erkundigte sich nach der Haltung der Regierung zum Arias-Plan und nach dem Spielraum der Regierung bei Entscheidungen.

Bo *Rusnak* erklärte, bei Verhandlungen mit nicaraguanischen Stellen seien regelmäßig Kubaner dabei, auch sowjetische Vertreter wirkten im Hintergrund, wenn auch weniger deutlich. Dies sei aber kein Nachteil für die Verhandlungen, da die Vertreter dieser Länder berechenbar seien.

*BM* meinte, nach seinem Eindruck wolle die SU keine Konfliktpunkte auf dem amerikanischen Kontinent.

Bo *Rusnak* ergänzte, die Botschafter der Ostblockstaaten seien in diesem Punkt ganz offen. Die westlichen Staaten hätten mit ihrer Politik Nicaragua in die Arme des Ostblocks getrieben. Sie hätten an sich dort keine Interessen.

Wirtschaftlich seien die Sandinisten am Ende, Öl erhielte Nicaragua nur noch aus der Sowjetunion, Lebensmittel aus dem Ostblock. Die Lebensmittelversorgung sei katastrophal, es bedürfe demnächst vermutlich einer verstärkten Repression, um die Unzufriedenheit niederzuhalten. Das Verhältnis zur Amtskirche habe sich seit Eintreffen des neuen Nuntius<sup>42</sup> etwas gebessert, sei im Grunde aber immer noch schlecht.

Die Menschenrechtslage sei unverändert ernst. Die Regierung konzentriere sich in letzter Zeit auf die Unterdrückung der Campesinos.<sup>43</sup>

Auf die Frage des *BM* nach der Grundstimmung im Lande meinte Bo *Rusnak*, die Stimmung sei sehr schlecht.

Auf die Frage des *BM*, ob sich die Sandinisten nur noch mit Gewehren an der Macht hielten, erklärte Bo *Rusnak*, dies sei nicht ganz so. Auch bei freien Wahlen hätten die Sandinisten noch Chancen auf einen Sieg, dies um so mehr, als ein Teil der Opposition das Land verlassen hat. Die Bevölkerung reagiere aber nicht mehr so, wie die Regierung es wolle, dies könne bis zu Hungerrevolten führen. Auf die Frage des *BM* nach der Rolle der Presse antwortete Bo *Rusnak*, seit Schließung der „Prensa“ könne von einer<sup>44</sup> Presse keine Rede mehr sein. Es gäbe nur noch eine Parteizeitung und einige schwache Provinzblätter.<sup>45</sup>

<sup>42</sup> Paolo Giglio.

<sup>43</sup> Die Botschaft in Managua informierte am 25. Februar 1987: „Menschenrechtsverletzungen halten nach Informationen der Unabhängigen Menschenrechtskommission [Comisión] permanente de Derechos Humanos ungefähr im bisherigen Umfang an. Als qualitativ neues Element werden von CPDH Massenverhaftungen von bis zu 300 Bauern in Konfliktzonen kritisiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 69; Referat 331, Bd. 136357.

Referat 331 vermerkte am 23. November 1987: „Nicaragua ist Signatarstaat der bedeutenden Menschenrechtskonventionen, dennoch verharrt die Menschenrechtslage auf ihrem angespannten Niveau. Für Verletzungen sind ebenso aufständische Contras wie sandinistische Regierung verantwortlich zu machen, bei letzterer fast ausschließlich die Organisationen des Innenministeriums wie Polizei, Staatssicherheit, Einwanderungs- und Zensurbehörde.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136392.

<sup>44</sup> Korrigiert aus: „ihrer“.

<sup>45</sup> Die Botschaft in Managua berichtete am 4. September 1986: „Die zivile Opposition sieht sich in einem politischen Würgegriff, der durch den Eindruck einer sich auf die militärische Eskalation

*BM* fragte Bo Nestroy, ob Calderón in Costa Rica noch einmal politisch hervortreten werde.

Bo Nestroy meinte, wenn Calderón sich nicht der nächsten Wahl stelle, würde er später kaum noch eine Chance für ein Comeback erhalten.

In der Sozialdemokratischen Partei sei das Rennen um den nächsten Kandidaten noch offen, in der christlich-sozialen Partei sehe es anders aus. Möglich sei, daß der Wirtschaftsminister<sup>46</sup> entlassen werde wegen seiner Differenzen mit dem Präsidenten der Zentralbank<sup>47</sup>. Der gewesene Präsident der Zentralbank<sup>48</sup> sei der beste Wirtschaftsfachmann des Landes. Falls er zurückkäme, sei er ein ernstzunehmender Bewerber.

*RL331* erkundigte sich nach dem neuen costaricanischen Botschafter in Bonn.

Bo Nestroy meinte, es gäbe mehrere Kandidaten. Die Besetzung sei auch ein finanzielles Problem. Jedenfalls sollte der Posten bis zum Besuch von Präsident Arias in der Bundesrepublik Deutschland<sup>49</sup> besetzt werden.<sup>50</sup>

Zum Abschluß berichteten die Botschafter über Einzelfragen aus ihren Ländern. Ende der Bo-Konferenz: 12:30 h.

#### **Unterabteilung 33, Bd. 146523**

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 523*

unweigerlich zuspitzenden nationalen Krise und die innenpolitische Verhärtungsstrategie der FSLN geprägt ist. Markanteste Beispiele für letztere sind die Schließung der einzigen Oppositionszeitung ‚La Prensa‘ (26.6.), Ausweisung von Kirchenvertretern wie generell das verächtliche Ignorieren von Oppositionsanliegen.“ Vgl. den Politischen Halbjahresbericht; Referat 331, Bd. 136357.

<sup>46</sup> Luis Diego Escalante Vargas.

<sup>47</sup> Eduardo Lizano Fait.

<sup>48</sup> Carlos Manuel Castillo Morales.

<sup>49</sup> Zum Besuch des Präsidenten Arias vom 25. bis 28. Mai 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 171, Anm. 50.

<sup>50</sup> Botschafter Costa Ricas in der Bundesrepublik war seit 16. September 1987 José Joaquín Chaverri Sievert.

## 104

**Ministerialdirigent von Ploetz  
an Bundesminister Genscher, z.Z. San José**

**Dg 20-495/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2954**

**Aufgabe: 9. April 1987, 14.15 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-niederländische sicherheitspolitische Konsultationen am  
8.4.1987 in Den Haag

Aus den Konsultationen wird festgehalten:

**1) INF<sup>2</sup>**

Nach NL-Darlegung besteht über LRINF-Null-Lösung Konsens, in bezug auf Behandlung SRINF „Konfusion“. Nach NL-Auffassung soll INF-Abkommen „collateral constraints“ für Systeme im Reichweitenband SS-12/SS-22 und SS-23 enthalten. Falls Schewardnadse in diesem Reichweitenband Null-Lösung vorschlägt, ist nach NL-Auffassung gründliches Nachdenken in der NATO notwendig. Es muß auch Frage betreffen, ob bei 500 km der Punkt erreicht ist, an dem für weitere Schritte der Nukleararbrüstung die Herstellung konventioneller Stabilität zur Vorbedingung gemacht werden muß. NL-Seite hält für notwendig, diesen Zusammenhang öffentlich mit großer Deutlichkeit anzusprechen, zumal INF-Abkommen allgemeinen Eindruck deutlich verbesserter West-Ost-Beziehungen vermitteln dürfte. Auf entsprechende deutsche Frage: Im Falle einer Null-Lösung bei LRINF will NL-Regierung die beiden Nuklearaufgaben (F-16 und Orion) beibehalten, auf die sie bei Stationierung der GLCM verzichtet hätte (so bereits AM van den Broek am 8.4. in öffentlichem Interview). Im übrigen Zustimmung zu Shultz-Absicht, SRINF-Null-Vorschlag der SU weder anzunehmen noch abzulehnen, sondern im Bündnis zu konsultieren.

Dg20 bestätigte Konsens in bezug auf LRINF-Null und sah auch keine „Konfusion“ in bezug auf SRINF: Hierzu gebe es grundsätzliche Bündnisposition von 1981<sup>3</sup>, die allerdings angesichts einer sowjetischen Politik formuliert worden sei, die ein Unterlaufen befürchten ließ. Heute bestehe Problem darin, daß SU eher Null-Lösungen nach unten fortschreiben wolle. Man werde sehen, was sie gegenüber Shultz vorschlage.<sup>4</sup> Bundesregierung halte für richtig, daß er Vorschläge weder zurückweise noch annehme.<sup>5</sup> Wichtig sei auch, daß er klärende

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.

Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent von Ploetz am 9. April 1987 an Referat 202 „z[ur] K[enntnisnahme]“ sowie an Referat 201 weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 10. April 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Freiherr von Stackelberg am 14. April 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 41 und Dok. 88.

<sup>3</sup> Vgl. Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 27f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

<sup>4</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan; Dok. 100.

Fragen stelle, denn bisher seien Einzelheiten keineswegs geklärt. Die Bündnis-konsultationen könnten dann am 16.4. im NATO-Rat beginnen.

Die Frage des Verhältnisses nuklear/konventionell werde sich auch für die Öffentlichkeit sehr viel klarer stellen, wenn parallel zur Implementierung eines LRINF-Abkommens KRK-Verhandlungen und die SRINF-Verhandlungen liefen.

Auf direkte Frage, ob wir der Ersetzung PIa durch PIb zustimmen würden, erläuterte Dg20: Implementierung eines LRINF-Abkommens müsse durch Abzug der Systeme erfolgen. Jede andere Handhabung mache unsere Politik unglaublich. Eine hiervon völlig zu trennende Frage sei die der Modernisierung der PIa.<sup>6</sup> Wer sie – auf dem Wege über PII-Konversion – mit der Implementierung eines INF-Abkommens verquicke, vermiche die Dinge in unzulässiger Weise, riskiere die Neuauflage der Nachrüstungsdiskussion und gefährde damit auch letztlich eine PIa-Modernisierung. Zum Ziel der SRINF-Verhandlungen zitierte Dg 20 wörtlich Regierungserklärung vom 18. März<sup>7</sup>.

Oberst Fischer (BMVg) erläuterte militärisch-strategische Problematik der Fortschreibung von Null-Lösungen, die Implementierung der Strategie und insbesondere Schwerpunktverlagerung der Abschreckung zu Systemen größerer Reichweite beschweren oder unmöglich machen und damit destabilisierend wirken würden.

NL-Seite stellte Übereinstimmung fest und kündigte Übermittlung eines Briefes des NL-AMs<sup>8</sup> an eigenes Parlament an. Am Rande der Konsultationen wurde auf AM-Interesse an bilateralem Gespräch mit BM verwiesen, in das auch Schwerpunkte niederländischer WEU-Präsidentschaft (ab 1.7.) einbezogen werden sollten, die AM aktiv gestalten wolle.

## 2) West-Ost-Beziehungen, Gorbatschow

Grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung.

NL-Seite rät insgesamt zu „constructive caution“ und sieht im WFT<sup>9</sup> ersten wichtigen außenpolitischen Test für Veränderungen. NL-Zustimmung zu BM-Antworten auf Grundfragen in Davos-Rede<sup>10</sup>.

## 3) West-West-Beziehungen, Zustand der Allianz

NL-Besorgnis über zunehmendes Austrocknen der Bündniskonsultationen durch Hauptstadtkontakte, aber auch durch mangelnde Bereitschaft zur Konsultation und Abstimmung: „Atlantik wird breiter, Dialog ist oft Gespräch zwischen Tauben“.

NL-Seite hält – anders als vor allem F – Reykjavik<sup>11</sup> nicht für traumatische Erfahrung. Man ist nicht grundsätzlich besorgt über stärkeres US-Streben nach Reduzierung nuklearer Verwundbarkeit (SDI, Beseitigung aller ballistischen Raketen). Reduzierte Verwundbarkeit der USA kommt nach NL-Einschätzung

<sup>6</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

<sup>8</sup> Hans van den Broek.

<sup>9</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 106.

<sup>10</sup> Zur Rede des Bundesministers Genschers vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>11</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Europa zugute, weil ihre<sup>12</sup> Schutzzusage glaubwürdiger wird. Daher hält NL nicht Strategiedebatte für notwendig, sondern Erörterung aktueller Entwicklungen im Rahmen der Strategie. Schwerpunkte dabei Gewichtsverlagerung von nuklear in Richtung konventionell und, bei strategischen Systemen, von offensiv zu defensiv: Es geht um „transition management“.

NL-Verteidigungsminister<sup>13</sup> strebt vertrauliche Bündniskonsultationen im NPG-Rahmen an, da hier Schwerpunkt der Nukleardiskussion. NL-AM lehnt Gedanken einer Wiederholung informellen NATO-AM-Treffens (nach Muster La Sapinière<sup>14</sup>) nicht grundsätzlich ab. Er ist angeblich aber insofern skeptisch, als er nicht zu weiterer Austrocknung der NATO-Konsultationen beitragen will.

#### 4) Frankreich – NATO – WEU

Offenbar bei AM persönlich tiefstzender Zweifel an Motiven von F für Wiederbelebung der WEU, der im Außenministerium anscheinend geteilt wird: F werde immer dann europäisch, wenn es Probleme mit den USA gebe. Paris wolle nicht europäischer werden, sondern Europa französischer machen. Daher NL-Zurückhaltung gegenüber Formulierung einer „europäischen“ Einschätzung von Reykjavik, andererseits aber Bereitschaft „to capitalize on renewed French interest“.

Erläuterung des Standes deutsch-französischer sicherheitspolitischer und militärischer Zusammenarbeit<sup>15</sup> fand großes Interesse, ebenfalls Differenzierung zwischen dem sichtbar in Bewegung geratenden Denken auf politischer Ebene und einer Status-quo-orientierten Politik der Bürokratie. Dabei wurde aber deutlich, daß beschriebener tiefstzender Verdacht NL-Seite auch künftig mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung operieren lassen wird. NL-Seite schien aber beeindruckt zu sein von unserem Argument, daß Prozeß des Nachdenkens in F nicht gefördert wird, wenn WEU-Partner es unseren bilateralen Kontakten überlassen, die wichtigen Fragen zu stellen. NL konzidierten auch, daß wichtigster Beitrag zur Stärkung der konventionellen Verteidigung Europas durch Rückkehr der französischen Armee und Luftwaffe „an die vorderste Linie“ gemacht werden könnte. Sie anerkannten unsere diesbezüglichen bilateralen Bemühungen (wenn auch von einer gewissen Nervosität in bezug auf das Sonderverhältnis D–F die Rede war) und billigten unsere Überlegung, im KRK-Zusammenhang auf westlicher Seite die Zonen so zu gestalten, daß zwischen D und F nicht differenziert wird. Den in der HLTF erörterten Gedanken, eine solche westliche Zone auf Benelux und GB zu erweitern, fanden sie richtig, die Idee einer Erstreckung auch auf I (und auf östlicher Seite auf Ungarn) und damit auf das gesamte WEU-Gebiet fanden sie prüfenswert.

#### 5) WEU

##### a) Reorganisation<sup>16</sup>

NL tritt wie wir für Kollokation aller WEU-Organe in Brüssel ein. Es hält französische Position für schwach, zumal Paris keine wirklichen Verbündeten hat.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „seine“.

<sup>13</sup> Willem van Eekelen.

<sup>14</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 253.

<sup>15</sup> Zur deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vgl. Dok 23 und Dok. 31.

<sup>16</sup> Zu den Bemühungen um eine Reorganisation der WEU vgl. AAPD 1984, I, Dok. 121, sowie AAPD 1986, I, Dok. 130 und AAPD 1986, II, Dok. 330.

Den Haag teilt daher auch unsere Auffassung, daß wir beim nächsten WEU-Ministerrat<sup>17</sup> das französische Engagement für die WEU an dieser Frage testen sollen. Falls F, was nicht unwahrscheinlich ist, in Luxemburg noch hart bleibt, sollte kein Substanzkompromiß angestrebt, sondern Frage prozedural behandelt werden (Verweisung an Präsidentschaft und GS<sup>18</sup> zwecks Formulierung eines Vorschlags für Herbst-Ministertreffen<sup>19</sup>).

Zur Struktur einer reorganisierten WEU NL-Zustimmung zu unseren Vorstellungen:

- Verstärkung des Generalsekretariats durch einige Personalstellen aus den bisherigen Pariser WEU-Agenturen und damit Schaffung eines Organs, das Beschußfassung des WEU-Rats substantiell vorbereiten und bei der Ausführung mitwirken kann.
- Ständiger WEU-Rat: keine Anbindung an NATO, sondern – nach PK-Muster – Besetzung durch Politische Direktoren. Damit müßte auch französische Sorge vor zu großer NATO-Nähe in Brüssel ausgeräumt werden.
- Zusammenfassung der aus den Agenturen verbliebenen Personalstellen und Schaffung eines WEU-Forschungsinstituts (gemäß BM-Vorschlag von 1984<sup>20</sup>).

b) Erweiterung

NL-AM ist besorgt, daß wirkliche Revitalisierung durch vorzeitige Erweiterung gefährdet werden könnte. Daher NL-Wunsch, zunächst öffentlich nutzbare Kriterien für Erweiterung zu entwickeln. Außerdem vorher Restrukturierung und Bereinigung des WEU-Vertrags<sup>21</sup> abschließen.

Bei aller Skepsis Verständnis für unsere Argumente, Erweiterungsfrage konstruktiv und mit Verständnis für <sup>22</sup>politische Zusammenhänge anzugehen. Interesse insbesondere für Argument, daß unter Umständen im spanischen Fall WEU-Beitritt<sup>23</sup> zum richtigen Zeitpunkt helfen könnte, spanischen Beitrag zur

<sup>17</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 27./28. April 1987 in Luxemburg statt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 30. April 1987 über den Bericht des Ministerialdirigenten von Ploetz in der Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO in Brüssel über die WEU-Ministerratstagung. Ploetz habe ausgeführt, angesichts „jüngster Entwicklungen im Rüstungskontrollbereich sei Zeitpunkt Treffens besonders günstig gewesen. Es habe gerade wegen Anwesenheit von Außen- und Verteidigungsministern, insbesondere auch Frankreichs, gute Gelegenheit zu nützlichem Gedankenaustausch [...] geboten. Minister hätten Entwicklung im Rüstungskontrollbereich als im Interesse der Allianz begrüßt und hätten Notwendigkeit unterstrichen, europäische Komponente NATO zu stärken. Dabei sei auch in Erinnerung gerufen worden, daß NATO-Doppelbeschuß gemeinsam gefaßter, politisch und strategisch gut durchdachter und langfristig angelegter Beschuß gewesen sei.“ Hauptgesprächspunkte seien die „Fortschreibung der Null-Lösungen“, die die Bündnisstrategie gefährde, sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen gewesen. Bei dem letzten Punkt sei man „darin einig gewesen, sich Speisefolge nicht von SU diktionieren zu lassen“. Ferner habe bei allen Ministern „Einigkeit bestanden, daß LRINF-SRINF-Komplex sorgfältig geprüft“ werden müsse und „Aufmerksamkeit auf konventionelles Ungleichgewicht und chemische Waffen zu richten“ sei. Vgl. den Drafthbericht Nr. 566; VS-Bd. 11912 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>18</sup> Alfred Cahen.

<sup>19</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 26./27. Oktober 1987 in Den Haag statt.

<sup>20</sup> Vgl. die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 26. Oktober 1984; BULLETIN 1984, S. 1137f. Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom vgl. AAPD 1984, II, Dok. 290.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

<sup>22</sup> Beginn des mit Drahterlaß Nr. 2955 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>23</sup> Zu einem möglichen WEU-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 23, Anm. 12.

europäischen Verteidigung trotz Nicht-Integration in NATO optimal zu gestalten und gleichzeitig Probleme in bilateralen Verhandlungen Spanien – USA<sup>24</sup> zu überwinden.

Angesichts sonstiger wichtiger Themen für bevorstehende WEU-Ministertagung Übereinstimmung, Erweiterungsfrage in Luxemburg zur weiteren Prüfung an Ständigen Rat zu verweisen.

c) WEU-Charta, Interimsbericht, Communiqué

Angesichts dargestellter NL-Skepsis in bezug auf F auch große Zurückhaltung gegenüber Charta-Vorschlag<sup>25</sup>.

NL fühlt sich in Skepsis bestätigt durch ernüchterndes Ergebnis der Beratungen des Ständigen Rates und der Politischen Direktoren am Montag in London.<sup>26</sup> Problem wird letztlich darauf zurückgeführt, daß über politische Finalität der WEU-Wiederbelebung keine Einmütigkeit besteht.

NL-Zustimmung, daß politische Homogenität der sieben WEU-MS sehr groß ist, daß die nicht-nuklearen Partner die Europäische Union (unter Einbeziehung von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik) im Allianzrahmen wünschen, daß GB hierbei heute sehr viel weiter als noch vor einem Jahr folgen kann, und daß F zunehmend erkennt, daß es sich der Kernfrage stellen muß, daß der Prozeß der Meinungsbildung aber bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Zustimmung auch zur deutschen Linie, zunächst geduldig an dem Interimsbericht für Ministertreffen<sup>27</sup> und dem auf dieser Grundlage abzufassenden Communiqué<sup>28</sup> zu arbeiten und dann auf dieser Grundlage eine auf längere Zeit angelegte und daher sorgfältig zu formulierende Charta zu entwickeln. Allerdings Meinungsunterschiede auf NL-Seite insoweit, als Außenministerium Diskussion in WEU auf allgemeine Aspekte beschränken und jede Art von Beschlusßfassung der NATO vorbehalten will („WEU ist keine militärische Allianz“), Ver-

<sup>24</sup> Zu den amerikanisch-spanischen Stützpunktverhandlungen vgl. Dok. 66, Anm. 41.

Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 21. April 1987, die spanische Seite versuche „im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwei Vorwürfen entgegenzutreten“, nämlich, daß die Beziehungen zu den USA gestört seien und die Sicherheit der NATO beeinträchtigt werde. So habe sich der spanische Verhandlungsführer nach der letzten Verhandlungsrunde „eher zurückhaltend“ geäußert. Dies sei auch in der spanischen Presse deutlich geworden. Dagegen hätten Mitglieder des US-Kongresses „deutlich gemacht, daß der Kongreß ‚impatient‘ werde und daß US-Öffentlichkeit immer weniger verstehet, warum man sich nicht aus Europa zurückziehe, obwohl die Europäer dies augenscheinlich wollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 201, Bd. 143363.

<sup>25</sup> Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 2. April 1987 dar: „Am 6. April 1987 findet in London eine Sitzung des Erweiterten Ständigen Rats der WEU (Ständige Vertreter, Politische Direktoren der Außenministerien, Leiter der Abteilungen für Militärpolitik der Verteidigungsministerien) statt. Zweck der Sitzung ist es, die Zielsetzung für die Ministertagung der WEU am 28. April d.J. in Luxemburg vorzubereiten. Der Erweiterte Ständige Rat wird folgende Fragen erörtern: TO der Ministertagung; Communiqué; Bericht zur europäischen Sicherheit; institutionelle Fragen; Erweiterung“. Vgl. VS-Bd. 11914 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>27</sup> Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 23. April 1987: „Im Anschluß an ihre Diskussion zu den Implikationen der in Reykjavík erörterten Abrüstungsvorschläge für die Sicherheit Westeuropas während der informellen WEU-Ministerratstagung in Luxemburg am 13. und 14. November 1986 gaben die Minister einen Bericht in Auftrag, der diese Fragen im einzelnen analysieren sollte.“ Der beigefügte Zwischenbericht sei „eine Darstellung des Diskussionsstandes, jedoch noch kein abschließendes Ergebnis“. Vgl. VS-Bd. 11914 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der WEU-Ministerratstagung am 27./28. April 1987 in Luxemburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 373–376.

teidigungsministerium aber zu einem konkreteren Ansatz tendiert, der auch Rüstungsbeschaffung und Abstimmung der Verteidigungsplanung einbezieht.

Insgesamt aber NL-Zustimmung, daß Prozeß der Herausbildung einer sicherheitspolitischen Identität Europas nicht die NATO stört, sondern im Gegenteil eine Voraussetzung für Erhaltung ihrer Vitalität ist. Dennoch haben NL offensichtlich Probleme, aus dieser Erkenntnis die Schlußfolgerungen zu ziehen.

d) Zur Vorbereitung NL-WEU-Präsidentschaft möchte NL-Seite eingehend mit uns beraten und noch vor 1. Juli nach Bonn kommen.<sup>29</sup> Wir haben zugestimmt.

NL-Seite will prüfen, inwieweit sie am 25.3.1987 mit B und L abgeschlossene erweiterte Version einer Konvention zur militärischen Kooperation (vor allem Information, Ausbildung, Forschung und Standardisierung der militärischen Ausrüstung betreffend) im WEU-Rahmen als beispielhaft für noch breitere Zusammenarbeit erläutern will.

Nachdem Herstellung eines Streitkräftevergleichs im NATO-Rahmen durch griechisch-türkisches Problem<sup>30</sup> blockiert ist, will NL-Seite auch Überlegung prüfen, ob Abstimmung unter den sieben WEU-Partnern sinnvoll ist, um gemeinsame breite Datenbasis (ergänzend zu nationalen Streitkräftevergleichen, z.B. von GB, USA und D) zu ermöglichen, die vor allem F einbeziehen würde.

#### 6) Konventionelle Verteidigungsfähigkeit

Übereinstimmung, daß nicht mit zusätzlichen Mittelzuweisungen zu rechnen ist. NL-Seite hatte Zweifel, ob gültige Absprache gegenwärtiger Koalitionspartner,

<sup>29</sup> Am 30. Juni 1987 fanden in Bonn deutsch-niederländische Konsultationen zur WEU statt. Ministerialdirigent von Ploetz resümierte am 2. Juli 1987: „Am 1. Juli 1987 hat NL für ein Jahr den Vorsitz in der WEU übernommen. Wir hatten NL auf seine Initiative zu bilateralen Gesprächen über die im nächsten Jahr in der WEU zu bewältigende Arbeit eingeladen, um dem Vorsitz unsere Vorstellungen nahezubringen. Dabei ergab sich Einigkeit in allen wesentlichen Fragen. Insbesondere stimmt NL, das bis vor wenigen Monaten der stärkeren Nutzung der WEU noch skeptisch gegenübergestanden hatte, unserer Analyse zu, daß die WEU das geeignete Instrument ist, um der europäischen Stimme bei der Formulierung der Sicherheitspolitik im Bündnis größeres Gewicht zu geben, und daß das sicherheitspolitische Denken in Frankreich seit einigen Monaten so in Bewegung geraten ist, daß Versuche lohnen, Frankreichs Sicherheitspolitik mit Hilfe der WEU in ein multilaterales Konzept der europäischen Sicherheit im Bündnis einzubinden.“ Vgl. VS-Bd. 11911 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>30</sup> Am 26. März 1987 erläuterte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen: „Der jüngsten griechisch-türkischen Spannungen liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Seit dem 15. März 1987 befindet sich das türkische Meeresforschungsschiff ‚Piri Reis‘ zu Forschungszwecken in der Ägäis. Das Schiff wird von einem Zerstörer und einem Kanonenboot begleitet. Die Schiffe haben sich nach griechischer Darstellung, die von TUR nicht bestritten wird, am 19. März außerhalb der griechischen Hoheitsgewässer (6 sm) bis auf 12 Seemeilen den griechischen Inseln Limnos, Thassos und der Südspitze der Halbinsel Athos genähert.“ Sie hätten Forschungsarbeiten vorgenommen: „Die griechische Regierung hat aus diesem Anlaß am 20. März alle Missionschefs der NATO-Mitgliedstaaten zu einem Briefing ins griechische Außenministerium (Vizeminister Kapsis) einbestellt, um die NATO-Regierungen über ‚eine neue, sehr ernste und zu tiefer Besorgnis Anlaß gebende türkische Provokation in der Nordost-Ägäis zu unterrichten‘. [...] Am 24. März 1987 wurden die Missionschefs der NATO-Staaten im türkischen AM über die türkische Haltung unterrichtet: Die griechischen Angaben über die Bewegung der ‚Piri Reis‘ in der Ägäis trafen zu. [...] TUR sei bereit, von militärischem Begleitschutz abzusehen, sofern griechische Seite [...] Behinderungen in Zukunft unterlasse.“ Forschungstätigkeiten in internationalen Gewässern seien nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 eine „klassische Freiheit“. Richthofen bewertete die griechisch-türkischen Spannungen als besorgniserregend. Es liege im Interesse der Bundesrepublik, „frühzeitig darauf hinzuwirken, daß die seit langem schwelenden und jetzt eskalierenden Spannungen zwischen zwei NATO-Partnern in der sensiblen Südost-Region des Bündnisses durch die Aufnahme bilateraler Gespräche [...] auf ein für das Bündnis erträgliches Maß reduziert werden“. Vgl. Referat 203, Bd. 150966.

Verteidigungsaufwendungen jährlich um zwei Prozent real zu steigern, durchgehalten werden könne.

Daher Einvernehmen, daß bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen erforderlich ist. Unklarheit in bezug auf die dafür dienlichen Mechanismen. NL-Verteidigungsministerium ist in bezug auf Nutzung der WEU weniger zurückhaltend als BMVg. Übernahme von Funktionen aus IEPG wird nicht ausgeschlossen. Persönliches Interesse NL-Verteidigungsministers an Schritten, die zu praktischen, wenn auch unspektakulären Ergebnissen führen, wird unterstrichen.

7) Insgesamt nützliche und sehr offen geführte Konsultation. Eingehende Unterichtung über deutsch-französische Zusammenarbeit wird sicher zur Beruhigung beitragen. Interesse an Einbeziehung in sicherheitspolitischen Dialog auch auf Ministerebene sollten wir durch baldige Einladung NL-AM – möglichst zu Beginn der WEU-Präsidentschaft – Rechnung tragen.

Ploetz<sup>31</sup>

**VS-Bd. 12093 (201)**

## 105

### **Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler an die Botschaft in Paris**

**222-370.45-655/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3026 Plurez**

**Aufgabe: 10. April 1987, 17.51 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Chemische Waffen (CW)<sup>2</sup>;  
hier: Einbestellung französischen Gesandten<sup>3</sup> durch D2A i. V.<sup>4</sup> am  
10.4.1987 wegen neuer französischer Vorstellungen zu CW-„Stocks de  
Sécurité“

Bezug: DE Nr. 2988 vom 10.4.1987 – 222-370.45-647/87 VS-v<sup>5</sup>

D2A i. V. hat am 10.4.1987 französischem Gesandten deutsche Besorgnis wegen in Genf beabsichtigter Einführung eines Papiers zu CW-„Stocks de Sécurité“ wie folgt erläutert:

1) Französisches Vorhaben, einen Teil der CW-Bestände aus Verifikation herauszunehmen, führe in andere Richtung als derzeitige Diskussion in Genf, die von

<sup>31</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.

<sup>3</sup> Daniel Contenay.

<sup>4</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann unterrichtete die Botschaft in Paris, die französische Seite habe die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA am 7. April 1987 in Genf über das franzö-

Regelkontrollen bei allen CW-Beständen ausgehe. Französische Vorstellungen ließen nur noch Verdachtskontrollen zu. Die beabsichtigten Vorschläge wirkten der auch unter großen Mühen vom Westen kürzlich erreichten sowjetischen Übernahme westlicher Notifizierungs- und Verifikationsvorstellungen einschl. „on-site verification“ der CW-Bestände in unmittelbarem Anschluß an ein CW-Verbotsabkommen entgegen.

- 2) Französisches Papier berge in sich die Tendenz zur Aufrüstung mit CW, da es allen Konventionsländern für jedenfalls acht Jahre das ausdrückliche Recht auf einen bestimmten Bestand eigener CW zubillige, von dem besonders bisherige Nicht-CW-Staaten Gebrauch machen könnten.
- 3) Deutsche Seite trete weiterhin nachdrücklich für ein weltweites CW-Verbotsabkommen zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein. Französische Vorschläge würden für uns und für Verhandlungen in Genf schwierige Probleme schaffen, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung.
- 4) Wir bätten daher französische Regierung – auch um uns nicht vor die Notwendigkeit einer kritischen öffentlichen Reaktion zu stellen –, ihr Vorhaben noch einmal zu überdenken und zunächst Konsultation im westlichen Rahmen vorzusehen. Der auf Auslandsreise befindliche Bundesminister<sup>6</sup> sei unterrichtet.
- 5) Französischer Gesandter sagte Weiterleitung an seine Regierung und baldige Unterrichtung über deren Reaktion zu.<sup>7</sup>

Butler<sup>8</sup>

**VS-Bd. 11557 (222)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 531*

sische Papier „Contribution française sur les Stocks de Sécurité au cours de la période décennale de Destruction des Stocks d’Armes chimiques“ informiert, das sie „noch vor Ostern in die Genfer Abrüstungskonferenz einführen“ wolle. Hartmann wies die Botschaft an, umgehend die Besorgnisse der Bundesregierung darzulegen, und erläuterte: „Im Mittelpunkt der französischen Überlegungen steht der Vorschlag, daß alle Staaten einer CW-Konvention zur Aufrechterhaltung eines Sicherheitsgleichgewichts während des zehnjährigen CW-Zerstörungszeitraums zum Zwecke chemischer Abschreckung einen geheimen Vorrat von 1000 Tonnen CW behalten dürfen. Diese Bestände sollen erst im vorletzten und letzten Jahr des Zerstörungszeitraums bekanntgegeben, verifiziert und zerstört werden. Die französischen Gedanken sind, ohne daß dies im Papier gesagt wird, stark von der Sorge bestimmt, daß Westeuropa durch den beabsichtigten US-CW-Abzug bis 1992 CW-frei ist, während auf östlicher Seite ein großes CW-Übergewicht forbleibt bis zur vollständigen Vernichtung Ende der 90er Jahre.“ Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu Dok. 103 und Dok. 110.

<sup>7</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 14. Mai 1987, am Vortag hätten in Washington Viererkonsultationen über chemische Waffen stattgefunden: „Hauptthemen waren die Fortschritte bei der Verdachtskontrolle und die kontroversen französischen Vorschläge für geheime CW-Sicherheitsbestände nach Inkrafttreten eines CW-Verbotsabkommens für die Zeit bis zur völligen Vernichtung aller CW zehn Jahre später. [...] F löste mit seinem Festhalten am unveränderten Projekt der ‚Security Stocks‘ eingehende Debatte aus, in der GB und wir mit großem Engagement, USA zurückhaltender, aber in der Sache deutlich, den französischen Plänen entgegneten.“ Die französische Seite habe deutlich gemacht, „daß französisches Papier Anfang Juni 1987 in die Abrüstungskonferenz eingeführt werden soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2193; VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>8</sup> Paraphe.

## 106

**Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

**VS-Nfd**  
**Fernschreiben Nr. 548**

**Aufgabe: 10. April 1987, 21.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. April 1987, 23.41 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 77

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT)<sup>2</sup>;  
hier: Die zweite Sitzungsperiode (27. Januar bis 10. April 1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

**1) Zusammenfassung**

Das WFT hat in den vergangenen elf Wochen seine Implementierungs- wie Vorschlagsphase abgeschlossen. Auf dem Verhandlungstisch liegen 138 Konferenzvorschläge für ein Schlußdokument, welche die gesamte thematische Breite der SA<sup>3</sup> abdecken und die in ihrer Fülle, aber auch nach dem Grad der Konkretisierung und nach ihrem normativen Inhalt die in Madrid<sup>4</sup> unterbreiteten Vorschlagstexte deutlich übertreffen.

Die Konferenzziele und thematischen Schwerpunkte der TNS sind sichtbar geworden:

Der westlichen Allianz geht es vordringlich um normative Verbesserungen in der menschlichen Dimension, im wesentlichen um den erneuten Versuch, unsere Anliegen von Ottawa<sup>5</sup>, Bern<sup>6</sup> und Budapest<sup>7</sup> festzuschreiben und (nach Mögliche-

<sup>1</sup> Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und 33.

<sup>2</sup> Die KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet. Zur ersten Sitzungsperiode bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

<sup>3</sup> Schlußakte.

<sup>4</sup> In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>5</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 teilte Vortragender Legationsrat Karkow am 26. Juni 1985 mit, das Treffen habe „sich nicht auf ‚Schlußfolgerungen und Empfehlungen‘ an die Regierungen einigen können. Der Osten stellte den westlichen Forderungen nach Bekräftigung und Erweiterung der Freiheitsrechte des einzelnen (Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Recht von Minderheiten, Recht, sich auf die Schlußakte zu berufen – Monitorgruppen) die Forderung nach ‚gesellschaftlichen‘ und ‚kollektiven‘ Rechten (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf adäquaten Lebensstandard, Recht auf Leben in Frieden) entgegen.“ Zur Bewertung führte Karkow aus: „Die Erfolgsaussichten für Substanzergebnisse künftiger M[enschen]R[echts]-Expertentreffen müssen nüchtern beurteilt werden. Substanzvereinbarungen ohne Zugeständnisse an die vom Osten offensiv vorgetragenen Themen (z. B. aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte) und ohne ‚Hebel‘ in Gebieten, die den Osten interessieren (Abrüstung), werden nur schwer zustande kommen.“ Insgesamt aber werde „das westliche Engagement für die MR als wesentliches Anliegen im KSZE-Prozeß und in den West-Ost-Beziehungen“ ernst genommen, und die westlichen sowie die N+N-Staaten bildeten „aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen eine weitgehend geschlossene Phalanx im Eintreten für die Menschenrechte“. Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 212, Bd. 133566.

<sup>6</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

keit) auszubauen und zu erweitern. Die inhaltlichen Anliegen werden ergänzt durch den Vorschlag für einen abgestuften Überprüfungsmechanismus (CHD<sup>8</sup>), der vom Westen als das eigene „Flaggschiff“, vom Osten eher als „Kampfmaschine“ bezeichnet wird. Sinnvolle Möglichkeiten zur Fortentwicklung des Prozesses werden auch im Wirtschaftsbereich – mit Vorrang für unsere West-Ost-Wirtschaftskonferenz<sup>9</sup> – gesehen. Schließlich hält die Allianz – ungeachtet tiefreichender interner Meinungsunterschiede – an dem Ziel fest, den mit der KVAE begonnenen Prozeß fortzusetzen.

Im Bereich der militärischen Sicherheit liegt auch das zentrale östliche Anliegen: Fortsetzung der KVAE und der Beginn von konventionellen Abrüstungsverhandlungen. Die ungelöste Frage von Form und Teilnehmerkreis der KRK-Verhandlungen muß als eines der Schlüsselprobleme des WFT gelten. Erhebliches Prestige verbindet (und riskiert) die SU mit ihrem Vorschlag einer Moskauer Konferenz über humanitäre Zusammenarbeit<sup>10</sup>. Die operative Nutzung des Vorschlags für die westliche Verhandlungsführung bietet sich an, ist aber umstritten.

Bedenken aller Gruppen hat die überhöhte Zahl von über 30 Folgeveranstaltungen ausgelöst, die zu allen Körben vorgeschlagen wurden. Trotz Einigkeit über die Notwendigkeit einer Begrenzung auf etwa sechs bis acht Treffen muß ihre Auswahl den Schlußverhandlungen überlassen bleiben.

Bei der Behandlung der Vorschläge ist das WFT – gemessen an seinem Zeitplan – in den Rückstand getreten: Die seit dem 19. Februar bestehenden Redaktionsgruppen haben noch nicht mit Textarbeiten (im engeren Sinne) begonnen. Vielmehr befindet sich die Konferenz noch in einer Zwischenphase, die der Werbung für die eigenen Texte und der kritischen Auseinandersetzung mit fremden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 533*

<sup>7</sup> Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 4. Dezember 1985, die Debatten der rund 800 Delegierten in vier Arbeitsgruppen hätten „neben Vielfalt und Ideenreichtum der teilnehmenden Kulturpersönlichkeiten auch die (tiefen) ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West im Bereich der Kultur sichtbar werden lassen. Während Westen die Rolle des schöpferischen Individuums beim kulturellen Schaffen und bei kultureller Zusammenarbeit und die kulturellen Freiheiten hervorhob, wurden von den WP-Staaten Themen wie ‚Verantwortung des Künstlers für den Frieden und für die Gesellschaft‘, Kampf gegen die ‚Auswüchse‘ der Kulturindustrie in Vordergrund gestellt.“ Die Verhandlungen über ein Schlußdokument seien von sowjetischer Seite am 25. November 1985 abgebrochen worden, und „eine kurzgefaßte, von Ungarn entworfene Schlußerklärung, mit der Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, alle in Budapest gemachten Vorschläge dem Wiener KSZE-Folgetreffen (Beginn Nov[ember] 1986) zu unterbreiten, scheiterte schließlich am Widerstand Rumäniens“. Die Bundesrepublik habe den Großteil ihrer Ziele erreicht: „Forum gab zahlreichen führenden Persönlichkeiten aus Ost und West reichlich Gelegenheit zu Begegnung und systemübergreifendem Meinungsaustausch. Auf diese Weise und durch unsere offiziellen Beiträge konnten wir die auf Verwirklichung der kulturellen Rechte und Freiheiten, auf mehr Kontakte, mehr bilaterale und vor allem auf mehr gemeinsame Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten ausgerichtete Politik der Bundesregierung deutlich machen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 104/105; Referat 213, Bd. 139354.

<sup>8</sup> Conference on the Human Dimension.

Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

<sup>10</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

Vorschlägen dient. Ungeachtet der Vorschlagsfülle stehen noch immer einzelne Texte zu Randfragen aus, die erst nach der Osterpause<sup>11</sup> eingebracht werden. Immer wieder – zuweilen mit Heftigkeit – flackert auch die Diskussion über Implementierungsmängel auf (überwiegend in Form einer polemischen Auseinandersetzung unter den beiden Großmächten).

Gegen den erklärten Wunsch der Delegationen aller Gruppen bestand der österreichische BK Vranitzky – aus innenpolitischen Gründen – auf der Verlegung des WFT aus der Hofburg in das neue Internationale Konferenzzentrum am Rande Wiens. Dies wird nach der Osterpause zu einer erheblichen organisatorischen Mehrbelastung der Delegationen führen.

## 2) Die westliche Allianz

Die Allianz war auch in der Vorschlags- und anschließenden Diskussionsphase um Geschlossenheit bemüht, was einen erheblichen Abstimmungsaufwand verlangte. Irritationen zwischen den 12 und den 16 ließen sich nicht immer vermeiden (etwa bei der Formulierung des westlichen CHD-Vorschlags oder im Wirtschaftsbereich), auch nationale Alleingänge in Sonderfragen (wie Wanderarbeit<sup>12</sup>) nicht verhindern. In allen Körben zeigte die westliche Gruppe insgesamt jedoch Solidarität bei der Einführung und Unterstützung der großen Mehrheit ihrer Vorschläge. Sie erarbeitete auch gemeinsame Analysen der Texte der anderen TNS und hat sich damit einheitliche Referenzgrundlagen und Argumentationshilfen für die Redaktionsphase geschaffen.

Das Bild der Geschlossenheit erhielt allerdings einen tiefen Riß durch die Meinungsgegensätze bei der militärischen Sicherheit, die aus dem westlichen Caucus heraus in die Sitzungen der 35 getragen wurden und die vor allem bis heute verhindert haben, daß die Allianz zu einem zentralen Thema des WFT verhandlungsbereit ist. Namentlich F hat – unter Strapazierung von „Mehrdeutigkeiten“ der Brüsseler Erklärung<sup>13</sup> und unter Berufung auf höchste Regierungsstellen in Paris – seine Position eines einheitlichen KVAE/KRK-Mandats und dessen Einbettung in die KSZE unmißverständlich vorgetragen, damit die allianzinternen Bemühungen um eine gemeinsame Haltung unterlaufen und nicht nur die Verbitterung der US, sondern die Verärgerung auch der anderen Partner ausgelöst. Die fehlende Verhandlungsbereitschaft des Westens bei der militärischen Sicherheit erweist sich zunehmend als eine Belastung unserer Verhandlungsführung und kann den Beginn sinnvoller Redaktionsarbeiten verhindern.

Die gemeinsame Vorlage und Verteidigung westlicher Vorschlagspakete in den anderen Körben kann im übrigen auch nicht die Unterschiede verwischen, die

11 Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostermontag war der 19. April 1987.

12 Jugoslawien brachte am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Frage der Wanderarbeiter ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.48 und das jugoslawische Arbeitspapier dazu vom selben Tag (CSCE/WT.49) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

13 Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

14 Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

im Auftreten und den erklärten Konferenzziehen unserer Partner bestehen. Die Argumentationsmuster der Implementierungsphase setzten sich mit Konsequenz in der Vorschlagsphase fort: Eine Reihe unserer Partner – insbesondere US, aber auch CDN und NL – sehen auch die Vorschläge fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, die östliche Seite zu besserer Implementierung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen anzuhalten. Sie verengen dabei nicht nur den KSZE-Prozeß auf ein einzelnes (wenn auch wichtiges) westliches Anliegen; sie lassen auch das politische Gespür für bestehende Möglichkeiten gradueller Verbesserungen wie für die Notwendigkeit vermissen, die Konsensfähigkeit von Texten nicht durch überzogene Ansprüche an ihre juristische Genauigkeit zu verhindern.

### 3) WP-Staaten

Die östliche Seite hat bereits im vergangenen Jahr den Übergang in die Vorschlagsphase gesucht und frühzeitig ihre zentralen Anliegen – Fortsetzung und Erweiterung der KVAE, Moskauer Konferenz zu Korb III und Prager Wirtschaftsforum<sup>14</sup> – eingeführt. Sie mußte darum in der zweiten Sitzungsperiode die Offensive zunächst dem Westen überlassen, um dann mit weiteren eigenen Texten – wenig überzeugend – zu reagieren.

Die östlichen Vorschläge dienen einmal der Untermauerung seit Jahren bekannter Forderungen nach „militärischer Entspannung“ und „neuem Denken in der Sicherheitspolitik“ und haben überwiegend deklaratorischen Charakter. Sie sind „sekundär“ in doppelter Bedeutung: Sie sollen das östliche Verständnis von der KSZE als einer Sicherheitskonferenz verdeutlichen und unterstützen, treten aber offenkundig (auch nach dem eigenen Verständnis ihrer Autoren) hinter den (polnischen) Vorschlag über den Übergang zu Schritten der konventionellen Abrüstung<sup>15</sup> als zweitrangig zurück.

Zum anderen dienen namentlich die Texte zu den sozialen MR der taktischen Entlastung. Sie schaffen ein operatives Gegengewicht und neue Verhandlungsmaße gegenüber dem westlichen Verlangen nach konkreten Verbesserungen bei den klassischen Freiheitsrechten und menschlichen Kontakten.

<sup>14</sup> Auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien brachte die ČSSR am 15. Dezember 1986 zusammen mit der DDR, Polen und Ungarn den Vorschlag ein, ein Wirtschaftsforum in Prag einzuberufen, bei dem Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten und Führungskräfte aus den Bereichen Handel, Industrie, Finanzen, Wissenschaft und Technik „zur Erörterung perspektivischer Entwicklungsrichtungen, neuer Möglichkeiten und Formen der Entwicklung von Handel und industrieller Kooperation sowie eines damit verbundenen Technologieaustausches“ zusammenkommen sollten. Für den Vorschlag CSCE/WT.3 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

<sup>15</sup> Polen schlug am 8. Dezember 1986 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien vor, „das im Abschließenden Dokument des Madrider Treffens der KSZE enthaltene Mandat der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu ergänzen, so daß es auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten die Erwägung und Einleitung von Schritten zur Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa umfaßt. Diese Schritte werden parallel zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die bereits unterbreitet wurden oder von jedem der Teilnehmerstaaten unterbreitet werden können, erwogen. Insbesondere werden ihrem Wesen nach neue vertrauensbildende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung der militärstrategischen Stabilität erwogen, die unmittelbar mit einer Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen verbunden sind und die Erzielung von Vereinbarungen zu diesen Fragen erleichtern.“ Vgl. den Vorschlag CSCE/WT.1; Referat 212, Bd. 153445.

Die gemeinsamen östlichen Konferenzziele wurden von den AM des WP in einer eigenen KSZE-Erklärung<sup>16</sup> autoritativ formuliert: Ihr Schwerpunkt liegt im Abrüstungsbereich, wo der Übergang zu einem einheitlichen System von VSBM und Reduzierungsmaßnahmen gefordert wird. Einen ähnlich herausgehobenen Platz findet lediglich noch die Moskauer Konferenz zur humanitären Zusammenarbeit.

Die Vorschlagsphase bot aber auch Gelegenheit, Abstand zum eigenen Block zu zeigen, eigenes Profil zu entwickeln und die KSZE sogar als Hebel zur Lösung blockinterner Probleme einzusetzen:

Erstmals in der KSZE-Geschichte hat sich – mit UNG – ein östlicher TNS einem westlichen MR-Vorschlag als Miteinbringer angeschlossen (die Unterstützung des Textes zum Schutz nationaler Minderheiten<sup>17</sup> gilt unmißverständlich der ungarischen Minderheit in RUM). UNG hat im übrigen mehrfach blockübergreifende Initiativen unterstützt. TNS aus allen drei Gruppen stehen auch hinter dem Vorschlag Polens für ein Krakauer Symposium über das gemeinsame kulturelle Erbe<sup>18</sup>, zu dem auch wir (gegen einigen Widerstand im westlichen Kreis) unsere Patenschaft erklärt haben. Besonders aktiv mit eigenen Vorschlägen zur gesamten Thematik der SA zeigt sich schließlich die DDR.

RUM überzieht seine (traditionelle) Sonderrolle im eigenen Lager wohl deshalb, weil sein inneres System in Wien zunehmend Gegenstand konkreter Kritik ist. Die Proliferation der eigenen Vorschläge (bislang 15, überwiegend für Folgeveranstaltungen: von INF-Verhandlungen bis zur Situation der Frau) nimmt RUM die Glaubwürdigkeit als ernsthafter Verhandlungspartner.

Die innere Entwicklung der SU – das „neue Denken“ unter Gorbatschow – zieht sich leitmotivisch auch durch die Vorschlagsphase. Der eingeleitete Wandel im sowjetischen System fand eine vorsichtige Würdigung auch durch westliche Sprecher. Eine neue Form der Selbstdarstellung (Glasnost nach außen gewandt) bot der sowjetische Vize-AM Kowaljow, der vor dem WFT ausführlich den Prozeß der inneren Umstrukturierung und Demokratisierung erläuterte – was auch bei der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik zu beachten sei.<sup>19</sup> Das „neue Denken“ hindert einzelne sowjetische Delegierte allerdings nicht, in Wien nochmals die Kontroversen vergangener Treffen mit dem Vokabular von gestern austragen zu wollen.

16 Für den Wortlaut der auf der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25. März 1987 in Moskau verabschiedeten Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 265–267.

17 Kanada sowie Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und die USA brachten am 11. Februar 1987 einen Vorschlag zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten nationaler Minderheiten in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein, dem sich Österreich, Schweden und Ungarn als Miteinbringer anschlossen. Für den Vorschlag CSCE/WT.27 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

18 Am 17. Dezember 1986 brachte Polen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen mit der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Malta, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn den Vorschlag „bezüglich eines Symposiums über das kulturelle Erbe der Teilnehmerstaaten der KSZE“ ein, das in Krakau stattfinden sollte. Für den Vorschlag CSCE/WT.6 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

19 Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kowaljow am 30. Januar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Referat 212, Bd. 153450.

#### 204) Die N+N-Staaten

Sie werden gemeinhin als eigene Konferenzgruppe angesehen, zeigen in Wien aber so wenig Geschlossenheit und einheitliches Profil, daß ihr Einfluß als „dritte Seite des Verhandlungstisches“ (noch) gering ist. Es ist den N+N in den vergangenen elf Wochen insbesondere nicht gelungen, eine einheitliche Haltung zur Frage eines KVAE/KRK-Mandats zu finden. In ihrer Mehrzahl verlangen sie die Wahrung des 35er-Rahmens auch für Abrüstungsverhandlungen, billigen darum nicht den Beginn von Gesprächen unter den beiden Allianzen, hören andererseits mit Unbehagen die ständig erneuerte Versicherung des WP, daß die Rolle der N+N bei KRK unverzichtbar sei. CH hat jedoch bislang (mit der ihr eigenen Standfestigkeit) sowohl eine einheitliche Haltung zu den Treffen der 23 wie einen gemeinsamen Vorschlag zur Fortsetzung der KVAE verhindert.

Aber auch in den anderen Bereichen fehlt es an der erforderlichen Solidarität für gemeinsame Vorschläge. Mit Ausnahme der Texte „Information“ und (am Schlußtag) zur „Streitschlichtung“ sind es nur einzelne N+N oder kleine Gruppen, die Konferenzvorschläge unterbreitet haben.<sup>21</sup> Malta (zusammen mit JUG und ZYP) schlägt wieder ein Expertentreffen zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vor<sup>22</sup>, alle nordischen TNS (NATO-Partner eingeschlossen) legten ein Bündel von vier Vorschlägen zum Umweltschutz<sup>23</sup> vor.

Von besonderer Bedeutung für unsere Anliegen sind Vorschläge von A, CH und SCN zu den menschlichen Kontakten<sup>24</sup>, die in einzelnen Bereichen sogar über die westlichen Vorschläge hinausgehen.

VAT zeigt ein erstaunlich hohes Profil – nicht nur mit einem eigenen Vorschlag zur Religionsfreiheit<sup>25</sup>, sondern mit kritischen Stellungnahmen auch zu anderen

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 549 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Finnland, Jugoslawien, Liechtenstein, Malta, Österreich, San Marino, Schweden, die Schweiz und Zypern unterbreiteten am 13. Februar 1987 einen Vorschlag zum Bereich der Information. So sollten ein besserer, ungehinderter Zugang zu Radio und Fernsehsendungen erzielt und die Arbeitsbedingungen für Journalisten verbessert werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.44 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

Diese Staaten legten am 10. April 1987 auch ein Dokument zur friedlichen Streitregelung vor. Für den Vorschlag CSCE/WT.125 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

22 Am 13. Februar 1987 führten Malta, Jugoslawien und Zypern auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag ein „über die Abhaltung eines Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der KSZE zur Prüfung von Möglichkeiten und Mitteln, um im Mittelmeerraum im Rahmen des Kapitels der Schlußakte über den Mittelmeerraum die Sicherheit zu festigen und die Zusammenarbeit zu verstärken“. Für den Vorschlag CSCE/WT.40 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

23 Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden unterbreiteten am 3. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag „bezüglich der Weiterentwicklung des Umweltschutzes“, in dessen Zentrum die Einberufung eines Expertentreffens in Zusammenarbeit mit der ECE stand. Für den Vorschlag CSCE/WT.15 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

Weiterhin brachten diese Staaten am selben Tag einen Vorschlag „über die Weiterentwicklung konzenterter Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Rahmen der ECE“ (CSCE/WT.16) ein, dem sich am 24. März 1987 Kanada als Miteinbringer anschloß, ferner einen Vorschlag „zum Schutz und zur Aufwertung der Meeressumwelt angesichts der Umweltverschmutzung“ (CSCE/WT.17) sowie einen Vorschlag „über vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht“ (CSCE/WT.18). Vgl. dazu Referat 212, Bd. 153445.

24 Am 19. Dezember 1986 schlugen Österreich und die Schweiz auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eine Reihe von Maßnahmen vor, um „freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage, zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern“. Für den Vorschlag CSCE/WT.9 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

25 Der Heilige Stuhl führte am 30. Januar 1987 einen Vorschlag „zur Stärkung des Prozesses der Verwirklichung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und des Abschließenden Doku-

Fragen. Der Gastgeber A wahrte in seiner Gruppe weiter eine herausragende Stellung durch breitgestreute Thematik seiner Vorschläge und durch besonnene und entsprechend beachtete Interventionen.

### 5) Innerdeutsche Aspekte

Das westliche Vorschlagspaket zu den MR und vor allem zu den menschlichen Kontakten enthält wesentliche – deutschlandpolitische – Anliegen, die wir bereits in Ottawa und Bern verfolgt haben. Unter unseren Partnern wächst insoweit das Verständnis für die besondere Betroffenheit der Deutschen, da auch geringfügig erscheinende Verbesserungen nicht nur Einzelfällen, sondern Hunderttausenden von Menschen zugute kommen können.

Die DDR wahrt im Kreis der 35 ihre rechtlichen Positionen zu Ausreisefreiheit und Schießbefehl (wobei sie sich bei der Rechtfertigung des Schießbefehls auf Prinzip III – Unverletzlichkeit der Grenzen – zurückzieht, was niemanden überzeugt). In Kontakten am Rande zeigt sie jedoch Verständnis für einen besonderen Handlungsbedarf im deutschlandpolitisch relevanten Bereich der menschlichen Kontakte – namentlich beim Reiseverkehr.

Das Auftreten der DDR-Delegation ist im übrigen weiterhin dialogbetont und geschäftsmäßig. Sie vermeidet nicht nur ein Eingreifen in polemische West-Ost-Auseinandersetzungen, sondern trägt auch östliche Vorschläge mit Propaganda-charakter (etwa zu den einzelnen sozialen MR) oder repressivem Charakter (Grenzen der Religionsfreiheit) nicht mit. Ihre eigenen Vorschläge verfolgen spezifische sicherheitspolitische Interessen (CW- und KW-freie Zonen in Mitteleuropa), reflektieren ihre Anliegen im West-Ost-Handel und sollen dem angestrebten Image (Betonung der Jugend) dienen.

### 6) Die eigene Delegation

Im Rahmen der allianzinternen Aufteilung (nach Chef-de-file-System) konzentrieren wir uns im humanitären Bereich auf unsere besonderen Anliegen: Freiheit, menschliche Kontakte und Kultur. Wir führten entsprechende westliche Vorschläge im Plenum ein, begründeten sie und erläuterten sie auch gegenüber der Presse. Wir bleiben auch weiterhin in Redaktionsgruppen und späteren Verhandlungen für die Texte verantwortlich.

Auf unsere Initiative gehen gleichfalls zentrale westliche Vorschläge in Korb II zurück. Dies gilt nicht nur für die West-Ost-Wirtschaftskonferenz (für die wir erhebliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unter den 12 und 16 leisten mußten); zu nennen sind auch Umweltschutz<sup>26</sup>, Biotechnologie<sup>27</sup> und Reaktorsicherheit<sup>28</sup>.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 538*

ments von Madrid bezüglich der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten, die Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit wirksam zu gewährleisten“, in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.10 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

<sup>26</sup> Auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien brachten die EG-Mitgliedstaaten und die USA am 27. Februar 1987 einen Vorschlag zum Umweltschutz ein, in dem die Themenbereiche Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung, „Gefährdung durch Industrieunfälle größerer Ausmaßes“, Gift- und Problemmüll sowie „Bewirtschaftung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen“ behandelt wurden. Für den Vorschlag CSCE/WT.89 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

<sup>27</sup> Zusammen mit Island, Kanada, Norwegen, Ungarn und den USA brachten die EG-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 3. März 1987 einen Vorschlag zur Biotechnologie ein. Sie erachteten es als wünschenswert, „die Qualität und Quantität von Informationen über Gesetze und Vorschriften bezüglich der Sicherheitsaspekte der Gentechnik in Verbindung mit der Einführung

Unsere Entscheidung gegen den Rat einiger Allianzpartner, den Vorschlag von PL und A eines Symposiums zum gemeinsamen kulturellen Erbe in Krakau miteinzubringen, fand ein spontanes Echo unter den osteuropäischen TNS wie PL, UNG, DDR. Diese verstehen besser als Maximalisten im westlichen Kreis, daß auch kleine Schritte im Bereich der Kultur oder Information zur Überwindung der europäischen Spaltung beitragen können.

## II. Zu den Körben im einzelnen

1) Bei der Behandlung des Prinzipienkatalogs ist es der westlichen Seite gelungen, fristgerecht ihre Vorschläge einzubringen: Ihr Hauptgewicht liegt (angesichts schwerwiegender östlicher Implementierungsdefizite) auf dem Gebiet der Menschenrechte. Abgesehen vom Terrorismus-Vorschlag<sup>29</sup> beschäftigen sich alle Texte – insgesamt sechs – mit Prinzip VII der SA<sup>30</sup>. Unsere besondere Priorität gilt dem Recht auf Freizügigkeit, dem Schutz nationaler Minderheiten und der Rolle von NGOs. Eine Reihe von Vorschlägen der N+N (zur Religionsfreiheit, Rechtsschutz bei Menschenrechtsverletzungen sowie zur Freizügigkeit) bietet Ansätze für die Entwicklung gemeinsamer Positionen.

Auch auf östlicher Seite liegt das Schwergewicht der Vorschläge im Bereich der Menschenrechte (acht von insgesamt zwölf Texten). Die östliche Taktik ist offenkundig, eigenen Implementierungsmängeln bei klassischen Freiheitsrechten durch stärkere Verankerung der Wirtschafts- und Sozialrechte zu begegnen.

Fragen aus dem Kreis der N+N zum zentralen westlichen CHD-Vorschlag zeigen, daß dessen große Bedeutung für Fortgang des KSZE-Prozesses erkannt worden ist. Sie beweisen auch, daß es hier noch umfangreicher interner Präzisierungen und Anpassungen bedarf, wenn wir wenigstens zunächst im Kreis der N+N Unterstützung finden wollen. Den östlichen TNS dürfte es klar sein, daß prioritäres sowjetisches Anliegen einer Moskauer Konferenz über die humanitäre Zusammenarbeit nur dann Chancen hat, wenn sich Implementierung in diesem Bereich durchschlagend bessert und – wie CHD dies bewirken soll – strukturell im KSZE-Prozeß verankert wird.

Kompromisse bei Texten zu Prinzip VII zeichnen sich bisher nicht ab. WP-Länder werden wohl versuchen, durch Zugeständnisse im Korb III und großzügige Behandlung von humanitären Einzelfällen Veränderungen im Prinzipiellen zu umgehen.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 539*

28 „in vitro vereinten Nukleinsäuren zu verbessern“. Sie kamen überein, im Rahmen der ECE „Mittel und Wege zur Erleichterung von Konsultation und Informationsaustausch zu prüfen, um eine Bestandsaufnahme existierender Sicherheitsbestimmungen vorzunehmen“. Für den Vorschlag CSCE/WT/E.5 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

29 Belgien, die Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Portugal und Spanien brachten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 9. April 1987 einen Vorschlag zur nuklearen Sicherheit ein. Sie riefen alle Staaten dazu auf, „an der Entwicklung grundlegender Sicherheitsprinzipien mitzuwirken und die bestehenden Sicherheitsnormen [...], die von der IAEA ausgearbeitet wurden, zu prüfen, um die Anwendung der höchstmöglichen Sicherheitsnormen zu gewährleisten“. Für den Vorschlag CSCE/WT/E.8 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

30 Am 13. März 1987 führten Großbritannien sowie Belgien, Kanada, die Niederlande, Spanien und die USA einen Vorschlag zur Bekämpfung des Terrorismus in die KSZE-Folgekonferenz in Wien ein. Für den Vorschlag CSCE/WT/116 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

31 Für den Wortlaut von Punkt VII (Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit) der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917f.

2) Die militärischen Aspekte der Sicherheit bilden aus mehrfachem Grund eine Besonderheit auf dem WFT:

Es fehlt weiterhin an einem Vorschlag der westlichen Allianz (aber auch der N+N). Zugleich sind aber – neben dem WFT – die (informellen) Treffen der 23 über ein KRK-Mandat angelaufen. Fehlende gemeinsame Positionen der Allianz im förmlichen Rahmen der Konferenz und damit letztlich fehlende Verhandlungsbereitschaft gehen einher mit einer Initiative, über VSBM hinaus das Ziel konventioneller Stabilität auf niedrigem Niveau durch West-Ost-Verhandlungen zu erreichen. Die ungelösten Fragen von Forum und Teilnehmerkreis, d. h. des Verhältnisses zwischen beiden Verhandlungssträngen, führten dazu, daß das östliche Werben für den eigenen Vorschlag zur Erweiterung des KVAE-Mandats wochenlang auf eine „Mauer des Schweigens“ traf.

Lediglich F machte mehrfach seine Position – einheitliches KVAE/KRK-Mandat im KSZE-Rahmen – deutlich, während die anderen Partner (darunter wir selbst) erst gegen Rundenende – in vorsichtiger Form und unter Anlehnung an die Sprachregelung der HLTF<sup>31</sup> – ihre Präferenz für den Ausbau und die Erweiterung der Stockholmer Maßnahmen ausdrückten.

Bis in die Schlußwoche spielten auch Fragen der Implementierung eine erhebliche Rolle, nachdem erste Erfahrungen mit der Durchführung des Stockholmer Dokuments<sup>32</sup> vorliegen. Von WP-Staaten (ČSSR, POL, DDR) wurden umfangreiche Darstellungen der Beobachtungspraxis bei den ersten, dem KVAE-Regime unterliegenden Manövern geboten. Westliche und neutrale TNS würdigten den „qualitativen Sprung“, verwiesen aber auch auf verbleibenden Raum für Verbesserungen (angesichts festgestellter Schwachstellen).

<sup>33</sup>3) In Korb II wurden Verhandlungsfortschritt und thematische Strukturierung von der Gemeinschaft bestimmt. Auf sie gehen die wesentlichen westlichen Vorschläge zurück; sie ist auch für die RGW-Länder der maßgebliche Verhandlungspartner.

Der Einigungsprozeß in der EG über gemeinsame Vorschläge war oft mühsam und langwierig, was dazu führte, daß die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Wissenschaft gegenüber den anderen Körben in Rückstand gerieten. Der letzte Vorschlag der Gemeinschaft (zur Reaktorsicherheit) konnte erst gestern – einen Tag vor Rundenschluß – eingeführt werden. Seine Verhandlungsgeschichte ist exemplarisch in doppelter Hinsicht: Der Text war bis zum Tag der Einführung unter den EG-Partnern selbst umstritten – die zeitliche Verzögerung und die daraus resultierende Zeitnot führten zu einer eher kurSORischen Behandlung unter den 16 und damit zur Verstimmung der anderen westlichen Partner.

<sup>31</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, übermittelte am 3. März 1987 die auf der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO am selben Tag vereinbarten „Possible Talking Points for Use in Working Group „S“ und teilte mit: „Für die westlichen Unterhändler in der Gruppe „S“ des WFT wurde eine Sprachregelung zur Frage der westlichen Haltung zur Fortsetzung von VSBM-Verhandlungen vereinbart, die im Eventualfall benutzt werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; VS-Bd. 12172 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

<sup>33</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 550 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Die thematischen Schwerpunkte gehen weitgehend auf unsere Initiative zurück:

- West-Ost-Wirtschaftskonferenz (in der Bundesrepublik Deutschland),
- umfassendes Paket zum Umweltschutz.

Die RGW-Länder hatten ihre wichtigsten Vorschläge, namentlich für ein Wirtschaftsforum in Prag, schon frühzeitig eingebracht. Sie mußten gleichfalls auf die Texte der Gemeinschaft warten, um ihrerseits – eher taktisch begründete – Vorschläge zu Einzelfragen (Abbau Handelshemmnisse, Technologieaustausch etc.) nachzuschieben.

Unter den N+N zeigten die nordischen Staaten ein besonderes Profil mit einem weitreichenden Paket zum Umweltschutz. Aktiv mit zahlreichen Vorschlägen zum Umweltschutz und Verkehr zeigt sich auch Gastgeber A.

4) In Korb III hat die Allianz zunächst ihr Vorschlagspaket zu den menschlichen Kontakten eingeführt, das unsere spezifischen Anliegen enthält: Freizügigkeit als Menschenrecht, Fortgeltung von Antragsdokumenten für erneuten Antrag auf Familienzusammenführung, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, Sportaustausch auch auf lokaler/regionaler Ebene, Städtepartnerschaften, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Zielland, Recht auf gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern.

Unsere Anliegen werden auch durch stark westlich orientierte Vorschläge von A, CH und SCN unterstützt, die namentlich zu Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr führen würden: positive Bescheide auch für Reiseanträge entfernter Verwandter, Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung, Abschaffung von Zwangsumtausch bei Familienbesuchen.

Die östliche Seite konterte mit (aus Bern und Ottawa) bekannten Vorschlägen – mit Schwerpunkt auf Erleichterung der Einreise. Ihrem Hauptvorschlag – der Moskauer Konferenz über die humanitäre Zusammenarbeit – fehlt es noch an ausreichender inhaltlicher Präzisierung (Dauer des Treffens ungeklärt; fragwürdiger Mandatsumfang).

Wir werben nachhaltig für die innerdeutsche Relevanz der westlichen und neutralen Vorschläge und können dabei unser Vorrecht als am meisten betroffenes Land im westlichen Kreis glaubwürdig geltend machen, gleichzeitig aber verdeutlichen, daß alle von uns unterstützten Anliegen auch anderen benachteiligten oder verfolgten Gruppen (insbesondere den Juden in der SU) zugute kommen.

In den Bereichen Kultur und Information legte die westliche Seite normative Vorschläge zu Kulturaustausch, Erziehung, kulturellen Rechten von Minderheiten und Informationsfreiheit vor. Sie werden ergänzt durch den Vorschlag für ein Informationsforum.<sup>34</sup>

Unsere prioritären Anliegen, Kulturinstitute und kulturelle Minderheiten, sind damit berücksichtigt. Unsere operativen Vorschläge, europäische Kulturhauptstadt, Schriftstellertreffen und geisteswissenschaftliche Foren, stießen demgegenüber auf schwerwiegende Bedenken unserer Partner. Auch fehlt uns hier die Unterstützung durch einen als konsensfähigen Gastgeber interessierten TNS.

<sup>34</sup> Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

Wir streben an, die Geistes- und Sozialwissenschaften auf dem von I vorgeschlagenen Wissenschaftsforum in Erice<sup>35</sup> zu behandeln.

Die konkreten gleichgerichteten Vorschläge des Westens und der N+N zur Information (Verbreitung, Zugang, Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten) und für ein Informationsforum bieten eine gute Ausgangsposition für die Verhandlungen.

5) Zu Fragen des Mittelmeerraumes liegen zwei Vorschläge mit unterschiedlichem Ansatz und Zielsetzung vor:

Malta (unterstützt von JUG und ZYP) schlägt erneut ein Expertentreffen in Valletta mit umfassender Thematik – unter Einschluß der Sicherheit – vor. Dieser Ansatz wird von den östlichen TNS unterstützt, die auf die „drängenden Sicherheitsprobleme“ der Region verweisen. Bescheidener und realistischer ist der westliche (auf E zurückgehende) Vorschlag eines Expertentreffens in Palma de Mallorca für den Schutz der mediterranen Ökosysteme.<sup>36</sup>

6) Bei den Erörterungen über die Folgen der Konferenz gibt es einen deutlichen Meinungsunterschied: Die östlichen TNS treten massiv für eine Beachtung des Rotationsprinzips unter den Gastgebern von Folgeveranstaltungen ein – mit Priorität für diejenigen TNS, die noch kein Treffen ausgerichtet haben. Sie verlangen auch strikte Gleichbehandlung der Gastgeber, d.h. keine unterschiedlichen Bedingungen für einzelne Länder und Städte (Moskau!).

Die westliche Seite lehnt schematische Regeln für die Ortswahl ab, sondern will Art und Thema des Treffens über die besondere Eignung eines Ortes entscheiden lassen.

III. Zu den Aussichten für die nächste Sitzungsperiode folgt eigener Drahtbericht.<sup>37</sup>

[gez.] Eickhoff

#### Referat 212, Bd. 153429

<sup>35</sup> Zusammen mit Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Portugal und Spanien brachte Italien auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 18. Februar 1987 den Vorschlag ein, ein „Wissenschaftliches Forum“ in Erice abzuhalten. Dort sollten „Probleme von gemeinsamem Interesse bezüglich des derzeitigen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zukünftiger Forschungsziele“ erörtert werden. Ferner sollten Maßnahmen zur Entwicklung der Kontakte und des Informationsaustauschs zwischen Wissenschaftlern bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel einer besseren Koordinierung geprüft werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.64 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

<sup>36</sup> Spanien sowie Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Italien, Monaco und die Türkei regten am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien ein „Expertentreffen über den Schutz der mediterranen Ökosysteme in Palma de Mallorca“ an. Für den Vorschlag CSCE/WT.50/Rev.1 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

<sup>37</sup> Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte am 10. April 1987 dar, mit der Verlängerung des bisherigen Arbeitsplans der KSZE-Folgekonferenz in Wien hätten „West und Ost (gegen den Wunsch der N+N) ein Zeichen für ihren politischen Willen gesetzt, die Konferenz im vorgesehenen zeitlichen Rahmen erfolgreich abzuschließen“, auch wenn bislang „in nahezu allen Bereichen“ noch Meinungsunterschiede bestünden: „Zu den Gemeinsamkeiten gehört einmal der Wunsch nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und nach Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Gestiegen ist zum anderen die Einsicht auf östlicher Seite, daß die menschliche Dimension von zentraler Bedeutung für die Lebensfähigkeit des Prozesses ist.“ Schwierigkeiten gingen von der fehlenden Einigung in der NATO „auf eine gemeinsame Haltung zum KVAE- bzw. KRK-Mandat und deren Einbeziehung in das WFT und sein Schlußdokument“ aus. Dessen ungeachtet strebe die Bundesregierung unverändert „ein substantielles Schlußdokument in dem Sinne an, daß es normative Verbesserungen in der menschlichen Dimension enthalten muß. Sie müssen zu einer besseren Erfüllung beitragen, ohne daß wir

### Botschafter Eitel, z.Z. Junieh, an das Auswärtige Amt

114-3096/87 VS-vertraulich  
 Fernschreiben Nr. 245  
 Citissime

**Aufgabe:** 11. April 1987, 13.00 Uhr<sup>1</sup>  
**Ankunft:** 12. April 1987, 08.29 Uhr

Betr.: Entführungsfall Cordes/Schmidt<sup>2</sup>;  
 hier: Besuch bei Scheich Fadlallah am 11.4.<sup>3</sup> und telefonischer Kontakt  
 mit A. H.<sup>4</sup>

- 1) Besuchsablauf
- 2) Bewertung
- 3) Telefonischer Kontakt mit A. H.
- 4) Vorschläge

1) Wie verabredet, suchten am 11.4.87 um 8.30 Uhr LR I Krömer und ich Scheich Fadlallah in seiner Wohnung in der Südstadt auf. Das Gespräch dauerte eine knappe Stunde und fand in der üblichen aufgeschlossenen und zuvorkommenden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 543*

maximalistische (etwa systemdestabilisierende) Forderungen stellen. Verbesserungen in der Substanz müssen den Vorrang vor Folgeveranstaltungen haben. Wir wollen die Folgetreffen weder zu einem reinen Überprüfungsmechanismus für den Stand der M[enschen]R[echte] (so einige Partner) noch zu einer Veranstaltungsgentur (so die östliche Seite) machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 551; Referat 212, Bd. 153429.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.  
 Dazu handschriftlicher Vermerk: „BM-Del[egation] c[i]ti[ssime].“

<sup>2</sup> Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 34.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Schlagintweit ermächtigte am 3. April 1987 die Botschaft in Junieh, sich um ein Gespräch mit dem geistlichen Führer der Hisbollah, Scheich Fadlallah, zu bemühen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2807; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.  
 Am 9. April 1987 berichtete Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, sein Fahrer habe Fadlallah die Bitte um ein Gespräch zwischen dem 11. und 15. April 1987 übermittelt. Den von Fadlallah genannten Termin am 10. April habe er wegen des Besuchs von Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, abgelehnt: „Bei einem neuerlichen Besuch meines Fahrers bei Fadlallah wurde dann der Besuchstermin für Samstag, den 11.4., um 8.30 Uhr vorgesehen. Obwohl auch dann noch StS Lengl sich im Libanon aufhält, mußte ich diesen Termin akzeptieren, da meinem Fahrer bedeutet wurde, Fadlallah gebe sich anschließend selbst auf eine Auslandsreise.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 239; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>4</sup> Ali Hamdan.

Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 16. Februar 1987, ein Funktionär der Amal-Bewegung habe sich telefonisch zur Vermittlung im Entführungsfall Cordes und Schmidt angeboten: „A. H. ist ein nicht unbekannter Amal-Funktionär, der seinerzeit eine nicht unerhebliche Rolle bei der Vermittlung zwischen Amal und den Entführern der TWA-Maschine gespielt hat. Daran, daß er Zugang zu Hajj Hamadi hat, besteht kein Zweifel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Nach einem ersten Treffen am 23. Februar 1987 in Beirut berichtete Eitel am selben Tag: „In dem Gespräch, das in meinem Wagen stattfand, betonte A. H. seine und der Amal Hilfsbereitschaft und unterstrich mehrfach, daß er sich näher an uns als an den Kidnappern fühle. Letztlich glaube ich, daß er zu beiden Seiten in etwa die gleiche Distanz hat.“ Hamdan habe erklärt, „daß die Entführer ein Lebenszeichen erst dann aushändigen wollten, wenn sie im Besitz eines konkreten Angebots der Bundesregierung betreffend das Schicksal der beiden Hamadi-Brüder seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Atmosphäre über einen von Fadlallah gestellten französisch-arabischen Dolmetscher statt.

Ich dankte Fadlallah dafür, daß er uns kurzfristig vor seiner Reise empfangen habe. (Auch bei einem späteren Anlaß, als ich von seiner Reise sprach, ging er auf seine eigenen Reisepläne nicht ein.)

1a) Meine Regierung und auch die Botschaft hätten mit Interesse seine öffentlichen Stellungnahmen zugunsten der in Beirut Verschleppten und gegen das Kidnapping zur Kenntnis genommen. Ich wolle ihm dafür danken. In diesem Zusammenhang stelle sich bezüglich der deutschen Verschleppten das Problem, daß wir seit Monaten ohne jegliche Lebenszeichen seien, was um so beunruhigender sei, als, wie er sicher wisse, Zeitungsberichte gemeldet hätten, daß die deutschen Verschleppten nicht mehr am Leben, insbesondere bei der Besetzung der Fathallah-Kaserne durch die Syrer getötet worden seien.<sup>5</sup>

Fadlallah dankte für die Anerkennung seiner Bemühungen und versicherte, daß bei dem Fathallah-Zwischenfall nur unschuldige Libanesen ums Leben gekommen seien, die sich friedlich in einem Zimmer versammelt hätten (die anti-syrische Nuance war unüberhörbar). Die deutschen Verschleppten seien noch am Leben und, dies wiederholte er mehrfach, es gehe ihnen gut. Ich erwiederte, daß jeder Getötete, ob Libanese, Amerikaner oder Deutscher, zu beklagen sei, daß mich aber, wie er verstehen werde, die Nachricht über das Wohlbefinden der deutschen Verschleppten außerordentlich beruhige. Ich bat ihn, sich dafür einzusetzen, daß auf irgendeinem ihm möglich erscheinenden Wege, am nächstliegenden über mich, den Angehörigen ein Lebenszeichen übermittelt werde. Er erwiederte, die Situation sei außerordentlich kompliziert. Er werde sich zwar, wie schon bisher, weiter bemühen, glaube aber, daß seine diesbezüglichen Bemühungen kaum Erfolg haben würden. Ich erklärte, daß ich sicher sei, daß er dieses humanitäre Anliegen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgen werde.

1b) Ich erläuterte Fadlallah dann, daß die Bundesregierung sich auch seit Monaten um die Herstellung eines Gesprächskanals zu den Geiselhaltern bemühe, daß hierzu die verschiedensten Wege beschritten worden seien, daß aber bis zu dieser Stunde diese nachhaltigen Bemühungen keinen Erfolg gehabt hätten. Ich bate ihn deshalb darum, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Verantwortlichen eine ihnen geeignet erscheinende Verbindung zur Bundes-

<sup>5</sup> Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 3. März 1987, Ali Hamdan habe beim zweiten Treffen in Beirut am selben Tag mitgeteilt, die Entführten Cordes und Schmidt seien „nicht mehr im Gewahrsam des Clans Hamadi. Sie seien vielmehr nunmehr in Gewahrsam einer Hisbollah-Zelle. Hajj Abdul Hamadi sei nicht mehr im Libanon, sondern für längere Zeit („exiled“) in Iran. Ursache für dieses „Exil“ sei seine Verwicklung in den ersten Syrer-Hisbollah-Zwischenfall an der Fathallah-Kaserne in West-Beirut [...]. Damals war am 12.2. eine gemischte syrisch-libanesische Patrouille in der Nähe der Fathallah-Kaserne von Hisbollahis festgesetzt und erst nach mehrstündiger Mißhandlung wieder freigelassen worden. Dieser Zwischenfall hat damals berechtigtes Aufsehen erregt und dürfte ursächlich für ein späteres Zuschlagen der Syrer am gleichen Platze gewesen sein: Kurz nach dem syrischen Einmarsch in West-Beirut hat es bei einer Besetzung der Fathallah-Kaserne durch die Syrer einen weiteren Zwischenfall gegeben, bei dem ein Syrer verwundet und 23 Hisbollahis getötet worden sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 102; VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 2. April 1987 berichtete Eitel, am Vortag habe ihm Hamdan telefonisch mitgeteilt: „Hajj Abdul Hadi Hamadi wird in Beirut zurückerwartet. Die Geiselhalter, mit denen er, A. H., inzwischen Kontakt gehabt hat, zögen es vor, mit weiteren Begegnungen bis zum Eintreffen von Hajj Abdul Hadi zu warten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

regierung aufzunehmen. Selbstverständlich stehe hierfür die Botschaft zur Verfügung.

Fadlallah wiederholte, daß die Situation außerordentlich schwierig sei. Der Bruder der beiden in Deutschland inhaftierten Hamadis<sup>6</sup> sei seit dem Einmarsch der Syrer in West-Beirut<sup>7</sup> nicht mehr im Libanon. (Er bestätigte damit stillschweigend, daß dieser nach wie vor eine führende Rolle bei der Verschleppung spielt.) Der Schlüssel für eine Lösung des Problems liege nicht mehr im Libanon, sondern in Teheran. Dieses bedeute nicht, daß der Fall unserer beiden Verschleppten denen der verschleppten Amerikaner, Franzosen und Briten<sup>8</sup> gleichzustellen sei. Mit Deutschland bestünden keine politischen Probleme, aber im Libanon könne in unserer Geiselangelegenheit nichts getan werden.

Ich erklärte, daß die Bundesregierung schon Schritte in Teheran unternommen habe und daß diese Schritte, soweit hier erkennbar, bislang zu keinem Ergebnis geführt hätten. Ich wolle ihm deshalb die Frage stellen, an wen wir uns denn in Teheran wenden sollten. Darauf erwidierte er, Scheich Rafsandjani sei ein guter Mann.<sup>9</sup> Ich könne im übrigen sicher sein, daß auch hier er sich bemühen werde, ohne allerdings mir irgendwelche Hoffnungen auf Ergebnisse seiner Bemühungen machen zu können. Ich bat ihn noch einmal nachdrücklich um eigene Bemühungen.

1c) Dann kam ich auf die Ermittlungsverfahren gegen die Brüder Hamadi zu sprechen. Ich erklärte ihm, daß diese ihren ursprünglichen Fortgang genommen hätten und demnächst in zwei, drei oder einigen Wochen die Phase erreicht haben werden, in welcher darüber zu entscheiden sein werde, ob eine Auslieferung an die USA erfolge oder ob, was die andere Alternative sei, die Verfahren vor deutschen Gerichten eröffnet würden. Soweit ich sie überblickte, spreche die Rechtslage für eine Auslieferung.<sup>10</sup> Schritte, die eine andere Entscheidung herbeiführen wollten, müßten jetzt unternommen werden. Gerade im Hinblick auf diesen drängenden Zeitablauf hätte ich meine Bemühungen um Herstellung eines Kanals in den letzten Wochen so intensiviert. Für solche Schritte gegen eine Auslieferung fehle es aber mangels eines Kontaktes mit den Geiselhaltern

<sup>6</sup> Abdul Hadi Hamadi, führendes Mitglied der Hisbollah und älterer Bruder der seit 13. bzw. 26. Januar 1987 in der Bundesrepublik inhaftierten Mohammed Ali Hamadi und Abbas Ali Hamadi.

<sup>7</sup> Zum Einmarsch syrischer Streitkräfte in West-Beirut am 22. Februar 1987 vgl. Dok. 52, Anm. 25.

<sup>8</sup> Zu den Entführungen amerikanischer, britischer und französischer Staatsangehöriger im Libanon vgl. Dok. 20, Anm. 9–11.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani vom 21. Januar und 24. Januar 1987 sowie dessen mündliche Antwort vom 19. März 1987; Dok. 34, Anm. 9 und 11.

<sup>10</sup> Zum Auslieferungsfall Hamadi vgl. Dok. 9.

Ministerialdirektor Oesterhelt analysierte am 21. Januar 1987 für Bundesminister Genscher die Frage der Bindungswirkung des Auslieferungsvertrags vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik und den USA im Fall Hamadi: „Als Ergebnis ist festzuhalten, daß nach den Vertragsbestimmungen des Auslieferungsvertrages – vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konfiguration des Falles – eine Auslieferung nicht abgelehnt werden kann. Allerdings könnte gemäß Art. 10 des Auslieferungsvertrages die Auslieferung abgelehnt werden, wenn der Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland wegen derselben Straftat verfolgt wird, dererwegen um Auslieferung ersucht wird. [...] Theoretisch könnten wir also gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer 2 StGB auch unsererseits gegen Hamadi ein Strafverfahren wegen des Mordes auf dem Flugzeug durchführen. Dies würde allerdings in der Praxis voraussetzen, daß wir von den USA die Beweismittel erhalten. Außerdem müßten wir das Verfahren tatsächlich durchführen und die Strafe vollstrecken.“ Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1819.

an jeglichem Anhaltspunkt dafür, daß eine Nichtauslieferung von den Geiselhaltern honoriert werde. Die Geiselhalter glaubten offenbar, unter keinerlei Zeitdruck zu stehen, was, wie ich ihm gerade erläutert hätte, absolut falsch sei. Es sei deshalb höchst dringlich, den Geiselhaltern verständlich zu machen, daß hier demnächst unwiderrufliche Entscheidungen getroffen würden. Ich wendete mich deshalb an ihn mit der weiteren Bitte, diesen Umstand unbedingt den Geiselhaltern zur Kenntnis zu bringen.

Fadlallah entgegnete, seine Stellung sei nicht einfach. Sie verbiete ihm eine Vermittlerrolle in den Verschleppungsfällen. Ich entgegnete ihm, daß ich mir seines hohen Ranges bewußt sei, aber auch wisse, daß er gerade wegen dieses hohen Ranges darauf rechnen könne, gehört zu werden. Im Hinblick auf die Bedeutung meines Anliegens bäre ich ihn deshalb noch einmal, jedenfalls diese mir außerordentlich wichtig erscheinende Nachricht weiterzugeben. Fadlallah versicherte, er werde alles in seinen Kräften Stehende tun, um diese in der Tat wichtige Nachricht an die Verantwortlichen gelangen zu lassen.

1d) Hieran schloß Fadlallah allgemeinere Ausführungen an. Ihm und den Muslimen sei bewußt, daß Deutschland ein Freund sei. Auch wir seien (offenbar eine Anspielung auf die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs) unterdrückt und bedürftig ebenso wie seine Glaubensbrüder der Befreiung. Freundschaft und Interessengleichheit sollten eigentlich verhindern, daß die Taten, auch Verbrechen, einiger Libanesen oder Schiiten die Haltung des deutschen Volkes oder auch nur einiger prominenter Vertreter der Medien negativ gegen den Islam beeinflußten. Man dürfe nicht von einzelnen Tätern auf das ganze Volk schließen. Ich erwidierte ihm, daß in der Tat die Deutschen den Muslimen und auch gerade den Schiiten gegenüber außerordentlich aufgeschlossen seien. Dieses erkenne er an unseren guten Beziehungen zum Iran und zu den libanesischen Schiiten. Leider wirke sich aber bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung der Entführungsfall außerordentlich nachteilig aus, wie durch kritische Äußerungen in deutschen Medien bereits, sehr zu meinem Bedauern, belegt werde. Es gelte, weiteren Schaden zu verhindern und den Entführungsfall möglichst schnell gütlich zu beenden. Fadlallah bestätigte dies und sagte, wir täten im übrigen gut daran, den Entführungsfall aus den Medien herauszuhalten. Wir sollten im übrigen uns auch um ein gewisses Verständnis dafür bemühen, daß einzelne Unterdrückte, denen weder der Staat noch sonst eine Institution helfe, zu abzulehnenden, schädlichen, ja verbrecherischen Mitteln der Selbsthilfe griffen, die, wie er auch immer wieder öffentlich bestätigt habe, islamischem Recht und islamischer Tradition völlig zuwiderliefen.

<sup>11</sup>1e) Im Anschluß hieran fragte mich Fadlallah, wie ich mir die Pressebehandlung unseres Besuches bei ihm vorstellte. Ich erwidierte, daß ich generell, so auch bislang, gern über meinen Kontakt mit ihm spräche, daß mir aber Sicherheitserwägungen und seine eigenen, gerade gemachten Ausführungen ratsam erscheinen ließen, nicht meinerseits an die Presse zu gehen. Auf Befragen hin allerdings würde ich unseren Besuch bei ihm selbstverständlich bestätigen. Fadlallah zeigte sich hiermit sehr einverstanden und bat nur darum, in einem solchen Falle zu sagen, daß das Gespräch der Erörterung allgemeinerer Fragen,

<sup>11</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 246 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

darunter auch der Geiselproblematik, gedient habe. Wohl um eine solche Auskunft zu rechtfertigen, fragte er mich dann nach meiner derzeitigen Einschätzung der politischen Lage im Libanon. Ich erwiderte ihm in allgemeiner Form, daß ich bezüglich der innerlibanesischen und der libanesisch-syrischen Gespräche derzeit nicht optimistisch sei. Auf meine entsprechende Frage erläuterte Fadlallah, daß er nicht an einen bevorstehenden Einmarsch der Syrer in die Beiruter Südstadt glaube.

1f) Abschließend resümierte ich noch einmal meine drei Anliegen (Lebenszeichen, Kanal, Weitergabe der Nachricht über die Dringlichkeit) und bat ihn, für den Fall, daß er Nachrichten zu übermitteln habe, mir diese durch meinen ihm bekannten Fahrer zukommen zu lassen. In meiner bevorstehenden Abwesenheit werde der ihm ja nunmehr bekannte Herr Krömer vom Fahrer die Nachrichten entgegennehmen und weiterleiten. Fadlallah wiederholte seine Bemühenszusagen.

### 2) Bewertung

Fadlallah dürfte nach wie vor gewisse Kontakte zu den Geiselhaltern haben. Für unwahrscheinlich halte ich, daß der Hinweis auf Rafsandjani nur ein Ablenkungsmanöver war. Der Hinweis legt mir vielmehr die Vermutung nahe, daß Teheran unseren Geiselfall an sich gezogen hat. Fadlallah würde danach sozusagen Kontakt mit den Gefängniswärtern haben, während der Gefängnisdirektor in Teheran säße. Ich gehe davon aus, daß er sowohl an die Beiruter Geiselhalter wie auch nach Teheran jedenfalls die Nachricht von der Eilbedürftigkeit weitergeben wird. In jedem Falle hat auch dieses Mal<sup>12</sup> Fadlallah seinen eigenen Einfluß eher zu bescheiden dargestellt. Er sieht sich offenbar (vgl. oben Ziffer 1c) am Ende und d)) auch ungern in der Rolle des nur für die Entführungsfälle zuständigen Mullahs, sondern sähe sich gern auch als politischer Führer anerkannt.

3) Inzwischen habe ich noch einmal A. H. telefonisch erreicht. Bei diesem Gespräch bestätigte er Ausführungen, die er zuvor meinem Fahrer gegenüber getan hatte, nämlich, daß er ein mit Unterschrift und Siegel versehenes Papier über die Minimalvorstellungen der Bundesregierung haben wolle. Ich gab ihm zu verstehen, daß ich gegen jegliche weitere prozedurale Vorleistungen unsererseits sei: Nunmehr seien erst einmal die Geiselhalter am Zuge, und ich bäre ihn dringend, sich um Lebenszeichen und ähnliches zu bemühen. A. H. schien dies zu verstehen und sagte weitere Nachricht zu.

Im Lichte der Ausführungen Fadlallahs scheinen mir auch die immer karger werdenden Informationen und Leistungen von A. H. verständlich. Ich erwarte

<sup>12</sup> Ein erstes Gespräch mit Scheich Fadlallah zum Entführungsfall Cordes und Schmidt führte Botschafter Eitel, Beirut, am 23. Januar 1987. Dazu berichtete er am selben Tag: „Fadlallah verurteilte Verschleppungen. Er habe schon versucht, Einfluß zu nehmen, aber Entführung Cordes sei eine persönliche Angelegenheit eines Mannes, der zufällig auch Schiit und Hisbollahi sei. Hisbollah sei selbst nicht involviert. [...] Fadlallah warb dann für eine Lösung des Problems ‚auf libanesische Weise‘, d. h. für den Austausch. In jedem Fall sei es außerordentlich wichtig, Hamadi nicht an die USA auszuliefern. Er selbst verstehe, daß die deutsche Justiz sich mit Hamadi befassen müsse, aber eine Auslieferung an die USA werde die Situation gravierend verändern. Das Gespräch endete mit der Zusicherung, sich auch künftig für die Verschleppten und die Erhaltung der guten Beziehungen einzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; Referat 310, Bd. 149652.

in absehbarer Zeit eigentlich keine wesentlichen Informationen oder Schritte von ihm.

4) Ich möchte anregen, eine Demarche bei Rafsandjani in Erwägung zu ziehen.<sup>13</sup> Hier werde ich vor meiner Abreise<sup>14</sup> noch einmal telefonischen Kontakt mit A. H. suchen.<sup>15</sup>

[gez.] Eitel

**VS-Bd. 14152 (010)**

<sup>13</sup> Ministerialdirigent Schlagintweit bat die Botschaft in Teheran am 14. April 1987, „möglichst hochrangig“ ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani zu übermitteln. Darin teilte Genscher mit: „Die Bundesregierung ist nach dem bestehenden deutsch-amerikanischen Auslieferungsabkommen den USA zur Auslieferung von Ausländern verpflichtet, die von der amerikanischen Justiz wegen Straftaten gesucht werden, die sie gegenüber amerikanischen Staatsangehörigen begangen haben. Dieses Auslieferungsabkommen lässt jedoch in Ausnahmefällen auch die Möglichkeit zu, wegen dieser Straftaten statt einer Auslieferung an die USA gegen die Betroffenen ein Gerichtsverfahren in Deutschland durchzuführen. Die Bundesregierung hat gegenüber den Entführern auf die Möglichkeit hingewiesen, daß von einer Auslieferung von Mohammed Ali Hamadi an die USA abgesehen werden könnte, nachdem die deutschen Geiseln freigelassen worden sind. [...] Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie Ihre humanitären Bemühungen, die Sie in Ihrer Botschaft vom 19.3.1987 und in zahlreichen Interviews zum Ausdruck gebracht haben, fortsetzen würden. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, durch die Anwendung rechtlicher Normen eine weitere Eskalation von Terror und Gewalt zu verhindern. Falls Sie es für nützlich erachten, wäre ein Beauftragter bereit, Ihnen die Lage persönlich zu erläutern.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 196; Referat 310, Bd. 149654.

Botschaftsrat Scheer, Teheran, berichtete am 7. Mai 1987, im iranischen Außenministerium sei am Vortag Rafsandjanis Reaktion auf Genschers Schreiben mitgeteilt worden: „Iran sei ausdrücklich nur dann dazu bereit, in der Angelegenheit mitzuwirken und mit den ‚nicht bekannten Gruppen‘ Kontakt aufzunehmen, wenn Bundesrepublik Deutschland deren Forderungen entgegenkomme.“ Auf Rückfrage sei präzisiert worden, „daß damit Bereitschaft Bundesrepublik Deutschlands gemeint sei, Forderungen der ‚nicht bekannten Gruppen‘ zu erfüllen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 804; Referat 310, Bd. 149654.

<sup>14</sup> Botschafter Eitel hielt sich vom 16. bis 28. April 1987 in der Bundesrepublik auf.

<sup>15</sup> Botschafter Eitel, z. Z. Junieh, berichtete am 15. April 1987, er habe Hamdan im Telefongespräch am selben Tag seine Enttäuschung darüber erklärt, „daß die Geiselhalter angesichts der ihnen doch durch ihn, A. H., übermittelten Dringlichkeit nicht reagierten“. Hamdan habe dargelegt, „daß man 1) auf die Rückkehr Hajj Abdul Hadis warten wolle und daß 2) möglicherweise unabhängig von dieser Rückkehr eine irgendwie besondere Situation entstanden sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; VS-Bd. 13616 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

## 108

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit Präsident Duarte in San Salvador**

13. April 1987<sup>1</sup>

Von Herrn Bundesminister noch nicht genehmigt

Besuch des Herrn Bundesministers bei Staatspräsident Duarte in San Salvador am 13.4.1987 (11.45 – 12.45 h)<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahm Vize-AM Maza teil. Auf deutscher Seite: Botschafter Heymer, VLR I Dr. Jansen, VLR I von Jagow, LR Frau Lehnhardt.

Präsident *Duarte* verband mit der Begrüßung seinen Dank für die vielseitige deutsche Hilfe, sowohl im politischen Bereich als auch in der Entwicklungszusammenarbeit und beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben<sup>3</sup>.

*BM* übergab einen Brief des Herrn Bundeskanzlers.<sup>4</sup> Er versicherte dem Präsidenten unser Interesse daran, daß er politisch und wirtschaftlich Erfolg habe. Wir seien bereit, dem Land dabei zu helfen, die Heimsuchung des Erdbebens zu überwinden.

Präsident *Duarte* stellte sein Land als ein Leitprojekt der Demokratie nach Überwindung der Diktatur vor. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, nicht in Gewalt und Totalitarismus zurückzufallen. Dazu brauche ELS die Unterstützung der Demokratien der Welt. Das Land befindet sich in einer Krise, die gegenwärtig vor allem bestimmt werde durch die außergewöhnliche

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 13. April 1987 gefertigt und am 15. April 1987 zusammen mit Vermerken über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Lusinchi am 8. April 1987 in Caracas bzw. mit dem costarikanischen Minister für Siedlungs- und Flüchtlingsfragen, Zumbado Jiménez, am 10. April 1987 in San José „mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Unterabteilung 33, Bd. 146523.

<sup>2</sup> Nach Aufenthalten vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela und vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica besuchte Bundesminister Genscher am 13. April 1987 El Salvador.

<sup>3</sup> Am 10. Oktober 1986 wurde El Salvador von einem Erdbeben mit der Stärke 7,5 auf der Richterskala erschüttert. Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 28. Oktober 1986: „Das Erdbeben vom 10. Oktober 1986 hat vor allem das Zentrum und den Süden der Hauptstadt getroffen. Die Zahl der Todesopfer wird auf fast 1000, die der Verletzten auf ca. 5000 geschätzt. Etwa 40 Regierungsgebäude wurden ganz oder teilweise zerstört, 40 000 bis 50 000 Familien sind obdachlos, öffentliche Infrastrukturreinrichtungen stark beschädigt. Die Bundesregierung hat mit Mitteln des Auswärtigen Amtes in Höhe von insgesamt 670 000 DM zwei Hilfsflüge der Bundeswehr durchgeführt, mit denen insgesamt 58 Tonnen Hilfsgüter eingeflogen wurden, größtenteils aus Spenden privater Organisationen (ungefähr im gleichen Wert wie die Hilfe aus Bundesmitteln) stammend. [...] Das BMZ beabsichtigt Wiederaufbauhilfe in Höhe von mittelfristig 20 bis 30 Mio. DM.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136337.

<sup>4</sup> Im Schreiben vom 6. April 1987 an Präsident Duarte erinnerte Bundeskanzler Kohl an den „freundschaftlichen Meinungsaustausch im Sommer 1984“ in Bonn und stellte fest, viele der erörterten Vorhaben seien „inzwischen auf einem guten Wege. Das gilt insbesondere für die Verbesserung der Menschenrechtssituation.“ Kohl fuhr fort: „Bei der Bewältigung der schweren Erdbebenkatastrophe, die insbesondere die Hauptstadt Ihres Landes hart getroffen hat, haben wir uns bemüht, bei der Linderung der Not zu helfen. Die Regierungsverhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit zwischen unseren Ländern im Februar dieses Jahres haben Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt, die mich mit Befriedigung erfüllen.“ Die Bundesrepublik werde weiter die „Bemühungen um die Stabilisierung der Demokratie in El Salvador“ unterstützen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146523.

Trockenheit, durch die Folgen des Erdbebens und durch das niedrige Preisniveau der traditionellen Exportgüter (Kaffee, Zucker, Baumwolle). Gleichzeitig werde der Bürgerkrieg verstärkt fortgesetzt.

Präsident *Duarte* dankte erneut für die deutsche Hilfe und nannte insbesondere den zugesagten FZ-Zuschuß für das Kinderkrankenhaus Bloom (30 Mio. DM).<sup>5</sup> Er habe diesen Dank vor kurzem auch öffentlich zum Ausdruck gebracht.

*BM* bekräftigte unsere Bereitschaft, ELS bei der Überwindung seiner Probleme zu helfen. Präsident *Duarte* genieße bei uns ein hohes Maß an Vertrauen. Es liege in unserem Interesse, daß sein Weg Erfolg habe. Dieses Interesse teilen wir mit den Staaten der EG und letztlich mit allen westlichen Demokratien. Erfolg im Sinne wirtschaftlicher und politischer Stabilität sei nur auf der Grundlage wirklicher sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Präsident *Duarte* bemerkte hierzu, genau dieses sei die Absicht seiner Regierung. Er beschrieb die Zusammensetzung seiner Regierung als Koalition derjenigen, die von Anfang an an die Demokratie geglaubt haben. Er habe die loyale Unterstützung der Streitkräfte, die inzwischen den Wert der Demokratie verstehen und wissen, daß mit ihr einhergehen muß die Achtung der Menschenrechte und die Beseitigung von Amtsmißbrauch, der vorher an der Tagesordnung war. Es sei bereits viel erreicht, es gebe freilich auch noch viel zu tun. Das Volk von ELS sei arbeitswillig und bereit zu kämpfen. Er habe die feste Hoffnung, daß die Demokratie im Land nicht wieder rückgängig gemacht werde, und stütze sie auf den Glauben an das Volk, auf den Glauben an die Freunde in Deutschland und Europa und auf den Glauben an Gott.

*BM* betonte die besondere Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit. Die deutsche öffentliche Meinung beobachte mit großer Aufmerksamkeit die Verwirklichung der Menschenrechte in ELS. In diesem Zusammenhang sei an uns der Fall der 14 Genossenschaftsbauern herangetragen worden, die von der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe betreut werden und kürzlich in der Kooperative San Carlos im Departement Zacatecoluca verhaftet worden seien. Er wäre dankbar, wenn uns die Gründe für die Verhaftung mitgeteilt werden könnten.

Präsident *Duarte* ließ sich daraufhin telefonisch mit Generalstabschef Blandón verbinden und teilte als Ergebnis folgendes mit: Die 14 Genossenschaftsbauern seien am 23.3.1987 nachts gegen 23 Uhr bei einer Versammlung unter freiem Himmel unter sehr verdächtigen Umständen angetroffen worden und unter dem

<sup>5</sup> Botschafter Heymer, San Salvador, berichtete am 14. April 1987, gemäß Weisung des Bundesministers Genscher vom Vortag habe er mit dem salvadorianischen Gesundheitsminister Valdez und der Krankenhausleitung ein „Gespräch über Hilfswünsche für provisorische Kinderstation erdbebenbeschädigten Hospitals ‚Benjamin Bloom‘“ geführt: Dabei wurde vorrangiger Bedarf wie folgt angegeben: Ausrüstung für Blutbank und Operationssaal; Bungalow aus vorfabrizierten Bauteilen zur Aufnahme von 100 Kindern, die zur Zeit in einem großen Zelt untergebracht sind, dort bei der in Kürze einzusetzenden Regenzeit jedoch nicht mehr ausreichend geschützt sein werden; Medikamente, die dringend benötigt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 331, Bd. 136337.

Ministerialdirigent Schlagintweit legte am 15. April 1987 für Bundesminister Genscher dar: „In den deutsch-salvadorianischen Regierungsverhandlungen über EZ wurde am 13. Februar 1987 vereinbart, daß die deutsche Seite den Wiederaufbau des Krankenhauses in Form eines Zuschusses in Höhe von 30 Mio. DM finanziert. Inzwischen hat ein Baufachmann im Auftrag der KfW das Vorhaben vor Ort geprüft. Er bejaht den Wiederaufbau an Ort und Stelle unter Einbeziehung erhaltenswerter Bausubstanz.“ Mit einem Baubeginn sei Anfang des Jahres 1988 zu rechnen: „BMZ und KfW behandeln das Projekt mit Vorrang.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136337.

Verdacht der kommunistischen Propagandaverbreitung verhaftet worden. Zwölf von ihnen seien zwei Tage später, am 25.3., auf freien Fuß gesetzt worden, weil keine Verbindung zur Guerilla feststellbar gewesen sei. Zwei der Verhafteten seien dem Richter übergeben worden. Es handle sich um José Luis Calderón, ein Gewerkschafter, der die Versammlung organisiert habe, sowie um Juan Esteban Campos, ein marxistischer Arbeiterführer, der bei der Versammlung zu den Bauern gesprochen habe. Präsident Duarte fügte seinem Bericht hinzu, was er eben mit seinem Anruf erreicht habe, hätte er so noch vor drei Jahren nicht tun können.

*BM* bat den Präsidenten um seine Bewertung des Arias-Plans<sup>6</sup>. Seinerseits hob er als positive Elemente hervor, daß der Plan bei den demokratischen Grundfreiheiten ansetze und zeigen werde, ob NIC es damit ernst meine. Die Initiative verdiene Unterstützung.

Präsident *Duarte* bezeichnete den Plan als einen Schritt vorwärts im Contadora-Prozeß<sup>7</sup>. Er halte drei Elemente für wichtig: 1) Der Plan spreche die inneren Probleme der Demokratie in jedem Land an, 2) er enthalte ein Programm und verbinde dieses 3) mit Prioritäten und Fristen. Über Einzelfragen müsse man noch diskutieren, aber im Prinzip sei er dafür. Er habe sich allerdings dagegen ausgesprochen, den Plan unter den Vieren fertig zu verhandeln und ihn NIC dann aufzudrängen. So sei die Einladung nach Guatemala (Esquipulas-Gipfel<sup>8</sup>) zu stande gekommen.

Den Arias-Plan anzunehmen, werde für mehrere Beteiligte Probleme aufwerfen. NIC müsse sein totalitäres Regime aufgeben und die Unterstützung der Guerilla in ELS aufgeben. Die USA müßten die Hilfe für die Contras beenden.<sup>9</sup> Schwierigkeiten entstünden aber auch für HON und ELS. Hauptproblem sei, wie man garantieren könne, daß NIC seine Verpflichtungen nach innen wie nach außen auch einhalte. Durch alle diese Zweifel entstehe im Vorfeld des Fünfertgipfels ein Klima der Ungewißheit. Er, Duarte, verstehe, daß Präsident Arias persönlich dränge und Erfolg haben wolle. Er sei bereit, ihn dabei zu unterstützen. COS verstehe freilich die Probleme der anderen nicht. Nach 100 Jahren Demokratie und ohne eigenes Militär fehle den Costaricanern der Sinn für die Schwierigkeiten des Übergangs, die die anderen haben. Insofern erscheine ihm der Arias-Plan etwas utopisch und unrealistisch. Der Plan müsse an die Bedürfnisse der übrigen ZA-Staaten angepaßt werden, insbesondere im Sicherheitsbereich. Das Problem der militärischen Konfrontation werde in dem Plan bisher kaum behandelt. Über alles dieses werde man noch sprechen müssen.

*BM* äußerte dazu, immerhin bringe der Plan neue Bewegung in den Prozeß, auch wenn er noch ergänzungsbedürftig ist. Nichts tun bringe auch nichts. Wichtig erscheine ihm, daß über die entscheidenden Fragen nicht hinweggeredet werde. Insbesondere müssen die innerstaatlichen demokratischen Voraussetzungen des Friedensprozesses klar angesprochen werden.

<sup>6</sup> Zum Arias-Plan vgl. Dok. 103 und Dok. 110.

<sup>7</sup> Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 103, Anm. 9.

<sup>8</sup> Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatamala-Stadt vgl. Dok. 228.

<sup>9</sup> Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 57, Anm. 5.

Zur Hilfe der USA für die Contras in Nicaragua vgl. Dok. 66, Anm. 40.

Präsident *Duarte* erneuerte seine prinzipielle Zustimmung, insbesondere mit Blick auf den Schwerpunkt des Plans bei der Demokratisierung. Es werde aber nicht möglich sein, alle Fragen, die noch diskutiert werden müssen, in einer einzigen Tagung zu lösen. Wichtig sei, daß überhaupt verhandelt und die Türen nicht geschlossen werden. Der Contadora-Prozeß laufe nun schon vier, der San-José-Prozeß<sup>10</sup> drei Jahre. Man werde auch in Esquipulas nicht von heute auf morgen zu einem Ergebnis kommen können. Der politische Wille dazu sei noch nicht in allen fünf ZA-Staaten vorhanden. Der Arias-Plan sei aber ein wichtiger neuer Schritt auf diesem Weg.

*BM* schloß mit Erfolgswünschen für El Salvador und für das Gipfeltreffen in Esquipulas und bekräftigte unsere Anteilnahme an allen Bemühungen, die auf Frieden und Zusammenarbeit in ZA gerichtet sind.

**Unterabteilung 33, Bd. 146523**

**109**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann**

**220-371.76 INF-668/87 geheim**

**14. April 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Rede von GS Gorbatschow am 10. April 1987 in Prag<sup>4</sup>;  
hier: Mögliche Reaktion auf den Vorschlag paralleler Verhandlungen  
über SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km

Bezug: Vorlage vom 10.4.1987 (nach San José übermittelt<sup>5</sup>) (als Anlage dem  
Original beigefügt<sup>6</sup>)

I. Die Bezugsvorlage kam zu dem Ergebnis, daß der neue Vorschlag Gorbatschows darauf abzielt, die möglichen Schwierigkeiten im Bereich der „concurrent con-

<sup>10</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Mühlstädt konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. April 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 7. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 7. Mai 1987 vorgelegen.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 11. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 523–542. Für Auszüge vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 280–284.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica auf. Vgl. dazu Dok. 103 und Dok. 110.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte am 10. April 1987 eine erste „Analyse der Rede G[orbatschows] auf der Grundlage von Agenturmeldungen“. Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11360 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

straints“ zu umgehen, indem unverzügliche Verhandlungen für den Reichweitenbereich angeboten werden, für den die USA – im Einklang mit der Bündnisposition – „concurrent constraints“ verlangen.

Die USA haben in ersten Stellungnahmen ausweichend, aber nicht negativ auf den neuen sowjetischen Vorschlag reagiert. Präsident Reagan hat in seiner Rede in Los Angeles vom 10.4.1987 von „neuer Ernsthaftigkeit“ der SU gesprochen.<sup>7</sup> AM Shultz hat angemerkt, die SU müsse das Recht der USA anerkennen, ein Gegengewicht zu den 130 Raketen kürzerer Reichweite zu schaffen, die in der DDR, der ČSSR<sup>8</sup> und in der SU selbst stationiert seien.

Die Aufzeichnung untersucht,

- inwieweit der Vorschlag sowjetisches Entgegenkommen enthält,
- welche Haltung die Bundesregierung im Bündnis dazu einnehmen könnte.

Das BMVg ist bisher in die Überlegungen nicht einbezogen worden.

## II. Bedeutung des Vorschlags im Hinblick auf westliche Forderungen

### 1) Positive Elemente

Mit dem neuen Vorschlag ist die SU teilweise westlichen Forderungen entgegengekommen:

- Die SU hat insofern eine Rückkehr zu ihrer Position von Reykjavík<sup>9</sup> vollzogen, als sie den Gedanken eines Freeze für SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km wieder aufgreift, und zwar als Freeze für die Dauer der Verhandlungen.
- Die SU hat sich auf die USA zubewegt, indem Verhandlungen über einen Ausschnitt der SRINF-Problematik vorgeschlagen werden, der den USA besonders wichtig ist.

Zwar wird sowjetisches Unbehagen gegenüber dem „right to match“ durch die Formulierung „Absprachen über Toleranzen ... für die Erhöhung und Vervollkommnung (von SRINF seien) unnötig“ zum Ausdruck gebracht. Jedoch schließt das von Gorbatschow genannte Verhandlungsziel (Verringerung und anschließende Beseitigung der auf dem europäischen Kontinent aufgestellten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km) ein Zwischenergebnis in Form gleicher Obergrenzen nicht aus.

- Der sowjetische Vorschlag nähert sich dem Ministerbeschuß vom 31. März 1987, der sich unter bestimmten Bedingungen für Folgeverhandlungen über alle SRINF bei Zurückstellung der constraints ausgesprochen hat<sup>10</sup>, erfüllt allerdings zwei wichtige Bedingungen nicht: eindeutiger Ausschuß der PIa, Einbeziehung der Scud.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem Los Angeles World Affairs Council vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 365–368. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 15. April 1987, S. 1–7.

<sup>8</sup> Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 31. März 1987 vgl. Dok. 90, Anm. 4.

2) Folgende Probleme bleiben:

- Der vorgeschlagene „freeze“ verhindert zwar – worauf die Kritik des Bündnisses an der von Gorbatschow am 28.2.1987<sup>11</sup> eingenommenen negativen Haltung zu „concurrent constraints“ abgestellt hatte – einen sowjetischen Aufwuchs im 500–1000-km-Band; er schreibt aber auch die sowjetische Überlegenheit fest und mindert den Anreiz für die SU, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen.
- Ungelöst bleibt das Problem der „conversion“. Es fällt allerdings auf, daß eine eindeutige, ausdrückliche Ablehnung der „conversion“ in der Gorbatschow-Rede fehlt, während dieses Thema noch in den vergangenen Wochen von sowjetischer Seite in der öffentlichen Diplomatie hochgespielt wurde. Vielmehr spricht sich GS Gorbatschow nur indirekt gegen eine „conversion“ aus (Absprache über „Toleranzen“ für die Erhöhung und Vervollkommenung unnötig).
- Offenbar sollen in die Verhandlungen auch die deutschen PI a einbezogen werden: „Wir schlagen vor, die Erörterung der Frage über eine Verringerung und anschließende Beseitigung der auf dem europäischen Kontinent aufgestellten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000km zu beginnen“. Auf westlicher Seite gibt es in diesem Reichweitenband nur die deutschen P I a. Es bleibt abzuwarten, ob AM Shultz hierzu präzise Informationen erhält.<sup>12</sup>
- Die sowjetischen Scud, für deren Einbeziehung sich die Bundesregierung am 30.9.1986<sup>13</sup> und 31.3.1987 ausgesprochen hat, werden nicht erfaßt (Reichweite bis 300 km).
- Klärungsbedürftig bleibt die Forenfrage (Zusammenhang mit LRINF-Verhandlungen).

Theoretisch bestehen folgende Optionen einer Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag:

- a) Ablehnung des Vorschlags von parallelen Verhandlungen und Beharren auf der gegenwärtigen Bündnisposition, d.h. gleiche globale Obergrenzen für SRINF von 500 bis 1000 km Reichweite

Der Westen würde damit einen sowjetischen Schritt ablehnen, der Kompromißelemente enthält. Er würde zugleich das Risiko eingehen, daß eine Null-Lösung für LRINF in absehbarer Zeit nicht möglich sein bzw. endgültig scheitern könnte.

Ergebnis: Die Option entspricht nicht den Zielen der Bundesregierung.

- b) Westlicher Gegenvorschlag von „concurrent constraints“ auf Null-Niveau bei dem LRINF-Abkommen

11 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 60.

12 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 115.

13 Am 30. September 1986 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner statt. Botschafter Ruth vermerkte dazu am selben Tag, hinsichtlich der Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen sei folgender Text erarbeitet worden: „Ziel muß es sein, auch die Systeme im Reichweitenband 150 bis 500 km auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Die Bundesregierung hält es daher für unverzichtbar, für diesen Bereich die INF-Verhandlungen nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzuführen. Deshalb muß bereits in das INF-Zwischenabkommen eine solche konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung aufgenommen werden.“ Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Die USA könnten dem Bündnis vorschlagen, der SU im Gegenzug eine Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km anzubieten.

AM Shultz hat in seinem Schreiben an BM vom 6.4.1987 implizit für Annahme eines entsprechenden sowjetischen Vorschlags plädiert.<sup>14</sup> Auch Nitze hat sich in diesem Sinne ausgesprochen.<sup>15</sup>

Innerhalb der Administration (insbesondere Pentagon, ACDA) gibt es gegen Folgeverhandlungen und insbesondere die von der Bundesregierung gewünschte Einbeziehung der Scud Widerstand vor allem aufgrund der Sorge, daß ein völliger Abbau bodengestützter Nuklearwaffen bis hinunter zur Reichweite von 150 km das Ergebnis sein würde.

Deshalb könnten die USA versucht sein, ihrerseits durch den Gegenvorschlag einer Null-Lösung im Reichweitenband 500 bis 1000 km Folgeverhandlungen weitgehend die Substanz zu nehmen und gleichzeitig eine deutliche Trennungslinie für den Abbau von Kernwaffen zu etablieren.

Allerdings wurden gegen eine derartige Null-Lösung im Bündnis bereits starke Bedenken geäußert (Beeinträchtigung der Implementierbarkeit der Bündnisstrategie<sup>16</sup>). Er läge auch nicht in der Linie des Ministerbeschlusses vom 31.3.1987.

Aus diesen Gründen ist es trotz dessen rüstungskontrollpolitischer Attraktivität (dadurch würde mit der Konversion ein weiteres gewichtiges Hindernis für ein LRINF-Abkommen entfallen) für die Bundesregierung nicht angezeigt, diesen Vorschlag zu forcieren.

Sollte er von anderer Seite gemacht werden, müßte sichergestellt sein, daß die deutschen PIa nicht in die Verhandlungen einbezogen werden: Nach den im Bündnis vereinbarten Kriterien soll nur über amerikanische und sowjetische Systeme verhandelt werden; strategisch und rüstungskontrollpolitisch sind die PIa auch als Gegengewicht zu den Scud bedeutsam.

### c) Modifiziertes Eingehen auf den Vorschlag

Parallelverhandlungen wären unter dem – auch beim Ministerbeschuß vom 31.3.1987 zum Ausdruck gekommenen – Gesichtspunkt von Bedeutung, daß für das Bündnis die Wahrnehmung keiner sicherheitspolitischen Option bei SRINF ausgeschlossen würde. Dies wäre insbesondere für die weitere Entwicklung im konventionellen Bereich wichtig; die sowjetische Haltung im Hinblick auf die Herbeiführung von konventioneller Stabilität in ganz Europa durch Rüstungskontrolle könnte Berücksichtigung finden.

Da Annahme des Vorschlags, so wie er präsentiert wurde, nicht akzeptabel ist (d.h. Verhandlungen unter Einschluß der deutschen PIa bei gleichzeitigem Aus-

<sup>14</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

<sup>15</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. April 1987, der amerikanische Sonderbotschafter Nitze habe Ministerialdirektor Rühle, Bundesministerium der Verteidigung, am selben Tag in Washington zur Behandlung von SRINF in einem INF-Abkommen erklärt, „wenn conversion oder eine neue Nachrüstung in Westeuropa politisch nicht durchsetzbar sei (er sei sich der diesbezüglichen Probleme bei uns durchaus bewußt), stelle sich die Frage, ob nicht dann Annahme der Null-Lösung auch in diesem Bereich ratsam sei. Auf diese Weise gelinge es, ein sowjetisches Übergewicht in diesem Bereich zu beseitigen, ohne auf westlicher Seite von dem ‚right to match‘ Gebrauch zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1642; VS-Bd. 12167 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>16</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

schluß der ca. 600 sowjetischen Scud, die insbesondere Ziele in der BR Deutschland bedrohen können), kommen aus Sicht der Bundesregierung folgende Optionen in Betracht:

a.a) Bestehen auf Ausschluß der deutschen PIa

Es würde sich dabei um Verhandlungen handeln, die entgegen dem Ministerbeschuß vom 31.3.1987 die Scud nicht einbeziehen. Eine solche Position könnte damit begründet werden, daß die PIa auch ein Gegenstück zu den sowjetischen Scud darstellen.

Für die SU würde das Gegenstück auf westlicher Seite zu den eigenen Systemen fallen<sup>17</sup>, da der Westen im Reichweitenband von 500 bis 1000 km außer über die deutschen PIa über keine Systeme verfügt. Zu dem möglicherweise von der SU anvisierten ersten Ergebnis – gleiche Obergrenzen von 72 Systemen – könnte es nicht kommen. Dies könnte sie veranlassen, nun doch ihrerseits einen Null-Vorschlag zu unterbreiten.

Für uns wäre die Lage dann wie oben unter b): Vorschlag, der von anderer Seite kommt, ist schwer zurückzuweisen.

b.b) Verlangen nach Einbeziehung der sowjetischen Scud

Damit wären alle SRINF einbezogen. Dem Ministerbeschuß vom 31.3.1987 wäre insoweit nicht entsprochen, als die deutschen PIa Verhandlungsgegenstand würden; dies stünde auch mit den vereinbarten Bündniskriterien nicht in Einklang.

Zwar hatte die Bundesregierung im Juli 1983 bei den ersten INF-Verhandlungen die Position entwickelt, daß wir im Rahmen von „constraints“ dem Einfrieren der Zahl amerikanischer GK auf PIa-Raketen zustimmen, auch soweit die Trägerraketen unserer Verfügungsgewalt unterliegen. USA griffen dies damals nicht auf.

Es ist aber nicht sicher, daß das BMVg heute in bezug auf SRINF-Verhandlungen zu einer vergleichbaren Position bereit wäre. Es könnte vor allem argumentieren, daß die Einbeziehung der PIa in Verhandlungen die Modernisierung dieser Systeme<sup>18</sup> erheblich erschweren würde.

c.c) Verlangen nach Einbeziehung der Scud und Ausschluß der PIa

Dies wäre die für uns optimale Lösung: Unsere Position, wie sie im Ministerbeschuß vom 31.3.1987 zum Ausdruck kommt, wäre voll gewahrt. Die deutschen PIa wären nicht in den Verhandlungen exponiert. Allerdings könnte die SU auf die Einbeziehung dieser Systeme insistieren. Dem könnte – außer mit dem Hinweis auf die Ablehnung der Einbeziehung nicht-amerikanischer Systeme – entgegengehalten werden, daß es im WP ca. 125 nicht-sowjetische Scud mit sowjetischen GK gibt.

Das Ergebnis könnte sein, daß die SU die Einbeziehung der Scud ablehnt und damit zur Lösung a.a) kommt.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Hartmann

**VS-Bd. 11360 (220)**

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „fehlen“.

<sup>18</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

## 110

**Botschafter Nestroy, San José, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 100****Citissime****Aufgabe: 14. April 1987, 16.30 Uhr****Ankunft: 15. April 1987, 01.25 Uhr**Betr.: BM-Besuch COS<sup>1</sup>Bezug: DB Nr. 97 vom 13.4.1987 – Prot 705.00<sup>2</sup>;hier: Vermerk Gespräch BM – Präsident Arias<sup>3</sup>

BM leitete Thema „Arias-Plan“ mit Hinweis auf sein jüngstes Gespräch mit AM Iglesias von Uruguay<sup>4</sup> ein. Dieser hätte seine volle Unterstützung für „Plan“ dargelegt, die er auch auf Contadora-plus-U-Gruppe-Treffen in Buenos Aires 13.4.87<sup>5</sup> vorbringen werde.

Arias versicherte, COS hätte von Anfang an Contadora unterstützt.<sup>6</sup> Eine der Schwächen von Cont.<sup>7</sup> sei die mangelnde Unterstützung durch Washington: Dort hätte man nicht die Notwendigkeit eingesehen, daß Lösung von außen nach ZA hineingetragen werden solle. Vor allem habe sich dort auch das Mißtrauen gegenüber Mexiko ausgewirkt.

Arias erläuterte den Unterschied zwischen seinem „Plan“ und Cont.:

„Plan“ sähe Demokratisierung der einzelnen ZA-Länder als Grundvoraussetzung für Problemlösung mit anschließender Friedensregelung. Cont. lege Priorität auf Lösung interner und angeblicher externer Sicherheitsprobleme, danach erst sei Frieden, danach dann erst Demokratisierung möglich.

Für Arias kann es keinen Frieden ohne vorherige Demokratisierung geben: Die Guerilla existiere, weil ihr keine Möglichkeit zu demokratischer, interner Beteiligung an politischer Meinungsbildung und Gestaltung gegeben werde.

Wenn MEX behauptete, es könne nicht in dieser Richtung auf NIC einwirken, da dies Einmischung wäre, so ist das unredlich: MEX, zusammen mit französischem AM<sup>8</sup>, hätte unzweideutig von Duarte den Dialog mit der ELS-Guerilla gefordert.

<sup>1</sup> Nach einem Aufenthalt vom 7. bis 9. April 1987 in Venezuela besuchte Bundesminister Genscher vom 9. bis 13. April 1987 Costa Rica. Vgl. dazu und zum Arias-Plan auch Dok. 103 und Dok. 108.

<sup>2</sup> Botschafter Nestroy, San José, gab einen Überblick über den Besuch des Bundesministers Genscher vom 9. bis 13. April 1987 in Costa Rica. Neben der Botschafterkonferenz und dem einstündigen Gespräch mit Präsident Arias habe Genscher ein Gespräch unter vier Augen mit dem costarikanischen Außenminister Madrigal geführt und das Parlament sowie die Deutsche Schule besucht. Ferner habe er „mit Minister Danilo Jiménez Veiga, Sonderberater des Präsidenten u. a. in Flüchtlingsfragen“, mit „Präsidentialminister Rodrigo Arias Sánchez, dem Bruder und engsten Berater des Präsidenten“, mit den dortigen Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten sowie mit dem Erzbischof von San José, Arrieta Villalobos, gesprochen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146523.

<sup>3</sup> Das Gespräch fand am 9. April 1987 in San José statt.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher führte am 28. März 1987 ein Gespräch mit dem uruguayischen Außenminister Iglesias am Flughafen in Frankfurt am Main.

<sup>5</sup> Zum Treffen der Außenminister der Contadora-Staaten und der Unterstützergruppe vgl. Dok. 103, Anm. 27.

<sup>6</sup> Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 103, Anm. 9.

<sup>7</sup> Contadora.

<sup>8</sup> Jean-Bernard Raimond.

Arias betonte, er hege keine Zweifel an der Legitimität des NIC-Präsidenten Ortega. Er hatte diesem im „Plan“ deshalb keinen Dialog mit den Contras vorgeschlagen, da dies sinnlos gewesen wäre. Zunächst käme nur Dialog mit interner Opposition in Betracht. Die erste Reaktion sei völlig ablehnend gewesen, vor allem als Folge der Verärgerung, daß Ortega nicht nach San José<sup>9</sup> eingeladen worden sei. Nach Studium des Vorschlags hätte NIC-Regime jedoch den Wert des „Plans“ erkannt.

Arias unterstrich, der „Plan“ sei nicht gegen Cont. gerichtet, liege vielmehr innerhalb der Prinzipien und des Geistes desselben. „Plan“ ist jedoch im Hinblick auf interne Aussöhnung und Demokratisierung sowie die Fristenvorschläge konkreter.

Sehr ermutigend seien internationaler Beifall für „Plan“, zuletzt nach Senats-Abstimmung 97:1<sup>10</sup>, die Schreiben verschiedenster US-Abgeordneter an Reagan.

Arias schob die Gründe nach, weshalb er Ortega nicht zum Gipfel von San José am 15.2.87 eingeladen hätte: Die Gefühle der COS-Bevölkerung gegen NIC-Kommandanten seien so stark negativ ausgeprägt, daß unschöne Demonstrationen in feindlicher Atmosphäre gegen Ortega unvermeidbar gewesen wären. Dies wäre von NIC mit Sicherheit auch zu Lasten von COS propagandistisch ausgeschlachtet worden. Das COS-Volk sähe sich von Sandinisten betrogen.

BM pflichtete bei, „wie wir alle auch“.

Arias legte dar, daß z. Z. eine COS-Mission in Managua die Ansichten des Regimes zum „Plan“ sondiere. Danach werde er die Chancen für Esquipulas (25./26. Juni<sup>11</sup>) besser einschätzen können.

Arias bemerkte etwas resignierend, die verbale Unterstützung des „Plans“ seitens der US-Administration sei nur „lip-service“. Deshalb bitte er BM hiermit um seine Unterstützung für „Plan“. Diese könne u. a. darin bestehen, daß er in Bonn bei den Christdemokraten werbe, auf die Präsidenten Cerezo und Azcona Einfluß zu nehmen. ELS und HON seien jedoch seine Hauptzorge: Es bestehe tatsächlich die Gefahr einer Spaltung der „Vier“. Deshalb bitte er BM auch um Intervention bei ELS-Präsident Duarte.

BM versicherte Arias, er werde bei dem AM-Treffen der EG am 26.4.87<sup>12</sup> und den Gesprächen mit der US-Administration in Washington am 7./8. Mai

<sup>9</sup> Zum Treffen der Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala) und Duarte (El Salvador) am 15. Februar 1987 in San José vgl. Dok. 37, Anm. 27.

<sup>10</sup> Botschafter van Well, Washington, legte am 3. April 1987 dar, die amerikanische Regierung halte „an bisheriger Doppelstrategie (politischer und militärischer Druck auf NIC) weiterhin ohne Abstriche fest. Dabei werden einerseits die Contras bei ihrem Kampf soweit wie möglich unterstützt; andererseits ist man bemüht, den zweiten Pfeiler dieser Politik, die Verhandlungsschiene, zu aktivieren. Im Mittelpunkt der letztgenannten Bemühungen steht dabei der COS-Friedensvorschlag, dem ungeachtet wichtiger Schwachstellen ein unterstützungsreiches Potential zuerkannt wird, NIC entweder einzubinden oder – im Falle von NIC-Verweigerung – als für jedermann sichtbar intransigent in die Ecke zu drängen. Insofern paßt die internationale Zustimmung, einschließlich derjenigen aus dem US-Kongress (97 zu 1 Abstimmung im Senat), durchaus ins Konzept der Administration.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1628; Referat 204, Bd. 135407.

<sup>11</sup> Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

<sup>12</sup> Bei der EG-Ministerratstagung am 26./27. April 1987 in Luxemburg wurden u. a. die „Leitlinien für 1987 betreffend die Aufteilung der finanziellen Hilfe für Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas“ verabschiedet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 27. April 1987; Referat 410, Bd. 136088.

87<sup>13</sup> den „Plan“ zur Sprache bringen und für seine Unterstützung werben. BM stellte „Plan“ in den Zusammenhang von Cont., welcher dadurch neue Impulse erhalten könne.

Arias räumte ein, es sei durchaus möglich, daß „Esquipulas“ eine Vorstufe zu einer neuen Cont.-Phase würde.

Auf die Frage des BM zu der Entscheidungsfreiheit des NIC-Regimes gab Arias seiner Meinung Ausdruck, die Kommandanten hingen von Moskau und Havanna ab, dabei evtl. eher von Fidel Castro. Zu den Aussichten des „Planes“ meinte er: Wenn die Kommandanten ihn ablehnten, wären sie entlarvt, wenn sie ihn annähmen, würden sie ihn nicht erfüllen.

BM fragte nach der Haltung Duartes und ob dieser unter Druck der Militärs stünde.

Arias bekräftigte letzteres, der starke Mann sei General Blandón. Duarte hätte ihm (Arias) am 15.2. versichert, daß er im Falle seiner vorbehaltlosen Unterzeichnung des „Planes“ innerhalb 24 Stunden seines Postens entthoben wäre. Hinter Blandón und dem ELS-Militär stünde Washington.

Arias führte weiterhin aus, daß z.Z. alle vier demokratischen ZA-Regierungen untereinander und in NIC sondierten, wie die Aussichten für eine Übereinkunft in Esquipulas stünden.

BM legte dar, daß seiner Meinung nach der „Plan“ zeitlich vorteilhaft vorgelegt worden sei. Die Sowjetunion hatte in Vergangenheit viele Fehler begangen, die sie künftig vermeiden wollte. Sie hatte erkannt, daß die Ergebnisse vieler Unternehmen eher zu Belastungen als zu Erfolgen geführt hätten. Deshalb sei zu vermuten, daß sich Moskau jetzt eher zurückhalten werde. Generalsekretär Gorbatschow wolle Zeit gewinnen. Deshalb sei die „Konjunktur“ für Initiative relativ gut. BM wiederholte, er werde sich beim EG-AM-Treffen und in Washington, aber auch am 13.4.87 bei Duarte für „Plan“ verwenden.

BM ließ sich von Arias über die COS-Wirtschaftslage unterrichten. Arias verhehlte seine Sorgen über die bestehenden und bevorstehenden Schwierigkeiten nicht.

BM schnitt die deutsche FZ mit 52,5 Mio. DM in Pipeline an und unterstrich das Interesse der Bundesregierung, daß die Mittel nach Schaffung der ausstehenden COS-Voraussetzungen möglichst bald zum Einsatz kämen.

Arias wies auf die Härten für die Wirtschaft in COS hin, die aus den unumgänglich zu akzeptierenden Bedingungen des IMF und der Weltbank folgen würden. Es werde ein hoher Preis mit Gefahr für den sozialen Frieden in COS sein. Aber COS hätte keine andere Möglichkeit, als härter zu arbeiten. CBI<sup>14</sup> hätte bisher

<sup>13</sup> Zur Verschiebung des Besuchs des Bundesministers Genscher in den USA vgl. Dok. 114, Ann. 2.

<sup>14</sup> Caribbean Basin Initiative.

Referat 331 vermerkte am 31. Mai 1985: „Durch ein 1984 beschlossenes Gesetz werden für zwölf Jahre Importe in die USA aus Ländern des karibischen Raums zollfrei eingeführt werden können. Die Entwicklungshilfe für den Raum soll vervierfacht werden. Auf Druck des Senats hat es allerdings erhebliche Ausnahmen von der Zollfreiheit gegeben: Öl (betrifft vor allem Mexiko), Textilien, Schuhe, Lederwaren, Fischkonserven. Der Erfolg der CBI ist bisher eher mäßig, der Handel mit den Ländern des karibischen Raums ist zwar um 18% gestiegen, die Steigerungsrate liegt jedoch deutlich unter der Steigerung des Gesamthandels, die bei über 30% liegt. [...] Die Präferenzen der Caribbean Basin Initiative kommen allen Ländern Zentralamerikas und

COS keine Erleichterungen gebracht, vielmehr hätte sich in USA ein neuer Protektionismus entwickelt.

Zur Auslandsverschuldung erklärte Arias, COS werde keine neuen Kredite bei Geschäftsbanken aufnehmen, sondern dies nur bei Weltbank und IMF sowie über bilaterale FZ tun. Er sei bestrebt, die COS-Abhängigkeit von AID<sup>15</sup> zu verringern, da eben doch eine gewisse politische Einflußnahme damit verbunden sei.

Arias ließ nunmehr Kulturminister Carlos Francisco Echeverría holen. Dieser trug das Projekt des Baus einer „Plaza de la Democracia“ vor und bat BM um finanzielle Unterstützung seitens der Bundesregierung. Zur 100-Jahr-Feier der COS-Demokratie solle 1989 der Platz eingeweiht werden.

BM sagte wohlwollende Prüfung zu, sobald die Vorstellungen über anfallende Aufgaben und Kosten konkreter und der Botschaft zugeleitet worden seien.

[gez.] Nestroy

**Unterabteilung 33, Bd. 146523**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 560*

der Inselkaribik zugute – mit Ausnahme von Kuba und Nicaragua.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146693.

Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 13. August 1987: „Der Ways-and-Means-Ausschuß des Repräsentantenhauses hat am 5.8.1987 einen Gesetzentwurf zur Revision der ‚Caribbean Basin Initiative‘ (CBI), der 1983 ins Leben gerufenen Initiative Präsident Reagans zur Verbesserung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Karibik und Zentralamerika, vorgelegt. Der Entwurf (Caribbean Basin Economic Recovery Expansion Act of 1987) ist Resultat eingehender Anhörungen des Kongresses, die durch vielfältige Kritik am ausbleibenden Erfolg der CBI ausgelöst wurden. Kritische Bewertungen waren u. a. auch von führenden Staats- und Regierungschefs der Länder des karibischen Beckens und Zentralamerikas auf der letztjährigen Caribbean-Basin-Konferenz in Miami vorgetragen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3431; Unterabteilung 33, Bd. 146693.

<sup>15</sup> United States Agency for International Development.

## 111

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**

431-381.00/1

15. April 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (UNCPICPUNE<sup>3</sup>), Genf,  
23.3.–10.4.87

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die VN-Konferenz zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ging am 10.4.1987 in Genf nach einer dreiwöchigen Konferenzdauer ohne substantielles Schlußdokument zu Ende.

**I. Vorgeschichte**

1) Die Veranstaltung der PUNE-Konferenz geht auf Res 32/50 der GV der VN (1977) zurück.<sup>4</sup> Dem Beschuß lag die wachsende Sorge der EL zugrunde, ihnen könnte der Erwerb von Anlagen und Technologien für die friedliche Nutzung der Kernenergie durch die IL verwehrt werden. Begründet war diese Sorge durch die Formulierung und Verschärfung bestehender nationaler Vorschriften für den Handel mit Nukleargütern sowie die Abstimmung von Richtlinien für den Nuklearhandel im Kreise der nuklearen Hauptlieferländer (sog. Londoner Richtlinien<sup>5</sup>). Diese Aktivitäten waren unter dem Eindruck der Zündung eines nuklearen Explosivkörpers in Indien<sup>6</sup> durchgeführt worden.

2) Die Konferenzvorbereitungen gestalteten sich äußerst schwierig; erst 1983 gelang es, eine Tagesordnung zu vereinbaren, die das Versorgungsinteresse einerseits und die Nichtverbreitungserwägungen andererseits in allseits akzeptablen Kompromissen zu vereinen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Mann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 16. April 1987 und erneut am 15. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Kenntnis“  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 19. Mai 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Mann „[ach] R[ückkehr]“ verfügte.  
Hat Mann erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> United Nations Conference on the Promotion of International Co-operation in the Peaceful Uses of Nuclear Energy.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 32/50 der VN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 502.

<sup>5</sup> Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.

Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group“ ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedenen Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

<sup>6</sup> Am 18. Mai 1974 führte Indien einen unterirdischen Atomtest durch. Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. AAPD 1974, II, Dok. 228.

tabler Form berücksichtigte. Darüber hinaus wurde von den IL, insbesondere von den USA, sichergestellt, daß Konferenzentscheidungen, die die Substanz der Prinzipiendiskussion betrafen, dem Konsensprinzip unterliegen. Mit dieser Vorentscheidung und dem politischen Willen einiger IL, keine Prinzipien vereinbaren zu wollen, die hinter dem gewachsenen Nichtverbreitungsregime zurückbleiben, war der Ausgang der Konferenz bereits vorgezeichnet.

## II. Konferenzverlauf

1) Die mühsame Konferenzvorbereitung zeigte sich auch darin, daß sich die EL erst am Tag der Konferenzeröffnung gegen die Vorbehalte Irans auf einen Kandidaten, den ägyptischen VN-Botschafter in Wien, Mohamed Shaker, für den Konferenzpräsidenten einigen konnten.

2) Die Prinzipiendiskussion im 1. Ausschuß, die auf der Grundlage eines Arbeitspapiers der G 77 geführt wurde, bestätigte schon sehr bald, daß konsensfähige Lösungen nicht erreichbar sein würden:

- Von Seiten der EL und den Nicht-Mitgliedern des NVV<sup>7</sup> wurde vor allem das souveräne Recht eines jeden Staates zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zum freien Zugang zur Nukleartechnologie ohne jegliche Diskriminierung betont (Wortführer Brasilien für die G 77, Argentinien, Indien, Iran).
- Die IL (USA, Kanada, Australien, Schweden) hingegen legten das Gewicht mehr auf das souveräne Recht der Staaten, über das „Ob“ und „Wie“ ihres Nuklearhandels unter Beachtung von Nichtverbreitungserwägungen zu entscheiden.
- Extremen Vorstellungen, wie der Möglichkeit sog. „peaceful nuclear explosions“ im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, standen
- Forderungen nach einer umfassenden Unterstellung aller friedlichen Kernenergieaktivitäten eines Landes unter IAEA-Sicherungsmaßnahmen und der Verzicht auf Aktivitäten in sensiblen Bereichen des Brennstoffkreislaufs als Voraussetzung für eine internationale Zusammenarbeit unversöhnlich gegenüber.

Als Ergebnis seiner nahezu zweiwöchigen Beratungen konnte der 1. Ausschuß lediglich eine Sammlung in sich widersprüchlicher Prinzipien an das Plenum überweisen.

3) Weniger kontrovers verlief die Arbeit im 2. Ausschuß, dem die Diskussion der Rolle der Kernenergie in allen Anwendungsbereichen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung übertragen war. Der Ausschuß nahm 103 technische Beiträge zu diesem Themenbereich, davon sieben von Experten der Bundesrepublik, und 66 Vorschläge für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie entgegen. Eine einvernehmliche Verabschiedung wenigstens eines Teils dieser Vorschläge kam jedoch nicht zustande, da einigen der EL diese Arbeit der Konferenz nachrangig zur Prinzipiendiskussion erschien.

4) Der Versuch des ägyptischen Konferenzvorsitzenden, doch noch ein konsensfähiges und substantielles Ergebnis herbeizuführen, konnte bei den unüberbrück-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

baren Gegensätzen in der Prinzipiendiskussion nicht gelingen. In dem abschließenden faktischen Konferenzbericht nimmt die Darstellung der Arbeit der Konferenz nur mehr noch eine Seite ein und verweist im wesentlichen darauf, daß die Themen der Konferenz im Rahmen der IAEO weiter zu behandeln sind.

### III. Bewertung

1) Verlauf und Ergebnis der PUNE-Konferenz haben unsere Zweifel an dem Sinn und der Zweckmäßigkeit dieser Konferenz bestätigt:

- Die mit der Konferenz ursprünglich verfolgten Ziele waren im Verlauf der nahezu zehnjährigen Vorbereitungszeit entweder obsolet geworden, oder es hatte sich in anderen Foren erwiesen, daß konsensfähige Kompromisse nicht zu erreichen sind.
  - Die Sorge der EL, durch das sich etablierende Nichtverbreitungsregime vom Erwerb von Anlagen und Technologien für die friedliche Nutzung der Kernenergie abgeschnitten zu werden, hat sich weitgehend als unbegründet erwiesen. Lediglich in Einzelfällen haben Nichtverbreitungserwägungen Lieferungen von Nukleargütern verhindert. Insgesamt jedoch besteht eine intensive internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dies hat die PUNE-Konferenz in ihrem 2. Ausschuß belegt – dies wird auch von den meisten EL anerkannt. Die Formulierung neuer Prinzipien für die internationale Zusammenarbeit, die nur unter Aufgabe wesentlicher, auf dem NVV beruhender Positionen zu erreichen gewesen wäre, ist insofern keine Notwendigkeit für den Nuklearhandel.
  - Im Herbst 1985 hatten die 132 Mitgliedstaaten während der Dritten Überprüfungskonferenz des NVV<sup>8</sup> die Vertragsziele bekräftigt. Danach konnte niemand erwarten, die PUNE-Konferenz könnte den Ost-West-Konsens in Nichtverbreitungsfragen aufbrechen und Prinzipien unterhalb der im NVV vereinbarten Grundsätze erreichen.
  - Genausowenig konnte es überraschen, daß es den EL nicht gelang, im Zusammenhang mit den Fragen des internationalen Nuklearhandels ihre Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu fördern.
  - Belastet wurde die Konferenz letztlich auch noch durch die Tatsache, daß mit Irland nunmehr erstmalig ein Staat seine nationale Anti-Kernkraft-Politik aktiv auch in einem multilateralen Gremium durchzusetzen bemüht ist.
- 2) Für die Bundesregierung kann die in den Medien wiedergegebene Beurteilung eines Scheiterns der PUNE-Konferenz nicht geteilt werden. Wir haben eine Einigung in der Prinzipienfrage weder erwartet noch gewünscht, da eine solche Einigung nur zu Lasten nationaler deutscher Positionen zur Nichtverbreitungs-politik gegangen wäre. Als positives Ergebnis der Konferenz kann von uns festgehalten werden, daß die zentrale Rolle der IAEO für die internationale Zusammenarbeit bestätigt und kein weiterer Mechanismus neben der IAEO etabliert wurde. Wir haben in der Konferenz unsere konstruktive Rolle im internationalen Konzert unterstrichen, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie dargestellt und uns als Partner für eine verantwortungsbewußte Zusammenarbeit

<sup>8</sup> Die Dritte Überprüfungskonferenz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fand vom 27. August bis 21. September 1985 in Genf statt.

bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie empfohlen. Neue oder zusätzliche finanzielle Verpflichtungen hat die PUNE-Konferenz für uns nicht erbracht. Der Konsens der Nuklearlieferländer für eine den Zielen der Nichtverbreitung verpflichtete Exportpolitik blieb gewahrt.

3) Die Themen der PUNE-Konferenz werden in der internationalen Diskussion weiterbehandelt. Sie werden insbesondere auf der Vierten NV-Überprüfungs-konferenz im Jahre 1990<sup>9</sup> eine Rolle spielen, wenn die Weitergeltung des 1995 auslaufenden NVV diskutiert wird. In dieser Diskussion werden die Forderungen nach einer besseren Ausbalancierung der Rechte und Verpflichtungen der Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten in einem nach 1995 weitergeltenden NVV eine befriedigende Antwort finden müssen. Für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird aus dem Verlauf und dem Abschluß der PUNE-Konferenz kein Schaden erwachsen.

Jelonek

**Referat 431, Bd. 153226**

## 112

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

**210-303.B VS-Nfd**

**15. April 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: 750-Jahr-Feier<sup>3</sup>;

hier: Lage nach Absage der Teilnahme GS Honeckers am West-Berliner Festakt (30.4.1987)<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu III.

I. 1) Auf Ebene der Bonner Vierergruppe zeigten sich die Alliierten über die mögliche weitere Entwicklung in der Einladungsfrage besorgt. Ihnen lagen aus Ber-

<sup>9</sup> Die Vierte Überprüfungs-konferenz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fand vom 20. August bis 15. September 1990 in Genf statt.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. April 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 7. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 70.

<sup>4</sup> Am 13. April 1987 meldete die Nachrichtenagentur ADN, der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, werde nicht an der Eröffnung der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) am 30. April 1987 teilnehmen. Begründet wurde dies mit einem am Vortag in der Tageszeitung „Berliner Morgenpost“ veröffentlichten Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vom 4. Juli 1986 an die Ministerpräsidenten der Länder, in dem Diepgen seine Kollegen bat, nicht an den Feiern der DDR teilzunehmen, weil deren „Darstellung Ost-Berlins als Hauptstadt und integraler Teil der DDR“ dem Vier-Mächte-Status der Stadt widerspreche. Vgl. den Artikel „Begegnung mit Vertreter des Senats von Berlin (West)“; NEUES DEUTSCHLAND vom 14. April 1987, S. 1.

lin und Belgrad (RBM hielt sich am Absagetag dort auf<sup>5</sup>) Berichte vor, nach denen RBM Diepgen die Entscheidung über seine Teilnahme am Ost-Berliner Staatsakt (23.10.1987) erst im Laufe des Sommers treffen wolle und in diesem Zusammenhang immer noch Hoffnung hege, GS Honecker werde in der Lage und bereit sein, zu einer anderen Gelegenheit im Laufe der 750-Jahr-Feier nach West-Berlin zu kommen. Der Chef der Berliner Senatskanzlei, Stronk, hat heute telefonisch mir gegenüber bestätigt, daß RBM Diepgen „mit der Entscheidung abwarten und bei Gelegenheit die Beratungen mit der Bundesregierung fortsetzen will“.

- 2) Die Alliierten drängen nach der jetzt durch die Absage GS Honeckers geschaffenen Lage auf eine baldige Entscheidung RBM Diepgens. Sie gehen nach ihrem Verständnis der Konsultationen davon aus, daß RBM Diepgen seinerseits nunmehr die Einladung zum Staatsakt ablehnt, wären aber bereit, mit der Bundesregierung und RBM Diepgen gemeinsam Überlegungen anzustellen, wie eine solche Absage positiv in den Zusammenhang eines zu vereinbarenden Besuchs RBM Diepgens einer kulturellen Veranstaltung im Ostteil der Stadt gestellt werden kann.
- 3) Die Alliierten erwarten, daß ihre Beratungen mit der Bundesregierung auf politischer Ebene bald nach der Osterpause<sup>6</sup> fortgesetzt werden und daß in der Zwischenzeit öffentlich keine Festlegungen erfolgen.

## II. Wertung

- 1) Wir müssen die Haltung der Alliierten sehr ernst nehmen. Sie hatten sich entsprechend dem Wunsch der Bundesregierung unter großen Vorbehalten auf eine Gegeneinladung an GS Honecker eingelassen. Sie würden an der Aufrichtigkeit unserer Haltung in der Einladungsfrage zweifeln, falls wir einen evtl. fortbestehenden Wunsch RBM Diepgens, trotz der Absage Honeckers zum Staatsakt zu gehen, unterstützen würden.
- 2) Es ist nicht auszuschließen, daß demnächst in die Frage des Berliner Reise- und Besucherverkehrs Bewegung kommt.

In Leipzig hatte GS Honecker RBM Diepgen wissen lassen, daß eine positive Prüfung der Verlängerung der Geltungsdauer der Mehrfachberechtigungsscheine von drei auf sechs Monate im Gange sei.<sup>7</sup> Auch werde die freie Wahl des Übergangs bei Ein- und Ausreisen geprüft. Geprüft werde ebenfalls die Einführung der Zweitagesregelung, obgleich es hier Sicherheitsprobleme gebe.

In Anbetracht dessen wäre daran zu denken, daß ein Besuch RBM Diepgens aus Anlaß einer kulturellen Veranstaltung in Ost-Berlin auch einer Begegnung mit GS Honecker dienen könnte, die gegenüber der Öffentlichkeit in den Zusammenhang mit der Erörterung des Berliner Reise- und Besucherverkehrs zu stellen wäre.

<sup>5</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 12. bis 14. April 1987 in Jugoslawien auf.

<sup>6</sup> Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostersonntag war der 19. April 1987.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, am 15. März 1987 in Leipzig vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 491–498.

3) Bei unseren weiteren Überlegungen wird auch zu berücksichtigen sein, daß nach bisher vorliegenden Informationen

- die Ministerpräsidenten des Saarlands, Hamburgs und Bremens<sup>8</sup> von der DDR bereits zum Staatsakt eingeladen wurden,
- MP Lafontaine eine mündliche Zusage gegenüber GS Honecker gemacht hat<sup>9</sup>,
- die DDR bei den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern<sup>10</sup> hinsichtlich ihrer Einladung sondiert,
- weitere Einladungssondierungen nicht auszuschließen sind. Allerdings hat die DDR bisher nicht vor, Politiker aus dem Ausland zum Staatsakt einzuladen. Offensichtlich auch deshalb kann sich das Kanzleramt bisher nicht entschließen, RBM Diepgen von der Teilnahme am Staatsakt abzuraten.

### III. Vorschlag

Es wird vorgeschlagen, daß unmittelbar nach der Osterpause auf politischer Ebene zwischen Bundesregierung und Senat entschieden wird, wie weiter zu verfahren ist. Dabei ist in Rechnung zu stellen:

- 1) Ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung RBM Diepgens hinsichtlich seiner Teilnahme am Staatsakt könnte sowohl das Verhältnis zu den Alliierten als auch die innerdeutschen Beziehungen (möglicher Besuch Honeckers in der Bundesrepublik<sup>11</sup>) belasten.
- 2) Die Absage Honeckers würde eine Absage Diepgens erleichtern. Negative Auswirkungen in der Berliner Öffentlichkeit könnten durch eine Begegnung Diepgen–Honecker auf anderer Ebene aufgefangen werden.
- 3) Mit den Alliierten könnte über die Teilnahme RBM Diepgens an einer kulturellen Veranstaltung in Ost-Berlin beraten und aus diesem Anlaß eine Begegnung mit GS Honecker verabredet werden. Dies könnte in den Zusammenhang der Gespräche über Erleichterungen im Berliner Reise- und Besucherverkehr gestellt werden.
- 4) Sofern innenpolitisch opportun, könnte mit den Länderchefs gesprochen werden, um eine mit Berlin solidarische Haltung einzunehmen.<sup>12</sup>

i. V. Kastrup

### Referat 210, Bd. 139174

<sup>8</sup> Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Klaus Wedemeier.

<sup>9</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 12. März 1987, Ministerpräsident Lafontaine habe mitgeteilt, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, ihn, Lafontaine, im Vier-Augen-Gespräch am selben Tag in Ost-Berlin zur Teilnahme an den 750-Jahr-Feiern eingeladen habe: „Er habe die Einladung angenommen. Die Einladung weiterer Ministerpräsidenten neben dem Regierenden Bürgermeister werde erwogen. Honecker habe dabei die Namen Späth und Rau erwähnt, weitere Einladungen aber nicht ausgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 378; Referat 210, Bd. 139174.

Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 471–481.

<sup>10</sup> Bernhard Vogel, Lothar Späth und Franz Josef Strauß.

<sup>11</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>12</sup> Zur Ausladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, durch die DDR vgl. Dok. 131.

## 113

**Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 683****Citissime****Aufgabe: 15. April 1987, 13.30 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 15. April 1987, 12.56 Uhr**

Betr.: Schließung des hiesigen Goethe-Instituts<sup>2</sup>;  
 hier: Gespräch mit StS Mansouri vom 15.4.87

Bezug: DE 159 vom 7.4.87 – 601-640.00 IRN<sup>3</sup>

Auf Weisung

1) Einstündiges schwieriges Gespräch mit StS Mansouri hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Schließung des Goethe-Instituts ist endgültig und unwiderruflich.
- Die entsandten Mitarbeiter des Goethe-Instituts müssen Iran verlassen.
- AM ist nur für Entsandte, nicht aber für Ortskräfte zuständig. Dies obliegt anderen Behörden.
- Botschaft kann bisherige Räumlichkeiten des GIs weiterhin mieten, aber nicht mehr als Institutsgebäude verwenden.
- Frage der Verlängerung der Ausreisefrist für Entsandte wird geprüft.

2) StS Mansouri eröffnete Gespräch mit dem Hinweis, iranische Regierung habe in den letzten acht Jahren große Anstrengungen unternommen, insbesondere seit dem Besuch BM Genschers<sup>4</sup>, um der Bundesregierung die Dimensionen der irani-

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Wegner am 16. April 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 601 wie besprochen: 1) Gebäude halten; 2) Ortskräfte halten; 3) Neuer Kultur[Referent] kümmert sich um 1 und 2); 4) Einbringen in Gesamtvorlage Iran von D 3.“

<sup>2</sup> Zur iranischen Ankündigung, das Goethe-Institut in Teheran zu schließen, vgl. Dok. 47.

Ministerialdirektor Witte vermerkte am 2. April 1987, das iranische Außenministerium habe mit Verbalnote vom 30. März 1987 verlangt, angesichts der Forderung nach Schließung des Goethe-Instituts für die Versetzung des Lehr- und Verwaltungspersonals zu sorgen: „Wenn nunmehr sechs Wochen nach der inkriminierten FernsehSendung überraschend doch noch die schriftliche Aufforderung zur Tätigkeitseinstellung des Goethe-Instituts erfolgt, ist dies ein Indiz dafür, daß sich in der iranischen Regierung die orthodoxen Kräfte durchgesetzt haben, die über die Ausschaltung des Goethe-Instituts auf generelle Abschottung Irans gegen westliche kulturelle Einflüsse zielen. [...] Jedenfalls sind wir jetzt mit einer iranischen Haltung konfrontiert, die als Abbruch der kulturellen Beziehungen bezeichnet werden kann, mit einer Haltung, die nicht im Zorn, sondern nach wochenlangem, reiflichem Überlegen eingenommen wurde.“ Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 904.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Witte bat die Botschaft in Teheran, „nachzufragen, wie die Verbalnote vom 30.3. im einzelnen zu verstehen“ sei, und das Unverständnis der Bundesregierung über „diese weitere Verschärfung“ zu bekunden. Im Gegenzug werde die Bundesregierung „die Eröffnung des geplanten ‚Hafez-Instituts‘ in der Bundesrepublik so lange nicht erlauben, wie dem Goethe-Institut in Teheran die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht erlaubt werde“. Ferner sollten entsprechende Maßnahmen angekündigt werden, falls die GI-Bediensteten das Land verlassen müßten. Zur internen Information teilte Witte mit, diese Retaliionen hielten sich unter der Schwelle der iranischen Maßnahmen. Doch wolle man „nicht von uns aus die Schließung des GI verfügen“ und „vor allem mit Rücksicht auf die in Beirut entführten beiden Deutschen alles vermeiden, was unsererseits zur Verschärfung dieser Affäre beitragen könnte“. Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 904.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher besuchte den Iran vom 20. bis 22. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

schen Revolution<sup>5</sup> deutlich zu machen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen, auch auf kulturellem Gebiet, zu vertiefen. Die Reaktionen der Bundesregierung in den letzten drei Jahren auf diese iranischen Bemühungen seien nicht ausreichend gewesen. Auch die Botschaft habe bei der Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse in Iran nicht gut gearbeitet.

StS Mansouri ging dann ein auf Aktivitäten von Konterrevolutionären in der Bundesrepublik und auf den Medienvorfall in Italien<sup>6</sup>.

Iranische Seite habe sich immer wieder kritisch geäußert über die Gelegenheiten, die wir Konterrevolutionären für ihre Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland geboten haben (Vorfall vor zwei Jahren in München, ein weiterer Vorfall vor einem Jahr in Hamburg). Der Medienvorfall in Italien hätte für andere Länder Warnung sein müssen. Trotzdem habe sich anschließend ein ähnlicher Vorfall in der Bundesrepublik zugetragen.

Pressefreiheit, wie wir sie darstellen, sei für iranische Regierung unverständlich. Pressefreiheit werde nur negativ genutzt. Eine gewisse Kontrolle, ähnlich wie in den Niederlanden (Hinweis auf Absetzung dortiger Carrell-Sendung), gäbe es sicherlich.

Paradigmatisch für feste iranische Haltung im allgemeinen sei Irans Stellung zum aufgezwungenen Krieg<sup>7</sup>. Iran nehme schwere Schäden und einen langjährigen Krieg auf sich, um seine Ziele zu erreichen.

Als weiteres konkretes Beispiel führte StS Mansouri ein Gespräch an, das er vor zwei Jahren mit dem schwedischen Botschafter in Teheran<sup>8</sup> geführt habe. Seinerzeit habe die schwedische Regierung an einer ihrer Universitäten iranischen Studenten Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Zur gleichen Zeit hätten schwedische Massenmedien die Islamische Republik Iran beleidigt. Er habe damals dem schwedischen Botschafter gesagt, Iran könne es ertragen, ohne Ärzte auszukommen, würde aber Beleidigungen nicht hinnehmen.

Von unserer zukünftigen Haltung hänge es ab, ob der Schließung des Goethe-Instituts weitere iranische Schritte folgen würden. Positive und konstruktive Haltung unsererseits würde nicht ohne positive Antwort iranischerseits bleiben. Die letzten Maßnahmen der Islamischen Republik Iran sollten die Bundesregierung veranlassen, sich mehr Gedanken über die zukünftigen Beziehungen zu Iran zu machen. Der daraus folgende Nutzen könne größer sein als der jetzt eingetretene Schaden.

Wenn kein neuer Vorfall eintrete, können die übrigen Beziehungen wie bisher weiterlaufen.

<sup>5</sup> Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 22, Anm. 3.

<sup>6</sup> Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, berichtete am 29. November 1986: „Sendung italienischen Fernsehens vom 22.11., in der es augenscheinlich im Zusammenhang mit US-Waffenlieferungen an Iran zu kritischer und spöttischer Darstellung Khomeinis kam, hat zu ungewöhnlich scharfer iranischer Reaktion geführt“. Der italienische Botschafter sei zweimal ins iranische Außenministerium einbestellt worden; dort sei ihm mitgeteilt worden, daß drei Botschaftsmitarbeiter das Land innerhalb einer Woche verlassen müßten und daß das italienische Kulturinstitut geschlossen werde. Das Institutspersonal könne in Teheran bleiben: „Insofern besteht Hoffnung, in einiger Zeit die Programmarbeit wieder aufnehmen zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1630; B 96 (Referat 601), Bd. 904.

<sup>7</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

<sup>8</sup> Göran Fredrik Bundy.

3) Ich habe weisungsgemäß unser Unverständnis und unsere Enttäuschung zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, daß wir schon die frühere iranische Reaktion als überproportional angesehen hätten. Ich habe erneut die Grundlagen unserer Pressefreiheit dargelegt und entschieden zurückgewiesen, daß die Bundesregierung und die Botschaft nicht alles getan hätten, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten zu verbessern. Um die Beziehungen nicht zu verschlechtern, hätten wir sogar den schwerwiegenden Vorwurf, die Rudi-Carrell-Sendung sei Ausdruck einer faschistischen und rassistischen Politik der Bundesregierung, ohne Gegenmaßnahme hingenommen.

Auf meinen Hinweis, daß eine Eröffnung des Hafez-Instituts in der Bundesrepublik so lange nicht in Frage komme, wie dem Goethe-Institut in Teheran die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht erlaubt werde, und daß sich die Bundesrepublik weitere Gegenmaßnahmen vorbehalten<sup>9</sup> müsse, stellte er lapidar fest, daß iranische Seite dies bereits einkalkuliert habe.<sup>10</sup>

[gez.] Freitag

**B 96 (Referat 601), Bd. 904**

**114**

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-3160/87 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1793**

**Aufgabe: 15. April 1987, 19.40 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 16. April 1987, 01.56 Uhr**

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;  
 hier: Gegenwärtige Problemfelder

**Zur Unterrichtung**

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen gibt es gegenwärtig eine Reihe von Problemen, die sich, insbesondere wenn sie zusammengenommen betrachtet

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „vorhalten“.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kilian bat die Botschaft in Teheran am 15. April 1987 unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Staatssekretärs im iranischen Außenministerium, Mansouri, um Bewertung, „ob damit eine Wiedereröffnung der Zweigstelle für die Dauer der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Iran ausgeschlossen wird“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 181; B 96 (Referat 601), Bd. 904. Botschafter Freitag, Teheran, antwortete am 16. April 1987: „Derzeit ist keine Entwicklung absehbar, die die Voraussetzungen für Gespräche über Wiedereröffnung GI schaffen könnte. Hinzu kommt, daß wir die konkreten Erwartungen an unser künftiges Verhalten schon aus verfassungsrechtlichen Gründen (Pressefreiheit) überwiegend nicht erfüllen können.“ Eine Übergangslösung halte die Botschaft nicht für sinnvoll: „[Iranische] Seite hat keinen Zweifel daran gelassen, daß vollständige Schließung GI gewollt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 688; B 96 (Referat 601), Bd. 904.

<sup>1</sup> Das von Gesandtem Henze und Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, beide Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.  
 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 16. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner verfügte und handschriftlich vermerkte: „StS bittet um restriktive Verteilung.“  
 Hat Wagner am 16. April 1987 vorgelegen.

werden, negativ auf das bilaterale Verhältnis auswirken können. Zur Vorbereitung des Besuchs des Bundesministers am 7. Mai<sup>2</sup> möchte ich folgende Übersicht beisteuern.

1) Im außenpolitischen Bereich sind es folgende Problemfelder, auf die die Botschaft im Einzelfall schon aufmerksam gemacht hat.

a) INF/SRINF

Unsere, die bisherige Bündnisposition zur Diskussion stellende Haltung zu der Frage von constraints für SRINF in einem INF-Abkommen hat in Washington Besorgnis ausgelöst. Diese habe ich persönlich bei kürzlichen Begegnungen mit AM Shultz erfahren. Sie kam deutlich in dem Schreiben von AM Shultz an den BM vom 3.4. zum Ausdruck.<sup>3</sup> Man ist hier besorgt, daß der wichtigste europäische Bündnispartner durch Abrücken von gemeinsamen Positionen die amerikanische Verhandlungsposition bei INF in einem entscheidenden Augenblick beeinträchtigen könnte. Die wiederholten Indiskretionen in deutschen Medien zum Brief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan<sup>4</sup>, noch bevor dieser hier eintraf, haben die Atmosphäre zusätzlich getrübt. Wir sind hierauf verschiedentlich von Angehörigen des Deutschland-Referats und der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department angesprochen worden.

b) Einladung RBM Diepgen zu Feierlichkeiten in Ost-Berlin anlässlich der 750-Jahr-Feiern.<sup>5</sup> Hier wird vom State Department der Vorwurf erhoben, daß wir nicht mit offenen Karten gespielt hätten. Bei dem Szenario einer Einladung des RBM Diepgen und der Gegeneinladung von Honecker hätten wir suggeriert, daß beide nicht angenommen würden. Unter dieser Voraussetzung habe man Skepsis gegen die beiden Besuche zurückgestellt bzw. nicht offen ausgesprochen. Frau Ridgway hatte im Gespräch mit RBM Diepgen mehrfach gesagt, daß amerikanisches Schweigen zu seinen Überlegungen keine Zustimmung bedeute.<sup>6</sup> Die amerikanische Haltung sei noch nicht festgelegt. Sollte der RBM trotz der jetzigen Absage Honeckers dennoch an den Feierlichkeiten in Ost-Berlin teilnehmen, könnte dies hier erhebliche Verstimmung auslösen. Amerikaner sähen dies als Anzeichen für nachlassende Bereitschaft seitens offizieller West-Berliner Stellen, Statusfragen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Im State Department hat man uns bereits in der Vergangenheit bedeutet, daß Amerikaner ungern in eine Situation geraten würden, in der sich das Bild einer „Arbeitsteilung“ böte, bei der die Amerikaner für die (unpopuläre) Beachtung von Statusfragen, der Berliner Senat für die (populäre) Entwicklung von Kontakten zu Ost-Berlin und der DDR zuständig wären. Man wird in Washington die Entscheidung

2 Bundesminister Genscher verschob seinen zunächst für 7. Mai 1987 geplanten Besuch in den USA wegen der Bundestagsdebatte am 8. Mai auf den 11. Mai 1987. Vgl. dazu den Artikel „Wechselnde Mehrheit im Streit über die Null-Lösung?“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1987, S. 1. Zu Genschers Aufenthalt in den USA vgl. Dok. 128.

3 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

4 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

5 Zur Frage der Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, am Staatsakt der DDR anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt vgl. Dok. 131.

6 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hielt sich vom 1. bis 4. März 1987 in den USA auf. Er führte u. a. Gespräche im amerikanischen Außenministerium. Vgl. dazu den Drahbericht Nr. 1120/1121 des Botschafters van Well, Washington, vom 6. März 1987; Referat 012, Bd. 138650.

des RBM um so sorgfältiger beobachten, als kürzlich beschlossen wurde, daß Deputy Secretary Whitehead in diesem Jahr nicht nach Ost-Berlin reisen wird. Man befürchtet hier, die DDR könnte versuchen, bei einem solchen Besuch des stellvertretenden amerikanischen AM in diesem (Jubiläums-)Jahr (Status-)Punkte zu sammeln. Besorgt ist man hier, daß sich – aus amerikanischer Sicht – die Positionen der Bundesregierung auf der einen Seite, der drei Berlin-Mächte auf der anderen Seite auseinanderentwickeln könnten.

Auch die innerdeutschen Kontakte werden in diesem Zusammenhang mit Aufmerksamkeit verfolgt. Einmal ist man nicht ganz sicher, wie weit sie noch koordiniert ablaufen („Föderalisierung der Deutschlandpolitik“). Zum anderen klingt gelegentlich die Sorge an, daß wir im Interesse eines Ausbaus der Beziehungen die Bündnispositionen weniger dezidiert zur Geltung bringen (z.B. bei Rüstungskontrollgesprächen auf hoher Ebene).

#### c) Politik gegenüber der SU

In verschiedenen Gesprächen mit Angehörigen des State Department und im Kongreß ist uns in letzter Zeit bedeutet worden, daß die Davos-Rede des BM<sup>7</sup> hier nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist. Man habe den Eindruck, wir beurteilten den unter Gorbatschow in Gang gekommenen innersowjetischen Prozeß und dessen Darstellung durch die Sowjets insgesamt zu optimistisch an die sowjetische Ausnutzung der Periode der Entspannungspolitik der 70er Jahre mit.<sup>8</sup> Man halte deshalb<sup>9</sup> hier trotz positiver Anzeichen aus Moskau zunächst weiter an Skepsis und Vorsicht fest.

#### d) Der Fall Hamadi<sup>10</sup>

Die hier als Hinauszögern des Verfahrens betrachtete Handhabung des Falls Hamadi durch die deutschen Justizbehörden, die noch zu keiner Entscheidung über die Auslieferung Hamadis geführt habe, wird zunehmend als Versuch verstanden, unsererseits Zeit zu gewinnen, um mit den Entführern der beiden in Libanon gefangengehaltenen Deutschen ein „Geschäft“ zu machen.<sup>11</sup>

Sollte Hamadi ohne Urteil oder ohne Verbüßung einer angemessenen Strafe abgeschoben werden, so daß er der amerikanischen Justiz entginge, müßte mit einer ernsthaften Verstimmung im deutsch-amerikanischen Verhältnis gerechnet werden. In beiden Häusern des Kongresses sind Resolutionen eingebracht worden (Senator D'Amato und Congressman Dyson), die für den Fall ausbleibender Auslieferung Hamadis ernsthafte Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis androhen.

2) Im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich kommen die bekannten Irritationen hinzu, die ihren Ursprung in dem der Europäischen Gemeinschaft vorgeworfenen Protektionismus und der als mangelhaft angesehenen Bereitschaft der Bundesregierung zu Maßnahmen für die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft haben.

<sup>7</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „Man deshalb“.

<sup>10</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Hamadei“.

<sup>11</sup> Zum Auslieferungsfall Hamadi sowie zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 107.

### a) Protektionismusvorwurf

In den Bereichen Agrarpolitik<sup>12</sup>, Flugzeugindustrie (Airbus)<sup>13</sup> und Telekommunikation werden Europäern protektionistische Tendenzen und Verzerrung des freien Wettbewerbs durch Subventionspolitiken vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden innenpolitisch von jenen benutzt, die sich für die Verabschaffung einer protektionistisch gefärbten Trade Bill aussprechen. Die Administration hat trotz aller Bekräftigungen des Prinzips der Freiheit des Welthandels große Schwierigkeiten, den protektionistischen Tendenzen im Kongreß entgegenzusteuern. Den Bemühungen der Europäer, um Verständnis für unseren Standpunkt zu werben, sind enge Grenzen gesetzt. Wir müssen mit erheblichen Schwierigkeiten in diesem Bereich rechnen, zumal die Debatte auch zunehmend emotional geführt wird.

Zu einem besonders problembeladenen Bereich wird sich das agrarpolitische Verhältnis EG/USA entwickeln, bei dem aus hiesiger Sicht inzwischen die Bundesrepublik erhebliche Verantwortung trägt. Bisher konnten hier Konflikte kurzfristig entschärft werden. Angesichts der bevorstehenden GATT-Verhandlungen<sup>14</sup> zeichnen sich jedoch auf diesem Feld zunehmend Schwierigkeiten ab. Die Amerikaner werfen der Gemeinsamen Agrarpolitik vor, protektionistisch zu sein, den amerikanischen Anteil auf dritten Märkten durch Exportsubventionen zu schwächen und amerikanische Exporte in die Gemeinschaft ungerecht zu behindern. Besonderen Ärger hat hier die von der Kommission vorgeschlagene Steuer auf pflanzliche Öle und Fette<sup>15</sup> verursacht, von der die amerikanischen Sojabohnen-Exporte empfindlich betroffen würden.

Ausdruck dieser kritischen Haltung gegenüber der EG ist das Scheitern der Bemühungen einer Anzahl von Congressmen aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens der EG, die Bedeutung der Gemeinschaft für die Entwicklung eines engen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und Europa durch eine Resolution des Repräsentantenhauses zu würdigen.

### <sup>16</sup>b) Belebung der deutschen Wirtschaft

Schließlich ist unsere mangelnde Bereitschaft, zusätzliche Maßnahmen zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft zu beschließen, um dadurch unsererseits zum Abbau des amerikanischen Außenhandelsdefizits beizutragen, hier wiederholt kritisiert worden. Die an uns gerichteten Erwartungen bleiben unverändert bestehen. Die Tatsache, daß unter den Überschüßländern, von denen Maßnahmen zur Bewältigung des amerikanischen Außenhandelsdefizits erwartet werden, Japan aufgrund der kürzlichen Maßnahmen der Administration<sup>17</sup> gegenwärtig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist, dürfte für uns nur vorübergehend Entlastung bedeuten.

3) Es liegt in der Natur der Sache, daß jeder der hier aufgeführten Problem-bereiche individuell betrachtet und behandelt werden sollte. Wir weisen hierauf

<sup>12</sup> Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 42, Anm. 4.

<sup>13</sup> Zur Kritik der USA an der Subventionierung des Airbus-Programms vgl. Dok. 25, Anm. 11.

<sup>14</sup> Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 42.

<sup>15</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1794 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Am 17. April 1987 gab Präsident Reagan in Santa Barbara bekannt, die amerikanische Regierung verhänge ab sofort auf die Einfuhr von japanischen Elektronikprodukten mit Halbleitern einen Strafzoll von 100 %. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 383 f.

selbstverständlich auch, wo immer dies erforderlich erscheint, hin und erläutern dabei jeweils unsere Position in der Einzelfrage. Divergieren unsere Positionen im Einzelfall oder setzen wir die Akzente anders, wie das unter Freunden üblich ist, wird das hier nicht falsch verstanden. Unser bilaterales Verhältnis ist stark genug, vorübergehende Irritationen zu ertragen.

Schwierig wird die Situation durch die zunehmende Tendenz in Kongreß und Öffentlichkeit, die Probleme in einen Zusammenhang zu stellen. Damit geraten unsere Verlässlichkeit als Partner und unsere Bereitschaft zur Lastenteilung im weiten Sinn in die Diskussion. Hinzu kommt, daß die Motive unserer Politik hier gelegentlich nicht klar verstanden werden. Dadurch entsteht der Eindruck, daß unsere Haltung nicht immer voll berechenbar ist. Man übersieht dabei, daß die amerikanische Politik selbst – u. a. wegen des komplizierten Zusammenspiels von Kongreß und Administration – in einigen Bereichen der Außenpolitik immer wieder Schwankungen unterliegt, und glaubt, in den Positionen der beiden anderen wichtigen Partner, F und GB, eine vor allem gegenüber der SU stetigere Haltung zu finden.

Die Bedeutung der Bundesrepublik für das Bündnis und die Ost-West-Beziehungen ist dabei insofern ein komplizierender Faktor, als wir mehr Aufmerksamkeit finden. Bei einem kleineren Partner würde man diese Entwicklung gelassener betrachten. Bei uns könnte das längerfristig Anlaß zu Sorgen und zum Überdenken der eigenen Positionen werden, vor allem im Kongreß, der zu stärkeren, teilweise von unmittelbaren und manchmal ungefilterten Reaktionen des Wählers bestimmten Meinungsumschwüngen neigt.

Eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und mehr Kontakte auch im parlamentarischen Bereich können einiges abfangen. Sie reichen jedoch nicht aus. Zur Beseitigung von Irritationen und Vermeidung von Belastungen sind deutliche Gesten notwendig. Auch in Washington erwartet kaum jemand, daß wir unsere Politik ausschließlich an amerikanischen Vorstellungen ausrichten. Wir sollten aber Prioritäten setzen. Meinungsunterschiede in für uns essentiellen Fragen sind in ihrer Wirkung leichter zu bewältigen, wenn wir einerseits hier unsere Haltung und Motive klar vortragen, andererseits zum Abbau von Irritationen in anderen Bereichen bereit sind. Letzteres sollte, soweit möglich, auch gut hier verkauft werden. Vor allem dabei und bei der Betonung von Gemeinsamkeiten kommt einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit besondere Bedeutung zu.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 13010 (204)**

## 115

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-3175/87 geheim****Fernschreiben Nr. 521****Citissime nachts****Aufgabe: 16. April 1987, 19.00 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 16. April 1987, 19.18 Uhr**

Betr.: Ministerrat 16.4.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche in Moskau<sup>2</sup>

**Zur Unterrichtung**

I. An Sitzung nahmen Außenminister von D, DK, E, GB, I, KAN, L, NL, NWG und US teil. Die anderen Länder waren durch Botschafter vertreten.

Sitzung dauerte knapp zwei Stunden und stand unter Zeitdruck.

II. 1) Shultz begann seine Ausführungen mit Hinweis darauf, daß er im Sinne traditioneller Allianzpolitik besonders auch Menschenrechtsfragen („stiff discussion“) erörtert habe, ohne jedoch in Einzelheiten zu gehen.

2) Zu Rüstungskontrollfragen außerhalb INF:

– START: Man habe wenig Zeit gehabt. Besondere Arbeitsgruppe habe nützliche Erörterungen geführt (50 Prozent, 6000 Gefechtsköpfe, 16000 Systeme, Zähweise).

– „Defense and space“. US hätten Vorschlag unterbreitet, sieben Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten und dann zu dislozieren. Einbringung vertrauensbildender Maßnahmen, die auch von PM Thatcher in Moskau<sup>3</sup> angesprochen worden seien, z. B. Datenaustausch, „open laboratories“, Anwesenheit anderer Seite bei Tests.

– Teststopp: Es habe eine interessante Diskussion gegeben, wobei amerikanischerseits angemessenes Verifikationsregime, für welches nationale Mittel nicht ausreichten, unterstrichen worden sei.

US habe erneut Zusammenarbeit auf Grundlage CORTEX<sup>4</sup>, SU eine andere Methode angeboten. Man wolle beide vergleichen. Ratifikation Verträge von 1974 und 1976<sup>5</sup> wäre nützlich.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24 und Anm. 31.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher, das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Botschafter Holik, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen sowie Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Noch nicht endgültig genehmigter Text.“

Hat Klaiber am 21. und 23. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 und Staatsminister Schäfer verfügte.

Am 21. April 1987 vermerkte die Telegrammkontrolle, es seien Änderungen am Text des Fernschreibens vorgenommen worden. Vgl. Anm. 14, 16–18 und 20.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 102. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 133–246. Vgl. dazu außerdem GORBATSCHEW, Erinnerungen, S. 599–613, und SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 889–895.

<sup>3</sup> Zum Besuch der Premierministerin Thatcher vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 79, Anm. 5.

<sup>4</sup> Continuous Reflectometry for Radius versus Time Experiments.

Zur Funktionsweise von CORTEX hieß es in der Presse: „Corrtex takes direct measurements of

- Mit CW habe sich besondere Arbeitsgruppe befaßt. Obligatorische Inspektionen seien für Washington unverzichtbar. Erklärung Gorbatschows in Prager Rede<sup>6</sup> hinsichtlich Verifikation bei Vernichtungszentren sei aufgegriffen worden, und man werde darüber erneut Meinungsaustausch führen.
- „Risk reduction centers“. Man näherte sich einer Vereinbarung.<sup>7</sup> Weitere Gesprächsrunde solle folgen.

3) Zu INF folgen „speaking notes“ als Anhang.<sup>8</sup>

Zusätzlich zu uns amerikanischerseits übermittelten „speaking notes“ sagte Shultz:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 575*

nuclear detonations through a cable inserted into the ground close to the blast. Electrical pulses are transmitted to the end of the cable and back. When the nuclear device explodes, the shock wave crushes and shortens the cable, and scientists determine from the electrical pulses how quickly the cable is shortened. This is used to determine how fast the shock wave moves through the ground and, by inference, how large the blast is. The technique requires that American officials go to the Soviet test site to install and monitor the equipment.“ Vgl. den Artikel „Reagan Plan on Verifying Nuclear Tests Faulted“, THE NEW YORK TIMES vom 13. Januar 1987, S. C 1.

- 5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200. Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernspiegelungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

Präsident Reagan bat den amerikanischen Senat mit Schreiben vom 13. Januar 1987, das Ratifizierungsverfahren für die beiden „Schwellenverträge“ wieder aufzunehmen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 21f.

Botschafter van Well, Washington, teilte am 20. Februar 1987 mit, der Auswärtige Ausschuß des Senats habe sich am Vortag zwar prinzipiell für eine Ratifizierung der Schwellenverträge ausgesprochen, zugleich aber eine Resolution verabschiedet, „der zufolge die Ratifikation durch das Plenum des Senats erst nach noch herbeizuführender Vereinbarung von verbesserten Verifikationsbestimmungen erfolgen soll. [...] Unter diesen Umständen sieht es nicht so aus, als sei mit einer baldigen Ratifikation der Verträge zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 863; Referat 222, Bd. 162063.

- 6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

- 7 Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 8. Mai 1987, die USA und die UdSSR hätten „am 4. Mai 1987 in Moskau nach vier Gesprächsrunden die Errichtung von Zentren der Verringerung des Risikos eines Nuklearkrieges (Nuclear Risk Reduction Centers) vereinbart“. Das paraphierte Abkommen solle beim nächsten Außenminister- oder Gipfeltreffen unterzeichnet werden: „Das Weiße Haus hat in einer Presseerklärung die Vereinbarung als eine praktische Maßnahme zur Verringerung des Risikos eines Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bezeichnet, und zwar insbesondere von Nuklearkonflikten, die sich aus Versehen, Fehlinterpretation oder Fehlkalkulation ergeben.“ Im amerikanischen Außenministerium sei mitgeteilt worden: „Es handele sich um einen Vertrag mit zwei technischen Protokollen, dessen Ziel die Verringerung des Kriegsrisikos, nicht die Steuerung eines Konfliktes (crisis management) sei. Zwischen beiden Hauptstädten werde zusätzlich zum Heißen Draht ein unabhängiger Kommunikationsstrang errichtet, der technologisch zwar dem Heißen Draht überlegen, in seiner Bedeutung diesem jedoch nachgeordnet sei. [...] Jede Seite errichte eigene Endpunkte (terminals) und stelle sonstiges Gerät. Zentren auf beiden Seiten würden ausschließlich durch Staatsangehörige der eigenen Seite rund um die Uhr besetzt. [...] Zum Gegenstand der über die Zentren ausgetauschten Informationen sagte man uns, in erster Linie werde es sich um Nachrichten über Raketentest o.ä. handeln. Der Routinecharakter des Nachrichtenaustauschs wird unterstrichen. Das Abkommen sehe vor, daß über die Zentren auch der Datenaustausch in Ausführung künftiger Rüstungskontrollabkommen erfolgen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2118; VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

- 8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. die Drahtberichte Nr. 522 und Nr. 523 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 16. April 1987; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. Anm. 1 und 31.

U. a. trug der amerikanische Außenminister Shultz vor, die UdSSR habe eine Null-Lösung auch für SRINF angeboten: „They propose constraints on SRINF (SS-12/-22 and SS-23). The maximum number

- Bei weltweiter LRINF-Null-Lösung, für die man plädiert habe, werde auch sowjetischer Vorbehalt gegenüber Alaska entfallen, der schon aus Gründen westlicher These „gleicher Sicherheit“ für USA und europäische Alliierte nicht akzeptabel sei.
- Er habe im Kreml unterstrichen, daß Konsultationen mit Verbündeten, deren Notwendigkeit sowjetischerseits ironisch kommentiert worden sei, Folge Allianz freier Länder darstelle.
- Frage BM, ob Sowjets 72 deutsche PIa angesprochen hätten, verneinte Shultz. Es liege in unserem Interesse, dies nicht von uns aus zu tun.

III. An Diskussion in Anwesenheit von Shultz, dem von allen gedankt wurde, beteiligten sich aus Zeitmangel in dieser Reihenfolge nur Andreotti, BM, Poos, Howe, Ellemann-Jensen und Clark.

1) Andreotti: Aufgrund des „Elans“ von Reykjavik<sup>9</sup> Hoffnung auf „positive und konkrete Entwicklung der Verhandlungen“. Fortschritte bei Rüstungskontrolle müßten von solchen im Menschenrechtsbereich und bei den „crises régionales les plus aiguës“ begleitet sein.

Betonung, daß in „entscheidend wichtiger Phase“ Ost-West-Beziehungen INF-Abkommen größte Bedeutung beizumessen sei. Null-Lösung im Sinne von Reykjavik und amerikanischen Vorschlags bei Genfer Verhandlungen<sup>10</sup> im Kontext bei SRINF bestehender Ungleichgewichte. Es gelte unter Berücksichtigung von Parität und Globalität Gleichgewichte auf niedrigerem Niveau zu erreichen, die operationellen Forderungen Strategie flexibler Antwort<sup>11</sup> entsprächen. Zwar müßte „Flucht nach vorne“, sofern erforderliche Ausgangsbedingungen nicht gegeben seien, ausgeschlossen werden, doch sei er überzeugt davon, daß die Ungleichgewichte eher mittels Reduzierungen als durch Neudislozierungen zu korrigieren seien.

Wir seien Shultz besonders dankbar dafür, daß er endgültige Haltung Allianz hinsichtlich jüngster sowjetischer Vorschläge nicht präjudiziert habe. Wichtiger denn eh und je sei vertiefte und schnelle Konsultation über alle Aspekte dieser für Bündnissolidarität vitalen Frage.

Man müsse die substantiellen Informationen, die äußerst bedeutsam seien, aufgrund vorangegangener Studien alliierter militärischer Stellen aufmerksam analysieren.

2) BM sprach Shultz Dank sowohl für Gesprächsführung in Moskau als auch für heutige Unterrichtung aus. Besonders zu würdigen sei seine Klarstellung gegenüber SU, daß wir Allianz unabhängiger Staaten seien, die es zu konsultie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 576*

would be the current Soviet level, minus those missiles in the GDR and Czechoslovakia, which would be destroyed in one year. They prefer zero SRINF in Europe but could approach this issue on a global basis. They propose immediate negotiations to incorporate all this in a separate SRINF treaty, thus delinking LRINF from SRINF.“

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>10</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>11</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

ren gelte. Damit begännen wir heute. Hinweis auf Sitzungen HLG 22. bis 24.4.<sup>12</sup> und SCG 28.4.<sup>13</sup>

Zustimmung SU zu LRINF-Null-Lösung stelle besonderen Erfolg Allianz dar. Es habe sich um westlichen Vorschlag gehandelt, auf den Osten eingegangen sei, nicht umgekehrt. Er liege im Interesse gerade auch der Europäer, die trotz aller Schwierigkeiten (vor allem 1982/83) standhaft geblieben seien.

Als Lehre biete sich an, daß Bündnis auch jetzt absolute Geschlossenheit zu wahren habe. Dies bedeute bei SRINF nicht nur, daß Lösung geschlossen erarbeitet, sondern dann auch geschlossen vertreten werden müsse, widrigenfalls sich unvorhersehbare Nachteile ergeben würden.

Shultz habe mit Recht unterstrichen, daß bei Frage, wie weit wir gehen könnten<sup>14</sup>, unsere Strategie zu beachten sei, die Verhinderung nuklearen sowohl wie konventionellen Krieges diene. BK habe in Brief an Präsidenten vom 7.4.87<sup>15</sup> unterstrichen, daß Null-Lösung für SRINF in der Reichweite zwischen 500 und 1000 km erhebliche Auswirkungen auf Sicherheitslage in Zentraleuropa haben könne<sup>16</sup>. Für uns seien daher eingehende Bündniskonsultationen von entscheidender Bedeutung – der brillante Vortrag von Shultz habe drei Alternativen zur Diskussion gestellt, die es gegeneinander abzuwagen gelte. Jede der drei sei ernst zu nehmen.<sup>17</sup> Dabei gehe es auch darum, inwieweit sie implementierbar seien, und nicht nur um<sup>18</sup> verbale Bekundungen. Die Argumente, die Shultz verweise, auch in seinem Brief<sup>19</sup>, seien ernst zu nehmen.<sup>20</sup>

BK habe Präsident Reagan gegenüber schon vor mehr als einem Jahr Bedenken gegen Konversion der PII in PIb geäußert.<sup>21</sup>

Bei Konsultationen komme es darauf an, daß durch Abrüstung nicht weniger, sondern mehr Sicherheit gewährleistet werde.

Diskussion dürfe nicht auf INF verengt werden und habe vielmehr Gesamtlage zu berücksichtigen:

- LRINF-Abkommen müsse unter Dach und Fach gebracht werden, was für Allianz in ihrer Gesamtheit und besonders auch für die Menschen in Europa wesentlich sei.

12 Über das Treffen der High Level Group (HLG) der NATO vom 22. bis 24. April 1987 in Albuquerque vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 25. April 1987, behandelt worden seien „unter Zugrundelegung einschlägiger Vorarbeiten (GB-D-Papier, SHAPE-Bewertungen) die sicherheitspolitischen Auswirkungen der anstehenden INF-Rüstungskontrollvereinbarungen (0/100 GK LRINF-Abkommen und neuer sowjetischer SRINF-Vorschlag), einschließlich möglicher Anpassungen des nuklearen Potentials der NATO zur Sicherstellung glaubwürdiger Abschreckung des Bündnisses“. Der Entwurf eines entsprechenden Berichts sei vorgelegt worden. Vgl. VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

13 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 119.

14 Der Passus „bei Frage ... könnten“ wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

15 Korrigiert aus: „8.4.87“.

Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 100.

16 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „werde“. Vgl. Anm. 1.

17 Dieser Satz wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

18 Dieses Wort wurde gestrichen. Vgl. Anm. 1.

19 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab, vgl. VS-Bd. 11360 (220).

20 Dieser Satz wurde handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

21 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.

- Zu SRINF müsse Stellung bezogen werden.
- KRK sei dringlich. Hier sei östliche Überlegenheit wesentliches Argument. Mit überflüssigen und zeitraubenden Verfahrensdiskussionen<sup>22</sup> dürfe keine Zeit mehr verloren werden. Dies sei auch für öffentliche Meinung wichtig, der ganz klar vermittelt werden müsse, wie stark sowjetisches Übergewicht sei. Insoweit sei für SU „Stunde der Wahrheit“ einzuläuten.
- CW: Hier hätten sich weitgehende Annäherungen ergeben, und er begrüße es sehr, daß Problem auch in Moskau erörtert worden sei. Westen müsse sich auf einhellige Haltung zu Verifikationserfordernissen einigen.
- Schließlich sei es wichtig, neue sowjetische Führung in Rechnung zu stellen. Ost-West-Beziehungen gelte es auf allen Ebenen auszubauen. Besonders komme es auf vertrauensbildende Maßnahmen an. Erarbeitung westlicher Gesamtstrategie müsse vorangetrieben werden.

Zusammenfassend: Bundesregierung sei überzeugt, daß Moskauer Gespräche bedeutsam und wertvoll gewesen seien. LRINF-Abkommen werde wesentlichen Erfolg darstellen. Annäherungen auch bei SRINF-Frage seien zu begrüßen. Nun müßten hier einschlägige Alternativen untersucht werden. Besonders Anstrengungen bei KRK, Abschaffung CW und Vertiefung Ost-West-Beziehungen seien wichtig.

3) Poos bezog sich auf BM. Es habe in Moskau Schritt nach vorn gegeben. Hinweis auf Zusammenhang nuklearer und konventioneller Rüstungskontrolle. Eile sei geboten. Er werde nächste Woche nach Moskau fliegen<sup>23</sup>, und heutige Konsultation sei für ihn deshalb ausnehmend wichtig gewesen.

4) Howe: Es komme besonders auf „overall range“ an. Äußerst wichtig seien schnelle Konsultationen, von denen nichts in die Presse dringen dürfe.

Wir sollten nicht in zu niedrige Obergrenzen gedrängt werden („not be allowed to be hustled into too low levels“). Keine „Null-Null-Null-Folgen“ („zero-zero-zero sequences“). Es gelte, unsere Rechte zu wahren.

Auch bei SRINF seien weltweite Lösungen wesentlich. Wo und in welcher Weise sei Linie zu ziehen? Hinweis auf nukleare Abschreckung und Strategie flexibler Antwort, die eine Kette von Optionen beinhalte, sei willkommen gewesen. Betonung weltweiter Abschaffung CW.

Er warne vor zwei Begriffen:

- „Where to draw the line“: Diese Fragestellung beinhaltete Gefahr Interpretation, daß es nur um INF gehe, wobei andere Möglichkeiten Abschreckung (z.B. seegestützte Systeme) aus dem Auge verloren werden könnten. Sie impliziere im übrigen fortschreitende Kürzungen in Form von „Salamischeiben“.
- „Denuklearisierung“ bzw. „kernwaffenfrei“: Man laufe damit Risiko, daß derartiges Konzept überhaupt als diskussionswürdig betrachtet werde. Dies bleibe so lange völlig außer Betracht, als SU selbst über Nuklearwaffen verfüge und/oder konventionell (und chemisch) überlegen sei.

Wir hätten Recht und Pflicht, uns zu konsultieren.

<sup>22</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

<sup>23</sup> Der luxemburgische Außenminister Poos hielt sich am 21./22. April 1987 in der UdSSR auf.

5) Ellemann-Jensen: Er sei dankbar dafür, daß Shultz volles Problemspektrum angesprochen habe. DK besitze besonderes Interesse an LRINF-Abkommen mit constraints für <sup>24</sup>SRINF. Es gelte, einschlägige sowjetische Überlegenheit im Auge zu behalten. Entgegenkommen Moskaus sei für Öffentlichkeit deshalb sehr attraktiv. Zweifellos ständen vielerlei Interessen auf dem Spiel. Es gelte jedoch, nicht nur Risiken, sondern auch Möglichkeiten („opportunities“) zu sehen. Als allererste („very preliminary“) Reaktion wolle er äußern, daß wir es uns nicht leisten könnten, ein attraktives Angebot zurückzuweisen.

6) Clark stellte zur Erörterung, ob es nicht angezeigt sein könne, für Konsultationen Schlußdatum zu vereinbaren, damit sich diese nicht lange hinzögeln („mechanism of discipline“). Shultz erwiderte, er stimme mit Clark darin ein, daß letzteres keinesfalls geschehen dürfe. Carrington schlug alsbaldiges Ratstreffen nach SCG-Sitzung 28.4. vor.

7) Van den Broek (nach Weggang Shultz zur Pressekonferenz<sup>25</sup>; Nitze blieb im Saal) erinnerte daran, daß Allianz sich bereits 1981 mit Umgehung LRINF-Regelung befaßt und Einigkeit darüber geherrscht habe, entsprechende Systeme zu beseitigen („undo“). Er pflichte BM bei, daß es nicht nur darum gehe, ein niedrigeres Niveau als solches zu vereinbaren, sondern auch darum, Möglichkeiten Abschreckung nicht zu gefährden („not to jeopardize deterrence“).

Er stellte Frage nach unseren 72 PIA. Diese stellten mit britischen und französischen Systemen in gewisser Weise vergleichbaren Komplex dar. Was geschehe mit dem Reichweitenband 150 bis 500 km? Müsste nicht auch über die Scuds gesprochen, d.h. Linie statt bei 500 bei 300 km gezogen werden?

Wesentlich sei LRINF-Abkommen. Es solle besser weltweit gültig sein, d.h. auch die restlichen jeweils 100 Sprengköpfe umfassen.

8) Fernández-Ordóñez: Es dürfe kein „schwarzes Loch“ geben. Spanien lehne es zwar ab, auf seinem Territorium Nuklearwaffen zu dislozieren, sei jedoch an wirksamer Abschreckung interessiert. Jede Art von Null-Lösung solle weltweit sein. Wesentlich sei Aufklärung Öffentlichkeit.

9) Stoltenberg erwähnte ganz kurz folgende Punkte:

- Unterstützung LRINF-Abkommen,
- Vorsicht bei Zurückweisung Null-Angebots bei in Frage stehenden SRINF,
- Betonung, wichtig sei Rüstungskontrolle im chemischen und konventionellen Bereich (Hinweis auf BM).

10) Französischer Botschafter<sup>26</sup> machte zwei Bemerkungen:

- „Denuklearisierung“ dürfe keinesfalls Atomwaffen von Drittstaaten anvisieren,
- Begriff Null-Option schwäche Sinn für allgemeines Ungleichgewicht.

<sup>24</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 522 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz bei der Pressekonferenz am 16. April 1987 in Brüssel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2123, S. 18–20.

<sup>26</sup> Gabriel Robin.

Er stellte zwei Fragen:

- Seien in Moskau – im Sinne der Prager Rede Gorbatschows – Systeme mit Reichweiten unterhalb von 500 km erörtert worden? Antwort Nitze: Nur sehr vage und dahin, daß Gefechtsfeldwaffen bei KRK zu erörtern seien.
- Seien nach Behandlung einschlägiger „constraints“ SRINF bei primärem INF-Abkommen Nachfolgeverhandlungen überhaupt noch sinnvoll? Keine Antwort von Nitze.

11) Belgischer Botschafter<sup>27</sup> verwies auf Andreotti und BM. Er unterstrich, es dürfe nach Sitzungen HLG und SCG keine Erklärungen gegenüber Presse geben.

12) Griechischer Geschäftsträger betonte Bedeutung Konsultationen und – im Sinne von B – größte Zurückhaltung gegenüber Presse.

IV. Adjutant BM Wörner erbat heute vormittag „unverzügliche Weiterleitung“ Berichts an Anschrift WBK<sup>28</sup> V Stuttgart, G2. Er wäre für Übermittlung noch heute dankbar, da er am 17.4. nach Australien fliegt.<sup>29</sup>

V. Über Pressekommuniqué, dessen Text sich GS von Rat bestätigen ließ<sup>30</sup>, und über Pressekonferenz Shultz wird gesondert berichtet.

[gez.] Hansen

[...]<sup>31</sup>

**VS-Bd. 14157 (010)**

## 116

### Bundesminister Wörner an Bundeskanzler Kohl

**19. April 1987<sup>1</sup>**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wenn ich Ihnen kurz vor meiner Abreise nach Australien<sup>2</sup> persönlich schreibe, dann nicht, weil ich an Ihrem Wort zweifle, keiner Null-Lösung im Bereich von 500 bis 1000 km zuzustimmen.

<sup>27</sup> Juan Cassiers.

<sup>28</sup> Wehrbereichskommando.

<sup>29</sup> Bundesminister Wörner hielt sich erst vom 21. bis 24. April 1987 in Australien auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 121/122 des Botschafters Schauer, Canberra, vom 27. April 1987; Unterabteilung 34, Bd. 141086.

Zuvor besuchte Wörner am 20./21. April 1987 Malaysia. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dufner, Kuala Lumpur, vom 21. April 1987; Unterabteilung 34, Bd. 141086.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der Pressemitteilung des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington am 16. April 1987 in Brüssel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2123, S. 20f.

<sup>31</sup> Im Anhang wurden die „INF talking points for N[orth]A[tlantic]C[ouncil]“ des amerikanischen Außenministers Shultz übermittelt. Vgl. Anm. 8.

<sup>1</sup> Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Wörner hielt sich vom 21. bis 24. April 1987 in Australien auf.

Der unmittelbare Anlaß meines Schreibens ist die erkennbare Pressepolitik des Auswärtigen Amtes, die ein öffentliches Meinungsbild zu erzeugen versucht, in dem eine Null-Lösung in diesem Bereich als unvermeidlich oder wünschenswert skizziert wird. Es blieben ja die Nuklearwaffen unter 500 km erhalten, damit bliebe die Strategie der flexiblen Antwort<sup>3</sup> fortbestehen.

Es mag sein, daß eine solche Lösung die bequemste und in der öffentlichen Meinung im ersten Moment die populärste wäre. Sie ist allerdings mit unseren Sicherheitsinteressen nicht vereinbar.

Eine genaue Analyse der „talking points“ des amerikanischen Außenministers von Brüssel<sup>4</sup> zeigt, daß er sich aus guten Gründen bedeckt hält und nicht zugunsten einer der drei Alternativen votierte. Die USA seien bereit, jede Lösung zu akzeptieren, wenn sie von der Allianz geschlossen getragen werde.

Ich möchte Ihnen vor unserem gemeinsamen Gespräch<sup>5</sup> noch einmal sagen, für wie bedeutsam ich unsere Entscheidung halte. Wir kommen damit an den Kern unserer Sicherheit. Was wir jetzt entscheiden, bestimmt unsere nationale Überlebens- und Handlungsfähigkeit möglicherweise auf Jahrzehnte hinaus. Ich übertrage nicht. Dazu kommen einige besorgniserregende Tendenzen im internationalen Umfeld, die man sich als Rahmenbedingungen für unsere Entscheidung vor Augen halten muß. Die Tendenzen in den USA zur Verringerung des konventionellen Engagements in Europa werden stärker. Ob wir sie auf die Dauer bremsen können, steht dahin. Die Europäer werden trotz anderslautender Beteuerungen ihre konventionelle Abwehrkraft kaum steigern. Tritt zum schrittweisen Abbau unseres atomaren Potentials noch das schrittweise Desengagement der Amerikaner, dann gerät unsere Verteidigungslandschaft in eine unheilvolle Schere. Die asymmetrische konventionelle Abrüstung – als einziger denkbarer Ausweg – wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auf sich warten lassen. Das ist ganz offensichtlich auch die taktische Überlegung Gorbatschows. Er versucht, die Abrüstung auf den nuklearen Sektor zu konzentrieren und verschiebt die konventionelle Abrüstung auf den Sankt Nimmerleinstag. Damit lenkt er vom eigentlichen Sicherheitsproblem Europas – dem konventionellen Übergewicht des Warschauer Pakts – ab. Er dagegen kann aus dem Vollen schöpfen, ohne auch nur eine seiner Optionen zu verlieren.

Das „Military Committee“ in Brüssel hat inzwischen die militärische Bewertung der Vorschläge abgeschlossen<sup>6</sup> und kommt zum Ergebnis:

„Die Abschaffung der länger- und kurzreichenden Mittelstreckenwaffen untergräbt die Fähigkeit zu wirksamer Ausfüllung der Strategie der flexiblen Antwort.“

<sup>3</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

<sup>4</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz im NATO-Ministerrat am 16. April 1987 in Brüssel vgl. Dok. 115.

<sup>5</sup> In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Kohl werde am 27. April 1987 „in einem Gespräch mit Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Wörner die Haltung der Bundesregierung zu den Genfer Raketenverhandlungen festlegen“. Vgl. den Artikel „In Bonn heftiger Streit über Raketen, Abrüstung, Null-Lösungen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. April 1987, S. 1. Zum Gespräch im Bundeskanzleramt vgl. Dok. 119, Anm. 6.

<sup>6</sup> Für den Bericht des Militärausschusses der NATO „Military Implications of Post-Reykjavik Arms Control Proposals (Zero LRINF and Reductions in Strategic Forces)“ vom 14. April 1987 vgl. VS-Bd. 11360 (220).

Ich teile diese Auffassung. Auch der Generalinspekteur<sup>7</sup> und der Führungsstab der Bundeswehr kommen zum selben Ergebnis. Dazu tritt das speziell deutsche Sicherheitsinteresse.

Akzeptieren wir eine weitere Null-Lösung im Bereich von 500 bis 1000km, dann landen wir als Deutsche in der schlechtesten aller Nuklearwelten. Übrig bleiben 600 Warschauer-Pakt-Scud-B-Raketen mit einer Reichweite von 300km, die faktisch nur die Bundesrepublik Deutschland bedrohen. Auf unserer Seite bleiben dann nur die eigentlichen Gefechtsfeldwaffen und die Lance mit einer Reichweite von 120km. Deutschland wäre isoliert und zum Schlachtfeld möglicher nuklearer Kriegsführung deklassiert.

Wir hätten uns des wichtigsten und empfindlichsten Elements der Strategie der flexiblen Antwort, nämlich der Mittel zur vorbedachten Eskalation, entledigt. Übrig blieben lediglich Flugzeuge in der konventionell/nuklearen Doppelrolle. Sie könnten Raketen nicht ersetzen. Ihre Eindringfähigkeit ist angesichts starker sowjetischer Luftverteidigung begrenzt. Außerdem brauchen wir sie gerade in der Anfangsphase eines Konflikts dringend in der konventionellen Rolle.

Zwar könnten die USA eine Rakete mit einer Reichweite bis 500km entwickeln. Ihre Stationierung würde ebenfalls eine Nachrüstungsdiskussion auslösen. Dann wäre es ungleich besser, im Reichweitenbereich 500 bis 1000km eine begrenzte und reduzierte Zahl Raketen zu haben. Auch die Beibehaltung unserer 72 deutschen Pershing Ia – vorausgesetzt, die Sowjets finden sich damit ab, was ich nicht glaube – wäre nur eine Scheinlösung. Sie sind längstens bis 1991 einsatzfähig.<sup>8</sup> Eine Ersetzung durch ein neues Waffensystem verschlänge angesichts der begrenzten Zahl Unsummen. Ich zweifle auch, ob die USA allein wegen uns solche Produktionskapazitäten aufrechterhalten würden, zumal sie sich sicher zur Schließung ihrer Pershing-Produktionsanlagen in einem INF-Abkommen verpflichten müssen.

Angesichts dieser Lage halte ich es für unabdingbar, daß wir im Bereich der kürzerreichenden Mittelstreckenwaffen einen westlichen Gegenvorschlag entwickeln, der geringere Obergrenzen für die USA wie für die Sowjets vorsieht (ca. 80 auf jeder Seite). Shultz hat das als eine Lösung bezeichnet, die auch die Sowjets akzeptieren würden. Das wäre eine deutliche Reduzierung, und das heißt Abrüstung im Bereich von 500 bis 1000km, ohne uns völlig zu entblößen. Die Stationierung einer so geringen Zahl von Waffen nach dem Abzug aller Pershing II und Cruise Missiles in Europa ließe sich auch der Öffentlichkeit gegenüber unter Hinweis auf die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts rechtfertigen und auch zeitlich günstig plazieren, zumal der Abzug der Marschflugkörper und Pershing II sich bis ins Jahr 1991/92 hinziehen dürfte.

Entschuldigen Sie, wenn ich Sie im Urlaub damit behellige. Ich wollte Sie rechtzeitig mit den Grundlagen meiner Überlegungen vertraut machen.

<sup>7</sup> Dieter Wellershoff.

<sup>8</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

In der Hoffnung, daß Sie noch einige schöne Kurtage erleben<sup>9</sup>, und mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr M. Wörner

PS: Dieses Schreiben ist rein persönlicher Natur. Außer mir kennt es niemand. Ich lege Ihnen noch den Text meines Interviews bei.<sup>10</sup>

**Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl**

## 117

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

212-341.81/2

24. April 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Wien<sup>3</sup>;  
hier: Innerwestliche Interessenunterschiede

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Unabhängig von den üblichen Interessenunterschieden zwischen West und Ost ist der Erfolg des WFT durch innerwestliche Differenzen in Frage gestellt, die im wesentlichen zwei Bereiche betreffen:

- Einstellung zur Substanz eines Schlußdokuments,
- Positionen im Bereich der Sicherheitspolitik.

#### I. Substanz des Schlußdokuments

Die USA und Frankreich stehen aus unterschiedlichen Gründen einem „normativen“ Schlußdokument, das Textverbesserungen gegenüber der Schlußakte von Helsinki<sup>4</sup> und dem Madrider Dokument<sup>5</sup> enthält, skeptisch gegenüber:

1) Die USA vertreten grundsätzlich die Auffassung, daß es auf verbesserte Implementierung der bestehenden Verpflichtungen ankomme. Sie sehen den Wert von

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 26. April 1987 für eine Kur in Bad Hofgastein auf.

<sup>10</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 24. April 1987 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 und Wiedervorlage verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 28. April 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>3</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. auch Dok. 106.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

KSZE-Konferenzen vor allem in ihrer Funktion als Überprüfungsorgane, die die Praxis der SU in Menschenrechtsfragen strenger Kritik unterziehen. (Die anderen WP-Staaten stehen weniger im Zentrum des US-Interesses.) KSZE-Konferenzen sind daher für die USA vor allem unter innenpolitischen Gesichtspunkten bedeutsam. (Stellvertretender Delegationsleiter ist der stellvertretende Vorsitzende der KSZE-Kommission des Kongresses, Congressman Hoyer.) Sie haben nicht zuletzt eine gewisse „Alibi-Funktion“ zur Entlastung gegenüber ethnischen Minderheiten, gerade bei sich intensivierenden amerikanisch-sowjetischen bilateralen Kontakten. Die USA sind daher – jedenfalls gegenwärtig – nicht bereit, für ein substantielles Schlußdokument der Sowjetunion entgegenzukommen, indem sie etwa prinzipiell gegenüber dem Vorschlag der Moskauer Konferenz<sup>6</sup> eine aufgeschlossener Haltung einnehmen. Die amerikanische Position wird allerdings wie schon in der Vergangenheit durch sowjetische „Gesten“ – Erhöhung der Ausreisezahlen für Juden, Freilassung von Dissidenten, Sacharow!<sup>7</sup> – beeinflußt. Am Ende der Konferenz wird auch dieses Mal wieder entscheidend sein, wie US-Interessengruppen die „performance“ der SU in Menschenrechtsfragen bewerten.

2) Eine Reihe westlicher Staaten – NL, CDN – zeigt große Sympathie für die amerikanische Grundhaltung, würde aber nicht im Alleingang einen Kompromiß ablehnen.

3) Frankreich geht an die KSZE in letzter Zeit sehr legalistisch heran. Es stellt sehr hohe Anforderungen an den Verbindlichkeitsgrad der KSZE-Verpflichtungen, die es wie Rechtsnormen formulieren möchte. Man könnte überspitzt sagen, F versuche, auf dem Wege über die KSZE aus der SU einen Rechtsstaat im westlichen Sinn zu machen. Aus Gesprächen mit französischen Partnern gewinnt man den Eindruck, daß F der Entwicklung in der SU grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Es kann deshalb nicht überraschen, daß F die Moskauer Konferenz kategorisch ablehnt.

F hat verschiedentlich erklärt, daß es ohne „normatives Schlußdokument“ mit einem rein formalen „Belgrad-type-Dokument“<sup>8</sup> gut leben kann.

Anders als die USA läßt sich Frankreich durch die sowjetischen „Gesten“ nicht milder stimmen.

#### 4) Folgerungen

Wir müssen sowohl gegenüber den USA wie gegenüber Frankreich immer wieder verdeutlichen, wie wir den KSZE-Prozeß sehen. Wir müssen dies auch auf hoher politischer Ebene tun. Die Beamtenebene ist fortwährend unseren Argumenten ausgesetzt; ihr Bewegungsspielraum ist jedoch begrenzt. Auf beide Staaten haben die Positionspapiere, die sowohl im kleinen Kreis wie in der EPZ ausgearbeitet worden sind, und die unsere Haltung stützen, letztlich kaum Einfluß.

<sup>6</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

<sup>7</sup> Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

<sup>8</sup> In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

## II. Sicherheitsbereich

Dieser Bereich ist besonders problematisch und droht, den Ablauf des WFT erheblich zu verzögern, wenn nicht Ergebnisse unmöglich zu machen.

1) Schlüsselproblem ist die französische Haltung zur Fortsetzung der KVAE und zu KRK, die unklar bleibt.

F baut formale Hindernisse gegenüber einer westlichen Einigung auf. Sie betreffen die Einbindung von KRK-Verhandlungen in den KSZE-Kontext und sollen verschleiern (oder verhindern?), daß F an Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen teilnimmt. (F fordert sehr viel weitergehende Beteiligung der N+N als nach dem Brüsseler Kompromiß<sup>9</sup> in der westlichen Gruppe vereinbart.)

Diese formalen Hindernisse könnten nur eine erste Bastion sein, hinter der Frankreich sein Zögern verbirgt, sein Potential gemeinsam mit dem der übrigen NATO-Partner in Verhandlungen mit dem Osten einzubeziehen. Generell (d. h. unabhängig von der HLTF-Thematik) scheint Frankreich im Augenblick vor allem daran interessiert, den Status quo im Sicherheitsbereich zu wahren und die französische Sicherheitspolitik nicht zu gefährden.

Nach Analysen unserer NATO-Vertretung fürchtet F im Verlauf der Fortsetzung der KVAE, verbunden mit Maßnahmen im Bereich der konventionellen Rüstung, einen Sog, der letztlich die französischen konventionellen Kräfte der ausschließlichen Verfügungsgewalt Fs entziehen und schließlich auch die Aufrechterhaltung der Force de frappe – politisch – erschweren, wenn nicht unmöglich machen könnte. Dies geht an die Substanz französischen Selbstverständnisses und berührt letztlich seine Sonderstellung in Europa.

Das französische Taktieren ist möglicherweise auch aus dieser Angst vor Änderungen des Status quo erklärbar.

F hat in EPZ-Arbeitsgruppensitzungen (auf Arbeitsebene) deutlich gesagt, daß es die Möglichkeit eines „Scheiterns der KRK-Mandatsgespräche“<sup>10</sup> keineswegs für eine Arbeitshypothese hält.

Es gibt sogar eine These, wonach F sich völlig darüber im klaren ist, daß der westliche Vorschlag im Menschenrechtsbereich (CDH)<sup>11</sup> für die östliche Seite in der gegenwärtigen Form inakzeptabel ist, daß F sich aber mit diesem Vorschlag die Möglichkeit eines negativen Links geschaffen hat, der ihm die Möglichkeit gibt, wie folgt zu argumentieren:

Der Sicherheitsbereich hatte bislang in der KSZE Übergewicht (Stockholmer Konferenz, die drei Jahre gedauert hat<sup>12</sup>). Nun müssen wir auf dem Gebiet der Menschenrechte nachziehen. Akzeptiert der Osten unseren Vorschlag (CDH) nicht, sehen wir keine Möglichkeit, im Bereich der Sicherheit weitere Schritte zu vereinbaren.

<sup>9</sup> Zum amerikanisch-französischen Kompromiß in der Frage des Forums für KRK-Verhandlungen vgl. Dok. 21, Anm. 25.

<sup>10</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

<sup>12</sup> Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungs-runden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

Ähnliche Überlegungen stehen womöglich auch hinter der erstaunlichen Härte, mit der F bislang jedes Eingehen auf den Moskauer Konferenzvorschlag ablehnt. Es ist nicht anzunehmen, daß der Osten einem substantiellen Schlußdokument zustimmen wird, wenn im Bereich des Korbes I nicht die Weiterführung der KVAE und die Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle vereinbart werden.

Angesichts der Tatsache, daß F möglicherweise elementare Interessen im Spiel sieht und, wenn das der Fall ist, wenig Bewegungsspielraum hat, befindet sich der Westen in einer sehr schwierigen Lage.

## 2) Folgerungen zu II.

a) Wenn unsere Vermutungen zutreffen, daß F im Sicherheitsbereich derzeit hinhaltend taktiert, besteht die Gefahr erheblicher Verzögerungen im weiteren Ablauf des WFT. Die Möglichkeiten, F – auf Beamtenebene – zu einer beschleunigten Definition seiner Interessen, auch im Hinblick auf die bevorstehende NATO-Ratstagung in Reykjavik<sup>13</sup>, zu veranlassen, müssen wir realistisch einschätzen.

Wir sollten daher F baldmöglichst auf hoher politischer Ebene ansprechen und uns Klarheit darüber zu schaffen suchen, was es im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle letztlich zu akzeptieren bereit wäre und was es unter keinen Umständen will. Die Franzosen sind bisher Meister in der Verschleierung ihrer Haltung.

Wir wissen vertraulich, daß auch die Briten erwägen, die Franzosen auf hoher politischer Ebene „beiseite zu nehmen“ und nach ihrer wirklichen Haltung zu fragen.

b) Wir müssen darüber hinaus im westlichen Kreis prüfen, ob es möglich ist, Formulierungen für den Zusammenhang von Verhandlungen über konventionelle Stabilität (zu 23) und einer KVAE I b inklusive entsprechender Mandate für weitere VSBM- und KRK-Verhandlungen zu finden, denen F zustimmen kann, weil sie ihm seine Optionen für die späteren Verhandlungen offenhalten. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, daß, falls der Osten zustimmt, zunächst einmal das WFT erfolgreich zum Abschluß gebracht werden könnte, und, soweit Konsens herstellbar, substantielle Verpflichtungen auch in anderen Bereichen erzielt werden könnten.

## III. Viele der WFT-Probleme, u. a.

- Beginn der Redaktionsarbeiten,
- Bewältigung der Vorschlagsflut,
- Einstellung zur Moskauer Konferenz,
- Dauer der Konferenz,

sind Funktionen der beiden genannten Probleme.

Sind diese Probleme grundsätzlich gelöst, sind die Aussichten für ein substantielles Schlußdokument letztlich nicht einmal so ungünstig. Unser Wirtschaftskonferenz-Vorschlag<sup>14</sup> findet starkes östliches Interesse. (Die amerikanische

<sup>13</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

Zurückhaltung ist auch taktisch bedingt. Die USA werden ihre Zustimmung vom sowjetischen Entgegenkommen im Bereich von Korb III abhängig machen.)

Der britische Vorschlag zur Information<sup>15</sup> und der italienische Vorschlag eines wissenschaftlichen Forums<sup>16</sup> sind von der SU positiv aufgenommen worden.

IV. 2A hat mitgezeichnet.

In Vertretung  
Kastrup

**Referat 214, Bd. 139446**

## 118

### **Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt**

**114-3297/87 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 117**

**Aufgabe: 27. April 1987, 10.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 27. April 1987, 17.38 Uhr**

Zur Unterrichtung BM<sup>2</sup>

Betr.: Gespräch Matthei mit Präsidium der Christdemokraten in Residenz

Bezug: DB Nr. 112 vom 21.4.87 – Pol 320.10 geheim Tagebuch-Nr. 14/87<sup>3</sup>

Am 24. April traf sich Matthei mit Präsidium CD in Residenz zu mehrstündigem Gespräch. Es war erstes Gespräch eines Juntamitglieds mit Vorstand einer Partei. Auf Bitten beider Seiten war ich die ganze Zeit zugegen. Ohne in Einzelheiten zu gehen, nenne ich wichtigste Ergebnisse:

- Persönliche Annäherung und Suche nach gemeinsamer Vertrauensbasis.
- Darlegung der Standpunkte beider Seiten in sachlicher Form und Suche nach Gemeinsamkeiten.
- Matthei zog scharfe Grenze zur extremen Linken als Voraussetzung künftiger Zusammenarbeit. Militär habe Volksfront 1973 auf Verlangen der überwiegen-

<sup>15</sup> Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zum Vorschlag vom 18. Februar 1987 für ein Wissenschaftliches Forum in Erice vgl. Dok. 106, Anm. 35.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 28. April 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Hat Genscher am 18. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Tagebuch-Nr. 14/82“.

Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, unterrichtete über bevorstehende Besuche chilenischer Regierungsmitglieder in der Bundesrepublik sowie über die innenpolitische Lage. Dazu teilte er mit: „Am 24. April 1987 trifft sich Matthei erstmalig bei mir in Residenz mit Gesamtvorstand der Christdemokraten. Dies ist erste Begegnung eines Juntamitglieds mit Gesamtvorstand einer Partei, damit Durchbrechung eines Tabus von beiden Seiten. Bezeichnend für die Person Mattheis, daß er als erster die Initiative ergreift.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

den Mehrheit von Volk und Parteien zerschlagen.<sup>4</sup> Es werde nicht zulassen, daß sie 1989<sup>5</sup> durch Hintertür wieder in die Regierung komme. Betonung der Bedeutung von demokratischen Parteien der Mitte, insbesondere der CD, von deren Verhalten die Zukunft des Landes maßgeblich abhängen werde. Appell an Einheit der Partei und Sammlung aller Parteien der Mitte sowie Bewußtmachen ihrer zentralen Verantwortung.

- Gabriel Valdés und Juan Hamilton stellten jeder für sich die Integrität der Person Mattheis heraus und nannten das Treffen ein historisches Ereignis. Sie drückten auch ihr Vertrauen in die Haltung von General Stange und Admiral Merino aus. Sie appellierte an die historische Verantwortung der vier Junta-Generale. Sie akzeptierten den Zeitplan bis März 1989 als realistische Grundlage für den Übergang. Ganzes CD-Präsidium erkannte an, daß Militärregierung absolut unpolitisch geblieben sei. Sie habe niemals Versuch des Aufbaus einer ideologischen Basis gemacht, z. B. eines faschistischen Staates. Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen daher de facto vorprogrammiert.
- Vereinbart wurde ein Arbeitspapier der CD als Grundlage weiterer Gespräche und mögliches Basispapier für Entscheidungsfindung innerhalb Junta. Versuch der Anlehnung an uruguayisches Modell unverkennbar.
- Beide Seiten einigten sich auf Fortsetzung des Gesprächs.
- Absolute Diskretion wurde vereinbart. Ich bitte um strikte Einhaltung auch von unserer Seite.

[gez.] Kullak-Ublick

**VS-Bd. 14150 (010)**

<sup>4</sup> Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter dem Kommando des Generals Pinochet gestürzt.

<sup>5</sup> Zum Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie vgl. Dok. 10, Anm. 9.

## 119

**Botschafter Holik, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt****114-3326/87 geheim****Fernschreiben Nr. 553****Citissime nachts****Aufgabe: 28. April 1987, 18.30 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 28. April 1987, 18.47 Uhr**

Betr.: SCG/Quint-Sitzung am 28.4.1987

Bezug: DB 547 vom 28.4.1987 – I-371.80/31-125/87 geheim<sup>2</sup>**Zur Unterrichtung**

I. 1) Botschafter Glitman berichtete zunächst, daß am 27.4.1987 SU LRINF-Vertragsentwurf überreicht habe, von dem US-Seite eine Rohübersetzung angefertigt habe, die allerdings noch der Überprüfung bedürfe und aus diesem Grund jetzt noch nicht verteilt werden könne.<sup>3</sup> Auf meine Bitte sicherte US-Delegation Überlassung des Vertragsentwurfs zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu.

Der gesamte Vertragsentwurf bestehe aus dem eigentlichen LRINF-Vertrag sowie aus einer Vielzahl weiterer Dokumente (u.a. Memorandum über Inspektion und Zerstörung).

2) In einer ersten Bewertung bezeichnete Glitman den Entwurf als sehr einseitig zugunsten der SU. Der Vertragsentwurf der SU befasse sich ausschließlich mit den LRINF, er enthalte keine Bestimmungen zu den SRINF. Botschafter Obuchow habe eine mündliche Erklärung zu den SRINF abgegeben.<sup>4</sup> Die amerikanische Delegation habe die wesentlichen Punkte schriftlich zusammengefaßt. (Diese Zusammenfassung wurde mit Bezugs-DB bereits übersandt.)

3) Glitman hob folgende Punkte aus dem sowjetischen Vertragsentwurf hervor:

- Reduzierung über einen Zeitraum von fünf Jahren in zwei Schritten zu zwei bzw. drei Jahren:
  - Phase 1: Halbierung der beiderseitigen Potentiale.
  - Phase 2: Vollständiger Abbau der LRINF in Europa, in Asien bzw. USA Abbau bis auf 100 GK.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, z. Z. Brüssel, konzipiert. Der Bereitschaftsdienst vermerkte handschriftlich: „Gemäß Rücksprache [mit] stell[vertretendem] RL 220 Herrn VLR Elbe morgen früh persönlich vorzulegen.“

Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt am 29. April 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“, Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose verfügte.

Hat Hofstetter am 4. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Müller und Brose vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte einen am 28. April 1987 in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) von amerikanischer Seite verteilten Auszug aus der Erklärung des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Obuchow, in der Plenarsitzung am Vortag in Genf. Vgl. dazu VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>3</sup> Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. auch Dok. 123.

<sup>4</sup> Vgl. die Ausführungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Obuchow, am 28. April 1987 vor der Presse; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 150.

- Die SU wolle sich das Recht vorbehalten, die in Asien verbleibenden Systeme nach Europa zu Übungszwecken zu verlegen (sowjetische Übungsgelände befänden sich im europäischen Teil der SU).
- Die Annexe und Memoranden zum Vertragsentwurf enthielten zahlreiche Bestimmungen zu „on-site-inspection“, einschließlich von Vor-Ort-Inspektionen in den europäischen Stationierungsländern. Viele Bestimmungen blieben klärungsbedürftig.

Auf meine Frage nach den Zähleinheiten für die SRINF im sowjetischen Vorschlag wies Glitman auf folgendes hin:

- Zum einen würden ausdrücklich „US owned warheads for Pershing Ia Missiles“ genannt;
- zum anderen enthalte eine Nichtumgehungsklausel im eigentlichen Vertragsentwurf die Bestimmung, daß die USA „Medium-Range Missiles“ und deren Komponenten (u.a. Gefechtsköpfe) nicht an Drittstaaten weitergeben dürften. Auch dadurch würden die deutschen PIa berührt.

Auf meine anschließende Frage nach der US-Position zur Erfassung von Gefechtsköpfen bei der Eliminierung der zu reduzierenden Systeme erwiderte Glitman: „We resist any demand to destroy warheads.“

II. Ausschließliches Thema der sich anschließenden Aussprache war die SRINF-Problematik.

1) Glitman betonte eingangs mit Nachdruck, daß globale Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km im Laufe der Verhandlungen erreichbar sei, obwohl der mündlich vorgebrachte sowjetische Vorschlag hiervon nicht spreche, sondern nur von „equal levels on a global basis“, verbunden mit einer Null-Lösung für Europa. In diesem Zusammenhang führte er Äußerungen von GS Gorbatschow gegenüber AM Shultz an, daß beste Obergrenze, auch global, null sei.<sup>5</sup> USA gingen davon aus, daß dies weiterhin gelte.

Die Allianz bleibe unverändert vor die Alternative gestellt, den im Endeffekt auf eine globale Null-Lösung hinauslaufenden sowjetischen Vorschlag zu akzeptieren oder zurückzuweisen. Mit einer eventuellen Zurückweisung müsse die Entschlossenheit verbunden sein, amerikanische Systeme (in Frage komme hier nur die PIb) in Europa zu stationieren.

2) Ich stellte entsprechend Beschuß der Bundesregierung vom 27.4.1987<sup>6</sup> fest, daß die Bundesregierung zu dem Vorschlag von GS Gorbatschow über eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenflugkörpern mit einer Reichweite von 500 bis

<sup>5</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

<sup>6</sup> In der Presse hieß es dazu: „Die Bonner Koalition hat sich nicht auf eine gemeinsame Haltung zu Gorbatschows Vorschlag einigen können, außer den weitreichenden Mittelstreckenwaffen auch die Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1000 Kilometern zu beseitigen. Deshalb beschlossen Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner, Kanzleramtsminister Schäuble und Innenminister Zimmermann als Vertreter der CSU bei einer dreistündigen Unterredung am Montag im Bundeskanzleramt, die Entscheidung zu verschieben.“ Die Bundesregierung werde ihre Stellungnahme „erarbeiten und ins Bündnis einbringen“, sobald die UdSSR ihren Entwurf für einen INF-Vertrag vorgelegt habe. Vgl. den Artikel „Genscher spricht von der schwierigsten Situation der Regierung seit 1982“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. April 1987, S. 1.

1000 km<sup>7</sup> ihre Stellungnahme nach Prüfung des von der SU am 27.4.1987 eingeführten Vertragsentwurfs und SRINF-Vorschlags erarbeiten und ins Bündnis einbringen werde.

Ich stimmte Botschafter Glitman darin zu, daß der sowjetische Vertragsentwurf und der mündlich vorgebrachte SRINF-Vorschlag viele Fragen offenließen, die es zunächst zu klären gelte. Gerade angesichts der Tatsache, daß es insbesondere in der sowjetischen Haltung zur SRINF-Problematik überraschend neue Aspekte gebe, sei die eingehende Prüfung des Wortlauts des sowjetischen Vorschlags unumgängliche Voraussetzung für die Festlegung einer nationalen wie späteren Allianz-Position. Hierfür habe sich die Bundesregierung in ihrem Beschuß vom 27.4.1987 bereits ausgesprochen. Ich betonte, daß man sich bei der sehr sorgfältig vorzunehmenden Prüfung des sowjetischen Vorschlags und des Vertragsentwurfs nicht unter Zeitdruck setzen lassen dürfe. Eine solide Entscheidung sei einer überstürzten vorzuziehen.

3) Die USA, unterstützt von den übrigen Quint-Ländern, betonten hingegen die Notwendigkeit einer raschen Positionsbestimmung der Allianz. USA, B, GB, I und NL stimmten darin überein, daß eine die westlichen Sicherheitsinteressen währende Positionsbestimmung erschwert werde, je länger man sich damit Zeit lasse, da der Druck sowjetischer Propaganda und auch die Erwartungen der westlichen Öffentlichkeit stärker würden.

Von den meisten Sprechern wurde geltend gemacht, daß die Allianz ihre Position spätestens bis zum Treffen der NPG-Minister<sup>8</sup> festlegen müsse.

4) Auf Vorschlag GB kam es zu einer Erörterung ad referendum über die zwei Alternativen (SRINF-Null-Lösung oder gleiche globale Obergrenzen), an der ich mich nicht beteiligte.

GB nannte sechs Kriterien, die erfüllt sein müßten, damit für das Bündnis eine globale SRINF-Null-Lösung in der Reichweite 500 bis 1000 km akzeptabel sei:

a) Zerstörung nicht nur der SS-12/22, sondern auch der SS-23; unabhängig von der tatsächlichen Reichweite der SS-23 müsse bei der Reichweite 500 km eine Trennlinie gezogen werden,

- oberhalb derer es keine SRINF-Systeme geben dürfe,
- unterhalb derer das Bündnis jedoch alle notwendigen militärischen Optionen wahrnehmen könne.

b) Erfassung ausschließlich sowjetischer bzw. amerikanischer Systeme; keine Einbeziehung von Drittstaaten-Systemen.

c) Globaler Anwendungsbereich.

d) Effektive Verifikation.

e) SRINF-Regelung im Rahmen eines LRINF-Abkommens

Was die sowjetischen Systeme SS-23 und SS-12/22 betreffe, so dürfe nichts Folgeverhandlungen überlassen werden.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag; Dok. 109.

<sup>8</sup> Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

f) Gleichzeitig müsse ein deutliches Signal für eine Schwerpunktverlagerung vom nuklearen zum konventionellen Bereich gegeben werden: Reduzierungen im nuklearen Bereich unterhalb der Schwelle von 500 km seien nur tolerierbar, wenn folgende Voraussetzungen gegeben seien:

- Gleichgewicht im konventionellen Bereich, geschaffen nicht nur durch Rüstungskontrolle, sondern auch durch Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses;
- Abschluß eines CW-Verbotsabkommens;
- im Sinne der Aufrechterhaltung der Strategie der „flexible response“<sup>9</sup> Modernisierung des nuklearen Potentials des Bündnisses unterhalb der Reichweite von 500 km.

Diesen Kriterien stimmten USA, B, GB, I und NL grundsätzlich zu.

Botschafter Glitman betonte nachdrücklich, unterstützt von GB, daß in der Frage rüstungskontrollpolitischer Beschränkungen für Nuklearsysteme unterhalb einer Reichweite von 500 km eine Null-Lösung nicht in Frage komme. Vielmehr müsse sich das Bündnis alle Optionen offenhalten, ein militärisches Gegengewicht vor allem zu den sowjetischen Scud zu schaffen, wobei die Reichweite voll ausgeschöpft werden müsse.

5) Bei der Erörterung der Frage, ob das Bündnis eine globale Null-Lösung für SRINF in der Reichweite 500 bis 1000 km ablehnen solle, machte Glitman nochmals unmißverständlich klar, daß in diesem Falle die USA davon ausgehen, daß PIb in Europa stationiert würden.

Die anschließende Aussprache ergab jedoch, daß weder B noch I und NL bereit sind, die politischen Konsequenzen einer Stationierung zu tragen (belgischer Vertreter sprach von selbstmörderischem Unterfangen). GB verhielt sich rezepтив und ausweichend.

III. Im Zusammenhang mit der Erörterung der SRINF-Frage spielte die deutsche PIa eine herausgehobene Rolle.

1) Italienischer Vertreter entwickelte den Gedanken, daß etwaige globale Obergrenzen oberhalb von Null (etwa in Höhe von 50 bzw. 60 Flugkörpern) ausschließlich durch die deutsche PIa ausgefüllt werden könnten.

Dieser auf persönlicher Basis vorgebrachte Vorschlag wurde von den USA entschieden zurückgewiesen. Eine derartige Ausgestaltung der Option des „right to match“ laufe de facto auf Akzeptanz einer alten sowjetischen Forderung hinaus, daß dem sowjetischen Nuklearpotential in Europa ein NATO-Nuklearpotential gegenüberstehe. Dies sei für die USA nicht hinnehmbar.

2) Glitman betonte, daß jegliche Einbeziehung der deutschen PIa in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen völlig unakzeptabel sei; insofern sei der sowjetische Vorschlag in der jetzigen Ausgestaltung ein „non-starter“:

- Die Einbeziehung der deutschen PIa werde die Drittstaatendiskussion erneut entfachen, nachdem es dem Bündnis gelungen sei, langjährige entsprechende sowjetische Forderungen abzuwehren.

<sup>9</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

– Eingehen auf sowjetische Forderung nach Einbeziehung der PIa würde Forderungen auch auf anderen nuklearen Bereichen nach sich ziehen (amerikanische Gefechtsköpfe auf britischen Trident, amerikanische Bomben auf NATO-Flugzeugen, beispielsweise F-16). Die USA würden niemals hinnehmen, daß der „established pattern of co-operation“ zwischen USA und BR Deutschland (PIa) bzw. USA und GB (SLBM) durch ein Abkommen mit der SU behindert würde.

Im Bereich der Flugkörper sei PIa das einzige geeignete und verfügbar bleibende Gegengewicht zu den Scud.

Glitman erklärte, daß es notwendig sei, so rasch wie möglich auf den sowjetischen SRINF-Vorschlag zu reagieren. Dabei wolle er den Sowjets zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt klarmachen, welche Elemente des sowjetischen SRINF-Vorschlags nicht akzeptabel seien, dies gelte insbesondere für die Einbeziehung der deutschen PIa.

Glitman bat mit Nachdruck darum, daß die Bundesregierung rasch ihre Position hinsichtlich der SRINF-Frage insgesamt den USA mitteile, vorrangig jedoch zu der Frage, ob auch aus deutscher Sicht die PIa weiterhin kein Verhandlungsgegenstand in Genf sein könne.

General Hüttel war an der Abfassung des Berichts beteiligt.

[gez.] Holik

**VS-Bd. 11370 (220)**

## 120

### **Gesandter Vestring, Wien, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 586**  
**Citissime**

**Aufgabe: 28. April 1987, 17.30 Uhr**  
**Ankunft: 28. April 1987, 19.10 Uhr**

Betr.: US-Einreiseverbot für österreichischen Bundespräsidenten Waldheim<sup>1</sup>

1) Wie eine Bombe schlug die Nachricht von der Entscheidung des amerikanischen Justizministers ein, das österreichische Staatsoberhaupt Kurt Waldheim auf die sog. „Watchliste“ zu setzen.

<sup>1</sup> Zu den Vorwürfen gegen Bundespräsident Waldheim wegen seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg vgl. AAPD 1986, I, Dok. 166.

Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 27. April 1987, das amerikanische Außenministerium habe am selben Tag eine „gemeinsame Erklärung des State Department und des US-Justizministeriums abgegeben, nach dem die USA ein Einreiseverbot gegen Kurt Waldheim „als Individuum“ verhängt haben. Er sei auf die Sichtvermerks- und Einreise-Sperrliste gesetzt worden.“ Die Entscheidung beruhe „auf Par[agraph] 212 des US Immigration and Nationality Act, der eine Liste von 33 Kategorien von Ausländern enthält, denen die Einreise zu verweigern ist. Die Liste geht von Geisteskranken über Straftäter, Prostituierte, Kommunisten und Spione bis zur 1979 hinzugefügten Kategorie 33, die Ausländer betrifft, die in irgendeiner Weise etwas mit NS-Verfolgungsmaßnahmen zu tun hatten. [...] Ob ein Ausländer unter die Bestimmungen der Kategorie 33 fällt, wird von der Sondereinheit des Justizministeriums für NS-Straftäter, dem Office of Special Investigation (OSI), festgestellt.“

In ersten Stellungnahmen äußerten die führenden österreichischen Politiker Bestürzung und Unverständnis. Aus der Präsidentschaftskanzlei wurde offiziell keine Erklärung abgegeben. Man warte zuerst den Wortlaut der amerikanischen Entscheidung und die offizielle Reaktion der Bundesregierung ab. Bei einem Essen für Abgeordnete am Abend ging Bundespräsident Waldheim in einer Tischrede kurz auf die amerikanische Entscheidung ein: „Wenn die Amerikaner konsequent wären, müßten sie alle noch lebenden Angehörigen der deutschen Wehrmacht auf ihre Liste setzen.“ Waldheim erwarte eine angemessene Erklärung der Regierung. Diese wird am Ende der heute stattfindenden routinemäßigen Kabinettsitzung erwartet. Vor den in Wien akkreditierten Militärattachés, für die Waldheim einen lang vorher geplanten Empfang gab, drückte er Empörung aus. Die Entscheidung sei auch eine Beleidigung des österreichischen Volkes. Es werde niemandem gelingen, den Präsidenten vom Volk zu trennen. Er werde die Situation mit Festigkeit durchstehen.

2) BK Vranitzky und AM Mock informierten am späten Nachmittag gemeinsam das Staatsoberhaupt. Der kurz vor seiner Ausreise stehende österreichische Botschafter in Washington, Klestil, wurde zur Berichterstattung einberufen.

BK Vranitzky sprach von einer ernsten Angelegenheit, die tiefste Bestürzung ausgelöst habe. Man müsse jedoch bei aller „Bestürzung und der damit verbundenen Kränkung“ mit Besonnenheit an die Sache herangehen, schließlich seien die USA ein Signatarstaat des Staatsvertrages<sup>2</sup>. Er erinnerte daran, daß auf den Tag genau vor 42 Jahren Österreich von den Amerikanern befreit worden sei.

Für Vizekanzler Mock (ÖVP) ist der Beschuß eine schwere Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den USA und Österreich: „Diese Vorgangsweise ist angesichts der ausgezeichneten Beziehungen zu den USA um so bedauerlicher.“ Er habe größte Bestürzung ausgelöst, er müsse sie schärfstens zurückweisen. Das Staatsoberhaupt sei demokratisch gewählt: „Wir erwarten, daß dies auch weltweit respektiert wird.“

Der FPÖ-Obmann Haider nannte den US-Beschluß einen „unzulässigen kollektiven Schuldvorwurf gegen die gesamte Soldatengeneration in Österreich“. Innenminister Blecha (SPÖ), der gestern in Brüssel mit US-Justizminister Meese in Brüssel zusammentraf, sprach von einem „wirklichen Schock“ und einem „schweren Schlag gegen einen von allen Österreichern akzeptierten Bundespräsidenten“.

### 3) Bewertung

Die amerikanische Entscheidung wird hier mehrheitlich nicht als der Schuldanspruch des Kurt Waldheim empfunden, sondern des demokratisch gewählten Staatsoberhaupts Österreichs. Deshalb fühlt sich ganz Österreich davon betroffen, nicht nur die, die ihn im vergangenen Jahr in Kenntnis seiner Vergangenheit gewählt haben.<sup>3</sup>

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 594*

Diese Entscheidung war bereits vor längerer Zeit getroffen worden. Justizminister Meese hatte sich jedoch bisher gesträubt, dem Befund des OSI entsprechend zu entscheiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1921; Referat 203 (202), Bd. 140550.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>3</sup> Kurt Waldheim gewann am 8. Juni 1986 die Stichwahl zum Amt des österreichischen Bundespräsidenten mit 53,9% der abgegebenen gültigen Stimmen.

Das Ereignis ist deshalb von so tiefgreifender Bedeutung, weil der „Schuldspruch“ brutal in die mit der Wahl Waldheims begonnene Vergangenheitsbewältigung eingriff, die die österreichische Darstellung, sich als erstes Opfer der deutschen Aggression statt als Mittäter zu präsentieren<sup>4</sup>. Es ist nunmehr eher unwahrscheinlich, daß die Situation vorerst zu neuer Nachdenklichkeit führt, eher zu einem Rückfall in alte Denkschemata.

Man muß sich nur erinnern, daß der erfolgreichste Spruch der ÖVP in der Wahlkampagne für Waldheim war: „Jetzt erst recht Waldheim“.

Hinweise, daß die Anti-Waldheim-Kampagne vom Jüdischen Weltkongreß inszeniert wurde, waren dabei sehr erfolgreich, da sie sich auf einen verbreiteten Antisemitismus stützen konnten.

Weil die Vergangenheit und Gegenwart ganz Österreichs betroffen ist, wird sich vorläufig auch keine Partei den nationalen Empfindungen entziehen können. Schulterschluß der Parteien mit dem Bundespräsidenten ist unvermeidbar. Dies gilt auch für die SPÖ, die in der Großen Koalition mit der ÖVP zusammensitzt. Man versteht, weshalb Waldheim nach den Parlamentswahlen vom November vergangenen Jahres starkes Interesse bekundete, daß nicht eine Mitte-Rechts-Koalition ÖVP/FPÖ, sondern eine SPÖ/ÖVP-Koalition gebildet wurde, die jeder Reaktion der Linken gegen ihn Grenzen setzen würde.<sup>5</sup>

So kann sich Waldheim jetzt auf eine Woge parteiübergreifender nationaler Empfindungen stützen, die ihn offener Kritik entzieht und seinen Präsidentensessel sichert. Wie lange dies durchzuhalten ist, hängt zuallererst davon ab, ob die Große Koalition in der Wahlperiode mit Erfolg zusammenarbeitet, und in geringerem Maße, ob es längerfristig möglich sein wird, den internationalen Boykott Waldheims zu lockern.

Die außenpolitischen Folgen für Österreich sind gravierend. Hatte die Waldheim-Diskussion Österreichs Ansehen in der Welt bereits verschlechtert, so muß man nun befürchten, daß der amerikanische Schuldspruch Waldheim das Kainsmal aufdrückt, das ihn international vollends zum Paria, seine Isolierung dauerhaft macht und seinem Land nachhaltigen Schaden zufügt. Die Ironie der Geschichte will es, daß Österreich diesen Schlag von der westlichen Vormacht zu einer Zeit einstecken muß, in der es sich von der teilweise anti-amerikanischen Dritt Welt-Politik der Ära Kreisky entschieden abgewandt und sich mit Bundeskanzler Vranitzky voll Europa und dem Atlantik zugewandt hat.

4) Aufgabe der österreichischen Außenpolitik wird es sein, den Schaden für Österreich zu begrenzen. Die Aufgabe wäre gewiß leichter, wenn man sich von Waldheim wenigstens eine Handbreit distanzieren könnte, doch lassen die innenpolitischen Zwänge keinen Freiraum. Sollte sich Waldheim nicht doch noch nach angemessener Wartezeit zum Rücktritt entschließen, muß man befürchten, daß Österreich noch auf Jahre hinaus sein Gefangener sein wird. Man muß

<sup>4</sup> So in der Vorlage.

<sup>5</sup> Die Parlamentswahlen in Österreich fanden am 23. November 1986 statt. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielt die SPÖ 43,1%, die ÖVP 41,3%, die FPÖ 9,7% und Die Grüne Alternative 4,8%.

Am 26. November 1986 beauftragte Bundespräsident Waldheim den amtierenden Bundeskanzler Vranitzky mit der Regierungsbildung.

annehmen, daß er von den meisten westlichen Staaten weiter boykottiert wird. Dies zeigt sich am deutlichsten in der internationalen Besuchsdiplomatie. Trotz erheblicher Anstrengungen des österreichischen Außenministeriums ist es bisher nicht gelungen, Waldheim Einladungen zu verschaffen. Ausnahmen sind Jordanien (Waldheim-Besuch Anfang Juni<sup>6</sup>) und Ägypten (noch kein Termin). Dabei gibt man im österreichischen Außenministerium zu, daß es Waldheims Ansehen nichts nutzt, ja von Schaden ist, wenn er als erstes ein arabisches Land besucht.

5) Mit Spannung sieht man nun dem ersten offiziellen USA-Besuch von BK Vranitzky entgegen, der in vier Wochen stattfinden soll. Für den 21. Mai ist ein Termin mit Präsident Reagan vorgesehen.<sup>7</sup> Daß Vranitzky wegen der Belastung der Beziehungen mit Amerika den Besuch absagt, kann man sich nicht vorstellen, dafür sind für Österreich die Beziehungen zu den USA zu wichtig. Die Österreicher werden den Besuch überaus sorgfältig beobachten und unter parteitaktischen Gesichtspunkten auswerten, wie Vranitzky sich zum Waldheim-Fall äußern wird. Spielraum hat er nicht. Pressebericht und Bericht über Erklärung der österreichischen Bundesregierung folgen alsbald.<sup>8</sup>

[gez.] Vestring

**Referat 203 (202), Bd. 140550**

<sup>6</sup> Bundespräsident Waldheim hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1987 in Jordanien auf.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Vranitzky besuchte die USA vom 19. bis 24. Mai 1987.

<sup>8</sup> Gesandter Vestring, Wien, übermittelte am 28. April 1987 die Erklärung der österreichischen Bundesregierung vom selben Tag. Darin wurde dargelegt, die Anschuldigungen gegen Waldheim seien unbewiesen und würden zurückgewiesen, die von der amerikanischen Regierung getroffene Maßnahme werde bedauert: „Die Erklärung ist erkennbar maßvoll und stellt das Minimum dar, was von der Regierung im Lande erwartet wurde: statt Protest nur Ausdruck des Bedauerns und Ankündigung, daß man über weiteres Vorgehen nach ruhiger Überlegung entscheiden werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 587; Referat 203 (202), Bd. 140550.

## 121

**Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Warschau,  
an das Auswärtige Amt**

114-3370/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 743  
Citissime

**Aufgabe: 30. April 1987, 24.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 1. Mai 1987, 00.50 Uhr**

Bitte auch StS<sup>2</sup> und BM vorlegen

Betr.: Politische Konsultationen von Herrn D 2 in Warschau<sup>3</sup>;  
hier: Gespräch mit Abteilungsleiter Kucza im ZK vom 30.4.1987

- 1) Am 30.4.1987 hat MD v. Richthofen ein einstündiges Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK, Kucza, geführt, an dem von polnischer Seite der Gesandte Kulski und Frau Michalowska und auf unserer Seite ich<sup>4</sup> teilgenommen haben.
- 2) Die Hauptpunkte des Gespräches lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

**2.1) Zusammenhang Wirtschaftsbeziehungen und humanitäre Fragen**

Kucza plädiere, ähnlich wie Olechowski, für größere Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland, des größten westlichen Handelspartners und Gläubigers der VR Polen, um Polen ökonomisch-finanziell den „Durchbruch“ aus seiner schwierigen Wirtschaftslage zu ermöglichen. Er ließ erkennen, in einem solchen Falle könne Polen<sup>5</sup> auf dem Gebiet der Ausreisen, des Jugendaustausches und der Kriegsgräberfürsorge großzügiger verfahren. Diese Linie – so Kucza – sei auf höchster Ebene abgesichert.

**2.2) In diesem Zusammenhang erklärte Kucza, daß Polen während der letzten schwierigen Jahre und in seiner wirtschaftlichen Zwangslage sich auf die SU habe umorientieren müssen. Man habe die vertraglichen Beziehungen ausgebaut, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 festgelegt.**<sup>6</sup> Polen werde also den Durchbruch in jedem Falle schaffen und mit dem

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 1. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM zunächst nicht vorzulegen (Weis[un]g Klaiber). StS vorgelegt.“

<sup>2</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>3</sup> Die von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführten Direktorenkonsultationen mit Polen fanden am 29./30. April 1987 in Warschau statt. Vgl. dazu auch Dok. 122.

<sup>4</sup> Franz Pfeffer.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „solchen Falle Polen“.

<sup>6</sup> Beim Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow vom 13. bis 15. Oktober 1986 in Polen wurden mehrere polnisch-sowjetische Abkommen über Joint-ventures, Direktkooperationen und über den Handel mit Konsumgütern abgeschlossen. Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete dazu am 22. Dezember 1986, der stellvertretende Vorsitzende der polnischen Planungskommission, Kubiczek, habe in der Presse „Zielrichtung und Modalitäten der neuen Formen polnisch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen“ erörtert: „Das Abkommen über direkte Kooperationen im Bereich von Industrie, Wissenschaft und Technologie schaffe neben der Regierungszusammenarbeit eine neue parallele Ebene der Wirtschaftsbeziehungen. Die Industrieministerien beider Seiten hätten eine vorläufige Liste von ca. 200 geeigneten Betrieben und Organisationen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2081; Referat 214, Bd. 139746.

Schuldenabbau nach längerer Zeit beginnen können, aber wesentlich langsamer, wenn unsere Hilfe nicht verstärkt werde.

2.3) Zum Abbau der Mittelstreckenraketen machte Kucza deutlich, daß die Eingang auf eine Null-Lösung in Europa (mit dem Verbleib von je 100 Waffen auf beiden Seiten) die Möglichkeit schaffe, mit anderen Partnern ein rüstungspolitisches Geschäft zu machen.

2.4) Kucza hält baldige Fortführung der bilateralen rüstungskontrollpolitischen Konsultationen (D 2 A<sup>7</sup>) für sehr wünschenswert.<sup>8</sup>

2.5) Der Gedanke, im Aspen-Institut ein „Brainstorming“ über die möglichen wirtschaftlichen Hilfen für Polen zu veranstalten, fiel bei Kucza auf fruchtbaren Boden.<sup>9</sup>

### 3) Im einzelnen

D2 berichtete über den Verlauf der Konsultationen mit VAM Olechowski. Dabei hob er vor allem die Felder hervor, auf denen wir glaubten, Fortschritte erzielen zu können. Bei der Erwähnung der Terminplanung für den Besuch des Sejm-Marschalls Malinowski<sup>10</sup> erwähnte Kucza mit besonderer Befriedigung, daß der chinesische MP Anfang Juni nach Warschau kommen werde<sup>11</sup>. Dieser Besuch interessiere ihn auch persönlich besonders, weil er die Aufnahme der zwischenparteilichen Beziehungen<sup>12</sup> eingefädelt habe.

Zum bilateralen Verhältnis meinte Kucza, er sei nach unserer Regierungserklärung<sup>13</sup> besorgt gewesen, weil das Thema Polen zwar in ihr einen Platz gefunden habe, aber eigentlich nur die Beziehungen auf gesellschaftlicher Basis angesprochen worden seien.

D2 stellte dazu klar, in der Regierungserklärung seien unsere Vorstellungen über den Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der Verträge und der Schlußakte von Helsinki<sup>14</sup> ausführlich dargestellt. Das gehe die Regierung an, aber es gehe auch die Menschen unmittelbar an. Deshalb wollten wir z.B. den Jugendaustausch fördern.

<sup>7</sup> Josef Holik.

<sup>8</sup> Botschafter Ruth führte mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Olechowski und dem Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Dąbrowa, am 28./29. August 1986 in Warschau bilaterale Rüstungskontrollkonsultationen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Ruth vom 2. September 1986; Referat 214, Bd. 139742.

<sup>9</sup> Zum Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 263, Ann. 37.

<sup>10</sup> Der Vorsitzende des polnischen Sejm, Malinowski, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 29. Juni 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 182.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Polen vom 4. bis 8. Juni 1987.

<sup>12</sup> Botschafter Fischer, Peking, berichtete am 4. Oktober 1986 über den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 28. bis 30. September 1986 in der Volksrepublik China: „Erste Reise osteuropäischen Staats- und Parteiführers nach Peking seit Bruch Chinas mit der SU zu Beginn der 60er Jahre verdeutlicht weitgehende Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Staaten Osteuropas. [...] Besuch hat gezeigt, daß neben Ausbau bilateraler Beziehungen auf verschiedenen Gebieten Gedankenaustausch zwischen China und sozialistischen Staaten über Fragen der Reformpolitik zunehmend an Bedeutung gewinnt. Thematik dürfte auch im Rahmen de facto wiederhergestellter Parteikontakte besondere Beachtung finden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2512; Referat 214, Bd. 139730.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Kucza insistierte, eine Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode habe programmatischen Charakter. Er habe immer wieder, z. B. in Loccum<sup>15</sup> und beim letzten Deutsch-Polnischen Forum<sup>16</sup>, gehört, Polen bilde für uns einen Schwerpunkt. Wir hätten lange Zeit bis zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen gebraucht<sup>17</sup>, deshalb gebe es vieles in der Infrastruktur nachzuholen. Der Vergleich zu den Ausführungen in der Regierungserklärung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und denjenigen zwischen der Bundesrepublik und der DDR lasse die Frage entstehen, ob Polen wirklich den gleichen Stellenwert für uns habe.

D2 betonte, daß unsere bilateralen Beziehungen in die West-Ost-Beziehungen einzuordnen seien. Unsere Beziehungen zur Statusmacht SU seien für uns von zentraler Bedeutung und das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR von besonderer Qualität, da es sich ja um zwei Staaten einer Nation handle; das erwarte auch die Bevölkerung. Beides finde deshalb einen besonderen Ausdruck in der Regierungserklärung. Daraus dürfe nicht der Schluß gezogen werden, daß wir das deutsch-polnische Verhältnis geringer einschätzten.

Kucza leitete dann zu den Wirtschaftsbeziehungen über. Die letzten Jahre seien sehr schwierig für Polen gewesen. In seiner Zwangslage habe Polen eine Umorientierung vornehmen müssen. Es habe seine Beziehungen zur SU in großem Stile ausgebaut. Frühere Verträge würden mit mehr Leben erfüllt. Die Integration schreite fort. Es gebe ein Abkommen für die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000. Soeben habe man eine Deklaration über die ideologische und kulturelle Zusammenarbeit unterschrieben.<sup>18</sup> Diese Reorientierung

<sup>15</sup> In der Akademie Loccum fand vom 20. bis 22. September 1985 eine Tagung zum 20. Jahrestag der Denkschrift der Evangelischen Kirchen Deutschlands vom 1. Oktober 1965 über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ statt. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 20. September 1985 in Loccum, an dem auch der polnische Stellvertretende Außenminister Kucza teilnahm; AAPD 1985, II, Dok. 253.

<sup>16</sup> Referat 214 vermerkte im April 1987: „Nach den Tagungen des Deutsch-Polnischen Forums in Bonn (1977), Allenstein (1979), Darmstadt (1980) fand, nach fünfjähriger Unterbrechung – z. T. politisch bedingt –, im November 1985 in Krakau die IV. Tagung statt. Der anfängliche Verlauf enttäuschte, insbesondere aufgrund alter Argumentationen und Vorwürfe zu Rechtsfragen, während perspektivische Beiträge der deutschen Delegation weitgehend unbeantwortet blieben. Gegen Ende besserte sich das Bild und erlaubte Konsensformulierungen für einige weiterführende Vorschläge auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und humanitärem Gebiet.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139694.

Das V. Deutsch-Polnische Forum fand vom 8. bis 10. Mai 1987 in Kiel statt.

<sup>17</sup> In Artikel III Absatz 1 des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 verpflichteten sich die Bundesrepublik und Polen, „weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ zu unternehmen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 363.

Anlässlich des Besuchs des polnischen Außenministers Olszowski am 13./14. September 1972 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekanntgegeben. Vgl. dazu BULLETIN 1972, S. 1553 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, II, Dok. 266, Dok. 267 und Dok. 273.

<sup>18</sup> Beim Besuch des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski am 21./22. April 1987 in der UdSSR unterzeichneten dieser und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, eine „Erklärung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ideologie, der Wissenschaft und Kultur“. Dazu berichtete Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, am 24. April 1987, die Erklärung sei „eine in der sozialistischen Staatenwelt bislang unbekannte Art von Dokument“. Sie sei „vor allem eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten mit wenig konkreten Entscheidungen. Ihre prinzipiellen Aussagen zum Ziel und zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit wie auch zu den einzelnen Themen (Geschichte) verleihen ihr gleichwohl eine große Bedeutung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1264; Referat 213, Bd. 143566.

Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. OSTEUROPA 38 (1988), A 249–256.

tierung sei heute schon ein Faktum. Diese Lösung könne Polen helfen, um die Folgen der schwierigen Phase zu überwinden. Polen wolle seinen Schuldenberg abbauen. Man müsse ihm aber die Möglichkeit geben, seine Wirtschaft so zu modernisieren, daß es nach einer gewissen Zeit mit der Rückzahlung beginnen könne.

D2 begrüßte, daß durch die Reformpolitik bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit uns und dem Westen geschaffen würden (Joint-ventures, Unternehmenskooperationen). Wir hätten große Anstrengungen unternommen, um im Pariser Club zu akzeptablen Lösungen zu kommen.<sup>19</sup> Es gehe uns darum, die Sperrung der 100-Millionen-Hermes-Bürgschaft aufzuheben.<sup>20</sup> Die Voraussetzungen dafür müßten aber von Polen geschaffen werden.

Graf Korff komme demnächst zu einem bilateralen Vorgespräch nach Warschau.<sup>21</sup> Wir wollten die Wirtschaftsbeziehungen voranbringen. Er werde dem Herrn BM über die Konsultationen vortragen. Er habe die von Herrn Olechowski ihm genannten polnischen Grundsatzerklärungen gelesen (gemeint Rede Orze-

<sup>19</sup> Referat 422 legte am 13. April 1987 dar, die Bundesregierung habe aufgrund multilateraler Vereinbarungen im Rahmen des Pariser Clubs bisher drei bilaterale Umschuldungsabkommen mit Polen über die Fälligkeiten der Jahre 1981, 1982–1984 und 1985 (Polen I, II und III) abgeschlossen. Seit Frühjahr 1986 seien die Umschuldungsverhandlungen Polens mit dem Pariser Club ins Stocken geraten. Polen sei am 31. März 1987 mitgeteilt worden, daß die Gläubiger zu einem erneuten Treffen im Pariser Club bereit seien, „sobald Polen 50 % der Rückstände per 30.3.1987 aus den Abkommen aus Polen I“ gezahlt habe: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte staatliche Gläubiger Polens (ca. 20 % der Forderungen). Das Obligo des Bundes aus der Übernahme von Ausfuhrbürgschaften (4,54 Mrd. DM) und ungebundenen Finanzkrediten (3,45 Mrd. DM) beträgt 8 Mrd. DM (davon bisher entschädigt ca. 4,2 Mrd. DM). Darin ist nicht der sog. Jumbo-Kredit über 1 Mrd. DM (1975) enthalten, der zu 40 % entschädigt ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

<sup>20</sup> Referat 422 legte am 13. April 1987 dar: „Im März 1986 war der polnischen Seite im Rahmen der Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Kommission die Einrichtung eines DM 100-Mio.-Plafonds für die Verbürgung von Polen-Geschäften zugesagt worden. Die polnische Seite hatte auf diese Maßnahme besonderen Wert gelegt, weil darin – auch mit Signalwirkung für andere Gläubiger – die angestrebte Normalisierung der Finanzbeziehungen zu den westlichen Gläubigerländern sichtbaren Ausdruck fand. Aufgrund der schon bald danach aufgelaufenen Rückstände aus Umschuldungsabkommen sah sich der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß aus haushaltssrechtlichen Gründen (konkrete Gefahr des Schadenseintritts) gezwungen, die Zustimmung zu neuen Deckungen bis zur Regelung der Überfälligkeiten zu verweigern. Deshalb sind bisher nur Deckungszusagen für zwei Geschäfte mit Auftragswerten von zusammen 7,3 Mio. DM gegeben worden.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

<sup>21</sup> Referat 422 teilte Referat 214 am 28. April 1987 mit, voraussichtlich reise „der deutsche Delegationsleiter im ‚Pariser Club‘ (Graf Korff/BMWi)“ in Bälde nach Warschau, um dort „nach realistischen Möglichkeiten für eine Einigung im ‚Pariser Club‘ zu suchen“. Dadurch solle „eine Belastung der nächsten Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission Ende Mai in Warschau mit der Umschuldungsproblematik vermieden werden, für die zunächst im multilateralen Rahmen des ‚Pariser Clubs‘ eine Regelung gefunden werden muß, bevor die staatlich verbürgten deutschen Handelsforderungen bilateral umgeschuldet werden können“. Vgl. Referat 422, Bd. 148953.

Regierungsdirektor Graf von Korff-Schmising, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Warschau, berichtete am 11. Mai 1987, er habe in den Gesprächen am selben Tag „das Umschuldungsangebot des Pariser Clubs von Januar und März 1987 (Aufrechterhaltung der Abkommen 1981 bei Flexibilität hinsichtlich der Zahlung der aufgelaufenen Rückstände; vollständige Rekonsolidierung der Abkommen 1982–1984, 1985 sowie Konsolidierung der originären Fälligkeiten 1986 und 1987)“ erörtert. Die polnische Seite habe auf die sich verschlechternde Wirtschaftsentwicklung des Landes verwiesen: „Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Banken hätten sich nur mit größten Schwierigkeiten bisher erfüllen lassen. Polen müsse daher auf einer langfristigen Lösung (gemeint ist die Umschuldung aller Zahlungsverpflichtungen bis in die 90er Jahre) sowie einer Reduzierung der z. T. exorbitant hohen Zinsen aus 1981 bestehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 820; Referat 422, Bd. 148953.

chowski<sup>22</sup> vor dem Sejm vom 18. März 1987 und Interview Jaruzelski in der „Gazeta Lubuska“<sup>23</sup>). Es gebe Grundsatzpositionen, in denen wir nicht übereinstimmten. Wir wollen uns deshalb auf das Machbare konzentrieren.

Zu unserer Einschätzung der Gorbatschowschen Reformpolitik verweise er auf die Rede des BM in Davos.<sup>24</sup> Wir nähmen diese Politik ernst. Nun frage sich, wie stark die Gruppen seien, die diese Politik mittrügen. Sicher gehöre dazu die technische Intelligenz, auch das Militär. Aber in einem großen Lande sei es schwierig, diese Politik umzusetzen, und es gebe ja offensichtlich Hemmnisse in mittleren Etagen. Wir wollten keine Hindernisse in den Weg legen, im Gegen teil Gorbatschow ermutigen, diesen Weg fortzusetzen. Die polnische Führung setze offenbar uneingeschränkt auf diesen Kurs.

<sup>25</sup>Herr Kucza erklärte, er wolle noch einmal auf die Wirtschaftsfragen zurückkommen. Die Bundesrepublik Deutschland sei der größte westliche Handelspartner Polens und auch der größte Gläubiger. Sie verfüge über einen sehr großen Handelsbilanzüberschuss. Bei politischem Willen müsse es „ökonomisch-finanziell möglich sein, einen Durchbruch für Polen zu erreichen“.

Polen werde diesen Durchbruch mit Hilfe der SU durch Heranführung seiner Produkte an das Weltniveau erreichen, aber es werde lange dauern. Es würde sehr viel schneller gehen, wenn die Bundesrepublik Deutschland mehr tun könnte.

D2 entgegnete, in westlichen Kreisen sei man verhältnismäßig ratlos gegenüber dem polnischen Wirtschaftsdilemma. Die Fehler der 70er Jahre dürften nicht wiederholt werden. Welches Konzept habe die polnische Führung?

Kucza: Vize-Premier Szalajda habe eine Projektliste übergeben.<sup>26</sup> In Hannover sei erneut über sie gesprochen worden.<sup>27</sup> Polen wolle keine Finanzkredite, sondern liefergebundene Kredite, die für beide Seiten von Interesse seien.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „Olechowski“.

Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 19. März 1987: „Sejm-Erklärung des polnischen AM Orzechowski, die das Jahr 1986 selbstbewußt als eine Periode verstärkter Aktivitäten und zahlreicher Errungenschaften polnischer Außenpolitik bilanziert, liegt im bilateralen deutsch-polnischen Teil auf der bisherigen Linie und enthält keine wirklich überraschenden und neuen Akzente. [...] Den auf Dialog und Zusammenarbeit ausgerichteten Auflösungen haftet ein Beigeschmack an: Positive Zeichen und konstruktive Vorschläge gibt es – nach Orzechowskis Lesart – nur auf polnischer Seite, Fortschritte im bilateralen Verhältnis hängen von unserem Verhalten ab. Die politische Führung Polens erwartet von der Bundesregierung eine Befreiung der bilateralen Beziehungen von ‚politisch-juristischem Ballast‘ und konstruktive Vorschläge (als wenn es die nicht gäbe), ohne selbst erkennbar Bewegung zu zeigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; Referat 214, Bd. 139730.

<sup>23</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 22. April 1987: „Jaruzelski hat der ‚Gazeta Lubuska‘, die in Zielona Góra (Grünberg) erscheint, am 17.4.1987 ein Interview gegeben, das am 21.4. in englischer Fassung im PAP-Dienst erschienen ist.“ Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe erklärt, bei den deutsch-polnischen Beziehungen könne noch nicht von einer positiven Bilanz gesprochen werden. Andererseits habe er „Polens konstruktiven Willen zur Entwicklung guter Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland“ betont. Pfeffer resümierte: „Im großen und ganzen ist dies die Linie, die Jaruzelski uns gegenüber seit längerem einnimmt (Für und Wider).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 660; Referat 214, Bd. 139705.

<sup>24</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 745 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> In der Sitzung der deutsch-polnischen Gemischten Kommission am 10/11. März 1986 in Bonn übergab die vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szalajda geführte polnische Delegation eine Liste von Kooperationsprojekten, „über die mit deutschen Firmen z. Z. verhandelt wird“. Vgl. das Protokoll der Sitzung; Referat 421, Bd. 140334. Zu Szalajdas Besuch vgl. auch AAPD 1986, I, Dok. 66.

D 2 erwiderte, man müsse ein Signal an die deutsche Wirtschaft geben. Wir wünschten, daß die 100-Millionen-Hermes-Bürgschaft haushaltrechtlich entsperrt werde, doch müsse Polen dann die Voraussetzungen im Pariser Club schaffen. Die Wirtschaftsbeziehungen müßten eingebettet werden in die Gesamtbeziehungen. Wir seien, mit Unterstützung aller Fraktionen des Bundestages, daran interessiert, bei Ausreisen und Familienzusammenführung, beim Jugend austausch und bei der Kriegsgräberfürsorge Fortschritte zu erzielen.

Kucza ließ erkennen, daß die polnische Seite bei größerer wirtschaftlicher Hilfe von unserer Seite bereit ist, in den genannten humanitären Fragen großzügiger zu verfahren. Dies sei eine Entscheidung der polnischen Führung.

Zur Frage der neuen Politik in der SU, so fuhr Kucza fort, sei zu bemerken, daß die seit längerem in Gang befindliche polnische Erneuerung und Demokratisierung im wirtschaftlichen und politischen Bereich<sup>28</sup> mit der von Gorbatschow gewiesenen Linie (27. Parteitag<sup>29</sup>) sich im Gleichklang befindet. Die Unterstützung sei also selbstverständlich, man hoffe sogar auf neue Impulse. Andere Partnerstaaten, überrascht, seien noch nicht ganz soweit. Daß nicht alle alles übernehmen, sondern jeder mit seiner Erfahrung das sozialistische System bereichere, sei gleichzeitig ein Gegenbeweis gegen die oft gehörte westliche These, im Osten gehe alles nur nach Moskaus Leitung.<sup>30</sup>

Die polnische Führung sei auch sicher, daß Gorbatschow sich halten werde. Die Gruppen, die ihn unterstützten, seien stark. Fast die ganze Bevölkerung stehe hinter ihm. Das sowjetische Politbüro habe auch das Modell des polnischen Politbüros nachgeahmt und reise nun in die Provinz. In größeren und kleineren Betrieben, in der Landwirtschaft und in der Verwaltung habe man dabei ein fast einheitliches „Bild der enthusiastischen Zustimmung“ vorgefunden.

Auf Herrn v. Richthofens Einwurf, es könne doch noch keine Erhöhung des Lebensstandards spürbar sein, meinte Kucza, eine Welle der Hoffnung gehe durch die SU. Man wolle die kritische Auseinandersetzung. Eine breite Basis sei für scharfe Ahndung von Disziplinlosigkeiten.

Auf die Frage von D 2, ob dadurch nicht die Funktionärsschicht verunsichert werde: Das dürfe man nicht verallgemeinern. Die „echten, bescheidenen Kommunisten“ fühlten sich in ihrer eigenen Haltung bestätigt. Im kulturellen Bereich zeige man neue Filme und Theaterstücke und setze sich mit Tabus auseinander. Die Erkenntnis wachse, daß „nicht das System, sondern falsche Anwendungen“ die Schwierigkeiten hervorgerufen hätten.

Als Indiz für die öffentliche Zustimmung führte Kucza den stehenden Applaus im Bolschoi-Theater für Jaruzelski und Gorbatschow an.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 602*

27 Bundesminister Bangemann und der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szalajda führten am 1. April 1987 ein Gespräch am Rande der Hannover Messe.

28 Korrigiert aus: „Ebene“.

29 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

30 Vgl. dazu u. a. das Interview mit der Zeitschrift „Stern“, in dem das Mitglied des ZK der SED, Hager, am 20. März 1987 mit Blick auf die Reformen in der UdSSR erklärte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das vom „Stern“ am 9. April 1987 veröffentlichte Interview wurde am folgenden Tag auch in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ abgedruckt. Vgl. den Artikel „Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten „Stern“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. April 1987, S. 3.

Wer sich nicht schnell genug umstellen könne, werde allerdings seinen Posten verlieren. Die Jugend jedenfalls sei „Feuer und Flamme“ für den neuen Kurs und sehe in ihm ihre persönliche Zukunft.

D2 stellte die Frage, wie weit sich dies auf die sowjetische Außenpolitik auswirken werde.

Kucza sah die Bestätigung schon in deren großen Aktivität. Alle Initiativen kämen jetzt vom Osten.

D2 wies auf die westlichen Initiativen hin. Durch den Doppelbeschuß von 1979<sup>31</sup> sei vieles in Gang gekommen. Der Westen sei auch weiter sehr aktiv. Wir stünden ohne Wenn und Aber zur Null-Lösung. Besser noch wäre es, wenn auch die letzten 100 Mittelstreckenraketen auf jeder Seite beseitigt würden. Wir begrüßten es sehr, daß ein Abkommen in Reichweite gerückt sei. Auf den Hinweis Kuczias über die große Elastizität der sowjetischen Politik erwiderte D2, daß wir die sowjetischen Vorschläge<sup>32</sup> genau prüfen müßten. Die Texte zu LRINF lägen uns noch nicht vor. Zu den kürzeren Reichweiten gebe es nur mündliche sowjetische Erklärungen. Sie entsprächen wegen mangelnder Globalität nicht den westlichen Interessen (Transportfähigkeit). Auch die Drittstaatensysteme seien nicht ausgeklammert. Wir würden auch diese Vorschläge zügig, aber sorgfältig prüfen, eine Stellungnahme der Bundesregierung erarbeiten und diese in das Bündnis einbringen.

Kucza: „Wenn man hier in Europa bei den Mittelstreckenraketen die Null-Lösung erzielt, verschafft uns dies die Möglichkeit, mit anderen Partnern ein rüstungskontrollpolitisches Geschäft zu machen.“

D2 betonte, daß die Verifikation einfacher wäre, wenn die LRINFs ganz abgeschafft würden. Verifikationssysteme seien sehr teuer. Wir würden auch die Null-Lösung in Europa akzeptieren, aber Ziel sollte die vollkommene Null-Lösung sein.

Kucza: Das sei auch das strategische Ziel der Sowjetunion.

D2: Eigentlich sei die ganze Rüstungskontrolle vom falschen Ende aufgezäumt. Eigentlich hätte man wegen des östlichen Übergewichts mit der konventionellen Abrüstung beginnen müssen.

Kucza: Auch die polnischen Interessen zielten in diese Richtung.

D2: Es gehe nicht nur um die Herstellung der Parität, sondern auch darum, daß beide Seiten nur eine Defensivfähigkeit hätten. Schließlich sollen die chemischen Waffen weltweit eliminiert werden.

Kucza stimmte zu und bemerkte, daß Polen hier federführend für den Pakt in Genf sei.

Kucza hielt es für einen guten Gedanken, daß Herr D2A bilaterale Abrüstungskonsultationen mit der polnischen Seite führt.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975-1980, S. 121-123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35-37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. Februar 1987 in Prag; Dok. 109. Vgl. dazu auch den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag; Dok. 119 und Dok. 123.

Abschließend trug D2, wie im Delegationsgespräch<sup>33</sup>, unsere Vorstellungen zur Weiterführung des KSZE-Prozesses vor.

Kucza erklärte, daß es hoffentlich zum Kulturform in Krakau<sup>34</sup> kommen werde. D2 verwies auf unsere Miteinbringerschaft und auf unseren Vorschlag einer KSZE-Wirtschaftskonferenz<sup>35</sup>.

Schließlich informierte er Herrn Kucza über den Plan eines Brainstorming im Rahmen des Aspen-Instituts über das Thema, wie Polen wirtschaftlich geholfen werden könnte.

Kucza äußerte, daß er diesen Plan für gut halte.

[gez.] Richthofen

**VS-Bd. 13501 (214)**

<sup>33</sup> Ein (zweites) Delegationsgespräch, bei dem internationale Themen erörtert wurden, fand am 30. April 1987 statt. Vgl. dazu das am 7. Mai 1987 mit Schriftbericht Nr. 831 des Gesandten Bauch, Warschau, übermittelte Protokoll; Referat 214, Bd. 139716.

<sup>34</sup> Zum polnischen Vorschlag vom 17. Dezember 1986 für ein Kulturforum in Krakau vgl. Dok. 106, Anm. 18.

<sup>35</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

## 122

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**

4. Mai 1987

Unter Verschluß – Persönlich – Vertraulich

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup>Betr.: Politische Direktoren-Konsultationen mit Polen<sup>3</sup>;

hier: Vieraugengespräch mit Vize-Außenminister Olechowski am 29. April 1987, 17.30 bis 18.40 Uhr

1) Am Rande des den bilateralen Fragen gewidmeten ersten Delegationsgesprächs der deutsch-polnischen Konsultationen auf Direktorenebene am 29. April 1987 schlug Vize-Außenminister Olechowski (VAM) vor, daß die beiden Delegationsleiter sich zurückziehen sollten, um ein Glas Whisky zu trinken. Daraufhin führte ich mit VAM ein gut einstündiges Gespräch unter vier Augen, das von beiden Seiten mit großer Offenheit, aber auch mit dem Willen und der Bereitschaft geführt wurde, in den deutsch-polnischen Beziehungen einen Schritt voran zu machen. Das Gespräch wurde von uns beiden ohne vorbereitete Gesprächsunterlage und ohne Notizen geführt.

VAM leitete das Gespräch damit ein, daß er seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gab, daß die bilateralen Beziehungen auch nach dem Besuch von Außenminister Orzechowski im April 1986 in Bonn<sup>4</sup> nicht aus der Passivität heraus-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe D 2 gebeten, eine breite Analyse unter der Fragestellung 1) Was erwarten wir von den Polen? 2) Was können wir den Polen bieten? vorzulegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein Doppel für Sts R[uhfus] gefertigt.“

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 13. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich für „D 2 i. V.“ vermerkte: „Hat BM für Hausbesprechung vorgelegen.“

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

Hat Kastrup am 19. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Derix vorgelegen, der zum Vermerk von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich notierte: „Gegenstandslos durch Besprechung bei BM am 8.5.87.“

<sup>3</sup> Die von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführten Direktorenkonsultationen mit Polen fanden am 29./30. April in Warschau statt. Vgl. dazu auch Dok. 121.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix legte Richthofen am 4. Mai 1987 fünfzehn Aufzeichnungen über dessen Gespräche in Warschau vor, „mit der Bitte um Billigung von Inhalt und Verteiler“. Dazu teilte er mit: „Die Vermerke zu den internationalen Themen werden gesondert vorgelegt.“ U. a. faßte Derix die Delegationsitzung am 29. April 1987 zusammen, in der Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft erörtert wurden. Die weiteren Aufzeichnungen behandelten in erster Linie das polnische Interesse am Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags, das Interesse der Bundesregierung am Austausch von Militäraattachés, Wiedergutmachungsfragen, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die Kulturbeziehungen, die Errichtung von Generalkonsulaten sowie Fragen der Aussiedlung und Familienzusammenführung. Zusätzlich wurde Richthofens Gespräch mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 30. April 1987 in Warschau dokumentiert. Vgl. Referat 214, Bd. 139716.

Am 7. Mai 1987 übermittelte Gesandter Bauch, Warschau, zudem das Protokoll des zweiten Delegationsgesprächs am 30. April 1987, bei dem internationale Themen erörtert wurden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 831; Referat 214, Bd. 139716.

<sup>4</sup> Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 91 und Dok. 93.

gekommen seien. Er habe den Eindruck, daß auch die Bundesregierung mit diesem Zustand nicht zufrieden sei. VAM unterstrich sodann den hohen Wert, den die Bundesrepublik Deutschland für Polen als wichtigster westlicher Wirtschaftspartner, aber auch als Gesprächspartner in Europa kraft ihrer politischen Stellung in der EG habe. Er bekräftigte das Interesse seiner Regierung, in den bilateralen Beziehungen einen großen Schritt nach vorne zu tun. Der kürzliche Besuch von Staatspräsident Herzog in der Bundesrepublik Deutschland habe gezeigt, daß auch im deutsch-israelischen Verhältnis trotz der aus der Vergangenheit herührenden Belastungen eine Entwicklung nach vorn möglich sei.<sup>5</sup> Das sollte auch in den deutsch-polnischen Beziehungen der Fall sein können. Eine solche Entwicklung läge nicht nur im bilateralen, sondern auch im europäischen Interesse.

Ich verwies auf das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer Verständigung mit dem polnischen Volk und an der Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen im Gesamtkontext der West-Ost-Beziehungen und bestätigte, daß auch wir mit dem gegenwärtigen Zustand der Beziehungen unzufrieden seien. Wir hätten eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Beziehungen gemacht, stünden aber auch vor der Frage, wie die Schwierigkeiten überwunden werden könnten, Ansätze für die Weiterentwicklung in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu finden.

VAM erklärte, der polnischen Regierung gehe es in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nicht nur darum, den rückläufigen Trend im Warenaustausch umzukehren und im Pariser Club eine Umschuldungsregelung zu finden, sondern die Modernisierung der polnischen Exportindustrie zu erreichen, um durch höhere Exporterlöse die Schulden aus den 70er Jahren abtragen zu können. Der Westen erwarte von Polen, daß es über die Hälfte seiner Exporterlöse zu Umschuldungszwecken zur Verfügung stelle. Das sei angesichts der Modernisierungsnotwendigkeiten seiner Exportindustrie nicht verkraftbar. Polen erwarte von der Bundesrepublik Deutschland als ihrem wichtigsten westlichen Wirtschaftspartner einen substantiellen Beitrag durch Ausbau der Wirtschaftskooperation. Polen sei dabei nicht an ungebundenen Finanzkrediten interessiert – dafür hoffe man den Beitritt zum INF<sup>6</sup> nutzen zu können –, sondern an Unternehmungskooperation und der Lieferung von Investitionsgütern zur Modernisierung des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und der industriellen Verarbeitung von Agrarprodukten. Polen würde es begrüßen, wenn die haushaltliche Sperre der Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des 100-Mio.-Plafonds für Polen-Geschäfte<sup>7</sup> aufgehoben werden könnte. Dies könne aber nur als erster Schritt betrachtet werden, da dieser Deckungsrahmen für die dringend benötigte Modernisierung der polnischen Exportindustrie und die damit verbundene Steigerung der Deviseneinnahmen nicht ausreichen würde. Aus vielen Gesprächen, die er als Botschafter der VR Polen<sup>8</sup> mit deutschen Wirtschaftsführern geführt

<sup>5</sup> Zum Besuch des Präsidenten Herzog vom 6. bis 10. April 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 99.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „IWF“.

Polen, das bereits von 1946 bis 1950 dem IWF angehört hatte, trat dem IWF am 12. Juni 1986 erneut bei.

<sup>7</sup> Zur Sperrung des Plafonds von 100 Millionen DM für Geschäfte mit Polen vgl. Dok. 121, Anm. 20.

<sup>8</sup> Tadeusz Olechowski war von 1983 bis 1986 polnischer Botschafter in der Bundesrepublik.

habe, wisse er, daß auch große deutsche Unternehmen ohne Hermes-Bürgschaften zu Investitionsgüterlieferungen auf Kreditbasis nicht bereit seien.

Ich wies darauf hin, daß die Erfüllung derartiger polnischer Erwartungen, zu der ich mich verständlicherweise hier nicht verbindlich äußern könnte, innenpolitisch bei uns in jedem Falle voraussetze, daß auch die polnische Regierung der Bundesregierung in den für sie wichtigen Bereichen der bilateralen Beziehungen entgegenkomme. Ich wies dabei insbesondere auf die Frage der Ausreisen und Familienzusammenführungen<sup>9</sup> sowie auf die Kriegsgräberfürsorge<sup>10</sup> hin.

VAM erwiderte, zwischen der Modernisierung der polnischen Exportindustrie in Schlesien und der Genehmigung der Ausreisen von ethnisch Deutschen bestehe insofern ein Zusammenhang, als mit der Schaffung maschineller Arbeitsplätze Arbeitskräfte freigesetzt und damit die Genehmigung zur Ausreise von Ausreisewilligen erleichtert werde. Er erklärte die Bereitschaft der polnischen Regierung, der Bundesregierung im Gegenzuge zu der von der polnischen Regierung erwarteten Unterstützung bei der Modernisierung der polnischen Exportindustrie in der Frage der Pflege deutscher Kriegsgräber, der Einrichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes<sup>11</sup> und der Erhöhung der Ausreisezahlen entgegenzukommen. Was die Ausreisen angehe, so wolle sich Polen nicht, wie z. B. Rumänien, die Ausreisen „abkaufen“ lassen<sup>12</sup> und lehne ein „Kopfgeld“ entschieden ab. Die polnische Regierung könnte sich dagegen zu einem Entgegenkommen bei den Ausreisen verstehen, wenn die deutsch-polnische Wirtschaftskooperation in dem von ihr beschriebenen Sinne ausgebaut werden könnte.

VAM wies darauf hin, daß er noch in seiner Eigenschaft als Botschafter der VR Polen BM Bangemann vor einem Jahr eine Liste mit geeigneten Vorhaben über-

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Weiß vermerkte am 5. Mai 1987 zum Stand von Ausreisen und Familienzusammenführungen aus Polen: „Leichter Anstieg legaler Ausreise (1985: 2571; 1986: 4144), weitere Zunahme „illegaler“ Ausreise (1985: 19504; 1986: 23044). Letztere bedingt tragische Familientrennungen bei Wartezeiten von rd. fünf Jahren, z.B. 1317 reine Kinderfälle (Minderjährige).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139712.

<sup>10</sup> Ministerialdirigent Hellbeck legte am 12. August 1986 dar, in Polen seien vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) rund 300 000 Kriegsgräber von geschätzten 468 000 im Zweiten Weltkrieg in Polen gefallenen Deutschen erfaßt: „Aus dem Ersten Weltkrieg sollen in Polen etwa 400 000 deutsche Gefallene bestattet sein. Die Unterlagen hierüber sind lückenhaft. Bis auf etwa 8000 Gräber, die von Privatpersonen – und zwar von meist deutschen Staats- und Volksangehörigen – betreut werden, können alle anderen deutschen Soldatengräber als nicht gesichert angesehen werden. Alle Bemühungen der Bundesregierung zur Herstellung von Gesprächskontakten zwischen dem VDK und den zuständigen polnischen Stellen zur Erörterung von Fragen der Erfassung und Pflege von deutschen Kriegsgräbern sind immer wieder an der ablehnenden Haltung der polnischen Regierung gescheitert.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139775.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, bat das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 21. Februar 1985 um eine mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit abgestimmte Stellungnahme, welche operativen Schritte die Bundesregierung unternehmen könne, um die von Bundeskanzler Kohl mehrfach öffentlich geforderte Gründung eines Jugendwerks mit Polen nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks zu ermöglichen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139774.

Die polnische Regierung lehnte Kohls Vorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Jugendwerks am 9. Juli 1985 ab und verwies auf die Notwendigkeit, die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zu verwirklichen: „Mit der Erweiterung des Jugendtauschs sei nicht zu vereinbaren, wenn die westdeutsche Jugend auf Grund „revisionistischer Karten und Namen“ erzogen und in die Vertriebenenverbände einzbezogen werde.“ Vgl. die dpa-Meldung vom 9. Juli 1985; Referat 214, Bd. 139774.

<sup>12</sup> Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

geben habe. Zuletzt habe Vize-Ministerpräsident Szalajda BM Bangemann in Hannover erneut eine Vorschlagsliste überreicht.<sup>13</sup>

VAM schlug vor, die Möglichkeiten einer Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission unter Leitung von BM Bangemann und Vize-MP Szalajda am 25./26. Mai 1987 in Warschau<sup>14</sup> zu klären. Dies würde es der polnischen Regierung ermöglichen, die o. a. genannten sensiblen Fragen bis zum Besuch des Herrn Bundesministers im Juli in Warschau zu klären und anlässlich des Besuches entsprechende Zusagen zu geben. Er wäre bereit, zur Vorbereitung dieser Gespräche im Juni zu politischen Konsultationen nach Bonn zu kommen. Bis dahin schlage er vor, sich über den polnischen Gesandten Kulski in Köln und Botschafter Pfeffer gegenseitig auf dem laufenden zu halten.

Ich dankte VAM für die offene Ansprache und unterstrich das Verständnis für die erheblichen Schwierigkeiten, denen sich Polen bei der Erfüllung seiner Auslandsverbindlichkeiten gegenübersähe. Die Bundesregierung werde sich auch weiterhin für eine allseits akzeptable Lösung des Schuldenproblems im Pariser Club einsetzen.<sup>15</sup> Um diese Bereitschaft zu unterstreichen, werde – wie bereits im Delegationsgespräch angekündigt – unser Delegationsleiter im Pariser Club, Graf Korff/BMWi, voraussichtlich in der Woche ab 4.5. zu bilateralen Gesprächen nach Warschau reisen, um nach realistischen Möglichkeiten für eine Einigung im Pariser Club zu suchen.<sup>16</sup> Dazu seien aber größere polnische Anstrengungen als bisher dort angeboten notwendig. Eine Regelung der Rückstände aus dem Abkommen von 1981 würde die Wiedereröffnung der Deckungsmöglichkeiten im Rahmen des 100-Mio.-DM-Plafonds für Polengeschäfte ermöglichen, der aus haushaltsrechtlichen Gründen eingestellt werden mußte. Zu den darüber hinausgehenden polnischen Vorstellungen könnte ich mich nicht äußern, würde sie aber unverzüglich dem Herrn Bundesminister in Bonn vortragen. Auch müsse die Leitung des BMWi damit befaßt werden.

VAM erwiderte, daß die polnische Regierung große Hoffnungen in BM Genscher und BM Bangemann setze.

Wir verabredeten, daß der polnische Gesandte Kulski mich in etwa 10 Tagen aufsuchen wird, um von mir eine erste Reaktion zu bekommen, und die Angelegenheit im übrigen im kleinsten Kreis zu behandeln.<sup>17</sup>

13 Bundesminister Bangemann und der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szalajda führten am 1. April 1987 ein Gespräch am Rande der Hannover Messe.

14 Zur Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission vgl. Dok. 182, Anm. 16.

15 Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19.

16 Zu den Gesprächen des Regierungsdirektors Graf von Korff-Schmising, Bundesministerium für Wirtschaft, am 11. Mai 1987 in Warschau vgl. Dok. 121, Anm. 21.

17 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen führte am 12. Mai 1987 ein Gespräch mit dem polnischen Gesandten Kulski. Dabei teilte Richthofen mit, daß Bundesminister Genscher am Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli in der UdSSR teilnehmen werde und daher nicht „den von polnischer Seite genannten Besuchstermin (6. bis 8. Juli)“ wahrnehmen könne. Große Bedeutung messe die Bundesregierung der Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission am 25./26. Mai 1987 in Warschau bei. Allerdings seien die Perspektiven auf eine gute Entwicklung nachhaltig gestört durch die Veröffentlichung polnischer Reparationsforderungen im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Durch die Veröffentlichung gebe es keine der im Vier-Augen-Gespräch behandelten Perspektiven. [...] In der Sache weise er darauf hin, daß die Forderung von polnischer Seite immer wieder erhoben und von uns zurückgewiesen worden sei. Die polnische Seite

2) VAM bekräftigte das große Interesse der polnischen Regierung am Besuch des Herrn Bundesministers im Juli 1987 in Warschau zu den von ihm vorgeschlagenen Daten (6. bis 8. oder 13. bis 15. Juli 1987). Nach dem polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli wäre ein Besuch im Hinblick auf die beginnenden Ferien nicht mehr zweckmäßig und könnte dann erst für September ins Auge gefaßt werden. Der September sei jedoch erfahrungsgemäß wegen der Generalversammlung der Vereinten Nationen<sup>18</sup> mit Terminen überfrachtet. Er bekräftigte die polnische Bereitschaft zu höchststranger protokollarischer Wahrnehmung durch General Jaruzelski, den polnischen Ministerpräsidenten<sup>19</sup> und Sejm-Marschall Malinowski. Die polnische Regierung hoffe, daß der Besuch des Herrn Bundesministers die Beziehungen nach vorne bringen werde. Beim letzten Mal habe es einige kritische Entwicklungen gegeben.<sup>20</sup>

Ich begrüßte die Bereitschaft zu hochrangiger protokollarischer Wahrnehmung und gab im übrigen meiner Hoffnung Ausdruck, daß es dieses Mal keine kritischen Entwicklungen geben werde. Was den Termin angehe, so könnten wir – wie schon im Delegationsgespräch ausgeführt – vor der Einigung über den Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion keine Terminfestlegung treffen.<sup>21</sup> Ich bate dafür um Verständnis.

VAM kam im weiteren Verlauf des Gesprächs auf die Ausgestaltung des Besuches zurück. Ich machte ihm deutlich, daß wir es nicht für angezeigt hielten, hierüber Gespräche zu führen. VAM meinte daraufhin, er wolle von sich aus sagen, daß sich der Herr Bundesminister begleiten lassen könne, von wem er wolle, und daß sich bei westlichen Ministerbesuchen hinsichtlich des Treffens mit Vertretern der Opposition ein gewisses Pattern herausgebildet habe, das die Regierung zwar nicht lauthals begrüßte, aber toleriere, wenn derartige Treffen nicht demonstrativ herausgestellt würden. Dasselbe gelte für den Besuch des Grabes des polnischen Priesters Popiełuszko<sup>22</sup>. Auf meinen Hinweis, daß wir hier natürlich auch nichts verschweigen wollten oder könnten, meinte VAM, daß eine Presseberichterstattung über diese Punkte, die nicht überzogen und demonstrativ sei, natürlich nicht ausgeschlossen werde. VAM insistierte sodann von sich aus weiter, nach seinen früheren Gesprächen mit meinem Vorgänger,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 609*

habe auf Reparationen verzichtet, wir seien an das Londoner Schuldenabkommen gebunden. Er stelle nochmals fest, daß die Indiskretion nicht von uns stamme. Er habe in seinen Warschauer Gesprächen gute Übereinstimmung mit VAM Olechowski erzielt. Bevor er habe anfangen können, tätig zu werden, sei die Veröffentlichung gekommen. In dieser Lage könne er niemanden mobilisieren. Er könne nicht mit Leuten sprechen, wenn der Eindruck entstehe, wir müßten im Büßergewand daherkommen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139707. Vgl. ferner den Artikel „Teurer Prüfstein“; DER SPIEGEL, Nr. 20 vom 11. Mai 1987, S. 40f.

<sup>18</sup> Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

<sup>19</sup> Zbigniew Messner.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher hielt sich zuletzt am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch Genschers in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

<sup>21</sup> Am 13. Mai 1987 gab das Bundespräsidialamt bekannt, daß Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 die UdSSR besuchen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 390.

Zum Besuch Weizsäckers, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, vgl. Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>22</sup> Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

Herrn Dr. von Braunschweig, über einen sehr sensiblen Punkt, trotz meiner Absage über Einzelheiten der Besuchsausgestaltung zu reden, zu sprechen. Dies sei der Besuch eines deutschen Kriegsgrabes aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein solcher Besuch wäre in und außerhalb von Warschau für die heutige Bevölkerung von Warschau nach allem, was dort seitens der Wehrmacht geschehen sei, noch immer nicht erträglich. Dagegen wäre ein Besuch eines deutschen Kriegsgrabes aus dem Ersten Weltkrieg möglich. Ein solches Grab befindet sich in der Nähe von Warschau, in Lobitsch. Von sich aus fügte VAM hinzu, die Lage in der Sowjetunion, wo BM Genscher ein Kriegsgrab aus dem Zweiten Weltkrieg habe besuchen können<sup>23</sup>, sei mit der Lage in Warschau nach der Beteiligung deutscher Soldaten an der Niederschlagung des Aufstandes von Warschau nicht vergleichbar.

Ich erwiederte, daß ich nicht in der Lage sei, hierüber zu sprechen. Für die von VAM angesprochenen Fragen gebe es einen Rahmen, in dem wir uns bewegen würden. Es sei nicht unsere Absicht, dabei demonstrativ vorzugehen. Bei der „Welt“ gebe es im übrigen einen neuen Chefredakteur<sup>24</sup>. Hinsichtlich des Besuches eines deutschen Soldatengrabes aus dem Zweiten Weltkrieg bate ich, unser Gespräch als ein Nicht-Gespräch anzusehen. Den mir von ihm vorgetragenen Standpunkt würde ich dem Herrn Bundesminister vortragen. Er wisse, daß dies auch für uns eine sehr schwierige Frage sei.

3) Auf meine Frage nach dem Gesundheitszustand von Botschafter Nestorowicz und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Bonn erklärte VAM, der Botschafter selbst hoffe, in Kürze nach Bonn zurückkehren zu können, seine Ärzte seien aber pessimistischer. Man habe daher Erwägungen über seine Nachfolge angestellt und werde in den nächsten zwei Wochen eine Entscheidung treffen und die Bundesregierung unterrichten.

4) Im Zusammenhang mit den sensitiven Fragen, die einer Lösung zugeführt werden sollen, nannte ich gegen Ende des Gesprächs den Wunsch nach einer Gedenkausstellung aus der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz<sup>25</sup> sowie den Wunsch nach Anbringung einer Gedenktafel an den Kreisauer Kreis in Schloß Kreisau<sup>26</sup>. VAM nahm beide Wünsche zur Kenntnis.

<sup>23</sup> Zum Auftakt seines Besuchs in der UdSSR vom 20. bis 22. Juli 1986 legte Bundesminister Genscher am Vormittag des 21. Juli 1986 in Moskau Kränze auf dem deutschen Kriegsgefallenenfriedhof in Ljubljana und am Grabmal des unbekannten Soldaten nieder. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 208.

<sup>24</sup> Manfred Schell.

<sup>25</sup> Zur Initiative der Bundesregierung, im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz eine ständige Gedenkausstellung der Bundesrepublik einzurichten, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 217.

<sup>26</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 14. Oktober 1985, daß das Vorhaben, in Kreisau eine Tafel zum Gedenken an die Widerstandsguppe „Kreisauer Kreis“ anzubringen, seit 1980 im Gespräch sei. Das polnische Außenministerium habe indes „große Zurückhaltung“ erkennen lassen. Dies gelte auch für das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, „das Anwesen zu restaurieren und dort eine Begegnungsstätte einzurichten“. Ein Schreiben der Stiftung an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom Herbst 1984 sei unbeantwortet geblieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1576; Referat 214, Bd. 133068.

Vortragender Legationsrat Weiß unterrichtete die Botschaft in Warschau am 27. März 1987, wie beim IV. Deutsch-Polnischen Forum vom 21. bis 25. November 1985 in Krakau vereinbart, habe ein wissenschaftliches Kolloquium zum Kreisauer Kreis am 20./21. März 1987 in Bonn stattgefunden: „Trotz negativen Verlaufs hat das Kolloquium immerhin gezeigt, daß die Polen sich jetzt offensichtlich mit der Thematik Kreisauer Kreis ernsthafter und sachlicher befassen als zuvor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 214, Bd. 139766.

- 5) Im Zusammenhang mit dem polnischen Wunsch nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen unterrichtete ich VAM über das geplante Seminar im Aspen Institute, auf dem über Ansatzpunkte für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessierter westlicher Staaten mit Polen gesprochen werden soll.<sup>27</sup> VAM zeigte sich interessiert und sagte zu, Teilnahme polnischer Vertreter zu prüfen, betonte aber ausdrücklich, daß ein solches Seminar nicht das sei, was die polnische Regierung unter einem großen Sprung nach vorne verstehe, wenngleich eine solche Diskussion mit westlichen Partnern nützlich sein könne.
- 6) VAM stimmte der Übergabe von 25 Ausreisefällen und eines Falles der Entlassung aus der polnischen Staatsangehörigkeit durch RL 214<sup>28</sup> an den stellvertretenden Abteilungsleiter Jędrys zu.
- 7) Im Zuge des Gesprächs unterrichtete ich VAM über Stand und Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen.

Richthofen

**Referat 214, Bd. 139716**

**123**

**Aufzeichnung des Botschafters Holik**

**220-371.76 INF-778/87 geheim**

**5. Mai 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung  
 Betr.: Sowjetischer INF-Vertragsentwurf vom 27.4.1987 (liegt dem Original bei<sup>3</sup>)  
 Anlg.: 1 (nur beim Original)

**I. Kurzfassung**

1) Der von der SU am 27. April 1987 in die Genfer Verhandlungen eingebrachte Entwurf eines „Treaty between the USSR and the USA on the elimination of Soviet and US Medium Range Missiles in Europe and on other measures for the limitation and reduction of Medium Range Missiles of the USSR and the USA“

<sup>27</sup> Zum Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 263, Anm. 37.

<sup>28</sup> Christoph Derix.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 5. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ausfertigung 4 ging an StS R[uhfus] über RL 014.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt am 4. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag bzw. zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO im kleinen Kreis (Quint) am 28. April 1987 in Brüssel vgl. auch Dok. 119.

wurde uns am 4. Mai 1987 von der hiesigen amerikanischen Botschaft in einer englischen Fassung zur Verfügung gestellt.

Der Abkommensentwurf gliedert sich in eine Präambel und 13 Artikel.

Nach sowjetischer Auffassung ist der o.g. Entwurf Teil eines Vertragswerkes, das ferner die folgenden Instrumente als integrale, gleichermaßen ratifizierungspflichtige Bestandteile umfassen soll:

- „Agreed Statements and Common Understandings“ (auch dieses Dokument wurde am 27. April 1987 von der SU in Genf eingeführt, es wurde uns ebenfalls von der hiesigen amerikanischen Botschaft überlassen).
- Ein „Memorandum of Understanding“, in dem die „relevanten Daten der dislozierten und nicht dislozierten Mittelstreckenflugkörper und deren Abschussvorrichtungen“ enthalten sind (dieses Dokument wurde noch nicht in die Verhandlungen eingeführt).
- Ein „Protocol on Conducting Inspections“ (noch nicht in die Verhandlungen eingekommen).
- Ein „Protocol on Dismantlement or Destruction“ (gleichfalls in Genf noch nicht vorgelegt).

2) Zusammenfassend ist hervorzuheben:

- Bestimmungen für SRINF sind – anders als im amerikanischen Entwurf<sup>4</sup> – nicht Bestandteil des sowjetischen Vertragsentwurfes.
- Er enthält ferner (ebenso wie der amerikanische Vertragsentwurf) keine Weiterverhandlungsverpflichtung für SRINF, wie sie in Reykjavik<sup>5</sup> vereinbart wurde.
- „Conversion“ als Instrument der Eliminierung ist nicht vorgesehen.
- Ebenfalls nicht vorgesehen ist die Zerstörung der Gefechtsköpfe für LRINF.
- Die Stationierung amerikanischer Systeme in Alaska ist nicht zulässig.
- Die Nichtumgehungsklausel verbietet die Weitergabe von Mittelstreckenraketen oder deren Komponenten (einzelne Stufen, Wiedereintrittskörper, nukleare Gefechtsköpfe) an Drittstaaten.
- Die SU beansprucht das Recht, in Übungsgebiete im europäischen Teil der SU weiterhin eine bestimmte Zahl von SS-20 zu verbringen.
- Die Dislozierungsbeschränkungen für die im asiatischen Teil der SU verbleibenden Mittelstreckensysteme schließen nach Angaben des BMVg<sup>6</sup> nicht aus, daß SS-20 das Territorium der BR Deutschland erreichen können<sup>7</sup>.
- Bei den Verifikationsbestimmungen fehlt das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.
- Die Verifikationsbestimmungen sehen Vor-Ort-Inspektionen in Drittstaaten, in denen amerikanische Mittelstreckenflugkörper disloziert sind, vor.

<sup>4</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>6</sup> Die Wörter „nach Angaben des BMVg“ wurden von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde folgender Passus von Botschafter Holik gestrichen: „sofern sie in Nordsibirien stationiert werden“.

3) Eine Analyse der Präambel, der zentralen Elemente der 13 Artikel des Vertragsentwurfes sowie der „Agreed Statements and Common Understandings“ kommt im einzelnen zu folgenden Ergebnissen:

### III. Die Präambel

1) Die Präambel stellt den Gedanken der weltweiten Abschaffung der Nuklearwaffen in den Vordergrund. Sie verstärkt darüber hinaus den bereits in der Überschrift des Vertragsentwurfes zum Ausdruck gekommenen Eindruck, als handele es sich um ein europaspezifisches und nicht um ein weltweites INF-Abkommen.

In der Präambel heißt es, daß beide Parteien das INF-Abkommen als einen ersten Schritt auf dem Weg der Befreiung Europas von den Nuklearwaffen und als eine wichtige Maßnahme betrachten, die auf die Eliminierung der Nuklearwaffen in der ganzen Welt abziele.

Die Festschreibung der von der SU in der Öffentlichkeit mit Nachdruck erhobenen Forderung eines kernwaffenfreien Europas ist für uns nicht akzeptabel.

2) In der Präambel wird im übrigen Bezug genommen auf die gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärungen vom 8. Januar 1985<sup>8</sup> und vom 21. November 1985<sup>9</sup>. Dabei werden die von AM Shultz und seinem damaligen Amtskollegen Gromyko vereinbarten und beim Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow im November 1985 bekräftigten Verhandlungsziele in unkorrekter Weise wiedergegeben.

Während es in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985 heißt, daß es das Ziel der Verhandlungen sein wird, „ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde selbst zu beenden und zugleich die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken“, liest sich die Präambel wie folgt: Beide Seiten seien geleitet „von dem Ziel, das nukleare Wettrüsten zu beenden und die strategische Stabilität sowohl in Europa als auch außerhalb Europas zu stärken“.

Schließlich beruft sich die Präambel auf die in Reykjavik erzielten Absprachen, die in dem INF-Abkommen implementiert werden.

### IV. Die Artikel

1) Art. 1 nennt das Vertragsziel, wobei wiederum der europäische „Charakter“ des Abkommens hervorgehoben und der Gedanke einer nuklearwaffenfreien Welt betont wird.

Daß es sich bei dem Abkommen um eine Vereinbarung mit weltweit geltenden Bestimmungen handelt (auch der sowjetische Vertragsentwurf selbst enthält zahlreiche und detaillierte Bestimmungen, die sich nicht auf Europa beziehen), geht aus dem Text des Art. 1 überhaupt nicht hervor.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Dort heißt es vielmehr, daß beide Parteien – als ersten Schritt auf dem Weg der vollständigen Befreiung Europas von Nuklearwaffen und als wichtige Maßnahme mit dem Ziel, Nuklearwaffen in der ganzen Welt zu zerstören – ihre Mittelstreckenflugkörper in Europa zerstören und solche Systeme in Europa in Zukunft nicht stationieren werden.

Recht lapidar wird hinzugefügt, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden sollen, Mittelstreckenflugkörper zu begrenzen und zu reduzieren. Eine konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung über die im asiatischen Teil der SU und in den USA verbleibenden Mittelstreckenflugkörper enthält der Vertragsentwurf nicht.

2) Art. 2 nennt die Vertragsgegenstände: Begrenzungen und Reduzierungen sollen angewandt werden auf Mittelstreckenflugkörper und deren Abschußvorrichtungen.

Daraus ergibt sich, daß – wie auch im amerikanischen Vertragsentwurf – die Gefechtsköpfe nicht reduziert und zerstört werden sollen.

3) Art. 3 enthält die folgenden Definitionen:

a) Mittelstrecken-FK<sup>10</sup> werden definiert als landgestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 km (amerikanischer Entwurf: Reichweite zwischen 1800 und 5500 km).

b) Mittelstrecken-FK und ihre Abschußvorrichtungen gelten als disloziert, wenn sie in Dislozierungsgebieten stationiert sind (amerikanischer Vertragsentwurf identisch).

c) Mittelstrecken-FK und ihre Abschußvorrichtungen gelten als nicht disloziert, wenn sie sich außerhalb von Dislozierungsgebieten befinden (amerikanischer Vertragsentwurf: identisch).

d) Als existierende Typen von Mittelstrecken-FK werden genannt die SS-4 und SS-20 bzw. die PII und der Marschflugkörper BGM-109G (amerikanischer Vertragsentwurf: identisch).

4) Art. 4 enthält die Reduzierungsbestimmungen für Europa.

a) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages sollen die dislozierten und nicht dislozierten Mittelstrecken-FK und deren Abschußvorrichtungen, über die die SU und USA in Europa verfügen, eliminiert sein. (Nach dem amerikanischen Vertragsentwurf sollen die Reduzierungen entweder am 31. Dezember 1991 oder innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages abgeschlossen sein.)

b) Die Reduzierungen sollen in zwei Schritten erfolgen (nach amerikanischem Vertragsentwurf in drei Phasen):

– Während der ersten Phase (Dauer: drei Jahre) sollen die bei Inkrafttreten des Vertrags dislozierten Mittelstreckenflugkörper und ihre Abschußvorrichtungen auf beiden Seiten in Europa um 50 % reduziert werden.

Dies würde nach Abschluß der ersten Reduzierungsphase zu ungleichen Obergrenzen sowohl hinsichtlich der Flugkörper als auch der Nukleargefechtsköpfe auf solchen Flugkörpern führen. Legt man die gegenwärtigen Zahlen zugrunde, so ergäben sich folgende Obergrenzen:

10 Flugkörper.

- für die SU in Europa – 135 SS-20-Flugkörper und 56 SS-4-Flugkörper mit zusammen 461 GK,
- für die USA in Europa – 54 P-II-Flugkörper und 104 GLCM-Flugkörper mit zusammen 158 GK.

(Demgegenüber sieht der amerikanische Vertragsentwurf bereits nach Abschluß der ersten Reduzierungsphase gleiche globale Obergrenzen für GK vor, verbunden mit gleichen GK-Obergrenzen für Europa und den asiatischen Landesteil der SU bzw. das Territorium der USA, deren Höhe in den Verhandlungen noch zu vereinbaren ist.)

- Nach Abschluß der zweiten Reduzierungsphase sollen alle dislozierten und nicht dislozierten Mittelstrecken-FK und deren Abschußvorrichtungen in Europa eliminiert sein.

5) Art. 5 nennt die Bestimmungen, die außerhalb Europas gelten sollen.

a) Ziffer 1) von Art. 5 sieht vor, daß fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages die Zahl der im asiatischen Teil der SU bzw. auf dem Territorium der USA dislozierten Mittelstrecken-FK nicht die Zahl dislozierte Mittelstrecken-FK überschreiten darf, „deren Gesamtzahl an Gefechtsköpfen 100 ist“.

Diese Bestimmung dürfte dahingehend zu interpretieren sein, daß – ähnlich wie im amerikanischen Vertragsentwurf – Maßstab für die Zahl der erlaubten Flugkörper 100 GK sind. Die Zahl der Flugkörper ergibt sich daraus, wieviel Flugkörper für diese 100 GK erforderlich sind.

Für die SU würde das beispielsweise bedeuten: 33 SS-20 plus 1 SS-4, für die USA zusammen 100 PII und GLCM.

b) Die Bestimmungen des Art. 4 werden analog auch in Art. 5 angewandt:

- Reduzierung in zwei Phasen, wobei nach Abschluß der Phase 1 (Dauer: drei Jahre) die SU ihre im asiatischen Landesteil gegenwärtig dislozierten SS-20 um 50% reduzieren muß. Dies würde bedeuten, daß drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages die SU im asiatischen Landesteil noch über ca. 85 SS-20 mit insgesamt 255 GK verfügen dürfte.
- Die USA dürften demgegenüber auf ihrem Territorium nur die Hälfte der nach Phase 2 erlaubten GK auf LRINF (= 100), also nur 50 GK auf LRINF stationieren.

6) Art. 6 enthält geographische Dislozierungsbeschränkungen für die außerhalb Europas stationierten Systeme:

- Beide Seiten sollen ihre Mittelstrecken-FK nicht in einer Weise dislozieren, daß sie das Territorium der jeweils anderen Vertragspartei erreichen können;
- die SU verpflichtet sich, ihre Mittelstrecken-FK im asiatischen Landesteil nicht westlich des 80. Längengrades östlicher Länge zu stationieren.

Die erste Bestimmung läuft für die USA auf ein Stationierungsverbot in Alaska hinaus. Die USA haben hierzu bereits erklärt, daß dies für sie nicht annehmbar sei, auch wenn eine Stationierung in Alaska nicht beabsichtigt sei.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze bei den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung am 5./6. September 1986 in Washington; AAPD 1986, II, Dok. 241.

Die zweite Bestimmung würde theoretisch nicht ausschließen, daß SS-20<sup>12</sup> das Territorium der Bundesrepublik Deutschland erreichen könnten.

Deshalb sieht der amerikanische Vertragsentwurf eine Bestimmung vor, daß die SU im asiatischen Landesteil ihre SS-20 nur in einer Distanz von dem Territorium der NATO-Staaten in Europa dislozieren darf, die mindestens so groß sein muß, daß sie der Strecke von Nowosibirsk bis zum nächstgelegenen Punkt auf dem Territorium eines europäischen NATO-Staats entsprechen muß. Dadurch sei, wiederholten amerikanischen Erklärungen zufolge, sichergestellt, daß NATO-Europa mit Ausnahme von Teilen Norwegens und der Türkei nicht von den SS-20 aus Asien erreicht werden kann.

7) Art. 7 sieht folgende Eliminierungsbestimmungen vor:

- Mittelstrecken-FK und deren „launcher“ sowie „associated support structures and equipment“ sollen demontiert oder zerstört werden.
- Die Demontage oder Zerstörung muß in festgelegten Gebieten durchgeführt werden.

Wie zu erwarten, fehlt das Instrument der Umwandlung (conversion), das im amerikanischen Vertragsentwurf neben „destruction“ und „dismantlement“ die dritte Möglichkeit der Reduzierung ist. Dadurch soll die Umwandlung der PII in eine PIb ausgeschlossen werden.

Hervorzuheben ist, daß, ebenso wie im amerikanischen Vertragsentwurf, die Zerstörung der Gefechtsköpfe für LRINF nicht vorgesehen ist, während nach der in Genf unterbreiteten Version des sowjetischen Vorschlags einer SRINF-Null-Lösung die Gefechtsköpfe für SRINF, einschließlich der für die deutschen PIa bestimmten, zerstört werden sollen.

8) Art. 8 enthält ein Entwicklungs-, Test- und Dislozierungsverbot für neue Typen von Mittelstrecken-FK.

Die Modernisierung bestehender Typen von Mittelstrecken-FK wird hingegen keinerlei Beschränkungen unterworfen.

Dadurch wird die Bestimmung des Art. 8 sinnentleert, da die SU sich immer darauf berufen könnte, daß es sich um eine modernisierte Version, nicht aber um die Entwicklung eines neuen Raketentyps handele, wie sie dies bei der SS-25 bereits getan hat.

9) Art. 9 beinhaltet die Nichtumgehungsklausel des sowjetischen Vertragsentwurfes.

Sie legt fest, daß die Vertragsparteien keine Mittelstrecken-FK oder deren Komponenten an Drittstaaten weitergeben dürfen.

In einem „common understanding“ zu diesem Artikel werden die Komponenten als die einzelnen Stufen, die Wiedereintrittskörper einschließlich der Gefechtsköpfe, definiert. Botschafter Glitman hat bei der letzten SCG-Sitzung am 28.4. 1987 die entschiedene amerikanische Ablehnung der Nicht-Umgehungsklausel deutlich gemacht. Sie sei für die USA nicht akzeptabel, da damit ein negativer

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde folgender Passus von Botschafter Holik gestrichen: „wenn sie etwa in Höhe des Polarkreises stationiert würden“.

Präzedenzfall im Hinblick auf die nukleare Kooperation der USA mit GB geschaffen würde.

- 10) Art. 10 enthält die „basic elements“ der Verifikationsbestimmungen.
- a) Ziffer 1 von Art. 10 legt grundsätzlich fest, daß sich beide Parteien zum Zwecke der Überprüfung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen
- nationaler technischer Mittel,
  - Vor-Ort-Inspektionen und
  - „kooperativer Maßnahmen“ (dieser Begriff wird nicht erläutert) bedienen können.
- b) Anschließend heißt es, daß die Verifikationsbestimmungen folgende Elemente umfassen sollen:
- einen umfassenden Datenaustausch;
  - „Beobachtung“, einschließlich der Beobachtung vor Ort, der Reduzierungen der Mittelstreckenflugkörper;
  - die „effektive Beobachtung“ der verbleibenden Mittelstreckenflugkörper, der Abschußvorrichtungen und der „associated support structures and equipment“, „auch durch Beobachtung vor Ort, sofern notwendig“.
- Es fällt auf, daß das Recht auf Vor-Ort-Inspektionen eingeschränkt ist. Vor-Ort-Inspektionen dürfen nur durchgeführt werden, sofern sie notwendig seien. Wann die Notwendigkeit gegeben ist, geht aus dem Vertragsentwurf nicht hervor.
- c) Ziffer 2 von Art. 10 legt u.a. fest, daß die im Memorandum of Understanding genannten Daten fortgeschrieben werden sollen.
- d) Ziffer 3 verpflichtet die Vertragsparteien, die nationalen technischen Mittel der anderen Vertragspartei nicht zu stören (so auch im amerikanischen Vertragsentwurf).
- Ferner ist grundsätzlich die Anwendung von Verschleierungsmaßnahmen verboten. Jedoch sind Verschleierungsmaßnahmen, die in Verbindung stehen mit „einem normalen Training in den Dislozierungsräumen“, gestattet. (Auch der amerikanische Vertragsentwurf sieht ein grundsätzliches Verbot der Anwendung von Verschleierungsmaßnahmen vor, die eben genannte Ausnahmeregelung ist dort ebenfalls enthalten.)
- e) Ziffer 4 enthält Ausführungsbestimmungen zu den Vor-Ort-Inspektionen:
- Grundsätzlich dürfen auf dem Territorium der Vertragsparteien und der Stationierungsländer amerikanischer Mittelstreckenflugkörper Vor-Ort-Inspektionen
  - in Gebieten vorgenommen werden, in denen die Mittelstreckenflugkörper und ihre launcher demontiert oder zerstört werden sollen,
  - in Testgebieten und Militärbasen einschließlich solcher, die sich in Drittstaaten befinden,
  - in Ausbildungsstätten sowie
  - in Lager- und Produktionsstätten, unabhängig davon, ob diese sich in Privatbesitz befinden oder Staatseigentum sind.
- Ferner ist vorgesehen, daß der gesamte Prozeß der Demontage oder Zerstörung an festzulegenden Orten mandatorischen Vor-Ort-Inspektionen unterliegt.

- Schließlich soll auch in den Dislozierungsräumen eine bestimmte, noch zu vereinbarende Anzahl von Vor-Ort-Inspektionen durchgeführt werden dürfen.

Im Gegensatz zum amerikanischen Vertragsentwurf enthält der sowjetische weder

- das Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten noch
- das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.

Es ist zu erwarten, daß die USA darauf drängen werden, die letztgenannten Elemente in die Verifikationsbestimmungen des INF-Vertrages aufzunehmen. Wie weit sich die SU dem widersetzen wird, bleibt abzuwarten. Sie dürfte wohl weniger Einwände gegen das Verbot der Verschlüsselung von Telemetriedaten erheben als gegen das Instrument der mandatorischen Verdachtskontrolle.

11) Art. 11 setzt ein Konsultativgremium analog zur SCC<sup>13</sup> ein (auch im amerikanischen Vertragsentwurf vorgesehen).

12) Art. 12 legt fest, daß der Vertrag in Kraft bleiben wird, bis er durch das Inkrafttreten eines Folgeabkommens ersetzt wird. Dieser Artikel enthält ferner eine Rücktrittsklausel, die nahezu wortgleich ist mit den entsprechenden Klauseln im ABM- und SALT-II-Vertrag<sup>14</sup> (all diese Bestimmungen sind auch im amerikanischen Vertragsentwurf enthalten).

13) Art. 13 legt die Ratifizierungsbestimmungen fest.

#### V. Die „agreed statements“ und „common understandings“

1) Im Anhang zum eigentlichen Vertragsentwurf hat die SU eine Vielzahl von „agreed statements“ und „common understandings“ zu den einzelnen Vertragsartikeln zusammengefaßt. Diese „agreed statements“ und „common understandings“ sollen einen integralen Bestandteil des Vertrages bilden.

Mit diesem Verfahren kehrt die SU zur Praxis des SALT-II-Vertrages zurück, bei dem ebenfalls zwischen beiden Seiten solche Erklärungen außerhalb des Vertragstextes vereinbart und von Präsident Carter und GS Breschnew unterzeichnet wurden.

2) Die „common understandings“ und „agreed statements“ enthalten eine Bestimmung, die für uns unakzeptabel ist.

In einem „agreed statement“ zu Art. IV ist vorgesehen, daß jede Partei über ein Übungsgebiet für Testzwecke und mehrere „educational establishments“ (der Begriff wird nicht definiert) verfügen darf. Diese Einrichtungen dürfen sich nur auf den Territorien der Vertragsparteien befinden, darüber hinaus unterliegen sie keinerlei geographischen Beschränkungen.

13 Standing Consultative Commission.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

In Ausführung dieser grundsätzlichen Bestimmungen beansprucht die SU für sich das Recht, im europäischen Teil der UdSSR das Übungsgebiet in der Nähe von Kapustin Jar (unweit von Wolgograd) aufrechtzuerhalten bzw. über „educational establishments“ im europäischen Teil der SU weiterhin verfügen zu können. Dort sollen „zu jeder gegebenen Zeit“ eine bestimmte, noch zu vereinbarende Anzahl von Mittelstreckenflugkörpern und deren launcher verbleiben dürfen. Die dort befindlichen LRINF-Systeme werden ausdrücklich von den Vertragsbestimmungen der Art. 4 und 6 ausgenommen.

3) Die „agreed statements“ und „common understandings“ umfassen ferner folgende Elemente:

a) Definitionen der im Vertragsentwurf genannten Begriffe wie „ground-launched ballistic missile“, „ground-launched cruise missile“, „launcher“, „deployment area“, „medium-range missile components“.

b) Zählregeln, wie sie auch im amerikanischen Vertragsentwurf, dort allerdings in einem Artikel des Vertrags selbst, enthalten sind.

Wie im amerikanischen Vertragsentwurf sind sie eine Konkretisierung des Grundsatzes, daß Testergebnisse eines Systems ausnahmslos für alle Systeme desselben Typs gelten. (Dieses Prinzip wurde erstmals im SALT-II-Vertrag angewandt.)

c) Festgelegt wird ferner, daß sich die Mittelstreckenflugkörper und deren Abschußvorrichtungen nur in

- den festgelegten Dislozierungsräumen oder
- in Örtlichkeiten wie Produktions- und Lagerstätten, in Übungsgebieten, Reparaturbetrieben etc. oder
- im Transit befinden dürfen.

(Auch der amerikanische Vertragsentwurf enthält entsprechende Bestimmungen.)

d) Festgelegt wird ferner, daß, wie auch im amerikanischen Vertragsentwurf, die nicht dislozierten Mittelstreckenflugkörper und deren launcher nicht eine bestimmte, noch zu vereinbarende Vomhundertzahl der dislozierten Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen überschreiten dürfen.

D 2 i. V.<sup>15</sup> hat mitgezeichnet.

Holik

**VS-Bd. 11361 (220)**

<sup>15</sup> Die Abkürzung „i. V.“ wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.

## Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

**Geheim**

**5. Mai 1987<sup>1</sup>**

**Schriftbericht Nr. 810**

Betr.: INF-Abkommen;

hier: Bedeutung von 100 nuklearen GK auf LRINF in Ostasien und in den USA

Anlg.: 1<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

### I. Entwicklung der Verhandlungspositionen

1) Am 18.11.1981 machte Präsident Reagan nach intensiven Bündniskonsultationen öffentlich den Vorschlag, als Ziel der INF-Verhandlungen den weltweiten Verzicht der USA und der Sowjetunion auf LRINF zu vereinbaren.<sup>3</sup> Von diesem Zeitpunkt an verfolgten die USA trotz aller Variationen der taktischen Verhandlungspositionen als Ziel eine globale Null-Lösung für LRINF.

Die Sowjetunion verschloß sich in ihrer Verhandlungsposition lange einer weltweiten Lösung des LRINF-Problems. Zum ersten Mal wurde allerdings beim „Waldspaziergang-Modell“ faktisch eine weltweite Parität ins Auge gefaßt (allerdings ohne PII).<sup>4</sup>

Noch in ihrem INF-Vertragsentwurf vom 15. Mai 1986<sup>5</sup> klammerte die Sowjetunion die SS-20 im Fernen Osten aus: „Die sowjetische Darstellung wies jede Verbindung ... zu den sowjetischen LRINF-Raketen SS-20 in Ostasien ... als

<sup>1</sup> Der Schriftbericht wurde von Oberst i. G. Loquai, Brüssel (NATO), konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 8. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]“ sowie den Umlauf in Referat 220 verfügte.

Hat Holik und Hartmann am 8. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe und den Legationsräten I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationsrat Brose vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigegefügt. Für die Karte „Soviet SS-20 Missiles Coverage“ vgl. VS-Bd. 11361 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>3</sup> Vor dem Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 62.

Dieser Vorschlag einer Null-Lösung wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungs runde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinski, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

<sup>5</sup> Zu dem am 15. Mai 1986 bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Welt raumwaffen in Genf eingeführten sowjetischen Entwurf für ein INF-Abkommen erklärte der amerikanische Sonderbotschafter Glitman im Ständigen NATO-Rat in Brüssel, dies sei der in Vertragsform gebrachte sowjetische Vorschlag vom 15. Januar 1986: „Er sei weder, wie Sowjetunion behauptet, wichtiger neuer Schritt noch angemessene Antwort auf amerikanische Vorschläge. Er falle in bestimmten Fragen (Geographie, Freeze in Asien, SRINF, Verifikation) sogar hinter bisherige sowjetische

künstlich zurück. Die SS-20 in Ostasien hätten die ausschließliche Funktion, die Sicherheit der UdSSR gegenüber der von den amerikanischen nuklearen Mitteln im Fernen Osten ausgehenden Bedrohung zu gewährleisten, und könnten deshalb nicht in ein Abkommen über Mittelstreckensysteme in Europa eingeschlossen werden.“ (L. Rühl, Mittelstreckenwaffen ..., S. 342<sup>6</sup>)

Erstmals wurden die ostasiatischen Systeme für eine formale Einbeziehung in einen INF-Vertrag von der Sowjetunion im September 1986 außerhalb der Genfer Verhandlungen angeboten. Die Zahl der sowjetischen SS-20 im Fernen Osten sollte danach bei 171 SS-20 eingefroren werden.<sup>7</sup>

Im Gegenzug schlugen die USA der Sowjetunion vor, innerhalb eines Gesamtpakets die Zahl der SS-20 Gefechtsköpfe in Ostasien auf 100, d.h. die Zahl der Systeme auf 33 zu verringern.

Am 11./12.10.86 in Reykjavík<sup>8</sup> wurde dann diese Zahl als Element einer INF-Vereinbarung von beiden Seiten akzeptiert.

2) Die Sowjetunion hat damit eine lange Zeit hartnäckig aufrechterhaltene Verhandlungsposition aufgegeben. Sie hat zugestimmt

- dem globalen Ansatz eines INF-Abkommens,
- einer globalen LRINF-Parität mit den USA,
- einer erheblichen Reduktion der SS-20 in Fernost.

Damit setzte sich die Sowjetunion auch in Widerspruch zu ihrer Argumentation, die sie noch am 15. Mai 1986 vertreten hatte.

Bemerkenswert ist nicht nur das Ausmaß, in dem sich die Sowjetunion der amerikanischen Position genähert hat, sondern auch die Geschwindigkeit, mit der dies erfolgte.

Noch nicht gelungen ist es, das westliche Modell der Null-Lösung, so wie es 1981 formuliert worden war, d.h. die weltweite Null-Lösung, durchzusetzen. Doch sind die derzeitigen Zahlen nicht weit von diesem Modell entfernt. Das amerikanische Ziel, eine gesamte Kategorie von Nuklearwaffen zu eliminieren, wird bei einem Restpotential von SS-20 allerdings nicht erreicht.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 621*

Position zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 711 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 16. Mai 1986; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Botschafter von Well, Washington, übermittelte am 23. Mai 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach trotz der Einschätzung, der sowjetische Vertragsentwurf stelle nur „eine sehr getreue Wiedergabe“ früherer Vorschläge dar, in der amerikanischen Regierung erörtert werde, „ob sowjetischer Entwurf als Arbeitsgrundlage für Genf akzeptiert werden solle. Vorstellung sei, daß von amerikanischer Seite Diskussion des sowjetischen Textes dazu genutzt werden könnte, Sowjets zu Erörterung konkreter Verifikationsregelungen zu veranlassen. Von amerikanischer Seite würden natürlich die Inhalte des amerikanischen Vorschlags vom Februar 1986 in die Textdiskussion eingebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2212; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

<sup>6</sup> Vgl. Lothar RÜHL, Mittelstreckenwaffen in Europa: ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1986.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetischen Expertengespräche über Abrüstung am 5./6. September 1986 in Washington; AAPD 1986, II, Dok. 241.

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

## II. Bewertung der Bedeutung der Restgröße

1) Für die weitere Zielbestimmung der Rüstungskontrollpolitik und die Definition unserer Sicherheitserfordernisse ist es erforderlich, die politische, strategische und betriebswirtschaftlich-organisatorische Qualität der Restgröße von 100 LRINF-Gefechtsköpfen zu bestimmen. Dabei kommt es auch darauf an, sich von verhandlungstaktischer Rhetorik zu lösen und die Qualität auch in die Zukunft hinein zu bewerten.

### 2a) Politisch-strategisch

[1)] Ganz gleich, wo die verbleibenden SS-20 innerhalb der Sowjetunion stationiert sind, werden sie aufgrund der Reichweite des Waffensystems entweder den nordamerikanischen Kontinent oder das Gebiet europäischer NATO-Staaten erreichen können. Geht man von einer Stationierung im Bereich Nowosibirsk aus, so können damit erhebliche Teile NATO-Europas abgedeckt werden (vgl. Anlage). Die in der öffentlichen Argumentation so oft als besonders gefährlich angeführte Verlegbarkeit der SS-20 ist von daher von geringer realer Bedeutung. Um Ziele in Europa abzudecken, braucht die Sowjetunion ihre verbleibenden Systeme nicht nach Westen zu verlegen.

Eine solche Maßnahme könnte sehr schnell identifiziert werden und gäbe so den USA Warnindikationen und Zeit für eigene Gegenmaßnahmen.

Hinzu kommt, daß die Sowjetunion durch eine Westverlegung dieser Systeme keine zusätzlichen Optionen gewinnen würde, die sie durch ihre „operativ-taktischen“ oder ihre strategischen Systeme nicht ohnehin schon hätte, ohne die Nachteile einer Westdislozierung in Kauf nehmen zu müssen.

Andererseits wird der Einsatz der SS-20 von ihrem fernöstlichen Standort gegen Ziele in Europa wohl praktisch kaum von einem Einsatz strategischer Systeme zu unterscheiden sein. Die Sowjetunion müßte jedenfalls damit rechnen, daß dies vom Westen als strategischer Schlag perzipiert wird.

Stellt man diese Gesichtspunkte in Rechnung, so ergibt sich, daß die verbleibenden Systeme der Sowjetunion im Verhältnis zu Europa keine zusätzlichen politischen und strategischen Optionen bieten, insbesondere bilden diese Systeme keine eigenständige eurostrategische Option.

### 2) Im Verhältnis zu Asien

Im Gegensatz zu ihrer deklaratorischen Politik weist das Insistieren der Sowjetunion auf einer Restgröße von SS-20 in Fernost den eigentlichen politisch-strategischen Zweck dieser SS-20 im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn aus. Die SS-20 ist ja nicht nur eine „eurostrategische Waffe“, sondern sie eröffnet auch die Option für die Sowjetunion, ohne Rückgriff auf globalstrategische Systeme Ziele in China, Japan und anderen asiatischen Ländern abzudecken. Damit ist dieses Waffensystem für die Sowjetunion auch im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn ein regionalstrategisches und -politisches Drophpotential, dessen politische Wirkungen gegen Staaten, die nicht oder weniger stark als Westeuropa durch ein Bündnis mit den USA abgeschirmt werden, noch schwerwiegender sein können. Im Verhältnis zu China könnte die SS-20 auch militärisch die Funktion haben, das konventionelle Kräfteverhältnis zu kompensieren.

Die verbleibende Restgröße erhält zwar im Prinzip diese politisch-strategische Funktion, sie reduziert sie jedoch erheblich in ihrem Ausmaß. Insbesondere

gegen die VR China könnte die Sowjetunion, wenn sie nicht auf globalstrategische Systeme zurückgreifen möchte, gegen eine relativ schwache Flugabwehr mit Flugzeugen Nuklearoptionen ausüben.

Welche Bedeutung könnte nun die verbleibende Restgröße von SS-20 für die Sowjetunion im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn haben?

Die Sowjetunion hat asiatische SS-20, die für die Zielabdeckung in Europa lediglich eine zusätzliche Redundanz sind, in eine europäische LRINF-Paritäts-gleichung einbezogen, sie hat ferner die verbleibenden SS-20, die im Verhältnis zu den USA keine zusätzlichen strategischen Optionen eröffnen, in eine Paritäts-gleichung mit den USA eingebbracht. Beides sind Nachteile für die Sowjetunion, wenn man davon ausgeht, daß die asiatischen Systeme primär gegen die asiatischen Nachbarn, insbesondere gegen die VR China, gerichtet waren.

Das Beharren auf einer Restgröße SS-20 kann vor diesem Hintergrund wohl als ein Versuch gedeutet werden, über eine politische Restgröße zu verfügen. Eingesetzt werden könnte dieses politische Potential als Verhandlungsmasse für die Normalisierung der Beziehungen der Sowjetunion zur VR China oder ganz allgemein als Möglichkeit, ihre Eliminierung als ein Zeichen des Bestrebens der Sowjetunion darzustellen, ihre Beziehungen zu asiatischen Nachbarn zu verbessern.

Allerdings kann ein derartiger politischer Einsatz für die Sowjetunion nicht ohne Risiko sein. Die asiatischen SS-20 können auch als politische Hypothek die Beziehungen belasten. Je länger die Sowjetunion diese Systeme behält, desto geringer ist der politische Wert dieser Restgröße. Bei nüchterner Abwägung ihrer politischen Interessen könnte die Sowjetunion zu der Erkenntnis kommen, daß die Eliminierung dieser Systeme zu einem frühen Zeitpunkt ihr im Verhältnis zu ihren asiatischen Nachbarn den größten politischen Profit bringt.

#### b) Organisatorisch-betriebswirtschaftlich

Die Sowjetunion könnte 33 SS-20-Flugkörper behalten. Das sind weniger als normalerweise in der operativ-taktischen Grundeinheit einer Division (45) zusammengefaßt sind. Bezogen auf das Einzelsystem sind die laufenden Kosten für die operative Indiensthaltung bei derart geringen Stückzahlen hoch. Die SS-20 ist heute mehr als zehn Jahre alt, eine vollständige Neuentwicklung dürfte sich für eine so geringe Zahl nicht lohnen. In welchem Maße die erkennbaren Erprobungen von Modifikationen zu entscheidenden Systemverbesserungen führen, ist sehr schwer zu beurteilen.

Geht man davon aus, daß für die Erhaltung des Ausbildungsstandes auch das Üben „eines scharfen Schusses“ erforderlich ist, so wird sich hierdurch die Zahl der Raketen im Laufe der Zeit verringern und mit jeder SS-20 die Zahl der zielfähigen Gefechtsköpfe um drei. Ein Nachbau der verschossenen Raketen wäre unverhältnismäßig teuer; da die USA sich eine solche Option nicht erhalten werden, dürften sie einem Recht der Sowjetunion auf Nachbau kaum zustimmen.

Das heißt, ökonomisch ist die Restgröße teuer. Je länger die SS-20 in Dienst gehalten wird, desto mehr eliminiert sie sich selbst durch Veralterung und Ausbildungsverbrauch. Diesen Überlegungen kann sich die Sowjetunion nicht völlig verschließen.

Hinzu kommt, daß die USA, was die verbleibenden Systeme betrifft, in einer besseren Situation sind. Die USA können 100 Flugkörper behalten. Dies eröffnet

die Möglichkeit der organisatorischen Zusammenfassung in vernünftigen Betriebsgrößen (z. B. umfaßt eine P-II-Brigade 36 Systeme). Außerdem sind die US-Systeme „jünger“ und schon dadurch moderner. Sie können auch von daher länger in Dienst gehalten werden als die SS-20. Zudem ist zu berücksichtigen, daß beim Verschuß für Ausbildungszwecke den USA ein Träger für lediglich einen Sprengkopf verlorenginge. Das heißt, beim angenommenen Verschuß von ca. 20 Systemen, in einer gewissen Zeit verfügen die USA danach noch über 80 Gefechtsköpfe auf LRINF, die Sowjetunion noch über 39. Die USA können ferner durch eine Mischung von Cruise Missiles und PII ein betriebswirtschaftliches und operativ-strategisches Optimum bestimmen.

An dieser Stelle sei auch auf die Frage der Stationierung von Systemen in Alaska eingegangen. Betriebswirtschaftlich wäre eine solche Stationierung teuer, der Aufbau der Infrastruktur und der Unterhalt der Systeme würden hohe Kosten verschlingen. Die dort stationierten Systeme würden den USA keine zusätzlichen Optionen gewähren. Die Frage ist daher von ausschließlich politischer Bedeutung. Ein Verzicht der USA auf die Stationierung in Alaska könnte als implizite Anerkennung der sowjetischen Definition von strategischen Waffen gedeutet werden.

Insgesamt bedeutet dies, daß die LRINF-Restgröße der USA im Verhältnis zu der sowjetischen den höheren Wert hat. Sie belastet nicht die politischen Beziehungen zu Drittstaaten, ist organisatorisch-betriebswirtschaftlich ökonomischer und hat das größere Zukunftspotential. Auch von daher könnte die Sowjetunion ein Interesse daran haben, die Restkategorien in absehbarer Zeit zu eliminieren.

### c) Rüstungskontrollpolitisch

Durch Indiensthalten einer Restgröße von LRINF müssen die Infrastruktur, die Logistik und die Ausbildung für diese Systeme erhalten bleiben. Dies schafft auf beiden Seiten Verifikationsprobleme und Vorkehrungen gegen Vertragsverletzungen, die bei einer globalen Null-Lösung nicht in diesem Ausmaße entstehen würden. Die USA haben ein Modell für technische Vorortüberprüfungen entwickelt, das teuer ist (Installation mehrere 100 Mio. Dollar; laufender Betrieb im Zif-Millionen-Bereich) und nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der Reziprozität seiner Anwendung den USA ein wohl unzumutbares Kontrollregime an Produktionsstätten und logistischen Einrichtungen auferlegen würde. Der Sowjetunion sind diese technischen Vorstellungen der USA noch nicht bekannt.<sup>9</sup>

Es ist nicht auszuschließen, daß die Verifikationsprobleme dazu beitragen könnten, die Sowjetunion zu veranlassen, der Eliminierung der Restgröße von LRINF zuzustimmen.

III. Als Fazit ergibt sich aus den bisherigen Überlegungen: Die Restgröße von 100 LRINF-Gefechtsköpfen schafft der Sowjetunion keine langfristigen, politisch verwertbaren Optionen sowohl im Verhältnis zu den USA und Europa als auch in Beziehung zu ihren asiatischen Nachbarn. Strategisch sind diese Systeme gegenüber Europa kaum von eigenständiger Bedeutung, im asiatischen Rahmen von begrenztem Wert. Organisatorisch-betriebswirtschaftlich ist der Wert des

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter durch Fragezeichen hervorgehoben.

US-Restpotentials, insbesondere in einer längerfristigen Betrachtung, höher anzusetzen als der des sowjetischen, das sich schneller und früher selbst entwirkt. Rüstungskontrollpolitisch kompliziert dieses Restpotential ein praktikables und akzeptables Verifikationssystem in erheblichem Maße.

Aufgrund dieser Bewertung ergibt sich als Folgerung, daß die Sowjetunion schon bald eine Eliminierung dieser Systeme anbieten könnte. Die USA sollten dafür keinen zu hohen politischen Preis zahlen, wenn überhaupt, da der amerikanische Restbestand politisch und betriebswirtschaftlich höher zu bewerten ist als der sowjetische. Ganz unabhängig von diesen Kosten-Nutzen-Überlegungen erscheint es jedoch opportun, daß die USA ihre bisherige Linie als verhandlungstaktische Position im Verhältnis zur Sowjetunion weiterverfolgen, weil sie politisch daraus in mehrfacher Hinsicht Kapital schlagen können.

Hansen

**VS-Bd. 11361 (220)**

## 125

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens**

**6. Mai 1987<sup>1</sup>**

Der *Bundeskanzler* heißt MP Martens herzlich willkommen und erkundigt sich nach der Entwicklung in Belgien.

MP *Martens* legt dar, daß er sich morgen einer schwierigen Abstimmung im belgischen Parlament gegenübersieht. Es handele sich um ein Nachhutgefecht wegen des im Oktober vergangenen Jahres abgesetzten Bürgermeisters von Fournon, der inzwischen zum Beigeordneten gewählt worden sei und, da der vom König<sup>2</sup> ernannte Bürgermeister sein Amt nicht angenommen habe, faktisch nach wie vor der Gemeinde vorstehe. In dieser Sache lägen dem Parlament zwei Anträge vor, davon einer der flämischen CVP, den diese zurückziehen müsse, wenn man nicht in eine Lage kommen wolle, die ihn, Martens, zum Rücktritt zwingen würde.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 7. Mai 1987 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „über Herrn Chef BK“ an Bundeskanzler Kohl geleitet mit der Bitte um „Weisung, ob BM Wörner und BM Genscher Durchdruck des von Ihnen gebilligten Vermerks erhalten sollen“.

Hat Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, am 7. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“ Bezüglich einer Weiterleitung an die Bundesminister entschied Kohl: „Nein.“

Hat Teltschik am 11. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Stabreit am 12. Mai 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100(56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Baudouin.

<sup>3</sup> Botschaftsrat I. Klasse Repges, Brüssel, berichtete am 6. Mai 1987, am kommenden Tag werde im belgischen Parlament über den Antrag der flämischen Christlichen Volkspartei abgestimmt, den amtie-

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei ja eine groteske Lage, wenn man bedenke, daß wir derzeit in der europäischen und in der Weltpolitik vor dramatischen Entwicklungen stünden, und es mehr denn je auf eine Zusammenarbeit der vernünftigen Kräfte ankomme, abgesehen davon, daß Ministerpräsident Martens einer der erfolgreichsten Regierungschefs von Belgien sei.

MP *Martens* erläutert kurz die Lage in seiner Partei. Hieran schließt sich eine Diskussion über die Erfahrungen mit der Trennung des Amtes von Partei- und Regierungschef in beiden Ländern an.

Der *Bundeskanzler* gibt sodann einen Überblick über die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Er erläutert zunächst die Bedeutung der einzelnen bevorstehenden Landtagswahlen.<sup>4</sup> Insbesondere auf Hamburg blicke man mit Spannung, denn hier stelle sich die Frage, ob die seit dem Kriege von der SPD regierte Hansestadt diesmal an die CDU falle oder nach einem wahrscheinlichen Verlust der absoluten Mehrheit der SPD praktisch unregierbar werde.

Die Gesamtlage in der Bundesrepublik Deutschland sei gut. Natürlich spürten auch wir die Auswirkungen der Probleme der Weltwirtschaft, insbesondere des gefallenen Dollar-Kurses. Sorge bereite auch das zunehmende regionale Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen Nord und Süd zeigten. In den Küstenregionen gebe es beispielsweise eine hohe Arbeitslosigkeit zwischen 15 und 18%. Im Raum Stuttgart gebe es 40 000 offene Stellen.

Die Arbeitslosenzahlen seien im letzten Monat um 200 000 heruntergegangen. Aber wir hätten immer noch einen hohen Sockel von über 2 Mio. Arbeitssuchenden. Die Bundesregierung sei fest entschlossen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen. Er denke nicht daran, den Haushalt über 2,3 bis 2,4% hinaus zu erhöhen. Ein wichtiger Impuls werde von dem Steuerpaket ausgehen, das ein Volumen von rund 45 Mrd. DM haben werde.

Sorge bereite auch die Explosion der Gesundheitskosten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler erläutert dies anhand einzelner Zahlenbeispiele und erklärt, es müsse der Versuch gemacht werden, auf eine stärkere Eigenbeteiligung hinzuwirken.

Ein weiteres langfristiges Problem sei die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland, die zu den niedrigsten der Welt zähle. Hieraus ergäben sich gravierende Probleme für die Rentenversicherung, zwar nicht im jetzigen Zeitpunkt, aber spätestens in den Jahren 2015 bis 2020.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 626*

renden Bürgermeister von Voeren, Happart, abzusetzen: „Antrag wird außer von Antragssteller nur von flämischen Sozialisten und flämischer Volksunie unterstützt, nicht aber von Koalitionspartnern und auch nicht von wallonischen Sozialisten. Verwerfung Antrags könnte Sturz der Regierung bedeuten. [...] Zur Abstimmung steht außer dem Antrag der CVP noch ein Antrag der beiden französischsprachigen Regierungsparteien auf bloße Kenntnisnahme und Übergang zur Tagesordnung. Über diesen Antrag muß aus Gründen der Geschäftsordnung zuerst abgestimmt werden. Geht er durch, ist die Regierung gerettet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 248; Referat 203 (202), Bd. 140569.

Am 8. Mai 1987 informierte Repges: „Kammer hat mit Stimmen der Koalitionspartner beschlossen, Antrag CVP zur Kenntnis zu nehmen und darüber zur Tagesordnung überzugehen. Sie hat damit der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 203 (202), Bd. 140569.

<sup>4</sup> Am 17. Mai 1987 fanden in Rheinland-Pfalz Wahlen zum Landtag und in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 138, Ann. 3.

Der Bundeskanzler leitet sodann zu den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik über. Man befindet sich in einem wichtigen weltpolitischen Abschnitt. Er betrachte die Entwicklung in der Sowjetunion mit skeptischer Sympathie, mit Sympathie, weil er Gorbatschow Erfolg wünsche, aber er sei gleichzeitig sehr im Zweifel darüber, ob sich ein Erfolg einstellen werde. Tatsächlich habe sich in der Sowjetunion bisher nicht viel getan, aber man müsse sehen, daß auch verbale Ankündigungen Dinge verändern könnten. Daß es Änderungen gebe, sehe man am besten in den anderen Ländern des Warschauer Paktes. Bedenklich sei allerdings die Art und Weise, wie viele Leute im Westen die Entwicklung beurteilten. Es sei ein Irrtum zu glauben, Gorbatschow wolle wirkliche Demokratie durchsetzen.

Er habe vor wenigen Tagen mit dem sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Murachowskij, der ein enger Freund Gorbatschows sei, gesprochen.<sup>5</sup> Dieser habe ihm beredt die ins Auge gefaßten Veränderungen der sowjetischen Landwirtschaftspolitik geschildert. Er habe große Zweifel, daß diese Veränderungen tatsächlich durchsetzbar seien. Dessen ungeachtet sei die Bundesregierung bereit, im wirtschaftlichen, aber auch im kulturellen Bereich mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, wobei bemerkenswert sei, daß man in Moskau sich sehr um die Beziehungen zu uns bemühe, obschon er selbst gleichzeitig von dort beschimpft werde.

Auf die Probleme der Abrüstung eingehend, erklärt der Bundeskanzler, es mißfalle ihm sehr, daß ein großer Teil der Diskussion unter innenpolitischen Vorzeichen geführt werde. Dies gelte z. B. auch für die britische Premierministerin Thatcher, die vor Wahlen im Juni stehe.<sup>6</sup> Es gelte aber auch für die Vereinigten Staaten, die versuchten, mit Hilfe von Abrüstungsvereinbarungen von Irangate<sup>7</sup> wegzukommen. Dies sei insgesamt nicht gut, denn es gehe hier um schicksalhafte Fragen. Abrüstung sei kein Selbstzweck – wie viele Leute annähmen –, sondern am Ende von Abrüstung müsse es mehr Sicherheit geben.

Der Bundeskanzler weist nachdrücklich darauf hin, daß er immer für eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite gewesen sei. Der jetzt vorliegende Vertragsentwurf<sup>8</sup> müsse noch sorgfältig geprüft werden, aber

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl führte am 4. Mai 1987 ein Gespräch mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij, in dessen Mittelpunkt die bilateralen Beziehungen standen, insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung. Zudem wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle erörtert. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>6</sup> Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

<sup>7</sup> Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 66, Ann. 40.

Botschafter von Well, Washington, berichtete am 30. April 1987: „Am 5. Mai werden die beiden Untersuchungsausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus gemeinsame öffentliche Anhörungen in der Iran-Contra-Affäre beginnen. Die Anhörungen werden sich voraussichtlich bis in den Sommer hinein erstrecken und große Aufmerksamkeit der Medien finden. Für den Präsidenten und die Administration bergen die Zeugenaussagen, insbesondere von Poindexter und North, potentiellen Sprengstoff. [...] An die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse im Sommer werden sich im Herbst die Ergebnisse der Arbeiten des unabhängigen Untersuchungsrichters Walsh anschließen. Auch die Ergebnisse dieser Untersuchungen bergen potentielle Gefahren für die Regierung. Selbst wenn die Regierung mit einem blauen Auge aus den Untersuchungen herauskommen sollte, ist doch mit Beschniedigung ihrer Bewegungsmöglichkeiten bei der Auslandshilfe zu rechnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1962; Referat 204, Bd. 135394.

<sup>8</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

er gehe davon aus, daß man noch in diesem Jahr einen Vertrag über diese Systeme abschließen könne. Nach der Ratifizierung durch den amerikanischen Kongreß voraussichtlich im nächsten Jahr werde man dann fünf Jahre lang die entsprechenden Raketen abbauen, so daß man bis 1994 das Abkommen umgesetzt haben könne.

Eine ganz andere Problematik stelle der Vorschlag dar, die Null-Lösung auch auf Raketen der Reichweite zwischen 500 und 1000km zu erstrecken. Käme es hierüber zu einer Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den USA, so würden sich für uns sehr schwierige Probleme stellen. Es gebe Stimmen in den USA, die im Gefolge einer solchen doppelten Null-Lösung für die Verstärkung und Modernisierung der Systeme unter 500km Reichweite auf westlicher Seite plädierten. Dies würde insbesondere die Bundesrepublik Deutschland treffen, auf deren Territorium diese Systeme stationiert seien. Dies sei für ihn nicht hinnehmbar, denn dann seien wir nicht nur bei den konventionellen Waffen, sondern auch bei den atomaren Gefechtsfeldwaffen singularisiert.

Er wolle noch einmal klarstellen, daß die Bundesregierung im Wort stehe, was die Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite über 1000km betreffe. Bei den Mittelstreckensystemen mit einer Reichweite von 500 bis 1000km müsse man sich auf gemeinsame Obergrenzen einigen. Er sei auch bereit, die Möglichkeit einer Vereinbarung bei Systemen mit einer Reichweite unter 500km zu prüfen. Unter keinen Umständen dürfe aber die Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich singularisiert werden.

Im übrigen wolle er daran erinnern, daß die Sowjetunion bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000km Reichweite unterschiedliche Vorschläge auf den Tisch gelegt habe. So habe Gorbatschow beispielsweise in Prag die Be seitigung dieser Systeme auf Europa beschränkt.<sup>9</sup> Dies sei schon wegen der nach wie vor gegebenen Möglichkeit, Raketen kurzfristig heranzuschaffen, äußerst problematisch. Später habe die Sowjetunion die Pershing Ia der Bundeswehr einbezogen.<sup>10</sup>

Er habe über diese Fragen intensive Gespräche mit dem französischen Premier minister Chirac geführt<sup>11</sup> und werde hierüber Anfang nächster Woche auch mit Staatspräsident Mitterrand<sup>12</sup> sprechen, wobei es zwischen beiden in der Sicherheitspolitik keine Auffassungsunterschiede gebe. Frankreich unterstütze die deutsche Position. Wir stünden ferner in Gesprächen mit den Briten, und er

<sup>9</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl sprach am 3. Mai 1987 in Straßburg mit Ministerpräsident Chirac. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14150 (010).

Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 8. Mai 1987, im Gespräch mit Ministerialdirektor Teitschik, Bundeskanzleramt, am selben Tag habe sich Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen nach Kohls Gespräch mit Chirac erkundigt. Teitschik habe mitgeteilt, „daß Chirac die Null-Lösung, mit der er zunächst Probleme hatte, nicht mehr in Frage stellt. Es ist ein deutsches Verdienst, daß nunmehr alle Europäer die LRINF-Null-Lösung unterstützen. Bei SRINF war Chirac gegen Null. Seine Präferenz sind Obergrenzen, wobei er über Zahlen mit sich reden läßt. Es ist aber klar geworden: Sowohl Mitterrand als auch Chirac tragen jede deutsche Entscheidung in dieser Frage mit.“ Vgl. VS-Bd. 12086 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>12</sup> Bundeskanzler Kohl begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch in Berlin (West) am 11. Mai 1987.

würde es sehr begrüßen, wenn sich auch mit Belgien eine gemeinsame Position finden lasse.

Die Europäer dürften nicht zum Spielball der beiden Weltmächte werden. Dies sei bekanntlich die Furcht von Konrad Adenauer gewesen. Er wolle ausdrücklich sagen, daß er diese Sorge bezüglich des jetzigen amerikanischen Präsidenten<sup>13</sup> nicht habe. Aber man müsse immer daran denken, daß man es bald mit einem anderen Präsidenten zu tun haben werde<sup>14</sup>, und wenn man an 1993/1994 denke, möglicherweise mit dessen Amtsnachfolger. Jetzt komme es darauf an, daß die Europäer ihre Zusammenarbeit verstärkten. Hierbei böten sich konkrete und pragmatische Maßnahmen an. Er könne sich beispielsweise vorstellen, daß man einen integrierten militärischen Verband aufstelle, der französische, deutsche und auch belgische Truppen umfasse.<sup>15</sup>

MP *Martens* erwidert, er sei eigentlich über die derzeitige Entwicklung erstaunt. Als er 1979 Bundeskanzler Helmut Schmidt in Bonn aufgesucht habe, habe dieser prophezeit, die Europäer würden in den nächsten Jahren ausschließlich mit Fragen der Nachrüstung konfrontiert sein.<sup>16</sup> Dann sei es zum NATO-Doppelbeschuß<sup>17</sup> gekommen, den man mit einem großen politischen Kraftaufwand durchgesetzt habe. Schon damals habe er nachdrücklich die Null-Lösung verteidigt.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers verdeutlicht MP *Martens*, daß er selbstverständlich nur eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite im Auge habe. Dabei sei man zunächst davon ausgegangen, daß auch bei einer Null-Lösung beide Seiten immer noch eine begrenzte Zahl von INF-Systemen behielten. Jetzt gehe es buchstäblich um eine radikale Null-Lösung.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, damit habe er kein Problem.

MP *Martens* fährt fort, auch er habe damit kein Problem, soweit es sich um Systeme über 1000 km Reichweite handele. Um es noch einmal zu verdeutlichen: Die belgische Position sei, daß man über die Mittelstreckensysteme größerer Reichweite (LRINF) ein Abkommen schließe, aber gleichzeitig erkläre, daß man nach angemessener Zeit (dans un délai raisonnable) auch über die anderen Bereiche – die Systeme kürzerer Reichweite (SRINF) sowie die chemischen und konventionellen Waffen – verhandeln müsse. Dies entspreche dem, was AM Tindemans seinerzeit im Kabinett dargelegt habe, wobei klar gewesen sei, daß man ein Abkommen über Mittelstreckensysteme mit größerer Reichweite nicht durch ein Junktim habe behindern wollen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, diese Erläuterungen höre er mit großem Interesse. Sein Eindruck sei, daß sowohl die Amerikaner als auch die Sowjetrussen eine Vereinbarung anstrebten, in der beide Fragen – LRINF und SRINF – geregelt

<sup>13</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>14</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade; Dok. 211.

<sup>16</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Martens am 12. Juni 1979 vgl. AAPD 1979, I, Dok. 176.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

werden sollten. Er habe daher Präsident Reagan einen Brief geschrieben, in dem er noch einmal ausdrücklich die Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen über 1000km unterstützt habe.<sup>18</sup> Er sei aber weder für ein Junktim noch für eine Salami-Taktik, die schließlich die derzeitige NATO-Strategie der flexible response<sup>19</sup> in Frage stellen würde.

Auf eine entsprechende Frage von MP Martens erläutert der Bundeskanzler, daß die Pershing I a die Weichselübergänge erreichen könne.

Der Bundeskanzler stellt sodann noch einmal klar, daß er es aus deutscher Sicht nicht akzeptieren könne, wenn wir am Ende des Abrüstungsprozesses nur noch zwei Arten von Systemen hätten: auf der einen Seite die Interkontinentalraketen, über deren Einsatz der amerikanische Präsident entscheide, zum anderen die Gefechtsfeldwaffen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationiert seien.

Der Bundeskanzler plädiert noch einmal für eine möglichst enge Zusammenarbeit der Europäer. Hierin wolle er ausdrücklich Belgien einschließen und direkten Kontakt mit MP Martens halten. Das gelte auch für die jeweiligen Berater.

MP Martens erklärt, er wolle noch einmal die Motive für die belgische Haltung erläutern. Seine Sorge sei, daß man bei einer Null-Lösung im Bereich der Mittelstreckensysteme über 1000km Gefahr laufe, daß sich in allen anderen Bereichen – d.h. bei den Raketen kürzerer Reichweite, den chemischen und konventionellen Waffen – das bestehende Ungleichgewicht noch deutlicher bemerkbar mache. Deshalb hätten sich einige Leute ursprünglich dafür ausgesprochen, daß man ein Abkommen haben müsse, das alle Bereiche umfasse, um eben dieses Ungleichgewicht zu vermeiden. Diese Auffassung habe man sich aber schließlich nicht zu eigen gemacht. Vielmehr sei man zu der Auffassung gelangt, daß man eine Null-Lösung bei den LRINF anstreben solle und zu gegebener Zeit die anderen Fragen im Wege von Verhandlungen regeln müsse. Er stelle fest, daß in diesem Punkt Einvernehmen bestehe. Dies sei auch deswegen wichtig, weil er aufgrund ihm zugegangener Berichte und Informationen den Eindruck gehabt habe, die Bundesregierung wolle alle Fragen gleichzeitig regeln und damit eine Null-Lösung bei LRINF blockieren.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei ganz und gar nicht der Fall. Er trete ohne Wenn und Aber für eine Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen größerer Reichweite ein. Es gebe zwar einige Bundestagsabgeordnete, die andere Vorstellungen in diesem Punkt hätten. Diese teile er jedoch nicht. Er halte sich an das, was er in den Bundestagswahlen<sup>20</sup> versprochen habe.

Im übrigen sei es für ihn kein Dogma, ob in dem ins Auge gefaßten Vertrag auch andere Fragen geregelt werden. Wenn es in der zur Verfügung stehenden Zeit gelinge, eine Vereinbarung über LRINF mit einer Regelung über Obergrenzen bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km zu verbinden, so habe er dagegen nichts einzuwenden. Hierdurch dürfe aber unter keinen Umständen ein LRINF-Abkommen blockiert werden.

<sup>18</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. April 1987 vgl. Dok. 100.

<sup>19</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

<sup>20</sup> Zu den Bundestagswahlen am 6. März 1983 bzw. am 25. Januar 1987 vgl. Dok. 14, Anm. 5 und 6.

Er hätte andererseits gehört, daß die belgische Regierung für eine Null-Lösung auch bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km eintrete. Die entsprechende Information sei ihm noch heute morgen übermittelt worden.

MP *Martens* erwidert, das treffe nicht zu. Die belgische Regierung habe über diese Frage überhaupt noch nicht diskutiert und ihre Haltung in dieser Frage infolgedessen auch noch nicht festgelegt. Er wiederhole daher noch einmal, daß man sich auf belgischer Seite lediglich dahingehend verständigt habe, daß in angemessener Zeit (dans un délai raisonnable) auch über die SRINF verhandelt werden müsse, ohne sich inhaltlich, also hinsichtlich einer Null-Lösung, festzulegen.

Dies sei im übrigen auch nicht denkbar, denn die liberalen Kabinettsmitglieder, insbesondere Vizepremierminister Gol, seien entschieden gegen eine Null-Lösung bei SRINF.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei für ihn eine äußerst wichtige Mitteilung. Er habe bisher davon ausgehen müssen, daß nur Frankreich unsere Position unterstützen. Wenn auch Belgien sich dazugeselle, dann könnte es auch gelingen, die Italiener dafür zu gewinnen, um damit eine europäische Position zu erarbeiten, die man den USA präsentieren könne.

Er wolle allerdings in diesem Zusammenhang offen die Frage stellen, ob Belgien auch bereit sei, die möglichen Konsequenzen aus dieser Haltung zu ziehen. Das bedeute insbesondere, ob Belgien auch entsprechende Systeme in seinem Land stationieren werde, wenn es bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km zu einer Vereinbarung über gemeinsame Obergrenzen komme.

MP *Martens* erwidert, daß in Belgien zur Zeit noch die Stationierung der Cruise Missiles in Gang sei. Man habe bereits 16 Systeme stationiert, müsse also noch 32 Cruise Missiles installieren, für die man derzeit die Infrastrukturmaßnahmen treffe.

Der *Bundeskanzler* stellt folgende Hypothese auf: Man einigt sich auf eine Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen über 1000 km Reichweite, die dann bis 1994 abgezogen würden, und bei den Mittelstreckensystemen zwischen 500 und 1000 km Reichweite einigt man sich auf eine Obergrenze von 80 modernisierten Pershing Ia mit einer Reichweite von 720 km. Er wolle ganz offen die Frage stellen, ob Belgien in diesem Fall bereit sei, 15 solcher Systeme bei sich zu stationieren, wobei 50 modernisierte Pershing Ia in der Bundesrepublik Deutschland und weitere 15 in Italien stationiert würden.

MP *Martens* erwidert, wenn er weiter in seinem Amt bleibe, könne er eine solche Lösung verteidigen. Allerdings werde er mit Sicherheit ähnliche Schwierigkeiten wie bei der Stationierung der Cruise Missiles haben. Das fange in der eigenen Partei an. Völlig ausgeschlossen sei es, eine solche Möglichkeit ins Auge zu fassen, wenn in Belgien eine Regierung unter Beteiligung der Sozialisten im Amt sei. Allerdings würde eine solche Regierung dann auch nicht unter seiner Führung stehen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man müsse sich im klaren darüber sein, daß eine solche Entscheidung von den Amerikanern schon jetzt verlangt werde.

Auf eine entsprechende Frage von MP *Martens* stellt der *Bundeskanzler* klar, daß zur Zeit 72 Pershing Ia in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind.

MP *Martens* erklärt weiter, es sei offensichtlich, daß es sich hier um eine äußerst wichtige Frage – auch für Belgien – handele. Er könne allerdings – auch aufgrund von Umfragen – sagen, daß seine Position zur Zeit im Lande, auch in der eigenen Partei, sehr stark sei. Er hätte immerhin die Schlacht mit den Cruise Missiles gegen die öffentliche Meinung gewonnen, und außerdem könne er in dieser Frage auf die Liberalen zählen.

MP *Martens* erläutert in diesem Zusammenhang das Ergebnis der jüngsten Sozialwahlen in Belgien, bei denen die christlichen Gewerkschaften über ihre sozialistischen Konkurrenten einen beachtlichen Erfolg davongetragen hätten. Dies sei auch ein Politikum, denn die sozialistischen Gewerkschaften hätten diese Wahlen ausdrücklich zum Votum über die Politik der jetzigen Regierung erklärt.

MP *Martens* legt Wert darauf, noch einmal festzustellen, daß es nicht zutreffe, daß die belgische Regierung sich auf eine Null-Lösung bei SRINF festgelegt habe.

Der *Bundeskanzler* begrüßt diese Klarstellung ausdrücklich und spricht sodann mit Ministerpräsident *Martens* ab, wie man gegenüber der Presse argumentieren wolle.

Der *Bundeskanzler* schlägt sodann vor, daß er im Herbst gemeinsam mit Ministerpräsident *Martens* die belgischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland besucht.

MP *Martens* begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich.<sup>21</sup>

Der *Bundeskanzler* schneidet kurz die Frage des Umschuldungsproblems von Zaire an. Präsident Mobutu habe ihn kürzlich aufgesucht und um Unterstützung bei den für den 18. Mai vorgesehenen Verhandlungen gebeten.<sup>22</sup>

MP *Martens* erklärt, auch Belgien unternehme Anstrengungen, um Mobutu zu helfen, wolle aber in dieser Frage keine Initiative ergreifen.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, daß MP *Martens* ihm zu dieser Frage eine kurze Mitteilung zukommen läßt.

MP *Martens* sagt dies zu.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Am 29. September 1987 besuchten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Martens die belgischen Streitkräfte in Köln. Vgl. dazu den Artikel „Martens und Kohl bei Belgiens Soldaten in der Bundesrepublik“; DIE WELT vom 30. September 1987, S. 5.

<sup>22</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu am 4. März 1987 vgl. Dok. 63. Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte in einer Aufzeichnung vom 3. Juni 1987: „Am 18.5.1987 fanden im Rahmen des Pariser Clubs Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, den USA und Großbritannien und einer zairischen Delegation unter Leitung von Finanzminister Nyembo Shabani über die Umschuldung von Zahlungsverpflichtungen des Zaire statt. Die Verhandlungen endeten mit der Unterzeichnung eines Schuldens-protokolls, das folgende Lösung vorsieht: 100 % der Tilgungs- und Zinsrückstände per 31.3.1987, 100 % der Tilgungs- und Zinsfälligkeitkeiten zwischen 1.4.1987 und 14.5.1988 werden umgeschuldet. Betroffen sind Forderungen aus Kreditverträgen mit einer Laufzeit von über einem Jahr und Abschlußdatum vor dem 30.6.1983. Betroffen sind ferner Zahlungsverpflichtungen aus bilateralen Umschuldungsabkommen [...] Rückzahlung in neun Jahren nach sechs Freijahren.“ Ferner wurde dargelegt: „Diese Konditionen bleiben in mehrfacher Hinsicht hinter dem Umschuldungsantrag Zaires zurück, der einen längeren Konsolidierungszeitraum (bis Ende 1988), die Rekonsolidierung auch des Pariser Protokolls vom 15.5.1986 sowie einen Rückzahlungszeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren vorsah.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149451.

Der *Bundeskanzler* geht sodann auf EG-Fragen ein und schlägt vor, daß man vor dem bevorstehenden Gipfel Ende Juni 1987 in Brüssel<sup>24</sup> noch einmal Kontakt aufnimmt. Er wolle alles tun, um MP Martens die Durchführung dieses Gipfels zu erleichtern.

Der *Bundeskanzler* erwähnt sodann die laufenden Agrarverhandlungen und äußert die Bitte, daß der belgische Landwirtschaftsminister<sup>25</sup> auf unsere essentiellen Interessen Rücksicht nimmt, wenn er ein Kompromißpaket schnürt.

MP *Martens* erklärt, er werde in jedem Fall vor dem Europäischen Rat noch mit allen Regierungschefs Kontakt aufnehmen.

MP *Martens* kommt sodann noch einmal auf das Problem der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite zu sprechen. Für ihn stelle sich die Frage, in welchem Gremium man hierüber sprechen soll. An sich böte sich hierfür die NATO an.

Der *Bundeskanzler* erwidert, es sei wichtig, daß man über diese Fragen auf politischer Ebene spreche. Er werde in den nächsten 14 Tagen die Position mit Frankreich abklären – obschon man sich im Prinzip schon heute einig sei. Ihm sei es sehr wichtig, daß Belgien einbezogen werde, denn Belgien habe in den Fragen der Sicherheitspolitik immer eine klare Position eingenommen. Leider sei die italienische Regierung derzeit nur bedingt handlungsfähig.<sup>26</sup> Die Briten seien, nachdem sein maßgeblicher Berater entsprechende Gespräche in London geführt habe, nachdenklicher geworden.

Im übrigen sei es erstaunlich, daß es in den USA Leute gebe, die praktisch die Argumente der Friedensbewegung benutzt haben, die bei der Diskussion über die Nachrüstung auf die Interkontinentalpotentiale hingewiesen hätten. Ebenso erstaunlich sei, daß ein Mann wie Helmut Schmidt dafür plädiere, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken und bspw. die Bundeswehr von 12 auf 15 Divisionen aufzustocken.<sup>27</sup> Dies sei ein absurder Gedanke, denn dann müsse

*Fortsetzung Fußnote von Seite 633*

<sup>23</sup> Mit Schreiben vom 11. Mai 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, legte der belgische Botschafter Van Ussel die Haltung seiner Regierung zur Umschuldung für Zaire dar. Belgien habe „keine Einwände gegen eine Konsolidierung über 18 Monate statt über 12 Monate, d.h. vom 31. März 1987 bis zum 31. September 1988. Belgien ist bereit, eine Deckung von 100 % zu akzeptieren.“ Die Anstrengungen sollten sich auf die Tilgungsfrist konzentrieren, die maximal 15 Jahre, davon sechs tilgungsfreie, umfassen könne. Aus gesetzlichen und budgetären Gründen sei für Belgien jedoch die Gewährung eines Zinszuschusses für die Moratoriumszinsen ausgeschlossen; diese müßten sich weiterhin an Marktkonditionen orientieren. Vgl. Referat 422, Bd. 149451.

<sup>24</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. Juni 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 193.

<sup>25</sup> Paul De Keersmaecker.

<sup>26</sup> Die Botschaft in Rom vermerkte am 8. Mai 1987: „Die Krise des zweiten Kabinetts Craxi, ausgelöst mit dessen Rücktritt am 3.3.1987, ist nach 56-tägiger Dauer am 28.4.1987 erwartungsgemäß mit der Anberaumung vorgezogener Neuwahlen für den 14.6.1987 durch Staatspräsident Cossiga zu Ende gegangen. Ihr letzter Akt war die Vertrauensabstimmung in der Abgeordnetenkammer am 28.4., bei der das gegenwärtig amtierende sechste Kabinett Fanfani eigenem Wunsch entsprechend unterlegen war und daraufhin seinen Rücktritt eingereicht hatte. Es wird kraft Auftrags des Staatspräsidenten als geschäftsführende Regierung bis zur Bildung einer neuen, aus den Wahlen vom 14.6. hervorgegangenen Regierung im Amt bleiben und auch international wichtige Termine wahrnehmen wie die für 8./9.6. angesetzten Weltwirtschaftsgipfel in Venedig.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140513.

<sup>27</sup> In einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ nahm der ehemalige Bundeskanzler Schmidt zugunsten einer doppelten Null-Lösung in einem INF-Vertrag Stellung und widersprach der Argumentation, damit würde der Strategie der flexiblen Antwort der Boden entzogen. Das Ausmaß der sowjetischen Überlegenheit werde übertrieben. Die Streitkräfte Polens, der ČSSR und der DDR seien

man die Wehrpflicht auf 24 oder gar 28 Monate ausdehnen. Außerdem sei ein solches Vorhaben überhaupt nicht zu bezahlen. Hinzu komme, daß eine noch stärkere Bundeswehr psychologisch im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn nicht gut sei.

Es komme jetzt darauf an, die militärpolitische Zusammenarbeit in Europa, vor allem mit Frankreich, aber auch mit Belgien und Italien – und falls dies gewollt werde, mit den Niederlanden – zu intensivieren.

Dies sei auch deswegen wichtig, weil man die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in Richtung auf eine Politische Union heute eher skeptisch beurteilen müsse. Es gebe zwar auch erfreuliche Entwicklungen wie bspw. die, daß Norwegen sich möglicherweise bald der EG anschließen wolle.<sup>28</sup>

MP *Martens* wirft ein, er habe aus einem Gespräch mit der norwegischen Premierministerin Brundtland einen anderen Eindruck gewonnen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, seine Prognose sei, daß die Norweger sich im nächsten Jahr in einem Referendum für einen Beitritt aussprechen würden. Dies werde auch Rückwirkungen auf Schweden haben, wo sich in dieser Frage eine interessante Diskussion anbahne.

Er werde in den nächsten Jahren alles tun, um die Luxemburger Beschlüsse<sup>29</sup> umzusetzen. Dennoch sehe er noch nicht, daß dies in einer politischen Integration münde. Die politische Integration sei aber das entscheidende Ziel. Deswegen solle man jetzt verstärkt bei der militärstrategischen Zusammenarbeit ansetzen.

MP *Martens* stimmt diesen Überlegungen zu.

Der *Bundeskanzler* erklärt abschließend, es sei für ihn außerordentlich wichtig, diese Dinge in seiner Amtszeit voranzubringen, denn er wolle die Entwicklung – auch für die Bundesrepublik Deutschland – irreversibel machen.

#### **Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72**

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 634*

im Fall eines sowjetischen Angriffs „sehr unzuverlässige Hilfstruppen“, die eher „sowjetischer Beobachtung bedürfen, damit sie nicht ihren eigenen nationalen Instinkten und Interessen folgen“. Zudem hätten die konventionellen Streitkräfte der NATO, besonders der Bundeswehr, einen hohen Kampf- und Abschreckungswert: „Er könnte noch beträchtlich gesteigert werden, wenn die konventionellen französischen, deutschen und Benelux-Streitkräfte integriert würden [...]. Auf jeden Fall reichen diese Streitkräfte aber heute schon aus, um eine rationale Kreml-Führung von jedem Gedanken an einen konventionellen Angriff auf Westeuropa abzubringen.“ Vgl. den Artikel „Null-Lösung: Im deutschen Interesse“, DIE ZEIT vom 8. Mai 1987, S. 3.

<sup>28</sup> Botschafter Hofmann, Oslo, berichtete am 26. Mai 1987: „Der Bericht Nr. 61 (das sog. Europa-Weißbuch), den die Regierung am 22.5.1987 dem Storting zugeleitet und der Öffentlichkeit bekanntgemacht hat, ist Ausdruck der Bedeutung, den alle norwegischen Parteien der EG und der europäischen Zusammenarbeit beimessen. Das Europa-Weißbuch war seit Jahren im Gespräch. Alle Regierungen hatten aber bisher gezögert, das Europa-Thema der norwegischen Öffentlichkeit nach dem Referendum von 1972 erneut zur Diskussion zu stellen.“ Auch im Weißbuch werde das Thema EG-Beitritt ausgeklammert: „Das Europa-Weißbuch ist eher eine sachliche Zustandsbeschreibung der EG-Entwicklung und der norwegischen Beziehungen zu Europa denn eine breite Diskussionsgrundlage des Europa-Themas, einschließlich eines norwegischen EG-Beitritts.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 394; Referat 410, Bd. 136035.

<sup>29</sup> Die Einheitliche Europäische Akte wurde am 17. Februar 1986 in Luxemburg bzw. am 28. Februar 1986 in Den Haag unterzeichnet. Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

## 126

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow**

220-371.76 INF-796/87 VS-vertraulich

6. Mai 1987<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: Bundesminister, StS Dr. Sudhoff, D2<sup>2</sup>, D2A i.V.<sup>3</sup>, RL 220<sup>4</sup>, VLR I Dr. Klaiber, VLR Bettzuege, VLR Hartmann als Dolmetscher.

Auf sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender Außenminister Woronzow, Botschafter Kwizinskij, Herr Beljakow als Dolmetscher.

Nach der Begrüßung durch den Bundesminister führt *Woronzow* aus, er sei gebeten worden, dem Bundesminister die Grüße von GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu überbringen. GS Gorbatschow verfolge die Tätigkeit des Bundesministers mit großem Interesse und kenne die Stellungnahmen des Ministers so gut, daß er nicht auf Papiere zurückgreifen müsse. AM Schewardnadse sei sehr daran interessiert, bald ein Gespräch mit dem Bundesminister zu führen. Da der Bundesminister den Bundespräsidenten nach Moskau begleiten werde<sup>5</sup>, könne das Gespräch bei dieser Gelegenheit stattfinden, wenn es nicht bereits früher zu einem Außenministertreffen komme, das die SU in Wien im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle vorschlage.

*Bundesminister* dankt für die Grüße und bittet, sie zu erwidern. Auch er lese die Erklärungen von GS Gorbatschow mit großem Interesse und brauche ebenfalls keine Papiere, um sich an sie zu erinnern. Auch er freue sich auf die Begegnung in Moskau anlässlich des Staatsbesuchs.

Zu dem von Woronzow erwähnten Außenministertreffen stellt Bundesminister die Frage, in welcher Form ein solcher Vorschlag gemacht werde.<sup>6</sup>

*Woronzow*: Auch hierüber wolle er mit dem Bundesminister sprechen. Auf sowjetischer Seite sei man beunruhigt, daß wir noch nicht über konventionelle Waffen verhandelten. Der Westen rede zwar viel von baldigen Verhandlungen, gleich-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. Mai „über Herrn D2A i. V.“ an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11361 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>3</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>4</sup> Rolf Hofstetter.

<sup>5</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>6</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Offenbar bezog sich Woronzow auf den in Prag gemachten Vorschlag Gorbatschows für Ministerkonferenz aller KSZE-Staaten zu Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Wien.“

Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

wohl gebe es diese noch nicht. Die SU sei zur Aufnahme der Verhandlungen bereit und habe bereits Vorschläge unterbreitet und Ideen entwickelt.

*Bundesminister* führt aus, daß die Wiener Mandatsgespräche wichtig seien.<sup>7</sup> In der Perspektive nuklearer Abrüstung erhalte konventionelle Stabilität erhöhte Bedeutung. Es gehe um die Frage, wie Übergewichte, wo sie vorhanden seien, beseitigt werden könnten.

*Woronzow* erwiderst, daß ein Mandat nicht restriktiv sein solle. Man brauche die Möglichkeit, über alles zu verhandeln, was nach nuklearen Rüstungskontrollabkommen übrig bleibe. Man solle nicht lange um die Mandatsfrage „tanzen“, sondern mit den Verhandlungen beginnen.

Der eigentliche Anlaß seines heutigen Besuchs sei es, den Bundesminister und den Bundeskanzler im Auftrag der sowjetischen Führung über die jüngsten Entwicklungen in den Genfer Verhandlungen zu unterrichten.<sup>8</sup> Es gehe hier um Fragen, die unsere beiden Länder gleichermaßen beträfen.

Die jüngste intensive Erörterung des Fragenkomplexes habe anlässlich des Besuchs von AM Shultz in Moskau<sup>9</sup> stattgefunden.

GS Gorbatschow und die sowjetische Führung hätten diesen Besuch als nützlich betrachtet, auch wenn die Sowjets nicht auf alle Fragen Antworten erhalten hätten. Shultz habe gesagt, daß die USA zunächst mit ihren Verbündeten beraten wollten. Dies sei verständlich. Auch die SU habe ihre Verbündeten konsultiert.

Seine wichtigste Aufgabe sei es heute, uns das sowjetische Herangehen an die Probleme näherzubringen, damit wir es besser verstünden. GS Gorbatschow und der sowjetischen Führung gehe es darum, zu einem Durchbruch bei der Beendigung des Wettrüstens zu kommen. Es habe sich so ergeben, daß sich die INF-Positionen beider Seiten so angenähert hätten, daß ein Durchbruch in diesem Bereich möglich sei, ohne daß sich die SU gerade dieses Thema ausgesucht habe. Zum ersten Mal bestehe die historische Möglichkeit, mit der Verschrottung eines Bestandteils der nuklearen Arsenale zu beginnen. Es handele sich um erhebliche Reduzierungen einer wichtigen Komponente der Nuklearwaffenpotentiale, bei der SU um die Verschrottung von 1200 GK, bei den USA um 400 GK. Gemessen am riesigen Gesamtumfang der Nuklearwaffen beider Seiten sei dies zwar nur ein geringer Prozentsatz, aber auch keine Kleinigkeit. Vor allem dürfe man den enormen psychologischen Durchbruch, den ein solches Abkommen zur Folge haben werde, nicht außer acht lassen. Damit würde sich u. a. die praktische Möglichkeit für die Verschrottung der Raketen ergeben. Die bestehende Chance dürfe vor allem deswegen nicht verpaßt werden, weil eine weitere Erhöhung des Rüstungsniveaus das Überleben der Menschheit gefährde. Jetzt gebe es 60 000 Nuklearwaffen, am Ende des Jahrhunderts würden es 100 000 sein.

In diesem Lichte gehe die SU an die Genfer Verhandlungen heran. Mit dem Abschluß eines Abkommens über nukleare Mittelstreckenwaffen, das zu deren

<sup>7</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

<sup>8</sup> Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow führte am 6. Mai 1987 auch ein Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130126.

<sup>9</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

vollständiger Beseitigung in Europa führe, müsse der Anfang gemacht werden. Die USA hätten die Auffassung vertreten, daß hierfür auch das Problem der operativ-taktischen Raketen gelöst werden müsse. Das sei keine Idee der SU gewesen, aber die SU sei zu einer solchen Lösung bereit. Als Shultz diese Frage aufgeworfen habe, habe er eine deutliche Antwort bekommen. Die SU habe erklärt, daß sie, wenn die USA bereit seien, auf diese Waffen zu verzichten, ihrerseits auf diese Systeme verzichten werde. Wenn hingegen nach amerikanischer Auffassung diese Raketen nicht vernichtet werden sollen, dann sollten sie eben nicht vernichtet werden. Der SU gehe es vordringlich um das Zustandekommen eines LRINF-Abkommens. Verschiedene Varianten seien denkbar. Man könne z.B. in einem Mittelstreckenabkommen niederlegen, daß auch die Raketen kürzerer Reichweite vernichtet würden. Möglich sei auch, in einem getrennten Protokoll festzulegen, was wann vernichtet werden solle. Schließlich könne man über die Raketen kürzerer Reichweite auch getrennte Verhandlungen beginnen und festlegen, daß diese zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschließen seien. Zu all dem sei die SU bereit, weil sie den baldigen Abschluß eines INF-Abkommens wolle.

Man habe begonnen, diese verschiedenen Varianten mit den USA zu diskutieren, die dazu aber nicht willens seien, weil sich ihre Verbündeten noch keine Meinung gebildet hätten. Die SU sei bereit abzuwarten, bis sich eine kollektive Meinung der Verbündeten herausgebildet habe. Dabei dürfe man aber den vorgegebenen Zeitrahmen nicht außer Betracht lassen.

Amerikanische Senatoren, die Genf besucht hätten, hätten sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Verhandlungsdelegation gesagt, daß der Senat nur bis Dezember d.J. ein Abkommen zur Ratifikation entgegennehmen könnte, weil dann der Wahlkampf beginne.<sup>10</sup> Wenn das Jahr 1987 ungenutzt verstreiche, müsse man auch 1988 abschreiben, da ein neuer Präsident üblicherweise die ersten neun Monate in Ruhe gelassen werden wolle.

Das sowjetische Interesse beschränke sich nicht auf den INF-Bereich. Der SU liege sehr an einem Abkommen über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Systeme und die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages. Die USA beabsichtigten, in dieser Woche einen Vertragsentwurf über die Halbierung der strategischen Systeme einzubringen.<sup>11</sup> Es gebe aber keine Anzeichen dafür, daß die USA auch einen Vorschlag zur Begrenzung der Weltraumwaffen machen. Gleichwohl begrüße es die SU, wenn die USA einen ernsthaften START-Vorschlag machen würden. Die SU bereite einen eigenen Vertragsentwurf vor. Dieser Entwurf werde die unzertrennliche Verbindung zwischen der Reduzierung strategischer Systeme und der Einhaltung des ABM-Vertrages vorsehen. Wenn die USA bereit seien, über diesen Gesamtkomplex dieses Jahr ein Abkommen abzuschließen, werde es an der sowjetischen Bereitschaft nicht fehlen.

Ein weiterer wichtiger Bereich der Rüstungskontrolle, an den man AM Shultz erinnert habe, sei die Einstellung der Nukleartests. Von sowjetischer Seite seien Verhandlungen über alle Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung atomar-

<sup>10</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>11</sup> Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

rer Versuche vorgeschlagen worden. In diesem Bereich sei der „Enthusiasmus“ von Shultz am geringsten gewesen.

*Bundesminister* dankt für die umfassende Darstellung der konzeptionellen sowjetischen Vorstellungen zur Abrüstung. Er begrüße es, daß die SU zu substantiellen Gesprächen mit den USA über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Systeme bereit sei. Auch dieser Bereich sei für uns sehr wichtig. Wir hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß es eine Wechselbeziehung zwischen Offensiv- und Defensivsystemen gebe. Wir würden es begrüßen, wenn beide Seiten hierüber zu einer Verständigung kämen.

Natürlich gelte dem Mittelstreckenbereich unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir hätten uns gewünscht, daß ein INF-Abkommen bereits zu einem früheren Zeitpunkt zustande gekommen wäre, und träten jetzt dafür ein, daß es so bald wie möglich abgeschlossen werde. Ein solches Abkommen hätte positive Auswirkungen auf die Abrüstung und die Vertrauensbildung.

Die Lösung, wie sie in Reykjavík<sup>12</sup> in Aussicht genommen worden sei und wie sie im amerikanischen Vertragsentwurf<sup>13</sup> ihren Niederschlag gefunden habe, unterstützten wir. Wenn wir zu entscheiden hätten, würden wir für die globale Null-Lösung eintreten.

Er stimme Woronzow zu, daß die Beseitigung einer Waffenkategorie eine neue Dynamik auslösen und den Hoffnungen der Menschen entsprechen würde.

Mit den beiden Vertragsentwürfen<sup>14</sup>, die es zu „verheiraten“ gelte, liege in Genf eine umfangreiche Verhandlungsmasse auf dem Tisch.

Was die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite angehe, so sei der SU bekannt, daß die USA ihren Vorschlag mit ihren Verbündeten abstimmen. Wir fragten uns, warum die SU ihre Vorstellungen nicht in Form eines Vertragsentwurfes präzisiert habe. Er habe sich für eine ernsthafte Prüfung des sowjetischen Vorschlags eingesetzt, die zur Zeit stattfinde.

Die sowjetischen Äußerungen in Genf<sup>15</sup> seien nicht völlig identisch mit dem, was AM Shultz in Moskau gesagt worden sei. Eine Erläuterung hierzu wäre hilfreich.

*Woronzow*: Im Laufe der langen Gespräche von Shultz in Moskau, vor allem mit GS Gorbatschow, habe die SU eine globale Null-Lösung für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite vorgeschlagen, d.h. für die Systeme mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km. AM Shultz habe gesagt, daß diese Variante den USA nicht passe. Die USA müßten über eine Anzahl dieser Systeme verfügen. Deswegen gebe es zwei Vorschläge:

1) Globale Null-Lösung.

2) Null in Europa und eine gewisse Zahl in anderen Teilen der Welt, nach dem Muster der für LRINF ins Auge gefaßten Lösung.

<sup>12</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>13</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>14</sup> Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

Wenn die globale Null-Lösung für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite dem Westen besser passe, bleibe es dabei.

*Bundesminister* bemerkt, daß die USA auch öffentlich gesagt hätten, daß die SU in dieser Frage in Genf von der anlässlich des Shultz-Besuchs in Moskau eingenommenen Position abgewichen sei.

*Woronzow* erwidert, daß die sowjetische Delegation in Genf deutlich gemacht habe, daß es die erwähnten zwei Möglichkeiten gebe.

*Bundesminister* wirft die Frage auf, ob nur amerikanische und sowjetische Systeme betroffen seien. In Moskau sei man sich einig gewesen, daß es sich nur um amerikanische und sowjetische Systeme handeln könne.

*Woronzow*: Soweit es um Raketen gehe, sei dies vollkommen richtig. In der Tat gehe es nur um amerikanische und sowjetische Raketen. Er wisse, warum der *Bundesminister* diese Frage stelle. Von sowjetischer Seite sei nie die Frage der Einbeziehung deutscher Raketen gestellt worden. Diese Raketen seien deutsch. Alles Amerikanische, was zu diesen Raketen gehöre, müsse jedoch beseitigt werden. Die GK für die deutschen Raketen gehörten den USA und müßten vernichtet werden.

*Bundesminister* fragt, ob GK überhaupt Gegenstand der Verhandlungen seien.

*Woronzow* bejaht dies. Man spreche ja auch von 100 GK in Asien und in den USA.

*Bundesminister* führt aus, daß die USA uns unterrichtet hätten, daß die deutsche PI in Moskau nicht angesprochen worden sei.<sup>16</sup>

*Woronzow*: Dies sei richtig. Man habe nur über das gesprochen, was den USA und der SU gehöre. Im Falle eines INF-Abkommens werde die SU 1200 GK beseitigen. Falls die 72 amerikanischen GK für die deutschen PI weiterbestehen würden, würde es auf amerikanischer Seite nicht Null geben.

Er wolle hier noch einmal sagen, daß es keine sowjetische Idee gewesen sei, die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite in ein Abkommen einzubeziehen. Dieses Thema habe der Westen auf den Tisch gebracht. Die SU sei auch zu einem Abkommen ohne eine Lösung dieser Frage bereit. GS Gorbatschow habe bereits die einseitige Verpflichtung übernommen, im Falle einer europäischen LRINF-Null-Lösung die in der ČSSR und der DDR stationierten Systeme<sup>17</sup> nicht nur abzuziehen, sondern zu vernichten. Vielleicht werde eine solche Lösung ausreichen.

*Bundesminister*: Zweck der vom Westen vorgeschlagenen „constraints“ sei es gewesen, einen Aufwuchs durch neue sowjetische Systeme zu verhindern. Der SU sei bekannt, daß wir uns im Augenblick im Prozeß der Meinungsbildung befänden. Dafür seien die beiden von ihm gestellten Fragen von erheblicher Bedeutung. Wenn wir von einer sorgfältigen Prüfung sprächen, sei dies keine leere Formel. Wir nähmen den sowjetischen Vorschlag ernst und würden ihn gründlich prüfen.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz am 16. April 1987 im NATO-Ministerrat; Dok. 115.

<sup>17</sup> Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

Auch das Gebiet der konventionellen Waffen sei für uns von besonderer Wichtigkeit. Bei den chemischen Waffen traten wir für den baldigen Abschluß eines Verbotsabkommens ein, den wir noch in diesem Jahr für möglich hielten.

Er betrachte es als eine positive Entwicklung, daß über die ganze Palette des Kräfteverhältnisses gesprochen werde.

Wir wünschten, daß es 1987 zu einem INF-Abkommen und weiteren Regelungen in anderen Bereichen komme. Dabei machten wir uns über die Komplexität der konventionellen Rüstungskontrolle keine Illusionen.

Wenn man unsere geographische Lage betrachte, werde die erhebliche Bedeutung der Raketen kürzerer Reichweite, auch der unterhalb von 500 km, klar, wo es beträchtliche sowjetische Bestände gebe.

*Woronzow:* Das nukleare Krebsgeschwür müsse aus Europa entfernt werden. Er teile nicht die Auffassung, daß Nuklearwaffen in Europa den Krieg verhinderten. Es sei die menschliche Vernunft, die gegen einen Krieg in Europa spreche.

*Bundesminister:* Vielleicht hätten die Nuklearwaffen dazu beigetragen, die menschliche Vernunft zu schärfen. 1914, wo von einem Gleichgewicht ausgegangen werden konnte, sei es zum Krieg gekommen. Nuklearwaffen führten dazu, daß wir uns bewußt seien, daß wir zum Überleben aufeinander angewiesen seien.

*Woronzow:* Er persönlich habe Angst davor, daß auch nach Tschernobyl<sup>18</sup> die Menschheit von einer weiteren Prüfung nicht verschont bleibe. Er denke an die zufällige Explosion einer Atombombe. Daher lieber jetzt mit der Abrüstung beginnen.

*Bundesminister:* Das wollten wir auch.

Bei der am Gründonnerstag stattgefundenen NATO-Ratssitzung<sup>19</sup> habe er den Eindruck gehabt, daß eine zweite Null-Lösung möglich sei, bei der die deutschen PI in ihrer Gänze nicht erfaßt würden. Daher seien wir über die sowjetische Erklärung in Genf erstaunt gewesen.

Es sei der SU bekannt, daß diese Systeme als Drittstaatsysteme gesehen würden. Im übrigen sei in diesem Zusammenhang auch die enorme sowjetische Überlegenheit im Bereich unterhalb von 500 km zu berücksichtigen.

Er bitte, der sowjetischen Führung zu übermitteln, daß wir die sowjetische Auffassung mit Ernst und Gewissenhaftigkeit prüften.

Er wolle einige allgemeine Bemerkungen anschließen: Den Besuch des Bundespräsidenten in der SU hielten wir für ein bedeutsames Ereignis. Es sei auch ein Fortschritt, daß die Ressortabkommen unterschrieben worden seien.<sup>20</sup> Für

<sup>18</sup> Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

<sup>19</sup> Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16. April 1987 in Brüssel vgl. Dok. 115.

<sup>20</sup> Am 22. April 1987 wurde in Moskau von Bundesminister Riesenhuber ein deutsch-sowjetisches Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Am folgenden Tag wurde von Bundesministerin Süssmuth in Moskau ein Abkommen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 398–402 und S. 403–406.

Am 4. Mai 1987 unterzeichneten Bundesminister Kiechle und der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Murachowskij in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 407–411.

uns gelte, was in der Regierungserklärung<sup>21</sup> stehe. Das deutsch-sowjetische Verhältnis habe eine zentrale Bedeutung. Wir wollten die Ost-West-Beziehungen nicht auf die Abrüstung beschränken. Ernsthafter Dialog und vertiefte Zusammenarbeit kämen auch der Abrüstung zugute. Auf allen Gebieten sollten wir konstruktiv zusammenarbeiten und dafür auch die bilateralen Kontakte nutzen.

Woronzow: Er werde die Worte des Bundesministers an die sowjetische Führung weiterleiten. Er sei sicher, daß sie dort mit großer Genugtuung aufgenommen würden. In Moskau stelle man mit Befriedigung fest, daß nach einer Periode des Stillstands eine Phase aktiver Entfaltung der Beziehungen stattfinde. Der Besuch des Bundespräsidenten und des Bundesministers werde ein wichtiger Schritt sein, dem weitere folgen würden. Im Hinblick auf die Lage in Europa trügen die SU und die Bundesrepublik Deutschland eine große Verantwortung. Daher seien auch die Konsultationen zwischen beiden Ländern besonders wichtig. Er selbst stehe auch in Zukunft für weitere Konsultationen zur Verfügung. Die SU werde jeden Vorschlag, der von deutscher Seite gemacht werde, ernsthaft prüfen. Botschafter Kvizinskij, der „Ehrenmitglied“ der Genfer Delegation geblieben sei, sei ebenfalls zu Gesprächen mit uns bereit.

Für die heute diskutierten schwierigen Verhandlungsfragen müsse eine Lösung gefunden werden und sie werde auch gefunden werden.

Abschließend dankt Woronzow für das interessante Gespräch, dessen Inhalt ihm bei seiner Arbeit helfen werde.

**VS-Bd. 11361 (220)**

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-3460/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 606****Citissime****Aufgabe: 6. Mai 1987, 19.30 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 6. Mai 1987, 19.44 Uhr**

Betr.: Konsultationen im Bündnis über Genfer Verhandlungen US/SU;  
 hier: Sitzung Rats am 6.5.1987 mit Glitman über INF-Verhandlungen

Bezug: DE 3601 vom 6.5.1987 – 220-371.16 INF-781/87 VS-v<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

**I. Zusammenfassung**

1) In seinen einleitenden Bemerkungen kennzeichnete Glitman Verhandlungsatmosphäre als positiv, SU arbeite ernsthaft auf ein Abkommen hin und mache keine unnötigen Schwierigkeiten bei Einzelproblemen. Beide Seiten hätten die Absicht, Verhandlungsrunde<sup>3</sup>, die Glitman als entscheidende bezeichnete, ohne Unterbrechung bis zu einem Ergebnis fortzuführen.

Probleme lägen vor allem in folgenden Fragen:

- Zeitplan für die Reduzierungen,
- verbleibende LRINF-Systeme,
- Verifikation sowie
- SRINF.

Angesichts Umfangs angestrebten Abkommens (rd. 100 Seiten Text), gebe es jedoch noch viel Arbeit. Man brauche Zeit. Geschlossene Haltung Allianz sei jetzt besonders wichtig. Er betonte, daß Bündnis auch nach Abkommen Aufgabe erfüllen müsse, für ausreichende, auch nukleare Abschreckung zu sorgen und die dafür notwendigen Entscheidungen zu treffen.

2) In Aussprache, an der sich alle Bündnispartner beteiligten, plädierten I, NL, NWG, E<sup>4</sup>, GR, DK, KAN, B, TUR und L für eine doppelte Null-Lösung für LRINF und SRINF unter den von Shultz in seinem Schreiben vom 7. April an Außenminister des Bündnisses<sup>5</sup> genannten Bedingungen. Ihre Meinung ließen offen:

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Lohse und Oberst i. G. Loquai, beide Brüssel (NATO), konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationsrat Brose, ferner an Referat 201, Botschafter Holik und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann verfügte.

<sup>2</sup> In Vorbereitung der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. Mai 1987 übermittelte Botschafter Holik der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel eine Sprachregelung. Vgl. dazu den am 5. Mai 1987 konzipierten Drahterlaß Nr. 3601; VS-Bd. 11361 (220).

<sup>3</sup> Am 23. April 1987 wurden die am 26. März 1987 unterbrochenen INF-Verhandlungen im Zuge der siebten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fortgesetzt.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „F.“

<sup>5</sup> Vgl. das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher, das der amerikanische Botschafter Burt am 6. April 1987 übergab; VS-Bd. 11360 (220).

GB (nannte allerdings bereits Kriterien für etwaige Akzeptanz für SRINF-Null-Lösung), F, P und ISL. US äußerte sich zu dieser Frage nicht.

Deutsche PIa wurden von mehreren Bündnispartnern angesprochen. Einigkeit bestand darüber, daß diese Systeme nicht in Verhandlungen einbezogen werden dürften. Kritische Fragen zur Drittstaatenqualität dieser Systeme stellten DK und TUR. Glitman erläuterte und begründete US-Position, die Einbezug dieser Systeme in Verhandlungen nicht zulasse.

Aus einem am 5. Mai mit Woronzow geführten Gespräch hat Glitman Eindruck gewonnen, daß sowjetische Position hinsichtlich Globalität SRINF-Lösung nach wie vor die sei, wie sie Gorbatschow Shultz in Moskau<sup>6</sup> vorgetragen habe (globale Null-Lösung für SRINF). Die davon abweichenden SRINF-Überlegungen von Obuchow in Genf<sup>7</sup> habe Woronzow als sowjetischen Versuch bezeichnet, auf Reaktion von Shultz und der Bündnispartner einzugehen. (Woronzow: „Base your response on the offer you got in Moscow.“)

Hinsichtlich Dringlichkeit Bündnisentscheidung bestand Übereinstimmung, daß sich Allianz angesichts Schwierigkeit und Bedeutung Fragen notwendige Zeit nehmen müsse. Allerdings gebe es hier Grenzen schon wegen Erwartungshaltung in Öffentlichkeit. Es dürfe auch nicht Eindruck entstehen, als ob Bündnis nicht entscheidungsfähig sei. KAN, NWG und B drängten auf baldiges Ergebnis und sahen gewissen Zeitdruck.

## II. Glitman im einzelnen

- 1) Er wertete es als positiv, daß SU Bereitschaft gezeigt habe, eine Reihe von Formulierungen aus dem US-Entwurf<sup>8</sup> zu übernehmen.
- 2) Ein eher geringfügiges Problem sei Frage der Struktur Abkommens. US wünschten ein umfassendes Abkommen mit drei zusätzlichen Teilabkommen für Daten, Eliminierung und Verifikation, während SU ein kurzes, der Öffentlichkeit präsentierbares Basisabkommen mit technischen Anlagen vorziehe.<sup>9</sup>
- 3) Ausführlich sprach Glitman Problem verbleibender LRINF-Systeme an, d. h.
  - von sowjetischer Seite weiterhin zu nutzen gewünschte Produktionsstätten sowie Ausbildungs- und logistische Einrichtungen in Europa. Dieser Wunsch erfordere Anwesenheit gewisser Anzahl von SS-20 in Europa. Glitman habe auf gleiches Recht für US bestanden, falls SU diese Forderung aufrechterhalte.
  - Forderung SU, daß Stationierung so erfolgen müsse, daß durch verbleibende Systeme Territorium Vertragspartner nicht erreicht werden könne.
  - Verifikation von SU gewünschter Modernisierungsmöglichkeit, wenn gleichzeitig Neuentwicklungen verboten seien (wo hört Modernisierung auf und wo beginnt Neuentwicklung?).
  - Interessen Bündnisses am ehesten gerecht werdende Stationierung in Asien. Glitman sagte, wegen der Reichweite SS-20 sei indessen kein Stationierungs-

<sup>6</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

<sup>7</sup> Vgl. die Äußerungen des stellvertretenden Leiters der sowjetischen INF-Delegation in Genf, Obuchow, vom 28. April 1987; Dok. 119.

<sup>8</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>9</sup> Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

platz denkbar, von dem aus kein Bündnispartner oder Japan getroffen werden könnte.

- Verpflichtung zu Follow-on-Verhandlungen.

Woronzow habe in erwähntem Gespräch allerdings angedeutet, daß in Frage Beibehaltung dieser Systeme SU noch nicht das letzte Wort gesprochen habe. Problem sei auch Frage der Bewertung durch internationale Öffentlichkeit. Glitman meinte, Bündnis, aber auch China und Japan sollten Druck auf SU verstärken, in dieser Frage nachzugeben. Mehrere Partner unterstützten diese Auffassung.

4) Bei Verifikation bestünden folgende Hauptprobleme hinsichtlich Vor-Ort-Inspektion:

- SU möchte Test- und Ausbildungsstätten einbeziehen,
- US verlangten diese zur vorherigen Datenverifikation,
- US verlangten Verdachtsinspektion.

5) Zur Haltung SU zu SRINF erklärte Glitman, er glaube, daß sowjetische Absichten auf globale Null-Lösung zielten. Woronzow habe auch Kampelman gesagt, Grund für Abweichung von Gorbatschows Vorschlag gegenüber Shultz durch Obuchow in Genf sei gewesen, auf Bedenken von Shultz und der Verbündeten der US einzugehen. SU wäre auch damit einverstanden, wenn SRINF in Abkommen überhaupt nicht behandelt würden. Glitman habe betont, es könne nur globale Null-Lösung oder gleiche globale Obergrenze geben. Einbeziehung PIa sei ausgeschlossen. US hätten im übrigen aufgrund sorgfältiger Recherchen festgestellt, daß SU in bisheriger Verhandlungsgeschichte PIa niemals erwähnt habe. Es sei erkennbar, daß SU sich hier in günstiger Verhandlungsposition zu befinden glaube und gelassen auf Antwort Bündnisses warten könne.

III. 1) Aus Aussprache wird zusätzlich zu I. 2) folgendes festgehalten:

#### SRINF

I: Zum Ausgleich der Scud-Bedrohung sollten PIa einsatzbereit gehalten werden („keep operational“).<sup>10</sup> Dies sei allerdings eine von Bundesregierung zu treffende Entscheidung.

GR: Es sei mit bisheriger Bündnispolitik nicht vereinbar, Null-Lösung für SRINF abzulehnen. Andere Position würde in Öffentlichkeit nicht verstanden werden. Es dürfte auch keine zusätzlichen Nuklearwaffen geben.<sup>11</sup>

Auf Frage F erläuterte Glitman, bei SRINF über Null sei SU mit folgenden Lösungen einverstanden:

- globale Null-Lösung,
- gleiche Anzahl (wie viele noch offen) von Systemen in SU (Asien) und USA,
- Nichtbehandeln Themas.

Nicht akzeptabel sei für SU vertragliche Lösung, mit der amerikanische SRINF-Nachrüstung legitimiert würde.

<sup>10</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

<sup>11</sup> So in der Vorlage.

2) Auf die von DK und TUR gestellten kritischen Fragen zur deutschen PIa (Sind diese überhaupt Drittstaaten-Systeme? Gibt es mehr als drei Nuklearmächte im Bündnis?) warnte Glitman vor Gefahr, gelöstes Drittstaaten-Problem erneut durch Erörterung dieser Fragen gegenüber SU aufzuwerfen. Etwa ein Drittel bisheriger Verhandlungszeit habe man dafür gebraucht, um entsprechende Ansprüche SU abzuwehren. Er wies auf schwerwiegende, in allen Einzelheiten noch gar nicht absehbare Konsequenzen hin, falls man auf sowjetische Forderung für PIa einginge (britische Trident, Flugzeuge mit Doppelrolle).

3) GB wiederholte Voraussetzungen, die für Annahme einer Null-Lösung für SRINF gefordert werden müßten:

- Einbeziehung SS-23,
- globale Lösung,
- ausreichende Verifikation,
- einheitliches Abkommen für beide Bereiche,
- Ausschluß von Drittstaatensystemen,
- keine weiteren Abrüstungsschritte für Systeme unterhalb von 500km (SS-23), solange konventionelle Stabilität nicht hergestellt ist und CW-Abkommen geschlossen wurde.

E erwähnte in diesem Zusammenhang, daß Karpow in Madrid gesagt habe, falls die Scud in Verhandlungen einbezogen werden sollten, würde dies Einbeziehung der amerikanischen nicht-nuklearfähigen Flugzeuge erfordern.<sup>12</sup>

4) GB äußerte ferner, wenn Bündnis entscheiden sollte, PIb zu stationieren, müsse diese Entscheidung durchgeführt werden, und sie könnte nicht später zugunsten einer Null-Lösung aufgegeben werden.

5) Auf entsprechende Frage wies Glitman darauf hin, daß es auch im WP sowjetische Sprengköpfe auf Systemen von nicht-sowjetischen Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten gebe (z.B. Scud). Woronzow habe hinsichtlich der PIa gesagt, daß diese für die SU keine Bedeutung hätten, solange die US dafür keine Sprengköpfe bereitstellten. GB erwähnte aus Konsultationen mit Bessmertnych, dieser habe bemerkt, die PIa sei kein Problem, wenn sich Verhandlungen auf das beziegen, was beide Seiten besäßen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow führte am 27. April 1987 Gespräche im spanischen Außenministerium und Ministerpräsidentenamt. Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 30. April 1987, laut Informationen des Außenministeriums habe sich Karpow „sehr hart und kritisch gegenüber den USA geäußert, die Europäer dagegen eher geschont“. Details über den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag habe Karpow nicht mitgeteilt, den amerikanischen Verzicht auf LRINF-Stationierung in Alaska jedoch als sowjetische Bedingung für das Abkommen bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 427; Referat 220, Bd. 144767.

<sup>13</sup> Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Bessmertnych führte am 29. April 1987 in London Gespräche mit Premierministerin Thatcher und Staatsminister Renton. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete, laut britischem Außenministerium habe Bessmertnych den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag erläutert: „SU hätte bestätigt, daß Pershing Ia bei den SRINF einbezogen werden müßten und trotz der britischen Einwände, die u.a. darauf abzielten, daß es schwierig sei, auch Teile von Systemen in die Verhandlungen mit einzubeziehen, daran festgehalten. Allerdings sei auch gewisses Verständnis für westliche Position erkennbar gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 784; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

Diese Position bestätigte Bessmertnych auch bei seinem Besuch in Ottawa am 1. Mai 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 290 des Botschafters Behrends, Ottawa, vom 7. Mai 1987; Referat 201, Bd. 143359.

## 6) Verbleibende LRINF-Systeme

Bündnispartner stimmten US zu, daß Ziel globale Lösung sein müsse, daß Abkommen an dieser Forderung jedoch nicht scheitern dürfe. Auf Frage nach sowjetischen Motiven für Beibehaltung erklärte Glitman, hierfür gebe es keine militärischen oder strategischen Begründungen. Die entsprechenden sowjetischen Behauptungen (Ausgleich gegen US-Basen im Pazifik und Flugzeugträger) seien „lächerlich“. Die wirklichen Gründe seien politischer Natur: Druckmöglichkeit gegenüber China und Japan. Die von E, KAN, B, GB und NL erwähnten Einlassungen von Karpow, Bessmertnych und Rodionow in jeweiligen Hauptstädten stützen diese Bewertung.<sup>14</sup> Lediglich in Madrid hat Karpow noch Korea erwähnt, allerdings nicht China.

7) Ich habe mich gemäß Bezugsweisung geäußert. Einschlägige Fragen waren bereits von Glitman beantwortet worden.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 11361 (220)**

## 128

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington**

**11. Mai 1987<sup>1</sup>**

Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Verteidigungsminister Weinberger, Dr. Iklé, Richard Perle, Frank Gaffney.

Auf deutscher Seite nahmen teil: BM<sup>2</sup>, VLR I Dr. Jansen, VLR I Chrobog, VLR I v. Moltke, VLR I Weber, VLR Elbe.

BM erkundigte sich nach der Einschätzung der Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> durch Verteidigungsminister Weinberger.

<sup>14</sup> Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich anlässlich der kanadisch-sowjetischen Abüstungskonsultationen am 5./6. März 1987 in Ottawa auf. Botschafter Behrends, Ottawa, teilte mit, laut kanadischem Außenministerium habe sich Karpow primär zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf geäußert. Offenbar sei die sowjetische Haltung zu SRINF noch nicht festgelegt. So habe Karpow einerseits davon gesprochen, die sowjetischen SS-12 und SS-23 würden aus der ČSSR und der DDR abgezogen, andererseits davon, daß sie in die Zerstörung der LRINF eingeschlossen werden könnten. Vgl. dazu den Drahbericht Nr. 149; Referat 213, Bd. 143562.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 12. Mai 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 11. Mai 1987 in den USA auf. Dort führte er auch Gespräche mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, dem amerikanischen Außenminister Shultz sowie Mitgliedern des Senats und Repräsentantenhauses. Vgl. dazu den von Ministerialdirigent von Ploetz am 13. Mai 1987 gefertigten Sprechzettel für die Kabinettsitzung am folgenden Tag; Referat 204, Bd. 135400.

<sup>3</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf vgl. Dok. 127.

Weinberger erwiderte, er stimme mit dem Präsidenten überein, eine globale Null-Lösung bei den LRINF anzustreben. Andernfalls gebe es keine Ausgewogenheit. Wenn auf jeder Seite 100 Systeme blieben, müßten die amerikanischen Systeme in Alaska stationiert werden, was finanziell aufwendig sei. Für einen solchen Fall könne mit einer Mittelzuweisung durch den Kongreß erst nach fünf Jahren gerechnet werden. Ein Recht zur Dislozierung bedeute noch nicht, die Dislozierung vollziehen zu können, da sie mit Kosten verbunden sei. Wegen des unterschiedlichen politischen Systems habe es die Sowjetunion in dieser Hinsicht leichter. Dies sei ein wichtiger Aspekt.

Vorrangiges Ziel der SU sei es, die Pershing II loszuwerden, denn allein die Pershing II stelle eine wirksame Bedrohung sowjetischen Territoriums dar. Aus diesem Grund sei die SU zu Zugeständnissen bereit. Hier ergebe sich ein Ansatzpunkt, eine Verbindung zu anderen Rüstungskontrollabkommen herzustellen. Wenn die Bedrohung durch die Pershing II eliminiert sei, werde das sowjetische Abrüstungsinteresse nachlassen. Der Westen solle sich daher bemühen, für die Aufgabe der Pershing II so viel wie möglich zu erreichen und solle insbesondere auf einer globalen Lösung bestehen.

BM äußerte seine grundsätzliche Präferenz für eine globale LRINF-Lösung, betonte aber, mit der angestrebten Vereinbarung auf der Grundlage der Reykjavik-Prinzipien<sup>4</sup> leben zu können.

Weinberger führte aus, daß es zu SRINF noch keine offizielle Position der Administration gebe. Dies habe ihm der Präsident bestätigt. Er selbst würde Gleichheit auf einem anderen Niveau als Null vorziehen. Der Präsident beabsichtige nicht, auf eine frühe Entscheidung zu drängen. Er werde das Thema bei dem Treffen der Verteidigungsminister in Oslo<sup>5</sup> ansprechen. Er habe Verständnis für die deutschen Bedenken hinsichtlich der Singularisierung der Bedrohung.

BM stellte die Entwicklung im LRINF-Bereich als einen großen Erfolg der gemeinsamen Haltung in der Vergangenheit heraus. Hinsichtlich der SRINF müsse zwischen den Systemen mit einer Reichweite zwischen 150 bis 500 und solchen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km unterschieden werden. Die Bundesregierung prüfe zur Zeit sehr sorgfältig die Lösungsmöglichkeiten im SRINF-Bereich.<sup>6</sup> Die amerikanische Seite solle nicht auf eine frühe Entscheidung drängen. Wir brauchten Zeit zur Prüfung des Problems. Es gehe auch darum, die Auffassung anderer Partner einzuholen und ein klares Bild über die Vorstellungen der SU zu erhalten, die sich zu diesem Thema bisher unterschiedlich geäußert habe. BM erläuterte die unterschiedlichen Positionen von

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>5</sup> Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

<sup>6</sup> Bei einem Koalitionsgepräch führender Politiker von CDU, CSU und FDP am 6. Mai 1987 konnte keine Einigung hinsichtlich der Haltung der Bundesregierung zur doppelten Null-Lösung für INF längerer und kürzerer Reichweite erzielt werden. Vgl. dazu den Artikel „Wechselnde Mehrheit im Streit über die Null-Lösung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1987, S. 1 f.

In der Debatte des Bundestags am 7. Mai 1987 wurden die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung deutlich. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 10. Sitzung, S. 524–565.

Gorbatschow, Obuchow und Woronzow hinsichtlich der Obergrenzen im SRINF-Bereich und der Einbeziehung der PIa. BM wies auf die Entscheidung der Minister vom 30.9.1986 hin, die Folgeverhandlungen für Systeme im Reichweitenband von 150 bis 500km vorseehe.<sup>7</sup> Ohne der endgültigen deutschen Position vorzugreifen, könne er jetzt schon feststellen, daß eine Null-Lösung für Europa im SRINF-Bereich nicht annehmbar sei. Hinsichtlich der Einbeziehung der PIa habe Woronzow bei seinem Besuch am 6.5. eine gewisse Flexibilität gezeigt.<sup>8</sup>

BM fragte Weinberger, ob eine Trennung der Verhandlungsbereiche LRINF und SRINF möglich sei, ob Folgeverhandlungen möglich seien.

Weinberger führte hierzu aus, daß es noch keine endgültige Position der Administration gebe. Da es der SU um die Beseitigung der Pershing II gehe, müsse man berücksichtigen, daß ein LRINF-Abkommen dann ihr Interesse an einer SRINF-Lösung wegnehme. Es sei zu erwägen, ein LRINF-Abkommen erst nach einer SRINF-Einigung zu unterzeichnen.

Weinberger betonte erneut die Notwendigkeit, die Chance einer globalen Null-Lösung im LRINF-Bereich zu ergreifen. Hinsichtlich der SRINF gebe es die Möglichkeit, daß jede Seite 80 Systeme behalten könne. Die SU werde nicht mehr bereit sein, mit sich reden zu lassen, sobald die Pershing II beseitigt worden sei. Die Pershing II sei somit ein Mittel, die Sowjets am Verhandlungstisch zu halten.

BM erkundigte sich nach der Einschätzung des Prozesses der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa.<sup>9</sup>

Weinberger führte aus, daß er sich frage, welcher Anreiz für die SU in diesem Bereich bestehe. In jedem Fall müsse konventionelle Rüstungskontrolle zu asymmetrischen Reduzierungen führen. Es gehe darum, möglichst viele „links“ herzustellen, bevor das Hauptinteresse, nämlich die Beseitigung der Pershing II, befriedigt sei. Dies sei jedoch nicht die vorherrschende Meinung in Washington.

BM stellte die Frage, wie wir mit dem Prozeß der konventionellen Rüstungskontrolle beginnen sollten.

Weinberger führte aus, daß er den KSZE-Rahmen nicht für ein gutes Format der Verhandlungen halte. Er bedauere die französische Position. Ein Staat wie Albanien dürfe nicht bei Verhandlungen über Sicherheit mitbestimmen können. (BM warf ein, daß Albanien nicht am KSZE-Prozeß teilnehme.) Nur Block-zu-Block-Verhandlungen würden den richtigen Rahmen herstellen. Andernfalls habe man keine Kontrolle über den Verhandlungsablauf. Die Argumente Frankreichs hätten ihn nicht überzeugt.

BM betonte leichte Präferenz für die französische Position. Wir könnten jedoch mit beiden Ansätzen leben. Es müsse jedoch in jedem Fall eine Situation vermieden werden, daß diese Streitfrage die Verhandlungen blockiere, da man sich anderenfalls dem sowjetischen Vorwurf aussetze, Fortschritte in der Sache zu verhindern.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 30. September 1986 vgl. Dok. 84, Ann. 21.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

<sup>9</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

Weinberger wies darauf hin, daß bloße Streitkräftereduzierungen große Schwierigkeiten für die Verifikation aufwerfen. Die SU könne ohne weiteres 100 000 Soldaten zu Bauern machen und umgekehrt.

BM wies darauf hin, daß wir bei Streitkräftereduzierungen demobilisieren müßten.

Weinberger bezeichnete die 330 000 amerikanischen Soldaten in Europa als ein Schlüsselproblem. Reduzierungen müßten in jedem Fall asymmetrisch erfolgen. Bei der Reduzierung von Waffen müsse auf die militärische Effektivität solcher Schritte abgestellt werden; sie dürfe nicht dazu führen, daß die SU überalterte Panzer ausmustere und ihre hochmodernen Panzer behalte. Man müsse wirkliche Reduzierungen anstreben. Allerdings müsse auch die Frage gestellt werden, wieviel wirksame Abschreckung übrig bleibe. Bei der konventionellen Rüstungskontrolle sei es auch erforderlich, die Unterschiede in den politischen Systemen zu berücksichtigen.

BM erkundigte sich nach den Aussichten eines Abschlusses eines CW-Abkommens.<sup>10</sup>

Weinberger zeigte sich besorgt über das Ungleichgewicht bei den chemischen Waffen, insbesondere aber über die sowjetischen CW-Kapazitäten.

BM wies darauf hin, daß uns die CW-Bedrohung mit großer Sorge erfülle, da wir schließlich unmittelbar betroffen seien; wir konzentrierten uns daher auf den baldigen Abschluß eines CW-Abkommens in Genf.

Weinberger erinnerte daran, daß Vizepräsident Bush 1984 einen amerikanischen Vertragsentwurf für ein CW-Abkommen in Genf eingeführt habe.<sup>11</sup> Chemische Waffen seien ein sehr emotionaler Gegenstand in den USA. Es falle schwer, Mittel zu beschaffen; dies gelte sowohl für die Zerstörung alter als auch für die Beschaffung neuer binärer Waffen. Er wies noch einmal auf die deutliche sowjetische Überlegenheit im Bereich chemischer Waffen hin.

BM erkundigte sich nach den Aussichten von Rüstungskontrollvereinbarungen.

Weinberger führte aus, daß es ein LRINF-Abkommen noch in diesem Jahr geben könne und daß die SRINF-Frage in Grundzügen geregelt werden könne. Den Abschluß eines CW-Abkommens halte er nicht für wahrscheinlich.

BM erkundigte sich nach dem Zeitplan für ein INF-Abkommen.

Weinberger sagte, daß es keinen Zeitplan gebe. Er gehe davon aus, daß die Demokraten ein INF-Abkommen nicht blockieren würden. Die amerikanische Seite stünde nicht unter Zeitdruck und übe auch keinen solchen Druck aus. Es gehe darum, eine gemeinschaftliche Position mit den Alliierten zu finden. Dies werde sicherlich nicht so lange dauern, wie es nötig sei, „to reach a Japanese consensus“. Weinberger wies abschließend noch einmal auf die Notwendigkeit hin, eine ausreichende Abschreckung beizubehalten zu müssen.

#### Referat 204, Bd. 135400

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA vom 18. April 1984 für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

214-321.11 TSE

12. Mai 1987<sup>1</sup>

Von BM noch nicht gebilligt.

Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 13. Mai 1987;

hier: Delegationsgespräch unter der Leitung der Außenminister am 12. Mai 1987, 16.00 bis 18.00 Uhr

BM begrüßte eingangs die tschechoslowakische Delegation und drückte seine Genugtuung über den Besuch aus, der in einer wichtigen Zeit stattfinde.

AM verwies auf die Tatsache, daß dies sein siebter Besuch sei. Er würdigte die Offenheit der Gespräche. Der Besuch finde zu einem geeigneten Zeitpunkt statt, was man bei der Absprache nicht habe voraussehen können. In Fortsetzung des Pakets von Reykjavík<sup>2</sup> habe Gorbatschow eine Reihe von Vorschlägen in Prag<sup>3</sup> und Moskau<sup>4</sup> gemacht. Es bestehe nunmehr die historische Chance eines ersten Schrittes zur Abrüstung. Der erste Schritt sei immer am schwersten. Wenn er gelinge, könnte das die politische Atmosphäre in der Welt und bei der Abrüstung beeinflussen. In einigen Bereichen (chemische Waffen) seien die Verhandlungen so weit, daß man sie in ein Abkommen gießen könne. Die Nachkriegsentwicklung könnte einen Meilenstein erleben.

In dieser Situation sollten alle realistischen Politiker die Neben- und Prestigefragen beiseite stellen. Die neue sowjetische Politik der Demokratisierung und der inneren Reformen sei eine realistische Politik, die der aktuellen Situation entspreche, und keine konjunkturelle Propaganda. Die ČSSR unterstütze diese Politik voll. Die westeuropäischen Staaten ließen unterschiedliche Reaktionen erkennen. Die ČSSR wisse aber den realistischen Standpunkt von BM zu schätzen.

Das Ziel solle nun ein Abkommen über LRINF sein ohne Junktim mit SRINF und konventioneller Rüstungskontrolle. BM sei soeben aus Washington zurück-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 14. Mai 1987 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Kastrup an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Genehmigung von BM zu Inhalt und Verteiler herbeizuführen“.

Hat Kastrup am 14. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 14. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann unter üblichem Vorbehalt „von BM noch nicht gebilligt“ verteilt werden. Siehe Änderung zu Verteiler und zu S. 7.“ Vgl. Anm. 29 und 32.

Hat Derix am 15. Mai 1987 erneut vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 und die Wiedervorlage verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 18. Mai 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 139639.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavík vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>3</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. April 1987 in Prag vgl. Dok. 109.

<sup>4</sup> Zu den Abrüstungsvorschlägen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dem amerikanischen Außenminister Shultz bei dessen Besuch vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR unterbreitete, vgl. Dok. 115.

gekehrt, wo er zu diesen lebenswichtigen Fragen Konsultationen mit der amerikanischen Regierung gehabt habe.<sup>5</sup>

*BM:* Mit seinem Hinweis auf den wichtigen und günstigen Gesprächszeitpunkt habe er auf die West-Ost-Beziehungen angespielt. In Europa habe es immer dann Fortschritte gegeben, wenn das Verhältnis US–SU auf gutem Wege gewesen sei. Anders wären die Ostverträge<sup>6</sup>, der Grundlagenvertrag mit der DDR<sup>7</sup>, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin<sup>8</sup> und die Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> kaum möglich gewesen. Der gegenwärtige Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen solle von den europäischen Staaten genutzt werden. Die damals geschlossenen Abkommen hätten, wie die Entwicklung der letzten 15 Jahre gezeigt habe, auch in Phasen der Abkühlung des Verhältnisses US–SU Bestand gehabt. Die Lehre daraus sei, heute wieder große Schritte zu tun, auch in bezug auf Fragen, die damals nicht lösbar gewesen seien.

Der KSZE-Prozeß habe deutliche Schwerpunkte bei sicherheitspolitischen Aspekten. Bei den CW sei der Abschluß eines Abkommens noch in diesem Jahr möglich. Bei Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite über 1000 km zeichne sich eine Lösung ab, wie wir sie immer gewollt hätten. SRINF betreffe unsere beiden Länder besonders. Die Bundesregierung sei dabei, in dieser Frage ihre Position zu formulieren.<sup>10</sup> Bei LRINF sei eine Vereinbarung zum Greifen nahe. Deshalb seien jetzt Verantwortung und Augenmaß nötig.

Was die Entwicklungen in der SU angehe, so habe er sich in seiner Rede in Davos<sup>11</sup> damit befaßt. Er würde diese Rede heute noch genauso halten. Ihm sei es darum gegangen, im Westen eine Diskussion über die Entwicklungen in der SU in Gang zu setzen. Wir alle hätten die Verantwortung, zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen beizutragen. Die Bundesregierung wolle ihre Beziehungen zu den WP-Staaten weiter verbessern. In der Regierungserklärung<sup>12</sup> werde auf die zentrale Bedeutung der Beziehungen zur SU hingewiesen. Das sei objektiv so. Vor diesem Hintergrund wollten wir auch die Beziehungen zum Nachbarland ČSSR ausbauen.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>10</sup> Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung über eine doppelte Null-Lösung vgl. Dok. 128, Anm. 6.

<sup>11</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

BM schlug sodann vor, daß die Delegationsleiter der Expertengespräche über die Ergebnisse der Konsultationen zu den bilateralen Fragen berichten (hierzu gesonderte Vermerke<sup>13)</sup>.

AM sprach im Anschluß an die Berichte Einladung an BM zum Besuch der ČSSR aus. Termin solle auf gewohntem Wege vereinbart werden. Jährliche Besuchsfrequenz habe sich bewährt. Bei morgigem Gespräch mit BK<sup>14</sup> werde er auch Einladung an diesen bestätigen. Unsere Kulturwoche in der ČSSR solle unter der Schirmherrschaft beider AM stattfinden.<sup>15</sup> Hinsichtlich der Beteiligung von Künstlern aus Berlin (West) werde die ČSSR uns im Rahmen des VMA entgegenkommen. Hinsichtlich der Störungen der Deutschen Welle wolle seine Seite eine Lösung auf der Basis des gegenseitigen Vorteils suchen. Unsere Anliegen bei der Kriegsgräberfürsorge und Archivbenutzung werde man der tschechoslowakischen Führung vorlegen. Auch hinsichtlich der Verbesserung der Unterbringung unserer Botschaft (Anmietung Orangerie) werde er sich um Lösung bemühen. Hinsichtlich der humanitären Fälle wolle man so wie bisher vorgehen. Frühere Fälle seien großzügig gelöst worden.

AM wandte sich sodann wieder internationalen Fragen zu. Er stimme zu, daß sich die Beziehungen US–SU in günstigem Lichte entwickelten. Leider komme das sehr spät. Jeder US-Präsident betrete das Weiße Haus als Antikommunist und -sozialist und schwenke erst auf der Hälfte seiner Amtsperiode auf einen realistischeren Kurs der Zusammenarbeit ein.

Den Ausführungen von BM zu CW stimme er zu.

Im Abrüstungsbereich habe die SU eine ganze Serie von Initiativen gestartet, die kein Gebiet abseits lasse. Die Vorschläge der WP-Staaten seien nicht auf Sicherung einer Überlegenheit aus, sondern auf ein vernünftiges Verteidigungsmaß. Sie zielten auf alle Bereiche (strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, konventionelle Rüstung, ABM).

Die Terminologie in Ost und West sei in der Raketenfrage uneinheitlich. Unter Mittelstreckenraketen verstehe seine Seite solche mit einer Reichweite über 1000km. Darunter spreche man von operativ-taktischen Raketen. Der Osten habe bei INF Gleichstand auf globaler Grundlage vorgeschlagen, wobei die Systeme

<sup>13</sup> Legationsrat I. Klasse Buchholz fertigte am 15. Mai 1987 insgesamt neun Aufzeichnungen über die Berichte aus den Expertengesprächen am 12. Mai 1987. Diese betrafen erstens die Terminfrage für die bilateralen Konsultationen über Rechts- und Konsularangelegenheiten, zweitens Haftbedingungen für deutsche Staatsangehörige in der ČSSR, drittens humanitäre Fälle bzw. allgemeine Rechts- und Konsularangelegenheiten, viertens die gemeinsamen Kulturbeziehungen, insbesondere den Austausch von Kulturinstituten und die geplante Kulturwoche, fünftens den Ausbau von Städtepartnerschaften, sechstens die Störung der tschechisch- bzw. slowakischsprachigen Sendungen der Deutschen Welle, siebtens den Jugendaustausch, achtens Fragen des Archivzugangs in beiden Ländern und neuntens Liegenschaftsfragen der Botschaft der Bundesrepublik in Prag. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139639.

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 13. Mai 1987 vgl. Dok. 132.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Witte legte am 11. Mai 1987 für Bundesminister Genscher dar, die zweite Kulturwoche der Bundesrepublik in der ČSSR werde vom 12. bis 18. Oktober 1987 „in Prag, Preßburg und auf tschechoslowakischen Wunsch ebenfalls in Kaschau (unter Berücksichtigung der Städtepartnerschaft Wuppertal/Kaschau) und Ostrau“ stattfinden. Statt des von tschechoslowakischer Seite gewünschten offiziellen Besuchs des Bundesministers solle Genscher wegen möglicher Präjudizierungen besser „inoffiziell an einer Veranstaltung der Kulturwoche teilnehmen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139684.

in Europa vernichtet werden sollten. Wegen der westlichen Befürchtungen einer SU-Überlegenheit bei operativ-taktischen Raketen habe der Osten auch hier einen Vorschlag gemacht. Die WP-Vorschläge beinhalten hinsichtlich der Verifikation strengste Kontrollen und Inspektionen vor Ort.

Der Budapester Vorschlag<sup>16</sup> trage dem westlichen Bedenken wegen östlicher Überlegenheit bei konventionellen Waffen Rechnung. Er habe aber manchmal das Gefühl, daß der Westen so tue, als gebe es diesen Vorschlag nicht. Auf die vorgeschlagenen Begegnungen habe der Westen nicht geantwortet. Das werfe die Frage nach der Glaubwürdigkeit der NATO-Staaten auf.

Die Regierungserklärung des BK habe man studiert und auch die Akzente verzeichnet. Auf die SU sei man nicht eifersüchtig. Seine Seite habe aber eine klarere Position bei der Null-Lösung erwartet. Der sowjetische Vorschlag einer Null-Lösung<sup>17</sup> sei rational und berücksichtige alle Probleme.

Der US-Vorschlag<sup>18</sup> sehe einen anderen Zeitplan vor. Seine Seite verstehe nicht ein bestimmtes Kalkül unserer Seite bei den taktischen Raketen, da die ČSSR, sobald das Abkommen über Mittelstreckenraketen unterzeichnet sei, mit der SU eine Vereinbarung über den Abzug der als Antwort auf die amerikanische Nachrüstung dort stationierten Raketen abschließen werde. Von großer Bedeutung sei, daß die Reduzierung der taktischen Systeme dem Appell von Budapest entspreche.

Sorge bereite auch, daß die NATO Pläne für ein Anti-Raketen-System in Westeuropa in Verbindung mit SDI vorbereite. Das werde zu großen Komplikationen zwischen WP und NATO führen und stehe nicht im Einklang mit den Erklärungen der NATO-Länder zur Einhaltung des ABM-Vertrages. Die Bereitschaft der SU, ihre operativ-taktischen Systeme in Europa zu reduzieren und zu vernichten, mache die Entwicklung eines Anti-Systems gegenstandslos. Andernfalls setze man sich dem Verdacht aus, kein Abkommen über INF zu wollen.

Bei MBFR müsse man nachdenken, mit welchen konkreten Ergebnissen die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden könnten.

Die zweite Runde des Wiener KSZE-Folgetreffens<sup>19</sup> sei weniger konfrontativ verlaufen. Im Korb I seien von östlicher Seite zwölf Vorschläge zu militärischen Aspekten der Sicherheit vorgelegt worden. NATO und N+N hätten dazu keinen Vorschlag gemacht. Die Konsultationen der 23<sup>20</sup> würden als gut angesehen, könnten aber nicht die Problematik im Korb I ersetzen. Im übrigen müßten hier auch die N+N-Staaten eingebunden werden.

Im Korb II gebe es den tschechoslowakischen und den deutschen Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz.<sup>21</sup> Beide sollten nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

<sup>16</sup> Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest vgl. Dok. 44, Anm. 10.

<sup>17</sup> Vgl. den Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag; Dok. 119 und Dok. 123.

<sup>18</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>19</sup> Am 10. April 1987 endete die am 27. Januar 1987 eröffnete zweite Runde der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu Dok. 106.

<sup>20</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

<sup>21</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

Vielleicht könne man einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten (vierwöchiges Wirtschaftsforum in Prag, danach dreitägige Wirtschaftskonferenz in der Bundesrepublik). Gorbatschow habe in Prag die Idee eines Forums in der ČSSR unterstützt. Sein Land könne hier auf die Unterstützung durch alle WP-Staaten und manche aus dem Kreise der N+N zählen.

In Korb III habe die SU den Vorschlag gemacht, Probleme bei den Menschenrechten in Moskau zu erörtern.<sup>22</sup> Sein Land sei bereit, alle Fragen der Menschenrechte ohne Tabu einzuschätzen. Die Einhaltung der Menschenrechte dürfe aber nicht als Knüppel mißbraucht werden. Die Zusammenarbeit der beiden Delegationen in Wien sei gut. Die ČSSR würde es begrüßen, wenn das WFT Ende Juli abgeschlossen werden könne.

AM setzte sich sodann für TSL/DDR-Vorschlag zu chemiewaffen- und atomwaffenfreier Zone<sup>23</sup> ein. Trilaterale Kontakte in Genf seien nützlich, trügen aber nicht zur Realisierung dieses Vorschlags bei.

In der Nahost-Problematik seien Fortschritte in der Frage einer internationalen Konferenz<sup>24</sup> erzielt worden. Nur eine gut vorbereitete Konferenz könne aber ihre Aufgaben erfüllen. Die ständigen Sicherheitsratsmitglieder könnten zur Vorbereitung ein Komitee einrichten.

In Afghanistan, wo er vor kurzem gewesen sei<sup>25</sup>, könne der Prozeß der nationalen Versöhnung schnell vonstatten gehen, wenn die Einmischungen von außen unterbunden würden.

Die AM der Frontlinienstaaten<sup>26</sup> seien kürzlich in Prag gewesen und hätten dort auf eine steigende Aggressivität des Apartheidregimes<sup>27</sup> in Südafrika hingewiesen.<sup>28</sup>

In Mittelamerika sei der Contadora-Prozeß eine gute Grundlage für die Regelung der Probleme. Die USA müßten aber aktiv mitarbeiten.

<sup>29</sup>BM erklärte in seiner Erwiderung, wir begrüßten die in Reykjavik erzielten Ergebnisse. Wir hätten uns gewünscht, daß die beiden Großmächte dem Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung ihrer strategischen Potentiale nähergekommen wären. Befriedigt seien wir, daß sich bei INF größerer Reichweite eine

<sup>22</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133-137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

<sup>23</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.

Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

<sup>24</sup> Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

<sup>25</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 26. bis 30. April 1987 in Afghanistan auf. Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, teilte am 9. Mai 1987 mit, der Besuch habe „die engen Beziehungen zwischen der ČSSR und dem Kabuler Regime“ bekräftigt. Dazu gehört ein schon vor der April-Revolution (1978) eingeleitetes relativ starkes Engagement der ČSSR im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 163; Referat 214, Bd. 139649.

<sup>26</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>27</sup> Korrigiert aus: „Antiapartheidregimes“.

<sup>28</sup> Eine Delegation der Außenminister der Frontlinienstaaten unter Leitung des sambischen Außenministers Mwananshiku hielt sich am 22. April 1987 in der ČSSR auf.

<sup>29</sup> Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Lösung im Sinne einer Null-Lösung für Europa abzeichne. Hier gelte es, schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Bei den Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 1000 km liege der sowjetische Vorschlag auf dem Tisch. Unsere Seite prüfe diesen Vorschlag mit den europäischen Partnern. Hierüber habe er auch in Washington intensiv gesprochen. Regelungsbedarf bestehe auch bei Raketen mit einer Reichweite zwischen 150 und 500 km. Hier habe die SU wegen ihrer über 600 Scuds Überlegenheit. Deshalb seien hier Nachverhandlungen nötig.

Zu den angeblichen NATO-Plänen für ein europäisches SDI-Programm meinte BM, solche Pläne existierten nicht; diesbezügliche östliche Befürchtungen seien daher völlig abwegig.

Bei den chemischen Waffen sei in diesem Jahr eine Einigung möglich, und wir wollten sie. Wir würden uns deshalb auch nicht mit regionalen Lösungen aufhalten, deren Verifikation kaum lösbar sei.

Bei den konventionellen Waffen hätten D und F in Halifax<sup>30</sup> die Initiative ergriffen. Zwischen F und US seien noch Meinungsverschiedenheiten zur Form zu überwinden; deshalb habe es noch keine Äußerungen zur Substanz gegeben.

Im übrigen dürfe das West-Ost-Verhältnis nicht auf die Abrüstung verkürzt werden. Deshalb seien der KSZE<sup>31</sup>-Prozeß und das WFT von großer Bedeutung. Wir wollten breitere Kooperation. Die Schlußakte sei erst der Anfang der Möglichkeiten.<sup>32</sup>

Zur Wirtschaftskonferenz müsse man prüfen, ob der deutsche und der tschechoslowakische Vorschlag „verheiratet“ werden könnten. Zum sowjetischen Vorschlag einer Konferenz über Menschenrechte in Moskau habe er sich in seiner Rede beim WFT<sup>33</sup> geäußert. Diese Rede gebe unsere Position wieder. Wir hoffen im übrigen auf ein substantielles Schlußdokument.

Hinsichtlich Afghanistans seien wir skeptisch, weil wir viele Erklärungen gehört hätten. Aber immer sei dort noch Krieg. Unsere Seite unterstütze die Bemühungen der Islamischen Konferenz<sup>34</sup>. Die SU müsse ihre Truppen zurückziehen.

Im Nahen Osten habe die Frage einer internationalen Konferenz, für die sich die EG-Länder eingesetzt hätten, Dynamik erhalten. Die Frage müsse auch in Israel zur Entscheidung geführt werden.

<sup>30</sup> Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

<sup>31</sup> Korrigiert aus: „KSE“.

<sup>32</sup> Ende der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

<sup>34</sup> In Kuwait-Stadt fand vom 26. bis 29. Januar 1987 die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holubek legte am 13. Februar 1987 dar, dabei sei die seit 1981 von der OIC vertretene Position bekräftigt worden: „Besorgnis über Andauern der sowjetischen Besetzung Afghanistans, Forderung nach Abzug ‚aller fremden Truppen‘. Allerdings wurde auf Betreiben von Süd-Jemen, Libyen, Syrien und Algerien gegenüber den früheren Resolutionen die Forderung nach einem ‚sofortigen, vollständigen und bedingungslosen‘ Abzug aufgegeben.“ Vgl. Referat 300, Bd. 195826.

Die letzten Wahlen in Südafrika seien sehr entmutigend.<sup>35</sup> Jetzt sei dort noch mehr Inflexibilität zu erwarten. Er sei sehr pessimistisch, was die Zukunft von Südafrika angehe. Unaufhaltsame Entwicklungen könne man vielleicht verzögern; aber schließlich brächen sie sich Bahn. Das könne zum Rassenkrieg führen. Mandela sei immer noch ein Symbol der Freiheit; er verliere aber an Autorität unter den radikalen jungen Leuten. Die Weißen seien dabei, ihre letzte Chance zu verspielen.

Der Contadora-Prozeß werde von uns unterstützt. Die Gefahr einer Eskalation habe in dieser Region vermieden werden können. Deshalb sei die Lage dort weniger dramatisch als in Nahost und Südafrika.

Es gebe Licht und Schatten. Wir seien aufgerufen, für mehr Licht zu sorgen und dazu einen Beitrag zu leisten.

**Referat 214, Bd. 139639**

## 130

### **Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z.Z. Lyon, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 12**

**Aufgabe: 12. Mai 1987, 15.00 Uhr**

**Ankunft: 12. Mai 1987, 16.52 Uhr**

Betr.: Barbie-Prozeß<sup>1</sup>;  
Bericht Nr. 2

#### 1) Äußerer Rahmen des Prozesses

Zunächst verdient hier die Stadt Lyon Erwähnung. Man hat die Chance, im Mittelpunkt der Medienbeobachtung zu stehen, ungeachtet des düsteren Anlasses genutzt. Unter der heutigen Schlagzeile „eine Stadt im Besucherstrom“

<sup>35</sup> Am 6. Mai 1987 fanden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, berichtete am 7. Mai 1987: „Knapp zehn Prozent der südafrikanischen Bevölkerung – die drei Millionen wahlberechtigten Weißen – hatten am 6. Mai die Chance und die Verantwortung, die zukünftige innenpolitische Entwicklung und damit das langfristige Schicksal Südafrikas zu bestimmen. Auf der Basis der zur Stunde vorliegenden Ergebnisse (159 von 166 Wahlkreise) haben die weißen Wähler bei einer für Südafrika hohen Wahlbeteiligung von etwas unter 70 Prozent der seit 39 Jahren allein und ununterbrochen regierenden National Party (NP) einen überwältigend bestätigenden Wahlsieg gegeben. Eindeutige Verlierer sind die Parteien ‚links‘ von der NP.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 242; Referat 320, Bd. 155981.

<sup>1</sup> Am 19. Januar 1983 nahm die bolivianische Polizei den unter dem Namen Klaus Altmann in Bolivien lebenden ehemaligen SS-Hauptsturmführer Barbie fest. Am 4. Februar 1983 wurde Barbie wegen Verstoßes gegen die bolivianischen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen des Landes verwiesen und nach Frankreich abgeschoben, das einen Auslieferungsantrag gestellt hatte. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 41.

Ministerialdirektor Oesterhelt legte am 25. März 1987 dar, der Prozeß gegen Barbie beginne am 11. Mai 1987 in Lyon: „Barbie werden verschiedene, nach französischem Recht nicht der Verjährung unterliegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. [...] Die deutsche Justiz

leidet Lyon nicht und hat für die zahlreich Angereisten ein freundliches „meet Lyon“ aufgeboten.

Der äußere Rahmen des Prozesses selbst ist jedoch eine bewußte und gewollte Aussage zur Sache: Man blieb unter großem Aufwand an Kosten und Mühen im Justizpalast, in klassischer Gerichtsatmosphäre, um augenfällig zu machen, daß es sich um einen Strafprozeß und nicht um eine Vorstellung handelt. Der Vorsitzende Richter<sup>2</sup> macht nicht den Eindruck, als ob er ein anderes Textbuch als die Strafprozeßbordnung zuließe. Die Organisation und die Einrichtungen für Hunderte von Journalisten und Prozeßbesuchern, der enorme Polizeischutz, die reibungslose Platzzuweisung nach intensiver, aber mit größter Höflichkeit durchgeführter Kontrolle zeugen von optimaler Vorarbeit. Bequemlichkeit allerdings wird nicht geboten: Kleine Stühle in engen Reihen, harte Holzsitze tragen zur Konzentration bei. Andere Einrichtungen, die über zwei Etagen steiler, steinerne und stark begangener Wendeltreppen zu erreichen sind, rechtfertigen die Bezeichnung Lyons als Hauptstadt von Gallien in vorrömischer und wasserärmer Zeit.

## 2) Zum Verfahren

Das Gericht setzt sich aus drei Richtern und neun Geschworenen (fünf Männer und vier Frauen) zusammen. Der Vorsitzende und der Anklagevertreter<sup>3</sup> (dem Alter nach die Senioren) genießen in Fachkreisen einen ausgezeichneten Ruf. Der Staatsanwalt, aus Lyon stammend, ist eine in der Stadt weithin bekannte Erscheinung. Er wurde noch unter der sozialistischen Regierung in sein Amt berufen.

Dem Angeklagten Barbie steht mit Maître Vergès nur ein Verteidiger zur Seite. Über die schillernde Persönlichkeit von Vergès ist in den Medien ausführlich berichtet worden, so daß Wiederholungen überflüssig sind. Im Abdallah-Prozeß<sup>4</sup> war er als Verteidiger eher schwach. Um so mehr will er im Barbie-Prozeß zum Zuge kommen und wird nicht müde, in breitesten Öffentlichkeit anzukündigen, daß er eher Angriff als Verteidigung beabsichtigt. Sein Vorbringen erscheint weder seriös noch aussichtsreich, soweit er Nichtigkeit des Verfahrens auf Unzulässigkeit der Auslieferung stützen, Verjährung und Nicht-Rückwirkung von Gesetzen

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 657*

(Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und Zentrale Stelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei der Staatsanwaltschaft Köln) beabsichtigt nicht, den Prozeß gegen Barbie durch Entsendung von Beamten zu beobachten. Das GK Lyon, das nur mit einem höheren Beamten besetzt ist, hat in Abstimmung mit Abteilung 1 die Weisung erhalten, über den Prozeß zusammenfassend zu berichten.“ Das Auswärtige Amt bemühe sich, „einen Strafrechtler im Sonderauftrag für acht Wochen für die Beobachtung des Prozesses zu gewinnen“. Bis dahin werde das Generalkonsulat personell verstärkt werden müssen. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

Am 11. Mai 1987 unterrichtete Oesterhelt das Generalkonsulat in Lyon, Botschaftsrätin I. Klasse Kotzebue, Paris, solle bis auf weiteres den Prozeß gegen Barbie vor Ort beobachten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3775; B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

<sup>2</sup> André Cerdini.

<sup>3</sup> Pierre Truche.

<sup>4</sup> In der Presse hieß es: „Georges Ibrahim Abdallah, der Anführer der prosyrischen Terrororganisation „Bewaffnete Revolutionäre Libanesischen Fraktionen“ (Farl), ist am Wochenende von einem Sondergericht in Paris zur Höchststrafe, lebenslanger Freiheitshaft, verurteilt worden.“ Abdallah sei der Beihilfe zur Ermordung eines amerikanischen und eines israelischen Diplomaten im Frühjahr 1982 in Paris für schuldig befunden worden. Vgl. den Artikel „Abdallah lebenslang ins Gefängnis“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. März 1987, S. 1.

geltend machen will oder gar für die algerische Résistance missioniert und das damalige Vorgehen der Franzosen mit demjenigen der Deutschen gegen die französische Résistance in Parallelle setzt. Damit wird er für seinen Mandanten nichts gewinnen. Vielmehr wird es, wenn überhaupt noch, auf harte Tatsachen, die Widerlegung der gegen Barbie zusammengetragenen Beweise ankommen.

Die Anklage lautet auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere Beteiligung an der Deportation und damit Schuld am späteren Tod der 41 jüdischen Kinder aus dem Heim von Izieu im April 1944, Mitwirkung bei der letzten Deportation in Vernichtungslager im August 1944 sowie Mißhandlung von Widerstandskämpfern und Verfolgten.<sup>5</sup>

Prozeßbeteiligte sind ferner über 100 Nebenkläger (parties civiles), Einzelpersonen, jüdische Organisationen, die von 40 Anwälten (darunter Serge Klarsfeld) vertreten werden. Wesentliches Recht der parties civiles ist die Ergänzung der Anklage.

Prozeßdauer wird auf etwa zwei Monate veranschlagt.

### 3) Prozeßgeschehen

Die Eröffnung des Hauptverfahrens begann eindrucksvoll mit dem Einzug der Richter, die in ihren roten Roben zwischen Marmorsäulen unter riesigen goldenen Lettern „Cour d'assises“ Platz nahmen. Es ist jedoch die Gegenwart der Opfer – der Toten und der Lebenden als letzte Zeugen –, die die Frage nach dem Sinn einer Rückversetzung um 43 Jahre unangemessen erscheinen lässt und dem Beobachter für einen Augenblick die metaphysische Dimension dieses Prozesses öffnet. Der Anblick von Barbie führt allerdings sogleich wieder ins Eindimensionale. Er wirkt blaß, vermittelt jedoch psychisch den Eindruck entspannter, fast arroganter Teilnahme am Verfahren. Er sorgte mit selbstbewußtem Vortrag für die erste Überraschung, als er, von der Gegenseite heftig bestritten, auf dem Namen „Klaus Altmann“ für sich bestand.

Im übrigen umfaßt das Prozeßgeschehen die „remise en place“, die Konstituierung des Gerichts und der parties civiles. Lediglich die Anträge auf Zulassung neuer Nebenkläger gaben Anlaß zum Austausch von Argumenten zur Frage der Verjährung und Verbrauch von Urteilen und Strafanspruch gegen Barbie aus den 1952 und 1954 in Abwesenheit ergangenen Entscheidungen.<sup>6</sup> Das Gericht wies diese Anträge zurück.

<sup>5</sup> In der Presse wurde berichtet, die französische Anklage gegen Barbie werde sich „auf drei Verbrechensfälle ‚gegen die Menschlichkeit‘ konzentrieren, die nach französischem Recht, anders als die klassischen Kriegsverbrechen wie etwa Folterung, nicht verjährnen können: Am 9. Februar 1943 ordnete Barbie, heute 70, eine Razzia mit dem Ziel an, das ‚Comité lyonnais de l'Union Générale des Israélites de France‘ (UGIF) zu liquidieren; 86 Menschen wurden deportiert, die meisten später in Konzentrationslagern getötet; am 6. April 1944 löste ein Sonderkommando Barbies das jüdische Kinderheim in Izieu (Ain) auf. 41 Mädchen und Jungen im Alter von drei bis 13 Jahren wurden ins KZ verschleppt, ebenso zehn Angestellte, nur wenige überlebten; am 11. August 1944 gab Barbie Befehl, 650 Franzosen mit dem Zug in die Lager von Auschwitz und Ravensbrück zu schaffen. Es war [...] der letzte Eisenbahntransport von Deportierten, der Lyon verließ‘. Es war offenbar auch die letzte Amtshandlung des ‚fleißigen und umsichtigen Mitarbeiters‘ (Personal-Bericht Nummer 36223) von SS-Chef Heinrich Himmler in Frankreich. Danach setzte Barbie sich in die Heimat ab, um in den Lazaretten von Baden-Baden und Halberstadt eine Verletzung auszukurieren.“ Vgl. den Artikel „50 DM, 10 pkg. Cig.“; DER SPIEGEL, Nr. 42 vom 15. Oktober 1984, S. 106 f.

<sup>6</sup> Französische Militärtribunale verurteilten Klaus Barbie in Abwesenheit mehrfach zu Tode, so am 16. Mai 1947, am 28. November 1952 und am 24. November 1954.

Unter den für die Vernehmung von Zeugen vorgesehenen Terminen sind zu erwähnen: 19. Mai (Staatsanwälte aus Ludwigsburg und Köln<sup>7</sup>); 9. Juni (General a. D. Bastian); 12. Juni (Professor Scheffler); 11. Juni (Chaban-Delmas).

Verlesung der Anklage beherrschte das weitere Prozeßgeschehen.

Nur für Barbie selbst, der Deutsch spricht, wird übersetzt.

#### 4) Media und Öffentlichkeit

Der Barbie-Prozeß ist in Frankreich ein Medienereignis ersten Ranges: laufende Berichterstattung im Fernsehen, in sämtlichen Zeitungen, ungeachtet ihrer politischen Couleur. Diese breite Berichterstattung illustriert sich naturgemäß aus der damaligen Zeit, und so sieht ganz Frankreich täglich Kinder in Deportationszügen und Bilder aus Konzentrationslagern. Niemand bezieht das auf die Bundesrepublik, aber „die Deutschen“ sind nun einmal mit dieser Vergangenheit behaftet, und die Reaktion unserer Media auf den Prozeß wird aufmerksam registriert. Zwar nicht vergleichbar, gilt das auch für andere: Für die Amerikaner – Rekrutierung Barbies nach Kriegsende, für die Südamerikaner – nur allzu bereitwillige Aufnahme ehemaliger Nazis, und auch für die Franzosen – Verhalten zur Barbie-Zeit.

Im Resümee des ersten Prozeßtages schwanken die Media zwischen Dämonisierung und Banalisierung des Prozesses. Für das eine gibt Barbie nichts her, und gegen das andere spricht das Grauen der Vergangenheit.

Sonst haben Fernsehen und Zeitungen Lebenslauf, Anklagevorwürfe und Philosophien zum Barbie-Prozeß ad nauseam ausgebreitet, wobei von vorprozessualer Zurückhaltung nichts zu spüren ist. Es wirkte fast rührend, als der Vorsitzende die künftigen Zeugen aus der Hauptverhandlung ausschloß, obwohl jeder von ihnen seine Aussage längst öffentlich gemacht hat. Verteidiger sowie Anwälte der Nebenkläger lassen gleichfalls kein Interview aus und legen sich in der Darlegung ihrer Argumentation, ihrer Prognosen, ihrer Auffassung der Person des Angeklagten nicht die geringsten Hemmungen auf. Das ist in der Medienberichterstattung in Sachen Barbie eigentlich das Bemerkenswerteste.

Beherrscht der Barbie-Prozeß als Medienereignis die Öffentlichkeit, so sagt das noch nichts über das wirkliche öffentliche Interesse aus. Die Medien können wohl Interesse wecken, aber sie können es nicht herstellen. Beginnt man örtlich, war die Publikumsteilnahme vor dem Gerichtsgebäude nicht groß. Sie ist noch geringer, wenn man die Vertreter jüdischer Vereinigungen insofern nicht einrechnet. Letzteren ist von der Stadt Lyon Aufstellung eines Mahnmals zum Gedenken an den Holocaust gestattet worden, in dem eine Ausstellung eingerichtet ist, die zugleich auch als Kristallisierungspunkt für Versammlungen dient. Sie wurde von jüdischen Schulkindern eingeweiht und fand breiten Niederschlag in der Lokalpresse.

Das offizielle Frankreich war bei der Eröffnung für etwa zwei Stunden durch den Lyoner Bürgermeister<sup>8</sup>, Prominenz aus der Stadtverwaltung, Ex-Minister Hernu und Minister Michel Noir vertreten.

<sup>7</sup> Ministerialrat a. D. Schätzler, z. Z. Lyon, berichtete am 20. Mai 1987 über die Aussagen des Leiters der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, Streim, und des Kölner Staatsanwalts Holtfort im Barbie-Prozeß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 21; Referat 203 (202), Bd. 151121.

<sup>8</sup> Francisque Collomb.

Im übrigen dürfte man jedoch nicht fehlgehen, echtes Interesse nur bei Betroffenen, bei historisch-politisch Interessierten, darunter aber auch viel Jugend, zu vermuten. Die breite Bevölkerung hat sicher nichts für Barbie übrig und gegen seine Bestrafung wenig einzuwenden, zu emotionaler Teilnahme am Prozeßgeschehen ist man jedoch nicht aufgelegt – es sei denn, dieses lieferte wider Erwarten einige Sensationen. Ein triviales Beispiel bietet bereits der erste Prozeßtag: Nach Einführung des Angeklagten, mit Beginn der stundenlangen Vorlesung der Anklageschrift wurde es leer – die überlebenden Opfer blieben mit Barbie und dem Gericht allein.

[gez.] Kotzebue

**B 83 (Referat 511), Bd. 1626**

## 131

### **Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**

**Fernschreiben Nr. 762**

**Aufgabe: 12. Mai 1987, 15.18 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 12. Mai 1987, 18.07 Uhr**

Betr.: Ausladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, von  
Ost-Berliner Veranstaltungen zur 750-Jahr-Feier<sup>2</sup>

#### **Zur Unterrichtung**

1) Unter westlichen Diplomaten in Ost-Berlin ist es einhellige Auffassung, daß die Ausladung des Regierenden Bürgermeisters aufgrund sowjetischer Einwirkung erfolgt ist. Schon seit einiger Zeit, insbesondere seit Honecker seine Teil-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee am 13. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach sowie die Wiedervorlage verfügte.  
Hat Lambach am 13. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 4. Mai 1987 hieß es in der Tageszeitung „Neues Deutschland“, die Bundesregierung habe die Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) „als Vorwand für eine neue Demonstration ihrer Politik der Nichtanerkennung der Realitäten“ benutzt, „die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstanden sind und völkerrechtlich durch die Verträge der BRD mit der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten verankert wurden. [...] Der Regierungschef der BRD sprach erneut von der ‚offenen deutschen Frage‘ und demonstrierte damit die Beibehaltung des alten, längst gescheiterten Kurses Bonns auf Änderung der Staatsgrenzen in Europa. [...] Noch weiter ging der Westberliner Regierende Bürgermeister Diepgen, der entgegen dem Vierseitigen Abkommen in seiner Rede direkt von der ‚Zugehörigkeit‘ von Berlin (West) zur BRD sprach.“ Vgl. den Artikel „Bonn nutzt Berlin-Feierlichkeiten zur Nichtanerkennung der Nachkriegswirklichkeit“; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1987, S. 2.

Der Sprecher des Außenministeriums der DDR, Meyer, erklärte am 6. Mai 1987 unter Bezugnahme auf die Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Westteil der Stadt, Diepgen habe durch Verleumdung der DDR den Boden für gemeinsame Feiern verlassen: „Es ist offensichtlich, daß angesichts seiner Haltung, die von der breiten Öffentlichkeit in der DDR und darüber hinaus abgelehnt wird, eine Teilnahme von ihm an Veranstaltungen in der Hauptstadt der DDR zur Zeit nicht vorstellbar ist.“ Vgl. den Artikel „Zu den Ausfällen Diepgens“; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Mai 1987, S. 1.

nahme an der Eröffnungsveranstaltung in Berlin (West) absagte<sup>3</sup>, war zu erkennen, daß die Sowjets die zunehmenden Kontakte innerhalb Berlins im Jubiläumsjahr mit Mißtrauen beobachteten. Sie scheinen dann den Ablauf der Eröffnungsveranstaltung zum Vorwand genommen zu haben, diese Bewegungen innerhalb Berlins zunächst einmal, wenn nicht endgültig, zu stoppen.

Als Aufhänger dafür diente die Rede Diepgens vom 30. April, namentlich sein Bekenntnis zur Einheit Berlins<sup>4</sup>, das jetzt von fast allen DDR-Gesprächspartnern mit Schärfe kritisiert wird, nachdem die Rede in der ersten Stellungnahme des ND zu der Eröffnungsveranstaltung nicht einmal erwähnt worden war. Staatssekretär Löffler sagte mir bei einem Empfang, wenn Diepgen öffentlich von den beiden „Stadthälften“ spreche bzw. einer Wiederherstellung der Einheit Berlins das Wort rede, dann seien die Voraussetzungen für eine gegenseitige Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen nicht mehr gegeben. Andere Gesprächspartner äußerten sich ähnlich. Tatsächlich sind jedoch die Berlin-Positionen der Bundesregierung und des Senats von Berlin der DDR seit langem bekannt. Sie hatten bis vor kurzem den Bemühungen um gegenseitige Teilnahme im Rahmen der 750-Jahr-Feier nicht entgegengestanden. Sie dürften daher auch nicht der wahre Grund für die Ausladung Diepgens gewesen sein. Wahrscheinlich fürchteten die Sowjets, die Kontrolle über die zunehmenden Kontakte in Berlin zu verlieren, zumindest scheinen sie bei der Einschätzung ihrer Wirkungen unsicher geworden zu sein. Das allein erklärt aber noch nicht die rücksichtslose Art ihres Eingreifens. Manche Beobachter nehmen an, daß es in der letzten Zeit erhebliche Mißverständnisse zwischen Ost-Berlin und Moskau gegeben haben muß, die sich vielleicht nicht nur auf die 750-Jahr-Feier beziehen. Jedenfalls kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Ausladung Diepgens zugleich eine scharfe Warnung an die Adresse Honeckers ist, keine eigenmächtige Berlin- und Deutschlandpolitik zu betreiben.

Ein sowjetischer Diplomat kommentierte die Vorgänge ironisch so: Honeckers Politik gegenüber der Bundesrepublik und Berlin-West sei für ihn ohne Risiko. Wenn er Erfolg habe, sei das sein persönlicher Verdienst. Habe er keinen Erfolg, werde den Sowjets die Verantwortung dafür zugeschoben. Deutlicher kann man die kritische Distanz der Sowjets zu Honecker kaum zum Ausdruck bringen.

2) Die jüngsten Vorgänge deuten zunächst einmal darauf hin, daß die sowjetische Berlin-Politik auch unter Gorbatschow unverändert ist. Hoffnungen auf größere Flexibilität der sowjetischen Seite haben sich nicht bewahrheitet. Allerdings muß man annehmen, daß die Bestrebungen Honeckers, die über bisherige Verhaltensweisen hinausgingen, für eine gewisse Zeit die sowjetische Billigung gehabt haben. Dann scheint sich jedoch in Moskau wieder die alte starre Linie der Gromyko-Zeit durchgesetzt zu haben. Die neuerliche Hervorhebung, daß West-Berlin eine „selbständige politische Einheit“ sei, geht dabei zu Lasten der DDR, die, wenn auch meist verdeckt, West-Berlin als ein unter fremder Besetzung stehendes, ihr aber zugehöriges Gebiet betrachtet.

<sup>3</sup> Zur Absage des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, einer Teilnahme an der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) am 30. April 1987 vgl. Dok. 112.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 42–45.

Es bleibt abzuwarten, ob auf sowjetischer Seite Ansätze für ein neues Herangehen an die Berlin-Problematik schon endgültig aufgegeben sind. Nach der Art des sowjetischen Vorgehens zu urteilen, ist allerdings in der nächsten Zeit kaum mit neuer Bewegung zu rechnen.

3) Wie wir aus einer allgemein gut informierten Quelle hören, soll Honecker in einer Besprechung über die Ausladung Diepgens geäußert haben: Hätte er, Honecker, an der Eröffnungsveranstaltung in West-Berlin teilgenommen, wäre diese anders verlaufen, und der Bundeskanzler und der Regierende Bürgermeister hätten auch nicht die gleichen Reden gehalten.<sup>5</sup> Das wirkt wie eine Rechtfertigung Honeckers gegenüber Kritikern seiner Politik. Tatsächlich dürfte ihm im eigenen Parteiapparat, wie schon seinerzeit bei der Absage seines Besuchs in der Bundesrepublik<sup>6</sup>, aber auch bei anderen Anlässen, mangelhafte Abstimmung mit Moskau zum Vorwurf gemacht werden. Ganz allgemein scheint die Distanz zwischen der SED-Führung und der Führung der KPdSU in letzter Zeit noch größer geworden zu sein.

Angesichts der jüngsten Vorgänge wird man konstatieren müssen, daß die Stellung des bald 75-jährigen Generalsekretärs der SED schwächer wird. Seine Position scheint aber nach wie vor nicht gefährdet. Der Sowjetunion garantiert er Stabilität. In der eigenen Partei ist sein Ansehen groß. Im Ausland verfügt er über ein beträchtliches Vertrauenskapital. In der Bevölkerung der DDR ist er trotz vieler Mißstände populär. Gerade seine Bemühungen um mehr Kontakte und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) werden mit großer Sympathie und Anteilnahme verfolgt. Dieses Verständnis dürfte auch durch die jüngsten Fehlschläge nicht gelitten haben. Zu denken gibt aber, daß die Störungen im Verhältnis zu Moskau nicht nachlassen.

3) Bei der Ausladung Diepgens müssen sich die Sowjets wie auch die DDR-Führung im klaren darüber gewesen sein, daß das deutsch-deutsche Klima von diesem rücksichtslosen Vorgehen gegenüber dem Regierenden Bürgermeister nicht unberührt bleiben kann. Erste Anzeichen für eine gewisse Abkühlung sind in den Medien der DDR schon zu spüren. Vielleicht sehen die Sowjets eine Dämpfung der neuen Bewegung im deutsch-deutschen Verhältnis, die sich auf der Leipziger Messe<sup>7</sup> und dann bei dem Schäuble-Besuch<sup>8</sup> angekündigt hatte, nicht ungern. Dabei könnte eine Rolle spielen, daß die Initiativen der DDR mit der sowjetischen Seite nicht ausreichend abgestimmt waren. Es kann auch sein, daß die Sowjets auch diesmal wieder den Eröffnungszug gegenüber Bonn für sich beanspruchen und keine besonderen deutsch-deutschen Aktivitäten vor dem Besuch des Bundespräsidenten in Moskau<sup>9</sup> wünschen. Auf der anderen

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1987, S. 357-359.

<sup>6</sup> Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>7</sup> Die Leipziger Messe fand vom 15. bis 21. März 1987 statt.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, am 26./27. März 1987 in der DDR vgl. Dok. 86.

<sup>9</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

Seite ist anzunehmen, daß der DDR an einer anhaltenden Trübung des deutsch-deutschen Verhältnisses nicht gelegen ist. Die jüngsten Äußerungen Honeckers bei einer Schriftstellerbegegnung in Ost-Berlin<sup>10</sup> wie auch die freundlich akzentuierte Eröffnung der „Duisburger Akzente“ unter Anwesenheit des DDR-Kulturministers<sup>11</sup> ließen das deutlich erkennen. Die anhaltende Abrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beurteilung der DDR schwerzufallen scheint, wird die DDR-Führung jedoch zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnen. Hiesige sowjetische Gesprächspartner machen keinen Hehl daraus, daß die scharfe Reaktion Moskaus auf die West-Berliner Eröffnungsveranstaltung am 30. April<sup>12</sup> auch mit der unentschiedenen Haltung Bonns zu den Abrüstungsverhandlungen zu tun hat. Ein direkter Zusammenhang ist bisher aber nicht hergestellt worden. Absichten, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, sind bisher nicht zu erkennen.

### 5) Fazit

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß die jüngsten Vorgänge bei der 750-Jahr-Feier in Berlin zu einer ernsthaften Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen führen werden. Die Abrüstungsdiskussionen in der Bundesrepublik Deutschland scheinen jedoch in der DDR-Führung Unsicherheit ausgelöst zu haben, die vorübergehend zu größerer Zurückhaltung gegenüber der Bundesregierung führen kann. Der normale Fortgang der praktischen Zusammenarbeit einschließlich der laufenden Verhandlungen dürfte davon aber nicht berührt werden. Unklar ist die weitere Entwicklung der Situation in Berlin. Ein offizielles Auftreten des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin scheint vorerst und vielleicht auf längere Zeit ausgeschlossen. Ob inoffizielle Aktivitäten des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin, z. B. der Besuch von Ausstellungen und Konzerten,

<sup>10</sup> Am 6./7. Mai 1987 fand in Ost-Berlin auf Einladung des Schriftstellerverbandes der DDR unter dem Motto „Berlin – ein Ort für den Frieden“ ein Gespräch von mehr als 60 Autoren statt. Am 7. Mai 1987 wurden die Teilnehmer vom Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, empfangen. Vgl. dazu die Artikel „Engagierter Meinungsaustausch über gemeinsame Verantwortung für Frieden“; NEUES DEUTSCHLAND vom 6. Mai 1987, S. 2; „Schöpferische Debatte von Autoren aus aller Welt zur Hauptfrage der Gegenwart“; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Mai 1987, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Freundschaftliches Treffen mit Schriftstellern im Staatsrat“, NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Mai 1987, S. 1.

<sup>11</sup> Der Minister für Kultur der DDR, Hoffmann, informierte auf einer Pressekonferenz am 7. Mai 1987 in Duisburg über die Präsentation seines Landes auf den am folgenden Tag eröffneten Kulturwochen „Duisburger Akzente“, die sich dem Thema „Kultur und Kunst aus der Deutschen Demokratischen Republik. Erbe und Gegenwart“ widmeten. Dazu hieß es: „An mehr als 100 Veranstaltungen bis Ende Mai – Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen, Schriftstellerlesungen, Filmvorführungen, Kolloquien und Vorträge – sind etwa 800 Künstler aus der DDR beteiligt. Damit solle, so unterstrich der Minister, Charakteristisches, Wesentliches über Reichtum, Vielgestaltigkeit und Qualität der sozialistischen deutschen Nationalkultur ausgesagt werden.“ Vgl. den Artikel „Pressekonferenz in Duisburg mit DDR-Kulturminister“, NEUES DEUTSCHLAND vom 9./10. Mai 1987, S. 4.

<sup>12</sup> Am 4. Mai 1987 veröffentlichte die Tageszeitung „Neues Deutschland“ einen Artikel der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“, worin die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, bei der Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress Centrum in Berlin (West) verurteilt wurden. Vgl. dazu den Artikel „Entgegen den Erfordernissen der Zeit“, NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Mai 1987, S. 2.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, erklärte am 5. Mai 1987, daß Berlin (West) „eine selbständige politische Einheit“ sei, sich in der Bundesrepublik aber offensichtlich manche nicht mit dieser Regelung im Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 abfinden könnten: „Leider müssen wir feststellen, daß in den Reden Kohls und Diepgens die Phrasen über ein einheitliches Berlin wiederholt wurden, darüber, daß das Land Berlin zur BRD gehört. Man erlaubte sich auch grobe Ausfälle gegen die Deutsche Demokratische Republik.“ Vgl. den Artikel „UdSSR-Sprecher zum Auftreten Kohls in Berlin (West)“, NEUES DEUTSCHLAND vom 6. Mai 1987, S. 1.

weiterhin möglich sind, bleibt abzuwarten. Mindestens dürfte dies für den Augenblick schwieriger geworden sein.<sup>13</sup> Die Erörterung von Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr ist offenbar abgebrochen und der Gebietsaustausch vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt worden. Im Zusammenhang betrachtet, deuten diese Eingriffe auf einen zeitweiligen Stillstand in den politischen Kontakten zwischen Ost- und West-Berlin hin. Ich neige aber zu der Auffassung, daß dieser Zustand nicht von Dauer ist.

[gez.] Bräutigam

**Referat 210, Bd. 139169**

## 132

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek**

**13. Mai 1987<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Herrn Bohuslav Chňoupek, Mittwoch, 13. Mai 1987, 9.40 – 10.20 Uhr<sup>2</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* (BK) begrüßt AM Chňoupek (Ch.). Er erkundigt sich nach dessen Eindrücken von der gestrigen Rheinfahrt, die er – BK – als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz früher auch häufig mit ausländischen Gästen unternommen habe.

*Chňoupek* zeigt sich sehr beeindruckt (folgt Exkurs über Reinhaltung des Rheins). BK drückt sodann die Hoffnung aus, daß im Zuge der allgemeinen internationalen Entwicklung sich auch die Beziehungen zwischen ČSSR und Bundesrepublik Deutschland weiter verbessern. Er hoffe, daß die Gesamtentwicklung über die aktuellen Abrüstungsfragen hinaus zu einer breiten Intensivierung der West-Ost-Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen führen werde. Das Genfer

<sup>13</sup> Am 21. Oktober 1987 besuchte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, einen evangelischen Gedenkgottesdienst in der Marienkirche in Ost-Berlin. Er führte ein Gespräch mit dem ebenfalls teilnehmenden Bürgermeister von Ost-Berlin, Krack.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 13. Mai 1987 gefertigt. Am 19. Mai 1987 übersandte Kaestner den „von dem Herrn Bundeskanzler genehmigten Vermerk“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs“.

Hat Legationssekretär Köhler am 19. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung u. a. an das Referat 214 „z[ur] Kenntnisnahme“ verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Buchholz am 19. Mai 1987 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 19. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 11. bis 13. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 129.

Kommuniqué Reagan/Gorbatschow<sup>3</sup> sei insoweit vorbildlich, weil es den Blick nicht auf die Abrüstungsthemen verenge, sondern der Verbesserung der Beziehungen auf breiter Front den Weg bereitet habe. Genau dazu sei auch die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der ČSSR bereit, auf wirtschaftlichem, humanitärem, sportlichem und kulturellem Gebiet.

Den gegenwärtigen günstigen Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen gelte es zu nutzen, noch in diesem Jahr zu einem Abkommen zu gelangen, das auf einem Gipfel Reagan/Gorbatschow, etwa im September, bekräftigt werden könne. Er habe gestern telefonisch Präsident Reagan versichert, die Bundesregierung werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Er, BK, habe allen sowjetischen Gesprächspartnern verdeutlicht, daß es darum gehe, noch mit diesem Präsidenten einen Vertrag zu schließen und die Ratifikation durchzuführen. Sonst entstehe eine dreijährige Pause – eine neue Administration brauche mindestens zwölf Monate zur Einarbeitung. Auch sei heute nicht ersichtlich, welcher der augenblicklichen Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf<sup>4</sup> erfolgreich sein werde. Selbst wenn man einen Vertrag noch 1987 abschließe und dann die fünfjährige Abbaufrist in Rechnung stelle, sei man schon in der Amtszeit des übernächsten Präsidenten angelangt.

In der Sache sei unsere Position hinsichtlich der Mittelstreckenraketen mit Reichweiten über 1000 km völlig klar. Unser Problem liege nicht nur bei den Reichweiten zwischen 500 und 1000 km, sondern auch bei den Reichweiten darunter. Gerade letzteres Gebiet interessiere die Deutschen mehr als andere – aber in Prag müsse man ja aus naheliegenden Gründen die Dinge ähnlich sehen.

Was die chemischen Waffen angehe, so sei der gegenwärtige Stand für uns nicht akzeptabel.

Im konventionellen Bereich hätten wir spezielle Fragen an die SU, u. a. nach den sowjetischen Divisionen, die – wo auch immer – außerhalb der sowjetischen Grenzen stationiert seien.

Seine – BK – Position sei klar: Er wolle hilfreich sein, aber nicht miterleben, daß nach der Salami-Taktik für uns existentielle Fragen nicht oder unbefriedigend angesprochen würden. Man solle jetzt den wichtigsten Teil des INF-Vertrages abschließen, statt die Angelegenheit mit zu vielen weiteren Dingen zu überladen und dann angesichts der Terminlage ein Risiko einzugehen.

Was die bilateralen Beziehungen angehe, so sei die Bundesregierung bereit, sie auf breiter Front zu aktivieren. Als Beispiel wolle er sein Schreiben an Staatspräsident Husák zum Jugendaustausch<sup>5</sup> nennen. Gerade dieser sei mit Ländern

<sup>3</sup> Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>4</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>5</sup> Mit Schreiben vom 11. Juli 1986 wies Bundeskanzler Kohl Präsident Husák darauf hin, daß im Vorjahr „rd. 475 000 Bürger der Bundesrepublik Deutschland in die ČSSR und rd. 154 000 tschechoslowakische Staatsangehörige in die Bundesrepublik“ gereist seien. Diese Entwicklung gelte es, auch im Sinne der KSZE-Schlufbakte von Helsinki vom 1. August 1975, voranzutreiben: „Mein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Jugendaustausch. Die nachrückende Generation soll das von unserer Generation begonnene Werk der Verständigung fortsetzen. Dazu gehört, daß sie in einem Alter, das ihre Persönlichkeit auf Dauer prägt, den Nachbarn aus eigener Anschauung kennenernt.“ Eine entsprechende

wichtig, die durch die Geschichte mit uns in einem besonders belasteten Verhältnis stünden: Polen, aber auch die ČSSR.

BK bittet, Staatspräsident Husák seine Grüße zu übermitteln.

Chňoupek dankt für die Gelegenheit zum Gespräch und berichtet über bisherigen Verlauf seines Besuchs, der sein siebter offizieller Besuch der Bundesrepublik Deutschland sei. Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen<sup>6</sup> habe man beachtliche Arbeit geleistet.

Ch. übermittelt sodann herzliche Grüße von Staatspräsident Husák, der seine Einladung an den Bundeskanzler zu einem offiziellen Besuch der ČSSR bestätige.<sup>7</sup> Dieser Besuch werde ein Meilenstein sein und den guten Stand der Beziehungen zwischen den benachbarten Ländern verdeutlichen. Auch die ČSSR erstrebe die Verbesserung der Beziehungen, gestützt auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Er – Ch. – wolle BK aufrichtig sagen, daß er vorgehabt habe, einen Terminvorschlag mitzubringen, Staatspräsident Husák sei aber im Augenblick durch die bevorstehende Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes<sup>8</sup> voll in Anspruch genommen, danach werde er den spanischen König zu einem offiziellen Besuch empfangen<sup>9</sup> und seinerseits Jugoslawien und Griechenland Staatsbesuche abstatten.<sup>10</sup> Bei dieser Lage erscheine es ihm – Ch. – am günstigsten, den Besuch des Bundeskanzlers im letzten Quartal dieses Jahres zu verwirklichen. Diesen Termin könne er jedoch zur Zeit nur inoffiziell nennen.<sup>11</sup>

Mit BM Genscher – so Ch. weiter – habe man detailliert über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen gesprochen. Vor allem im Bereich der Wirtschaft

*Fortsetzung Fußnote von Seite 666*

Vereinbarung solle am besten im Rahmen des bilateralen Kulturabkommens erarbeitet werden. Vgl. Referat 214, Bd. 139639.

Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenminister, Kadnár, am 12. Mai 1987 wies Ministerialdirigent von Ploetz auf die noch ausstehende Antwort auf das Schreiben Kohls hin. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Buchholz vom 15. Mai 1987; Referat 214, Bd. 139639.

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik und die ČSSR nahmen am 11. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>7</sup> Referat 214 vermerkte am 16. Juli 1985: „Staatspräsident Husák hat während des Besuchs 1978 den Bundeskanzler zu einem Besuch der ČSSR eingeladen. Im Juli 1984 hat BM AM Chňoupek Botschaft zukommen lassen, in der Bereitschaft des BK signalisiert wird, im Laufe des Jahres 1985 die ČSSR zu besuchen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139630.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, bat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach mit Schreiben vom 2. April 1987, nachdem eine Konkretisierung des Termins für den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der ČSSR noch immer ausstehe, solle das Auswärtige Amt Außenminister Chňoupek wissen lassen, „daß wir entsprechende Terminvorschläge von tschechoslowakischer Seite anlässlich seines Besuchs begrüßen würden“. Vgl. Referat 214, Bd. 139630.

<sup>8</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

<sup>9</sup> König Juan Carlos hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1987 in der ČSSR auf.

<sup>10</sup> Präsident Husák besuchte Jugoslawien vom 21. bis 23. September 1987.

<sup>11</sup> Der tschechoslowakische Botschafter Spáčil nannte Ministerialdirigent von Ploetz am 4. September 1987 den 23./24. November bzw. 14./15. Dezember 1987 als Terminvorschlag für einen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der ČSSR. Ploetz verwies auf den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987, durch den sich die Prüfung des Vorschlags verzögern könnte. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139630.

Bundeskanzler Kohl besuchte die ČSSR am 26./27. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

biete der tschechoslowakische Reformkurs neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit (Durchbrechung des Außenhandelsmonopols zugunsten großer Betriebe, Dezentralisierung der Verantwortung). Dies alles schaffe optimale Voraussetzungen für breitere Zusammenarbeit. Hinzu komme, daß die ČSSR, wenn auch mit Mühe, ihre Pläne erfülle und im Gegensatz zu gewissen Ländern nicht verschuldet, sondern ein solider Partner sei. In diesem Jahr würden Tage der deutschen Kultur in vier tschechoslowakischen Großstädten den Höhepunkt bilden, beide AM hätten die Schirmherrschaft über diese Veranstaltungen übernommen.<sup>12</sup>

Die ČSSR begrüße die im Brief des BK an Staatspräsident Husák enthaltenen Vorschläge über die Verstärkung des Jugendaustausches. Bereits heute sei mehr als die Hälfte der 500 000 Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland im jugendlichen Alter.

Auf humanitärem Gebiet löse die ČSSR jährlich etwa 400 bis 500 Fälle der Familienzusammenführung aufgrund des Briefwechsels zum Prager Vertrag<sup>13</sup> („großzügige Lösung“). So werde man auch in Zukunft verfahren.

Insgesamt sei die Bilanz seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1973 deutlich positiv.

Ch. wertet das Timing seines Besuchs als sehr gut gewählt, man befinde sich in einer Situation, die man als historisch<sup>14</sup> bezeichnen könne. Betrachte man die Nachkriegsentwicklung, den Kalten Krieg, die Dialogversuche Chruschtschow/ Kennedy, die Ereignisse der 70er Jahre, so zeichne sich die gegenwärtige Etappe dadurch aus, daß man von Konfrontation, Visionen und Romantik zu konkreten Schritten übergehe. Wir stünden an einem Meilenstein der Ost-West-Beziehungen, insbesondere was die Vertrauensbildung angehe.

In der Frage eines Abkommens über Mittelstreckenraketen bestehe objektiv ein Druck des Kalenders. Man müsse die USA nehmen, wie sie sind. Gebe es jetzt kein Abkommen, so verliere man drei bis vier Jahre. Deshalb habe man auch von tschechoslowakischer Seite – wie BK – erklärt, man wolle sich nicht in interne amerikanische Angelegenheiten einmischen und mit Präsident Reagan abschließen. In diesem Sinn habe der WP beschlossen, den Dialog zu führen: in Genf – Reykjavík – Moskau (Shultz-Besuch<sup>15</sup>). Diese Haltung der östlichen Seite zeige Früchte: Aufschnürung des Pakets von Reykjavík<sup>16</sup> – SRINF-Angebot GS Gorbatschows in Prag<sup>17</sup> und seine diesbezüglichen Ergänzungen gegenüber AM Shultz.

Mit alledem sei eine gute Grundlage für ein Abkommen geschaffen. Paradox sei allerdings, daß heute Washington und Moskau abschlußwillig seien, die Europäer

<sup>12</sup> Zur Kulturwoche der Bundesrepublik in der ČSSR vom 12. bis 18. Oktober 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 15.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Briefwechsels zwischen Bundesminister Scheel und dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek vom 11. Dezember 1973, der dem Vertrag vom selben Tag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR beigelegt war, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 995 f. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „man historisch“.

<sup>15</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Februar 1987; Dok. 60.

<sup>17</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

aber zögerten und verschiedene Meinungen vertraten. Man begrüße es, daß aus Bonn realistische Stimmen zu vernehmen seien, weil es eben um eine historische Chance gehe. Der erste Schritt sei bekanntlich immer der schwerste. Gelinge er, könne er das Klima auf der Welt im Sinne einer Kettenreaktion verbessern. Dann könnten auch Abkommen abgeschlossen werden, die technisch bereits fertig verhandelt seien, wo jedoch der politische Wille fehle: etwa über chemische Waffen. Insgesamt sei der Vorschlag GS Gorbatschows für die Mittelstreckenraketen ein Prüfstein für politische Weitsicht und Realismus, insbesondere in Westeuropa. Von AM Schewardnadse habe er erfahren, daß dieser mit AM Shultz bereits die Möglichkeit eines weiteren AM-Treffens ins Auge gefaßt habe, um einen Gipfel im Herbst vorzubereiten. Dort könne man die Sache zum Abschluß bringen.

Gegenüber AM Genscher habe er die von GS Gorbatschow in Prag vorgetragene Haltung zu SRINF erläutert: parallele Verhandlungen ohne Rücksicht auf die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite. Wenn eine Einigung gelinge, dann solle alles in diesem Bereich liquidiert werden, auch die in der ČSSR und in der DDR als Antwort auf die Pershing II stationierten Raketen.<sup>18</sup>

Dann blieben nur noch Kurzstreckenraketen. Hier befänden sich in der Tat – wie BK ausgeführt habe – die ČSSR und die Bundesrepublik Deutschland in der gleichen Lage. Diesen Bereich erfasse der WP-Vorschlag von Budapest<sup>19</sup> („weder Bibel, noch Koran, noch Talmud“) – man könne und müsse über ihn verhandeln. Die Antwort des Westens, die in Halifax<sup>20</sup> und Brüssel<sup>21</sup> erteilt worden sei, reiche nicht aus. Auf die vorgeschlagenen Treffen der Oberkommandierenden von NATO und WP<sup>22</sup> sowie der Generalsekretäre<sup>23</sup> sei der Westen überhaupt nicht eingegangen.

Die KRK-Gespräche in Wien seien bisher nicht schlecht gelaufen, jedoch müßten Verhandlungen über diesen Bereich Bestandteil des gesamteuropäischen Prozesses sein.<sup>24</sup> Die N+N seien höchst interessiert. Man sei sich durchaus bewußt, daß es hier Probleme mit F gebe.

Er – Ch. – versichere dem Bundeskanzler, daß es Spielraum für Verhandlungen gebe. Insbesondere wolle er auf die auf dem 27. Parteitag der KPdSU<sup>25</sup> auf Vorschlag von GS Gorbatschow gebilligte Formel hinweisen, daß eine „Militärdoktrin des vernünftigen Maßes“ formuliert werden müsse.

Jetzt sei es an der Zeit, Prestigefragen, alle Arten von Junktim, alle Kalküls oder Spekulationen, was die „Bolschewiken“ mit ihren Vorschlägen zu gewinnen trachten, beiseite zu schieben. Man müsse auf Propaganda verzichten und nach vorn blicken. Dabei gelte insbesondere, was BK gesagt habe: Die Ost-West-

18 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

19 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest vgl. Dok. 44, Anm. 10.

20 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

21 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

22 Bernard W. Rogers und Viktor Kulikow.

23 Lord Carrington und Herbert Krolkowski.

24 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

25 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

Beziehungen dürften nicht auf Abrüstung verengt werden. Es komme auf breiten Dialog an (folgt Exkurs KSZE).

Abschließend erinnert Ch. an die tschechoslowakischen und DDR-Vorschläge hinsichtlich einer chemie- und kernwaffenfreien Zone.<sup>26</sup> Er wertet positiv, daß inzwischen in Genf Dreier-Gespräche stattfinden.<sup>27</sup> GS Gorbatschow habe in Prag diese Vorschläge unterstützt und u. a. mitgeteilt, die SU habe mit dem Bau einer Anlage zur CW-Vernichtung begonnen.

*BK* dankt für Grüße und Einladung Staatspräsident<sup>28</sup> Husáks. Über den Termin für seinen Besuch könne man direkte Verbindung aufnehmen. Hier gebe es keine Prestigefrage.

Er mache aber keinen Hehl daraus, daß er gern nach Prag kommen werde, er habe sich viel mit der Geschichte des Landes beschäftigt und von seiner Frau<sup>29</sup> und seinen Söhnen<sup>30</sup>, die die ČSSR privat bereist hätten, viel von den Schönheiten des Landes und der Stadt Prag erzählt bekommen. Deshalb wolle er gern bei einem Besuch einen „privaten Tag“ einplanen. Gehe man nur von Sitzungszimmer zu Sitzungszimmer, bekomme man kein Gespür für Land und Leute.

Der Wertung Ch.s über den positiven Stand der bilateralen Beziehungen könne er nur zustimmen.

Ch. sei bei Kriegsende 20, er 15 Jahre gewesen – beide hätten die Leiden des Krieges in der eigenen Familie erlebt und die Nachkriegsentwicklung bewußt verfolgt: Er – BK – habe das Gespür, daß es jetzt eine Chance gebe, wenn man auch nicht genau wisse, wohin sie führen werde.

Was GS Gorbatschow in seinem Land unternehme – und der erste Stellvertretende MP Murachowskij<sup>31</sup> habe ihm von großen Visionen für die sowjetische Agrarpolitik berichtet –, betrachte er – BK – mit skeptischem Optimismus:

- Skeptisch, weil er als Realist heute nicht sagen könne, ob das von GS Gorbatschow Geplante gelinge,
- Optimismus, weil er hoffe, daß GS Gorbatschow weiterkomme.

<sup>26</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.

Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

<sup>27</sup> Eine erste Runde von Gesprächen über chemische Waffen mit den Delegationen der DDR und der ČSSR bei der Genfer Abrüstungskonferenz fand am 11. Februar 1986 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 154 des Botschafters Wegener, Genf (CD), vom selben Tag; Referat 222, Bd. 130156.

Weitere trilaterale Gesprächsrunden folgten am 20. Juni und 5. September 1986. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1029 von Wegener vom 20. Juni 1986; Referat 222, Bd. 130104, sowie den Drahtbericht Nr. 1487 des Botschafters von Stülpnagel, Genf (CD), vom 5. September 1986; Referat 222, Bd. 130156.

Am 27. März 1987 berichtete Stülpnagel: „Einziger TOP der am 26.3.1987 vereinbarungsgemäß auf Expertenebene fortgesetzten trilateralen CW-Konsultationen mit der DDR und turnusgemäß einladender ČSSR waren technische Aspekte der Nichtherstellungsproblematik.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 742; Referat 222, Bd. 130156.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „Staatssekretär“.

<sup>29</sup> Hannelore Kohl.

<sup>30</sup> Peter und Walter Kohl.

<sup>31</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

Die SU sei unser wichtigster Nachbar, für uns von schicksalhafter Bedeutung, entscheidend für das Klima in den Beziehungen zwischen Ost und West.

Sein Traum sei, daß das, was mit Frankreich gelungen sei, auch mit dem Osten gelingen werde. Er sei mit Staatspräsident Mitterrand in Verdun zusammengetroffen<sup>32</sup> – Ch. werde sich an die Bilder<sup>33</sup> erinnern –, dies sei seine Vision, wie er auch die Beziehungen in Richtung Osten weiterentwickeln wolle.

Insgesamt gelte: Mit dem Aufrechnen der Vergangenheit sei es nicht getan. Man dürfe die Geschichte nicht vergessen – nur wer sie präsent habe, könne aus ihr lernen. Aber man müsse einen Schlußstrich in dem Sinn ziehen, daß man es in Zukunft besser mache. Wichtige Weichen würden jetzt gestellt. In der Geschichte gebe es Zeiträume, in denen Entscheidungen vorbereitet würden, dann kurze Perioden, in denen die Entscheidungen fielen, dann lange Phasen, wo die Völker die Entscheidungen erlebten oder erlitten. Jetzt sei die Zeit, in der Entscheidungen fielen – und es sollten Entscheidungen zum Guten sein!

BK verabschiedet Ch. mit erneuten Grüßen an Staatspräsident Husák.

**Referat 214, Bd. 139639**

## 133

### **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**

**13. Mai 1987<sup>1</sup>**

Betr.: Vorsprache des sowjetischen Botschafters Kvizinskij am 13.5.1987

Botschafter Kvizinskij suchte mich am 13.5.1987 auf seinen Wunsch im Auswärtigen Amt auf, um zwei Demarchen zur Europäischen Verteidigungsinitiative und der Gefahr der Herstellung von Atomwaffen durch Pakistan vorzutragen. Bei dieser Gelegenheit überbrachte er eine Antwort aus Moskau zur Errichtung der Generalkonsulate in Kiew und München.

1) Europäische Verteidigungsinitiative<sup>2</sup>

Botschafter Kvizinskij trug auf der Grundlage vorbereiteter Notizen in russischer Sprache auf Deutsch folgendes vor:

<sup>32</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

<sup>33</sup> An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Oh Gott!“

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir müssen Notwendigkeit der Antwort prüfen!“

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 20. Mai 1987 erneut vorgelegen, der für Heyken handschriftlich vermerkte: „Die Sowjets haben in Paris weder wegen E[europäischer] V[erteidigungs] I[nti-]tative noch wegen Pakistan interveniert.“

Hat Heyken am 21. Mai 1987 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Entwicklung eines ATBM-Systems im Zuge einer erweiterten Luftverteidigung der NATO vgl. Dok. 72.

Ausgehend von einigen Äußerungen offizieller Persönlichkeiten einer Reihe von Mitgliedstaaten der NATO und einigen Pressemitteilungen wird in verschiedenen Organen der NATO und führenden Mitgliedstaaten der NATO an Anti-Raketen-Plänen zur Verteidigung Westeuropas gearbeitet, die in engem Zusammenhang mit dem SDI-Programm stehen. Es ist klar, daß diese Pläne, sollten sie verwirklicht werden, eine neue Richtung beim Rüstungswettlauf auf dem europäischen Kontinent eröffnen könnten. Sie würden die Bemühungen zur Festigung der Sicherheit und Stabilität in Europa durch Herstellung eines niedrigeren Niveaus der militärischen Konfrontation unterminieren. Sie würden darüber hinaus zusätzliche Komplikationen in den Beziehungen zwischen den beiden militärisch-politischen Bündnissen und in den Verhandlungen unter den europäischen Staaten insgesamt schaffen. Die im Kontext des amerikanischen SDI-Programms durchzuführenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Schaffung von ABM-Verteidigung für Westeuropa sind ein Versuch, den sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrag von 1972 zu umgehen.

Diese Handlungen sind kaum in Einklang zu bringen mit den fast einmütigen Äußerungen der westeuropäischen NATO-Mitglieder, die für die Erhaltung des ABM-Vertrages plädieren und gegen dessen weite Auslegung<sup>3</sup> eintreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Realisierung des Plans der Schaffung der westeuropäischen Anti-Raketen-Verteidigung, gekoppelt mit dem amerikanischen SDI-Programm, die westlichen Bemühungen um Verringerung der militärischen Gefahr in Europa, zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und zur Förderung der gegenseitigen Transparenz in den Beziehungen zwischen beiden Teilen des europäischen Kontinents in hohem Maße unterminieren würde. Es ist klar, daß die Schaffung eines Teils des amerikanischen ABM-Systems in Westeuropa vitale Interessen der Sicherheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten berühren und sie veranlassen würde, nach einer Antwort auf diese Versuche, militärisch-strategische Überlegenheit der NATO herbeizuführen, zu suchen. Es gibt noch eine weitere Seite des Problems: Zur Begründung dieser Pläne beruft man sich auf die Notwendigkeit, militärische Objekte auf dem Territorium der westeuropäischen Länder der NATO, darunter die dort stationierten Pershing II und Cruise Missiles der USA, vor sowjetischen Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen zu schützen. Aber im Ergebnis der Initiativen, wie sie in der Erklärung von Generalsekretär Gorbatschow vom 28.2.1987<sup>4</sup> und in seiner Rede auf der Kundgebung in Prag am 10.4.1987<sup>5</sup> sowie in Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 14.4.87<sup>6</sup> dargelegt sind, eröffnet sich die Perspektive der Herbeiführung eines Abkommens über völlige Liquidierung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa sowie der operativ-taktischen Raketen und der taktischen Raketen des Gefechtsfeldes. Diese Perspektiven werden in ganz Europa und außerhalb begrüßt. Man kann sagen, daß dadurch eine neue positive Atmosphäre, eine neue Dynamik im Herangehen an die Fragen der Abrüstung entstanden ist. Dazu gehört die im

<sup>3</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>4</sup> Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Februar 1987 vgl. Dok. 60.

<sup>5</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vgl. Dok. 109.

<sup>6</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

Ergebnis der Verhandlungen mit AM Shultz in Moskau erreichte prinzipielle Übereinkunft, gemeinsam die Arbeiten zu beschleunigen und ein INF-Abkommen zu realisieren. Die Bereitschaft der Sowjetunion, in dem INF-Abkommen die Verpflichtung mit aufzunehmen, binnen einer relativ kurzen und genau definierten Frist die operativ-taktischen Raketen in Europa zu liquidieren<sup>7</sup>, sowie der sowjetische Vorschlag, auch die taktischen Gefechtsraketen zu verschrotten, machen, wie es uns scheint, Pläne zur Schaffung neuer Waffen gegenstandslos, von denen man behauptet, daß sie die entsprechenden sowjetischen Raketen abfangen sollen. Wenn die Arbeiten am westeuropäischen ABM-System nichtsdestoweniger fortgeführt werden sollten, so wird dies zwangsläufig den Verdacht hervorrufen, daß die weiteren Absichten derjenigen, die diese Arbeiten entfalten, andere und ihre Beteuerungen unaufrichtig seien, nämlich an einer Vereinbarung über Mittelstreckenraketen und Raketen kürzerer Reichweite interessiert zu sein.<sup>8</sup> Aus all dem folgt unserer Meinung nach die Schlußfolgerung, daß die Pläne der Schaffung des westeuropäischen ABM-Systems und die Handlungen zur Realisierung dieser Pläne ernsthafte negative Konsequenzen nach sich ziehen können. Es ist jetzt besonders wichtig, ein abgewogenes, umsichtiges Herangehen an den Tag zu legen und keine einseitigen Hindernisse auf dem Wege zur Befreiung Europas von der nuklearen und Raketenbedrohung zu errichten. Ist denn nicht klar, daß die Linie, die das Ziel der Schaffung der Anti-Raketen-Verteidigung für Westeuropa verfolgt, konträr ist zu den durch beide Seiten publik gemachten Zielen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen?

Geleitet von dem neuen politischen Denken, welches auf realistische, gegenseitig annehmbare Lösungen komplizierter Probleme ausgerichtet ist, mißt die Sowjetunion dem Abbau der militärischen und politischen Konfrontation in Europa und der Entwicklung gutnachbarlicher Zusammenarbeit zwischen allen Staaten des europäischen Kontinents eine historische Bedeutung bei. Wie wir meinen, ist es unser Recht, von Westeuropa auf diesem Gebiet Entgegenkommen zu erwarten und nicht Schritte, die in die entgegengesetzte Richtung führen.

Die Aktivität, mit der die Bundesregierung die praktische Beteiligung der führenden militärischen internationalen Konzerne nicht nur am amerikanischen SDI-Programm<sup>9</sup>, sondern auch bei der Durchführung von eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu Zwecken der Schaffung der Anti-Raketen-Verteidigung für Westeuropa fördert, ruft bei der sowjetischen Seite das Gefühl der Besorgnis hervor, insbesondere in bezug auf das militärische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Potential Ihres Landes, dessen Rolle bei der Gestaltung der politischen Situation sowohl in der NATO als auch auf dem europäischen Kontinent bekannt ist. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich an neuen Schritten zur Anhäufung von ernsten Rüstungen beteiligen und übernehmen damit die Verantwortung für eine Entwicklung, die dann stattfinden würde trotz ihrer eigenen Erklärungen über Bestrebungen zur Entwicklung eines fruchtbaren politischen Dialogs und der breit angelegten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

<sup>7</sup> Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

<sup>9</sup> Zur Beteiligung nicht-amerikanischer Unternehmen am SDI-Programm vgl. Dok. 150.

Auf meine Frage, ob die sowjetische Regierung diese Demarche auch in anderen NATO-Ländern durchföhre, erwiderte Botschafter Kvizinskij, daß dies so vorgesehen sei, daß aber die in den anderen Hauptstädten der NATO-Mitglieder vorgetragenen Demarchen im Text variierten gemäß der Rolle, die die einzelnen Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsinitiative spielten.<sup>10</sup>

Zu der Mitteilung von Botschafter Kvizinskij äußerte ich mich wie folgt:

Die Bundesregierung behalte sich eine Stellungnahme vor und werde auf die Angelegenheit zurückkommen. Schon jetzt würde ich jedoch auf die bekannte Haltung der Bundesregierung hinweisen, daß der ABM-Vertrag, bei dem sie nicht Vertragspartei sei, strikt eingehalten werden müsse. Es sei selbstverständlich, daß das, was die NATO zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit glaube unternehmen zu müssen, im Einklang mit dem ABM-Vertrag und den anderen einschlägigen internationalen Abkommen stehe. Forschungsarbeiten seien unter dem ABM-Vertrag bekanntlich zulässig – die Sowjetunion betreibe sie auch. Die Bundesregierung trete, wie Botschafter Kvizinskij wisse, für die Herstellung militärischer Stabilität auf niedrigerem Niveau und insbesondere für einen Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen ein. Solange die Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen jedoch bestehe, müsse die NATO das zur Verteidigung ihrer Mitglieder Erforderliche unternehmen. Mir sei bekannt, daß auch die Sowjetunion wirksame Maßnahmen zur Abwehr von Raketen und Cruise Missiles getroffen habe. Die NATO werde den ABM-Vertrag selbstverständlich strikt einhalten.<sup>11</sup> Zur Klärung der Begriffe wollte ich im übrigen anmerken, da Botschafter Kvizinskij auch von der Verhandlung über taktische Nuklearwaffen gesprochen habe, daß Gegenstand der INF-Verhandlungen die Mittel-

<sup>10</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 19. Mai 1987 mit, von griechischer und spanischer Seite sei über sowjetische Demarchen „gegen von NATO geplantes ‚Anti-Tactical Ballistic Missile Defence System‘“ berichtet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 676; Referat 201, Bd. 143480.

Hansen ergänzte am 26. Mai 1987, die USA hätten am Vortag in der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO ein Papier vorgelegt, das die sowjetische Demarche gegen die ATBM-Planungen der NATO behandle: „Aussprache ergab, daß ähnliche Demarchen in Kopenhagen, Ottawa, Madrid, Brüssel und Washington vorgenommen worden sind. Art und Weise sowie Ebene (unterhalb Botschafter) sprechen dafür, daß SU Angelegenheit nicht sehr hoch hängen wolle. Allerdings sei erkennbar, daß SU Arbeiten im Bündnis zu AT[B]M genau verfolge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 201, Bd. 143480.

<sup>11</sup> Unter Verweis auf die sowjetische Demarche vom 13. Mai 1987 legte Vortragender Legationsrat von Arnim am 22. Mai 1987 dar, die USA hätten „im Anschluß an das deutsch-amerikanische SDI-MoU Aufträge an deutsche Unternehmen vergeben, eine ‚europäische SDI-Architektur‘ zu entwickeln. Es handelt sich dabei um Studien, die die gegenwärtige und nach der Technologieentwicklung in den nächsten Jahrzehnten zu erwartende Bedrohung Westeuropas durch sowjetische ballistische Flugkörper mit Reichweiten unter 5000 km, insbesondere durch die SS-20, -21, -22 und -23, und die Möglichkeiten ihrer aktiven Bekämpfung mit Abwehraketten und den dazu gehörigen Führungssystemen untersuchen sollen.“ Zudem würden sich die USA bemühen, westeuropäische Regierungen zur Mitarbeit an einem Verteidigungssystem gegen ballistische Raketen taktischer Reichweite zu gewinnen. Bezuglich der Vereinbarkeit der Entwicklung und Erprobung von Anti-Tactical-Missile-Systemen mit dem ABM-Vertrag wies Arnim darauf hin, daß die Bundesrepublik selbst durch den Vertrag nicht gebunden sei, ihn daher auch nicht verletzen könne. Zudem gehe es um die Abwehr taktischer, nicht strategischer ballistischer Systeme. Gleichwohl sei der ABM-Vertrag „insofern eine Schranke, als er ein Verbot des Transfers von ABM-Technologien enthält. Die für die Abwehr von strategischen Flugkörpern geeignete Technologie sowohl der Abwehrflugkörper als auch der Zielerfassungssysteme ist der zur Abwehr von SRBM geeigneten Technologie jedenfalls stark verwandt. Deshalb haben wir z. B. in dem deutsch-amerikanischen SDI-MoU darauf geachtet, daß die USA die Verantwortung dafür trifft, daß die Zusammenarbeit sich im Rahmen des ABM-Vertrages hält.“ Vgl. VS-Bd. 13478 (213); B 150, Aktenkopien 1987.

streckenraketen größerer und die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite im Reichweitenband zwischen 1000 und 500km seien. Über atomare Gefechtsfeldwaffen gebe es keine Verhandlungen.

Botschafter Kvizinskij erwiederte, darüber könne man unschwer in Wien verhandeln, wenn der Westen dort nur konstruktiver sein würde.

Ich entgegnete, daß die in Wien laufenden Gespräche über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa<sup>12</sup> nach unserer Auffassung Nuklearwaffen nicht einschließen.<sup>13</sup>

2) Botschafter Kvizinskij trug sodann zu Pakistan – wiederum aufgrund vorbereiteter Notizen in russischer Sprache – auf Deutsch folgendes vor:

Es gebe immer neue Beweise über das Interesse der Führung in Pakistan an der Herstellung von Atomwaffen. Trotz der Propaganda im Lande und in der internationalen Arena, daß das pakistanische Atomprogramm angeblich friedlich ausgerichtet sei, seien der gesamte politische Kurs und die Ausrichtung des Forschungsprogramms eindeutig auf die Entwicklung eigener Atomwaffen ausgerichtet.<sup>14</sup> Die Erklärungen zahlreicher Persönlichkeiten und das ambitionierte und emotionale Herangehen an das Problem machten deutlich, daß Pakistan seiner Verantwortung auf diesem Gebiet nicht nachkomme, und lasse die Sowjetunion glauben, daß die Gefahr, daß Atomwaffen in Pakistan hergestellt werden, immer gravierender wird. In Moskau habe die Erklärung von Zia ul-Haq dahingehend Besorgnis hervorgerufen, daß Pakistan eigene Atomwaffen produzieren könne, wenn das von ihm gewünscht werde.

Über die militärische Zielsetzung der Forschungsarbeiten auf atomarem Gebiet legten Erklärungen der pakistanischen Wissenschaft und Veröffentlichungen der örtlichen Presse Zeugnis ab. In diesen werde besonders betont, daß Pakistan zu den ersten zehn Staaten der Erde gehöre, die die Atomtechnik völlig gemeistert und ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau auf dem Gebiet der Anreicherung und Gewinnung von sauberem Uran zu 3/5 und Plutonium zu 3/9 erreicht haben. Die Qualität der der Sowjetunion vorliegenden Informationen erlaube es, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Pakistan das militärische Atomprogramm seit 1972 verwirkliche und seit 1984 daran gehe, atomare Sprengladungen direkt zu entwickeln. Die Arbeiten der pakistanischen Regierung ließen im wesentlichen in zwei Richtungen: die Sammlung von Plutonium und die Produktion von hochrangigem Uran. Diesen beiden Richtungen entspreche die im Lande bestehende Struktur der Atomenergie-Industrie:

12 Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

13 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen unterrichtete die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 12. Juni 1987 über die Demarche des sowjetischen Botschafters Kvizinskij am 13. Mai 1987. Das Auswärtige Amt beabsichtigte, „die Demarche auf Arbeitsebene nach angemessener Frist abschließend zu beantworten“. Diese Antwort solle in der NATO konsultiert werden, da in anderen Hauptstädten ähnliche sowjetische Vorstöße unternommen worden seien und es sich „bei den Überlegungen um die Notwendigkeit der Erweiterung der Luftverteidigung um eine Bündnisaufgabe handelt“. In der Antwort solle als Element enthalten sein, daß die Organisation der Verteidigung „unsere eigene Angelegenheit“ sei, daß der bilaterale amerikanisch-sowjetische ABM-Vertrag nicht dritte Staaten binde, die ihn daher auch nicht verletzen könnten, und daß bezüglich des Westeuropas bedrohenden Flugkörperpotentials der Grundgedanke gelte, „daß Notwendigkeit und Umfang von Verteidigungsmaßnahmen durch eine drastische Verringerung von Offensivwaffen beeinflußt werden könnten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4778; Referat 201, Bd. 143480.

14 Zum pakistanischen Nuklearprogramm vgl. Dok. 66, Anm. 37.

- Energetischer Meiler KANUPP<sup>15</sup> in Karachi,
- Forschungsreaktor Parr,
- Anlage zur Herstellung von Uranhexafluorid<sup>16</sup>,
- Anlage zur Produktion von schwerem Wasser,
- Anlage zur Anreicherung von Sichal,
- Werk zur Umwandlung von Uranhexachlorid in Urandioxid<sup>17</sup>,
- Anlage in Kahuta zur Anreicherung, die Pakistan gestatte, bis zu 45 kg Uran zu gewinnen, das bis zu 93 Prozent angereichert sei.
- Bei Rawalpindi wurde eine Versuchsanlage in Betrieb genommen zur Verarbeitung verstrahlter Energiestäbe mit einer Produktionskapazität von 15 bis 20 kg Plutonium pro Jahr.
- Geplant ist die Inbetriebnahme eines Werkes zur Bearbeitung verstrahlter Energiestäbe in Tschaschuan, die die Möglichkeit der Plutoniumproduktion in Pakistan beträchtlich steigern würde.

Hauptlieferanten der Ausrüstungen, die von Pakistan zur militärischen Verwendung benutzt werden, sind Privatfirmen der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande, Englands und Kanadas. So habe z.B. im Oktober 1986 die westdeutsche Firma Interatom ohne jeden Vorbehalt ihr Einverständnis gegeben, an Pakistan Teile von Hochtemperatur-Reaktoren zu liefern.<sup>18</sup> Ein Teil der erforderlichen Technologie werde von Pakistan im Westen illegal erworben. Es gebe außerdem zuverlässige Informationen über pakistanische Importe aus den USA von Kreitonen.<sup>19</sup> Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Tatsachen seien beunruhigend, darunter, daß im Januar d.J. die Inspektoren der IAE<sup>O</sup> festgestellt haben, daß im Atommeiler KANUPP<sup>20</sup> die Kontrollvorschriften der IAE<sup>O</sup> nicht erfüllt worden seien. Die Gründe der Nichterfüllung sind bis jetzt nicht aufgeklärt. Zur Zeit befinden sich in dem kombinierten Pool der verstrahlten Energiestäbe bis zu 6000 Energieeinheiten, die ca. 276 kg Plutonium beinhalten. Nach Informationen, die die sowjetische Seite bekommen habe, und nach ihrer Zusammenstellung von bekanntgewordenen Tatsachen könne man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß Islamabad unter Hochdruck Objekte mit vollem nuklearem Zyklus bauе, darunter deren sensitive Stadien, was durch keinerlei Erfordernisse der Entwicklung der friedlichen Kernenergiegewinnung bedingt sei, und die dem Ziel dienen, materielle Basis und Infrastruktur für die Produktion von Atomwaffen zu schaffen. Das Erscheinen von Atomwaffen in Pakistan würde eine ganz neue Situation in Süd- und Südwest-Asien schaffen und gefährliche Folgen für die Erhaltung des Frie-

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „Kanugt“.

Karachi Nuclear Power Plant.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Uran-Hexaturid“.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „Urandoxyd“.

<sup>18</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte Referat 431 mit Schreiben vom 16. Juni 1987 mit: „Im Gegensatz zu den Äußerungen des sowjetischen Botschafters Kvizinskij hat die Fa. Interatom gegenüber Pakistan eindeutig erklärt, daß eine Lieferung von Hochtemperaturreaktoren insbesondere deswegen nicht möglich sei, weil Pakistan dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht beigetreten sei.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

<sup>19</sup> So in der Vorlage.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „Kanup“.

dens in Asien und in der ganzen Welt haben. Die sowjetische Botschaft wende sich an mich als offiziellen Vertreter des Landes, welche Verbindungen zu Pakistan auf dem nuklearen Gebiet unterhalten habe und weiter unterhalte. Die sowjetische Regierung fordere die Bundesregierung auf, Zurückhaltung bei der Wahrnehmung dieser Verbindungen an den Tag zu legen und entsprechend auf Pakistan ihrerseits einzuwirken.

Auf meine Frage, ob die sowjetische Regierung sich auch an die anderen Mitglieder des Londoner Clubs<sup>21</sup> wende und ob sie ihrerseits auf Pakistan eingewirkt habe, antwortete Botschafter Kwidzinskij, daß beides der Fall sei.<sup>22</sup>

Ich dankte Botschafter Kwidzinskij für seine Mitteilung, die wir prüfen und auf die wir zurückkommen würden. Die Bundesregierung erteile Ausfuhrgenehmigungen von Kernkraftwerkseinrichtungen nur im Rahmen der Londoner Richtlinien<sup>23</sup>, wenn internationale Kontrollen sichergestellt seien. Im Falle des Bekanntwerdens illegaler Ausfuhren würden die strafrechtlichen Ermittlungsbehörden eingeschaltet.

Botschafter Kwidzinskij erklärte, der sowjetischen Regierung käme es mit dieser Demarche darauf an, zu verhindern, daß Pakistan die Mitglieder des Londoner Clubs vor vollendete Tatsachen stelle. Das zu verhindern, sollten alle politischen und technischen Möglichkeiten ausgenutzt werden.<sup>24</sup>

### 3) Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München<sup>25</sup>

Botschafter Kwidzinskij berichtete, er habe das Ergebnis seines Gespräches mit

<sup>21</sup> Zum Nuclear Suppliers' Club gehörten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, die UdSSR und die USA.

<sup>22</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner vermerkte am 26. Mai 1987, in der Sitzung der EPZ-Arbeitsgruppe „Nichtverbreitung“ am 20./21. Mai 1987 hätten Großbritannien und die Niederlande mitgeteilt, „sowjetische Botschafter hätten in Den Haag und in London ebenfalls (wie in Bonn) wegen Zusammenarbeit mit PAK demarchiert. NL hat bereits geantwortet und sowjetische Verantwortung wegen sowjetisch-indischer Zusammenarbeit hervorgehoben. UK wird erst nach Wahlen antworten.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

<sup>23</sup> Zu den Richtlinien der Nuclear Suppliers' Group für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 111, Ann. 5.

<sup>24</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner unterrichtete die Botschaften in Islamabad, London, Moskau, Neu Delhi und Washington sowie die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf am 17. Juli 1987, in Beantwortung der sowjetischen Demarche vom 13. Mai 1987 habe Ministerialdirigent Pabsch der sowjetischen Botschaft am Vortag ein Non-paper übergeben. In diesem werde dargelegt, die Bundesregierung betrachte „die zunehmenden nuklearen Aktivitäten auf dem indischen Subkontinent mit großer Sorge [...] Die Bundesregierung arbeite weder mit Indien noch mit Pakistan im nuklearen Bereich zusammen. Sie würde Lieferungen von Kernmaterial oder Kernanlagen ohne umfassende internationale Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Organisation nicht zulassen. Sie hat entsprechende Wünsche aus der Region negativ entschieden.“ Ausfuhrgenehmigungen würden auch an private Firmen nicht erteilt: „Falls die Bundesregierung von illegalen, d. h. ohne Ausfuhr genehmigung vorgenommenen Lieferungen erfährt, setzt sie ein entsprechendes Ermittlungsverfahren in Gang, welches stets zu strafrechtlicher Ahndung führt, wenn sich der Verdacht erhärten läßt. Ein solches Ermittlungsverfahren ist z. Zt. wegen vermutlich illegaler Ausfuhren nach Pakistan anhängig.“ Die Bundesregierung bitte nachdrücklich, die Angaben hinsichtlich angeblicher Lieferungen von Privatfirmen „zu präzisieren, damit entsprechende Nachforschungen eingeleitet werden können“. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 431, Bd. 153269.

<sup>25</sup> Am 22. Juli 1986 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse in Moskau das Protokoll zur Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in München und eines Generalkonsulats der Bundesrepublik in Kiew. Alle damit zusammenhängenden Fragen, einschließlich des Zeitpunkts der Eröffnung, sollten durch einen weiteren Notenwechsel geregelt werden. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 210.

Staatssekretär Meyer-Landrut über die Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München nach Moskau weitergegeben.<sup>26</sup> Moskau sei mit dem Ergebnis dieses Gespräches einverstanden, nämlich für das Generalkonsulat Kiew den Amtsbezirk Ukraine, „wie sie ist“, und für das Generalkonsulat München den Amtsbezirk Bayern vorzusehen. In den Noten über die Errichtung der Generalkonsulate sollte ein Zusatz aufgenommen werden, daß die Möglichkeit der Erweiterung der Amtsbezirke nicht ausgeschlossen sei.

Ich begrüßte diese Mitteilung und stellte fest, daß sie dem von uns gewünschten Ergebnis entspreche.

Botschafter Kzwizinskij führte weiter aus, im Hinblick auf die Begrenzung der beiden Amtsbezirke auf die Ukraine bzw. Bayern sei die sowjetische Seite damit einverstanden, die vorgesehene Personalstärke von 35 auf 27 Mitglieder zu senken.

Ich begrüßte diese Mitteilung.

Botschafter Kzwizinskij schlug vor, daß Gesandter Jelisarjew sich in den nächsten Tagen mit Botschafter Lewalter zur Fortsetzung der Verhandlungen in Verbindung setze. Er werde Jelisarjew bitten, einen Notenentwurf zu fertigen und Botschafter Lewalter zu übergeben. Die sowjetische Seite strebe den Austausch der Noten bei dem Besuch von Außenminister Schewardnadse im Herbst in Bonn<sup>27</sup> an. In dem Notenwechsel könnte als „Richtfrist“ für die Eröffnung der Konsulate etwa die Mitte nächsten Jahres vorgesehen werden. Die übrigen kleineren Punkte sollten großzügig gelöst werden. Was den Zugang zum Generalkonsulat Kiew angehe, so könne diese Frage nicht isoliert von den anderen Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion betrachtet werden. Eine isolierte andere Lösung für Kiew sei nicht möglich.<sup>28</sup>

Ich erklärte mich mit dem von Botschafter Kzwizinskij vorgeschlagenen Procedere einverstanden und unterstrich, daß auch wir an die Lösung der noch offenen Fragen nicht kleinlich herangehen wollten. Die Frage des Zugangs sei für uns allerdings eine wichtige Frage; das, was Botschafter Kzwizinskij über eine Behandlung dieser Frage für alle Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion gesagt habe, sei zu bedenken.

Botschafter Kzwizinskij teilte im übrigen mit, daß die Anlaufstelle für das Generalkonsulat in Kiew kein Diplomatenbüro, sondern das eigene Außenministerium der Unionsrepublik sei. Der Außenminister sei Mitglied des Minister-

<sup>26</sup> Staatssekretär Meyer-Landrut legte dem sowjetischen Botschafter Kzwizinskij am 27. März 1987 zur Frage des Amtsbezirks der künftigen Generalkonsulate in Kiew und München dar, dieser solle „entweder Ukraine hier und Bayern da oder Ukraine plus weitere Gebiete und Bayern plus Baden-Württemberg“ umfassen, insbesondere das Gebiet um Kursk, „weil sich dort ein großes langjähriges deutsches Projekt mit deutschen Technikern befindet“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 143542.

<sup>27</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik erst vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>28</sup> Anknüpfend an ihre Gespräche vom 10. November 1986, 4. Dezember 1986 und 15. April 1987, erörterten Botschafter z. b. V. Lewalter und der sowjetische Gesandte Jelisarjew am 21. Mai 1987 erneut Fragen bezüglich der Errichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München. Dabei übergab Jelisarjew sowjetische Entwürfe für ein Protokoll über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen bzw. für eine entsprechende sowjetische Note. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationssekretärs Lucas vom 25. Mai 1987; Referat 213, Bd. 143542.

rates der Unionsrepublik, und das Generalkonsulat habe damit unmittelbaren Zugang zur Regierung dieser Unionsrepublik.

Ich dankte Botschafter Kwizinskij für diese Klarstellung.

#### 4) Verschiedenes

Ich teilte Botschafter Kwizinskij unsere Absicht mit, nach Billigung einer entsprechenden Vorlage durch den Herrn Bundesminister eine Erhöhung des Personalbestandes beider Botschaften vorzuschlagen.

Botschafter Kwizinskij bedankte sich für diese Mitteilung. Eine Erhöhung des Personalbestandes würde es ihm ermöglichen, einen zusätzlichen Wirtschaftsgesandten und eine Verstärkung der Konsularabteilung der Botschaft zu erhalten. Die Visaanträge in die Sowjetunion hätten gewaltig zugenommen und könnten mit dem vorhandenen Personalbestand der Konsularabteilung nicht mehr bewältigt werden.

Botschafter Kwizinskij teilte mit, daß ihm Vize-Außenminister Petrowskij<sup>29</sup> schriftlich mitgeteilt habe, er sehe nach dem Besuch des Ersten Stellvertretenden Außenministers Woronzow in Bonn<sup>30</sup> und nach den Konsultationen über chemische Waffen mit Herrn Nasarkin<sup>31</sup> derzeit keinen Bedarf für die für Mitte Mai vorgesehenen Abrüstungskonsultationen mit D2A<sup>32</sup>, da in den genannten Gesprächen alles gesagt worden sei.

Ich stellte mit Befriedigung fest, daß der Absage von Vize-Außenminister Petrowskij zu den Abrüstungskonsultationen in Bonn keine politischen Gründe unterlägen, und wies auf die Bedeutung und unser Interesse an laufenden Abrüstungskonsultationen gerade mit der Sowjetunion hin. Unser unausgesprochenes Verständnis war, daß die Konsultationen mit Vize-Außenminister Petrowskij bei Gesprächsbedarf durchgeführt werden sollten.

Ich begründete – vorbehaltlich der Entscheidung über die Begleitung des Herrn Bundespräsidenten bei seinem Staatsbesuch in der Sowjetunion<sup>33</sup> – mein Interesse, die Konsultationen mit Herrn Bondarenko Anfang Juli in Moskau forzusetzen.

Botschafter Kwizinskij sagte entsprechende Unterrichtung zu.

<sup>29</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Petrowsky“.

<sup>30</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

<sup>31</sup> Botschafter Holik und Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann führten am 30. März 1987 Konsultationen mit dem Leiter der sowjetischen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD), Nasarkin. Hartmann vermerkte am folgenden Tag: „Es wurde sehr deutlich, daß es Nasarkin, der dem Abschluß eines CW-Verbots große Dringlichkeit verlieh, vor allem um die Verhinderung des Beginns der US-Binärproduktion ging. Seine Offenheit bei der Erörterung der Verdachtsinspektion sowie der Nichtherstellungskontrolle und seine Bereitschaft, Lösungsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf bisher gehaltene Positionen freimütig zu diskutieren, zeigten, daß ihm daran gelegen war, sich als ernsthaft am Verhandlungsfortschritt interessiert darzustellen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162061.

<sup>32</sup> Abrüstungskonsultationen, insbesondere über chemische Waffen, zwischen Botschafter Holik und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Petrowskij waren für 25. bis 27. Mai 1987 vorgesehen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler vom 20. Februar 1987; Referat 222, Bd. 162061.

<sup>33</sup> Zu den Vorbereitungen für den Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 177.

Zum Besuch Weizsäckers, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, vgl. Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

In diesem Zusammenhang erinnerte ich Botschafter Kwizinskij an die in meinem Gespräch mit Herrn Bondarenko<sup>34</sup> vorgeschlagenen Konsultationen der Leiter der Rechtsabteilungen und der Regionalbeauftragten bzw. von D3 über Regionalfragen, auf die wir bisher noch keine Antwort bekommen hätten.

Botschafter Kwizinskij sagte Rückfrage in Moskau zu. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß sein Besuch bei D6<sup>35</sup> noch ausstehe, den er bald machen wolle.

Botschafter Kwizinskij fragte mich nach der Entscheidung der Bundesregierung in Sachen INF.

Unter Bezugnahme auf die Reise von BM nach Washington<sup>36</sup>, die Reise des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU nach Paris<sup>37</sup> und von MdB Rühe nach London<sup>38</sup> wies ich darauf hin, daß die Bundesregierung und die sie tragende Regierungskoalition zügig auf eine Entscheidung dieser Frage hinarbeiten. Da die Bundesrepublik Deutschland durch SRINF-Problematik besonders betroffen sei, sei jedoch eine gründliche Prüfung und Abwägung im Interesse der Sicherheit des Landes erforderlich.

Auf die Frage von Botschafter Kwizinskij, ob sich die Entscheidung bis Anfang Juni hinausschieben werde, erwiderte ich, daß ich mich nicht in der Lage sähe, gegenwärtig einen Zeitpunkt zu nennen. Er könne jedoch versichert sein, daß wir die Entscheidung nicht verzögern wollten, sondern um eine zügige Entscheidung bemüht seien.

Botschafter Kwizinskij wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Erste Stellvertretende Außenminister Woronzow in seinen Gesprächen in Bonn auf die Möglichkeit einer Abkopplung der SRINF-Problematik hingewiesen habe, um den Abschluß des LRINF-Abkommens zu erleichtern.

<sup>34</sup> Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 31. Oktober 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 313.

<sup>35</sup> Barthold Witte.

<sup>36</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

<sup>37</sup> Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 15. Mai 1987, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dregger, habe am 13./14. Mai 1987 in Paris die Haltung seiner Fraktion zur doppelten Null-Lösung erörtert. Dabei habe Dregger „die vitale Bedeutung eines deutsch-französischen Schulterschlusses gegenüber den Vorschlägen von Generalsekretär Gorbatjow“ betont, um einer Singularisierung der Bundesrepublik vorzubeugen, und ein gemeinsames französisch-britisches-deutsches Abrüstungskonzept für Europa gefordert. Dieses solle beinhalten: „Null bei atomaren Waffen der ‚Weltmächte‘ über 1000 km Reichweite (LRINF), Reduzierung der Atomwaffen unter 1000 km bis 500 km Reichweite (SRINF) auf gleiche Obergrenzen mit niedrigerem Niveau, z. B. auf 50 Prozent; weltweite Null-Lösung bei chemischen Waffen; gleiche Obergrenzen bei konventionellen Waffen, insbesondere bei Panzern, Flugzeugen und Artillerie; erst dann: weitere Verhandlungen über die verbleibenden Nuklearwaffen. [...] Sämtliche Gesprächspartner waren gegenüber den von MdB Dregger vorgeschlagenen Elementen eines Abrüstungskonzepts für Europa aufgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1094; VS-Bd. 13003 (202); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>38</sup> Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Rühe, führte am 13. Mai 1987 in London Gespräche im britischen Außen- und Verteidigungsministerium, u. a. mit Außenminister Howe. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 14. Mai 1987 mit, Rühes Ziel sei es gewesen, „sich über die Haltung der britischen Regierung zu dem geplanten Abkommen über LRINF und SRINF zu informieren und über den Stand der Überlegungen seiner Fraktion zu berichten“. In einem Pressegespräch in der Botschaft habe Rühe erklärt: „Mit GB bestehe Einigkeit über den Fragenkomplex der LRINF. Zu SRINF bemerkte Rühe, daß die britische Seite ihm bedeutet habe, daß ihre Haltung noch ‚nicht festgelegt‘ sei. Man habe ihm zu verstehen gegeben, daß die Haltung der Bundesregierung zu diesem Problemkomplex ‚wichtig, wenn nicht ausschlaggebend‘ auch für die Formulierung der britischen Haltung sei. Auf die Frage eines Journalisten, ob dies eine englische Formulierung oder seine Zusammenfassung der Gesprächseindrücke sei, verwies Rühe auf das letztere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 867; Referat 011, Bd. 138457.

Ich erwiderte, daß sich unsere Prüfung auch auf die Möglichkeit einer SRINF-Lösung erstrecke. Nach dem Grundsatz „das Machbare tun“ sei es auch ein Konzept, das heute Mögliche zu tun. Der amerikanische Vertragsentwurf sehe im übrigen eine Verbindung von LRINF und SRINF vor.<sup>39</sup>

Botschafter Kwizinski erwiderte, Generalsekretär Geißler habe ihm gesagt, dies sei ein Fehler.

Demgegenüber wies ich darauf hin, daß es sich bei der von mir genannten Verbindung um eine seit 1981 bestehende Bündnisposition handele, die man nicht ohne weiteres negieren könne.

Ich versicherte Botschafter Kwizinski abschließend, daß die notwendigen Sonderungen und Prüfungen von uns zügig weitergeführt würden.<sup>40</sup>

Richthofen

**VS-Bd. 13478 (213)**

## 134

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Sassou-Nguesso**

**14. Mai 1987<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Staatspräsidenten der Volksrepublik Kongo, Sassou-Nguesso, am Donnerstag, den 14. Mai 1987<sup>2</sup>

Das Gespräch, das um 12.15 Uhr begann und beim Mittagessen im kleinen Kreise fortgesetzt wurde, dauerte insgesamt zwei Stunden.

<sup>39</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>40</sup> Vgl. dazu die Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987; Dok. 155, Anm. 10.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Regierungsdirektor Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 15. Mai 1987 gefertigt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Mai 1987 einen „Durchdruck der vom Bundeskanzler gebilligten obigen Aufzeichnung zur Kenntnis Ihres Hauses“.

Hat Legationssekretär Köhler am 21. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Sulimma und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ganns „z[w]r g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung u. a. an Ministerialdirektor Jelonek, Botschafter Massion und Referat 400.

Hat Jelonek vorgelegen.

Hat Massion am 22. Mai vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Büro D 4: B[ittel] S[eite] 1 beschaffen und vorheften.“

Hat Jelonek erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 400 verfügte und handschriftlich für Referat 412 vermerkte: „S. 6 b. beachten für W[elt]W[irtschafts]G[ipfel].“ Vgl. Anm. 10 und 14. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 412, Bd. 130565.

<sup>2</sup> Präsident Sassou-Nguesso hielt sich am 14./15. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirigent Sulimma teilte am 20. Mai 1987 mit: „Bundespräsident von Weizsäcker begrüßte Präsident Sassou-Nguesso mit militärischen Ehren und empfing ihn zu einem Gespräch. Ein Meinungsaustausch

Auf deutscher Seite nahmen an dem Gespräch auch BM Klein, Staatssekretär Dr. Sudhoff, Botschafter Kalscheuer und auf kongolesischer Seite drei Minister teil.

Der *Bundeskanzler* begrüßte eingangs den Gast als Staatspräsidenten der Volksrepublik Kongo und als derzeitigen Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit.<sup>3</sup> Er stellte die Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite vor und meinte, daß beide – er und der Präsident – als nicht gelernte Diplomaten ein offenes und direktes Gespräch führen sollten.

Der Bundeskanzler würdigte den positiven Stand der bilateralen Beziehungen. Es sei feste Absicht der Bundesregierung, diese weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Die Bundesregierung, die Länder Europas seien sich Afrikas als wichtigen Nachbarkontinent voll bewußt. Der verlorene Erste Weltkrieg und der damit verbundene Verlust aller damaligen Kolonien in Afrika habe für uns den Vorteil, unbefangener als andere über die Probleme dieses Kontinents sprechen zu können.

Er unterstrich das große deutsche Interesse, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiterzuentwickeln; dies gehe aber nur im Wege der wechselseitigen Schaffung der hierzu nötigen Voraussetzungen. Wir seien bereit, auch weiterhin Kapitalanlagegarantien für private Investitionen zu schaffen, andererseits seien Investitionen aber auch eine Sache des Vertrauens, d.h. des Investitionsklimas.

Der Bundeskanzler schlug vor, sich zunächst dem bilateralen Bereich zuzuwenden und das Gespräch über die ebenso wichtigen afrikapolitischen Themen auch während des Mittagessens fortzusetzen. Er sehe die heutige Begegnung als Beginn einer Intensivierung bilateraler Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Der Bundeskanzler ging kurz auf den Stand der Ost-West-Beziehungen ein und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland als geteiltes und am meisten davon betroffenes Land. Jede Möglichkeit einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei für uns von größter Bedeutung.

Der *Präsident* dankte in sehr herzlichen Worten für den freundschaftlichen Empfang in Bonn und die Gelegenheit für den Erfahrungsaustausch. Auch er sehe im Bereich der bilateralen Beziehungen „keine Wolken“. Beide Seiten hätten den Willen, sie weiterzuentwickeln.

Er erklärte, die Welt sei an einem Krisenpunkt und in einer Sackgasse angelangt. Es müsse Menschen guten Willens geben, um aus dieser akuten Krise herauszukommen. In diesem Zusammenhang komme den Beziehungen der Bundes-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 681*

mit dem Bundeskanzler sowie ein von ihm gegebenes Arbeitsessen in kleinem Kreis schlossen sich an. In einer ausführlichen Unterredung mit BM Genscher (inkl. Mittagessen) wurden afrikapolitische Fragen erörtert. Präsident Sassou-Nguesso traf des weiteren mit BM Klein, PStS Würzbach im BMVg (Ausstattungshilfe) und StS Schlecht (Probleme der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen) im BMWi zusammen. In einem Rundgespräch mit Vertretern der Wirtschaft warb der Gast für deutsche Investitionen in der VR Kongo.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5; Referat 321, Bd. 154355.

<sup>3</sup> Referat 321 legte am 15. April 1987 dar, mit Präsident Sassou-Nguesso besuchte erstmals ein Staatsoberhaupt der Volksrepublik Kongo die Bundesrepublik. Sassou-Nguesso sei „seit Juli 1986 Vorsitzender der Organisation für Afrikanische Einheit und damit Sprecher des afrikanischen Kontinents. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die aktive Rolle der VR Kongo in der Blockfreien-Bewegung verleihen der Stimme des Landes derzeit daher ein besonderes Gewicht.“ Vgl. Referat 321, Bd. 154355.

republik Deutschland zu Afrika und auch dem Verhalten der übrigen westlichen Länder zum afrikanischen Kontinent eine gewisse Signalwirkung zu. Der Präsident sprach von einem erforderlichen Akt der Solidarität Europas gegenüber Afrika.

Diese treffe auch zu für die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Kongo und der Bundesrepublik Deutschland.

Der Präsident würdigte die bereits in den vergangenen Jahren geleistete Hilfe für sein Land, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Die Art der Hilfe sei auch modellhaft für Afrika. So sei ein gemeinsames deutsch-kongolesisches Entwicklungsprojekt (Landfunkprojekt zur Ausbildung von Bauern<sup>4</sup>) von der UNESCO prämiert worden. Entwicklungsschwerpunkte seien Landwirtschaft, Viehzucht und Infrastruktur. In diesen Bereichen könnten Fortschritte erzielt werden: Nur 2% der Nutzfläche seien bisher kultiviert, der Boden sei fruchtbar.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Anteil der Bevölkerung auf dem Lande erläuterte der Gast die Probleme der Landflucht und die Notwendigkeit, diese durch verstärkte Förderung des landwirtschaftlichen Sektors zu verhindern.

Ausführlich widmete sich der Präsident dem Problem der Holz- und Forstwirtschaft seines Landes. Die VR Kongo sei das erste afrikanische Land, in dem die Abholzung von Eukalyptusbäumen mit sofortiger Wiederaufforstung verbunden worden sei. Das Land habe ca. 20 Mio. Hektar Waldbestand als Reserve; dies sei ein wichtiges Aktivum für die weitere Entwicklung der VR Kongo.

Der Präsident würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Pionierleistungen deutscher Unternehmen bei der Erschließung des Waldreichtums seines Landes. Diese Unternehmen hätten in ihrer schwierigen und angesichts der Entfernung auch risikobehafteten Arbeit die volle Unterstützung seiner Regierung.

Der Ausbau der Flussfahrt und der Landtransportwege einschließlich der Eisenbahn sei bereits ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Entwicklungskooperation. Gerade wegen der besonderen Bedeutung für den Export tropischer Hölzer dankte der Präsident für diese Hilfe und bat, diese fortzuführen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläuterte der Präsident die Partnerstruktur für deutsche Unternehmen der Holzwirtschaft auf kongolesischer Seite.

BM Klein bat den Präsidenten, sich der besonderen Probleme des deutschen Unternehmens Feldmeyer<sup>5</sup> in besonderer Weise anzunehmen.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Referat 604 vermerkte am 13. April 1987, die Friedrich-Naumann-Stiftung sei „seit 1978 mit dem Projekt ‚Radio Rurale‘ zur Förderung des kongolesischen Landfunks in der Volksrepublik Kongo vertreten“. Für den Zeitraum bis 1988 sei ein Fördergesamtvolumen von 920 000 DM projektiert. Vgl. Referat 321, Bd. 154355.

<sup>5</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Feldmann“.

<sup>6</sup> Die in Bremen ansässige Firma Hinrich Feldmeyer GmbH teilte am 12. Mai 1987 mit, sie sei „seit 20 Jahren in der kongolesischen Holzwirtschaft durch ihre Tochtergesellschaft, die Congolaise Industrielle de Bois (C.I.B.), in Brazzaville und Pokola (Nordkongo) engagiert. Die Gesamtinvestitionen betragen bis heute ca. 8 Milliarden F[rançais de la] C[oopération]F[inancière en]A[frique Centrale] (ca. DM 53 Millionen).“ In den letzten drei Jahren habe die kongolesische Regierung „diverse Steuern, Taxen, Exportabgaben für Holz ständig erhöht. Ferner hat der Kongo als einziges Tropenholz exportierendes Land der Welt für den Holzexport ein Staatsmonopol errichtet (Office Congolais de Bois, OCB), welches für die Produzenten seit zwei Jahren die Preise blockiert hat und selbst erhebliche Beträge zu Lasten des Produzenten einkassiert. [...] Zusätzlich zu einer unvernünftig hohen Besteuerung und Tarifierung (Transport) gibt es im Lande ‚organisierten‘ Diebstahl (1986 wurden

Der *Präsident* erläuterte hierauf die von seiner Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Förderung des Forstsektors in seinem Lande (u.a. im Bereich der Steuern, Abgaben, Zölle, Transporttarife). Die ausländischen Firmen seien hiermit im allgemeinen zufrieden; die Probleme der Firma Feldmeyer seien besonderer Art, man werde sie in direktem Kontakt zu klären versuchen.

Der *Präsident* faßte abschließend nochmals zusammen, daß sein Land solidarische Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in den Bereichen produktiver Investitionen, der Landwirtschaft, Holz- und Forstwirtschaft, des Transportwesens (einschließlich Eisenbahn und Hafenausbau) bedürfe.

Der *Präsident* kam dann ausführlich auf die IMF-Politik seinem Land gegenüber zu sprechen. IMF-Auflagen zwängen seine Regierung, heute mit einem um die Hälfte reduzierten Budget auszukommen. Dem Land fehlten damit die nötigen Mittel zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Das Land könne die derzeit dramatische Lage ohne Unterstützung von außen nicht überstehen.<sup>7</sup>

Der *Präsident* erwähnte in diesem Zusammenhang die vom IMF erzwungene Zurückstellung des Projektes Kurzwellensender PK Rouge; das Projekt sei für die Regierung nach wie vor äußerst vordringlich (zur Erreichung der weit verstreuten Landbevölkerung).<sup>8</sup> Seine Regierung sei daran interessiert, zu klären, wie die dadurch entstehenden Mehrkosten getragen und die Hermes-Garantien verlängert werden könnten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 683*

der Firma 10 000 cbm Holz in einem Wert von 200 Mill. FCFA (= DM 1,3 Mill[ionen]) gestohlen, ohne daß die Regierung interveniert.“<sup>9</sup> Da die kongolesische Regierung auch schriftliche Verpflichtungen nicht eingehalten habe, habe sich die Firma Feldmeyer entschlossen, „Ende d. M. die Produktion im Wald und in zwei Sägewerken stillzulegen, ca. 400 Mitarbeiter vorübergehend nicht weiter zu beschäftigen (chômage technique) und nur unter Bedingungen weiterzuarbeiten, welche die Rentabilität des Unternehmens garantieren (bestehende Verpflichtung der kongolesischen Regierung durch Vertragsklauseln)“. Ein Katalog dieser Bedingungen werde *Präsident* Sassou-Nguesso am 15. Mai 1987 auf Schloß Gymnich übergeben. Vgl. das Fernschreiben Nr. 152; Referat 321, Bd. 154355.

<sup>7</sup> Botschafter Kalscheuer, Brazzaville, berichtete am 12. Juni 1986, das kongolesische Parlament habe die durch Wirtschaftskrise und Verschuldung erzwungene Revision des Haushalts 1986 verabschiedet, der die Staatsausgaben um insgesamt 43% senke: „Nunmehr haben die kongolesische Regierung und IWF eine Umschuldung vereinbart. Die getroffene Vereinbarung soll auf eine Laufzeit von 20 Monaten abgestellt sein und im Juli 1986 in Kraft gesetzt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 212; Referat 321, Bd. 154359.

Referat 422 vermerkte am 15. April 1987: „Mit ihren im ‚Pariser Club‘ versammelten staatlichen Gläubigern hat die VR Kongo am 18. Juli 1986 eine multilaterale Umschuldungsregelung getroffen, die einen Zahlungsaufschub für Fälligkeiten zwischen 1.8.1986 und 31.3.1988 in Höhe von insgesamt ca. 359 Mio. Dollar vorsieht; der Anteil der Bundesrepublik Deutschland hieran beträgt ca. 7,8 Mio. Dollar.“ Ein bilaterales Abkommen zur Umsetzung des multilateralen Protokolls sei am 5. Dezember 1986 in Brazzaville unterzeichnet worden. Inzwischen könne die Notwendigkeit einer Anschlußumschuldung nicht mehr ausgeschlossen werden. Vgl. Referat 422, Bd. 149201.

<sup>8</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte dem Bundesministerium der Finanzen am 27. Mai 1987 mit: „Das deutsche Konsortium AEG/PSB General Contractor hat 1984 die kongolesische Ausschreibung über eine landesweite Kurzwellen-Rundfunkversorgung (Projekt ‚PK Rouge‘) gewonnen. Das Projekt mit einem Auftragswert von rd. 30 Mio. DM wurde vom I[nter]M[inisteriellen]A[usfuhrgarantieausschuß] in Deckung genommen. In der Folge hat sich die kongolesische Wirtschaftslage aufgrund des Ölpreisverfalls verschlechtert. Die VR Kongo sah sich gezwungen, mit IWF und Weltbank ein Programm zur Stabilisierung der kongolesischen Wirtschaftslage zu vereinbaren. Im Rahmen dieser Politik mußte die kongolesische Regierung auf Druck des IWF verschiedene Projekte zurückstellen“, darunter das Projekt „PK Rouge“. Beim Besuch des *Präsidenten* Sassou-Nguesso habe die kongolesische Seite die Verwirklichung des Projekts für 1988 zugesagt und die Bundesregierung Kontaktaufnahme mit dem IWF in dieser Frage in Aussicht gestellt. Das Bundesministerium für Wirtschaft bat um eine Unterrichtung des IWF. Vgl. den Schnellbrief; Referat 321, Bd. 154357.

Nach Klärung verschiedener Details dieses Projektes erklärte der *Bundeskanzler* dem Präsidenten die Bereitschaft der Bundesregierung, in diesem Falle hilfreich sein zu wollen.<sup>9</sup>

BM *Klein* unterstrich ebenfalls die Entschlossenheit der Bundesregierung, in Würdigung des Muts der Regierung der VR Kongo, den Empfehlungen des IMF Folge zu leisten, Hilfe bei der Abfederung der IMF-Auflagen zu leisten, ohne diese damit jedoch unterlaufen zu wollen. Er ergänzte, daß aus hiesiger Sicht das Rangierlokomotiven-Projekt für die VR Kongo noch wichtiger sei. Man werde versuchen, auch dieses Projekt über die IMF-Auflagen hinüberzutreten.

Der *Bundeskanzler* bat BM Klein, sich in beiden Fällen um eine Lösung zu bemühen.

Wir hatten, fuhr der Bundeskanzler fort, die politische Entwicklung, den politischen Kurs der VR Kongo mit großem Interesse verfolgt; den Kurs nach Unabhängigkeit und Blockfreiheit. Dies sei uns sympathisch. Es gebe genügend Länder, auch in der Nachbarschaft der VR Kongo, bei denen man dies nicht sagen könne.

Wir wüßten auch um die beachtlichen Anstrengungen, den Empfehlungen des IMF zu folgen, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gesundung zu schaffen; auch dies mache uns die Politik des Landes sympathisch.

Auch die Bundesregierung habe beim Regierungsantritt vor mehr als vier Jahren vor dem Problem gestanden, bittere Entscheidungen zu treffen und Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Dies sei auch hier nicht populär gewesen.

Der Bundeskanzler schlug an dieser Stelle vor, das Gespräch beim Mittagessen fortzusetzen.

Der Bundeskanzler bat den Präsidenten um eine Bewertung der zentralen Probleme des afrikanischen Kontinents.

Der *Präsident* kam nochmals auf seine Eingangsbemerkungen zurück und bezeichnete die Lage vieler Länder der Dritten Welt und insbesondere die Afrikas als Drama. Wie könne bei dem Leid eines so großen Anteils der afrikanischen Bevölkerung von Frieden und Entwicklung gesprochen werden?

Alle Länder dieses Kontinents seien auf eine Zusammenarbeit mit dem IMF angewiesen. Preisverfall für Rohstoffe (der Präsident zählte eine Reihe für Afrika besonders wichtiger Rohstoffe auf) und die anhaltende Dürre in der Sahelregion ließen wiederum eine Dürreperiode mit entsprechender Hungerkatastrophe befürchten, so wie in Äthiopien und in Sudan.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Lutz unterrichtete die Botschaft in Brazzaville am 17. August 1987: „AEG hat inzwischen Antrag auf Übernahme der durch Verschiebung der Lieferzeiten entstehenden Mehrkosten gestellt. [Inter]Ministerieller Aufsichtsrat hat dem unter der Voraussetzung, daß hierüber separate Zusatzverträge geschlossen werden, grundsätzlich zugestimmt. Damit erhöht sich zu verbürgender Gesamtwert um 8 878 900 DM auf 39 005 900 DM. Entscheidung wurde auch im Hinblick auf Gespräche von Staatspräsident Sassou-Nguesso mit BK Kohl während des Staatsbesuches in Deutschland getroffen.“ Die Entscheidung sei nicht unproblematisch, da im kongolesischen Staatshaushalt 1988 keine Mittel für das Projekt vorgesehen seien und „somit weitere Kostensteigerungen infolge ständiger Verschiebung“ drohen würden. Zudem habe der IWF bestritten, Empfehlungen über einzelne Investitionsvorhaben gegeben zu haben: „Dies erweckt den Verdacht, daß kongolesische Regierung Einwände des IWF gegen das Projekt nur als Vorwand benutzt hat.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 321, Bd. 154357.

Afrika erwarte daher die Solidarität Europas, und dies auch im eigenen Interesse Europas. Der Präsident erwähnte nochmals die Bereiche, von denen er glaube, daß die afrikanischen Länder der Unterstützung bedürften: Stabilisierung der Rohstoffpreise, Stabilisierung der Wechselkurse, Hilfe bei der Lösung der Schuldenprobleme, Abwendung nicht tragbarer IMF-Auflagen (der Präsident erwähnte die Gefahr von Unruhen und Meutereien; der IMF verlange Unmögliches im sozialen Bereich).

<sup>10</sup>Der Präsident erwähnte, daß er als OAE-Vorsitzender an alle Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels<sup>11</sup> ein Schreiben gerichtet habe mit der dringenden Bitte, sich aus Anlaß dieses Treffens der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Afrikas anzunehmen.<sup>12</sup> Afrika erhoffe Hilfe in dieser historischen Stunde.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß dieses Schreiben bisher noch nicht eingegangen sei, und bat den Präsidenten um konkrete Beispiele „unerträglicher“ und „unverständlich“ IMF-Auflagen.

Der *Präsident* nannte die IMF-Verfügung an sein Land, unrentabel produzierende Staatsbetriebe zu schließen. Dies führe zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Vereindlung der betroffenen Familien. So seien eine Raffinerie und eine Zuckefabrik geschlossen worden, weil deren Produktionskosten über dem Weltmarktpreis lagen; das Land sei angehalten worden, die entsprechenden Produkte zu importieren. Der Präsident erklärte, in solchen Maßnahmen keinen Sinn sehen zu können. Er zweifle auch, ob es Sache des IMF sein könne, in dieser Art in die inneren Fragen eines Landes einzutreten. Ein anderer Fall sei die Forderung an ein westafrikanisches Land, den Kakaopreis zur Ankurbelung der Produktion zu erhöhen, verbunden aber mit der Forderung, den Export wegen des niedrigen Weltmarktpreises zu subventionieren.

Der *Bundeskanzler* erklärte (zum Schreiben des OAE-Vorsitzenden), daß sich der Weltwirtschaftsgipfel in Venedig mit dem Problem Afrika wird beschäftigen müssen.

Der *Präsident* kam dann auf die Lage im südlichen Afrika, insbesondere in der Republik Südafrika, zu sprechen. PM Thatcher habe ihm bei seinem letzten Gespräch erklärt, es gebe ermutigende Zeichen zu einem Wechsel in der Mentalität der Weißen; man müsse die Wahl abwarten, die ein Signal für die Zukunft geben werde. Nun hätten aber diejenigen, die keinen Wechsel wollten, ihre Position noch verstärken können, und die, die einen Wechsel wollten, seien aber ohne Einfluß.<sup>13</sup> Aus der Sicht des Präsidenten könne die nicht rechtzeitige Beendigung der Apartheid zu einer nicht mehr umkehrbaren Situation führen.<sup>14</sup>

Der *Bundeskanzler* erklärte, seine Position hierzu sehr offen darstellen zu wollen.

<sup>10</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

<sup>12</sup> Mit der Bitte um einen Antwortentwurf übersandte Regierungsdirektor Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 19. Juni 1987 das am 12. Juni 1987 im Bundeskanzleramt eingegangene Schreiben vom 5. Mai 1987, „mit dem Präsident Sassou-Nguesso als OAE-Vorsitzender bittet, die aktuellen Wirtschaftsprobleme Afrikas auf dem Venedig-Gipfel entsprechend zu berücksichtigen“. Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 150155.

<sup>13</sup> Zu den Wahlen in Südafrika am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 35.

<sup>14</sup> Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Ihm sei selten im politischen Leben so viel Heuchelei begegnet wie in der Frage der Sanktionen gegen Südafrika.<sup>15</sup> Auch bei der EG-Diskussion darüber sei dies der Fall gewesen; den meist starken Worten, mit denen in der Öffentlichkeit auch schnell politischer Gewinn zu erzielen war, seien keine Taten gefolgt. Er habe sich an dieser Diskussion nicht beteiligt.

Er, der Bundeskanzler, sei kein Freund der Apartheid. Es sei auch ein schwerer Fehler, das Rad der Geschichte anhalten zu wollen; es drehe sich weiter, und es gehe daher nur darum, es vernünftig in Bewegung zu halten.

Der Bundeskanzler räumte ein, daß seine Sicht der Dinge viel Geduld erfordere und wohl schwieriger zu vermitteln sei, jedenfalls sich nicht so gut auf dem Markt verkaufen lasse wie andere Meinungen.

Der Bundeskanzler erwähnte dem Präsidenten gegenüber die verschiedenen Verurteilungen der Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika durch die Organisation für Afrikanische Einheit<sup>16</sup>; er sei von der Vergabe schlechter Noten an die Adresse der Bundesregierung jedoch nicht beeindruckt.

Der Bundeskanzler führte hierzu einige Argumente an:

Einmal stelle die Bundesregierung 1987 ca. 44 % der Gesamtzusagen der Entwicklungshilfe allein für den afrikanischen Kontinent bereit; Afrika sei damit die stärkste Empfängergruppe. Zu berücksichtigen dabei sei, daß wir nicht wie Frankreich mit den frankophonen Ländern und Großbritannien mit dem Commonwealth besondere historische Interessen in Afrika hätten.

Für die Bundesrepublik Deutschland sei es wichtig, in Afrika präsent zu sein.

Der erste Grund hierfür sei der Menschlichkeit. Wir seien eines der reichsten Länder der Welt, die Nachkriegszeit und die in dieser Lage erfahrene Hilfe von außen seien nicht vergessen; Solidarität und mitmenschliche Hilfe seien eine der Grunderfahrungen seiner Politik.

Einen zweiten Grund habe der Präsident bereits selbst genannt; eine Welt mit einer Auseinanderentwicklung reicher und armer Länder könne nicht funktionieren; dies könne nicht gut gehen. Ein Miteinander sei wichtiger als ein Gegen-einander.

Drittens gehöre die Bundesrepublik Deutschland zu den wichtigsten Exportländern der Welt; zur Zeit sogar mit 38 % der produzierten Güter und Dienstleistungen größtes Exportland der Welt. Wenn die Dritte Welt nicht kaufen könne, so könne auch nicht produziert werden. Dies sei die Philosophie für Venedig.

Der Bundeskanzler ging sodann dazu über, diese Überlegungen auf die Lage in der Republik Südafrika zu übertragen. Die Verhältnisse in diesem Lande müßten

<sup>15</sup> Zur Haltung der Bundesregierung zu Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 54, Anm. 38, und Dok. 164, Anm. 22.

<sup>16</sup> Vom 25. Februar bis 4. März 1986 fand in Addis Abeba die OAE-Ministerratstagung statt, bei der eine zunächst erwogene namentliche Verurteilung der Bundesrepublik und Großbritanniens wegen ihrer Haltung zu Südafrika schließlich nicht erfolgte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 184 des Botschaftsrats I. Klasse Fett, Addis Abeba, vom 3. März 1986; Unterabteilung 32, Bd. 138064.

Die OAE-Ministertagung vom 23. Februar bis 1. März 1987 in Addis Abeba verurteilte die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA wegen ihrer ablehnenden Haltung zu Sanktionen gegenüber Südafrika in der Abstimmung im VN-Sicherheitsrat am 20. Februar 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 135 des Botschafters Oldenkott, Addis Abeba, vom 2. März 1987; Referat 322, Bd. 150156.

geändert werden, sie seien so nicht länger haltbar, aus menschlichen, aber auch aus Gründen der Vernunft.

Der Bundeskanzler betonte, daß er das Ergebnis der Wahl anders interpretiere als viele andere: Einen grundlegenden Fehler sehe er in der falschen Einschätzung des Charakters der dominanten weißen Bevölkerungsgruppen, der Briten, Deutschen und Niederländer. Sie seien verschieden, aber identisch in einem: Wenn man sie unter Druck setze, und dies in extremer Weise, erreiche man mit Sicherheit das Gegenteil.

Der Bundeskanzler verglich diese Politik und Verhaltensweise mit der Forderung Präsident Roosevelts im Jahre 1944 nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands<sup>17</sup>; dies habe Millionen Menschen das Leben gekostet. Den Deutschen sei damals eine andere Alternative, als weiterzumachen, kaum geblieben.

Dies sei auch letztlich der Grund, warum er, der Bundeskanzler, gegen Sanktionen sei. Es sei eben ein Irrtum, die Leute in der Wagenburg durch Druck von außen – der ja im Ergebnis kein Druck sei, da er das Gegenteil bewirke – zur Vernunft zu bringen.

Der Bundeskanzler erläuterte dem Gast die Auswirkungen von Sanktionen auf die schwarze Bevölkerung, die Umgehungsmöglichkeiten von Boykottmaßnahmen dieser Art.

Im Ergebnis der Wahl zeige sich, erläuterte der Bundeskanzler, eine nationalstatische Welle, eine Resignation der Leute der Mitte und der Vernunft; rd. eine Million Nichtwähler zeigen dies deutlich, einer der interessantesten Aspekte des Wahlergebnisses. Gewonnen hätte lediglich der rechte Flügel.

Der Bundeskanzler erläuterte sodann die hieraus zu ziehenden Konsequenzen: Diese seien nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Es müßte weiter auf allen möglichen und denkbaren Ebenen und mit aller Energie Einfluß geltend gemacht werden, um Präsident Botha klarzumachen, daß er nur noch wenig Zeit habe (drei bis vier Jahre, evtl. weniger, evtl. mehr, sicher aber nicht bis zum Jahre 2000), um eine evolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Die Alternative sei Revolution.

Diese wäre dann nicht mit der Form der Entkolonialisierung in anderen Ländern (z.B. Unabhängigkeit Algeriens) zu vergleichen. Die Weißen hätten dort Heimatrecht und würden daher nicht freiwillig gehen. Die Konsequenz wären ein Bürgerkrieg und ein Blutbad ungeahnten Ausmaßes – bei dem den Schwarzen niemand helfen würde. Dies rechtzeitig zu erkennen, gebiete die Klugheit der Geschichte.

Der Bundeskanzler erläuterte abschließend einige beabsichtigte Maßnahmen der Bundesregierung. Wichtig sei, eine Veränderung der Lage vor Ort zu erwirken. Er sei gerade dabei, bei der deutschen Industrie Geld zu sammeln; die Bundesregierung werde dann einen gleich hohen Betrag dazulegen. Hiermit soll in großem Umfang die Aus- und Fortbildung Schwarzer gefördert werden; Botha werde nicht riskieren, dies zu verhindern.

<sup>17</sup> Die Formel „unconditional surrender“ verkündete Präsident Roosevelt am 24. Januar 1943 in der Pressekonferenz zum Abschluß der Konferenz vom 14. bis 24. Januar 1943 in Casablanca mit Premierminister Churchill, wo das weitere militärische Vorgehen abgesprochen und wichtige Kriegsziele formuliert wurden. Für den Wortlaut vgl. FRUS, Washington and Casablanca, S. 726–731, bzw. DzD I/4, S. 129.

Parallel dazu müsse Botha unentwegt vor die Entscheidung gestellt werden, rechtzeitig das Notwendige zu tun; nicht zu spät und zu wenig, wie in der Vergangenheit.

Der Bundeskanzler betonte, daß er in der Beurteilung der Rassendiskriminierung und der Apartheid mit dem Präsidenten weitgehend übereinstimme. Er sehe nur die Notwendigkeit, zu deren Überwindung einen anderen Weg einzuschlagen, einen Weg, der ehrlich und später verantwortbar sei.

Der *Präsident* stellte fest, daß ihn diese Ausführungen tief bewegt hätten. Er bat aber auch um Verständnis für das Verhalten und die Motivation Schwarzer. Wer akut an Hunger leide, bei dem komme der Appell, vernünftig zu sein und abzuwarten, nur schwer an. Die Schwarzen Südafrikas lebten heute in diesem Lande und seien jetzt Opfer der Apartheid, und sie meinten, man müsse heute und nicht irgendwann in der Zukunft dagegen etwas tun. Der Protest der Schwarzen reiche zeitlich weit zurück. Man habe am Anfang vorsichtig nur zu Steinen gegriffen, erst jetzt zu Waffen.

Der *Bundeskanzler* dankte dem Gast nochmals für das offene Gespräch über bilaterale und vor allem über die afrikapolitischen Themen. Er habe in weiten Bereichen Übereinstimmung feststellen können und hoffe auf eine Fortsetzung dieser Art der Gespräche. Er bat um Unterrichtung, falls er im bilateralen Bereich oder in Afrika betreffenden Fragen etwas tun könne.

**Referat 412, Bd. 130565**

## 135

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros der USAP, Havasi**

**15. Mai 1987<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär (Wirtschaft) der USAP, Ferenc Havasi, Freitag, 15.5.1987, 11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Lage in der Sowjetunion

Der *Bundeskanzler* hieß Havasi herzlich willkommen und erkundigte sich nach dem Befinden von Kádár.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 18. Mai 1987 gefertigt.

Ministerialdirektor Teitschik, Bundeskanzleramt, legte die Aufzeichnung am folgenden Tag mit zwei weiteren Aufzeichnungen über die Gesprächsteile „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ sowie „Ostpolitik/NSWP-Staaten“ über Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Kohl vor mit der Bitte um Genehmigung und Zustimmung zur „Weitergabe an das Auswärtige Amt – z. Hd. des Staatssekretärs“. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

*Havasi* bedankte sich für das Gespräch und berichtete, daß Kádár am 26. Mai 75 Jahre alt werde. An diesem Tage werde er in Ungarn gefeiert werden. Es sei ja bekannt, daß es vielfältige Gerüchte über einen möglichen Rücktritt von Kádár gebe. Es spreche jedoch vieles dafür, daß dieser im Amt bleiben werde, auch wenn es für ihn menschlich sicherlich nicht einfach sein werde, diese Entscheidung zu treffen. Die internationale Akzeptanz wie die wirtschaftliche Lage Ungarns sprächen jedoch dafür. Vor allem richte sich die Erwartung an ihn, die ungarische Führung zu verjüngen. Kádár verfüge innerhalb der Führung, im ZK und im Parlament über eine hohe persönliche Autorität. Für ihn sei es deshalb leichter, solch schwierige Entscheidungen zu treffen als für andere. Sein Name sei gewissermaßen ein Markenzeichen für Ungarn.<sup>2</sup>

Wenn jetzt in Ungarn ein Wechsel an der Spitze vollzogen würde, würde dies dazu führen, daß die Partner Ungarns auf Wartestellung gingen, bis sie in der Lage seien, die neue Führung einzuschätzen. Ungarn könne sich eine solche Entwicklung nicht leisten. Als Ligatschow in Ungarn gewesen sei<sup>3</sup>, habe er ebenfalls nach der Zukunft von Kádár gefragt.

Der *Bundeskanzler* bat *Havasi* um eine Einschätzung von Ligatschow, ob es zuträfe, daß dieser ein neuer Suslow sei. *Havasi* verneint diese Frage. Nach seiner Einschätzung sei dieser viel mehr ein Puritaner. Ligatschow sei in Ungarn eine angenehme Enttäuschung gewesen. Persönlich wirke er wie ein Seminarist. Ungarn sei für Ligatschow neu gewesen. Er sei noch nie zu Besuch gewesen. Er habe während seines Besuches die ungarischen Reformen eingehend studiert. Sie hätten ursprünglich befürchtet, daß Ligatschow die privatwirtschaftlichen Segmente in Ungarn nicht begreifen und akzeptieren werde. Tatsächlich sei Ligatschow jedoch auf die ungarische Entwicklung neidisch gewesen und habe ständig seinen Botschafter<sup>4</sup> gefragt, warum es dies alles nicht auch in der Sowjetunion gebe; z.B. private Pachtrestaurants, Privatmärkte und anderes mehr. Er habe auch Touristen aus Österreich und Deutschland auf der Straße befragt. Die ungarische Führung hätte ihm vorher Zahlen über die Entwicklung des Tourismus in beiden Richtungen genannt. Man habe ihm gesagt, daß, bezogen auf die zehn Millionen Einwohner Ungarns, so viele Touristen jährlich das Land besuchten, als wenn die Sowjetunion über 500 Millionen Einwohner verfügen würde.

*Havasi* schilderte Ligatschow als einen Mann, der von dem Enthusiasmus der alten Bolschewiken geprägt sei. Dieser Enthusiasmus sei nicht besonders gut

<sup>2</sup> Beim Plenum des ZK der USAP am 23./24. Juni 1987 und der Sitzung des ungarischen Parlaments am 25./26. Juni 1987 erfolgten zahlreiche Änderungen in der Staats- und Parteiführung. Ministerpräsident wurde der bisherige Erste Sekretär der USAP in Budapest, Grósz; auch das Mitglied des ZK der USAP, *Havasi*, wurde abgelöst. Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix erläuterte am 26. Juni 1987: „Mit *Havasi* wurde der hervorragende Vertreter der ungarischen Wirtschaftspolitik abberufen. Er mußte offenbar als Sündenbock für die schwierige Wirtschaftslage herhalten.“ Die Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik seien noch nicht absehbar, doch sei keine radikale Wende zu erwarten. Vgl. Referat 214, Bd. 139466.

<sup>3</sup> Der Sekretär des ZK der KPdSU, Ligatschow, hielt sich vom 22. bis 26. April 1987 in Ungarn auf. Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Budapest, berichtete am 28. April 1987, auffallend sei gewesen, welch großes Interesse Ligatschow „an einer Unterstützung des Umgestaltungsprozesses durch Ungarn immer wieder zum Ausdruck brachte“. Allerdings habe Ungarn im Konflikt mit Rumänien keine Unterstützung erhalten, da Ligatschow verkündet habe, „daß die SU keine Schiedsrichterrolle übernehmen wolle“. Vgl. den Drahbericht Nr. 495; Referat 214, Bd. 139504.

<sup>4</sup> Boris Stukalin.

fundiert, vielmehr etwas naiv. Z. B. habe man über die Probleme beim RGW gesprochen. Ligatschow habe gefordert, daß die Arbeitsteilung innerhalb des RGW verstärkt und die nationalen Volkswirtschaftspläne internationalisiert werden sollten. Die ungarische Führung hätte ihm gesagt, daß dies nicht möglich sei, weil die Interessen nicht übereinstimmen würden. Außerdem gebe es keine gemeinsame Währung, und auch andere Voraussetzungen würden fehlen.

Ligatschow habe darum gebeten, daß man ihm das Konzept des ungarischen Modells zusende. Es sei ihm gesagt worden, daß solche Unterlagen schon 1972 nach Moskau gesandt worden seien, jedoch ohne Wirkung geblieben seien.

Die Bedeutung von Ligatschow zeige sich darin, daß er die Sitzungen des Zentralkomitees leite, während Gorbatschow dem Politbüro vorsitze. Ligatschow sei ein Anhänger von Gorbatschow und verteidige dessen Positionen in allen Bereichen. Sicherlich seien seine Positionen etwas dogmatischer als die von Gorbatschow. Dennoch könne man sagen, daß er vorbehaltlos hinter Gorbatschow stünde.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß es vielfältige Diskussionen im Westen gäbe, daß Ligatschow gewissermaßen der Treuhänder des dogmatischen Flügels sei. Dies hätte man auch in Ungarn gehört, erwiderte *Havasi*. Dieser Eindruck hätte sich jedoch bei einem Besuch Ligatschows in Ungarn nicht bestätigt. Sicherlich sei er der Leiter des Apparates und für die Republiken verantwortlich. Dazu brauche er Härte. Er habe aber persönlich Gorbatschow bei der Lösung der personellen Probleme geholfen.

Der *Bundeskanzler* berichtete über sein Gespräch mit dem Ersten Stellvertreteren den sowjetischen Ministerpräsidenten Murachowskij.<sup>5</sup> Dieser habe erläutert, daß er alles in der sowjetischen Landwirtschaft ändern wolle. An diesem Gespräch habe auch der für die Landwirtschaft Verantwortliche aus der Ukraine teilgenommen. Man wisse ja, daß dort kein besonderer Freund von Generalsekretär Gorbatschow die Parteiführung in der Hand habe. *Havasi* nickte zustimmend. Der *Bundeskanzler* berichtete über seinen Besuch bei dem Parteivorsitzenden der Ukraine, Schtscherbitzkij<sup>6</sup>.

*Havasi* erklärte, daß Murachowskij zu dem progressiven Flügel gehören solle. Es sei wichtig, daß die Sowjetunion jetzt bereit sei, 120 ha für die private Bewirtschaftung von Familien zu akzeptieren. Dieser Boden werde an Familien verpachtet, denen gleichzeitig Saatgut, Dünger und Maschinen zur Verfügung gestellt würden. Ein solches Familienunternehmen müsse einen Vertrag mit der Kolchose über die Quote der Ablieferungen schließen. Der Rest stünde zur freien Verfügung. Dieses System werde sich sicher bewähren und folge dem ungarischen Modell.

Der *Bundeskanzler* fragte *Havasi*, wie er die Position von Generalsekretär Gorbatschow selbst beurteile. *Havasi* antwortete, daß er persönlich glaube, daß Gorbatschow fest im Sattel säße. Der *Bundeskanzler* fragte nach der Rolle von

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich seines Besuchs in der UdSSR vom 4. bis 7. Juli 1983 am 6./7. Juli 1983 in der Ukraine auf. Mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Schtscherbitzkij, sprach er über Fragen der Rüstungskontrolle, die wirtschaftliche Situation der Ukraine und den Zweiten Weltkrieg. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Gromyko, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. *Havasi* verneinte, daß Gromyko noch eine wichtige Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik spiele. Gorbatschow respektierte Gromyko, weil dieser ihn unterstützt habe, Generalsekretär zu werden. Gromyko selbst hätte das Angebot gehabt, Generalsekretär zu werden, habe jedoch auf den jüngeren Gorbatschow verwiesen.

Havasi faßt zusammen: Die Sowjetmenschen möchten die „Umgestaltung“ auch am Warenangebot sehen. Man habe akzeptiert, daß man persönliche Konsequenzen ziehen müsse, daß gewisse Personen von ihren Ämtern abgelöst werden müßten, daß das System in gewissem Maße geändert werden müsse.

Nunmehr aber erwarteten die Leute greifbare Erfolge – diese aber seien, insbesondere was die Versorgung der Menschen angehe, noch nicht sichtbar, weil man bestehende Strukturen, etwa im Bereich der Ministerien, zerstört habe.

*BK* pflichtet bei: Gorbatschow unternehme ein ungeheures Experiment. Rational müsse man sich sagen, daß es in vielen Punkten nicht funktionieren könne.

Nun gebe es aber – nicht nur bei uns – zwei Positionen, die er beide für abwegig halte:

- Zu behaupten, es sei nichts passiert, und eine Checkliste<sup>7</sup> zu präsentieren, die abgehakt werden müsse, bevor man Änderungen zur Kenntnis nehme.
- Zu glauben, es sei schon alles passiert – dies stimme natürlich auch nicht.

Worte seien keine Taten, aber man könne damit unumkehrbare Prozesse in Gang setzen. So auch bei Gorbatschow: Er habe sich mit Worten derart engagiert, daß es kein Zurück mehr gebe, ohne daß er sein Prestige völlig verliere.

Gorbatschows Politik sei nicht so sehr aus der kommunistischen Ideologie als aus der russischen Geschichte zu verstehen. Es gehe um eine Revolution von oben, wie sie Peter der Große im 18. Jahrhundert und zwei seiner Nachfolger im 19. Jahrhundert versucht hätten: Die beiden letzteren seien bekanntlich ermordet worden, und zwar von denen, die eigentlich Nutznießer der Reformen hätten sein sollen.<sup>8</sup>

Nach Stalin habe es keinen Generalsekretär gegeben, der so grundlegende Reformen versucht habe, auch nicht Chruschtschow: Dieser habe zwar in der Wirtschaftsphilosophie Libermans<sup>9</sup> das Rüstzeug gehabt, sei jedoch zu sprunghaft gewesen. Jetzt seien die Schüler Libermans am Werk! *Havasi* wirft ein: Bogomolow.

*BK* fährt fort, nach dem Abtreten der „alten Garde“ habe es Gorbatschow in der Führungsebene leichter, er müsse aber das ganze Land total ändern.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Scheckliste“.

<sup>8</sup> Zar Paul I. wurde am 24. März 1801 ermordet, sein Urenkel Alexander II. am 13. März 1881.

<sup>9</sup> In einem Artikel über staatliche Planvorgaben, Gewinne und Prämien sprach sich Jewsei Liberman am 9. September 1962 für eine größere Freiheit der Betriebe bei der Umsetzung staatlicher Planvorgaben aus. Durch Beteiligung der Betriebe an Gewinnen sowie die Vergabe von Prämien an die Beschäftigten sollte zudem deren Interesse an einer Erhöhung der Gewinne gesteigert werden. Für den deutschen Wortlaut des Artikels „Plan, pribyl', premija“ vgl. OST-PROBLEME 14 (1962), Heft 21, S. 661–664.

Gorbatschows Ausgangslage sei anders als etwa die Ungarns: Dort habe die schreckliche Tragödie von 1956<sup>10</sup> die Reformen ausgelöst. Er sehe es als größte Leistung GS Kádárs an, daß er mit ungeheurem Mut – damals der meist gehaßte Mann in seinem Lande – Konsequenzen gezogen habe. Aber sein Bild in der Geschichte sei heute ganz anders.

Ob Gorbatschow ein Mann dieser Art sei, wisse er – BK – nicht. Er sei sicher ein sehr intelligenter Mann, doch komme es weniger auf Intelligenz als auf den Charakter an. Mit der Beurteilung Staatspräsident Mitterrands, der 17 Stunden mit Gorbatschow unter vier Augen und im kleinen Kreis mit Ehefrauen<sup>11</sup> zusammengewesen sei<sup>12</sup>, stimme er überein: Man dürfe Gorbatschow nicht als Einzelperson, man müsse auch das Ehepaar Gorbatschow würdigen – interessanterweise gelte dasselbe für den amerikanischen Präsidenten!

Mit Staatspräsident Mitterrand stelle er – BK – sich hinsichtlich Gorbatschows die gleiche Frage: Wird er durchhalten? Dies wäre natürlich in unserem Interesse. Er – BK – habe Präsident Reagan von Anfang an geraten zu versuchen, mit GS Gorbatschow etwas zu bewegen. (Exkurs über Gespräche vor und nach dem Genfer Gipfel<sup>13</sup>.) Reagan, der im Gegensatz zu Gorbatschow kein Intellektueller sei und sich in einem einfachen Koordinatensystem des persönlichen Vertrauens bewege, habe ihm im Ergebnis recht gegeben: „The chemistry is right.“

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72**

<sup>10</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>11</sup> Raissa Gorbatschowa und Danielle Mitterrand.

<sup>12</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 200.

<sup>13</sup> Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich vom 19. bis 21. November 1985 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

## 136

**Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Jelonek  
und Freiherr von Richthofen**

**420-420.30/1 TUR VS-NfD  
203-321.15 TUR VS-NfD**

**15. Mai 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Deutsch-türkische StS-Gespräche;  
hier: Weiteres Vorgehen nach Eingang des EG-Beitrittsantrages der  
Türkei<sup>4</sup>

Bezug: Vorlage vom 9.10.1986 – 420-420.30/1 TUR<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu  
II. 2)–5)

I. Am 14.4.1987 hat die Türkei ihren angekündigten Antrag auf EG-Beitritt gestellt. Dieser Antrag wurde vom AM-Rat am 27.4.87 gemäß Art. 237 EWG-Vertrag<sup>6</sup> zur Prüfung an die EG-Kommission überwiesen. Damit ist für die deutsch-türkischen StS-Gespräche eine neue Lage eingetreten, da wir auf der Parallelität dieser Gespräche zu den Freizügigkeitsverhandlungen EG–Türkei im Rahmen des Assoziationsabkommens<sup>7</sup> bestanden haben. Dabei sind wir davon

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siemes und Legationsrat Amelung konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe beigefügte Bemerkungen und Anmerkungen in der Vorlage.“

Im Begleitvermerk notierte Ruhfus am selben Tag für Bundesminister Genscher: „1) Ich empfehle, daß das AA sich dafür einsetzt, daß grünes Licht gegeben wird für Expertengespräche über Rüstungs-sonderhilfe und Industrialisierungshilfe. 2) Dabei sollte der Türkei zu verstehen gegeben werden, daß wir auch nach der durch den Beitrittsantrag geschaffenen neuen Lage an Ihren Absprachen mit Präsident Evren und AM Halefoğlu festhalten (keine abträglichen Auswirkungen für D in der Freizügigkeitsfrage). 3) Für dieses Vorgehen sollten wir zunächst Einverständnis des Bundeskanzlers einholen und dann die Ressorts durch StS-Besprechung einbinden. 4) Die Entscheidung ist eilbedürftig, da die Türken und auch BMVg und BMF auf baldige Aufnahme der Expertengespräche drängen.“ Vgl. Referat 413, Bd. 145102.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 5. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Höynck an Referat 420 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Juni 1987 vorgelegen.

Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 9. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Höynck am 10. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk des Staatssekretärs Ruhfus vom 27. Mai 1987; Referat 413, Bd. 145102.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Gespräche der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatssekretärs Ruhfus mit dem türkischen Staatsminister Bozert am 3. April 1987; Dok. 93.

<sup>5</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup zur zweiten Runde der Staatssekretärs-gespräche mit der Türkei am 6./7. Oktober 1986 in Ankara vgl. AAPD 1986, II, Dok. 274.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut von Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

<sup>7</sup> Zum Assoziationsabkommen zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963, zu den Ver-handlungen über die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG-Mitgliedstaaten und zum Verhandlungsangebot der Europäischen Gemeinschaften vom 27. November 1986 vgl. Dok. 25, Anm. 29, und Dok. 93, Anm. 21.

ausgegangen, daß eine Wiederbelebung des Assoziationsabkommens, flankiert durch deutsche Sonderhilfen, es der Türkei auch innenpolitisch ermöglicht, die Wanderung türkischer Arbeitskräfte in den EG-Raum, hier insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland, gleichsam auf Null zu halten. Diesbezügliche Wünsche der Bundesregierung (BK-Gespräche mit MP Özal<sup>8</sup> und BM-Gespräche mit AM Halefoglu<sup>9</sup>) haben die Türken bis heute im wesentlichen<sup>10</sup> honoriert.

In der zweiten StS-Runde im Oktober 1986 in Ankara war ein Mandat zur Aufnahme von Expertengesprächen über unser Angebot in den Bereichen Rüstungs-sonderhilfe und Industrialisierungshilfe im Frühjahr 1987 erteilt worden. Die Türkei drängt nun auf Aufnahme dieser Gespräche. Andererseits ist zur Zeit aber nicht klar, ob und ggf. wann die EG-Türkei-Gespräche im Rahmen des Assoziationsverhältnisses fortgesetzt werden können. Damit stellt sich die Frage, ob wir an einer strikten Parallelität der bilateralen Gespräche mit denen im Rahmen des Assoziationsverhältnisses noch festhalten sollen.

Konkret ist zu entscheiden, entweder die Expertengespräche aufzunehmen, zügig zu Ende zu führen und nach deren Abschluß im Herbst 1987 eine dritte StS-Runde durchzuführen oder die Aufnahme der Expertengespräche hinauszögern, sei es auf unbestimmte Zeit oder so lange, bis die türkische Haltung zu dem Angebot der EG über die Freizügigkeitsfrage im Rahmen des Assoziationsabkommens deutlich wird.

Bei dieser Entscheidung sollten wir uns weiter an dem Ziel orientieren, daß die Türkei auch nach dem Beitrittsantrag unsere besondere Problematik bei der Freizügigkeit berücksichtigt. Dies ist nur zu erreichen, wenn wir uns weiterhin aktiv einsetzen für ein gutes bilaterales Verhältnis mit der Türkei. Das bedeutet, daß wir das von uns unterbreitete Angebot aufrechterhalten sollten. Dabei dürfen wir allerdings nicht den Eindruck erwecken, daß wir uns für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden haben. Dabei wäre ferner auf den Zweck dieses Angebots bezüglich des türkischen Verhaltens in der Freizügigkeitsfrage ausdrücklich hinzuweisen.

## II. 1) Zur Ausgangslage

### 1.1) Rüstungssonderhilfe

a) Wir haben der Türkei im Rahmen der zweiten StS-Runde angeboten, ihr eine Rüstungssonderhilfe in Form der unentgeltlichen Abgabe von 150 Leopard-1-

<sup>8</sup> Ministerpräsident Özal hielt sich am 16. April 1985 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. AAPD 1985, I, Dok. 92.

Kohl besuchte die Türkei vom 9. bis 11. Juli 1985. Für das Gespräch mit Özal am 9. Juli 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 185.

Ein weiteres Gespräch führten Kohl und Özal am Rande der Konferenz der Europäischen Demokratischen Union, die vom 17. bis 20. September 1986 in Wien stattfand. Vgl. dazu den Artikel „EDU-Parteikonferenz in Wien“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. September 1986, S. 3.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Zusagen der türkischen Regierung gegenüber Bundesminister Genscher bei dessen Besuch am 6./7. März 1984 in der Türkei sowie das deutsch-türkische Regierungsgespräch am 5. September 1984; AAPD 1984, I, Dok. 77, bzw. AAPD 1984, II, Dok. 229.

Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Halefoglu am 27. Mai 1986 in Ankara betonte Genscher, man müsse „den Eindruck vermeiden, als ob das im Zusammenhang mit der EG-Assozierung diskutierte Problem der Freizügigkeit im Rahmen dieses Staatsbesuchs gelöst werden könne“. Halefoglu habe dem zugestimmt: „AM betonte, beide Seiten stimmten überein, nichts zu tun, was der anderen Seite schaden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002 des Ministerialdirigenten von Ploetz, z. Z. Ankara, vom 27. Mai 1986; Referat 206 (203), Bd. 151040.

<sup>10</sup> Die Wörter „im wesentlichen“ wurden von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt.

Panzern zu gewähren. Krauss-Maffei bedarf dringend neuer Aufträge (hier Instandsetzung und Umrüstung der 150 Leopard 1). Andernfalls drohen bereits ab 1988 Entlassungen. Aus haushaltstechnischen Gründen bedeutet dies, daß die Gespräche über dieses Projekt mit der türkischen Seite bis Ende 1987 weitgehend abgeschlossen sein müßten. Die Finanzierung des Vorhabens ist inzwischen durch Einstellung einer VE<sup>11</sup> in Höhe von 274 Mio. DM in den Einzelplan 014 für 1988 gesichert.

b) Darüber hinaus wurde der Türkei angeboten, für die Teilfinanzierung einer Koproduktion von gepanzerten Gefechtsfeldfahrzeugen eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 250 Mio. DM zu gewähren. Krauss-Maffei hat bereits eine Hermes-Bürgschaft zur Deckung der vollen Investitionskosten (1,2 Mrd. DM) beantragt. BMVg hat ein starkes Interesse am Zustandekommen dieser Kooperation.<sup>12</sup> Eine Überprüfung unserer Möglichkeiten zur Erhöhung der Bürgschaftszusage könnte in absehbarer Zeit erforderlich werden, da KM dabei im Wettbewerb mit starken britischen und US-Konkurrenten steht.

### 1.2) Industrialisierungshilfe

Die Mittel für die angebotene Sonderindustrialisierungshilfe (150 Mio. DM in drei Jahrestranchen) sind bereits im Haushalt des BMZ vorgesehen.

### 2) Weitere Behandlung der Freizügigkeitsfrage

2.1) Wie MP Özal dem BK am 21.4.1987 schrieb, will die Türkei die Frage der Freizügigkeit nun im Rahmen des Beitrittsprozesses weiterbehandeln. Dies könnte bedeuten, daß sie dieses Thema im Rahmen der Assoziation einstweilen ruhen läßt. Nach Informationen der Botschaft beabsichtigt die Türkei aber, zumindest die Frage der Situation der in der EG lebenden Türken auch im Rahmen der Assoziation mit der EG weiterzuverfolgen. Dies würde in der Sache ein Verhandeln über das im November 1986 von der EG im Rahmen der Freizügigkeitsgespräche unterbreitete entsprechende Angebot bedeuten.

2.2) In unserem Interesse liegen minimale Konzessionen zur Freizügigkeit als EG-Position.

### 3) Weitere Behandlung unseres bilateralen Angebots

3.1) Unsere ursprüngliche Absicht, im Gegenzug zu unseren Sonderleistungen eine endgültige Regelung der Freizügigkeitsfrage zu erreichen, war ohnehin angesichts der Vertragslage auf der Basis des überreichten Angebots kaum zu verwirklichen und<sup>13</sup> ist nun durch den Beitrittsantrag überrollt. Unser Angebot kann nicht bis zu eventuellen Beitrittsverhandlungen (die wir gar nicht wollen) in der Schwebe bleiben.

3.2) Ein langjähriges in der Schwebe Halten müßte von türkischer Seite praktisch als Rücknahme des Angebots verstanden werden. Dies würde zu einer schwerwiegenden Belastung der bilateralen Beziehungen führen, zumal die türkische Regierung bereits unsere starken Vorbehalte gegen die prozedurale Behandlung ihres Beitrittswunsches nicht verstanden hat. Hinzu kommt, daß BK in seinem

<sup>11</sup> Verpflichtungsermächtigung.

<sup>12</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „StS Timmermann (BMVg) hat am 16.5. großes Interesse des BMVg deutlich gemacht.“

<sup>13</sup> Der Passus „war ohnehin ... verwirklichen und“ wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

Gespräch mit MP Özal im Jahre 1985, auf das die StS-Gespräche zurückgehen, keinen direkten Zusammenhang mit der Freizügigkeitsfrage hergestellt hat. Es könnte den von türkischer Seite bisher demonstrierten „good will“, den wir durch unsere Angebote erneuern bzw. stärken wollten, in Frage stellen und der Türkei einen Vorwand liefern, ihre bisher gezeigte Rücksichtnahme auf unsere Interessen in der Freizügigkeitsfrage, sei es im Rahmen der Assoziation, sei es im Rahmen von Beitrittsverhandlungen, aufzugeben.

Wir haben außerdem ein erhebliches Eigeninteresse an einer zügigen Einigung mit der Türkei über die Rüstungssonderhilfe. Abgesehen von industrie- und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bestand schon vor Aufnahme der bilateralen StS-Gespräche im Dezember 1985<sup>14</sup> Einvernehmen zwischen den Ressorts über die sicherheits- und bündnispolitische Bedeutung einer neuen Sonderhilfe unabhängig vom Ergebnis der<sup>15</sup> Freizügigkeitsverhandlungen.

3.3) Im Ergebnis sprechen alle vorstehenden Argumente dafür, daß wir unser bilaterales Hilfsangebot aufrechterhalten und den Zusammenhang des Angebots mit der Freizügigkeitsfrage neu definieren.

4) Zukünftige Verbindung unseres Angebots mit der Freizügigkeitsfrage

4.1) Wir befinden uns jetzt in erheblich günstigerer Lage als zu der Zeit, als wir den Gedanken der Parallelität eingeführt haben. Im Gegensatz zu damals

- stehen wir nicht mehr unter dem Druck des Fristablaufs zum 30.11.1986;
- können wir uns der Unterstützung der anderen EG-MS in der Freizügigkeitsfrage aus dem Assoziationsabkommen inzwischen sicher sein.

4.2) Es kommt jetzt für uns darauf an, zu verhindern, daß die Türkei das Freizügigkeitsproblem hochspielt, bevor in einigen Jahren Klarheit über die weitere Behandlung des türkischen Beitrittsantrages geschaffen wird. Dieses Ziel sollten wir der Türkei gegenüber ausdrücklich erwähnen, ohne es zum Gegenstand förmlicher Absprachen zu machen.

5) Weiteres Vorgehen

5.1) Da es darum geht, die gegenwärtige Unsicherheit über das weitere türkische Verhalten möglichst bald in die von uns gewünschte Richtung zu lenken, teilen wir der Türkei möglichst bald mit, daß – und aus welchem Grund (Ziffer 4.2.) – wir unser Angebot aufrechterhalten und zur Vereinbarung eines baldigen Termins für die Expertengespräche bereit sind.<sup>16</sup>

5.2) Wenn Sie diesem Vorgehen zustimmen, sollten wir jedoch erst dann an die türkische Seite herantreten, wenn das Bundeskanzleramt uns sein Einverständnis dazu mitgeteilt hat. Dabei wird seitens BK auch zu entscheiden sein, ob die Ressorts vorab nochmals zu befassen sind. (BMZ und BMVg sind zu umgehender Aufnahme der Expertengespräche bereit, andere Ressorts – namentlich BMF,

<sup>14</sup> Zur ersten Runde der Staatssekretärsgespräche mit der Türkei am 5./6. Dezember 1985 in Bonn vgl. AAPD 1985, II, Dok. 338.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „unabhängig der“.

<sup>16</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Grundlage bleiben Absprachen BM – Evren und BM – Halefoglu: Türkei wird alles tun, um in Freizügigkeitsfrage abträgliche Auswirkungen für D[eutschland] zu vermeiden.“

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren am 20. November 1982 in Ankara vgl. AAPD 1982, II, Dok. 314.

BMI, BMA – werden möglicherweise Widerspruch einlegen, weil sie die Parallelität enger auslegen.)<sup>17</sup>

Jelonek  
Richthofen

**Referat 413, Bd. 145102**

**137**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats Freiherr von Stenglin**

**514-516.80/2**

**15. Mai 1987<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch des Koordinators des UNHCR für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika, Widgren, mit Staatssekretär Sudhoff und Dg 23<sup>2</sup> am 7. Mai 1987

An den beiden getrennt geführten Gesprächen nahmen von UNHCR-Seite, neben Herrn Widgren, Herr van Rooyen, UNHCR-Repräsentant in Bonn, Herr van Leeuwen, stellvertretender Leiter des UNHCR-Regionalreferats Europa und Nordamerika, und von Seiten des Auswärtigen Amtes auch Referatsleiter 231<sup>3</sup> und VLR von Stenglin, Referat 514, teil.

Aus den Gesprächen ist folgendes festzuhalten:

1) Staatssekretär Sudhoff sprach sich anerkennend im Hinblick auf die Arbeit des UNHCR aus und betonte unseren Wunsch nach einer Fortsetzung der engen Zusammenarbeit.<sup>4</sup> Er erläuterte die unveränderten Grundprinzipien unserer Asyl- und Flüchtlingspolitik, wobei er auf die hohen Belastungen der Bundes-

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich befürworte vorherige Befassung der beteiligten Ressorts durch StS-Besprechung. Wir können BMI und BMA in diesen wichtigen Fragen nicht übergehen. StS Neusel (BMI) zeigte persönliches Verständnis für das unter 4.2. und 5.1. der Aufzeichnung vorgeschlagene Vorgehen.“

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder am 18. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seiwert verfügte.

Hat Seiwert vorgelegen.

<sup>2</sup> Hans-Peter Bazing.

<sup>3</sup> Manfred Giesder.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Bazing notierte am 15. April 1987: „Die Beziehungen zwischen der Bundesregierung, vor allem dem Bundesministerium des Innern, und dem UNHCR sind in den letzten Jahren nicht immer frei von Spannungen gewesen. So führte 1983 die Veröffentlichung eines sehr kritischen UNHCR-Berichtes über Asyl-Unterkünfte in der Bundesrepublik Deutschland zu Irritationen und zu einer mehrmonatigen Verschiebung des Besuchs des damaligen Hochkommissars Poul Hartling. Seit Jahren nimmt kein Vertreter des Bundesinnenministeriums an den jährlichen Sitzungen des UNHCR-Exekutivrates teil. [...] Die Bundesrepublik Deutschland hat als wichtiges Aufnahmeland für Asylbewerber und als drittgrößtes Geberland nach USA und Japan an einem guten Verhältnis zum UNHCR ein eigenes Interesse.“ Vgl. Referat 231, Bd. 148299.

republik Deutschland in den letzten 1 1/2 Jahren durch den Massenzustrom von Wirtschaftsflüchtlingen hinwies. Da die Grenzen des Zumutbaren für ein dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland erreicht worden seien, hätte die Bundesregierung Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.<sup>5</sup> Diese richteten sich aber nicht gegen die wirklich Verfolgten. Im Gegenteil, sie dienten ihrem Schutz. Bundesregierung sehe nämlich die Gefahr, daß der traditionell große Goodwill und das Mitgefühl der deutschen Öffentlichkeit für Flüchtlinge durch den Massenzustrom der Nichtverfolgten Schaden leiden könnten, was unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Herr Widgren betonte, daß er und der UNHCR<sup>6</sup> Verständnis für die Handlungsweise der Bundesregierung wie auch der anderen westeuropäischen Regierungen haben. Aufgrund des Massenansturmes des vergangenen Jahres auf ihre Grenzen habe die Bundesregierung unter großem Druck handeln müssen, wobei sie keinen Spielraum gehabt habe. Diese schwierige Lage habe er als der für Flüchtlingsfragen in der schwedischen Regierung Verantwortliche selbst erlebt.<sup>7</sup> Er habe aber auch erkennen müssen, daß durch die ergriffenen Abwehrmaßnahmen seines Landes die Beziehungen zu befreundeten Staaten, selbst zu einem so eng befreundeten Nachbarn wie Dänemark, in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Dies zeige die Notwendigkeit, nach einer Phase der nationalen Alleingänge im Flüchtlingsbereich nun zu einer Phase der engen Zusammenarbeit und Abstimmung zu kommen. Diese Erfahrungen hätten ihn bestärkt, das ihm vom UNHCR angebotene Amt am 1. April d.J. zu übernehmen. Er sehe seine Aufgabe in erster Linie darin, den in Bern-Gerzensee im Februar d.J. wieder in Gang gekommenen Konsultationsprozeß innerhalb der europäischen und nordamerikanischen Hauptaufnahmeländer zu unterstützen.<sup>8</sup> Dabei verstehe er seine

5 Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 26. August 1986; Dok. 38, Anm. 17.

6 Jean-Pierre Hocké.

7 Vor seiner Ernennung zum Koordinator für Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika durch den UNHCR am 1. April 1987 war Jonas Widgren seit 1982 Staatssekretär im für Einwanderungsfragen zuständigen schwedischen Arbeitsministerium.

Legationsrat I. Klasse Kolb, Stockholm, berichtete am 30. Juni 1987, in Schweden spitzte sich die Lage im Asylbereich zu. Die für Ausländerfragen zuständige Behörde rechne bis Jahresende mit ca. 18 500 Asylsuchenden, wobei „sich der eigentliche Asylansturm 1986 erst in den Monaten Juni–September abspielte, z. T. mit einer Verdreifachung der Zahlen der Monate Januar–Mai. Hält Schweden seinen bisherigen Anerkennungs- bzw. Duldungsstandard von fast 90 Prozent aufrecht, würde dies einen enormen weiteren Zustrom bedeuten, womit die Aufnahmekapazitäten des Landes möglicherweise überschritten werden.“ Laut Behördenmitteilung verbreite sich in der Bevölkerung zwar Unbehagen, „aber der politische Wille zu restriktiverer Handhabung sich der rechtlichen Möglichkeiten fehle. Eine solche Handhabung sei nur punktuell im Falle Polens gelungen, wo eine rigorose Verweigerungspraxis zu einem weitgehenden Rückgang der Antragssteller geführt habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 193/194; Referat 514, Bd. 190565.

8 Am Konsultativtreffen der Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen vom 13. bis 17. Februar 1987 in Bern-Gerzensee nahmen neben dem UNHCR Vertreter Australiens (Beobachter), Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Schwedens und der Schweiz teil. Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stenglin notierte dazu am 9. März 1987: „Die vorangegangenen Treffen von Stockholm und Den Haag waren im Zusammenhang mit den Folgen der ersten großen Flüchtlingswelle aus der Dritten Welt Anfang der 80er Jahre zustande gekommen.“ Das jüngste Treffen in Bern-Gerzensee habe drei Schwerpunkte gehabt: „iranische Flüchtlinge in der Türkei; Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und die Kontrolle illegaler Einreisen (‘irregular movements’); Rolle der Entwicklungshilfe bei der Bekämpfung der ‘irregular movements’.“ Dafür seien Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen die jeweiligen „working papers“ überarbeitet worden seien. Die so entstandenen Papiere seien „den Regierungen der Teilnehmerstaaten vorzulegen und als Grundlage für weitere Gespräche zwischen den Teil-

Aufgabe nicht als Kritiker der europäischen Regierungen, sondern als Katalysator des europäischen Konsultationsmechanismus und als Berater in Flüchtlingsfragen, der für die Nöte und Zwangslagen der Regierung aufgrund seiner eigenen Erfahrung Verständnis habe.

StS Sudhoff regte an, diese Haltung dem BMI beim anschließenden Gespräch mit StS Neusel eingehend zu verdeutlichen. Man müsse Verständnis für den BMI haben. Dieser sei in einer schwierigen Lage, da er die ganze Last der politischen Verantwortung im Flüchtlings- und Ausländerbereich gegenüber den Bundesländern und der deutschen Öffentlichkeit zu tragen habe.<sup>9</sup>

StS Sudhoff äußerte die Überzeugung, daß der Hochkommissar bei seinem bevorstehenden Deutschlandbesuch (entweder noch im Juni oder kurz nach der Sommerpause), den er sehr begrüße, sich selbst ein Bild von der Haltung der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland und ihres festen Willens, Verfolgten auch weiterhin Zuflucht zu gewähren, machen werden könne. Der Bundesminister sei zu einem Gespräch bereit.

2) In dem vorangegangenen Gespräch mit Dg 23 erläuterte Herr Widgren im einzelnen seine Vorstellungen für die künftige Arbeit des UNHCR in Europa. Es gehe um eine Rückkehr zur Normalität in den Konsultationen. Gerzensee habe die Sache wieder in das richtige Gleis gebracht, die Irritationen des vergangenen Jahres seien beseitigt. Herr Widgren erläuterte sehr eingehend die Vorstellungen des UNHCR zum Thema „Iraner in der Türkei“.<sup>10</sup> Die von den Konsultationsstaaten in Gerzensee erarbeitete Paketlösung müsse nunmehr der türkischen Regierung unterbreitet werden. Es gehe dem UNHCR nicht um große Lösungen, sondern um eine Lösung der kleinen Schritte. Auch müsse erst noch herausgefunden werden, was die Türkei wirklich wolle. Die Türken hätten sich bisher sehr bedeckt gehalten. Für die türkische Seite böte die Paketlösung den Vorteil einer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 699*

nehmerstaaten zu verwenden. Hinsichtlich der Iraner in der Türkei wurde vereinbart, die Position der Türkei zu dem in dem erarbeiteten Papier enthaltenen Paketvorschlag (Übernahme einer begrenzten Zahl von iranischen Flüchtlingen durch europäische Staaten, Nichtabschiebung in den Iran, Kontrolle der „irregular movements“, Rücknahme illegal eingereister Iraner durch die Türkei) in Erfahrung zu bringen und je nach Reaktion aus Ankara testweise mit der Implementierung zu beginnen.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151029.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Bazing vermerkte am 12. Mai 1987, der Leiter des UNHCR-Büros in Bonn, van Rooyen, habe ihm am selben Tag telefonisch mitgeteilt, „daß das Gespräch von Widgren mit StS Neusel am Nachmittag des 7.5. außerordentlich positiv verlaufen sei. Aus dem zunächst geplanten Höflichkeitsbesuch von 20 Minuten sei ein Gespräch von eineinhalb Stunden geworden, in dem die wichtigsten Probleme offen und ‚tiefgehend‘ erörtert worden seien. Eines der hoffnungsvollen Ergebnisse der Begegnung sei, daß StS Neusel auf die Bitte von Herrn Widgren, das BMI möchte sich intensiver als bisher an vom UNHCR initiierten Gesprächen beteiligen, zustimmend reagierte.“ Vgl. Referat 231, Bd. 148299.

<sup>10</sup> Legationssekretär Meyer, Ankara, berichtete am 14. Mai 1987, die Situation der auf rund 1,5 Millionen geschätzten iranischen Flüchtlinge in der Türkei habe sich drastisch verschlechtert: „Seit Anfang 1987 seien dem UNHCR 608 Fälle von ‚Rückschiebungen‘ berichtet worden, wovon 80 bestätigt seien, es sich bei zwölf um vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge und bei vier um bereits von einem Aufnahmestaat akzeptierte Flüchtlinge gehandelt habe. Als konkreter Anlaß für eine ‚Rückschiebung‘ reiche bereits das Fehlen irgendwelcher Dokumente, die bei einer illegalen Einreise in die Türkei meist nicht vorhanden seien. Als Gründe für die gewandelte türkische Vorgehensweise werden vor allem sicherheitspolitische Erwägungen vermutet, insbesondere die zunehmende Sorge vor einer fundamentalistischen Infiltration.“ Entgegen der bisherigen Berichterstattung sei nunmehr „von einer zunehmenden Gefährdung iranischer Flüchtlinge in der Türkei“ auszugehen: „Es muß daher mit einem Anstieg dringender Asylfälle gerechnet werden, über deren Übernahme in kürzester Zeit entschieden werden muß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 577; Referat 206 (203), Bd. 151029.

gewissen Entlastung, besonders im Hinblick auf Problemfälle. Für die europäischen Staaten sei dagegen die Verpflichtung der Türkei, die illegale Ausreise von Iranern stärker zu kontrollieren, von Bedeutung, daneben auch die Möglichkeit, Iraner, die nicht durch das Anerkennungsverfahren des UNHCR gegangen sind und illegal in die westeuropäischen Staaten eingereist sind, wieder zurückzunehmen. Man hoffe auch, daß die Türkei von ihrer gelegentlichen Praxis, Iraner an der Grenze zurückzuweisen, abgehe und dem UNHCR eine Prüfung der Fluchtfälle an der Grenze gestatte. Die ganze Angelegenheit sei ein Testfall, der vorerst nur einige hundert Personen betreffe, die in westeuropäischen Ländern untergebracht werden sollten. Sollte dieser Test erfolgreich verlaufen, könne man an weitere Übernahmeloösungen denken, auch im Zusammenhang mit anderen Problemländern wie Sri Lanka.

Dg23 bat um Verständnis für die Lage der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Schwierigkeiten, mit denen wir übrigens nicht allein stünden (siehe Gespräche am Rande des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in der Schweiz<sup>11</sup>), beruhten darauf, daß etwa 50% der „Flüchtlinge“ sich die Bundesrepublik Deutschland als Ziel ausgewählt hätten. Er wies auf die bekannte Haltung der Bundesregierung hin, sich derzeit wegen der nach wie vor starken Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen nicht an derartigen Kontingentlösungen zu beteiligen. Wir seien aber bereit, in den entsprechenden Gremien (etwa in den bevorstehenden Konsultationen in Genf) aktiv mitzuarbeiten. Herr Widgren äußerte Verständnis für unsere Haltung. Er begrüßte unsere Absicht, auch weiterhin in den Konsultationen in Genf mitzuwirken. Die vom hiesigen Vertreter des UNHCR vor einiger Zeit erhobene Forderung nach Beteiligung an der Kontingentlösung wenigstens durch Übernahme einiger Iraner aus der Türkei wurde von Herrn Widgren nicht aufgegriffen. Die deutsche Seite wies in dem Gespräch im übrigen darauf hin, daß die Bundesregierung auch weiterhin Iraner aus der Türkei im Wege der Einzelfallprüfung übernehme, deren Abschiebung in den Iran drohe und die im Iran erheblich gefährdet seien.

Hinsichtlich des geplanten Besuches des Hochkommissars in Bonn wurde die wegen der vielen Kontaktwünsche (u. a. drei Bundesminister) nicht einfache Terminfrage erörtert. Es bestand Einvernehmen, daß die zweite Junihälfte oder die Zeit kurz nach Ende der Sommerpause in Frage kommt. Auf Bitten von Dg23 sagte die UNHCR-Seite zu, die Terminvorstellungen des Hochkommissars für die ins Auge gefaßte Zeit sofort zu übermitteln. Von UNHCR-Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß Herr Hocké ein Interesse daran habe, mit verschiedenen Bundestagsausschüssen zusammenzutreffen. Aus diesem Grunde käme der Besuch nur außerhalb der sitzungsfreien Zeit in Frage.<sup>12</sup>

gez. v. Stenglin

**Referat 231, Bd. 148299**

11 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die Schweiz vom 4. bis 6. Mai 1987.

12 Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 25. Mai 1987 mit, bei einer Voranfrage habe der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hocké, Einverständnis mit einem Besuch im September bekundet, aber „zugleich erklärt, er hoffe auf Besuchstermine bei BM, BMZ, BMI, Gespräche mit zuständigem Bundestagsausschuß, aber auch mit Bundespräsident und Bundeskanzler. Schließlich hoffe er, daß auch Zeit bleibe, Flüchtlingsunterkünfte zu sehen.“ Angesichts

## 138

**Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt,  
mit dem amerikanischen Botschafter Burt**

VS-NfD

18. Mai 1987<sup>1</sup>

Herrn Chef BK<sup>2</sup> mit der Bitte um Billigung.

Ergebnisvermerk über Ihr heutiges Gespräch mit Botschafter Burt, begleitet von Botschaftsrat Grobel

Botschafter *Burt* dankt einleitend für die Möglichkeit zu dem Gespräch und stellt die Frage nach einer Bewertung der Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg.<sup>3</sup>

BM *Schäuble* führt erläuternd aus und weist zusammenfassend darauf hin, daß – selbst im Falle eines unerwarteten Verlustes der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein<sup>4</sup> für die Union – die Mehrheit im Bundesrat in dieser Legislaturperiode für diese gesichert sei.

Botschafter *Burt* erläutert dann die beiden Anliegen seines Besuches. Zum einen sei er überrascht zu hören, daß im Fall Hamadi noch wichtige Entscheidungen offenstünden.<sup>5</sup> Botschaftsrat Grobel sei zwar von VLRI Ueberschaer über die Reise StS Neusels nach Damaskus unterrichtet<sup>6</sup>; seine Frage richte sich nach dem derzeitigen Sachstand.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 701*

des zeitgleichen Besuchs des IKRK-Präsidenten Sommaruga mit ähnlichem Programm empfahl Danenbring einen späteren Besuchstermin. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1104; Referat 231, Bd. 148299. Hocké besuchte die Bundesrepublik vom 3. bis 5. November 1987. Am 3. November 1987 führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 231, Bd. 148299. Für Hockés Gespräch mit Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, am 5. November 1987 vgl. Dok. 307.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Popp, Bundeskanzleramt, am 18. Mai 1987 gefertigt.

Hat Popp am 29. Mai 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: 1) H[err] ChBK hat Billigung erteilt. 2) H. A[beteilungs]L[eiter] 2 z[ur] K[enntnisnahme] u[nd Referat] 212, H. G[ruppen]L[eiter] 21“.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

<sup>2</sup> Wolfgang Schäuble.

<sup>3</sup> Bei den Wahlen zum Landtag von Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987 erhielt die CDU 45,1% der abgegebenen gültigen Stimmen, die SPD 38,8% und die FDP 7,3%. Die Grünen kamen auf 5,9%. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bildete Ministerpräsident Vogel (CDU) am 23. Juni 1987 eine Koalitionsregierung mit der FDP.

Bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg am selben Tag erzielte die SPD 45,0% der abgegebenen gültigen Stimmen, die CDU 40,5%, die Grün-Alternative Liste 7% und die FDP 6,5%. Der seit 24. März 1987 nur noch geschäftsführend amtierende Erste Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) bildete am 2. September 1987 eine Regierung aus SPD und FDP.

<sup>4</sup> Die Wahlen zum Landtag von Schleswig-Holstein fanden am 13. September 1987 statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

<sup>5</sup> Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon sowie zum Auslieferungsfall Hamadi vgl. Dok. 107.

<sup>6</sup> Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, hielt sich vom 11. bis 14. Mai 1987 in Syrien auf. Neusel, z. Z. Damaskus, berichtete am 12. Mai 1987, er habe gegenüber dem syrischen Verteidi-

Zum anderen möchte er gerne Fragen zu den aktuellen Raketenabrüstungsverhandlungen ansprechen.

BM *Schäuble* berichtet über den Besuch von StS Neusel und VLRI Ueberschaer in Damaskus, währenddessen sich die syrischen Gesprächspartner zwar sehr bemüht gezeigt hätten, jedoch vor dem Hintergrund des Besuchs des syrischen Außenministers in Teheran<sup>7</sup> zu erkennen gegeben hätten, für die Freilassung der Geiseln derzeit wenig konkret tun zu können. Gleichwohl sei dieser Besuch nützlich gewesen, um Syrien unsere Position zu verdeutlichen, die nur die Auslieferung Hamadis oder die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen ihn in der Bundesrepublik, keinesfalls jedoch einen Austausch zuließe.

Im Arbeitsstab sei heute die Entscheidung getroffen worden, daß am kommenden Mittwoch<sup>8</sup> die Herren Wischnewski und Ueberschaer nach Teheran reisen werden, um über den Kontakt zu Tabatabai<sup>9</sup> die iranische Regierung für konkrete Schritte zur Freilassung der deutschen Geiseln im Libanon zu gewinnen. Es habe lange gedauert, bis sich Iran bereit erklärt, für diese Reise die erforderlichen Visa zu erteilen.<sup>10</sup> Herr Wischnewski werde eine Botschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Jenninger, an den iranischen Parlamentspräsiden-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 702*

gungsminister Tlass „deutlich gemacht, daß eine substantielle Hilfe Syriens in der Entführungsfrage erheblich zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitragen könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 13. Mai 1987 informierte Neusel, z. Z. Damaskus, daß ein ausführliches Gespräch mit dem Chef des syrischen Heeresnachrichtendienstes, Duba, am Vortag „bisherige Informationen über Hintergrund der Entführung, Lage der Geiseln, Forderungen der Entführer nach Austausch sowie Spannungsfeld syrischer, iranischer und Familienclan-Interessen“ bestätigt, darüber hinaus aber „wenig neue Erkenntnisse, die zur Lösung der Geiselfrage dienen könnten“, erbracht habe: „Nach wie vor gesichertes Wohlergehen von Cordes und Schmidt wird nach syrischer Darstellung durch Bedrohung der Entführerguppe mit schwersten Repressalien (Ausrottung) durch syrische Stellen gewährleistet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>7</sup> Der syrische Außenminister al-Scharaa hielt sich am 12. Mai 1987 im Iran auf.

<sup>8</sup> 20. Mai 1987.

<sup>9</sup> Staatssekretär Kinkel, Bundesministerium der Justiz, vermerkte am 29. April 1987 in einem Schreiben an Bundesminister Genscher, im Entführungsfall Cordes und Schmidt habe der Persönliche Beauftragte des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, „gegen den die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren wegen der Einfuhr von Betäubungsmitteln führt und gegen den wegen dieses Delikts ein Haftbefehl besteht, seine Hilfe zur Befreiung der Entführten angeboten. Er ist bereit, seine schwägerschaftlichen Beziehungen zu Khomeini zu nutzen, um zu erwirken, daß die Entführer die Geiseln freilassen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß vor allem der gegen ihn bestehende Haftbefehl aufgehoben und später das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt wird. Der Arbeitsstab ist überzeugt, daß dieser Weg unter Berücksichtigung der akuten Lebensbedrohung für die Entführten unter allen Umständen im Rahmen des rechtlich Möglichen genutzt werden muß.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149654.

Zum „Fall Tabatabai“ vgl. AAPD 1983, I, Dok. 29.

<sup>10</sup> Botschaftsrat Scheer, Teheran, berichtete am 13. Mai 1987, er habe dem amtierenden Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Abu Talebi, mitgeteilt, „daß Bundesregierung großes Interesse an möglichst umgehendem Zustandekommen Besuchs MdB Wischnewski habe und dankbar für Ermöglichung Gesprächs mit Parlamentspräsident Rafsandjani“ sei, dem ein Schreiben von Bundestagspräsident Jenninger übergeben werden solle. Abu Talebi habe geantwortet, „daß iranische Regierung dies nur realisieren könne, wenn Bundesregierung vorher ihre Bereitschaft erkläre, auf die Forderungen der Iran nicht bekannten Entführer einzugehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 848; Referat 310, Bd. 149654.

Scheer teilte am 20. Mai 1987 mit: „Nachdem Sondierungen Botschaft bei Protokoll iran. AMs zu Verfahren bei Einreise Delegation, Sicherheitsmaßnahmen u. ä. bis 19.5. Dienstschluß ohne definitives Ergebnis geblieben waren, rief mich am 19.5. abends Mitarbeiter Protokolls an und teilte mir mit, daß Einreise Delegation sowie Botschafter Dr. Freitag und Frau am 20.5. spätabends über VIP-Lounge, Flughafen Teheran, vorgesehen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; Referat 310, Bd. 149654.

ten Rafsandjani überbringen, in der das humanitäre Anliegen der Befreiung der beiden Deutschen dargestellt ist.<sup>11</sup> Auch bei der Reise von Herrn Wischnewski wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß für die Bundesregierung ein Austausch nicht in Betracht kommt.<sup>12</sup>

Bei dieser Reise sei die Wahl auf Herrn Wischnewski gefallen, weil er über umfangreiche Kontakte im arabischen Raum verfügt und zum anderen die Entscheidung der früheren Bundesregierung verkörpert, Erpressungsversuchen im Fall der Entführung Schleyers<sup>13</sup> nicht nachzugeben.

Die Ergebnisse dieser Reise sollten zunächst abgewartet werden, da dann aus heutiger Sicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft erscheinen, die deutschen Geiseln zu retten. Realistische Möglichkeiten für weitere Schritte sehe er nicht. Sollte auch diese Reise zu keinen kurzfristig greifbaren Ergebnissen führen, müsse die Entscheidung über entweder die Auslieferung oder die Eröffnung eines Verfahrens gegen Hamadi in der Bundesrepublik getroffen werden.

Botschafter *Burt* erkundigt sich, ob für diese Entscheidung bereits ein konkretes Datum ins Auge gefaßt sei, ob dies für Ende Mai zu erwarten sei.

BM *Schäuble* erläutert dazu, vom Enddatum ausgehend: Nach unseren Gesetzen ist eine maximale Dauer der Untersuchungshaft von sechs Monaten zulässig. Hamadi wurde am 14. Januar 1987 verhaftet<sup>14</sup>, also läuft diese Frist mit dem 14. Juli d.J. ab. Da Hamadi nicht freigelassen werden soll und man der Dauer des förmlichen Verfahrens Rechnung tragen müsse, ist mit der Entscheidung gegen Ende Mai zu rechnen. Sollte es zu einer Anklage hier kommen, werde sie auf Mord und Flugzeugentführung und nicht auf den Hamadi jetzt zur Last gelegten unerlaubten Sprengstoffbesitz lauten.

Wie diese Entscheidung letztlich ausfallen werde, läßt sich jedoch noch nicht verbindlich abschätzen. Zunächst sollten noch die Ergebnisse der Reisen und unserer Bemühungen abgewartet werden, die Haltung der Bundesregierung deutlich zu machen.

Es bestehe nach wie vor zum einen die Meinung, eine Auslieferung sei dann mit weniger weiteren Risiken behaftet, wenn die Geiseln nicht frei kommen. Zum anderen wird demgegenüber die Gefahr für das Leben der Geiseln geringer eingeschätzt, solange die Auslieferung nicht vollzogen werde.

Botschafter *Burt* dankt für diesen Bericht und die Klarstellungen.

<sup>11</sup> Das Schreiben des Bundestagspräsidenten Jenninger an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani wurde der Botschaft in Teheran von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 18. Mai 1987 übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 230; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Im Entwurf des Schreibens hieß es, der SPD-Abgeordnete Wischnewski wolle sich in Teheran „für Fortschritte bei den Bemühungen um die Befreiung der beiden im Libanon festgehaltenen Deutschen“ bemühen, von denen seit vier Monaten jedes Lebenszeichen fehle. Er, Jenninger, bitte Rafsandjani, der von Bundesminister Genscher wiederholt über den Vorgang unterrichtet worden sei, sich dafür einzusetzen, „damit die widerrechtliche Entführung von Herrn Cordes und Herrn Schmidt möglichst bald beendet wird“. Vgl. Referat 310, Bd. 149654.

<sup>12</sup> Zum Aufenthalt des SPD-Abgeordneten Wischnewski im Iran vgl. Dok. 153.

<sup>13</sup> Zu den Aktivitäten des Staatsministers Wischnewski, Bundeskanzleramt, im Zusammenhang mit der Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, vgl. AAPD 1977, II, Dok. 260, Dok. 266, Dok. 288 und Dok. 293.

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

Mohammed Hamadi wurde am 13. Januar 1987 verhaftet. Vgl. dazu Dok. 9.

BM *Schäuble* sagt weiteren Bericht zu, falls die bevorstehende Reise nach Damaskus zu konkreten Ergebnissen führe.

Botschafter *Burt* berichtet über ihm zugegangene Nachrichten aus dem Nahen Osten, denen zufolge die betroffenen Firmen ihrerseits tätig geworden seien.

BM *Schäuble* berichtet dazu aus den bisherigen Erfahrungen seinen Eindruck des kooperativen Verhaltens der Firmen, die nichts Wesentliches verschwiegen. Im übrigen müsse man bei vielen Gerüchten immer Korruption und Geldforderungen Interessierter mitberücksichtigen.

Botschafter *Burt* spricht sodann den kürzlichen Besuch von BM Genscher in Washington an und bittet die Tatsache, daß Außenminister Shultz ihm gegenüber dieses Thema nicht angesprochen habe, nicht so zu verstehen, als würde dieser Angelegenheit keine vorrangige Bedeutung mehr beigemessen.<sup>15</sup> Das Gegenteil sei der Fall, man habe sich bei den genannten Gesprächen in der Kürze des Besuchs lediglich auf die aktuellen Abrüstungsfragen konzentriert.

Botschafter *Burt* greift sodann das Thema der Mittelstreckenwaffen auf und berichtet dazu über ein gestern geführtes Gespräch mit MD Teltschik.

Bekanntlich vertrete die Administration die Auffassung, den Europäern sollte die Zeit gelassen werden, um selbst einen Konsens zu finden. Dies habe ja auch Präsident Reagan in dem kürzlichen Telefongespräch mit dem Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht. Persönlich habe er jedoch im Licht der Ergebnisse der NATO-Tagung in Stavanger<sup>16</sup> und nach jüngsten Äußerungen aus Paris und London den Eindruck gewonnen, daß es kurzfristig zu keinem europäischen Konsens kommen werde. Vielmehr müsse wohl zusätzlich etwas geschehen, um hier weiterzukommen. Ein Hinweis hierfür sei auch die gestrige Aussage von BM Genscher, der das Ergebnis der beiden Landtagswahlen als Bestätigung seines Standpunktes interpretierte.

Damit stelle sich ihm die Frage, ob bzw. wie er oder Washington hilfreich sein können, eine Lösung zu finden. Dabei denke er auch an den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Venedig<sup>17</sup>, der sonst ohne greifbare Ergebnisse in den Abrüstungsfragen bliebe. Dazu gebe er zu erwägen, ob vor den Treffen in Venedig vermittelnde Gespräche zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik auf der Ebene von BM Schäuble geführt werden könnten, um eine einheitliche europäische Linie zu finden.

BM *Schäuble* antwortet, dies sei keine leichte Frage, da er nach wie vor von der Richtigkeit der Idee überzeugt sei, Detailfragen des Abbaus der Waffensysteme kürzerer Reichweite nicht parallel zu den in Reykjavík<sup>18</sup> getroffenen Vereinbarungen zu verhandeln. So bedeute die Erklärung des Bundeskanzlers vom vergangenen Freitag<sup>19</sup> keine Positionsänderung, sondern zeige eine andere Perspektive auf. Es gehe auch nicht um die Frage von mehr oder weniger Unter-

<sup>15</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

<sup>16</sup> Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

<sup>17</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

<sup>18</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>19</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 vgl. Dok. 141.

stützung des Vorschlages einer doppelten Null-Lösung. Eigentliches Anliegen sei vielmehr die Verringerung der Risiken, die sich für die Bundesrepublik insgesamt ergeben. Dies mache komplizierte Verhandlungen erforderlich. Dabei gehe es auch darum, ob die Pershing Ia in der modernisierten Version jetzt ausgeklammert werden können.

Er sehe, daß sich die Deutschen im weiteren Prozeß in den Fragen der Stationierung wie auch der Bedrohung in der NATO singularisiert fühlen könnten. Der Bundeskanzler wolle dies nicht, sehe jedoch ebenso wie BM Wörner diese Gefahr. Deshalb gebe er nochmals zu bedenken, als einen ersten Schritt rasch den Abschluß der Verhandlungen der Waffensysteme mit einer Reichweite über 1000km anzustreben. Dabei wisse er, daß dies aus dem Verständnis Washingtons heraus schwierig sei.

Botschafter *Burt* weist unter Bezug auf das mit MD Teltschik zur Abkopplungsfrage geführte Gespräch auf zwei Probleme hin. So müßte jede Vereinbarung über die Waffensysteme der Reichweite von mehr als 1000km auch die Systeme der kürzeren Reichweiten mit berücksichtigen. Der Abbau von Pershing II und Cruise Missiles biete die Chance, um auf sowjetischer Seite den Abbau aller Systeme der Reichweite bis zu 500km zu erreichen. Auf diesen Vorteil verzichten zu sollen, sei in Washington nur schwer zu verdeutlichen. Im übrigen gelte dies auch für Großbritannien und andere NATO-Mitgliedstaaten.

Persönlich sehe er – sofern die Allianz dem zustimme – als Lösungsmöglichkeit, die Kurzstreckenwaffen unter der Bedingung der Modernisierung der 72 deutschen Pershing Ia<sup>20</sup> in die Verhandlungen einzubeziehen, wobei diese auch NATO-Systeme werden könnten.

BM *Schäuble* merkt an, daß dies dem von BM Wörner in Stavanger vertretenen Standpunkt nahekomme.

Botschafter *Burt* sieht in der Bedingung der Modernisierung der deutschen Pershing-Raketen eine Stärkung der Verhandlungsposition bei den Mittelstreckenwaffen.

BM *Schäuble* erwartet, daß die Sowjetunion sich gegen eine Null-Lösung aussprechen werde, wenn die 72 deutschen Pershing-Raketen modernisiert oder im Sinne von Drittstaaten-Systemen ausgeklammert werden sollten. Vielleicht werde sie dies sogar in den Verhandlungen in Genf akzeptieren; dann müsse jedoch damit gerechnet werden, daß sie über die Beeinflussung der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik den Druck auf die Bundesregierung massiv zu verstärken versuche.

Als eine mögliche Alternative erscheine denkbar, daß – mit Ausnahme der 72 deutschen Pershing-Raketen – weitere Verhandlungen über den Abbau der Kurzstreckenwaffen mit dem Vollzug der Vereinbarungen zu den weiterreichenden Systemen verknüpft werden. So habe Senator Nunn den Gedanken eingebracht, daß in den geschätzten fünf Jahren, die nach Vertragsabschluß zur völligen Zerstörung der weiterreichenden Systeme erforderlich erscheinen, konkrete Vereinbarungen über die Reduzierung der chemischen und konventionellen Waffen getroffen werden könnten, die unsere Lage verbesserten.<sup>21</sup> Vielleicht wäre auch

<sup>20</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

<sup>21</sup> Zu den Überlegungen des amerikanischen Senators Nunn vgl. Dok. 83, Anm. 3.

dies ein in der NATO diskussionswürdiger Denkansatz, wie unsere Gefährdung verringert werden kann, da bis dahin ja sonst kein Gleichgewicht der konventionellen Waffen erreichbar erscheint. Dazu weist er auf Wiederholungen in der öffentlichen Diskussion hin.

Botschafter *Burt* fragt nach den konkreten Verhandlungszielen innerhalb des angenommenen fünfjährigen Zeitraumes und weist darauf hin, daß Senator Nunn insbesondere an das Gleichgewicht der konventionellen Waffen gedacht habe.

BM *Schäuble* spricht sich für anzustrebende konkrete Zwischenschritte und -ergebnisse aus und weist auf die Bedenken des Denkansatzes hin, der im Vorschlag von Senator Nunn enthalten sei. Es gehe ihm darum, wie Bewegung in die weiteren Verhandlungen innerhalb der NATO gebracht werden könne.

Botschafter *Burt* stellt dazu die Frage, ob die Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen ihr Ja zu der doppelten Null-Lösung erklären könne.

BM *Schäuble* vertritt als persönliche Meinung, ja sagen zu können, wenn sicher gestellt werden kann, daß in den fünf Jahren die Lösung für die Ungleichgewichte der Waffen mit einer Reichweite von weniger als 500 km erreicht wird. Er weist dazu auf das Bild der Brandmauer hin, die so für die Bundesrepublik Deutschland schwer erträglich sei.

Botschafter *Burt* fragt nach, ob dies bedeute, daß sich die Bundesregierung mit der doppelten Null-Lösung einverstanden erklären könne, wenn neue Verhandlungen über den Abbau des Ungleichgewichts der konventionellen Waffen und Kurzstreckensysteme verbindlich zugesagt werden.

BM *Schäuble* erläutert dazu die Intention der Erklärung des Bundeskanzlers am 15. d. M.

Botschafter *Burt* erkundigt sich, ob BM Schäuble einen europäischen Konsens denkbar halte, der die Modernisierung der Pershing Ia oder vergleichbarer amerikanischer Systeme beinhalte.

BM *Schäuble* erscheint eine dahingehende Vereinbarung realisierbar, wenn damit auch eine Perspektive für die kurzen Reichweiten einschließlich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen und konventionellen Ungleichgewichte enthalten sei.

Botschafter *Burt* ergänzt seine Frage, ob diese Einschätzung auch dann gelte, wenn alle derartigen Systeme in der Bundesrepublik stationiert würden.

BM *Schäuble* erklärt dies als zweitschlechteste gegenüber der schlechtesten Lösung, alle Systeme unter deutscher Verantwortung auf deutschem Boden vorzusehen. Besser erschiene demgegenüber eine Mischung unter Einbeziehung anderer Staaten und der Stationierung in dafür in Frage kommenden Ländern. Vielleicht ließen sich diese Elemente auch so verbinden, daß deutsche Waffensysteme in solche der NATO umgewandelt werden.

Dies erscheine ihm als wichtiges Faustpfand, um in den Verhandlungen über die Kurzstreckenwaffen Fortschritte zu erzielen.

Botschafter *Burt* skizziert dazu einen Drei-Stufen-Vorschlag gegenüber der Sowjetunion, den er bereits mit MD Teltschik erörtert habe:

1) Doppelte Null-Lösung bei Kurzstrecken INF unter der Bedingung der Modernisierung der 72 Pershing Ia als NATO-Programm. Hierzu werde die Sowjetunion voraussichtlich nein sagen.

2) Gemeinsame Obergrenzen 80:80 für alle Systeme unter amerikanischer bzw. deutscher oder auch gemischter Verfügungsgewalt.

BM *Schäuble* merkt hierzu an, daß er eine Festlegung von Obergrenzen im Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion für nicht akzeptabel hält.

Botschafter *Burt* modifiziert daraufhin das Verhandlungsverhältnis in NATO – Sowjetunion.

3) Neue Verhandlungen nach Ablauf von sechs Monaten mit folgenden Optionen:

a) Einbeziehung aller Reichweiten von 0 bis 1000 km,

b) Reduzierung aller Elemente,

c) bei Einbeziehung der NATO-Systeme von 0 bis 1000 km deren Modernisierung.

Dabei erscheine ihm für die Erörterung des Gedankens der Abkoppelung die Aussage zum festen Willen der Modernisierung wesentlich.

BM *Schäuble* fügt an, daß für uns auch die Wirkung auf die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung sei. Diese Diskussion sollte nicht nur auf die doppelte Null-Lösung begrenzt sein. So sei es wesentlich, im öffentlichen Verständnis die Notwendigkeit des Fortbestehens eines Sicherheitspaktes positiv aufrechtzuerhalten. Wie die öffentliche Diskussion seit Ende der 70er Jahre zeige, trete das Bewußtsein dieser Notwendigkeit zunehmend zurück. Deshalb müsse darauf geachtet werden, daß neben der positiven Bewertung der Chancen, kurzfristig zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, auch der besonderen strategischen Lage der Bundesrepublik und den daraus resultierenden Sicherheitserfordernissen gefolgt werde.

Dies erkenne sicherlich auch die Sowjetunion, die mit ihren Vorschlägen eine Chance zu nutzen sucht. Das bedeute, daß man die öffentliche Wirkung von Vorschlägen etwas getrennt von der tatsächlichen Verhandlungslage sehen sollte. Gorbatschow unterbreite ja auch nur Vorschläge, nutze deren große öffentliche Resonanz, und in den konkreten Verhandlungsergebnissen bleibe die Sowjetunion merklich dahinter zurück.

Botschafter *Burt* fragt nach, wie daraufhin in den nächsten Wochen eine einvernehmliche Haltung erreichbar erscheine.

BM *Schäuble* sagt zu, dazu weitere Gespräche u. a. mit MdB Rühe und MD Teltschik zu führen. Er habe bisher noch nicht mit Frankreich bzw. Großbritannien gesprochen, sehe jedoch, daß Frankreich unsere Sorgen verstehe. Er werde sich dann gerne wieder mit Botschafter *Burt* in Verbindung setzen.

Botschafter *Burt* begrüßt dies und bemerkt, daß ihm die Haltung Washingtons theoretisch erscheine, Europa werde sich einigen. Ihm erscheint es notwendig, daß Washington in diesem Prozeß nachhelfe.

BM Schäuble gibt abschließend zu bedenken, daß die Lage Frankreichs und Großbritanniens schon deshalb unterschiedlich sei, weil sie eigene Nuklear-Streitkräfte unterhalten.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72**

139

**Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl**18. Mai 1987<sup>1</sup>

Lieber Helmut,

ich weiß nicht, was es mit der „Bild-Geschichte“ vom Sonntag auf sich hat.<sup>2</sup> Für mich hat sich nichts geändert, meine Freundschaft zu Dir besteht fort.

In der täglichen Zusammenarbeit wünsche ich mir den engsten Schulterschluß mit Dir, das muß in aller Offenheit und vollem Vertrauen geschehen. Ich will das. Du kannst Dich auch in Zukunft auf mich verlassen, nicht nur wegen unseres persönlichen Verhältnisses, auch wegen der Verantwortung, die wir tragen. Ich wünsche mir, daß wir uns öfter in Ruhe sprechen können.

Dein  
Hans-Dietrich Genscher

**Sammlung Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl**

<sup>1</sup> Handschreiben.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Privatakte“ und „erl[edigt]“.

<sup>2</sup> In der Wochenzeitung „Bild am Sonntag“ wurde am 17. Mai 1987 über die Spannungen in der Regierungskoalition berichtet. Bundesminister Genscher sei es gelungen, in der Frage der Mittelstrecken kürzerer Reichweite sich und seine Partei als Vertreter der Entspannung, den Bundeskanzler und die Unionsparteien dagegen als Gegner der Abrüstung erscheinen zu lassen: „Kohl: „Dieses Spiel macht der Genscher nicht noch einmal mit uns“. Ein Vertrauter des Kanzlers: „Da ist Porzellan zerschlagen worden, das nicht mehr zu kitten ist. Es ist einfach unanständig, uns wegen parteitaktischer Vorteile in die Ecke der Friedensstörer stellen zu wollen.“ Aus diesem Grund habe das Bundeskanzleramt die Erklärung Kohls vom 15. Mai 1987 zu INF ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amts erarbeitet. Doch es gebe seit längerem Spannungen: „Da weigern sich Kanzleramt und Auswärtiges Amt, ihre Analysen und diplomatischen Papiere auszutauschen. [...] Da wird plötzlich ein Brief von Premierministerin Thatcher gezielt der Öffentlichkeit zugespielt, in dem sich die Eiserne Lady (Wahlkampf steht in Großbritannien an) für die doppelte Null-Lösung ausspricht. War diese Indiskretion ein gezielter Schuß des Auswärtigen Amtes gegen das Kanzleramt? Genscher sagt: „Ich habe den Brief nicht; ich bin genauso überrascht wie alle anderen...“ Wer Kohl kennt, der weiß: Der Kanzler vergißt nie; er hat ein Gedächtnis wie ein Elefant – und wenn's sein muß, kann er auch trampeln wie ein Elefant.“ Vgl. den Artikel „Raketen: So leidet die Freundschaft Kohl/Genscher“; BILD AM SONNTAG vom 17. Mai 1987, S. 7.

## 140

**Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, Paris,  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 1110**

**Aufgabe: 18. Mai 1987, 16.35 Uhr**

**Ankunft: 18. Mai 1987, 17.55 Uhr**

Betr.: Barbie-Prozeß (erste Woche)<sup>1</sup>

Schlußbericht der Botschaft Paris. Ab 15.5.1987 wurde<sup>2</sup> Beobachtung von Herrn Ministerialrat a.D. Schätzler (BM der Justiz) übernommen.<sup>3</sup>

**1) Historisch-politische Aspekte**

Der Prozeß hat keine Auswirkungen auf das heutige deutsch-französische Verhältnis. Dafür sprechen die Berichterstattung sämtlicher Medien und die Äußerungen führender Politiker, wie z.B. das bereits erwähnte Fernsehinterview von Delors, in dem dieser jeden Gegenwartsbezug des Prozesses ablehnte. Wie von Journalisten zu erfahren war, hat der frühere französische Außenminister Dumas, als Anwalt Vertreter der Nebenkläger, gesagt, der Besuch von Mitterrand in Berlin<sup>4</sup> am Tage der Prozeßeröffnung sei „une coïncidence, mais un signe“ gewesen.

Davon zu trennen ist unsere Erblast nationalsozialistischer Untaten, Gegenstand dieses Prozesses und durch und mit ihm in der Erinnerung der französischen Öffentlichkeit wachgehalten. In diesem Rahmen gehört die Tendenz, die Bundesrepublik Deutschland in der einen oder anderen Form mit der Vergangenheit in Verbindung zu bringen, so z.B. mit Hinweisen auf den Ursprung des BND im SS-Nachrichtendienst und die empfindliche Reaktion auf jede Äußerung von deutscher Seite zum Prozeß.

Résistance und Kollaboration sind nicht nur historische Ereignisse, sondern in Frankreich auch heute noch politisch lebendig. Deshalb hält die große Unbekannte – ob der Barbie-Prozeß zur Aufhellung der Schatten noch nicht bewältigter Vergangenheit beitragen wird – die Öffentlichkeit in Spannung. Vermutlich könnte Barbie etwas zum nie geklärten Verrat an Jean Moulin, dem Exponenten linken Widerstandskampfes, sagen. Befürchtet wird jedoch, daß, wenn hier etwas gesagt wird, sich die Verteidigung in einer Weise über Résistance und Kollaboration ausläßt, die es den vorwiegend zum linken Spektrum gehörenden Anwälten der Nebenkläger geraten erscheinen läßt, Eingehen darauf prozeßtaktisch abzublocken.

<sup>1</sup> Zur Eröffnung des Prozesses gegen Klaus Barbie vgl. Dok. 130.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „ist“.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch unterrichtete am 19. Mai 1987 das Generalkonsulat in Lyon über den Personalwechsel bei der Beobachterstelle für den Prozeß gegen Klaus Barbie: „Neben dem eigentlichen Prozeßgeschehen ist auch das politische Umfeld von Interesse. Es wird deshalb gebeten, auch insoweit über anfallende Erkenntnisse (z.B. Presseerklärungen, sonstige Erklärungen von politischer Seite, Demonstrationen u. ä.) zu berichten.“ Vgl. den Drahterlaß B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

<sup>4</sup> Anlässlich des 750. Stadtjubiläums besuchte Staatspräsident Mitterrand in Begleitung von Bundeskanzler Kohl am 11. Mai 1987 Berlin (West).

## 2) Rechtliche Aspekte

Interessant und nicht ungefährlich ist die ständige Betonung der sogenannten Nürnberger Statuten – Verbrechen gegen die Menschlichkeit<sup>5</sup> – als Grundlage der Anklage und der auch vom Kassationshof gestützten Rechtsauffassung, daß nach dem Beschuß der Vereinten Nationen vom 13.2.1946<sup>6</sup> (französisches Gesetz von 1964) Personen, die dieser Verbrechen verdächtig sind, auch zweifelhaftem Zugriff unterliegen und zur Aburteilung in den Staat zurückgeschafft werden (soient *renvoyées*), wo die Verbrechen begangen worden sind. Im Hinblick auf manche Staaten könnten sich hier Perspektiven öffnen, die nichts Beruhigendes haben, ungeachtet der Versicherungen, daß NS-Täter Fälle *sui generis* seien. Von Eichmann<sup>7</sup> zu Barbie hat sich die Schwelle immerhin beträchtlich gesenkt.

## 3) Überrechtliche Aspekte

Darum geht es letztlich. Alles Juristische, die Manipulationen des Verteidigers, die Prozeßtricks, müssen vor den Toten und den Überlebenden zurücktreten. Maßgeblich ist die Sühne für den Tod unschuldiger Menschen, die 41 Kinder von Izieu – Dreijährige, die nach Auschwitz verladen wurden. Wenn von ihnen gesprochen wird, erhält der Prozeß seine eigentliche Dimension.

## 4) Ambiente

Der Vorsitzende des Schwurgerichts<sup>8</sup> hat die unmittelbare Verhandlungsführung sicher in der Hand – absolute Neutralität vermittelnd. Allerdings kann auch er nicht den großen Saal mit seinem ständigen Kommen und Gehen, dem zahlreichen Publikum und den Journalisten beherrschen. Insofern läuft das Prozeßgeschehen in ständiger Unruhe ab.

Faszinierend für den nicht französischen Beobachter ist die Rhetorik, insbesondere der Anwälte: stets in freier Rede, durchsetzt mit historischen und literarischen Aperçus, brillant und fließend, wenn auch sehr ausführlich.

Das Ambiente ist vor allem vom totalen Gegensatz zwischen Verteidiger und Vertretern der Nebenkläger beherrscht, geschürt und genossen von Maître Vergès. Da er allein die Verteidigung führt, bestimmt er die Atmosphäre dieses Prozesses. Für die Medienberichterstattung steht er und nicht der Angeklagte im Mittelpunkt.

Kein deutscher Verteidiger könnte es in einem NS-Prozeß wagen, derart offen nicht nur seinen Mandanten zu verteidigen, sondern sich zu ihm und – fast – zu seiner Vergangenheit zu bekennen. Maître Vergès kann das, da seine Zugehörigkeit zur Résistance und seine (halb)asiatische Abkunft die in diesem Prozeß auf

<sup>5</sup> Vgl. Artikel 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshof vom 6. Oktober 1945; TRIALS OF WAR CRIMINALS BEFORE THE NUERNBERG MILITARY TRIBUNALS UNDER CONTROL COUNCIL LAW Nr. 10, Bd. I, Washington D. C. 1950, S. XII.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 3/I der VN-Generalversammlung vom 13. Februar 1946 zur Auslieferung und Bestrafung von Kriegsverbrechern vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 5f.

<sup>7</sup> Vom 11. April bis 14. August 1961 fand in Jerusalem der Prozeß gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt, Eichmann, statt, der 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt worden war. Am 11. Dezember wurde Eichmann für schuldig befunden, am 15. Dezember 1961 zum Tode verurteilt und am 31. Mai/1. Juni 1962 hingerichtet. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 218.

<sup>8</sup> Pierre Truche.

der Hand liegenden Angriffe abprallen lassen. Seine Abkunft führt er Vertretern jüdischer Opfer gegenüber besonders gern ins Treffen mit dem Hinweis, er wisse selbst, was rassistische Diskriminierung bedeute.

Seine Taktik ist Ablenkung von der Hauptsache und Abstreiten jeder Schuld seines Mandanten.

Sein Vorgehen ist Provokation der Nebenkläger. Jede Geste, jedes Wort ist darauf angelegt, deren Anwälte derart zu reizen, daß diese sich – die nach ihrem Selbstverständnis allein den guten Kampf kämpfen – in blinden Ärger oder spontane Ausbrüche treiben lassen, so daß Maître Vergès sie in aller Ruhe durch den Vorsitzenden zur Ordnung rufen lassen kann. In diesen Zusammenhang gehört auch die Entfernung von Barbie.<sup>9</sup> Die Anwälte, vor allem Vertreter jüdischer Gruppen, wissen sehr wohl, daß damit die Dramatik aus dem Prozeß genommen wird und dieser seinen Charakter verliert, wenn ihr Gegenüber nur Maître Vergès ist und nicht der Angeklagte, dem sie wenigstens ein Zeichen der Reue und Teilnahme entreiben möchten. Sie wollen daher unter allen Umständen die Anwesenheit des Angeklagten – die der Vorsitzende nach seinem Ermessen erzwingen kann – durchsetzen.

Ihre Anträge lassen erkennen, daß sie auch Druck nicht scheuen. Die Entscheidung des Vorsitzenden deutet darauf hin, daß er Barbie unter „gewissen Umständen“ – voraussichtlich zur Gegenüberstellung mit einzelnen Zeugen – vorführen lassen wird.

##### 5) Media und Öffentlichkeit

Durch die Steigerung der Berichterstattung, Vorwegnahme der Aussagen, durch Interviews aller wichtigen Beteiligten in den Medien vor und zum Beginn des Prozesses wurde ganz Frankreich darauf eingestimmt. Dabei wurde die Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam registriert.

Dann folgte der Abfall, verstärkt durch das Fernbleiben von Barbie.

Breite Berichterstattung wird sich künftig wohl auf Zusammenfassungen und besonderes Geschehen konzentrieren, z.B. Zeugenaussagen über besonders bewegende Ereignisse oder über Grausamkeiten, die dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht werden. Barbie, Abbild des „Dritten Reichs im Rentenalter“, läßt keine Gemütsbewegung erkennen, überläßt es seinem Anwalt, den Prozeß vom eigentlichen Thema abzulenken. Wenn sich das Ambiente der ersten Woche nicht ändert, kann man nur Mitgefühl für die verwirrt und erstaunt am Hin und Her des Prozesses teilnehmenden Überlebenden haben.<sup>10</sup>

[gez.] Kotzebue

##### B 83 (Referat 511), Bd. 1626

<sup>9</sup> Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z.Z. Lyon, berichtete am 13. Mai 1987, Klaus Barbie habe am selben Tag dem Gericht erklärt, er sei „bolivianischer Staatsbürger, der illegal ausgewiesen worden“ sei. Er lehne eine weitere Prozeßteilnahme ab: „Nach Aufnahme eines formellen Protokolls entband das Gericht den Angeklagten vom persönlichen Erscheinen. Er wird künftig jeden Tag erneut befragt werden, ob er anwesend sein wolle, ebenso wie er jeden Abend die Sitzungsprotokolle erhält. Das Gericht könnte ihn zwangsweise vorführen lassen, allerdings wird von dieser Möglichkeit in der Regel kein Gebrauch gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 17; Referat 203 (202), Bd. 151121.

<sup>10</sup> Zum Abschluß des Prozesses gegen Klaus Barbie am 4. Juli 1987 vgl. Dok. 202.

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 2228**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 18. Mai 1987, 11.47 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 18. Mai 1987, 17.58 Uhr**

Betr.: Erklärung des Bundeskanzlers zur Abrüstung vom 15.5.1987<sup>2</sup>;  
 hier: Amerikanische Reaktion

Bezug: Plurez Nr. 3950 vom 17.5.87<sup>3</sup>  
 DB Nr. 2214 vom 15.5.87 – Pol 371.76

Auf Weisung

Die Erklärung des Bundeskanzlers hat hier zunächst gewisse Unsicherheit geschaffen über die Entwicklung der deutschen Haltung. Man vermutet einen Zusammenhang mit der britischen Erklärung zu INF vom 14.5.<sup>4</sup>

Die Erklärung wird aber auch vor dem Hintergrund der Landtagswahlen<sup>5</sup> gesehen, bei deren Ergebnis man sich fragt, welchen Einfluß die Diskussion über Kurzstreckenwaffen hatte und ob die Wahlen Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Haltung der Bundesregierung haben.

Die Haltung der Administration ist weiter unverändert. Im State Department gibt es Überlegungen, das Gespräch mit uns durch weitere Besuche fortzusetzen (Möglichkeit einer Reise Nitzes nach Bonn).

1) Der Hinweis in der Erklärung des Bundeskanzlers auf die Notwendigkeit, über Waffen von 0 bis 1000km Reichweite zu verhandeln, hat hier Unsicherheit geschaffen, weil man bisher davon ausgegangen war, daß auch wir nicht

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze und Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, beide Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 19. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe sowie die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller verfügte.

Hat Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1987, S. 413 f.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 und bat, bis 18. Mai 1987 über Reaktionen des Gastlandes zu berichten. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144772.

<sup>4</sup> Am Rande der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Stavanger erklärte der britische Verteidigungsminister Younger am 14. Mai 1987, Großbritannien stimme unter bestimmten Bedingungen einer Eliminierung sowjetischer und amerikanischer SRINF zu, wenn die NATO mit anderen Systemen die nukleare Abschreckung funktionsfähig halte. In der Presse hieß es: „Mr. Younger also cited the need to eliminate chemical weapons and ensure greater East-West balance in conventional forces. Mr. Younger's remarks appeared to leave West Germany as the main obstacle to reaching a common NATO view on whether to accept the banning of shorter-range nuclear missiles.“ Vgl. den Artikel „NATO ministers oppose 'double-zero' arms pact“, THE WASHINGTON TIMES vom 15. Mai 1987; Referat 220, Bd. 144772.

Eine ähnliche Erklärung veröffentlichte am selben Tag das britische Außenministerium. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 871 des Botschafters Freiherr von Wechmar, London, vom 15. Mai 1987; Referat 220, Bd. 144772.

<sup>5</sup> Zu den Wahlen am 17. Mai 1987 in Rheinland-Pfalz und in Hamburg vgl. Dok. 138, Anm. 3.

über Gefechtsfeldwaffen verhandeln wollen. Im State Department sieht man einen Zusammenhang mit Überlegungen von Botschafter Burt, die AM Shultz zurückgewiesen hatte.

Wie wir von verschiedenen Gesprächspartnern hören (Linhard, Thomas, Hawes und einigen ihrer Mitarbeiter), wird hier die Forderung, „Waffen aller Reichweiten zwischen 0 und 1000 km“ einzubeziehen, als problematisch erachtet. Administration vertritt bekanntlich die Auffassung, daß Verhandlungen über den Bereich unterhalb von 500 km vermieden werden sollen, damit nicht der von den Europäern befürchtete Trend zur Denuklearisierung eintritt.

Festgehalten wird, daß der Bundeskanzler nicht auf Einbeziehung der Kurzstreckenwaffen insgesamt in ein LRINF-Abkommen besteht (möglicherweise unterstützt das einzelne Überlegungen auf Beamtenebene über die Frage, ob ein LRINF-Abkommen ohne SRINF-Beschränkungen nicht doch akzeptabel sein könnte).

2) Die Haltung der Administration, nicht über Systeme unter 500 km Reichweite zu verhandeln, ist unverändert (Linhard, NSC).

Zu gleicher Zeit macht man uns in vorsichtiger Form darauf aufmerksam, daß es für die Bundesregierung eine mißliche Lage wäre, wenn ihr vorgeworfen werden könnte, daß der Abschluß eines Abkommens über Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite an ihrer Haltung zur Behandlung von Waffen anderer Reichweiten scheiterte. Unser Hinweis auf die Befürwortung eines Abkommens über LRINF, wie sie vom Bundeskanzler in seiner Erklärung erneut bekräftigt worden sei, zeigt dabei keine allzu große Wirkung.

3) Thomas bestätigte, daß man die Bundesregierung nicht unter zeitlichen Druck setzen will. Er deutete jedoch an, daß es nützlich sein könnte, die auf verschiedenen Ebenen geführten Gespräche fortzusetzen. Dazu könnte nach seiner Ansicht ein Besuch von Nitze in Bonn geeignet sein. Sein Ergebnis würde, so Thomas, in die hiesigen, noch nicht abgeschlossenen Überlegungen einfließen.

4) Thomas wiederholte, daß aus seiner Sicht die Sorge unbegründet ist, daß ein LRINF-Abkommen mit einer Null-Lösung für SRINF die Bundesregierung in eine isolierte Lage bringen würde (singularity). Damit stelle man nicht nur die Grundgedanken einer gemeinsamen Strategie des Bündnisses in Frage, sondern übersehe auch, daß die USA durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen (und vieler amerikanischer Zivilisten) in der Bundesrepublik eng an uns gekoppelt (coupled) seien.

5) Gesprächspartner im State Department sehen einen Zusammenhang zwischen der Erklärung und den Landtagswahlen.

Die ausstehende Einigung innerhalb der Bundesregierung zur Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag einer Null-Lösung bei SRINF<sup>6</sup> wird hier auch als ein Grund für das Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg erklärt, bei denen Stimmverluste für die CDU und Stimmgewinne für die FDP als Ausdruck für eine Unterstützung der Position der FDP in der Frage der Verhandlungen über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen gesehen werden. Aus der hiesigen Interessenlage gesehen, neigt vor allem die Presse dazu, den

<sup>6</sup> Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

Einfluß lokaler Gründe zu unterschätzen. Im State Department ist man sich darüber im klaren, daß es entscheidend weiterhin auch auf die Meinungsbildung innerhalb der größeren Koalitionspartei ankommt.

6) Zum Teil wird auch ein Zusammenhang mit der britischen Erklärung gesehen. Diese hat auch, abgesehen von der Tatsache, daß die Erklärung sich mit der amerikanischen Haltung deckt, vor dem Hintergrund der britischen Wahlen<sup>7</sup> (die aus amerikanischer Sicht wichtiger sind als die deutschen Landtagswahlen) Verständnis gefunden.

7) Reservierte Haltung der Administration gegenüber Erklärung des Bundeskanzlers schlägt sich in Pressemeldungen seit Samstag nieder. Hervorgehoben werden Veränderungen in unserer Position (New York Times vom 16.5.: „Reversal“<sup>8</sup>, Wall Street Journal vom 18.5.: „Departure from previous Statements“; die gleiche Zeitung zitiert einen NATO-Beamten: „the Germans can't make up their minds, they are making everyone pay for their neurosis“<sup>9</sup>). Ergebnis der Landtagswahlen vom Wochenende wertet Washington Post vom 18.5.<sup>10</sup> als Schlag für den Kanzler und Ausdruck der Unterstützung der Wähler für einen den Abschluß eines LRINF/SRINF-Abkommens unterstützenden Kurs.<sup>11</sup>

[gez.] van Well

**Referat 220, Bd. 130134**

<sup>7</sup> Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel „Kohl Urges Broadening Of Any Short-Range Missile Accord“; THE NEW YORK TIMES vom 16. Mai 1987, S. 4.

<sup>9</sup> Vgl. den Artikel „Disarray Grows Within NATO On Arms Policy“; THE WALL STREET JOURNAL vom 18. Mai 1987, S. 23.

<sup>10</sup> Vgl. den auf 18. Mai 1987 datierten Artikel „Kohl Eases Stance on Missiles Plan“; THE WASHINGTON POST vom 19. Mai 1987, S. A21 und S. A25.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann resümierte am 19. Mai 1987: „Eine Auswertung der Reaktionen auf die Erklärung des BK zur Abrüstung vom 15.5 aus 28 europäischen Hauptstädten, der DDR, den USA, Kanada, der NATO-Vertretung und der KRK-Delegation in Wien ergibt ein Bild der Unsicherheit und Verwirrung. Während die Presse dieses in aller Deutlichkeit erkennen läßt, zeigen die wenigen offiziellen Äußerungen große Zurückhaltung. Soweit die Botschaften – über die Weisung hinausgehend – Gespräche mit Vertretern des Gastlandes führten, bestätigen diese durchgehend die von der Presse vermittelte kritische Rezeption der Erklärung des BK im Ausland.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144772.

142

**Aufzeichnung des  
Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**

Dg 20/201-371-736/87 geheim

19. Mai 1987

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup>Betr.: INF;  
hier: Weisung BM vom 19. Mai 1987

Anlg.: 2

1) Bei Ihren Gesprächen in Washington<sup>3</sup> ist klargeworden, daß AM Shultz die LRINF-Null-Lösung (möglichst global) so schnell wie möglich finalisieren und – soweit möglich – ebenfalls auf globaler Basis in den SRINF-Bereich ausdehnen will. Ein solches Abkommen soll nicht nur den Weg freimachen für einen wichtigen abrüstungspolitischen Erfolg des amerikanischen Präsidenten<sup>4</sup>. Sie soll auch – vor allem gegenüber dem konservativen Amerika – den Beweis dafür liefern, daß die maßgeblich von Shultz mitformulierte Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre richtig war. Ohne ein solches Abkommen könnte Abbrüstung als Prozeß ihre Glaubwürdigkeit einbüßen. Shultz ist in seinem Engagement für einen ersten konkreten Abrüstungsschritt im nuklearen Bereich aber auch konsequent in seiner Politik (Chicago-Rede vom 17.11.1986<sup>5</sup>), die Welt weniger nuklear zu machen und die NATO-Abschreckung zunehmend stärker konventionell abzustützen.

INF eignet sich als „Modellprojekt“ für nukleare Abrüstung aus Washingtoner Sicht besonders, weil

- die strategische Notwendigkeit von bodengestützten LRINF-Flugkörpern von vielen ohnehin schon bei der Nachrüstung verneint wurde, der Verzicht auf sie daher keine Einbuße an Sicherheit darstellt;
- keine vitalen amerikanischen Interessen berührt werden, es sei denn in dem – positiven – Sinn, daß der Umfang des nuklearen Risikos in Europa kontrollierbarer gemacht wird.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 20. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie für StS gefertigt.“

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 15. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Plotz am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ohne Anl[agen]!“

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 17. Juni 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 11. Mai 1987 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 128.

<sup>4</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2118, S. 31–35.

Die Entschlossenheit von Shultz, der inzwischen in Fragen der INF-Rüstungskontrollpolitik in Washington eine unbestrittene Führungs- und Sprecherrolle in der Administration übernommen hat, wird auch in der Behandlung des sowjetischen SRINF-Null-Vorschlages<sup>6</sup> deutlich: Die Aufforderung an die Europäer, jede von Null abweichende Position mit einer Stationierungszusage zu verbinden, soll – gegenüber Konservativen im eigenen Lande und gegenüber dem Pentagon – einer möglichen Argumentation die Grundlage nehmen, eine andere als die SRINF-Null-Lösung sei realistisch.

Offenbar ist der Administration aber bewußt, daß der gewählte Weg nicht ohne Risiko ist. Deshalb läßt man dem europäischen Meinungsbildungsprozeß Zeit, obwohl die Zeichen der Ungeduld in Washington unübersehbar sind. Der maßgebliche Grund für die Washingtoner Langmut liegt in der Erkenntnis, daß europäischer Widerspruch gegen ein LRINF/SRINF-Null-Abkommen die Aussichten auf Zustimmung des Senats dramatisch verschlechtern, wenn nicht zunichte machen würde. Besondere Bedeutung mißt Shultz zu Recht der Auffassung der Bundesrepublik Deutschland bei, wobei es – angesichts der internen Meinungsbildung bei uns<sup>7</sup> – besonders auf die Haltung des Bundeskanzlers und seiner Fraktion ankommt.

2) In dieser Situation kommt es darauf an, daß wir eine Position national formulieren und dann zum Gegenstand europäischen Konsenses machen, die folgenden Gesichtspunkten Rechnung trägt:

– Der Westen braucht zur kriegsverhütenden Abschreckung Nuklearwaffen mehr als der Osten. Dies hängt mit dem Kräfteverhältnis zusammen, aber nicht nur, da es nicht nur um den Ausgleich des konventionellen Übergewichts des WP, sondern um die Androhung eines nicht kalkulierbaren Risikos für den Angreifer geht. Deshalb kann auch bei ausgeglichenem konventionellem Kräfteverhältnis kriegsverhütende Abschreckung nur durch eine Kombination von Nuklearwaffen und konventionellen Waffen hergestellt werden.

Militärstrategisch betrachtet kommt es nicht darauf an, in jeder Kategorie nuklearer Waffen gleich viele wie der WP zu besitzen, sondern nur insgesamt land-, luft- oder seegestützt genügend, um die Eskalationsdrohung glaubhaft zu erhalten.

Anmerkung: Daraus folgt auch, daß eine Konzentration der Betrachtung auf bodengestützte Systeme, z. B. zur Begründung einer „Sonderbedrohung“, die strategische Analyse verfälscht, da es für die Beurteilung der Bedrohung auf das Zusammenwirken aller nuklearen Waffensysteme des WP ankommt, die – auch ohne bodengestützte LRINF/SRINF-Flugkörper – unsere Nachbarn voll erfaßt (Anlage 1).<sup>8</sup>

Vor allen Dingen aber führt der argumentative Ansatz an der Bedrohung weg vom strategischen Zweck westlicher Nuklearwaffen, der eben nicht primär im Aufwiegen östlicher Nuklearwaffen, sondern in gesicherter Eskalationsfähigkeit besteht.

<sup>6</sup> Zu den Abrüstungsvorschlägen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dem amerikanischen Außenminister Shultz bei dessen Besuch vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR unterbreitete, vgl. Dok. 115.

<sup>7</sup> Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 17.

- Die Präsenz amerikanischer konventioneller und nuklearer Streitkräfte in Europa ist auf absehbare Zeit unverzichtbar. Nur so ist die Verkoppelung der Sicherheit Europas und Amerikas in sowjetischen Augen glaubwürdig.
- Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik muß die Sicherheit erhöhen: Eine weitere Fortschreibung von Null-Lösungen steht im Widerspruch zu der Logik unserer Strategie. Andererseits gilt aber auch: Die pauschale Ausklammerung von Nuklearsystemen bestimmter Reichweiten aus Rüstungskontrollverhandlungen steht im Widerspruch zur Logik unserer Rüstungskontrollpolitik, die integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik ist.
- Angesichts der geographischen Asymmetrie wirken sich Abrüstungsschritte, selbst wenn sie gleichgewichtig oder zugunsten des Westens asymmetrisch sind, unterschiedlich auf die Sicherheit beider Seiten aus. Wenn deshalb Maßnahmen zur Stärkung der Abschreckung und/oder der europäisch-amerikanischen Koppelung für notwendig gehalten werden, muß hierüber innerhalb des Bündnisses im Zusammenhang mit der Entscheidung über LRINF/SRINF-Null die Meinungsbildung vorangebracht werden. Dies setzt voraus, daß wir und unsere europäischen Partner unsere Interessen gemeinsam und klar definieren.

Als Anlage 2 wird daher der Entwurf eines möglichen Beschlusses vorgelegt, der diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen soll.

Richthofen

#### Anlage 1<sup>9</sup>

Betr.: Nukleare Bedrohung NATO-Europas nach einer doppelten Null-Lösung

Nach einer doppelten Null-Lösung würden von landgestützten Nuklearwaffen des WP mit bis zu 500 km Reichweite die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland voll, Benelux und Türkei teilweise sowie Norwegen, Frankreich und Italien marginal bedroht.

Die Bedrohung durch seegestützte taktische Kernwaffen des WP geht über diesen geographischen Bereich nur dann hinaus, wenn der schwimmende Träger die geschützten Heimatgewässer verläßt, und sie ist vom Umfang her begrenzt (in Europa ca. 150 Systeme mit Reichweiten um 500 km).

Der größere Teil NATO-Europas bleibt bedroht durch 2000 nuklearfähige und entsprechend dislozierte mittlere Bomber und Jagdbomber mit Reichweiten zwischen 1100 und 8000 km (2500 km decken ganz NATO-Europa ab, aber auch 1100 km reichen für den größeren Teil von UK, Frankreich und Italien).

Schließlich deckt das interkontinentalstrategische Potential der SU auch ganz Europa ab: ca. 2500 Träger (ICBM, SLBM, schwere Bomber) mit ca. 10 700 Sprengköpfen.

<sup>9</sup> Diese Angabe wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

Die Bedrohung durch sowjetische SLCM ist bisher gering (ca. 100 SLCM mit Reichweiten von 2000 bis 3000 km im europäischen Raum), kann künftig aber stark ansteigen.

Daerr

Kernwaffen des WP, die auch nach einer doppelten Null-Lösung größere Teile Großbritanniens, Frankreichs und Italiens (also insgesamt den größeren Teil NATO-Europas) bedrohen.

1) Nuklearfähige Flugzeuge (dual capable aircraft) des WP in Europa:

	Trägersystem	Reichweite	Sprengköpfe/ Bomben
Mittlere Bomber: (SU-Luftwaffe)	320	3500 bis 8000 km	1–2 Bomben oder ALCM oder Abstandswaffen
Backfire			
Badger			
Blinder			
Mittlere Bomber (SU-Marineflieger)	240	s. o.	s. o.
Typen s.o.			
SU-Jagdbomber (Su-7, -17, -24; MiG-21, -27)	1200	1100 bis 2000 km	i. d. R.: 1 Bombe
Jagdbomber (übrige WP- Staaten)	240	1100 bis 1500 km	i. d. R.: 1 Bombe
Su-7, -20; MiG-23			
[gesamt]		2000	

Anmerkung: Zahl der Bomben/Sprengköpfe (auf ALCM und Abstandswaffen) nicht bekannt. Kann sowohl höher als auch niedriger sein als die Zahl der nuklearfähigen Flugzeuge.

2) Seegestützte taktische Kernwaffen

	Trägersystem	Reichweite (km)	Sprengköpfe
24 SLBM	SS-N-5	1400	je 1
130 SLCM	SS-N-3	450	"
50 "	SS-N-7	100	"
140 "	SS-N-9	120	"
80 "	SS-N-12	550	"
50 "	SS-N-19	550	"

474

Anmerkung: Neue strategische SLCM bisher ca. 100 in Europa, Reichweite 2–3000 km, 1 SK<sup>10</sup>.

3) Interkontinentalstrategische Kernwaffen

		Trägersystem	Reichweite	Sprengköpfe/ Bomben	
ICBM	448	SS-11		448	
	60	SS-13	9000 bis	60	
	150	SS-17	13 000 km	600	
	308	SS-18		3080	
	360	SS-19		2160	
	72	SS-72		72	
[gesamt]	1398	ICBM		6420	
SLBM	304	SS-N-6		304	
	292	SS-N-8	2400 bis	292	
	12	SS-N-17	8300 km	12	
	224	SS-N-18		1568	
	80	SS-N-20		720	
	32	SS-N-23		320	
[gesamt]	944	SLBM		3216	
Bomber	40	Bear H	12 000 km	bis zu	800 ALCM
	100	Bear	"		200 Bomben
	20	Bison	1100 km		80 Bomben
Insgesamt	2502	Träger		10 716 SK/Bomben	

Anlage 2

1) Die gültige Strategie der flexiblen Erwiderung<sup>11</sup> und die zu ihrer Ausführung 1986 vereinbarten Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG) für den Einsatz von Nuklearwaffen<sup>12</sup> sollten gültig bleiben: Dies würde es uns erlauben, die Umsetzung der im Montebello-Beschluß<sup>13</sup> angelegten und in den GPG bestätigten Schwerpunktverlagerung bei der Abstützung auf Nuklearwaffen von solchen kurzer auf solche längerer Reichweite weiter voranzutreiben.<sup>14</sup>

10 Sprengkopf.

11 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

12 Zu den General Political Guidelines (GPG) vgl. Dok. 55, Anm. 12.

13 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

14 Der Passus „bei der Abstützung ... voranzutreiben“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist zu klären, ob das landgestützte Systeme sein müssen, m. E.: Nein.“

2) Die Wirksamkeit der gültigen Bündnisstrategie der flexiblen Erwiderung, zu der es in absehbarer Zeit keine Alternative gibt, setzt weiterhin ausgewogene konventionelle und nukleare Streitkräfte voraus. Gemeinsam im Bündnis beschlossene Modernisierungsmaßnahmen müssen konsequent und unter Beachtung der sich aus Sicherheits- und Risikogemeinschaft ergebenden Forderung nach angemessener Lastenteilung unter den Bündnispartnern durchgeführt werden.

Konkretisierung muß BMVg vorschlagen. Aus unserer Sicht sollten im Vordergrund stehen:

- Abstandsflugkörper ASM<sup>15</sup> (bei Addition der Flugkörperreichweite von etwa 400km mit der des Flugzeuges ergibt sich große Flexibilität; dies erlaubt auch breite Beteiligung im Bündnis);
- Lance-Nachfolge<sup>16</sup> (Modernisierung, d.h. Ersatz 1:1; auch als Hebel für Anschlußverhandlungen).<sup>17</sup>

3) Die Bundesregierung erklärt ihr Einverständnis mit einem amerikanisch-sowjetischen Abkommen, das die völlige Eliminierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite aus Europa und möglichst auch global sowie die globale Eliminierung aller amerikanischen und sowjetischen landgestützten Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite vorsieht unter der Voraussetzung,

- a) daß dieses Abkommen Systeme dritter Staaten ausschließt (deutsche PIA sollte hier nur subsumiert werden, wenn wir zur Modernisierung entschlossen sind<sup>18</sup>, für die realistischerweise nur die Konversion der PII in Betracht gezogen werden kann<sup>19</sup> – andere Systeme sind nicht verfügbar in den USA);
- b) daß SACEUR auch künftig – durch entsprechende neue Assignierung – über ausreichende Optionen zur Erfüllung seines Auftrages im Rahmen der gültigen Strategie verfügt und daß hierfür auch in Betracht gezogen werden z.B.

- SLCM,
- ALCM (die hier besonders deutlich sichtbare Verzahnung zwischen den SACEUR zugewiesenen Mitteln und dem amerikanischen strategischen Potential hätte stark koppelnde Wirkung, ohne die Bedrohung der SU wesentlich zu verändern, zumal wenn rotierende Stationierung vorgesehen wird);
- Modernisierung und Bestandserhöhung von F-111<sup>20</sup>;

<sup>15</sup> Air-to-Surface Missile.

Die Wörter „Abstandsflugkörper ASM“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>16</sup> Zur Frage eines Nachfolgesystems für das nukleare Kurzstreckensystem „Lance“ vgl. AAPD 1986, II, Dok. 318.

<sup>17</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Im Sinne der Anmerkung auf S. 3 der Ministervorlage, die spiegelbildlich auch für die westliche Abschreckung gilt, d.h. Ziffer 2 sollte Ausbau der SU geltenden Abschreckung sein (Ausbau der NATO-Assignierung + Modernisierung (siehe) 3 b).“ Vgl. Ann. 8.

<sup>18</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

<sup>19</sup> Der Passus „für die realistischerweise ... kann“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wegen des Briefs des BK von 1986 mit der Ablehnung der Konversion ist zweifelhaft, ob ein INF-Abkommen zustande kommt, das die Konversion erlaubt.“

<sup>20</sup> Der Passus „b) daß SACEUR ... F-111“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

- c) daß der im Rahmen des Doppelbeschlusses 1979<sup>21</sup> gewählte Ansatz, Lösungen im Rüstungskontrollbereich schrittweise anzustreben, energisch weiterverfolgt und dabei kein Bereich der Rüstungen ausgenommen wird. Die SCG sollte daher den Auftrag erhalten, möglichst umgehend einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz für die Behandlung der noch außerhalb von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen gebliebenen Nuklearsysteme zu erarbeiten, der den Sicherheitsinteressen der Allianz Rechnung trägt. Angesichts der Mobilität und geringen Größe dieser Systeme sollte ein solcher Ansatz insbesondere dem Erfordernis zuverlässiger Verifizierbarkeit Aufmerksamkeit schenken;
- d) daß angesichts der Tatsache, daß nukleare Abrüstung das Problem des konventionellen Ungleichgewichts in Europa verschärft, ohne Verzug verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um ein nachprüfbares, umfassendes und stabiles Gleichgewicht konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu erreichen, wobei dem Abbau der konventionellen Überlegenheit des WP, insbesondere seiner Fähigkeit zu Überraschungsangriff und raumgreifender Offensive, besondere Bedeutung zuzumessen ist;
- e) daß zügige Fortschritte in den laufenden Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen angestrebt werden.

**VS-Bd. 12167 (201)**

## 143

### Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

**114-3659/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2264**

**Aufgabe: 19. Mai 1987, 19.01 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Mai 1987, 01.17 Uhr**

Betr.: Genfer Verhandlungen;  
hier: START, Weltraum, ABM-Vertrag

Bezug: DE Nr. 3847 vom 13.5.87 – 220-370.00 SB VS-NfD<sup>2</sup>

1 a) Im State Department (Politisch-Militärische Abteilung) war zum Vertragsentwurf für den Bereich START vom 8.5. zu erfahren, daß dieser keine für uns

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 20. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Müller „z[ur] Klenntnisnahme“ verfügte. Ferner verfügte er die Wiedervorlage. Hat Elbe und Müller vorgelegen.

Hat Hofstetter erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter bat die Botschaft in Washington „um Bericht zum Stand der Genfer Verhandlungen in den Bereichen START und Weltraum sowie zur Entwicklung der

neuen oder in irgendeiner Weise unbekannten Positionen enthalte. Es sei derzeit nicht daran gedacht, den Text des Entwurfes den Verbündeten zu übergeben, da man für START die Konsultationserfordernis für geringer ansehe als im INF-Bereich.

Ein konkreter sowjetischer Vorschlag über Schlüsselbestimmungen einer Vereinbarung über strategische Offensivsysteme und die Konsolidierung des Systems des ABM-Vertrages, wie in der im Bezugs-Erlaß erwähnten TASS-Meldung beschrieben, sei von sowjetischer Seite nicht eingebracht worden, es sei jedoch in den Verhandlungen ein gewisses Element von möglicher Konzessionsbereitschaft in der sowjetischen Position erkennbar geworden. Es werde derzeit geprüft, welche Auswirkungen die sich andeutenden Veränderungen in der sowjetischen Position haben könnten. Diese Veränderungen deuteten sich beispielsweise in der Begriffswahl an, es würden von sowjetischer Seite wieder zunehmend die Begriffe des ABM-Vertrages verwendet, beispielsweise werde in sowjetischen Vorschlägen jetzt wieder von Komponenten gesprochen, wie es dem ABM-Vertrag entspricht.

Zur Frage seegestützter Marschflugkörper (SLCM) gebe es bisher keine sowjetischen Vorschläge, es sei aber angekündigt worden, daß der sowjetische Vertragsentwurf zu START, der sich in Vorbereitung befindet, auch dazu einen Vorschlag enthalten werde. Die amerikanische Position zu SLCMs sei unverändert, man sei bereit, auch über diese Systeme zu sprechen. Wie in Reykjavik<sup>3</sup> vereinbart, sollten sie nicht Teil der 1600 Systeme und 6000 Sprengköpfe sein, die als Ergebnis eines 50-prozentigen Reduzierungsabkommens im START-Bereich vorgesehen sind.

b) Zum Junktim START – Weltraumfragen wurde uns gesagt, daß man in der Tat der Meinung sei, daß eine Abschwächung der Verbindung beider Bereiche sich möglicherweise andeutet. Dies ergebe sich z. B. aus der Tatsache, daß die sowjetische Seite darüber gesprochen habe, Weltraumfragen in einen START-Vertrag miteinzubeziehen, und damit Flexibilität angedeutet habe. Auch die sowjetischen Vorschläge zur Definition erlaubter BMD<sup>4</sup>-Aktivitäten ließen sowjetische Konzessionsbereitschaft erkennen.

Zum amerikanischen Angebot einer Festschreibung des ABM-Vertrages bis Ende 1994 räumt man im State Department ein, daß dies für die SU vermutlich ein zu kurzer Zeitraum sein würde, um ihren Vorstellungen über die Berechenbarkeit der Entwicklung von SDI zu entsprechen. Die Studie des Pentagon zur technischen Entwicklung von SDI im Lichte des ABM-Vertrages gehe davon aus, daß bei Anwendung der weiten Interpretation<sup>5</sup> eine SDI-Stationierung etwa 1996 möglich werde. Wenn man sich an die enge Interpretation halten müsse, wäre nach dieser Studie schon 1989 eine Situation gekommen, in der die weitere

*Fortsetzung Fußnote von Seite 722*

inneramerikanischen Debatte um den ABM-Vertrag<sup>6</sup>. Neben der Frage, ob die amerikanische Regierung ihren Entwurf vom 8. Mai 1987 für einen START-Vertrag zur Verfügung stelle, interessiere besonders die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 8. Mai 1987, der zufolge die UdSSR am 5. Mai 1987 einen Vorschlag eingebracht habe, „die Schlüsselbestimmungen eines Abkommens über einige große Abrüstungsprobleme, einschließlich der strategischen Offensivrüstungen und der Konsolidierung des Systems des Raketenabwehrvertrages, zu vereinbaren“. Vgl. Referat 220, Bd. 130126.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>4</sup> Ballistic Missile Defense.

<sup>5</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

Einhaltung des Vertrages mit der SDI-Entwicklung nicht mehr vereinbar sei. Allerdings müßten diese Untersuchungsergebnisse wohl als Versuch angesehen werden, die Rolle von SDI gegenüber den Verhandlungen „robuster“ zu machen.

Grundsätzlich ist es weiterhin die Verhandlungsweisung an die Genfer Delegation, sich nicht mit der Sowjetunion auf Verhandlungen über umstrittene Fragen der Interpretation des ABM-Vertrages einzulassen.

Dies habe jedoch bisher wenig praktische Auswirkungen gehabt, da die SU von sich aus das Thema nicht angesprochen habe. Die bisherige Haltung der SU sei gewesen, daß weder die enge noch die weite Interpretation des ABM-Vertrages für sie im Vordergrund stehen könne, weil sie die amerikanischen SDI-Aktivitäten als solche für ABM-vertragswidrig angesehen und deswegen eine Regelung angestrebt habe, die die weitere SDI-Entwicklung verhindern würde. Hier deute sich in der gegenwärtigen Runde eine gewisse Veränderung an. Sowjetische Seite sage nicht mehr, daß die SDI-Forschung, die gegenwärtig betrieben werde, gegen den Vertrag verstöße. Dies deute man auf amerikanischer Seite als mögliche Konzessionsbereitschaft.

2) Die Studie des State Department zu Verhandlungsgeschichte und Ratifikationsprozeß des ABM-Vertrags wurde Botschaft heute zugänglich gemacht. Ein dritter Teil, der sich mit der Vertragsanwendung beschäftigt, befindet sich gegenwärtig noch in Erarbeitung. Es wird bis Ende d. M., möglicherweise auch noch länger dauern, bis er verfügbar wird. Die sehr umfangreichen beiden ersten Teile der Studie werden mit nächstem Kurier übermittelt. Die Untersuchung, soweit sie bisher vorliegt, führt Gründe an, die eine weite Interpretation des ABM-Vertrages zulässig erscheinen lassen. Es wird im State Department aber deutlich darauf hingewiesen, daß zwar die politische Wunschlinie des Präsidenten<sup>6</sup> in Richtung auf die weite Interpretation ginge, daß die politische Realität ihn jedoch in der Durchsetzung dieses Wunsches stark behindere. Sowohl die Lage im Kongreß (Haushaltsberatungen) als auch sein Interesse am Zustandekommen eines Gipfeltreffens dürften den Präsidenten letztlich daran hindern, sich für die Durchsetzung der weiten Interpretation des Vertrages zu entscheiden.<sup>7</sup>

Die vorher mit dem State Department nicht abgestimmte Pentagon-Studie sei, wie berichtet, abgeschlossen und liege im Weißen Haus vor. Im Auftrag von Senator Wallop sei eine praktisch identische Studie gefertigt worden, die sich lediglich durch das Weglassen der Empfehlungen von Verteidigungsminister Weinberger an den Präsidenten unterscheide. Diese Studie liege derzeit auch dem State Department vor, das ihr bisher noch nicht zugestimmt habe. Man empfinde diese als ausgesprochen problematisch, halte die Ergebnisse für irreführend und die Analyse für nicht ausreichend. Deswegen sei die Studie bisher

<sup>6</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>7</sup> Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 10. August 1987: „Der dritte Teil des Sofaer-Berichtes über die Implementierung des ABM-Vertrages ist auch bis zum Beginn der jetzigen Sitzungspause des Kongresses diesem nicht vom State Department übersandt worden. [...] Vertraulich sagte man uns, wie auch die vorhergehenden beiden Teile der Studie komme der dritte Teil der Untersuchung Sofaers zu dem Ergebnis, daß der Übergang zur weiten Auslegung des Vertrages rechtlich zulässig sei.“ Allerdings scheine der amerikanischen Regierung nicht „an einer baldigen Entscheidung in der Interpretationsfrage gelegen“ zu sein, da dies im Kongreß die „Unterstützung für die Erhöhung der SDI-Mittel für das Haushaltsjahr 1988/89 und für angestrebte Rüstungskontrollvereinbarung mit der Sowjetunion“ gefährden könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3371; Referat 201, Bd. 143471.

nicht verwendbar und könne auch nicht weitergegeben werden.<sup>8</sup> Es sei abzuwarten, ob das Weiße Haus sich dazu entschließe, die Bedenken des State Department zu übergehen oder die Studie zur Ergänzung an das Pentagon zurückzugehen lasse. Es sei dadurch nicht abzusehen, wann eine Entscheidung über erneute Konsultationen mit den Verbündeten falle, es sei eher damit zu rechnen, daß dies erst nach dem NATO-Außenministertreffen in Reykjavik (11./12.6.)<sup>9</sup> der Fall sein werde.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11283 (220)**

## 144

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff

20. Mai 1987<sup>1</sup>

Herr Minister

Die Einsatzbereitschaft der PIa bis 1991/92<sup>2</sup> läßt sich nur im Wege des „Kanibalismus“ bewirken mit dem Ergebnis, daß immer weniger Systeme zur Verfügung stehen: 1992 werden ca. 36 geblieben sein, wenn überhaupt.

Zu diesem Zeitpunkt aber stände die PIb, sollte sie beschlossen werden, noch nicht zur Verfügung. Laut Vorschlag SACEUR soll sie bis 1995 eingeführt werden.<sup>3</sup>

<sup>8</sup> Die amerikanische Botschaft in Bonn übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter mit Schreiben vom 27. Mai 1987 eine vom amerikanischen Außenministerium erstellte Kurzzusammenfassung des Berichts des amerikanischen Verteidigungsministeriums, der dem Kongreß am 20. Mai 1987 auf dessen Anforderung übersandt worden war („Effect on the Strategic Defense Initiative (SDI) Program if the President were to broad interpretation of the Anti-Ballistic Missile (ABM) Treaty“). Vgl. dazu Referat 431, Bd. 153221.

<sup>9</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>1</sup> Handschriftliche Aufzeichnung.

Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück-sprache] StS S[udhoff].“

<sup>2</sup> Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. auch Dok. 145.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 24. April 1987, Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), habe ihm „mit der Bitte um Quellenschutz“ mitgeteilt, er, Hansen, habe Einsicht nehmen können in ein am 23. April 1987 übermitteltes Schreiben des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, an den Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Altenburg, vom 21. April 1987. Rogers komme darin zu dem Schluß: „Wenn die 72 deutschen PIa blieben und modernisiert würden, gehe die zweite Null-Lösung in Ordnung. Wenn dies nicht der Fall sei, müsse die von Shultz am 16. April im NATO-Rat erwähnte Alternative erwogen werden, daß die USA eine globale SRINF-Obergrenze bei etwa 80 ausnützen, nachdem die SU ihr Potential im Zusammenhang mit der LRINF-Null-Lösung auf dieses Niveau abgesenkt hat. Wenn dies nicht möglich sei, müsse Scud in die Verhandlungen einbezogen werden und ein Junktum zu SNF hergestellt werden (hier präzisierte Hansen nicht, ob Einbeziehung Scud in LRINF-Abkommen oder Anschlußverhandlungen). In jedem Fall werde die Modernisierung der bleibenden Nuklearmittel, insbesondere von Lance und die Einführung einer flugzeuggestützten Abstandswaffe, wichtig.“ Alle diese Rüstungskontrollregelungen sollten nach Auffassung von SHAPE weltweit gelten. Vgl. VS-Bd. 12167 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Dieser Vorschlag SACEUR beruht auf der Annahme, daß die Überlappung durch die PII erfolgt. Diese aber wird in einem LRINF-Abkommen abgebaut werden. Folglich entstünde zwischen 1991/92 und 1995 eine „Deckungslücke“ in diesem Bereich.<sup>4</sup>

Dieses Faktum wird irgendwann in der politischen Diskussion auftauchen!

Sudhoff

**VS-Bd. 14159 (010)**

## 145

### **Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek**

**201-363.30-743/87 geheim**

**20. Mai 1987<sup>1</sup>**

Betr.: Pershing Ia (PIa);  
hier: Auslaufen der Einsatzbereitschaft<sup>2</sup>

Bezug: Mündliche Anforderung des Ministerbüros vom 20.5.1987

Anlg.: 1) Vermerk des Referats 201 vom 26.1.1987  
– 201-363.30-80/87 geheim<sup>3</sup>  
2) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 22.11.1985<sup>4</sup> mit Anlagen  
– 201-363.30 1860/85 geheim<sup>5</sup>  
3) SHAPE-Vortrag zu „Nuclear Stockpile Ageing“ auf 40. NPG-Tagung  
in Gleneagles (Oktober 1986<sup>6</sup>) – Auszug aus 201-1783/86 geheim<sup>7</sup>  
(Anlagen nur beim Original)

1) Die Frage der PIa-Nachfolge wird seit mindestens fünf Jahren innerhalb der Bundesregierung (bzw. ihrer Vorgängerinnen) diskutiert (siehe im einzelnen hierzu Anlage 1). Dabei war man zunächst davon ausgegangen, daß die Einsatz-

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher mit Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 20. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent von Ploetz und Staatssekretär Sudhoff an das Ministerbüro verfügte.  
Hat Ploetz am 20. Mai 1987 vorgelegen.  
Hat Sudhoff am 20. Mai 1987 vorgelegen.  
Hat Bundesminister Genscher am 28. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück- sprache] StS S[udhoff].“

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch Dok. 144.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Referat 201 informierte über den Stand der Überlegungen zur Nachfolge der Pershing Ia. Vgl. dazu VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „22.5.1985“.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirektor Edler von Braumühl legte Bedenken gegen eine Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 3. Oktober 1985 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 dar. Fraglich bleibe, „ob die Gründe für einen Ausschluß von Marschflugkörpern (keine konventionelle Einsetzbarkeit, kein ausreichendes europäisches/deutsches Know-how) aus den weiteren Überlegungen für eine PIa-Nachfolge überzeugen und ob gegen eine spätere Entscheidung (1987) zugunsten der PIb, worauf eine Lösung unter Verwendung vorhandener Komponenten letztlich hinausläuft, keine

bereitschaft der PIa grundsätzlich nur bis 1987 möglich sei. Der BSR hat sodann auf der Grundlage einer entsprechenden Empfehlung des BM der Verteidigung im Juli 1985 beschlossen, die Lebenszeit der PIa bis 1992 zu verlängern bei sich allmählich reduzierendem Umfang bis auf wenigstens 36 Systeme. Diese Reduzierung würde daraus folgen, daß der Ersatzteilvorrat, der zur Indiensthaltung des Systems erforderlich ist, nicht mehr ergänzt werden kann (Auslaufen der Produktionslinie), vielmehr abnehmen wird.<sup>8</sup> Nach Abzug der amerikanischen PIa gibt es hier auch nicht mehr die Möglichkeit gegenseitiger Unterstützung für die deutschen PIa.

2) Konkrete Aussagen zum Zeitpunkt eines Auslaufens der Indiensthaltung deutscher PIa-Systeme sind in der BSR-Vorlage des BMVg vom 3.10.1985 (siehe Anlage zu Anlage 2; dort Seite 2 oben<sup>9</sup>) enthalten. Diese Vorlage hat BM Wörner für seinen Vortrag im BSR am 4.10.1985 gedient. Der BSR hatte seinerzeit einem Technologie- und Experimentalprogramm zur Eingrenzung der technischen, wirtschaftlichen und finanzplanerischen Risiken und Konzeptauswahl eines PIa-Nachfolgesystems sowie der Aufnahme von Gesprächen mit der amerikanischen Seite zugestimmt.<sup>10</sup>

3) Aus NATO-Dokumenten liegen hier keine konkreten Zeitangaben (bestimmte Jahreszahl) für ein Auslaufen der PIa vor. Jedoch gibt es vielfach Hinweise darauf, daß die zuständigen militärischen Stellen im Bündnis davon ausgehen, daß dieser Zeitpunkt spätestens Anfang der 90er Jahre liegen wird. So hat SACEUR in seiner Nuclear Weapons Requirement Study (NPG-Tagung in Luxemburg Frühjahr 1985<sup>11</sup>) vorgeschlagen, bis 1995 die PIb (als Nachfolge für die PIa) einzuführen. Dem wird die Annahme zugrunde liegen, daß die PIa vorher, also Anfang der 90er Jahre, ausläuft.<sup>12</sup>

4) Zur Alterung des nuklearen Potentials der NATO in Europa hat SHAPE im übrigen auf der 40. NPG-Tagung<sup>13</sup> einen Vortrag gehalten (siehe Anlage 3). Darin wird nochmal hervorgehoben, daß Waffensysteme nach einer gewissen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 726*

politischen Gründe sprechen“. Das Verteidigungsministerium argumentiere für eine Kooperation mit den USA statt mit Westeuropa, weil sich sonst ein dominierender Anteil der Bundesrepublik ergeben würde: „Unter dieser Voraussetzung würde eine deutsch-französische Kooperation Fragen aufwerfen in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zur Aufhebung der früheren WEU-Beschränkungen (bisher keine Absicht zur Entwicklung weiterreichender Flugkörpersysteme) sowie im Hinblick auf den Status der Bundesrepublik Deutschland als Nichtnuklearmacht (Sonderrolle für D, da andere Gewichtsverteilung als bei einer Kooperation mit den USA wahrscheinlich und F außerhalb der NATO-Militärintegration.“ Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

6 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 302.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Angeblich – präzise Aussagen werden nicht gemacht – sind derzeit noch ca. 65 PIa einsetzbar.“

9 Für die Vorlage des Bundesministeriums für Verteidigung vom 3. Oktober 1985 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 vgl. VS-Bd. 12047 (201).

10 An dieser Stelle ergänzte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Nach mdl. Auskünften des BMVg besteht kein Kooperationsansatz mit F beim PIa-Einsatz (BSR hatte Prüfungsauftrag gegeben).“

11 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. AAPD 1985, I, Dok. 82.

12 An dieser Stelle ergänzte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Die Studie liegt schriftlich nur im BMVg vor.“

13 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(Okt. 86)“.

Zeitspanne nicht mehr einsatzbereit gehalten werden können oder dieser Zeitraum allenfalls zu unvertretbaren Kosten noch verlängert werden könnte (S. 13+15). Für die PIa wird eine abnehmende Zuverlässigkeit bereits bis 1988 angenommen (S. 7). Enddaten der Indiensthaltung waren auf einem den Vortrag begleitenden Lichtbild enthalten (S. 14), sind im Text aber nicht wiedergegeben. Da ein zwingender Abbau der PIa in den 90er Jahren erwartet wird (S. 9), wird die PIa jetzt in einem Alter gesehen, in dem Modernisierung oder Ersatz vernünftig („prudent“) sei. Diese Einschätzung geht von der Erkenntnis aus, daß sich Auslaufen eines alten und Einführung eines neuen Waffensystems grundsätzlich überschneiden sollten, um nicht im Zeitraum des Systemwechsels/ersatzes geringere Sicherheit in Kauf zu nehmen.

Adamek

**VS-Bd. 12129 (201)**

## 146

### **Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Paris**

**010-1039/87 VS-vertraulich**

**21. Mai 1987<sup>1</sup>**

49. Deutsch-französischer Gipfel Paris;  
hier: Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister am 21.5., 15.30 Uhr  
bis 17.30 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher, Bundesminister Dr. Wörner, StS Dr. Rühl, MD Dr. von Richthofen, Frau Bouverat (Dolmetscherin).

Teilnehmer auf französischer Seite: AM Raimond, VM Giraud, Politischer Direktor Noiville, Monsieur de la Fortelle, Dolmetscher.

1) AM *Raimond* berichtete auf Wunsch der deutschen Seite über die Gespräche von PM Chirac in Moskau.<sup>2</sup> In bezug auf die Rüstungskontrolle und Abrüstung

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Paris, am 21. Mai 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 25. Mai 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR auf. Für Auszüge aus seinem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. Mai 1987 vgl. GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 649–651.

Botschafter Schoeller, Paris, bilanzierte am 19. Mai 1987: „In Paris sind nach der besonders ungünstigen Ausgangslage (wechselseitige Ausweisungen, weitgehende Widerstandshaltung gegenüber nuklearer Abrüstung) die Aussichten des Besuchs so gering eingeschätzt worden, daß Ch[irac] ihr Ergebnis jetzt als Erfolg verbuchen kann. Er hat die französischen Sorgen wegen der westlichen Bedrohungslage infolge der Ungleichgewichte im nuklearen, im konventionellen und im CW-Bereich deutlich angesprochen, ohne Positionen zu beziehen, die einen konstruktiven Fortgang des Verhandlungsprozesses von der Seite her stören könnten. Insbesondere hat er die Abrüstung von LRINF nicht

habe PM GS Gorbatschow die französische Position erläutert und die Solidarität Frankreichs mit der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen. Grundsätzlich würde Frankreich die Position der Bundesregierung akzeptieren. Der Bericht von AM Raimond entsprach im wesentlichen dem Schreiben von PM Chirac an den Bundeskanzler über seine Moskau-Reise.

Auf Frage von BM *Genscher*, ob sich Gorbatschow zu sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und zu Afghanistan geäußert habe, erwiderte AM *Raimond*, daß die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen im einzelnen nicht behandelt wurden und, abgesehen von der Tischrede Chiracs<sup>3</sup>, über Afghanistan nicht gesprochen wurde.

Ryschkow habe lediglich auf der Fahrt zum Flughafen daran Kritik geübt, daß AM Raimond kurz zuvor in Pakistan<sup>4</sup> mit sieben Vertretern des afghanischen Widerstandes zusammengetroffen sei.

Auf Frage von BM *Wörner*, was Gorbatschow zu den Reformen, den Widerständen und den Erfolgen seiner Reformpolitik gesagt habe, erwiderte AM *Raimond*, Gorbatschow habe als Termin für eine Bilanz seiner Reformpolitik das Jahr 1990 genannt. Dies entspreche seiner eigenen Einschätzung, daß eine Analyse der Reformpolitik nach etwa zwei bis drei Jahren sinnvoll sei.

Auf die weitere Frage von BM *Wörner* nach den Beziehungen Gorbatschows zum sowjetischen Militär berichtet AM *Raimond*, Gorbatschow habe nicht besonders über sein Verhältnis zur Armee gesprochen und scheine keine besonderen Probleme mit dem Militär zu haben.

BM *Genscher* stellte fest, daß Gorbatschow seine Reformpolitik ideologisch begründen müsse, um zu unterstreichen, daß er nicht von der reinen Lehre abweiche. Es bestand Übereinstimmung, daß nach den ersten drei Jahren der Zeitpunkt kommen werde, wo Gorbatschow an die Wurzeln des Systems gehen müsse, wenn sich seine Reformpolitik nicht festlaufen solle.

*Raimond* unterstrich, daß PM Chirac von den Gesprächen mit Gorbatschow, den er zuvor nicht kannte, sehr beeindruckt gewesen sei. Die Gespräche auch mit Ryschkow seien im Unterschied zu früher sehr konkret und sehr offen gewesen.

BM *Genscher* dankte für den für die Bundesregierung interessanten Bericht.

## 2) Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

BM *Genscher* wies darauf hin, daß für die Bundesrepublik Deutschland angesichts ihrer geographischen Lage und der Lastenteilung im Bündnis die konventionellen Fragen eine erhebliche Rolle spielen. Angesichts der Überlegenheit des Warschauer Paktes und der geographischen Disparitäten werde die Bundes-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 728*

in Frage gestellt und zu SRINF keine spezifisch französischen Positionen bezogen, sondern auf den Prozeß der notwendigen westlichen Entscheidungsfindung verwiesen. Allerdings hat Gorbatschow erneut erfahren, daß die Force de frappe im aktuellen Verhandlungsprozeß nicht zur Debatte stehen könne. Respekt erntet hier bei allen politisch maßgeblichen Kräften und in der öffentlichen Meinung das Eintreten für humanitäre Anliegen (gerade auch der ausreisewilligen Juden), die unerschrockene Geste gegenüber den Dissidenten und die kritische Erwähnung des SU-Verhaltens in Afghanistan und Kambodscha.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1137; Referat 213, Bd. 143558.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 14. Mai beim Abendessen im Kreml vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 28–31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 554–557 (Auszug).

<sup>4</sup> Der französische Außenminister Raimond hielt sich vom 6. bis 8. Mai 1987 in Pakistan auf.

regierung gefragt, was geschehe, um die Gespräche in Wien über konventionelle Rüstungskontrolle<sup>5</sup> vorzubringen. Dabei komme sie in eine schwierige Phase, weil sie angesichts der Prozedurstreitigkeiten über den Fortgang der Verhandlungen nichts berichten könne. Unter Hinweis auf die deutsch-französische Initiative von Halifax<sup>6</sup> und die Brüsseler Entscheidung im Dezember 1986<sup>7</sup> bat BM Genscher um französische Äußerungen zu seinem Brief an AM Raimond vom 20.5. und dem diesem Schreiben beiliegenden britischen Vermittlungsvorschlag.<sup>8</sup> AM *Raimond* gab zu dem Brief<sup>9</sup> folgende Antwort: Er habe gestern mit Präsident Mitterrand gesprochen. Bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa bestünden zwischen den USA und Frankreich grundsätzliche Auffassungsunterschiede und keineswegs nur Streitigkeiten zwischen den Experten in HLTF. Präsident Mitterrand habe entschieden, daß PM Chirac Präsident Reagan schreibe und ihn daran erinnere, daß die französische Position keine Verfahrens-, sondern eine Grundsatzposition sei. Chirac solle Reagan bitten, seine Vorbehalte gegen eine Verbindung von KRK und KSZE aufzugeben. Wenn Präsident Reagan eine Anzahl von Bedenken ausräume, könnten F, GB und D zu dritt oder F, GB, D, USA und IT zu fünf über die noch offenen Einzelheiten sprechen, um unterhalb der politischen Ebene bis zum 3. oder 8. Juni zu einer Lösung zu kommen. Präsident Mitterrand und PM Chirac vertraten hierzu die gleiche Haltung. Chirac werde in den nächsten Tagen an Präsident Reagan

<sup>5</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

<sup>6</sup> Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das dem Schreiben des britischen Außenministers Howe vom 23. April 1987 an Bundesminister Genscher beigelegte britische Papier „Follow-up to CDE and Conventional Stability Talks: Elements of an Agreed Approach“; VS-Bd. 11541 (221).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann informierte Bundesminister Genscher am 24. April 1987, Howe schlage eine gemeinsame Vermittlungsaktion vor, „um den französisch-amerikanischen Streit über das Verhältnis zwischen KRK und KSZE/KVAE zu überwinden“. Howes Überlegungen würden sich weitgehend mit denen der Bundesregierung decken; lediglich drei Änderungen seien sinnvoll: „Wir sollten klarstellen, daß der Westen alles daran setzen sollte, die KRK-Mandatsverhandlungen und die Verhandlungen über ein Abschlußdokument des WFT (inkl. über einen Beschluß zur Fortsetzung der KVAE) zu synchronisieren und, wenn irgend möglich, zeitlich zusammen abzuschließen. Auch für die späteren eigentlichen Verhandlungen sollte eine gewisse Parallelität von Verhandlungen über konventionelle Stabilität zu 23 und VSBM-Verhandlungen zu 35 zumindest nicht ausgeschlossen werden. Die Einschränkung einer Möglichkeit für die N+N, ihre Ansichten und Interessen zur Geltung zu bringen, sollte nicht mit dem Arrangement verglichen werden, in dessen Rahmen die nicht teilnehmenden Mittelmeerstaaten bei der KSZE auftreten können. Die N+N könnten diese sehr schwache Form der Beteiligung als eher kränkend empfinden.“ Vgl. VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 29. Mai 1987 an NATO-Generalsekretär Lord Carrington teilte Bundesminister Genscher mit, der britische Außenminister Howe und er hätten sich auf einen Vorschlag verständigt, um die amerikanisch-französischen Differenzen „durch eine pragmatische Lösung des Verhältnisses zwischen Verhandlungen über konventionelle Stabilität und der KSZE zu überwinden“. Genscher übermittelte den Wortlaut des Schreibens, das er „vergangene Woche Jean-Bernard Raimond und George Shultz unterbreitet“ habe. Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde vom 29. Mai 1987 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 11538 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

schreiben.<sup>10</sup> Was die Einführung von Elementen für die Verhandlung der Mandate in den KRK-Gesprächen zu 23 bzw. den Gesprächen über vertrauensbildende Maßnahmen zu 35 in Wien angehe, sei der französische Vertreter in der HLTG angewiesen, in der Sitzung am 22.5.<sup>11</sup> die Verhandlungen mit dem Ziel fortzusetzen, diese Elemente ab Montag, den 25.5., in Wien einzubringen.

Bei den Elementen für die Mandatsgespräche zu KRK sei noch eine Frage zu klären, nämlich die Verbindung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen. F sei absolut gegen eine Vermengung beider Waffenarten wegen der nuklear und konventionell verwendbaren Waffen. Die Frage des Verhandlungsforums müsse bis nach dem Briefwechsel Chirac-Reagan offen bleiben. F verlange, daß sich das Mandat für die vertrauensbildenden Maßnahmen auch auf das Mandat für KRK beziehe.

Zu dem Schreiben von BM Genscher erklärte AM *Raimond*, daß er in drei Punkten mit BM einig sei:

- Die 23 bleiben 23;
- die N+N-Staaten haben kein droit de regard auf die Verhandlungen über konventionelle Stabilität;
- der Zeitplan für die KSZE sollte keine Verpflichtung enthalten, in den KRK-Verhandlungen zu Ergebnissen zu kommen.

AM *Raimond* fuhr fort, er habe jedoch vier Fragen, die in dem Schreiben von BM nicht behandelt seien:

- F wünsche zwei getrennte Verhandlungen im Rahmen der KSZE (eine Konferenz mit zwei Verhandlungen);
- gleicher Beginn im gleichen Rahmen;
- das Schlußdokument von Wien solle die Mandate für die 23 und die 35 einschließen, ohne daß der von den 23 vereinbarte Text von den 35 in Frage gestellt werde;
- gemeinsame Sitzung der Verhandler der 23 und der 35 regelmäßig zur gegenseitigen Information.

<sup>10</sup> Botschafter Holik vermerkte am 3. Juni 1987, die französische Regierung habe ihre Haltung statt in einem Schreiben des Ministerpräsidenten Chirac an Präsident Reagan in einem Schreiben des französischen Außenministers an seinen amerikanischen Kollegen Shultz dargelegt, dessen Text die USA vertraulich übermittelt hätten: „Statt wie bisher von ‚einem Mandat‘ spricht Raimond jetzt von zwei Mandaten. Allerdings ist weiterhin von ‚einer Konferenz‘ die Rede – was für die USA kaum akzeptabel ist (insbesondere vor dem Hintergrund der französischen Versuche, Kompromisse einseitig umzuinterpretieren). Die französischen Vorstellungen zum ‚link‘ gehen teilweise beträchtlich über die Vorschläge im britisch-deutschen Vermittlungspapier hinaus“. Das Schreiben mache „die extreme Sensibilität Frankreichs gegen eine Einbeziehung von Nuklearwaffen, sei es auch über den Umweg von Dual-capable-Systemen, deutlich. Für Frankreich ist das Anliegen, zwischen Nuklearwaffen und KRK-Verhandlungen eine vertikale ‚Brandmauer‘ einzuziehen, so wichtig, daß es deswegen den Ausschluß der gesamten Luftstreitkräfte aus den KRK-Verhandlungen verlangt. Frankreich geht es offensichtlich vorrangig darum, eine Entwicklung auszuschließen, die mittelfristig zu einer Erfassung der Force de frappe in Rüstungskontrollverhandlungen führen könnte. Die Abschirmung der Force de frappe ist für F viel wichtiger als die Anbindung von KRK an die KSZE.“ Vgl. VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete am 22. Mai 1987, die Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am selben Tag habe aufgrund fort dauernder amerikanisch-französischer Differenzen über den „Link KRK – KSZE“ kein Ergebnis erbracht: „Das Sitzungsklima war durch gegenseitige persönliche Angriffe d’Aboville – Ledogar stark belastet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 710; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

BM *Genscher* dankte und stellte fest, daß D und F in der Substanz ganz nah beieinander seien. Sein Brief habe eine Einigung zwischen F und USA erleichtern wollen. Es handele sich nicht um ein Problem zwischen D und F. Da die Einigung zwischen USA und F für uns aber dringlich sei, sei uns sehr daran gelegen, daß die Schwierigkeiten rasch überwunden würden.

BM *Wörner* fragte, ob es Meinungsverschiedenheiten in der Substanz dieser Verhandlung gebe und ob er eine klare Vorstellung habe, was am Ende dieser Verhandlung stehen solle.

AM *Raimond* erwiderte, die einzigen Meinungsverschiedenheiten, die sich zeigen würden, lägen bei einem möglichen Abgleiten der KRK-Verhandlungen in Richtung auf einen Einschluß nuklearer Waffen, wogegen F wegen des zusätzlichen Risikos sei. Er schließe nicht aus, daß Gorbatschow solche Vorschläge im Zusammenhang mit dem Rückzug von Truppen machen könnte.

Er könnte versucht sein, auf diese Weise zu einer Eliminierung französischer Atomsprengköpfe zu kommen. Hierzu gebe es eine strikte Weisung des Präsidenten.

VM *Giraud* wies auf die unterschiedlichen Zwecke konventioneller und nuklearer Waffen hin. Nukleare Waffen seien ausschließlich dazu da, Kriege zu verhüten (eine eingesetzte Nuklearwaffe ist eine schlechte Waffe).

BM *Genscher* wies darauf hin, daß diese Frage auch ein Kernpunkt der Diskussion in der Bundesrepublik sei. Die Strategie der Abschreckung diene der Kriegsverhütung. Es gäbe aber auch eine andere Meinung, die sage, es gelte, damit Übergewichte im konventionellen Bereich auszugleichen, was nicht unseine Position sei.

AM *Raimond* stimmte dem zu. BM *Wörner* und VM *Giraud* wiesen darauf hin, daß der Ausgleich von Übergewichten im konventionellen Bereich nur eine Funktion der Abschreckung, aber nicht die wünschenswerte sei. Die wünschenswerte sei, Kriege zu verhüten. BM *Wörner* wies darauf hin, daß er von Anfang an der Auffassung heftig widersprochen habe, es gäbe eine konventionelle Abschreckung.

Zur Substanz der KRK-Verhandlungen, die stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken würden, wies BM *Wörner* auf die Notwendigkeit hin, das große Übergewicht der anderen Seite in den Hauptwaffenarten zu beseitigen. Er sehe die Hauptschwierigkeit in der einseitigen oder jedenfalls unproportional hohen Reduktion der anderen Seite, wo der Westen nicht viel anzubieten habe.

AM *Raimond* entgegnete, dies sei der Grund, warum der Westen von konventioneller Stabilität spreche.

BM *Genscher* wies auf die geringe Flexibilität des Westens hinsichtlich konventioneller Reduktionen hin, daß wir gerade soviel Waffen haben, wie wir zur Verteidigung brauchen. Daher könne der Westen nur geringe Prozentsätze reduzieren, während auf östlicher Seite sehr viel eliminiert werden müsse.

### 3) INF-Verhandlungen

Auf Bitten von AM *Raimond* berichtete *Genscher* über die prozedurale Entscheidungslage in der Bundesrepublik:

Am 1.6. Gespräche der Regierung mit den Vorsitzenden der Regierungsparteien<sup>12</sup>, am 4.6. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag<sup>13</sup> einschließlich einer Antwort, wie es die Bundesregierung mit den Reichweiten zwischen 1000 und 500 km halte.

BM Genscher wies darauf hin, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung vom 15.5.<sup>14</sup> auch zu der rüstungskontrollpolitischen Erfassung der nuklearen Systeme unterhalb 500 km Reichweite Stellung genommen habe. F müsse wissen, daß die deutsche Seite, gleich wie man die Frage der zweiten Null-Lösung betrachte<sup>15</sup>, darin übereinstimme, daß auf eine erste oder zweite Null-Lösung keine dritte Null-Lösung folgen darf. Wir könnten nicht akzeptieren, daß über die nuklearen Systeme unterhalb 500 km Reichweite niemals verhandelt werden dürfe. Dabei sprechen wir jedoch nicht von einer dritten Null-Lösung. Man müsse die notwendigen Formen finden, daß auch solche Systeme Gegenstand von Verhandlungen werden. Wie dies im einzelnen aussehe, brauche jetzt nicht beantwortet zu werden. Wir können uns nicht mit Erklärungen einverstanden erklären, die solche Verhandlungen ausschließen würden. Keiner der Verbündeten müsse besorgt sein, daß die Bundesregierung eine dritte Null-Lösung anstrebe.

BM Wörner stimmte BM Genscher zu und äußerte zwei zusätzliche Gedanken:

- Wie immer man sich im Reichweitenband zwischen 1000 und 500 km entscheiden werde, wie immer die Einigung hierüber in der Koalition ausfallen werde, es werde keine dritte Null-Lösung geben.
- Ebenso klar sei, daß wir keine Vorstellung akzeptieren können, daß im Reichweitenband von 500 bis 0 km, was Flugkörper anbelangt, überhaupt keine Verhandlungen geführt werden. Eine solche Haltung wäre politisch unklug und im eigenen Lande nicht durchzuhalten. Obwohl man sehen müsse, daß Gorbatschow über große Möglichkeiten verfüge, attraktive Angebote zu machen, können wir uns mit einer Brandmauer bei 500 km nicht abfinden.

BM Wörner gab dann einen Bericht über die Beratungen der NPG in Stavanger.<sup>16</sup> Er habe als Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland klargestellt, daß es mit den Interessen der Bundesrepublik nicht vereinbar wäre, alle Raketen systeme über 500 km abzuräumen, bei 500 km Schluß zu machen und das Gleichgewicht im Bereich von 500 bis 0 km durch Stationierung neuer Waffensysteme zur Auffüllung bis zur Höhe der östlichen Obergrenzen herzustellen. Man könne dem deutschen Volk nicht klarmachen, daß man auf die Raketen verzichte, die über Deutschland hinausreichen, und im Reichweitenband der Systeme, die nur deutsches Gebiet erreichen, künftig nachrüste. Dies sei für uns aus deutscher Sicht betrachtet ein sehr vitaler Punkt. BM Wörner wies ferner darauf hin, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung vom 15.5. bewußt auf das gesamte Kräfteverhältnis hingewiesen habe. Man dürfe Moskau

<sup>12</sup> Zum Koalitionstreffen am 1. Juni 1987 vgl. Dok. 155, Anm. 10.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

<sup>14</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987 vgl. Dok. 141.

<sup>15</sup> Zur Kontroverse innerhalb der Bundesregierung vgl. Dok. 128, Anm. 6, und Dok. 139, Anm. 2.

<sup>16</sup> Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

nicht erlauben, willkürlich einzelne Bereiche für Verhandlungen herauszuziehen, die der SU passen, ohne das gesamte Kräfteverhältnis zu berücksichtigen. Zentraler Punkt des WEU-Kommuniqués von Luxemburg<sup>17</sup> sei die Feststellung, daß Reduzierungen in einem Bereich nicht die Ungleichgewichte in anderen Bereichen vergrößern dürfen.

VM *Giraud* erwiderte, die deutschen Besorgnisse würden auf französischer Seite geteilt. Chirac habe in Moskau ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die strategischen Waffen Europa ebensogut treffen könnten wie die INF. Deshalb wäre es normal, auch diese Waffen zu reduzieren.

Man könne das in einer Form tun, die nicht als Vorbedingung erscheine, und es sei gut, ständig an das Gesamtkräfteverhältnis zu erinnern. Aus den Ausführungen von BM Wörner wolle er zwei Punkte hervorheben:

- daß die Bundesrepublik nicht in eine dreifache Null-Lösung fallen wolle,
- daß es für die Bundesrepublik sehr bedrohlich sei, wenn die Brandmauer dort gezogen würde, wo nur Waffen verbleiben, die Deutschland treffen.

Dies könnte dadurch vermieden werden, daß die Brandmauer etwas weiter oben gezogen wird und, ohne weitere Verhandlungen auszuschließen, die SRINF teilweise reduziert werden. Die Schwierigkeiten, vor denen wir stünden, seien von den USA aufgeworfen worden durch das right to match.

Die Frage sei, ob man das right to match auch ausüben und stationieren müsse, um ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau herzustellen. Es sei Sache der europäischen Regierungen, das zu akzeptieren oder zu vermeiden. Wenn diese stationieren wollten, gäbe es keine Probleme, daß die USA dazu bereit seien.

Wenn sie nicht stationieren wollten, könnten sie den USA erklären, daß sie das right to match während einer gewissen Zeitspanne nicht ausüben wollten, um abzuwarten, ob es in der Zwischenzeit Abrüstungsergebnisse bei START oder bei den chemischen Waffen gäbe.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß BM Wörner und er an diesem Tisch keine Meinungen vortragen wollten, die nicht übereinstimmten.

Ganz gleich, was zwischen 500 und 1000 km Reichweite geschehe, gäbe es seit längerer Zeit eine feste Position der Bundesregierung, daß in keinem Fall unter 500 km nicht reduziert werden dürfe. Es sei klar, daß wir keine dritte Null-Lösung wollten.

Aber es müßten Verhandlungen vorgesehen werden, über deren Rahmen, Ort und Inhalt später entschieden werden könne.

AM *Raimond* erklärte, mathematisch gäbe es nur einen Ausweg, nämlich die zweite Null-Lösung abzulehnen und nicht zu sagen, was darunter sein solle. Der Westen müsse aus der sowjetischen Logik heraustreten.

BM *Genscher* stellte klar, daß die Haltung der Bundesregierung nicht erst eine Reaktion auf die amerikanischen Vorschläge sei, sondern schon zu einem Zeitpunkt gefaßt wurde, als sich die USA noch nicht damit befaßt hatten.

AM *Raimond* trat erneut dafür ein, eine eigene westliche Logik zu entwickeln und das zu tun, was zum eigenen Schutz notwendig sei. Man dürfe nicht auf

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der WEU-Ministerratstagung am 27./28. April 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 373-376. Vgl. dazu ferner Dok. 104, Anm. 17.

eine Strategie verzichten, die das Verdienst habe, die Bundesrepublik in starkem Maße zu schützen. F sei mit D im Interesse der Kohäsion Europas befreundet. AM Raimond warb dann erneut für die Option einer Lösung gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau (80 Systeme) bei SRINF zwischen 1000 und 500 km. BM *Genscher* und BM *Wörner* hielten dem entgegen, daß wir keine neue Nachrüstungsdebatte in der Bundesrepublik wollten, und wiesen im übrigen auf die noch offene Meinungsbildung in der Koalition hin.

VM *Giraud* erwiderte, nur die amerikanischen Verhandlungsführer verlangten eine Stationierung. Die Europäer sollten den Amerikanern sagen, daß sie keine Stationierung forderten, weil sie hofften, daß der Abrüstungsprozeß voranschreite. BM *Wörner* und BM *Genscher* erwideren, daß die USA dies nicht akzeptieren würden.

AM *Raimond* erklärte, daß es die Position von F sei, der Bundesregierung so weit wie möglich zu helfen in einer Lage, in der sie Probleme habe. BM *Genscher* erwiderte, die Bundesregierung habe es sehr zu schätzen gewußt, daß Präsident Mitterrand und PM Chirac die solidarische Haltung von F mit der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen haben. Dies sei für uns wichtig und werde sehr hoch geschätzt.

VM *Giraud* übergab BM *Genscher* auf dem nachfolgenden Empfang im Palais Beauharnais ein Non-paper mit fünf Punkten, das als Anlage beigelegt ist.<sup>18</sup>

**VS-Bd. 14150 (010)**

## 147

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Paris**

**22. Mai 1987<sup>1</sup>**

Deutsch-französische Konsultationen in Paris am Freitag, dem 22. Mai 1987<sup>2</sup>; hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand und PM Chirac  
Während der letzten 15 Minuten nahmen AM *Genscher* und AM *Raimond*<sup>3</sup> an dem Gespräch teil.

<sup>18</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 26. Mai 1987 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik“ und „erl[edigt]“.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 in Paris vgl. auch Dok. 146.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Raymond“.

Im zeitgleich geführten Gespräch des Bundesministers *Genscher* mit dem französischen Außenminister wurden Fragen der EG-Agar- und Finanzpolitik, der Sitz des Europäischen Parlaments, die

Auf Frage von Präsident Mitterrand berichtete der *Bundeskanzler* zunächst kurz über die Situation der SPD.<sup>4</sup> Er bemerkte, er sei entschieden für eine starke SPD. Das Land brauche zwei große Parteien, von denen jede fähig sei, im Bedarfsfall an die Stelle der anderen zu treten.

Präsident *Mitterrand* knüpfte an die Besprechungen des Vorabends an und erkundigte sich nach dem Sachstand.

Der *Bundeskanzler* wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Pressekonferenz<sup>5</sup> hin und kündigte an, er wolle angesichts der Diskussion Ausführungen dazu machen, daß ein deutscher Sonderweg nicht möglich sei. Er kenne keine ernsthafte Kraft, die hinter einem Bemühen um Neutralität stehe. Es gebe für die Bundesrepublik Deutschland keine Alternative zu Europa und zur deutsch-französischen Freundschaft. Bei vielen sei in den letzten Monaten die Meinung gestärkt worden, daß die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich immer wichtiger werde. Dies bedeute kein Mißtrauen gegenüber anderen. Er sei bereit, große Schritte bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu machen. Er wolle hier nur die Sicherheitspolitik nennen. Er glaube, die Zeit sei reif für entschiedene Fortschritte bei der militärischen Zusammenarbeit und ähnlichen Fragen. Im Hinblick auf die internationale Lage bemerkte er, daß er erwarte, GS Gorbatschow werde einen neuen Versuchsballon steigen lassen, wie dies schon Rapacki<sup>6</sup> und andere früher getan hätten.

PM *Chirac* führte aus, er sei für eine stete Verstärkung der deutsch-französischen bilateralen Zusammenarbeit. Heute gebe es aber ein großes Problem, nämlich die Landwirtschaft. Man könne schon fast von einer Krise sprechen. Ein ausgewogener Kompromiß werde gesucht; bisher habe man aber noch keine Lösung finden können.<sup>7</sup> Auch die Besprechungen der vergangenen Nacht hätten

*Fortsetzung Fußnote von Seite 735*

Nachfolge des Generalsekretärs der EG-Kommission, Noël, die Vorbereitung des 25. Jahrestags des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 sowie die Lage am Persischen Golf erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff vom 23. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

<sup>4</sup> Zum Rücktritt des SPD-Parteivorsitzenden Brandt vgl. Dok. 89, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Staatspräsidenten Mitterrand und des Bundeskanzlers Kohl am 22. Mai 1987 in Paris vgl. das Transkript vom selben Tag; Referat 202, Bd. 151082.

Für den Wortlaut von Mitterrands Ausführungen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 44–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 14 vom 3. Juni 1987, S. 1–6.

<sup>6</sup> Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki der VN-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus Polen, der ČSSR und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte Rapacki seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Eine modifizierte Version des Rapacki-Plans, in der als erste Stufe ein Einfrieren des Atomwaffenpotentials im Vertragsgebiet und als zweite Stufe eine Denuklearisierung sowie Truppenreduzierungen vorgesehen waren, wurde am 4. November 1958 vorgelegt. Für den Wortlaut der Vorschläge vgl. DzD III/3, S. 1681–1686. Vgl. dazu ferner DzD III/4, S. 529–533 und S. 1859 f.

Eine Neufassung der Vorschläge wurde am 28. März 1962 vorgelegt. Vgl. dazu AAPD 1962, I, Dok. 143.

<sup>7</sup> Zur Agrarpolitik beider Länder notierte Ministerialdirigent Trumpf am 15. Mai 1987: „Während F das Potential seiner wettbewerbsfähigen und exportorientierten Landwirtschaft voll ausschöpfen will und folglich Produktionsbegrenzung durch Flächenstillegung ablehnt, will D die Erhaltung seiner wettbewerbs schwachen bäuerlichen Landwirtschaft durch Produktionsbegrenzung (Flächenstillegung u. a.) erreichen und durch Orientierung an Binnenmarktnachfrage außenhandelspolitische Probleme vermeiden. Während F eine realistische marktgerechte Preispolitik akzeptiert und auch Preissenkungen zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit auf Exportmärkten hinnimmt, lehnt D Preissenkungen als Mittel zur Produktionsbegrenzung ab, weil dadurch die bäuerlichen Einkommen sinken. Während F

keine Einigung gebracht. Er fürchte die politischen Auswirkungen einer solchen Lage.

Der *Bundeskanzler* warf ein, es müsse unbedingt versucht werden, vor dem nächsten Europäischen Rat<sup>8</sup> zu einer Lösung zu kommen.

PM *Chirac* erklärte dies für unbedingt erforderlich.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß weiter verhandelt werden müsse. Bei uns ergebe sich ein Problem aus der aktuellen Lage. Man könne sie an dem Ergebnis der Landtagswahlen des vergangenen Sonntag in Rheinland-Pfalz erkennen.<sup>9</sup> Es habe eine um 14 % geringere Wahlbeteiligung gegeben. Zwar habe er immer in Rechnung gesetzt, daß man auf dem Weg, den wir gehen müßten, politische Opfer bringen müsse. Die CDU habe jedoch bis zu 10 % verloren. Die Lage sei sehr schwierig; ein Kompromiß müsse gefunden werden. Es sei klar, daß der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Agrarrat eine zentrale Bedeutung zukomme. Am schwierigsten sei die Zeitfrage. Er sehe nur die Möglichkeit, permanent mit dem Ziel weiterzuarbeiten, vor dem Europäischen Rat zu einer Lösung zu kommen.

PM *Chirac* betonte, dies sei auch die französische Meinung. Frankreich wolle die Hälfte des Weges gehen und den Deutschen entgegenkommen.

Der *Bundeskanzler* wies auf die schwierige Lage von BM Kiechle hin, der unter starkem Druck sei. Er, der Bundeskanzler, habe schon Überlegungen zur Prozedur angestellt. Er wolle evtl. zu dem nächsten Gespräch zwischen der deutschen und französischen Seite MP Albrecht mit einem persönlichen Auftrag von ihm hinzu bitten. Niedersachsen sei ein großes Agrarland, in dem es große und kleine landwirtschaftliche Betriebe gebe. Anders als im südlichen Deutschland seien in Niedersachsen verschiedene Agrarstrukturen vertreten. MP Albrecht verfüge auch aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Generaldirektor der Kommission in Brüssel<sup>10</sup> über besondere Erfahrungen.

PM *Chirac* bezeichnete diesen Gedanken des Bundeskanzlers als sehr gute Idee.

Präsident *Mitterrand* kam auf die Pressekonferenz zurück und führte aus, man erwarte dort mehr als nur die Verkündung von Wartepositionen.

PM *Chirac* warf ein, es sei bekannt, daß es im Grunde zwischen D und F keine echten Schwierigkeiten gebe außer dem Landwirtschaftsproblem.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß der nächste Europäische Rat bereits in fünf Wochen tage. Dort würden auch schwierige Landwirtschaftsfragen zur Sprache kommen, die sich nicht auf das Verhältnis Deutschland/Frankreich, sondern vielmehr USA/EG beziehen würden. Es wäre gut, wenn bis Ende Juni, etwa eine Woche vor der Tagung des Europäischen Rats, eine Lösung gefunden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 736*

die Aufkaufgarantie (Intervention) nur als Sicherheitsnetz ansieht, betrachtet D sie als Marktersatz. [...] Während D als erstes Industrieexportland in EG und weltweit (zuletzt BM Bangemann beim OECD-Ministerrat 12./13.5.1987) stets mehr Marktwirtschaft fordert und im Agrarbereich das Gegen teil praktiziert, akzeptiert F als erstes Agrarexportland der EG mehr Marktwirtschaft im Agrarbereich und hält uns unsere Widersprüchlichkeit vor.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151104.

<sup>8</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

<sup>9</sup> Zu den Wahlen zum rheinland-pfälzischen Landtag am 17. Mai 1987 vgl. Dok. 138, Anm. 3.

<sup>10</sup> Ernst Albrecht war von 1969 bis 1971 Generaldirektor für Wettbewerb bei der EG-Kommission in Brüssel.

werden könnte, auch um nicht die öffentliche Meinung zu lange hinhalten zu müssen.<sup>11</sup>

Der *Bundeskanzler* machte zur Pressekonferenz die Bemerkung, es müßten heute drei Punkte behandelt werden, nämlich die Abrüstungsproblematik, die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels in Venedig<sup>12</sup> und die Agrarpolitik. Er teile die Auffassung des Premierministers, daß man ehrlich sein müsse. Man müsse die hervorragenden Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich unterstreichen und hinzufügen, es gebe ein Problem, nämlich die unterschiedlichen Auffassungen in der Agrarpolitik. Es müsse vor dem nächsten Europäischen Rat ein Kompromiß gefunden werden. Wir befänden uns mitten in der Arbeit hieran.

PM *Chirac* fügte hinzu, damit dies gelinge, müsse man sich heute auf ein bindendes Arbeitsprogramm festlegen. Die Landwirtschaftsminister<sup>13</sup> sollten beauftragt werden, sich einen ganzen Tag zusammen mit Fachleuten und MP Albrecht zu treffen. Dies könne informell und freundschaftlich geschehen. In dieser Besprechung müsse ein Kompromiß gefunden werden. Dazu müsse die politische Weisung gegeben werden, daß jede Seite die Hälfte des Wegs zu gehen habe.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete dieses Vorgehen als den einzigen möglichen Weg. Der *Bundeskanzler* bemerkte noch zu diesem Thema, auf deutscher Seite werde es sich um vier bis fünf Personen handeln, die sich ein bis zwei Tage treffen und die Fragen durchgehen könnten. Heute solle man in der Pressekonferenz nur darauf hinweisen, daß es intensive Gespräche gegeben habe und daß die Schwierigkeiten im landwirtschaftlichen Bereich aus den unterschiedlichen Strukturen der Landwirtschaft in den beiden Ländern herrührten. Man werde hart arbeiten, um vor dem Europäischen Rat zu einer Lösung zu kommen.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage nach weiteren Problemen.

PM *Chirac* nannte die Finanzierung der Gemeinschaft.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß hier weitgehend Einigkeit bestehe.

PM *Chirac* bejahte dies.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage, auf welcher Grundlage dies der Fall sei.

PM *Chirac* führte aus, eine eigentliche Basis sei nicht festgelegt. Man habe nur gesagt, man wolle zu einer vernünftigen Lösung kommen, aber nicht so weit gehen, wie die Kommission dies vorgeschlagen habe.<sup>14</sup> Dieser Meinung seien auch andere Mitgliedstaaten. Man sei sich über eine Erhöhung auf 1,6% vom 1. Januar 1988 an einig. Da aber Geld fehle, habe dies auch Auswirkungen auf die für die Landwirtschaft verfügbaren Mittel. Bei Einführung einer Fettsteuer<sup>15</sup> könne man zwei Milliarden einsparen. Hierüber bestehe aber keine Einigkeit.

Präsident *Mitterrand* bestätigte, daß dies der Fall sei.

11 Vgl. dazu die EG-Ministerratssitzung am 27./28. Juni 1987 in Brüssel; Dok. 186.

12 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

13 François Guillaume (Frankreich) und Ignaz Kiechle (Bundesrepublik).

14 Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“); Dok. 51 und Dok. 69.

15 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Frage als zentrales Problem. Es werde dies der schwierigste Punkt bei den Verhandlungen in Venedig sein. Man werde dort über zwei Probleme aus dem Bereich der Wirtschaft sprechen. Dies sei einmal die Situation der Schuldnerländer. In Lateinamerika und Afrika habe man eine sehr schlechte Meinung über die Industrieländer. Diese sei zum Teil berechtigt, zum Teil nicht. Man müsse überlegen, was wir, die aus der Sicht der Entwicklungsländer die ganz Reichen seien, tun könnten.<sup>16</sup> Ein zweites Problem sei die Wirtschaftspolitik. Hier sei vor allem der Dollarkurs-Verfall zu nennen, der sich katastrophal für den Export auswirke. Er habe den Eindruck, die USA wollten den Kurs noch weiter absacken lassen. Die Folge hiervon wäre die Gefahr einer Rezession und von Inflation. Wenn der Dollar nicht noch weiter verfalle, werde es im großen und ganzen gut weitergehen. Bei jedem Gipfel würden Erklärungen gegen den Protektionismus abgegeben; was aber habe sich inzwischen entwickelt?

Präsident *Mitterrand* führte aus, die US-Haltung sei bekannt. Wenn es aber nicht zu einer Fettsteuer komme, werde ein ungeheuer großes Defizit die Folge sein.

PM *Chirac* meinte, im Bereich Olivenöl werde es eine Explosion geben.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete die von *Chirac* angesprochene Frage als weiteres Problem, das sich innerhalb der Gemeinschaft und im Verhältnis zu den USA stelle. Die Stellungnahme zur Fettsteuer werde Auswirkungen auf die Gemeinschaft haben. Eine Ablehnung werde von der Kommission als mangelnder Wille angesehen werden, die Gemeinschaft zu finanzieren. In der Plenarsitzung würde hierüber berichtet werden.<sup>17</sup> Zur Frage der Abrüstung werde es Berichte von BM Wörner und Minister Giraud geben. Er wolle nicht drängen, aber es gebe ein gewisses Problem mit der Presse. Zu den Landwirtschaftsfragen könnten wir nur erklären, daß sie später geregelt werden. Zu den Finanzfragen müßten wir das gleiche sagen. Auch für Abrüstung gelte dies. Es sei zwar abgesprochen, daß die französische Seite Deutschland Zeit lassen wolle, um seine Haltung zu klären. Aber das Problem müsse so eingegrenzt und dargelegt werden, daß es verständlich werde. Die Antworten und Lösungen hingen nicht oder nur im geringen Maße von Deutschland und Frankreich ab. Die Schwierigkeit sei wohl, daß sich die Problematik auf die Frage der 72 PIA konzentriere. Mit der ersten Null-Lösung für Raketen mit einer Reichweite von über 1000 km gebe es keine Schwierigkeiten, abgesehen davon, daß die Europäer diese Null-Lösung mit weltweiter Geltung möchten. Für die zweite Null-Lösung, nämlich für die Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km, gebe es unterschiedliche Tendenzen. Die allgemeine Richtung<sup>18</sup> sei bekannt. Es sei bekannt, daß die

16 Zur Verschuldungskrise vgl. Dok. 62.

17 In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 22. Mai 1987 erklärte der französische Außenminister Raimond: „Bei der Erörterung von Agrarmarktfragen habe man festgestellt, daß sich in der strittigen Frage des Grenzausgleichs Fortschritte abzeichneten. Bei der Fettsteuer seien die Positionen demgegenüber unverändert. Weiterer Dialog und noch besseres Verständnis der jeweiligen Positionen seien wünschenswert. Man müsse unbedingt zu gemeinsamer Haltung gelangen. In diesem Zusammenhang habe man die Arbeit der nach dem Frankfurter Gipfel eingesetzten Arbeitsgruppe begrüßt und deren Fortsetzung, evtl. auch in erweitertem thematischen Rahmen, empfohlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1181 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 25. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

18 Korrigiert aus: „o-chtung“.

Europäer Reagan und Gorbatschow nicht aufhalten könnten. Aber es gebe den Sonderfall der 72 PIa. Die französische Seite sage, die Deutschen müßten die Entscheidung treffen, die französische Seite wolle sie nicht in Schwierigkeiten bringen. Der Bundeskanzler habe die Frage der dritten „Null-Lösung“ aufgebracht, nämlich die Frage der Null-Lösung für Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 500 km.<sup>19</sup>

PM *Chirac* fügte hinzu, diese Frage sei verbunden mit der Frage nach der Abschaffung der chemischen Waffen und der Reduzierung der konventionellen Waffen. Er habe den Bundeskanzler sagen hören, die Kurzstreckenraketen könnten später berücksichtigt werden. Bis Anfang Juni müsse eine klare Linie vorhanden sein.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, das Grundproblem sei, daß die deutsch-französischen Konsultationen so normal geworden seien, daß nicht immer Spektakuläres geschehen könne. Bei zwei Konsultationen im Jahr, und jetzt der 49. Konsultation, handele es sich praktisch um ein ständiges Gespräch in Form einer gemeinsamen Kabinettsitzung. Die Presse erwarte jedoch etwas Spektakuläres von jeder Begegnung. Er faßte nochmals zusammen, worüber heute in der Pressekonferenz gesprochen werden könne; nämlich

- Abrüstung, wobei ein möglichst enger Schulterschluß mit den europäischen Freunden, d. h. in Wirklichkeit mit Frankreich und Großbritannien, erzielt werden müsse;
- Hinweis, daß die deutsch-französischen Beziehungen weitgehend problemfrei seien mit Ausnahme der aktuellen Schwierigkeiten in den Agrarfragen. Hier würde man hart arbeiten, damit spätestens in vier Wochen, also eine Woche vor dem Europäischen Rat, eine Übereinstimmung gefunden sei.
- Bemerkungen zu Venedig. Hier rate er dazu anzukündigen, daß die Lage der Schuldnerländer in Lateinamerika und Afrika angesprochen werden solle. Wir müßten uns davor hüten, in Venedig als Politiker zu erscheinen, die nur ihre eigenen Probleme sehen.

PM *Chirac* erklärte sich hiermit einverstanden. Er wolle nur eine kleine Reserve bezüglich des Landwirtschaftsproblems machen. Was Deutschland und Frankreich auf diesem Gebiet trenne, müßte vor dem Wirtschaftsgipfel in Venedig geregelt sein. Dies wäre besser als erst vor dem Europäischen Rat.

BM *Genscher* äußerte Zweifel daran, daß die Minister in dieser Frage zu einem Ergebnis kommen könnten.

Präsident *Mitterrand* erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Einigung über die Milchquoten-Regelung in London.<sup>20</sup> Der Rat sei dort auf der Grundlage eines Einverständnisses auseinandergegangen. Die Regelung des letzten Punktes sei den Landwirtschafts- und Finanzministern überlassen worden. Am nächsten Morgen sei von der Einigung nichts mehr übrig gewesen. Für Venedig liege die Angleichung des Währungssystems noch auf dem Verhandlungstisch. Das Problem werde um so dringlicher, als die Bewegungen sich bis Anfang Juni

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1987; Dok. 141.

<sup>20</sup> In London fand am 5./6. Dezember 1986 eine Tagung des Europäischen Rats statt. Im Anschluß traf der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister bei seiner Tagung vom 8. bis 16. Dezember 1986 in Brüssel Beschlüsse zur Reduzierung der Milchproduktionsmenge. Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 26.

möglicherweise weiter verstärken würden. Das restliche Programm für Venedig sei unproblematisch, wie z. B. Terrorismus und AIDS. Mehrere Teilnehmerstaaten legten Wert auf die Behandlung der Probleme der Entwicklungsländer. Es sei auch nicht vermeidbar, daß am Rande des Gipfels über Abrüstung gesprochen werde. Probleme könnten allerdings auch bezüglich der Tagesordnung des GATT auftreten. Es gebe ja regelmäßig eine US-Offensive, die Landwirtschaftsprobleme auf der Tagesordnung des GATT prioritär behandeln wolle. Frankreich sage dazu nur unter der Bedingung ja, daß alle Protektionismusprobleme gleichzeitig besprochen werden. Beunruhigend sei ferner die Absicht der USA, die militärische und politische Allianz neu zu formieren. Ansätze hierzu habe es bei den USA bei dem Treffen von Williamsburg<sup>21</sup> gegeben. Der Grundgedanke der USA sei eine Unteilbarkeit der Interessen der Sieben, und daher röhre das Bestreben, alles in einen Topf zu werfen. Frankreich sage, Japan sei sein natürlicher Freund. Es könne aber nicht zustimmen, daß das Atlantische Bündnis ausgedehnt werde. Wie diese Problematik in Venedig auftauchen werde, sei natürlich bis jetzt noch nicht ganz klar. Er befürchte jedoch, daß es sich so abzeichne und ein amerikanischer Entwurf präsentiert werde, der plötzliche schwierige Diskussionen auslösen könnte.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß dies nicht die deutsche Position sei. Er habe dem deutschen Sherpa<sup>22</sup> gesagt, Venedig werde schwierig genug werden. Es stehe unter einem ungünstigen Stern. In Großbritannien und in Italien seien Wahlen.<sup>23</sup> Die Gefahr, daß der Gipfel zu einer Wahlkampfveranstaltung werde, sei sehr groß. Auch die Gefahr, daß die Gipfel an Prestige verlören, steige von Mal zu Mal. Dies sei gefährlich, weil viele Menschen in der Welt auf die Gipfelländer als Hoffnungsträger schauten. Deshalb sei es sehr wichtig, nur wenige Themen ausführlich zu behandeln. Es sei nicht günstig, Gemeinsamkeiten zu schildern, die keine seien. In wenigen Stunden könnten nicht alle Probleme dieser Erde behandelt werden. Er wolle keine Tendenz unterstützen, die alles Mögliche zusammenfasse. Er habe schon zum Ausdruck gebracht, daß man sich vor einer Überfrachtung der Tagesordnung hüten müsse.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß es gut sei, in wichtigen Punkten eine vergleichbare Haltung einzunehmen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er sehe hier kein Problem.

Präsident *Mitterrand* drückte die Befürchtung aus, daß seine pessimistische Auffassung zu Venedig durchaus berechtigt sein könnte. Er sehe das Problem, daß Dinge gesagt würden, die schon sehr oft gesagt worden seien.

Der *Bundeskanzler* sprach kurz den Punkt Airbus an und wies darauf hin, daß die deutsche Position seit langem klar sei. Nachdem London und Paris nun ihre Beschlüsse gefaßt hätten, werde auch auf einer der nächsten Kabinettsitzungen die Entscheidung der Bundesregierung fallen.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

<sup>22</sup> Horst Köhler.

<sup>23</sup> Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 vorgezogene Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zum Senat statt.

<sup>24</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 6. Mai 1987 dar, daß Airbus Industrie eine Erweiterung seiner bislang auf Flugzeuge für Kurz- und Mittelstrecken beschränkten Produktpalette

Präsident *Mitterrand* bemerkte, daß bei den Konsultationen die großen Weltprobleme auf dem Tisch seien, daß jedoch die bilateralen Fragen nicht vernachlässigt werden dürften. Hierüber hätten die Minister sicher gesprochen. Der Bundeskanzler habe bemerkt, es könne nicht jedes Mal Spektakuläres geschehen. Dennoch sollten auch konkrete Ergebnisse am Ende der Konsultationen stehen. Es wäre schade, wenn dies nicht der Fall sei. Er wolle hier nur den Hochgeschwindigkeitszug nennen, wo immer noch einige Fragen offen seien.<sup>25</sup> Der Bundeskanzler habe den Airbus erwähnt. Auch hier seien einige Punkte entscheidungsreif. Es sei richtig, daß man nicht alles regeln könne, aber ein- oder zweimal im Jahr sollten die Dinge entschieden werden, die entscheidungsreif seien. Sonst frage sich der Bürger, wie es mit den Fortschritten stehe, die ihn unmittelbar betreffen. Es wäre gut, wenn man diesen Weg gehen könne.

Der *Bundeskanzler* stimmte Präsident Mitterrand zu. Er glaube, daß die Verkehrsminister sich geeinigt hätten bezüglich des Hochgeschwindigkeitszuges

*Fortsetzung Fußnote von Seite 741*

(A 300, A 310, A 320) in den Langstreckensektor betreibe, einerseits mit einem vierstrahligen Langstreckenflugzeug (A 340-200), andererseits mit einem zweistrahlgigen Mittelstreckenflugzeug (A 330). Der offizielle Programmstart stehe trotz Zustimmung des Aufsichtsrats vom 13. März 1987 noch aus, denn 68 Bestellungen und 60 Optionen für beide Versionen müßten noch bestätigt werden. Zum „Stand der regierungsseitigen Meinungsbildung in Paris, London und Bonn über die Förderung des Projekts“ wurde vermerkt, am 10. April 1987 habe in Paris ein Treffen bei Ministerpräsident Chirac stattgefunden über die Empfehlung des französischen Verkehrsministeriums zur Unterstützung des Projekts mit 8,1 Milliarden Francs, was einer Förderquote von 90 % entspreche: „Eine endgültige Entscheidung im Kabinett ist für den 13. Mai 1987 vorgesehen. In Großbritannien ist die Prüfung des im Oktober 1986 von British Aerospace eingereichten Förderantrags noch im Gang. BAe hat 750 Mio. Pfund beantragt. Das entspricht 90 % der Entwicklungskosten einschließlich der sog. educational costs (= Serienanlaufkosten).“ Vgl. Referat 411, Bd. 160436.

Botschaftsrat Eckert, London, übermittelte am 14. Mai 1987 die Erklärung des britischen Industrie- und Handelsministers Channon vom Vortag, der im britischen Unterhaus und vor der Presse bekanntgegeben hatte, die britische Regierung unterstütze die Teilnahme von British Aerospace an den Airbus-Projekten A 330 und A 340 mit 450 Millionen Pfund Sterling. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 131; Referat 411, Bd. 160436.

<sup>25</sup> Referat 423 notierte am 13. Januar 1986, daß Frankreich bereits Mitte der siebziger Jahre mit dem Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Paris und Lyon begonnen habe, die seit 1981 mit dem auf konventioneller Technik beruhenden TGV befahren werde. Auch in der Bundesrepublik werde an einem hochgeschwindigkeitsfähigen Schienennetz gearbeitet, allerdings für den zahlreiche neue Technologien einsetzenden ICE, dessen Prototyp im November 1985 vorgestellt worden sei: „Die Industrien verstehen sich bisher bei der Entwicklung des Hochgeschwindigkeitszuges grundsätzlich als Konkurrenten. [...] Eine gewisse Wende in der Zusammenarbeit hat es erst gegeben, als auf dem D-F-Gipfel 1983 die Regierungschefs initiativ den politischen Anstoß zu einer Inangriffnahme von Studien zur Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln gaben (später auf Wunsch NLs Amsterdam einbezogen).“ Vgl. Referat 423, Bd. 159935. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 71.

Am 18. Februar 1987 hielt Referat 423 fest: „Am 22. Dezember 1986 haben die Verkehrsminister Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und der Niederlande in Anwesenheit ihrer luxemburgischen und britischen Kollegen den Prüfungsbericht der Expertengruppe über die Errichtung der Schnellbahnstrecke entgegengenommen (Kostenschätzung je nach Technologie und Trasse 5,4 bis 10,4 Mrd. DM und Nettoinvestitionen für neue Hochgeschwindigkeitszüge 750 Mio. bis rd. 1 Mrd. DM).“ Die Rentabilität des Projekts sei durch die britisch-französische Entscheidung vom 20. Januar 1986 für eine Eisenbahnverbindung unter dem Ärmelkanal weiter erhöht worden: „Zur Auswahl der optimalen Streckenvariante und zur Entscheidung über die finanziell rechtliche Gestaltung des Projekts wurde eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe der Verkehrsministerien eingesetzt, der GB als assoziiertes Mitglied angehört. Diese AG soll die Voraussetzungen für eine abschließende politische Entscheidung der jeweiligen Kabinette bis spätestens Herbst 1987 schaffen.“ Vgl. Referat 423, Bd. 176664.

und wies auf das deutsche Interesse an der Streckenführung Paris–Brüssel–Köln hin. Die Diskussion über die Breite der Wagen betrachtete er als absurd.<sup>26</sup> Das Gespräch endete nach ca. 1 Stunde Dauer.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72**

## 148

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Siddhi

342-321.11 THA

22. Mai 1987<sup>1</sup>

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt.

Gespräch BM/Thai-AM am 22.5.1987 von 18.00 bis 18.45 Uhr im Gästehaus Kiefernweg in Bonn<sup>2</sup>

Anwesend: BM, AM Siddhi, Botschafter Kosol, D3<sup>3</sup>, RL 342<sup>4</sup>, VLR Ischinger, Dolmetscher Weber.

1) AM *Siddhi* berichtete zunächst von seiner Osteuropa-Reise<sup>5</sup>, die er und sein Vize-AM<sup>6</sup> durch Reisen in ASEAN-Hauptstädte vorbereitet hätten, so daß er als Vertreter der ganzen ASEAN mit den Sowjets über Kambodscha habe sprechen können.<sup>7</sup> Sowjet-AM Schewardnadse sei seinerseits vorher in Thailand, Austra-

<sup>26</sup> In der anschließenden Plenarsitzung berichtete Bundesminister Warnke über sein Gespräch mit dem französischen Verkehrsminister Douffiagues: „Man habe feststellen müssen, daß das rollende Material von D[eutscher]B[ahn] und S[ociété]N[nationale des]C[hemins de fer]F[rançais] sich dadurch unterscheide, daß es einmal 2,89 m, ein andermal 3,02 m breit sei. Dieser widersinnige Unterschied sei wohl nur durch ‚nationale Eisenbahndeologie‘ erklärbar. Damit gelte es Schluß zu machen. Der politische Wille sei erforderlich, in einem ersten Schritt in den kommenden Jahren hier zu einheitlichen Maßen zu kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1183 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 25. Mai 1987; Referat 202, Bd. 151082.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 29. Mai 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 5. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 342 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte unter Genehmigungsvorbehalt verteilen.“

Hat Ahrens erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[er]t[eilung] z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung!“

<sup>2</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi hielt sich am 22./23. Mai 1987 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>4</sup> Geert-Hinrich Ahrens.

<sup>5</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi besuchte die UdSSR vom 10. bis 14. Mai 1987. Anschließend hielt er sich vom 14. bis 17. Mai in Polen, vom 17. bis 20. Mai in der DDR und vom 20. bis 22. Mai 1987 in der ČSSR auf.

<sup>6</sup> Prapass Limpabandhu.

<sup>7</sup> In der biographischen Notiz, die am 21. Mai 1987 mit weiteren Gesprächsunterlagen von Ministerialdirigent Sulimma vorgelegt wurde, hieß es: „Der Kambodscha-Konflikt hat die Rolle AM Siddhis innerhalb der ASEAN herausgehoben. Obwohl die Präsidentschaft ähnlich wie bei der EG rotiert, ist der thailändische Außenminister inoffizieller Sprecher der Gruppe. Thailand als ‚Frontstaat‘ billigt man eine führende Rolle bei der ideologischen Abwehr der vietnamesischen Expansion zu. Dennoch

lien und Indonesien gewesen und habe auch Phnom Penh, Laos und Hanoi besucht.<sup>8</sup> Kurz nach ihm, Siddhi, habe er den vietnamesischen Generalsekretär empfangen.<sup>9</sup>

Die Gespräche in Moskau hätten sich auf Kambodscha<sup>10</sup> konzentriert. Die „message“ sei, daß die Sowjets als Folge von Wladiwostok<sup>11</sup> offenbar fühlten, daß eine politische Lösung erreichbar sei. (Einwurf *Minister*: „Ist das ernst gemeint?“ *Antwort*: „Sehr ernst“.) Er habe den Sowjets den Thai-Standpunkt klargemacht. Sie gäben viel Wirtschaftshilfe an Vietnam, aber es habe sich doch nur eine „No-win-Lage“ ergeben. Das Hauptkriterium in Kambodscha sei die politische Lösung. Diese setze den Rückzug der vietnamesischen Truppen voraus. Aber wie sei der herbeizuführen? Schewardnadse habe bei seinem Besuch in Bangkok eine gewisse Parallele zu Afghanistan gezogen und von Waffenstillstand und nationaler Versöhnung gesprochen. Aber das kambodschanische Volk müsse gehört werden. Die Sowjets hätten dazu gesagt, die nationale Versöhnung habe schon seit langem begonnen, aber es gebe auswärtige Einmischung. Sihanouk sei möglicher Gesprächspartner, aber nicht die Pol-Pot-Clique. Die Sowjets hätten freilich hinzugesetzt, nicht alle Roten Khmer seien Faschisten. Er, Siddhi, habe für den Beginn der Verhandlungen vorgeschlagen, daß die Koalition mit den Vietnamesen reden solle, deren Delegation Heng-Samrin-Vertreter enthalten könne. Möglicherweise komme es aber auch zu einem Treffen zwischen Sihanouk und Hun Sen, denn offenbar tue sich einiges, nachdem Sihanouk für ein Jahr als Oberhaupt der Koalition zurückgetreten sei, offenbar um sich Freiheit für Kontakte zu verschaffen<sup>12</sup>. Die Sowjets hätten behauptet, Hun Sen und Heng

*Fortsetzung Fußnote von Seite 743*

empfindet man ihn trotz seiner Direktheit nur bedingt als Einpeitscher. Noch immer ist es Siddhi gelungen, seine Kollegen in ASEAN, wenigstens nach außen, auf die thailändische Linie einzuschwören und Abweichler (Indonesien) zurückzuholen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144584.

<sup>8</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März 1987, Indonesien vom 5. bis 8. März 1987, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März 1987 und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, Nguyen Van Linh, hielt sich vom 17. bis 22. Mai 1987 in der UdSSR auf.

<sup>10</sup> Referat 342 legte im April 1987 dar: „Die Lage in Kambodscha ist unverändert: 140 000 vietnamesischen Besatzungssoldaten stehen drei Widerstandsgruppen gegenüber, von denen die Roten Khmer (35 000–40 000 Mann) die schlagkräftigsten sind. Chancen für einen militärischen Sieg hat trotz vietnamesischer Überlegenheit keine der beiden Seiten. Neue Ansätze für eine politische Lösung sind nicht sichtbar. Vietnam ist nicht bereit, über den Acht-Punkte-Vorschlag des Widerstands vom März 1986 zu sprechen, da er Weiterbestehen und Mitsprache der Khmers Rouges voraussetzt (Vorschlag sieht u. a. vor: vietnamesischer Teilabzug vor Verhandlungsbeginn, Bildung einer Vier-Parteien-Regierung unter Einschluß des proviетnamesischen Heng-Samrin-Regimes, Wählen unter VN-Aufsicht, Neutralisierung Kambodschas, Nichtangriffspakt mit Vietnam).“ Vgl. Referat 342, Bd. 144584. Zum Kambodscha-Konflikt vgl. ferner Dok. 251.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHEW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

<sup>12</sup> Der frühere König und Staatschef Sihanouk verkündete am 7. Mai 1987, ein Jahr lang seine Tätigkeit als Vorsitzender der Koalition der drei kambodschanischen Widerstandsgruppen auszusetzen. Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, teilte am 18. Mai 1987 mit: „Politische Beobachter in Bangkok sind der Meinung, daß Sihanouk die wiederholten Angriffe der Khmer Rouges auf die Widerstandskämpfer der Armeé[National]S[ihanoukiste] nur als Vorwand benutzt hat, um die Funktionen als Präsident der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea für die Dauer eines Jahres niederzulegen. In Wirklichkeit dürfte es sich um einen Schachzug handeln, damit er als ‚Privatmann‘ mit Hun Sen und anderen Vertretern des Heng-Samrin-Regimes zusammentreffen kann. In Wahrheit behält Sihanouk jedoch seinen Status und sein Ansehen als Präsident der Koalitionsregierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 871; Referat 342, Bd. 137119.

Samrin hätten gute Absichten gegenüber Thailand und seien sogar bereit, Flüchtlinge zurückzunehmen. Bisher hätten sie aber, so habe er, Siddhi, eingewandt, wenig zurückgenommen. Nach seinem, Siddhis, Eindruck wollten die Vietnamesen jetzt eine politische Lösung wegen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die SU sei mit der Verwertung ihrer Entwicklungshilfe durch Vietnam unzufrieden. Er habe den Russen gesagt, daß sie selbst nach der Verdoppelung ihrer Entwicklungshilfe an Vietnam einen Krieg ohne Ende haben würden. Sie sollten den Vietnamesen diese Botschaft übermitteln. Daraufhin habe Schewardnadse gesagt, nur die Heng-Samrin-Administration sei legal. Er, Siddhi, habe geantwortet, Thailand anerkenne sie nicht, es handele sich auch um Rote Khmer, die mit Gewalt eingesetzt worden seien, und die das Territorium Thailands verletzten. Die Vietnamesen befänden sich zwei Kilometer innerhalb Thailands<sup>13</sup>, darüber solle Schewardnadse mit ihnen reden, damit sie abzögen.

AM *Siddhi* fuhr fort, bei seiner Rückkehr würden ihn der indonesische AM Mochtar<sup>14</sup> in Bangkok erwarten, der bald nach Vietnam reisen werde<sup>15</sup>, sowie der australische AM Bill Hayden<sup>16</sup>. Die Sowjets seien protokollarisch ihm gegenüber sehr aufmerksam gewesen und hätten ihm z. B. ein Sonderflugzeug nach Tbilissi gestellt. Schewardnadse sei ein „nice fellow“ und nicht so unangenehm wie etwa Kapiza<sup>17</sup>. Es habe einen offenen Austausch gegeben. Man habe mehr als fünf Stunden gesprochen, allerdings habe er Gorbatschow nicht gesehen. Für den vietnamesischen Generalsekretär sei Gorbatschow freilich zurückgekommen. Dafür habe er ein Gespräch mit Gromyko gehabt. Gromyko habe gesagt, die Anwesenheit der Vietnamesen sei notwendig, da Pol Pot sehr schlecht sei. Er, Siddhi, habe die vietnamesischen Übergriffe auf Thai-Territorium erwähnt und habe gesagt, Thailand wolle eine politische Lösung und ein blockfreies, unabhängiges und neutrales Kambodscha. Daraufhin habe Gromyko gesagt, dabei handele es sich um eine gute Formel. Daraus schließe er, Siddhi, daß die Sowjets allmählich einsichtig zu werden begännen. Sie hätten einen Dialog in der Region sowie zwischen China und Vietnam empfohlen. Daraufhin habe er ihnen gesagt, es handele sich um ein internationales Problem, bei dem auch die Sowjets eine konstruktive Rolle spielen könnten.

Gegen Ende des Gesprächs kam Siddhi noch einmal auf seinen Besuch in Moskau, sagte, die Sowjets hätten ein Kulturabkommen gewünscht, doch habe

13 Referat 342 vermerkte am 21. Mai 1987: „An der thai-kambodschanischen Grenze ist es zu schweren Gefechten mit vietnamesischen Truppen gekommen, die „Hügel 500“ auf Thai-Hoheitsgebiet besetzt halten. Z. Zt. wird im EPZ-Rahmen auf Direktorenebene eine Vietnam verurteilende öffentliche Erklärung beraten, um die ASEAN gebeten hatte. Wir unterstützen die Thai-Position, haben aber von einer eigenen entsprechenden Erklärung abgesehen, weil einer gemeinsamen EG-Erklärung mehr Gewicht zukommt und wir diese nicht vorwegnehmen oder unterlaufen wollen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144584.

14 Korrigiert aus: „Mokhitar“.

15 Der indonesische Außenminister Mochtar hielt sich vom 27. bis 29. Juli 1987 in Vietnam auf.

16 Botschafter Boudré-Gröger, Hanoi, berichtete am 19. Mai 1987: „Wie bekannt wurde, wird zeitgleich mit AM Mochtar, der auf der Rückreise von Gesprächen in Washington in Bangkok Station macht, auch AM Hayden in Bangkok politische Gespräche führen. Während Mochtar mit dem Thai-Außenminister Siddhi zusammentreffen will, um auf dem Hintergrund dessen Informationen nach seinem Besuch in Moskau zu entscheiden, ob es bei der geplanten Reise im Juni nach Hanoi bleiben wird, könnte Hayden, neben bilateralen Themen, vielleicht verdeutlichen wollen, daß Australien früher oder später unabhängig von der ASEAN-Politik sich mit den Realitäten in Indochina ‚konstruktiv‘ auseinandersetzen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 342, Bd. 137119.

17 Korrigiert aus: „Kapica“.

Thailand ein solches mit keinem sozialistischen Land, und hätten MP Prem eingeladen. Man habe eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben. Er, Siddhi, habe den ASEAN-Standpunkt ohne Zweifel den Sowjets besser klar gemacht. Noch notwendiger sei dies in Polen, der DDR und der ČSSR, weil die das Problem bisher noch nicht verstanden hätten. (Einwurf *BM*: „Deshalb sind wir sehr für einen engen Dialog, der auch einen gewissen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß erlaubt. Ich wiederhole, diese Staaten sollen ihre Information nicht nur aus der SU, der VR China und Vietnam beziehen.“) *Siddhi* erwähnte noch, daß der chinesische stellvertretende MP zugleich mit ihm in Moskau gewesen sei<sup>18</sup>, und daß Vize-AM Rogatschow zunächst mit ihm nach Tbilissi gereist und dann in die Verhandlungen mit den Chinesen gegangen sei.

2) Das zweite Thema des Gesprächs waren die Abrüstungsverhandlungen. Dabei war nicht immer klar erkennbar, auf welches osteuropäische Land sich der Thai-AM jeweils bezog. Er sagte, er habe sich in seinen Gesprächen für die doppelte Null-Lösung ausgesprochen. In der DDR habe man ihm gesagt, in der Bundesregierung sei man „divided“, nur AM Genscher sei für die doppelte Null-Lösung. (Einwurf *BM*: „I am not divided.“) Die Russen hätten auch eine nuklearfreie Zone in Südostasien vorgeschlagen, er habe aber geantwortet, dies gehe nicht, solange das Kambodscha-Problem nicht gelöst sei. Gesprochen habe man auch über MBFR, wozu ihm ein neuer Vorschlag in der nächsten VN-Rede der Sowjets angekündigt worden sei. Die DDR habe eine eigene Initiative, nämlich einen nuklearwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa.<sup>19</sup> (Einwurf *BM*: „Dafür sind wir nicht, wir sind für eine Lösung, die ganz Europa umfaßt und sich auch auf diejenigen von 500 bis 1000 km Reichweite bezieht.“ Demnächst werde ein Gipfeltreffen in Ost-Berlin<sup>20</sup> über Abrüstung beraten.) *Siddhi* meinte daraufhin, auch die 100 Mittelstreckenraketen in Asien müßten weg.

Der *BM* erklärte, in Reykjavik<sup>21</sup> sei ursprünglich von einer INF-Null-Lösung in Europa und von einem Rest von global je 100 Mittelstreckenraketen die Rede gewesen. Jetzt hätten die USA, von uns unterstützt, eine globale Null-Lösung vorgeschlagen, die auch im Interesse Thailands sei, weshalb er anrege, daß Thailand sie unterstützen möge.

Als AM *Siddhi* daraufhin die chemischen Waffen erwähnte, erwiderte *BM*, das Problem sei definiert, die Lösungen lägen auf dem Tisch, es fehle jetzt am guten Willen. Ein Problem sei der konventionelle Bereich, da der WP weit mehr Panzer, Artillerie, Flugzeuge und Hubschrauber habe als die NATO. Wir brauchten

<sup>18</sup> In Moskau fand am 12./13. Mai 1987 die zweite Tagung der sowjetisch-chinesischen Kommission für wirtschaftliche, kommerzielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt, die auf chinesischer Seite vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin geleitet wurde. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1509 der Botschaft in Moskau vom 20. Mai 1987; Referat 213, Bd. 143556.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.

<sup>20</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

<sup>21</sup> In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

<sup>22</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

jetzt Verhandlungen, aber es gebe noch keine Einigung innerhalb des Westens über die Verhandlungsformel. Die Franzosen wollten als Rahmen die KVAE, etwa 35 Staaten, während die USA die Verhandlungen im Rahmen von NATO und Warschauer Pakt führen wollten. Wir könnten mit beidem leben, hielten aber den französischen Vorschlag für besser. Die Russen, die einen Vorschlag gemacht hätten<sup>22</sup>, tadelten den Westen, daß kein Gegenvorschlag komme. Es werde immer schwieriger, dies im Parlament und in der Öffentlichkeit zu erklären. Dieses Thema sei eines der Hauptthemen mit den Franzosen gestern und heute in Paris<sup>23</sup> gewesen und vorletzte Woche auch mit den Amerikanern in Washington<sup>24</sup>.

Der BM erklärte sodann, er denke, in der SU gebe es wirklich eine neue Führung, die die Probleme in der Wirtschaft und mit der Effizienz in der Administration besser sehe. Sie wolle modernisieren, die SU nach innen und außen öffnen, dies sei in unserem Interesse. Er habe in seiner Rede in Davos vor wenigen Wochen gesagt, wir sollten Gorbatschow beim Wort nehmen.<sup>25</sup>

*Siddhi* erklärte, dies sei zweifellos gut, doch möchte er Verwirklichung sehen. Er übergab sodann eine Kopie der Rede von DDR-AM Fischer, der trotz einer Lungenentzündung mit ihm drei Stunden gesprochen und gegessen habe, sowie persönliche Notizen.<sup>26</sup> Der *BM* nahm die Überlassung der Unterlagen als Beweis großen Vertrauens. *Siddhi* sagte darauf, dies sei besser, da er möglicherweise einiges vergessen habe. Er habe den Eindruck, die SU habe sich sehr geändert, und alle in Osteuropa redeten jetzt von Reformen. (*BM*: Die Osteuropäer fügten aber oft hinzu, sie brauchen nicht dasselbe zu tun.<sup>27</sup>) *Siddhi* meinte, der DDR-Vize-Außenminister<sup>28</sup> habe sehr den Willen der DDR zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland betont, ungleich Fischer. In gewisser Weise habe er sich ähnlich wie der BM geäußert, und er, *Siddhi*, habe daraus entnommen, daß Deutschland wiedervereinigt werden solle. In der DDR habe er im übrigen gehört, man brauche dort keine Reform, da man ohnehin schon besser sei. Auch die Tschechen hätten ihm erklärt, sie stünden finanziell besser da und hätten keine Währungsprobleme.

Der *BM* sagte, Polen habe aber große wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Die Polen unterstützten in besonderem Maße Gorbatschows Reformen. Als *Siddhi* daraufhin erwähnte, man habe ihm von dem Drei-Punkte-Vorschlag

<sup>22</sup> Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 11. Mai 1987, ein Mitarbeiter der ungarischen KRK-Delegation habe ihm „vertraulich noch nicht endgültig fixierte östliche Mandatselemente“ in russischer Sprache mit der Bitte um Stellungnahme zukommen lassen. Es sei seitens der Warschauer-Pakt-Staaten daran gedacht, die Mandatselemente in Bälde in die Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten einzuführen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 633; VS-Bd. 12173 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>23</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

<sup>24</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11. Mai 1987 in den USA vgl. Dok. 128.

<sup>25</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, beim Abendessen mit dem thailändischen Außenminister Siddhi am 18. Mai 1987 vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 167f.

<sup>27</sup> Vgl. dazu die Aussage des Mitglieds des ZK der SED, Hager; Dok. 121, Anm. 30.

<sup>28</sup> Harry Ott.

Jaruzelskis über Abrüstung in Europa erzählt<sup>29</sup>, erwiderte der *BM*, der polnische Vorschlag stehe in einer Tradition mit dem Rapacki-Plan<sup>30</sup>. Der wirkliche Vorschlag werde aber wohl erst nächste Woche kommen, da die Polen ohne die SU diesen ohnehin kaum geäußert hätten.

*Siddhi* sagte, bei INF hätten die Osteuropäer ihm erzählt, sie seien von den Sowjets konsultiert worden. Daraufhin berichtete der *Bundesminister* von einem Besuch, den er 1983 erst zusammen mit dem Bundeskanzler Moskau<sup>31</sup> und dann drei Tage später Sofia abgestattet habe.<sup>32</sup> Dabei hätten ihm die Bulgaren gesagt, sie wüßten über die deutsch-sowjetischen Gespräche nur, was in der Zeitung gestanden habe. Dies sei nun wohl anders. In Genf habe die SU den Amerikanern gesagt, sie habe sich mit ihren Alliierten abgestimmt, ob die Amerikaner dies auch schon besorgt hätten.

4) Zum Abschluß erwiderte *Siddhi* auf eine Frage nach dem Befinden des thailändischen MP Prem, diesem gehe es gut, doch werde er von der Opposition attackiert. Er, *Siddhi*, müsse zurück. Er müsse sich auch mit einem sehr schwierigen Copyright-Gesetz mit USA-Bezug beschäftigen. Es sei nicht gut, zugleich Parteiführer und Außenminister zu sein, wann immer er im Ausland sei, passiere zu Hause etwas.

**Referat 342, Bd. 144584**

<sup>29</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 7. Mai 1987, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski werde laut polnischer Vorabinformation am folgenden Tag einen Vorschlag zur Abrüstung und Vertrauensbildung präsentieren: „Die Initiative bezieht sich auf Mitteleuropa, wird allerdings in die Perspektive eines Abrüstungsprogramms in ganz Europa gestellt. Der Vorschlag soll außer dem MBFR-Raum auch Ungarn und Dänemark einbeziehen und auf ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural ausdehnbar sein. Materiell schlägt Polen vor: graduellen Abzug aller Kernwaffen aus der Zone, stufenweisen Abzug konventioneller Waffen ‚der größten Schlagkraft‘ und gefährlicher Angriffswaffen‘, Diskussion über militärische Doktrinen, weitgehende VSBM, Konsultationssystem und Verifikation. Als Ziele nennt polnisches Papier: Wahrung des militärischen Gleichgewichts, Herstellung eines Rüstungsniveaus, das Überraschungsangriffe unmöglich macht.“ Insgesamt sei der Vorschlag negativ zu werten: „Sein Hauptakzent zielt – konträr zu unseren Interessen – in Richtung auf die Schaffung einer KWFZ in Mitteleuropa. Er lenkt von dem ab, was aus unserer Sicht die derzeit prioritäre Aufgabe in der konventionellen Rüstungskontrolle ist, nämlich von der Anbahnung von Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144828.

Für die englischsprachige Fassung der Rede Jaruzelskis am 8. Mai 1987 in Warschau vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 153f. (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. POLENS GEGENWART, Nr. 5/1987, S. 30–38.

<sup>30</sup> Zu den Rapacki-Plänen vgl. Dok. 147, Anm. 6.

<sup>31</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

<sup>32</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1983 in Bulgarien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 218 und Dok. 219.

149

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum****424-411.10 IRN-408/87 VS-vertraulich****22. Mai 1987<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>Betr.: Verhandlungen Argentiniens mit Iran über den Bau von TAM-Panzern  
in IranBezug: Ihre Frage zum Bericht des BND vom 13.5.1987  
014-StS-650/87 VS-vAnlg.: Bezugsbericht (nur bei Original)<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der argentinische Kampfpanzer TAM<sup>4</sup> (28 bis 30t) wurde von Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelt. Das Fahrwerk ist vom Marder abgeleitet. Der TAM ist mit einer von Argentinien entwickelten 105-mm-Kanone ausgerüstet.

Die Bundesregierung hatte 1974 die Ausfuhr von Fertigungsunterlagen und ab 1978 in größerem Umfang die Ausfuhr von Wannen und Motoren sowie von Ketten, Endantrieben und Laufwerksteilen genehmigt.<sup>5</sup> Der BSR hatte am 1.7. 1981 entschieden, daß Zulieferungen im Rahmen von 512 von Argentinien zu produzierenden Einheiten genehmigt werden können. Ausgeschlossen waren Zulieferungen von Teilen, die Kriegswaffeneigenschaft (z. B. Kanone) besitzen.<sup>6</sup>

Das AA hatte sich intensiv darum bemüht, von der argentinischen Regierung eine Endverbleibserklärung für die in Argentinien gefertigten Panzer oder wenigstens eine Zusage, daß der Weiterexport nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung vorgenommen wird, zu erhalten. Die argentinische Regierung zeigte ein gewisses Verständnis für unsere restriktive Rüstungsexportpolitik, hat jedoch eine ausdrückliche Zusicherung in dem von uns gewünschten Sinne nicht abgegeben.

Sie hat lediglich anlässlich jeder Zulieferung folgendes Zertifikat ausgestellt:  
... erklärt hiermit, daß das Material für den ausschließlichen Gebrauch der argentinischen Armee bestimmt ist ...

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daum und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Dg 42 n[ach] Rückkehr.“

Hat Ministerialdirigent Höynck am 2. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. Anm. 7.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>4</sup> Tanque Argentino Mediano.

<sup>5</sup> Zu Fragen des Rüstungsexports im Zusammenhang mit dem TAM-Panzer vgl. AAPD 1977, II, Dok. 177.

<sup>6</sup> Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 1. Juli 1981 vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs von Staden vom selben Tag; VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

2) Danach bedürfte der Aufbau einer TAM-Produktionsstätte durch Argentinien in Iran keiner Zustimmung der Bundesregierung. Die eventuelle Weitergabe der von Thyssen-Henschel gelieferten Unterlagen ist genehmigungsrechtlich nicht zu verhindern.<sup>7</sup> Eine andere Frage ist, ob Thyssen-Henschel die Weitergabe privatrechtlich verhindern kann. Auch bei der evtl. Zulieferung von Einzelteilen ist nicht feststellbar, ob es sich um die von Thyssen-Henschel gelieferten TAM-Einzelteile handelt. Vermutung liegt nahe, daß Argentinien inzwischen selbst die TAM-Einzelteile herstellen kann.

Daum

**VS-Bd. 14531 (424)**

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu Fragezeichen. Handschriftlich vermerkte Ruhfus für Ministerialdirigent Höynck: „Hier müssen wir in Zukunft besser aufpassen.“ Zu dieser Bemerkung vermerkte Höynck am 2. Juni 1987 handschriftlich: „D. h. z. B. Auflagen bei Genehmigung der Ausfuhr von Fertigungsunterlagen?“ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Daum am selben Tag handschriftlich: „Ja – aber rechtlich schwierig!“ Ferner verfügte Daum: „C[appell]/W[arnken] z[ur] K[enntnisnahme].“ Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 3. Juni 1987 erneut vorgelegen. Hat Legationssekretär Warnken am 3. Juni 1987 vorgelegen.